

ENTSTEHUNG UND VERFALL
DER EIDGENÖSSISCHEN ZOLL- UND
HANDELSFREIHEITEN IN FRANKREICH,
INSBESONDERE IN LYON,
VOM EWIGEN FRIEDEN 1516
BIS ZUM TARIF COLBERT'S 1664

von

HENRI VON DULONG

1959



Digitized by the Internet Archive
in 2026

ENTSTEHUNG UND VERFALL
DER EIDGENÖSSISCHEN ZOLL- UND HANDELSFREIHEITEN
IN FRANKREICH, INSBESONDERE IN LYON,
VOM EWIGEN FRIEDEN 1516 BIS ZUM TARIF COLBERTS 1664

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Staatswirtschaftlichen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München

vorgelegt von
Dipl.-Kfm. Henri von Dulong

Referent: Prof. Dr. Dr. Friedrich Lütge

Korreferent: Prof. Dr. Erich Preiser

Tag der mündlichen Prüfung: 8. Juli 1959



MEINER MUTTER IN DANKBARKEIT

INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
VORWORT	I
 <u>Kapitel I</u>	
EINLEITUNG	1
 <u>Kapitel II</u>	
DER AUFSTIEG LYONS BIS ZUM EWIGEN FRIEDEN VON 1516	21
1. Die Gründung der Messen von Lyon, 1420	25
2. Der Burgunderkrieg und seine Folgen für die Messen von Genf	34
3. Die Verleihung der ersten Handelsfreiheiten an die eidg. Kaufleute, 1463	39
4. Die Auseinandersetzungen zwischen dem Deutschen Reich, Frankreich und der Eidgenossenschaft bis zum Abschluß des Ewigen Friedens, 1516	44
 ANHANG I	
Friedensvertrag zwischen Erzherzog Sigmund von Öster- reich und Tirol, ... gemeinen Eidgenossen der VIII Orte, ... und Maximilian Erzherzog von Österreich, 6. bis 28. Januar 1478	51
 ANHANG II	
1. Lettres Patentes de Louis XI., Septembre 1481	52
2. Lettres Patentes de Charles VIII., 10 Novembre 1483	53
 ANHANG III	
1. Friedens- und Freundschaftstraktat zwischen Frank- reich und den Eidgenossen, Genf, 7. November 1515	54
2. Der ewige Friede zwischen Frankreich und den Eid- genossen nebst Abt und Stadt St. Gallen, Graubünden, Wallis und Mülhausen, Freiburg, 29. November 1516	54

Kapitel IIIDIE FRANZÖSISCHE ZOLL- UND FINANZPOLITIK GEGEN-
ÜBER DEN EIDG. KAUFLEUTEN BIS ZUM TOD HEINRICHS II.,

1559	57
1. Die Messeprivilegien der Stadt Lyon	59
2. Die französischen Ausfuhrzölle.	63
3. Die ersten öffentlichen Anleihen der französischen Krone	64
4. Die Blockade der Handelsstraße nach Lyon durch Savoyen und das Eingreifen Berns	69
5. Die Einführung des ersten protektionistischen Einfuhr- zolls in Frankreich, 1540	72
6. Die 1. Revision des französischen Zollltarifs, 1540 bis 1543	75
7. Die Tätigkeit Hans Klebergs in Lyon und sein Einfluß auf die französischen Kronanleihen	80
8. Der erste Versuch der eidg. Kaufleute, ein detaillier- tes Patent zu erhalten, 1547.	82
9. Die Einführung neuer französischer Einfuhrzölle, 1552	87
10. Die kaufmännische Mission Jakob Rainsbergs an den französischen Hof, 1552/53	89
11. Der Einfluß der deutschen Handelshäuser in Lyon und der Grand Parti von 1555	93
12. Das Verbot der Geldausfuhr aus Frankreich und die Einführung von Passeports	95
13. Die Modifikation des Verbots der Geldausfuhr	100
ANHANG I	
St. Gallen beantragt Artikel für eine günstige Stellung der eidg. Kaufleute in Frankreich, 4. April 1549	106
ANHANG II	
Vereinung zwischen König Heinrich II. von Frankreich und elf Orten (ohne Zürich und Bern), nebst einigen Zugewand- ten, Solothurn, 7. Juni und 6. Oktober 1549.	108
ANHANG III	
Lettres Patentes d'Henry II., 11 Novembre 1549, deutscher Text.	109
französischer Text	110

Kapitel IV

DIE STELLUNG DER EIDG. KAUFLEUTE IN LYON WÄHREND DER GLAUBENSKÄMPFE IN FRANKREICH	113
1. Der Streit der eidg. Kaufleute mit dem Zollpächter Lodovico Diaceto	116
2. Die Einführung der Traite domaniale, 1577, und die Bündniserneuerung zwischen Frankreich und der Eidgenossenschaft, 1582	123
3. Die 2. Revision des französischen Zolltarifs, 1581	126
4. Der Bürgerkrieg der Drei Heinriche	129
5. Die Ausdehnung der Rechte der Douane von Lyon ...	130
6. Der Vertrag von Seyssel, 1584	133
7. Die Kriegskontributionen in Lyon	135
8. Der Kampf Heinrichs III. und Heinrichs IV. gegen die Liga und die Unterstützung durch die Eidgenossen- schaft.	137
9. Die Einführung neuer Zölle in Frankreich.	140
10. Die kaufmännischen Forderungen bei den Bündnisver- handlungen von 1601	142
11. Die Bündniserneuerung von 1602 und die Mission Heinrich Zilys	148
12. Die eidg. Gesandtschaft von 1604.	151
13. Der Kampf der eidg. Kaufleute gegen ein neues Wirt- schaftsprinzip	154
ANHANG I	
1. Sauf-Conduit de Charles IX., 22 Juillet 1565	157
2. Lettres Patentes de Charles IX., 1 Aoust 1571	157
ANHANG II	
Zolltarife von 1540 und 1581	158

Kapitel V

SULLY'S ZOLL- UND FINANZREFORM VON 1598 UND IHRE AUSWIRKUNG AUF DIE EIDG. HANDELSFREIHEITEN BIS ZUR LETTRE PATENTE VON 1622	159
---	-----

1. Die Gesandtschaft der reformierten Orte, 1605	159
2. Die Entwicklung Frankreichs zum absolut regierten Staat und Sully's Zollreform von 1598.....	163
3. Die Auseinandersetzungen der eidg. Kaufleute mit dem Generalpächter du Ham	164
4. Die kaufmännische Gesandtschaft Bartholomäus Zolli- kofers, 1608	168
5. Der Zerfall der Konvention von 1608	181
6. Die Aufhebung der Douane von Vienne und die Errich- tung eines neuen Zolls in Aix-en-Provence	184
7. Die kaufmännische Mission Jakob Hubers, 1614.....	186
8. Die Vorbereitungen zur Entsendung einer kaufmänni- schen Standesgesandtschaft, 1614/15	191
9. Die Auswirkungen des 30-jährigen Krieges in Grau- bünden und die Entsendung einer reformierten Ge- sandtschaft nach Frankreich, 1622	202
10. Die Bemühungen um die Wiederherstellung eines frei- en Geldexports	209
11. Die außergerichtlichen Regelungen der Differenzen zwischen den eidg. Kaufleuten und den Zollbeamten	210
12. Die Gründung einer "Nation Germanique", 1621.....	213
13. Die Gründung einer neuen gemeinsamen Kontributions- kasse, 1622	215
14. Die Monopolstellung der eidg. Kaufleute in Frankreich	220

ANHANG I

Auszug aus einem durch die französische Regierung abge- fangenen Schreiben des bernischen Gesandten in Paris, Hans Rudolf von Erlach, an General Wyss in Bern, vom 20. August 1615.....	222
--	-----

ANHANG II

Bericht der in Lyon ansässigen St. Galler Kaufleute über die Armenpflege, Juni 1621	223
--	-----

Kapitel VI

DIE EINGRIFFE DES FRANZÖSISCHEN FISKUS IN DIE HANDELSFREIHEITEN DER EIDG. KAUFLEUTE, 1630 BIS ZUM

TARIF COLBERT'S, 1664	225
1. Die Entwicklung der Douane von Lyon	226
2. Die Entwicklung der Douane von Valence	229
3. Der Prozeß gegen die Douane von Valence, 1630	230
4. Die Auswirkungen der Neufassung des Artikels VI im Pachtvertrag der Douane von Valence von 1633	237
5. Die 3. Revision des französischen Zolltarifs, 1632, und der Prozeß gegen die Douane von Lyon	240
6. Die politischen Auswirkungen der Schlacht bei Lützen auf die Eidgenossenschaft	247
7. Die Gesandtschaft der katholischen Orte, 1633, und die Vorbereitungen für eine Gesandtschaft der reformierten Orte, 1634	249
8. Die kaufmännische Standesgesandtschaft, 1634/35 ..	255
9. Die Eingriffe der Douane von Lyon in die Handelsfreiheiten der eidg. Kaufleute	270
10. Der Entwurf Mathias Spon's zu einer neuen Konvention der eidg. Kaufleute in Lyon, 1630 (?).	274
11. Die zweite Mission Bartholomäus Zollikofers	278
12. Der Streit zwischen den Zürcher und St. Galler Kaufleuten um die Ausgaben der Kontributionskasse und die Konferenz von Rickenbach, 1636	283
13. Die Revision des Urteils des Conseil du Roi von 1636 und der Streit um die Taxe des aisés	286
14. Die Einführung der Quarantième	288
15. Der Beginn der Verhandlungen um die Bündniserneuerung und die Forderungen der eidg. Kaufleute, 1651 ..	292
16. Die separate Bündniserneuerung der katholischen Orte, 1653, bis 1655	295
17. Die Verhandlungen Frankreichs mit den reformierten Orten, 1656, und die Forderungen der eidg. Kaufleute ..	297
18. Die Repressalien des französischen Fiskus gegen die eidg. Kaufleute in Frankreich	300

	<u>Seite</u>
19. Die Bemühungen Frankreichs um ein einheitliches Bündnis mit der gesamten Eidgenossenschaft und die Aufgabe der kaufmännischen Deputierten Jakob Hochreutiner und Heinrich Escher.	306
20. Der Wandel der eidg.-französischen Handelsbeziehungen	310
21. Die Wirtschaftspolitik Colbert's	313
22. Die Demarchen Hochreutiners und Eschers bei Colbert	315
23. Die Tarife von 1664 und 1667	319
24. Die Auswirkungen der neuen Tarife auf den Handel der eidg. Kaufleute mit Frankreich	321
ANHANG I	
Instruktionen der Gesandtschaft von 1634/35	324
ANHANG II	
Instruktionen für die kaufmännischen Gesandten, 31. Juli 1634	325
ANHANG III	
Aufstellung der Handelsmarken der eidg. Handelshäuser in Lyon, 15. Januar 1635	327
ANHANG IV	
Unterzeichner der Vereinbarung vom 2. Februar 1637 ..	329
ANHANG V	
Bundesprojekt der evangelischen Orte, August 1656	330
ANHANG VI	
Zolltarife von 1632, 1664 und 1667	331
 <u>Kapitel VII</u>	
ZUSAMMENFASSUNG UND RÜCKBLICK	333
LITERATURVERZEICHNIS	349
ARCHIVMATERIAL	352

VORWORT

Die wirtschaftliche Tätigkeit der eidgenössischen Kaufleute in Frankreich war bis zum Ende des Ancien Régime so vielseitig, daß ihre vollständige und lückenlose Darstellung unmöglich erscheinen mußte. Die Vielzahl erhalten gebliebener zeitgenössischer Urkunden, Dokumente und Briefe, deren Auswertung immer wieder neue Details und Gesichtspunkte erschloß, zwang zu einer Auslese, um die Arbeit nicht noch breiter und detaillierter werden zu lassen. Die hier versuchte Darstellung einer wirtschaftsgeschichtlichen Einzelperiode des europäischen Handels findet ihre zeitliche Abgrenzung zwischen dem Ewigen Frieden von 1516 zwischen der Alten Eidgenossenschaft und Frankreich, der den eidg. Kaufleuten die Fixierung ihrer Zoll- und Handelsfreiheiten in einem Staatsvertrag brachte, und der Tariform Colbert's von 1664, die einen Wandel in den eidg.-französischen Handelsbeziehungen zur Folge hatte und das vorläufige Ende eines inzwischen stattgefundenen weitgehenden Abbaus der eidg. Zoll- und Handelsfreiheiten in Frankreich bedeutete. Die Arbeit will nicht die Entwicklung der eidg.-französischen Handelsbeziehungen und die mit ihnen unlöslich verbundene Entstehung der eidg. Zoll- und Handelsfreiheiten und deren allmählichen Verfall aus dem Rahmen und den kausalen Zusammenhängen einer gesamt-wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung herauslösen. In der Zusammenfassung am Schluß der Arbeit wird deshalb versucht, auf knappstem Raum das Dargestellte als die Wirkung erscheinen zu lassen, deren Ursache in dem sich ständig vollziehenden Wandel der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebensform zu finden ist.

Die Urkunden und die Korrespondenz der "Ordinari-Thrücke" der eidg. Kaufleute zu Lyon waren die Hauptquelle der vorliegenden Arbeit. Diese Dokumente wurden 1795 von Lyon nach Zürich gebracht, in das Archiv des Kaufmännischen Direktoriums Zürich eingegliedert und nach dessen Auflösung vom Staatsarchiv des Kantons Zürich übernommen, wo sie sich heute in 30 großen Mappen, nicht vollständig

chronologisch geordnet und nicht inventarisiert, befinden. Von den Beständen des Staatsarchivs Zürich wurden ferner herangezogen die "Dokumente betr. die Beziehungen zum Ausland", die drei erhalten gebliebenen Bände des "Ordinari-Buch gemeiner Kaufleute der Stadt St. Gallen", die Archivbestände betreffend die "Privilegien der Schweizer in Frankreich 1516-1796", die "Konkurs-, Contagations- und Zollsachen 1559-1793", die Urkunden und Dokumente über die "Handelsbeziehungen der Schweiz zu Frankreich", sowie die Zürcher Abschiedsammlung.

Weiteres für die Arbeit wesentliches Material fand sich im Stadtarchiv von St. Gallen, wo sich die älteren Bestände des Kaufmännischen Direktoriums St. Gallen, in Faszikel und Mappen chronologisch nach Sachgebieten geordnet, befinden. Diese Bestände sind leider nicht inventarisiert, wenn man von einem alten, sehr unvollständigen Verzeichnis absehen will. Weitere wertvolle Unterlagen boten die im Stadtarchiv St. Gallen untergebrachten Ratsprotokolle der Stadt St. Gallen.

Wesentliche Hinweise für das Thema der Arbeit konnten in der Sammlung historischer Urkunden, den Registres du Conseil und den "Minutes des notaires" des Staatsarchivs Genf gefunden werden. Diese Sammlungen bieten eine für wirtschaftsgeschichtliche Arbeiten bisher anscheinend wenig benutzte Quelle. Aus den Beständen der Staatsarchive von Bern, Basel, Luzern und Freiburg konnten für das Thema wichtige weitere Unterlagen benutzt werden. Von großer Hilfe war ferner die "Amtliche Sammlung der älteren eidg. Abschiede", die viel zur Dokumentation herangezogen werden konnte.

Die im Text gebrachten Zitate, bei denen häufig das zeitgenössische Schweizerdeutsch mit dem heutigen Hochdeutsch abwechselt, finden sich in dieser Form in der amtlichen Sammlung der älteren eidg. Abschiede. In den Fußnoten wurde hierbei jeweils, neben dem Standort des Zitats in der angeführten Sammlung, auch auf den Standort des Originaldokumentes verwiesen. Die textliche Übereinstimmung

wurde jeweils überprüft, jedoch wurde dem Zitat aus der amtlichen Abschiedesammlung der Vorzug gegeben, um einen für den Leser leichter lesbaren Text zu verwenden. Die im Anhang zu den einzelnen Kapiteln gebrachten vollständigen Originaltexte der wichtigsten Zeitdokumente verfolgen die Absicht, das Bild des Geschehens möglichst abzurunden.

Mit der Erstellung der Arbeit wurde das Ziel verfolgt, anhand einer wirtschaftsgeschichtlichen Einzelperiode einen bescheidenen Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte zu leisten und das Interesse an ihr wachzuhalten.

I. EINLEITUNG

Bis in die Mitte des 14. Jahrhunderts hinein hatte eine harmonische Entwicklung der ländlichen und städtischen Wirtschaft stattgefunden, deren verschiedenste Strömungen und Spannungen durch den ethisch-religiösen Ordo-Gedanken, dem alles Leben hingeordnet war, ausgeglichen und zusammengehalten wurden. Der alte, auf personalen Beziehungen gegründete Herrschaftsgedanke bestimmte noch das gesamte soziale Gefüge, aber langsam begann sich, vornehmlich in den Städten Norditaliens, Nordfrankreichs und Flanderns, der Territorialgedanke durchzusetzen. Das Übergewicht der Städte über das flache Land unterwarf dieses in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht der Vorherrschaft der Städte, und führte allmählich zur Auflösung der alten Ordnung. Die Städte fanden ihre Aufgabe darin, den Warenverkehr mit Fernhandelsgütern zu vermitteln und über ihren eigenen Bedarf auch den Bedarf des flachen Landes zu decken. Ein dichtes Netz von Handelsstädten lag über dem Abendland und führte zu einer engen Verflechtung der Fernhandelsbeziehungen, die mit dem damaligen Welthandel gleichzusetzen sind¹⁾. Durch die starke Bevölkerungszunahme hatte die alte Wirtschaftsform ihre obere Leistungsgrenze erreicht, und der Bevölkerungsdruck drängte auf eine Änderung der Situation hin. Diese Änderung mußte zu einer Verstärkung der nichtagrarischen Wirtschaftszweige, besonders des städtischen Handwerks, führen, so daß die Städte erst recht zum Mittelpunkt eines auf Fernhandel ausgerichteten Wirtschaftsgebietes wurden. Aber auch jede andere strukturelle Verschiebung mußte sich zum Vorteil der Stadtwirtschaft auswirken. Die großen Hungersnöte und Teuerungen des ausgehenden 13. und beginnenden 14. Jahrhunderts zeigen deutlich, daß die bestehende Ordnung einen Endpunkt erreicht hatte und die Wirtschaft Mitteleuropas entscheidende Änderungen vornehmen mußte, wenn sie ihrer Aufgabe weiterhin gerecht werden wollte.

1) Vgl. Lütge, Friedrich: Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Berlin, 1952, S. 143 f.

Der erwartete Umbruch wurde aber nicht durch das starke Anwachsen der Bevölkerung ausgelöst, sondern durch ein Ereignis höherer Gewalt, die großen Pestepidemien, welche über zwei Generationen immer wieder hereinbrachen und die Bevölkerung Mittel und Westeuropas stark dezimierten. Bevölkerungsverluste dieses Ausmaßes konnten aber nicht ohne Einfluß auf die gesamte wirtschaftliche und soziale Struktur bleiben. In Mitteleuropa verschoben sich die Komplementärverhältnisse der Produktionsfaktoren, da hier die vorhandene Güterausstattung erhalten blieb, derart, daß der Faktor Arbeit stark reduziert wurde, wohingegen der Faktor Boden und produzierte Produktionsmittel in einem ungleich größeren Verhältnis zur Verfügung stand. Diese "Dynamik der Schrumpfung"²⁾ bewirkte den Verfall der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse einerseits und das starke Anziehen der Preise für gewerbliche Erzeugnisse, verbunden mit Lohnsteigerungen. Durch die Okkupation herrenlos gewordener Güter kam es zu Kapitalkonzentrationen, wobei die zusammengeballte Kaufkraft gegenüber landwirtschaftlichen Erzeugnissen auf ein relativ gestiegenes, bei gewerblichen Gütern aber auf ein relativ gesunkenes Angebot stieß. Die Kapitalkonzentration fand sich vornehmlich in den Städten und führte zu deren Entfaltung, wobei die gesteigerte Nachfrage, nicht nur bei Waren des täglichen Bedarfs, zu einer starken Entwicklung von Handwerk und Gewerbe führte. Das Handwerk drängte auch zur politischen Führung und konnte seine Beteiligung am Stadtregiment durchsetzen.

Das Ansteigen der Konsumkraft der städtischen Bevölkerung übte auch auf den Handel belebende Impulse aus, wobei der Fernhandel mit Massenkongsumgütern in den Vordergrund trat. Bemerkenswert ist hierbei noch, daß sich nicht der Handelsraum, wohl aber das Handelsvolumen stark ausdehnte. Die an den Fernhandel gestellten erhöhten Anforderungen führten zur Entwicklung eines leistungsfähigen Kommunikationsnetzes, wobei aber, wie später zu zeigen ist, nicht immer

2) Vgl. Lütge: a. a. O., S. 146

der kürzeste Weg eingeschlagen wurde, sondern der des geringsten wirtschaftlichen Widerstandes. Mit der eintretenden Arbeitsteilung im Kaufmannsgewerbe kam es zur Trennung zwischen Handel und Transportwesen, wobei ein selbständiges, oft in Zünften und Gilden zusammengefaßtes Transportgewerbe entstand.

Anders als in Mitteleuropa verlief die Entwicklung in Frankreich. Hier trat zu den durch die Pestepidemien verursachten Bevölkerungsverlusten auch noch die Vernichtung der vorhandenen Güterausstattung durch den Hundertjährigen Krieg hinzu. Hierin ist der Grund zu sehen, warum Frankreich bis in die Mitte des 17. Jahrhunderts bevölkerungsschwächer als seine Nachbarn war und bis zu diesem Zeitpunkt ein Importland blieb.

Die einst so bedeutenden Messen der Champagne waren im Strudel des Hundertjährigen Krieges untergegangen und hatten einen empfindlichen Einnahmeausfall der französischen Krone zur Folge. Um den darniederliegenden Handel neuzubeleben und damit der Krone wieder neue Einnahmequellen zu erschließen, beschloß der Dauphin Karl ein neues Handels- und Messezentrum zu schaffen. Während eines 1419 stattfindenden Besuches von Lyon fand er hier alle Voraussetzungen für sein Vorhaben gegeben und ging tatkräftig daran, durch Gewährung königlicher Privilegien seinen Plan durchzuführen. Diese Politik wurde nach seinem Tod von seinen Nachfolgern fortgesetzt und unter der zielbewußten Förderung der französischen Herrscher war die Bedeutung Lyons seit der Mitte des 15. Jahrhunderts in ständigem Anwachsen begriffen. Unter der Regierung Franz I. von Frankreich erreichte Lyon den Höhepunkt seiner Schlüsselstellung im Handel mit den westeuropäischen Staaten. Der Handel mit Spanien ging über Lyon, wobei es gleichgültig war, ob die Waren wie in früheren Zeiten den Landweg über Toulouse nahmen, oder wie es später üblich wurde, den Seeweg über Marseille benutzten. Im Handelsverkehr zwischen der Eidgenossenschaft und Frankreich war es Brauch, daß die eidgenössischen Kaufleute ihre Waren nicht weiter als bis Lyon brachten, wo sie auf den Markt kamen und während der Messezeiten

zum Verkauf gelangten. Handelsgeschäfte eidgenössischer Kaufleute auf anderen französischen Märkten oder in Gebieten außerhalb des Rhônetals scheinen kaum vorgenommen worden zu sein, und Berichte über derartige Geschäfte liegen nur äußerst selten vor. Die Stadt Lyon wurde für die eidgenössische Kaufmannschaft das Zentrum ihres Frankreich- und Spanienhandels. Der Glanz, den ihre überragende Bedeutung ausstrahlte, beeinflusste stark das Zusammenleben der in Lyon ansässigen Vertreter der eidgenössischen Handelshäuser. Diesem Einfluß war es dann auch zuzuschreiben, daß es mit Beginn des 17. Jahrhunderts zu den ersten, allerdings noch sehr lockeren Zusammenschlüssen der Kaufleute der XIII Orte³⁾ kam, die aber doch bereits das Bestreben erkennen lassen, zu einer gesamteidgenössischen Standesvertretung zu gelangen.

Bereits seit dem 15. Jahrhundert waren die in Lyon ansässigen Kaufleute fremder Nation in landsmannschaftlicher Weise vereint. Die Kaufleute aus Genua, Mailand, Lucca, Florenz und dem Deutschen Reich hatten sich zu ihren eigenen "nations" zusammengeschlossen und spielten dadurch im öffentlichen Leben der Stadt keine geringe Rolle. Die Vorsteher der einzelnen nations, die "Seigneurs des nations", hatten bei den Empfängen, welche die Stadt Lyon zu Ehren des Königs oder anderer hochgestellter Persönlichkeiten gab, an der Seite des Magistrats mit zu repräsentieren. Die "nation allemande" wurde von den Kaufleuten der Reichsstädte gebildet, zu denen auch die eidgenössischen Kaufleute gezählt wurden. In Bezug auf ihre Handelsfreiheiten standen aber Eidgenossen und Deutsche seit dem Abschluß des Ewigen Friedens von 1516 zwischen der Eidgenossenschaft und Frankreich auf vollkommen verschiedenen Rechtsgrundlagen. Die Kaufleute der Eidgenossenschaft besaßen in den Artikeln des Ewigen Friedens ein verbrieftes Recht, auf welches sich ihre Ansprüche

3) Bezeichnung für die Alte Eidgenossenschaft, die bis 1789 13 Stände (Uri, Schwyz, Unterwalden, Luzern, Zürich, Bern, Glarus, Zug, Basel, Schaffhausen, Appenzell, Freiburg, Solothurn) umfaßte.

zurückführen ließen. Dieses Recht, dessen Entstehung und Verteidigung den Inhalt der vorliegenden Arbeit bildet und das allerdings im Laufe zweier Jahrhunderte bis zum Ende des Ancien Régime Einschränkungen und Beschneidungen unterlag, verdankten die Kaufleute in erster Linie den politischen Umständen. In Verfolgung ihrer Politik waren die französischen Könige stets auf die Dienste der eidg. Söldner angewiesen und gezwungen, auf die Stellung und Rechte der eidg. Kaufleute in Frankreich Rücksicht zu nehmen. Die deutschen Kaufleute hingegen konnten sich bei ihrem Kampf um die Erhaltung ihrer Handelsfreiheiten nicht auf einen Staatsvertrag berufen, sondern waren von Anfang an auf die allgemeinen Privilegien angewiesen, die den ausländischen Kaufleuten 1463 durch Ludwig XI. verliehen worden waren. Die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts sollte dann den Umschwung bringen. Der ständige Kriegszustand in Italien, die bürgerkriegsähnlichen Glaubenskämpfe in Frankreich und die damit verbundene Erschwerung des Geldtransfers hatte zahlreiche italienische Bankiers veranlaßt, Lyon zu verlassen⁴⁾. Ihre leeren Plätze wurden von den kapitalkräftigen oberdeutschen Kaufleuten eingenommen, die seit dem Edikt von Nantes, 1598, in verstärkter Zahl einwanderten und in zunehmendem Ausmaß die Finanziers der französischen Krone wurden. In dieser Epoche wurden dann auch die Handelsfreiheiten der deutschen Kaufleute an diejenigen angeglichen, welche die eidg. Kaufleute bereits seit langem besaßen. Die französischen Herrscher waren jetzt auf die Kapitalkraft der deutschen Kaufherren angewiesen und hatten deren Wünschen Rechnung zu tragen.

Die an der Spitze der einzelnen landsmannschaftlichen Organisationen stehenden Seigneurs des nations führten die Amtsbezeichnung "Konsul", wohl in Anlehnung an den Titel, den die zwölf höchsten Magistratsbeamten der Stadt Lyon führten, die durch Vertreter der

4) Vgl. Ehrenberg, Richard: Geldkapital und Kreditverkehr im 16. Jahrhundert, Jena, 1922, Bd.I, S. 296

Zünfte und Grundbesitzer gewählt wurden⁵⁾. Die Konsuln der einzelnen nations waren gleichzeitig auch die Vertreter der obersten Gewalt ihrer Heimatstaaten. Unter der Regierung Heinrichs II. scheint es unter den ausländischen Konsuln zu Auseinandersetzungen gekommen zu sein, denn nach der Thronbesteigung Heinrichs III. befand sich nur noch an der Spitze der Florentiner Kaufleute ein Konsul, während die anderen Vorsteher der nations lediglich noch als Deputierte fungierten⁶⁾. Die Florentiner Kauf- und Bankleute waren das dominierende Element in Lyon; ihrem Unternehmersinn verdankte es die Stadt, daß die Messzahlungen in der modernen italienischen Form abgewickelt wurden und die Lyoner Börse zu ihrer weltweiten Bedeutung kam⁷⁾. Unter Führung des Florentiner Konsuls versammelten sich sämtliche Kaufleute Lyons in der "Loge", dem Konsularhaus der Florentiner, um Annahmbedingungen, Skontrierung und Durchschnittskurs der Wechsel festzulegen, wobei die Florentiner das Recht besaßen, als erste ihre Angebote zu machen. Daneben waren bereits verschiedene Zölle in florentinischer Pacht, wie auch das Recht zur Postbeförderung von Lyon an den französischen Hof, an verschiedene italienische Fürstenhöfe und an die Kurie in Rom sich in florentinischen Händen befand. Der Edelmetallverkehr, der in der Loge, der späteren Börse von Lyon, stattfand, nahm einen derartigen Umfang an, daß er in seiner Bedeutung als Vorläufer des modernen Clearingverkehrs angesehen werden kann⁸⁾.

In der Zeit der französischen Bürgerkriege festigte sich die Position der eidg. Kaufleute in Frankreich, eine Entwicklung, die sie ohne Zweifel der günstigen politischen Konstellation verdankten, die ihnen auch eine relative Sicherheit für ihren Warenverkehr garantierte.

5) Vgl. Levasseur, E.: Histoire des classes ouvrières avant 1789, Paris, 1901, Bd. II, S. 92.

6) Vgl. Ruby, Claude de: Histoire véritable de la ville de Lyon, Lyon, 1664, S. 496

7) Vgl. Ehrenberg, a. a. O., Bd. II, S. 77

8) Vgl. Vigne, Marcel: La Banque de Lyon, Lyon, 1903, S. 93 u. 113

Wie Umstände und Beispiel die eidg. Kaufleute in Lyon dazu führten, sich enger aneinander anzuschließen, so ging auch in ihren Heimatorten eine ähnliche Entwicklung vor sich. Die immer wiederkehrenden willkürlichen Übergriffe der Krone, Städte oder Zollpächter hatten die Kaufleute gezwungen, vor der Tagsatzung der XIII Orte, der höchsten gemeineidg. Instanz, zu erscheinen und diese um Unterstützung ihrer Proteste anzugehen. Hierbei hatten die Kaufleute die Erfahrung gemacht, daß ein gemeinsames Auftreten als Stand ihre Anliegen besser förderte als ihr Auftreten als Einzelpersonen. Eine derartige Entwicklung zum eigenen Stand wurde durch die Verhältnisse in der Stadt St. Gallen besonders begünstigt, da bei der Einführung der Zunftverfassung um 1354 die Kaufleute übergangen worden waren und vom Stadtreghment ausgeschlossen blieben. Die St. Galler Kaufleute hatten deshalb durch ihre Stadtverfassung Veranlassung und Bedürfnis, sich bereits früh zur Wahrung ihrer Interessen zu einer freien Gesellschaft zusammenzuschließen⁹⁾. Die Anfänge dieses Zusammenschlusses lagen in St. Gallen weit zurück, bereits Vadian erwähnt schon die "freie Gesellschaft wohlvermögender Bürger", die kein Handwerk betreiben, noch offene Läden besitzen, obwohl sie Kaufleute sind¹⁰⁾. Auch die später noch zu erwähnende kaufmännische Gesandtschaft Rainsbergs an den französischen Hof im November 1552 war auf die Initiative der "gemeinen Kaufleute in St. Gallen" zurückzuführen. Die zunächst als Zurücksetzung empfundene Zunftverfassung St. Gallens erwies sich später für die Kaufleute von Vorteil, denn sie konnten zwecks Kapitalverstärkung ungehindert zur Bildung von Handelsgesellschaften übergehen, während diese Entwicklung z. B. in Basel durch die Zunftordnung erschwert wurde. Die Handelsgesellschaften wurden meistens vom Familienoberhaupt gemeinsam mit den Söhnen geleitet, oder es waren mehrere Brüder, Verwandte oder

9) Vgl. Reichesberg, N.: Handwörterbuch der schweizerischen Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, Bern, 1905, Bd. II, S. 721

10) Vgl. Watt, Joachim von: Chronik der Äbte von St. Gallen, St. Gallen, 1877, Bd. II, S. 422, no. 27

Erben, die sich in die Führung der Unternehmen teilten. Die Betriebsform der Handelsgesellschaft gestattete durch die Konzentration des Familienkapitals eine weite Ausdehnung, wobei die ausländischen Faktoreien immer mit Angehörigen der Familie, die gleichzeitig Gesellschafter waren, besetzt werden konnten; ein Umstand, der eine tatkräftige Wahrung der Interessen garantierte. Aus diesen Umständen heraus erklärt sich auch, warum es die St.Galler Kaufleute waren, die immer wieder als Sprecher der gesamteidg. Kaufmannschaft vor der Tagsatzung auftraten und überall dort die Initiative ergriffen, wo es galt, die gemeinsamen Handelsfreiheiten zu verteidigen.

In der Entwicklung der Handelsbeziehungen der eidg. Kaufleute mit Lyon und damit zu ganz Frankreich lassen sich drei verschiedene Phasen nachweisen. Es ist als sicher anzunehmen, daß die Kaufleute zunächst nur für die Dauer der Messe nach Lyon kamen und nach beendeter Messe wieder den Weg in die Heimat zurück antraten. Mit der zunehmenden Bedeutung Lyons als Bank- und Handelszentrum für die Verbindung nach Westen wurde die zweite Phase durch die Gründung von Niederlassungen mit eigenen Faktoreien gekennzeichnet. Die dritte Phase der Entwicklung war die fast ausschließlich durch St.Galler Firmen durchgeführte Gründung selbständiger Geschäftshäuser in Lyon. Zu den Anfängen einer eidg. Kaufmannskolonie in Lyon gehörten auch eine Anzahl deutscher Kaufleute, die das Bürgerrecht eines der XIII Orte erworben hatten und als sogenannte Ausburger ständig in Lyon ansässig waren, wo sie ihre eigenen Handelshäuser besaßen. Diese Ausburger bildeten den eigentlichen Kern der jungen eidg. Kolonie, deren Größe ständig wechselte und deren Mitglieder sich immer nur für einige Zeit, meistens zur Ausbildung, in Lyon aufhielten. Die Handelshäuser der Kolonie in Lyon befanden sich an der rue des Treize-Cantons, rue Mercière und rue Grenette, im sogenannten Quartier du Change¹¹⁾.

11) Vgl. Vigne: a.a.O., S. 96

Die Ursprünge der eidg. Kolonie in Lyon liegen im Dunkel, und über ihre Entwicklung bis zum Ende des 15. Jahrhunderts sind keine Urkunden erhalten geblieben; fest steht jedoch, daß sie bereits zu Anfang des 16. Jahrhunderts bestand. In den Berichten der Tagsatzung werden wohl Kaufleute erwähnt "so gen Lyon handlend", aber es entzieht sich unserer Kenntnis, ob diese Kaufleute sich nur während der Messe in Lyon aufhielten oder ständig dort ansässig waren. Das gleiche gilt auch für die eidg. Teilnehmer am "grand parti" und anderen Anleihen Franz' I. und Heinrichs II., und auch von dem während der Maimesse 1539 in Lyon verstorbenen reichen Kaufherrn Georg Zollikofer ist nicht bekannt, ob er ein Messebesucher war oder zu den residierenden Kaufleuten von Lyon gehörte.

Um die Mitte des 16. Jahrhunderts berichten die Urkunden von eidg. Kaufleuten, die ständig in Lyon ansässig waren. Es werden erwähnt ein Benedikt Stocker von Schaffhausen, ein Jakob Rainsberg von St. Gallen und ein Jakob Wirz von Zürich, sowie ein Hans Strub, der dem 1553 von Paris über Lyon nach St. Gallen reisenden kaufmännischen Gesandten behilflich war, ein Zollzertifikat zu erhalten¹²⁾. Während zur Zeit des französischen Bürgerkriegs und der Herrschaft der Liga in Lyon die meisten ausländischen Kaufleute die Stadt verließen, um den Kriegskontributionen vom Herbst 1589 zu entgehen, verließen die eidg. Kaufleute die Stadt nicht oder nur ganz kurzfristig. Für die gesamte Dauer des langanhaltenden Bürgerkriegs hielten sie der Stadt die Treue. Ihre Anwesenheit wird durch die eidg. Abschiede¹³⁾ sowie durch ihren Vertrag mit der Stadt Seyssel urkundlich bezeugt, in dem sie als "marchands suisses résidants à Lyon" bezeichnet werden¹⁴⁾. Die 1583 auf dem Rathaus der Stadt Lyon eingetragenen Handelsmarken

12) Vgl. Wartmann, Hermann: Eine kaufmännische Gesandtschaft nach Paris, 1552-1553, Jakob Rainsberg Tagebuch, St. Gallen, 1904, S. 6

13) Vgl. EA IV, Abt. 2, no. 332

Die eidg. Kaufleute wurden 1569 gezwungen, zum Unterhalt der Schweizergarde in Lyon beizutragen.

14) Vgl. S. 124 f.

zeigen, wie stark die Messen von den eidg. Kaufleuten frequentiert wurden, waren doch 16 Handelsmarken von St. Galler Firmen, 8 Zürcher, 3 Basler, 3 Bündner, 2 Schaffhauser Handelshäuser und je ein Kaufmann von Lausanne und Rottweil eingetragen¹⁵⁾. Die uralte Leinenmanufaktur St. Gallens befähigte die Kaufleute dieser Stadt zu einem intensiven Exporthandel, so daß für sie der Platz Lyon weit größere Bedeutung besaß als für die anderen eidg. Orte, deren junge Manufakturen in der Entwicklung begriffen und noch nicht zu einem leistungsstarken Export fähig waren. Dies gilt vor allem für die Samt- und Seidenmanufakturen Basels und Zürichs, die von italienischen und französischen Refugianten eingeführt worden waren und deren Produktion nicht vor Ende des 16. Jahrhunderts für den Export nach Frankreich in Betracht kam.

Die nations der Kaufleute waren in der Armenpflege sehr tätig und unterstützten die Wohlfahrtseinrichtungen der Stadt in großzügiger Weise. Bereits 1533 hatte Hans Kleberg ein reiches Legat, eine ständige Hilfskasse für die Armenpflege, errichtet. Diese Kasse, die "Aumône générale", trug ihm den Beinamen "der gute Deutsche" ein, als welcher er bis zum heutigen Tag der Bevölkerung von Lyon in Erinnerung geblieben ist. Die "grande Boucherie de l'Hospital" in Lyon, deren Baukosten vom Gouverneur der Stadt, Mandelot, und mehreren ausländischen Kaufleuten gemeinsam übernommen worden waren, wurde 1570 erbaut und erhielt ihren Namen vom benachbarten Hospital, dem ihre Einkünfte zuflossen. Die Wappen der Erbauer wurden in Stein gehauen über jedem Fleischverkaufsstand angebracht. Durch diesen Bau angeregt erklärten sich die St. Galler Kaufleute bereit, ebenfalls eine Verkaufshalle erbauen zu lassen und stifteten dem Verwalter des Hôtel-Dieu einen Betrag von 350 livres, worüber am 23. April 1581, verbunden mit einem Dankschreiben für die Stiftung, quittiert wurde¹⁶⁾. In dem Schreiben wurde versprochen, das Wappen der Stadt St. Gallen in Stein über dem Eingang anzubringen, als Zeug-

15) SAZ, Mappe 152 (1630), no. 7

16) Vgl. Ruby: a. a. O., S. 419

nis und bleibendes Andenken an die Mildtätigkeit und Fürsorge der Kaufleute von St. Gallen, durch deren Hilfe die Verkaufshalle erbaut werden konnte.

Der Briefwechsel zwischen den St. Galler Handelshäusern und den in Lyon befindlichen Niederlassungen war sehr rege, da ständig Anordnungen, Hinweise und Ratschläge erteilt werden mußten, so daß sich die Notwendigkeit einer regelmäßigen Postverbindung von selber ergab. Für 1575 ist bereits eine "Ordinari-Post" nachweisbar, die regelmäßig alle 14 Tage den Depeschenverkehr besorgte, jedoch ist anzunehmen, daß diese Postverbindung schon früher bestand. Die Bezeichnung "Ordinari" ist im Zusammenhang mit der Postverbindung nach Lyon entstanden, wo man den planmäßigen Postboten "l'ordinaire" nannte im Gegensatz zu dem auch außerplanmäßig reisenden Boten. Die spätere Entwicklung führte dazu, das gesamte Postwesen "Ordinari" zu nennen¹⁷⁾. Im Jahre 1669 wurde die private Postverbindung zwischen Lyon und Genf durch den Generalintendanten der französischen Postdienste verboten und 1679 wurde auch diejenige zwischen Genf und Bern aufgehoben durch die Verleihung des bernischen Postregals an die Stadtberner Familie Fischer. Am 13. November 1684 entfiel dann der Postdienst nach Nürnberg, nachdem die Thurn & Taxis'sche Postverwaltung einen langjährigen Prozeß gegen das St. Galler Ordinari gewonnen hatte¹⁸⁾. Im Jahre 1575 schlossen sich neun Nürnberger Handelshäuser mit St. Gallen zusammen, um gemeinsam das Lyoner Ordinari zu betreiben. Der Verbindung traten 1576 weitere acht Augsburger und Nürnberger Handelshäuser bei. Die Verwaltung des Ordinari befand sich in St. Gallen und lag in den Händen zweier Deputierter, welche die Kosten des Unternehmens aus einer gemeinsamen Kasse bestritten, in die alle Mitglieder des Ordinaris im Verhältnis zum Umfang ihrer beförderten Korrespondenz einzu-

17) Neben dem Lyoner bestand noch das Nürnberger Ordinari, das die Postverbindung zwischen St. Gallen und Nürnberg unterhielt.

18) Vgl. Reichesberger: a. a. O., Bd. II, S. 723

zahlen hatten¹⁹⁾. Der Postweg war in zwei Etappen eingeteilt mit Station in Genf, wo sich ein Angestellter des Ordinaris befand, der dem von Lyon kommenden Boten die Post abnahm und sie an den Boten weitergab, der die Route Genf-St. Gallen besorgte. Umgekehrt nahm der Lyoner Bote in Genf die von St. Gallen angekommene Post zur Weiterbeförderung nach Lyon in Empfang. Von St. Gallen wurde die Post mit eigenen Boten bis Nürnberg weiterbefördert, wobei die Taxe Lyon-Nürnberg für jedes Paket Briefe drei Gulden betrug. Das Ordinari erwies sich bald als so wichtig, daß St. Gallen beantragte, die Post wöchentlich verkehren zu lassen, doch scheiterte der Antrag am Widerstand der Nürnberger Kaufleute, die eine Erhöhung der Taxen befürchteten und überdies Gelegenheit hatten, ihre Post auch noch durch die reitenden Boten von Augsburg befördern zu lassen. Bereits im September 1582 waren am Lyoner Ordinari beteiligt: 18 Nürnberger, 5 Ulmer, 5 Augsburger, 3 Schaffhauser und 11 St. Galler Handelshäuser, sowie 8 teils deutscher, teils bündner Unternehmen, die zusammen einen Betrag von 534 Gulden an die Ordinarikasse bezahlten²⁰⁾. Das gemeinsam betriebene Unternehmen stellte aber schon 1585 seinen Dienst wieder ein, da die Schaffhauser Kaufleute ein eigenes Ordinari gegründet hatten und die Kaufleute aus Ulm und Nürnberg zu sich herüberziehen konnten, indem sie die St. Galler Posttaxen unterboten. Eine Zeitlang ließ sogar St. Gallen seine Post durch die Schaffhauser Boten besorgen, wobei das alte Ordinari aber beibehalten wurde, wenn die Zustellung nun auch in größeren Zeitabständen erfolgte. Schon 1598 trennte sich St. Gallen wieder von Schaffhausen und nahm seinen 14-tägigen Botenkurs wieder auf. Endstation für die reitenden Boten war jetzt Genf, wo die Post auf einen Schnellsegler (*chasse-marée*) umgeladen wurde, der sie auf der Rhône bis Lyon weiterbeförderte. Eine weitere Verbesserung trat hinzu, indem der Abgang der Post von St. Gallen so gelegt wurde, daß sie pünktlich jeden zweiten Dienstag dem Schiff in Genf übergeben werden konnte. Die Rückkehr des reitenden Boten von Genf nach St. Gallen, der die vom Schiff überbrachte

19) Die Amtsbezeichnung Deputierter ist wahrscheinlich in Anlehnung an die Lyoner Regelung erfolgt, wo die Vorsteher der *nations* den Titel "*député*" führten.

20) SASG, Faszikel I, Mappe 12a, no. 9
2. September 1582

Post mit sich führte, wurde zeitlich so gelegt, daß die für Nürnberg bestimmten Briefe in St.Gallen sofort dem den Postdienst nach Nürnberg versendenden Boten mitgegeben werden konnten. Mit diesem plan- und regelmäßigen Postdienst hoffte man in St.Gallen die Kaufleute aus den Reichsstädten wieder für sich gewinnen zu können. Die Richtigkeit dieser Maßnahmen zeigt sich in den ständig wachsenden Einnahmen, die die Ordinaribücher verzeichnen²¹⁾.

Die zunehmende Errichtung neuer Zölle in Frankreich und das Verbot der Geldausfuhr aus Lyon stellten steigende finanzielle Anforderungen an die Kaufleute. In St.Gallen kam man daher auf den Gedanken, die Ordinarikasse zu einem Hilfsfonds zu machen, aus dem alle Aufwendungen zur Verteidigung der alten Handelsfreiheiten mitfinanziert werden sollten. Für diesen Zweck waren aber die ordentlichen Einnahmen aus dem Postverkehr nicht ausreichend, so daß der Kassenbestand aus freiwilligen Beitragsleistungen aufgestockt werden sollte. Alle Kaufleute, die ihren Handel unter dem Schutz des Vertrags von 1516 betrieben und deren Waren im Genuß der Freiheiten aus diesem Abkommen standen, hatten ein sogenanntes "Ballengeld" an die Kasse zu zahlen. Das Ballengeld betrug 4 Kreuzer pro Warenballen, wurde von den jeweiligen Deputierten in St.Gallen verwaltet und mit 8 % p.a. verzinst; es scheint 1588 erstmalig erhoben worden zu sein. Im März 1596 erfolgte ein Beschluß der St.Galler Kaufmannschaft, auf alle

21) SAZ, Ordinaribuch gemeiner Kaufleute von St.Gallen, Bd.I (1599-1621), S.3, Eintragung vom 17. Oktober 1598. Es sind drei Ordinaribücher erhalten geblieben: Band I (1599-1621), Band II (26.12.1621-1632) und Band III (1632-1645). Die Bände enthalten die Verzeichnisse der in der "Ordinari-Truckhe" deponierten Dokumente, die Jahresabrechnungen und das Postjournal für die beförderten Briefpakete.

Auf dem Titelblatt von Band I steht: "Laus Deo. Anno 1599 den ersten Janvier in Lion dyss buoch angefangen per das Ordinary gemainer khauffleuten der statt St.Gallen, darin sollend allerley fürfallend sachen ingeschriben werden und jeder, solange er das Ordinary hatt, umb alles guote rechnung halten. Gott geb Gnad." Darunter befinden sich die Handelsmarken der 13 Handelshäuser, die dem Ordinari angehörten.

nach Lyon abgehenden Waren ein Ballengeld von 15 Kreuzer zu legen²²⁾. Die erzielte Steigerung des Kassenbestandes war erheblich, und es gelang tatsächlich, die Kosten der Prozesse, die aus Zollverweigerung, Warenbeschlagnahme und anderen Widerwärtigkeiten entstanden, auf ein Ausmaß herabzudrücken, das es dem einzelnen noch ermöglichte, seinen Prozeß gegen den französischen Fiskus finanziell durchzustehen. Es waren aber nur die St.Galler Kaufleute, die das Ballengeld freiwillig zahlten, das bei Abgang der Waren in St.Gallen erhoben wurde. Dafür hatten sie aber auch als einzige das Recht, über die Verwendung der Gelder zu befinden.

Die Führung der Ordinaribücher in Lyon wechselte jährlich, so daß jedes der dort ansässigen St.Galler Handelshäuser im Turnus für ein Jahr die Verwaltung übernahm. Der Lyoner Rechnungsführer hatte die laufenden Ausgaben mit eigenem Geld zu bestreiten, erst am Ende des Rechnungsjahres, im August, wurde ihm sein Guthaben aus der Ordinarikasse in St.Gallen vergütet. Aus den ab 1598 erhalten gebliebenen Rechnungsbüchern der Ordinariverwalter in Lyon sind uns die Beiträge der eidg. Kaufleute ebenso bekannt wie die Ausgaben des Verwalters. Die Einnahmen in Lyon deckten bei weitem nicht die zu leistenden Zahlungen, so daß diese zum größten Teil aus der St.Galler Kasse am Ende des Rechnungsjahres ausgeglichen werden mußten. Neben den laufenden Kosten der Postverwaltung wurden auch Zahlungen der "Gabelle" aus der Lyoner Ordinarikasse geleistet. Die Gabelle war eine Umsatzsteuer in Höhe von 5 %, die jährlich an die Stadt zu zahlen war. Die eidg. Kaufleute hatten zwar gegen Zahlung einer jährlichen Pauschalsumme die Befreiung von der Gabelle erreicht, aber die Bezeichnung wurde in den Büchern der Ordinariverwalter beibehalten. 1596 wird sie erstmals in den Büchern mit 150 Kronen (écu de soleil) ausgewiesen, 1600 war der Pauschalbetrag bereits auf 200 und 1602 auf 250 Sonnenkronen angestiegen. Die Handels-

22) SASG, Faszikel II, Mappe 10a, no.a
Entschließung vom 11. März 1596

häuser Gebrüder Peyer, Schaffhausen, und Johann Gruber, Zürich, die ebenfalls von der Gabelle befreit waren, zahlten für diese Vergünstigung nur einen mäßigen Betrag an die Kasse.

Die Ausgaben der Kasse konnten sehr hoch werden, wenn es darum ging, die alten Vorrechte zu verteidigen oder neue Patente zu erwerben. Aus Anlaß der Bundeserneuerung zwischen der Eidgenossenschaft und Frankreich im Oktober 1602 ist z. B. ein derartiger Fall bekannt. Als Vertreter der eidg. Kaufleute befand sich Heinrich Zily von St. Gallen in Paris, um die Forderungen der Kaufleute durchzusetzen und zu versuchen, von Heinrich IV. ein detailliertes Patent zu erhalten. Zily erhielt zwei in Lyon gekaufte Wechselbriefe über 518 und 52 Sonnenkronen aus der Ordinarikasse, um seiner Mission nachgehen zu können. Dem Pariser Rechtsanwalt der eidg. Kaufleute, de Balmes, wurden gleichfalls zu Lasten der Kasse 78 écus au soleil angewiesen und Matthias Spon, ein Zürcher Ausburger deutscher Herkunft, hatte bereits im September 100 Sonnenkronen nach Paris mitgenommen, um sie dort Zily zu übergeben. Das Rechnungsjahr 1602/03 weist dann auch Ausgaben in Höhe von 3'019 livres 19 sols gegen 337 livres im Vorjahr aus. Außer der Pflicht, die Bücher der Ordinarikasse zu führen, hatten die Verwalter noch die Aufgabe, die "Ordinari-Truckhe" zu betreuen, in der alle wichtigen Urkunden der Kaufleute, wie königliche Patente, Gerichtsurteile und die wichtigste Korrespondenz teils im Original, teils in Kopien aufbewahrt wurden. Es sind dies die Urkunden und Dokumente, die sich heute, in 30 Mappen gesammelt, im Staatsarchiv des Kantons Zürich befinden. Der Ordinariverwalter war gleichzeitig auch der Repräsentant der eidg. Kaufleute in Lyon, der als ihr bevollmächtigter Sprecher auftrat, die Eingaben an die Behörden zu verfassen hatte und als Vertreter der Kaufleute bei allen Streitigkeiten mit den Verwaltungsbehörden fungierte. Diese Aufgaben erforderten nicht nur geschulte Männer, sondern gleichzeitig auch solche, die sich in einer gesicherten finanziellen Position befanden. Es konnten nur die selbständigen Kaufleute von Lyon Ordinariverwalter werden und das Amt niemals

in die Hände eines Faktors oder Agenten übergehen. Aus diesem Grund wechselte von 1598 bis 1620 die Ordinariverwaltung jährlich unter den 7 größten St. Galler Handelshäusern von Lyon. Die Beweise dafür, daß den in Lyon ansässigen Kaufleuten ihr Verhalten von St. Gallen aus vorgeschrieben wurde, sind eindeutig, denn immer wieder heißt es in den Schriftstücken "auf Befehl der Herren von St. Gallen". Eine wichtige Vereinbarung vom März 1599 ist unterschrieben von den Bürger-, Kauf- und Handelsleuten der Stadt St. Gallen, die mit Lyon und ganz Frankreich Handel treiben, "jeder für sich selbs, seine mithafften, söne und diener...umb gemeiner statt und unsers bessern nutzes willen"²³⁾. Es wurde beschlossen, den französischen und fremden Kaufleuten in Lyon nicht länger als zwei Messen einschließlich der 15 freien Nachtage (franchises) Kredit zu geben; nach Ablauf dieser Frist sollte der Schuldbrief in einen Wechsel umgewandelt werden. Falls bei Fälligkeit des Wechsels keine Zahlung erfolgte, sollte sich der Gläubige bezahlt machen so gut er konnte. Bei Zahlungen vor Verfallstermin wurde der Diskont festgesetzt auf 2,5 % für eine und 5 % für zwei Messen. Bei Barzahlung war Ziel die nächstfolgende Messe, während für Zahlungsverzug ein Aufschlag von 8 % erfolgte. Für die Entgegennahme von Zahlungen in fremder Währung wurde die Münzparität genau vereinbart, ebenso wie die Verkaufspreise einheitlich festgelegt wurden. Der amtierende Ordinariverwalter und sein Vorgänger hatten dafür zu sorgen, daß die Konvention genauestens eingehalten wurde. Konnten sie die anfallenden Geschäfte nicht mehr alleine bewältigen, dann hatten sie die Möglichkeit, Mitglieder anderer Handelshäuser um Mithilfe zu bitten, die ihnen nicht verweigert werden durfte. Über ihre Geschäftsführung mußten sie den fünf Deputierten in St. Gallen, die an der Spitze der gemeinen Kaufleute standen, Rechenschaft ablegen.

Gegen Ende des 16. Jahrhunderts begann Zürich sich mit den Erzeugnissen seiner Seidenmanufaktur stärker am Frankreichhandel zu

23) SASG, Faszikel F, Mappe 13, no. 4.

beteiligen. Die Häuser der Peyer, Hagenbach und Keller aus Schaffhausen standen bereits seit langem in Handelsbeziehungen zu Frankreich, und der alte Handelsverkehr Basels mit Frankreich nahm einen neuen Aufschwung. Alle Handelshäuser befanden sich im Genuß der eidg. Handelsfreiheiten, ohne sich indessen für deren Erhaltung und Verteidigung finanziellen Belastungen auszusetzen. Einzig die Zürcher Kaufleute hatten im Interesse ihres speziellen Artikels, der Seiden-erzeugnisse, größere selbständige Schritte unternommen, um eine Zollbefreiung zu erlangen. Als 1601 die Bündniserneuerung mit Frankreich in Aussicht stand und allgemein in den eidg. Handelskreisen die Ansicht herrschte, der Zeitpunkt sei günstig, um ein neues Patent zu erwerben, machte St. Gallen den Versuch, die Kaufleute der anderen Orte zu einem Beitrag an die voraussichtlich entstehenden hohen Kosten zu veranlassen. Die Zürcher Kaufleute wiesen dieses Ansinnen schroff ab. Auf ihre Absage hin ließen die St. Galler Kaufleute über den Stadtrat den Rat der Stadt Zürich bitten, die Zürcher Kaufmannschaft zu einer Beitragsleistung zu veranlassen. Dem Sprecher der Zürcher Kaufleute, David Werdmüller, wurde vom Rat die Frage St. Gallens vorgelegt, "ob unsere burgere die kaufflüth zuo iren burgeren den kaufflüthen staan und jetzt khünfftig und nebet inen umb erwerbung und bestetigung der eidtgenössischen fryheiten in Franckrych anhalten und den darmit uflouffenden kosten nach gebür und biligkeit tragen helfen wöllind"²⁴⁾. Werdmüller berief die am Handel mit Frankreich interessierten Kaufleute zu einer Versammlung ein und unterbreitete ihnen die Anfrage. Die Versammelten vertraten aber die Meinung, daß Zürich die Interessen der St. Galler Kaufleute vor der Tagsatzung immer so kräftig unterstützt habe, daß es angebracht erscheine, sie von einem persönlichen Beitrag an den gemeinsamen Fonds zu befreien. Es sei der Versammlung bekannt, daß ein St. Galler Handelshaus soviel Handel mit Lyon und Frankreich betriebe, wie die Kaufleute von Zürich, Basel und Schaffhausen zusammen²⁵⁾.

24) SASG, Faszikel XIV, Mappe 2, no. b
Brief vom 4. Februar 1601

25) SASG, Faszikel XIV, Mappe 2, no. c

Schließlich erklärten sie sich aber doch bereit, in Zukunft zu den Kosten beitragen zu wollen, wenn die Höhe der einzelnen Beiträge nach dem Verhältnis des Umsatzes der Beteiligten bemessen werde. Eine weitere Voraussetzung zur Teilnahme war, daß die Kaufleute "so in Franckrych, als zu Leyon, Tholosa, Marsillia und andersswo wonhafft syndt und ligende geutter aldo habendt und nicht meusend wachen under den thoren, auch nicht meusend steuern zu den gebeu-
wen der stett, schlosser oder anders, auch für ire victualia kain umbgelt zallen" besondere Beiträge an den gemeinsamen Fonds abzuführen hatten. Eine Beteiligung an den früheren Unkosten der St. Galler Kaufleute, die um der gemeinsamen Sache willen entstanden waren, verweigerten die Zürcher. Ihre Zusage hinsichtlich einer künftigen Beteiligung an den Kosten sollte nur gültig sein, falls die Kaufleute von Schaffhausen und Basel sich auch entschließen sollten, dem Abkommen beizutreten. Werdmüller übergab dem Rat der Stadt Zürich die Antwort der Kaufleute, und dieser gab sie nach St. Gallen weiter²⁶⁾. Im Namen "gemeiner der statt Zürich kaufleut in Franckrych handelnd" schrieb Werdmüller auch an Joachim und Sigmund Zollikofer in Lyon²⁷⁾ und empfahl ihnen den Versuch zu machen, die "Puttner"²⁸⁾ in Lyon, "als dan syndt die hera Werttimann, Scandallera, Pestaluzza, Masranizza, Beckaria und die Stoppa" zum Beitritt zu bewegen, da die Bündner sich eines hohen Ansehens beim Königerfreuten. Aber weder die Basler, Schaffhauser noch die Bündner waren dazu zu bewegen, der Vereinigung beizutreten, so daß die Kosten für das Patent von 1602 aus der St. Galler Ordinarikasse gezahlt werden mußten.

26) SASG, Faszikel XIV, Mappe 2, no. c

Brief David Werdmüllers vom 4. Februar 1601 nach St. Gallen:

"Dieryl und aber die unseren mit anhalten von wegen der befreigung dess burats hievor irestheils auch mercklichen costen erlitten und üwere burgere statliche grosse handlungen in Franckrych habent, denen unsere burgeren hendel nienen zu verglychen, hetten sy versehen, das man inen diss costens halber nützet zügesucht."

27) Joachim und Sigmund Zollikofer waren von August 1600 bis Oktober 1601 Ordinariverwalter in Lyon.

28) Bündner

Trotz allem Einzelgängertum war das Zusammengehörigkeitsgefühl doch soweit gediehen, daß die Kaufleute vor der Obrigkeit gemeinsam auftraten, um ihre Forderungen vorzutragen. Nur die Bündner machten auch hier wieder eine Ausnahme und trugen ihre Anliegen 1602 Heinrich IV. direkt und gesondert vor. Die Kosten für sämtliche Schritte, die von den Kaufleuten in Frankreich unternommen wurden, gingen aber zu Lasten der St.Galler. Für die Jahre 1596 bis 1603 weisen die Rechnungsbücher aus an Ausgaben für Deputationen nach Solothurn, Baden, Paris und andere Orte, Geschenke für den französischen Gesandten in Bargeld und seine Gemahlin in Leinwand, Prozeßkosten usw. 3'889 Gulden und 16 Kreuzer²⁹⁾. In Anbetracht dieser hohen Auslagen für die gemeinsame Sache ist es verständlich, daß die Deputierten in St.Gallen streng darauf achteten, daß jedes Handelshaus seinen Verpflichtungen gegenüber der Ordinarikasse genauestens nachkam. Säumige Mitglieder, die die Abmachungen nicht einhielten, wurden den härtesten Repressalien ausgesetzt, um sie zur Beitragszahlung zu zwingen.

In St.Gallen machte man sich bald die Auffassung der Zürcher Kaufleute zu eigen, die diese hinsichtlich der besonderen Vorteile der in Lyon ansässigen eidg. Handelshäuser vertraten. Es war offensichtlich, daß diese Firmen einen größeren Nutzen aus den eidg. Handelsprivilegien zogen als jene Kaufleute, die nur zum Besuch der Messe nach Lyon kamen. Auf Vorschlag Junker Joachim Zollikofers und unterstützt von Hans Antony Zily, Daniel Christof Studer und Georg Zollikofer, verpflichteten sich am 24. Januar 1604 die neun in Lyon ansässigen St.Galler Handelshäuser, zusammen jährlich 470 Gulden als Sonderbeitrag an den gemeinsamen Fonds zur Verteidigung der Handelsfreiheiten zu zahlen³⁰⁾.

Die hier in großen Zügen angedeutete Entwicklung Lyons zum bedeutendsten Handels- und Messezentrum Westeuropas ist eng verbunden

29) Der Gulden hatte einen Wechselkurs von 1,5 livres

30) SASG, Faszikel XIV, Mappe 5, no. a

mit dem gleichzeitig stattfindenden Niedergang der Messen von Genf. Dieser Verfall resultierte aber nicht aus einer sich ergebenden Verschiebung der großen Handelsstraßen, die Genf berührten, sondern war einzig und allein das Ergebnis der französischen Politik. Genf war seit der Gründung der Messen von Lyon deren einziger gefährlicher Rivale, und die Förderung der Lyoner Messen durch die französische Krone schloß konsequenterweise die Vernichtung der Genfer Messen ein. Das Ende des Hundertjährigen Krieges und der etwa ein halbes Jahrhundert später erfolgende Untergang Burgunds brachten für Frankreich und Spanien den endgültigen Anschluß an das übrige Europa. Diesen rein politischen Vorgängen verdankte Lyon neben der tatkräftigen Förderung durch die Herrscher Frankreichs seinen steilen Aufstieg zum bedeutendsten Handels- und Messezentrum für den westeuropäischen Handelsverkehr. Dieselben politischen Ereignisse, die eng mit der Familienpolitik der regierenden Häuser verknüpft waren, sollten aber auch die Stellung Genfs zur Bedeutungslosigkeit herabsinken lassen, wie im folgenden Kapitel zu zeigen ist.

Kapitel II

DER AUFSTIEG LYONS BIS ZUM EWIGEN FRIEDEN VON 1516

Für die Alte Eidgenossenschaft bedeutete der Besitz der Alpenstraßen und -pässe seit ihrer Konstitution im Jahre 1296 eine politische und wirtschaftliche Machtstellung, aus der sie für sich große Vorteile zu ziehen wußte. Auch ihre Kaufleute folgten der im 15. Jahrhundert einsetzenden Entwicklung des Fernhandels und verstanden es, ihre Mittlerstellung zwischen Nord und Süd gut auszunutzen¹⁾. Durch Verträge mit dem Herzogtum Mailand errangen sie sich eine bedeutende Machtposition in Italien, und mit den süddeutschen Reichsstädten waren schon frühzeitig Zollabkommen getroffen worden²⁾. Nach Westen war die Alte Eidgenossenschaft durch die selbständigen Herzogtümer Savoyen und Burgund von Frankreich getrennt, zu dem sie keine Beziehungen hatte. Frankreich selber war durch den 100-jährigen Krieg ganz in Anspruch genommen und vom übrigen Europa abgekehrt. Am 28. Mai 1444 beendeten Frankreich und England durch einen Waffenstillstand den Krieg. Karl VII. von Frankreich stand vor der Aufgabe, die verwilderten Söldnerscharen, die nach einem ihrer früheren Führer, dem Grafen Armagnac, "Armagnaken" genannt wurden, aus dem Land zu entfernen. Der Streit um das Toggenburger Erbe, der Alte Zürcherkrieg, gab ihm die erwünschte Gelegenheit zum Eingreifen

1) Vgl. Thürer, Georg: St. Galler Geschichte, St. Gallen 1953, S. 370 f.

2) SASG, Faszikel IXb, Mappe 1, no. a; ebenso vgl. Urkundenbuch der Abtei St. Gallen, St. Gallen 1892, Teil IV, no. 1935

2. April 1384: "Des hant die von Nüremberg ain besigelten brief von diser stat, als dis abgeschrift von wort ze wort stat: Wir die burger des rats der stat zû Sant Gallen bekennen und tûn kunt offenlichen mit disem briefe, das wir den erbern, wisen den burgern des rats der stat zû Nüremberg... das si und ir ieklicher besunder mit aller ir kofmannschaft... bi uns ganzlich zollfrie sullen sin fürbass eweclichen..."

11. April 1387: "Wir die burger dez rats der stat zû Nüremberg verjehen offenlichen mit disem brief... daz sie von der stat zû Sant Gallen und den iren bei uns zû Nüremberg dheinen zol vormals nicht eingenommen haben. Dorumb tun wir derselben stat zû Sant Gallen und iren die besundern freuntschaft..."

in die europäische Politik, indem er einem Hilfsgesuch Friedrichs III. von Habsburg entsprach. Der alte Wunsch, Frankreichs Grenze an den Rhein vorzuschieben und sich der reichen Stadt Basel zu bemächtigen, war wieder wach geworden. Unter dem Oberbefehl des 21-jährigen Dauphin, des späteren Königs Ludwig XI., sammelten sich die Armagnaken auf der Hochfläche von Langres und brachen 35 bis 40'000 Mann stark durch die Burgundische Pforte in das Elsaß ein. Am 23. August 1444 zogen sie an Basel vorbei und bezogen Lager bei Gundolfingen. In der nahe gelegenen Farnsburg lagen ungefähr 3'500 Eidgenossen, von denen sich am Abend des 25. August etwa 1'300 Mann aufmachten, um die Gegend an der Birs zu erkunden. Am 26. August 1444 lieferten sie den Armagnaken bei St. Jakob an der Birs eine Schlacht, in der sie heldenhaft kämpfend untergingen. Die Armagnaken und vor allem der Dauphin selber waren von dem Mut der Eidgenossen so tief beeindruckt, daß sie sich nicht weiter in das ihnen unbekannte Land hineinwagten. Die Stadt Basel knüpfte Verhandlungen mit dem Dauphin an und zog am 6. September Vertreter von Bern und Solothurn bei. Aus der Art der Verhandlungen erkannten diese, daß die Schlacht bei St. Jakob die Wirkung eines Sieges gehabt hatte. Die Schlacht vom 26. August 1444 sollte für Jahrhunderte die eidg. Politik und die Beziehungen zu Frankreich bestimmen. Am 20. September wurde zu Ensisheim, im Hauptquartier des Dauphin, ein Waffenstillstand geschlossen und am 21. Oktober in Zofingen der Friedens- und Freundschaftsvertrag zwischen der Eidgenossenschaft und Frankreich paraphiert, der am 28. Oktober 1444 vom Dauphin in Ensisheim unterzeichnet wurde. Wenn in diesem Vertrag den eidg. Kaufleuten bereits freier Handel und Wandel zugesichert wird, so handelt es sich hierbei doch lediglich um Bestimmungen allgemeiner Art, denn ein ausgeprägter Handel mit Frankreich existierte noch nicht, so daß es hier nicht um Forderungen gehen konnte, denen bestimmte Handelsinteressen zugrunde lagen³⁾.

3) EA II, Beilage no. 20

Friedensvertrag zwischen Frankreich und den Eidgenossen und ihren Zugewandten, Ensisheim, 28. Oktober 1444.

Mit der Teilnahme Frankreichs am Alten Zürcherkrieg⁴⁾ war auch diese Macht zur Eidgenossenschaft in Beziehungen getreten, die sich aber erst in dem Augenblick weiter entwickelten, als durch das Eingreifen Burgunds in die eidgenössisch-österreichischen Verwicklungen und durch die Ausbreitung der burgundischen Macht die Eidgenossenschaft sich veranlaßt sah, gegen eine österreichisch-burgundische Koalition Rückendeckung bei Frankreich zu suchen. Zwar wurden die Beziehungen zwischen der Eidgenossenschaft und Frankreich noch etwas verstärkt durch einen ewigen Freundschaftsvertrag, der mit Karl VII. am 27. Februar 1453 in Monteil bei Tours geschlossen wurde⁵⁾. Als jedoch Karl VII. am 22. Juli 1463 starb, beeilte sie sich nicht, mit seinem Nachfolger, Ludwig XI., die ewige Freundschaft zu erneuern und unterließ es sogar, dem Herrscher zu seiner Thronbesteigung zu gratulieren. Erst die savoyischen Wirren und der damit drohende Untergang der Genfer Messen führten indirekt wieder zu einer erneuten Annäherung, zumal Ludwig Interesse daran hatte, sich der Eidgenossenschaft gegen Burgund zu bedienen.

Fortsetzung von S. 22:

"...Item quod dictarum communitatum cum suis confederatis ac dominorum suorum ciues, subditi, mercatores, nobiles et habitatores quicumque, cuiuscumque condiciones, status, dignitatis aut gradus fuerint, cum omnibus bonis et rebus secure possint transire, stare et redire per dominia, terras, jurisdictiones, gentes armigeras et non armigeras, equestres et pedestres et alias quascumque christianissimi principes, domini Regis et Regni Francie, et dicti domini dalphini ac eis adherencium et beniuolorum ac confederatorum, cessante quacumque molestia reali aut verbali..."

(Original im Staatsarchiv Bern)

- 4) Der Streit um das Toggenburger Erbe, auch Alter Zürcherkrieg genannt, 1436-1446, dehnte sich zum Reichskrieg aus.

- 5) EA II, Beilage no. 33

Ewige Freundschaft zwischen Karl VII., König von Frankreich, und den VIII Orten nebst Solothurn. Königliche Erklärung, Monteil bei Tours, 27. Februar 1453:

"...Item quod jamdicti predictarum ciuitatum, opidorum et terrarum parciumque lige veteris Alamanie alte Incole, Subditi, Nobilis, Legati, Mercatores...quicumque condicionis, gradus, status aut dignitatis fuerint, cum omnibus bonis et rebus secure possint pertransire, stare, transire et redire..." (Original Staatsarchiv Bern)

Die bedeutendste Verbindung vom Mittelmeer nach Flandern führte seit Jahrhunderten von Marseille durch die Champagne, deren große Messen bereits gegen Ende des 12. Jahrhunderts ihre größte Blüte erlebten. Im Zuge dieser Entwicklung gewannen auch die Messen von Genf und Zurzach immer größere Bedeutung, da Genf auf dem Weg von Mailand und Oberitalien zur Champagne lag und von den Mailänder Kaufleuten stark besucht wurde. Der früheste erhaltene gebliebene savoyische Geleitbrief (sauf-conduit) für die Mailänder Kaufleute, die zur Genfer Messe oder an die Messen der Champagne zogen, datiert aus dem Jahre 1336, und wie es in jenen Jahrhunderten Brauch war, mußten die Privilegien von jedem zur Herrschaft gelangenden Grafen oder Herzog von Savoyen neu bestätigt werden, so um 1399, 1453, 1465, 1470, 1473 und 1496⁶⁾. Im Norden erleichterten die Herren von Grandson die Verbindung zwischen der Eidgenossenschaft und Genf, indem sie den Bürgern von Bern, Zürich, Solothurn und Biel, sowie den ihnen zugewandten Orten 1389 das freie Durchzugsrecht durch ihr Gebiet garantierten. Im Jahre 1393 fielen dann auch die Schranken, die bis dahin den Weg nach Frankreich gesperrt hatten. Auf Verlangen Herzog Philipps des Guten von Burgund befahl Karl VI. von Frankreich seinen Zolleinnehmern in den Diözesen Châlons und Mâcon, den burgundischen Kaufleuten die zollfreie Ausfuhr ihrer Waren aus dem Königreich zu gestatten⁷⁾.

6) Vgl. Borel, Charles: Les foires de Genève, Paris 1892, S. 8.

7) Vgl. Plancher, Urb., Dom: Histoire générale de Bourgogne, Dijon 1781, Bd. III, S. 137.

1. Die Gründung der Messen von Lyon, 1420

Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Messen von Genf keinerlei Konkurrenz der benachbarten Orte zu befürchten gehabt, denn die Messen der Champagne und des Brie waren in starkem Niedergang begriffen. Die Orte, an denen sie stattfanden, lagen im Bereich der Kriegsschauplätze des 100-jährigen Krieges, so daß sie den flandrischen Kaufleuten sowie den italienischen Bankiers nicht mehr genügend Sicherheit boten, durch deren Ausbleiben aber die Messen zur Bedeutungslosigkeit herabsanken. Als 1419 der König von Frankreich in Lyon in geistige Umnachtung fiel, beschloß der Dauphin Karl, der spätere König Karl VII., anläßlich eines Besuches in Lyon, dort ein neues Handelszentrum zu schaffen. Seine durch die Natur begünstigte Lage gestattete es Lyon von Anfang an, eine bedeutende Rolle zu spielen. Die Rhône eröffnet der Stadt nach Süden die Verbindung mit der Dauphiné, dem Languedoc, dem Mittelmeer und damit nach Italien, Spanien und der Levante, während sie nach Osten die Verbindung mit Savoyen, der Eidgenossenschaft, Süddeutschland, Piemont und Mailand herstellt. Die Saône bringt Lyon in Verbindung mit Paris und allen nördlichen Provinzen Frankreichs, und endlich ist die Loire, der die Kaufmannszüge bis Rouanne folgten, der natürliche Weg nach Westen⁸⁾. Es war seine bevorzugte Lage unter den Städten Frankreichs, die Lyon zu einem natürlichen Zentrum des französischen Außenhandels machte und den Herrscher zu Beginn des 15. Jahrhunderts bestimmte, dort eine Messe zu gründen analog denen der Champagne und des Brie, die nur noch dem Namen nach bestanden⁹⁾. In der Nähe Genfs gelegen war Lyon wohl imstande, einen Teil des Handels dieser Stadt an sich zu ziehen, und nach einer

8) Vgl. Paradin, Guillaume: *Mémoires de l'Histoire de Lyon*, Lyon 1573, S. 1

"Luy est faicte communication des marchandises de toutes les mers, et des changes et commerce de toutes les nations qui sont soubz le soleil."

9) Vgl. Huvelin: *Essai historique sur le droit des marchés et des foires*, Paris 1897, S. 286.

summarischen Untersuchung durch den Bailli von Mâcon, Seneschall von Lyon, gewährte der Dauphin mit Patent vom 9. Februar 1420 (n. St.)¹⁰⁾, gegeben zu Vienne, der Stadt zwei jährliche Messen (foires franchises) von je sechs Tagen¹¹⁾. Die Messen begannen jeweils am Montag nach Jubilate, und am 15. November jeden Jahres, jedoch scheinen diese Messen denjenigen von Genf keinen Abbruch getan zu haben, denn die Genfer Register zeigen für diese Zeit noch keinen Rückgang der Einnahmen aus den Messen an. Die Straßen nach Genf waren den Kaufleuten zu wohlvertraut und leichter und gefahrloser zu benutzen als diejenigen nach Lyon, deren Sicherheit durch das Andauern des 100-jährigen Krieges noch sehr beeinträchtigt wurde. Auch die Beschränkung der Messedauer auf sechs Tage erwies sich als unzureichend, so daß der Erfolg "de nulle valeur, prouffit et effect" war¹²⁾. Die Aussöhnung zwischen dem Dauphin, nunmehr Karl VII., und Herzog Philipp dem Guten von Burgund im Frieden von Arras 1435 brachte das Ende des 100-jährigen Krieges näher und stellte die Sicherheit auf den Straßen Frankreichs zum Teil wieder her. Beraten von Jacques Cœur gewährte der König der Stadt Lyon nunmehr drei jährliche Messen von je 20 Tagen Dauer, mit der ausdrücklichen Erlaubnis zur Annahme aller ausländischen Geldsorten. Die erste Messe begann am 1. Dienstag nach Pfingsten, die zweite 2 Tage nach dem Fest St. Jakob und St. Christoph und die dritte 2 Tage nach dem Fest des Hl. Andreas¹³⁾. Dieses Patent, gegeben zu Angers im Februar 1444 (n. St.), bedeutet den wirklichen Anfang der Prosperität der Lyoner Messen. Anfangs entsprachen die Erfolge immer noch nicht den Erwartungen des Königs; die Genfer Messen waren die älteren und zogen immer noch die Mehrzahl der ausländischen Kaufleute an, wie

10) In der Urkunde 1419, da das neue Jahr in Frankreich zu Ostern begann. Nach Zeitrechnung neuen Stils (n. St.) ist die richtige Jahresangabe 1420.

11) Vgl. Laurière, Secousse de: *Ordonnances des rois de France de la troisième race, dites du Louvre*, Paris 1849, t. XI, S. 49

12) Präambel der Lettres Patentes vom Februar 1444 (n. St.)

13) Vgl. Laurière: a. a. O., t. XIII, S. 399

auch die französischen Kaufleute in großer Zahl ihre Waren auf die Genfer Messe brachten. Um diesem Zustand abzuhelpen, verbot Karl VII. am 7. Juli 1445 die Ausfuhr französischer Waren für die Genfer Messen und erneuerte in den Jahren 1454, 1457 und 1461 die Privilegien der Lyoner Messen¹⁴⁾. In der Gewährung von Privilegien zu Gunsten der Genfer Messe sahen die Herzöge von Savoyen das einzige Mittel, den Maßnahmen des französischen Königs zu begegnen. Im Jahre 1454 erschien der erste der zahlreichen Geleitbriefe, die den Handel mit Genf begünstigten. Herzog Ludwig I. von Savoyen befahl darin allen seinen Beamten, die Kaufleute auf ihrem Weg zur Messe nach Genf frei passieren, sich aufhalten und handeln zu lassen. Die Adligen des Herzogtums, die gegen diesen Befehl verstießen, riskierten die Ungnade des Herzogs, eine Strafe von 100 Mark Silber, Verurteilung zu Schadenersatz, Konfiskation ihrer Rüstungen, Pferde, Einkünfte und Güter; den gemeinen Straßenräubern wurde überdies noch ein Ohr abgeschnitten. Der Transport von Waren aller Art, sowie von Gold und Silber, gemünzt oder ungemünzt, war ausdrücklich erlaubt¹⁵⁾. Welche Wichtigkeit diesem Patent beigemessen wurde, zeigt sich darin, daß es nicht nur in Genf, sondern auch in Nyon und Gex proklamiert wurde. Der Bestätigung der Messen von Lyon durch Karl VII. im Jahre 1457 folgte am 7. Oktober gleichen Jahres ein neues Patent des Herzogs von Savoyen. In diesem Patent dehnte Ludwig I. die Dauer des freien Geleits auf zehn Jahre aus und verbot, die sich an die Genfer Messe begebenden Kaufleute 10 Tage vor Beginn und 20 Tage nach Ende der Messe in irgendeiner Weise zu belästigen¹⁶⁾. Mit Bestimmtheit ist anzunehmen, daß ein Geschenk der Stadt Genf im Wert von 2000 écus an den Herzog mit Veranlassung gab, das Patent zu erlassen.

14) Vgl. Borel: a. a. O., S. 10

15) StAG, hist. Urkunden, no. 615

Lettres Patentes du duc Louis de Savoie ordonnant à ses officiers de laisser passé librement sur ses terres les marchands qui se rendent à Genève, Annecy, 14 août 1454

16) StAG, hist. Urkunden, no. 626

Auf diese Weise zog sich die Rivalität zwischen den beiden Städten bis 1462 hin, wobei aber Genf durch die politische Konstellation zum Unterliegen verurteilt war. Die Bischöfe von Genf wurden zu jenem Zeitpunkt bereits aus dem Hause Savoyen gewählt und stellten die Interessen des Herzogs und ihres Hauses über die ihrer Stadt. Der Herzog, Schwiegervater des französischen Königs Ludwig XI.¹⁷⁾, stand vollkommen unter dem Einfluß seiner cyprischen Gattin Anna von Lusignan. Der Wunsch, Genf unter seine Herrschaft zu bringen, war bekannt, so daß die Stadt dem Herzog nie ihr volles Vertrauen entgegenbringen konnte. Lyon als königliche Stadt stand hingegen ganz unter der Protektion Ludwigs XI., der sich zum Ziel gesetzt hatte, aus ihr ein neues Handelszentrum zu machen, um die Messen der Champagne und des Brie zu ersetzen und den Handel Frankreichs zu heben; außerdem hatte er klar erkannt, welche Einkommensquelle sich in Lyon als blühendem Mittelpunkt des westeuropäischen Handels erschließen ließ. Ein Streit im Hause Savoyen, in den sich in der Folge die Eidgenossenschaft und Frankreich einmischen sollten, entschied dann endgültig das Schicksal der Genfer Messen zu Gunsten Lyons. Herzog Ludwig I. hatte am 1. Januar 1433 die cyprische Prinzessin Anna von Lusignan geheiratet, die alle Stellen am savoyischen Hof mit Cyprioten besetzte und dadurch den Adel des Landes gegen sich aufbrachte. Führer der Opposition gegen die Herzogin und deren cyprische Günstlinge war der fünfte Sohn des Herzogs, Philipp von Savoyen¹⁸⁾. Mit Haß verfolgte er die Favoriten seiner Mutter, brachte sie unter Anklage und ließ sie töten. Im März 1462 bemächtigte er sich des Schlosses Thonon, in dem der Herzog mit dem Marquis de Saint-Sorlin, Marschall von Savoyen, und Jacques de Valpergue, Kanzler des Herzogtums, übernachtete. Er ließ Saint-Sorlin sogleich töten, während Valpergue nach einem summari-

17) Ludwig XI. war seit 1451 in zweiter Ehe verheiratet mit Charlotte von Savoyen, Tochter des Herzogs Ludwig I. von Savoyen.

18) Philipp von Savoyen, Graf von Bugey, Seigneur de Bresse, gen. Philipp-Monseigneur, später Herzog Philipp II. Ohneland.

schen Gerichtsverfahren in Morges im See ertränkt wurde. Am 14. Juli nahmen der Herzog und die Herzogin Zuflucht in Genf, da der Herzog von der Idee besessen war, daß sein Sohn ihn verfolge. Er bat am 25. Juli den Rat der Stadt Genf, keinen Fremden in ihre Mauern einzulassen und auch seinem Sohn den Eintritt zu verwehren, aber bereits am 8. Oktober zog Philipp mit großem Gefolge vor Genf, wo es ihm gelang, in die Stadt einzudringen. Wiederum konnte er sich eines der Günstlinge, der auch zum französischen Hof in engen Beziehungen stand, Perrin d'Antioche, bemächtigen und ihn umbringen lassen¹⁹⁾. Das Herzogspaar flüchtete aufgrund der Ereignisse in Genf nach Chambéry und rief seinen Schwiegersohn, König Ludwig XI., um Schutz an. Dieser ergriff sofort Maßnahmen gegen Genf, indem er am 20. Oktober 1462 "par édict général et irrévocable" den französischen Kaufleuten verbot, die Messen von Genf zu besuchen, zu beschicken oder dort Einkäufe zu tätigen. Ferner wurde den ausländischen Kaufleuten, bei Androhung von Strafe und Konfiskation ihrer Waren verboten, durch das Königreich zur Genfer Messe zu reisen oder ihre Waren im Transit durch Frankreich nach Genf auf die Messe bringen zu lassen²⁰⁾. Die Präambel des Edikts läßt keinen Zweifel darüber zu, daß es als Strafmaßnahme gegen Genf gedacht war²¹⁾.

19) StAG, Ratsregister der Stadt Genf, 13. Oktober 1463 (n. St.)

20) Vgl. Isambert: *Receuil général des anciennes lois françaises*, Bd. X, Paris 1830, S. 451

21) Vgl. Laurière: a. a. O., t. XV, S. 571:

"Ayans considération à ce que puis naguère aucuns des principaulx et plus grans marchans et autres dudit lieu de Genève, meux de mauvais et félon couraige, en concertant trayson et félonie envers notre très chère et très amé père et cousin le duc de Savoye, leur naturel seigneur, ont, par trayson ou autrement, indeument trouvé moyen ou esté cause que aucun des plus grans et espécialz serviteurs de notredit père et cousin de Savoye, leur dit naturel seigneur, ont esté prins audit lieu de Genève et livrés ès mains de leurs ennemys capitaulz, pour les mettre à mort et torment, et est à doubter que ainsi le pourroient de nos subjets et autres marchans, renommés d'estre riches, qui yroient et fréquenteroient lesdites foires de Genève."

Der zweite Schlag erfolgte am 8. März 1463, als der König durch ein Patent, gegeben zu Acqs, die Zahl der Lyoner Messen auf vier pro Jahr erhöhte und sie zeitlich so legte, daß sie mit denjenigen von Genf zusammen fielen. Die erste begann am 1. Montag nach Quasimodo, die zweite am 4. August, die dritte am 3. November und die vierte im Februar, am Montag nach dem Königsfest. Ferner verlieh das Patent den Kaufleuten, französischen wie fremden, weitgehende Rechte.

Genf versuchte sich der Folgen der Patente von 1462 und 1463 zu erwehren so gut es konnte. Am 18. März 1463 überreichte die Stadt dem Herzog Ludwig I., ungeachtet ihres Streits mit ihm, ein Geschenk von 1 180 écus Silber 80 Groschen, und bereits am 22. des gleichen Monats konnten Michel Monthynon und Jean Hudric als Abgesandte Genfs an den herzoglichen Hof nach Chambéry gehen. Die Vorstellungen Genfs beim Herzog sowie bei der Eidgenossenschaft blieben nicht ungehört. Die Eidgenossenschaft hatte die Entwicklung in Genf und Lyon mit Sorge verfolgt, da sie den Verlust ihrer Weggelder aus dem bedeutenden Transitverkehr der deutschen Reichsstädte mit Genf befürchtete, die wie auch die Kaufleute aus Bern, Basel, St. Gallen und Freiburg zu den ständigen Besuchern der Genfer Messen zählten. Hatten die Eidgenossen auch nicht aktiv in den Kampf zwischen Herzog Ludwig I. und seinem Sohn Philipp-Monseigneur eingegriffen, so waren ihre Sympathien doch auf der Seite Philipps, da sie annehmen mußten, Ludwig XI. werde den Versuch unternehmen, das Herzogtum Savoyen Frankreich einzuverleiben. Aus diesen politischen und wirtschaftlichen Erwägungen heraus entschlossen sie sich, eine Gesandtschaft an König Ludwig abzuordnen, die ihn am 19. November 1463 in Abbéville in der Picardie traf. In Bezug auf eine Aussöhnung mit Philipp und die Aufhebung des Besuchsverbots der Genfer Messen für französische Kaufleute scheiterte die eidg. Mission vollkommen. Einzig die Erneuerung des mit Karl VII. geschlossenen Ewigen Freundschaftsvertrags konnte am 27. Novem-

ber 1463 unterzeichnet werden²²⁾. Ludwig XI. hatte zwar versprochen, Philipp-Monseigneur zu verzeihen, als aber dieser sich unter Zusicherung freien Geleites zum König begeben wollte, wurde er in Vierzon festgenommen und zwei Jahre auf dem Schloss Loches gefangen gehalten. Erst im März 1466 erhielt er die Freiheit zurück.

Wollten die Kaufleute aus der Eidgenossenschaft und dem Reich nicht den französischen Markt verlieren, so mußten sie wohl oder übel nach Lyon auf die Messen ziehen. Vor 1463 scheinen die Messen von Lyon nicht von Kaufleuten aus der Eidgenossenschaft besucht worden zu sein, aber bereits 1464 finden sich St. Galler Kaufleute auf der Lyoner Messe²³⁾. Genf gab den Kampf um seine Vorrangstellung noch immer nicht auf. Am 29. Februar 1465 starb Herzog Ludwig I. in Lyon und sein Sohn Amadeus folgte ihm als Amadeus IX. auf den Thron. Amadeus hatte 1452 Yolanda von Frankreich, die Schwester Ludwigs XI. geheiratet und war dadurch doppelt mit dem König verwandt. Er erkannte klar die Bedeutung der Genfer Messen für sein Land und versuchte durch neue Schutzbriefe vom 3. und 25. September sowie 2. Dezember 1465 die Kaufleute wieder nach Genf zu ziehen, indem er ihnen weitgehende Privilegien zusicherte, die eine starke Anlehnung an die Patente Ludwigs XI. aufwiesen²⁴⁾. Die politische Lage schien sich unterdessen zu Gunsten Genfs ändern zu wollen. Ludwig XI. machte mit der Befriedung seines Reiches nur langsame Fortschritte, und die große Auseinandersetzung zwischen ihm und Herzog Karl dem Kühnen von Burgund begann sich abzuzeichnen. In

22) EA II, Beilage no. 40

Erneuerung des mit Karl VII. geschlossenen Freundschaftsvertrags durch König Ludwig XI., Abbéville, 27. Nov. 1463:

"Karolus, dei gracia Francorum Rex etc.etc..." Hier ist die Erklärung Karls VII., gegeben zu Monteil bei Tours am 27. Februar 1463, über seinen Freundschaftsvertrag mit den Eidgenossen, im Umfang von 19 Zeilen wörtlich eingerückt. (Original im Staatsarchiv Bern)

23) Vgl. Heyd, W.: Schwaben auf den Messen von Genf und Lyon, Württembergische Vierteljahreszeitschrift für Landesgeschichte, Neue Folge I, Stuttgart 1892, S. 377

24) StAg, hist. Urkunden, no. 657 und 658

diesem kommenden Kampf wollte Ludwig sich der Eidgenossenschaft versichern und lenkte deshalb scheinbar auf ihre und Herzog Amadeus IX. Beschwerden wegen der Messen von Lyon ein. Am 15. Oktober 1466 trafen sich in Montluel (Dep. Ain) die Abgesandten des Königs und der Stadt Lyon mit der Delegation des Herzogs von Savoyen und der Stadt Genf. Die Verhandlungen zogen sich endlos hin, bis schließlich am 20. Juli 1467 ein Abkommen fixiert werden konnte, das für beide Parteien zufriedenstellend war²⁵⁾. Noch während der Verhandlungen hatten Abgesandte der Stadt Lyon den König beschworen, in der Sache nicht nachzugeben, und mit einem Schreiben vom 18. Juli 1467 versprach Ludwig XI. dann auch keinen Vertrag ohne die Zustimmung der einheimischen und ausländischen Kaufleute zu unterzeichnen²⁶⁾. Die Vertreter des Königs verhandelten noch in Montluel, als Lyon neue Klagen und Einwände vor dem König erhob. Um seine Bitten augenfällig zu unterstützen, bot es dem König an, zu Lasten der Stadt 2000 komplette Rüstungen zu kaufen, für welche es 1980 livres tournois 10 sols bezahlte. Diese Großzügigkeit rührte den König so, daß er sich weigerte, das Abkommen von Montluel zu ratifizieren. Am 14. November 1467 erging ein Edikt, in welchem Ludwig XI. die Patente von 1462 und 1463 neu bestätigte²⁷⁾. Noch immer wollte Genf den Kampf nicht aufgeben. Da die offiziellen Schritte versagt hatten, verlegten der Herzog und die Stadt sich nunmehr auf einen Kleinkrieg gegen die Rivalin, um ihr mit diesem Mittel den Aufstieg zu erschweren. Die aus der Eidgenossenschaft und dem Reich durchziehenden Kaufleute wurden

25) StAG, hist. Urkunden, no. 668:

"...Par quoy, nous sommes convenuz et leur avons accordé que, actendu les choses dessusdits, lesdits édits et defférences soient et serons eslargiz et ostéz du tout sur le partage et division qu'ilz nous on fait desdites foyres en tant que touche les foyres des pasques et de l'aparicion, ou d'aoust et de la toussaints, en la manière dessus declairée, se c'est le plaisir du Roy choisir et eslire l'un desdits deux partiz en faisant la ratiffication ou contenu en ces présentes..."

26) Vgl. Vaesen: Lettres de Louis XI., Paris 1879, Bd. III, S. 71

27) Vgl. Laurière: a.a.O., t. XVII, S. 33

auf ihrem Weg nach Lyon auf savoyischem und Genfer Gebiet angehalten und ihre Waren beschlagnahmt. Bereits am 18. August 1467 beklagte sich Bern in Genf über die Behinderung des Handels²⁸⁾, und am 12. Oktober 1467 kam es zu einer vorläufigen Vereinbarung zwischen Bern und dem Herzog sowie der Stadt Genf²⁹⁾, aber bereits drei Jahre später kam es zu erneuten Klagen über die gleiche Art von Übergriffen³⁰⁾.

28) StAG, hist. Urkunden, no. 669

29) EA II, no. 588, Freiburg, 12. Oktober 1467

"Schultheiss und Rat der Stadt Freiburg im Uechtland urkunden: Da wegen Verhinderung, welche zu Genf und anderwärts Kaufleuten, die die Messe zu Lyon besuchen wollten, begegnete, zwischen dem Herzog von Savoyen und seinen Brüdern einerseits, dem Schultheissen und Rate zu Bern andererseits Streit und Missheiligkeit walte, so haben sie aus grosser Freundschaft zu beiden Teilen und mit deren Einwilligung vorläufig und bis sie auf einem Tag zu Freiburg die Sachen gänzlich berichten mögen, erlangt, dass alle Kaufleute deutscher Zunge mit allen ihren Kaufmannswaren frei durch des Herzogs von Savoyen und seiner Brüder Lande wandeln und die Messe zu Lyon ungehindert brauchen mögen, doch so, dass sie die gewöhnlichen Zölle bezahlen und keine Waren welschen Ursprungs mit sich führen."

(Staatsarchiv Bern, Pergamenturkunde mit anhängendem Siegel der Stadt Freiburg)

30) EA II, no. 662, Bern, 8. Oktober 1470

"Gemeiner Eidgenossen Boten beklagen sich beim Herzog von Savoyen über die Behandlung einiger deutscher Kaufleute, welche auf die Versicherung Berns, dass sie nach der zu Freiburg verabredeten Übereinkunft mit ihren Gütern gegen Bezahlung der gewöhnlichen Zölle und Weggelder sicher und ungehindert auf die Messen von Genf und Lyon fahren könnten, solches getan, aber auf dem herzoglichen Boden und von den herzoglichen Beamten verschiedene Bedrückungen und Verhinderungen hätten erleiden müssen."

(Lateinisches Missivenbuch A 116, Staatsarchiv Bern)

2. Der Burgunderkrieg und seine Folgen für die Messen von Genf

Klug und umsichtig bereitete Ludwig XI. seine große Auseinandersetzung mit Burgund vor. An der Tagsatzung in Luzern, der obersten gesamt-eidg. Instanz, konnte Frankreich am 13. August 1470 einen Vertrag mit der Eidgenossenschaft abschließen, der bestimmte, daß für den Fall eines burgundischen Angriffs auf eine der beiden vertragschließenden Parteien, die andere Partei Burgund nicht unterstützen dürfe. Dieser Vertrag ging über die Freundschaftserklärung von Abbéville aus dem Jahre 1463 hinaus, weil sie das allgemeine Neutralitätsversprechen gegen Karl den Kühnen von Burgund richtete und ihn als potentiellen Gegner vorsah³¹⁾. Ludwig wollte aber noch mehr. Am 26. Oktober 1474 schlossen die VIII Orte³²⁾ sowie Solothurn und Freiburg mit Ludwig XI. ein Bündnis, in dem der König sich verpflichtete, die Eidgenossenschaft nur dann mit Truppen zu unterstützen, wenn sie im Kriege in äußerste Not geraten sollten. Andernfalls ist er nur verpflichtet, außer dem Jahrgeld vierteljährlich 20000 Gulden für alle Orte zusammen zu zahlen. Dieses Bündnis gab Ludwig die erwünschte Handlungsfreiheit, zumal sich allein schon Bern eidlich verpflichtete, dem König 6000 Knechte zu stellen, wenn dieser werben sollte. Man hat dieses Abkommen den "Sündenfall der Eidgenossenschaft" genannt, da die späteren Generationen in ihm nur die Jahrgelder und Söldnerlieferungen erblickten, die hier zum ersten Mal verbrieft wurden. Im Zeitpunkt seines Abschlusses war der Vertrag der politischen Lage angepaßt, denn nur das Hilfsversprechen Frankreichs war ausschlaggebend, da Bern bereits einen Tag vorher, am 25. Oktober 1474, in aller Orte Namen an Burgund den Krieg erklärt hatte. Ludwigs kluge Politik hatte die Eidgenossenschaft in den Krieg gegen Burgund gehetzt und er konnte nun ruhig abseits stehen und beobachten, wie sich die beiden Gegner

31) Vgl. Feller, Richard: Geschichte Berns, Bern 1946, Bd. I, S. 373

32) Die Alte Eidgenossenschaft umfaßte von 1353-1481 acht Stände (Uri, Schwyz, Unterwalden, Luzern, Zürich, Bern, Glarus und Zug).

der Einheit Frankreichs gegenseitig ruinierten³³⁾. Hinter den Ereignissen der Burgunderkriege, die Europa in ihren Bann schlugen, tritt der Streit zwischen Genf und Lyon in den Hintergrund. Interessant an den beiden Verträgen von 1470 und 1474 ist handelsgeschichtlich aber die Tatsache, daß Ludwig XI. als Erfüllungsort seiner Zahlungen an die Eidgenossenschaft Lyon bestimmte, so daß außer den eidg. Kaufleuten nun auch die Regierungen der Orte in offizielle Beziehungen zu dieser Stadt traten. Die Folgen der Burgunderkriege waren schwerwiegend. Am 5. Januar 1477 fiel Karl der Kühne in der Schlacht von Nancy, und mit seinem Tod zerfiel sein Reich. Die Eidgenossenschaft nahm sein Erbe nicht an sich, wodurch es an die beiden Großmächte im Osten und Westen fiel, an Österreich und Frankreich. Das Zwischenreich am Rhein war vergangen und mit seinem Untergang traten Habsburg und Frankreich gegeneinander an zum Kampf, der Europa durch drei Jahrhunderte hindurch erschüttern sollte.

Die Kaufleute waren bemüht gewesen, sich noch vor Ausbruch des Krieges³⁴⁾ sicheres Geleit durch die Kriegsgebiete zu verschaffen³⁵⁾. Bei den Friedensverhandlungen im Sommer 1476 nahmen die Unterredungen über die Wiederherstellung des freien Handelsverkehrs auf den Gebieten der beiden gegnerischen Parteien breiten Raum ein³⁶⁾.

33) Vgl. Feller, a.a.O., Bd. I, S.387

34) Der Burgundische Krieg, 1474-1477

35) EA II, no. 698, m, Luzern, 10. März 1473

"Ob krieg infallen wurd, hant die von sant Gallen begert, sy zu warnen, nachdem vnd sy iren gewerb wit hant." Es wird denen von Zürich und Luzern aufgetragen, eintretenden Falls ihnen Nachricht zu geben. (Staatsarchiv Luzern, allg. Abschiede B, no. 70)

36) EA II, no. 842, k, Luzern, 12. Juli 1476

"Die Stadt St. Gallen begehrt auch eine oder mehrere der erbeuteten Büchsen zu erhalten. Den Boten, die nach Freiburg gehen, soll Vollmacht gegeben werden, über dieses Begehren zu entscheiden. Denselben soll man auch empfehlen, derer von St. Gallen bei einem allfälligen Friedensschluß nicht zu vergessen." dz sy ouch dann von der zöllen wegen fry faren ouch sicher sigen, als ander eidgenossen."

(Staatsarchiv Luzern, Luzerner Abschiede B, no. 69)

Im Freiburger Frieden vom 16. August 1476 wurden dann auch die alten Freiheiten wieder erneuert. Die Verhandlungen der Eidgenossenschaft mit Ludwig XI. über die Freigrafschaft Burgund zeigen, welche Wichtigkeit die Eidgenossenschaft immer noch den Genfer Messen beimaß, und Genf selber wandte sich an sie mit der Bitte, "ihre arme Stadt für empfohlen zu halten und sich bei dem König von Frankreich zu verwenden, daß die Messe wieder in Genf gehalten werden könne."³⁷⁾ Im Vertragswerk vom 26. April 1477 stellt die Regelung der Verhältnisse der Genfer Messe einen wesentlichen Punkt dar. Die Eidgenossenschaft befürchtete immer noch, des für sie wichtigen Transitverkehrs verlustig zu gehen, und verlangte von Ludwig XI. das bindende Versprechen, niemals den Versuch zu machen, den Strom der Kaufleute aus dem Reich von der alten Straße fort durch die Freigrafschaft zu lenken. Den französischen und freiburgundischen Kaufleuten hingegen wird der Besuch der Messen von Genf oder Lyon freigestellt³⁸⁾. Als die Freigraf-

37) SAZ, Abschiedeband I, S. 15, 27. April 1477

38) EA II, Beilage no. 60, Luzern, 26. April 1477

Vertrag der VIII Orte nebst Freiburg und Solothurn mit Ludwig XI., König von Frankreich, über die beidseitigen Ansprüche auf die Freigrafschaft Burgund, "...ac occasione huiusmodi bellorum pro omnibus jurisdictionibus super predicto Comitatu Burgundie et terris predictis dare, propinare et realiter ac cum effectu persolvere debet et teneatur centum millia florenorum Rhenanorum in terminis infra scriptis..." "...Conclusum est etiam in hac conventionem atque per oratores regios promissum, quod supradictus dominus rex Francorum singulos mercatores et alios de partibus scilicet Rheni superiorum partium Germanice nationes ac etiam de Suevia, qui cum suis mercimonitis et aliis rebus et causis ipsorum nundinas Lugduni et Gebennarum frequentare consueverunt, nequaquam prohibere, immo permittere debeat transire viam visitatem Romani imperii ac stratam provincialem, eundo per civitates, castra, portus, passus, thelonea et salvoconductus terrarum confederatorum, nec aliquem compellere debeat transire per alias stratus seu vias Burgundionum, seu aliarum quarumvis partium, per quas salvoconductus et thelonea nostra diminuerentur et detrimentum quovis modo susciperent, exceptis tamen Alamanis inferioribus, videlicet de Colonia et de aliis consimilibus Provinciis, qui transire possunt ad nundinas Lugduni et Gebennarum per stratas et vias hucusque ab ipsis usitatas, prout eis melius expedire videbitur..."

schaft Burgund an Maximilian von Habsburg fiel, wurden in den Vertrag ähnliche Bestimmungen eingebaut³⁹⁾. Auf Ersuchen der Stadt Genf setzten am 26. August 1477 "die Boten der Eidgenossen dem König von Frankreich brieflich auseinander, welche Vorteile für ihr Land die Messe von Genf gewähre und wie sehr sie unter dem vom König an seine Untertanen zu Gunsten der Messe von Lyon erlassenen Verbot des Besuches der Genfer Messe leiden; sie bitten ihn also, zu ihrem und aller christlichen Völker Nutzen, jene Hindernisse wegzuräumen und den Besuch der Messe von Genf wieder freizugeben"⁴⁰⁾, da der Transitverkehr der flämischen und mitteldeutschen Kaufleute, die bei Basel den Rhein überschritten, direkt durch eidg. Gebiet über Romont nach Genf führte⁴¹⁾. Die Antwort Ludwigs XI. war ablehnend und Genf mußte erkennen, daß es vom König für sich nichts mehr zu erwarten hatte. Die Stadt schöpfte wieder neue Hoffnung, als Anfang 1483 Karl VIII. den Thron von Frankreich bestieg. Tatsächlich gelang es dem Gesandten Genfs, Hugonin du Boule, bereits am 21. April 1484 ein königliches Patent heimzubringen, mit welchem die Restriktionsmaßnahmen von 1463 aufgehoben wurden, der zeitliche Zusammenfall der Genfer und Lyoner Messen aber blieb bestehen. Die Freiheit des Handels und des Messebesuchs war damit wieder hergestellt, aber Karl III.⁴²⁾ von Savoyen mußte mitansehen, wie die meisten Kaufleute der Lyoner Messe bereits den Vorzug gaben, trotzdem er die Geleitbriefe seiner Vorgänger am 4. Oktober 1484 erneuert hatte. Um seinen schwachen Finanzen aufzuhelfen, verfiel er auf die Idee, einen Ausfuhrzoll auf alle Waren zu erheben, die das Herzogtum verließen. Zugleich erhoffte er sich von dieser Maßnahme, Genf wenigstens den savoyischen Markt erhalten zu können, wie aus

39) EA III, Abt. 1, no. 1, Text s. Anhang I, S. 51

40) EA II, no. 912, Bern, 26. August 1477 (Staatsarchiv Bern, latein. Missivenbuch, B 60, no. b)

41) Vgl. Borel: a. a. O., S. 43

42) Gilliard, Charles: Die Eroberung des Waadtlandes durch die Berner, Bern, 1941, S. 165: "Die modernen italienischen Historiker bezeichnen ihn als Karl II., obgleich bereits zu Ende des 16. Jahrhunderts

Fortsetzung S. 38

seiner Ordonnanz vom 1. März 1485 hervorgeht⁴³⁾. Am 29. Juni 1489 erneuerte Karl VIII. sein zu Gunsten Genfs gegebenes Patent von 1484, und im gleichen Jahr verkündete die Stadt die Freiheit des Handels und ließ durch eigene Boten in Lyon und bis in die Languedoc diese Maßnahme öffentlich verkünden. Genf beobachtete scharf die Vorgänge in Frankreich und nutzte alle politischen Verwicklungen zu dem Versuch aus, die alte Vorrangstellung zurückzugewinnen, so z.B. als Ende 1491 Karl VIII. Anna von Bretagne heiratete. Maximilian, durch den doppelten Affront gereizt, rüstete zum Krieg, denn er war selber durch einen Stellvertreter mit Anna von Bretagne verheiratet worden, überdies hatte Karl VIII. die Hand von Maximilians Tochter Margarethe zurückgewiesen. Genf war über diese Vorgänge genauestens unterrichtet und unterhielt Verbindungen zu beiden Parteien, in der Hoffnung, seine Vorrangstellung von der Partei zurückzugewinnen, der sich der Herzog von Savoyen anschließen werde⁴⁴⁾. Der Krieg endete bereits im darauffolgenden Jahr, und im Friedensschluß von Senlis konnte Genf für sich nichts gewinnen. Karl VIII. von Frankreich widerrief 1492 sein der Stadt Genf gegebenes Versprechen aus dem Jahre 1484 und bestätigte Ende Juni 1494 ausdrücklich die vier Lyoner Messen⁴⁵⁾. Damit nicht genug, wurde am 16. November 1496 ein königliches Exportverbot für alle Waren erlassen, die auf der Rhône oder Saône aus Frankreich ausgeführt wurden⁴⁶⁾. Genf ergab sich nun endgültig seinem Schicksal und beschränkte sich darauf, eine Mittlerrolle zwischen Italien und den deutschen Handelsstädten zu spielen. In einer Art Rundschreiben an die Handelsstädte des Reichs empfahl Herzog Philibert von Savoyen diesen Genf als Messestadt⁴⁷⁾.

Fortsetzung von Anm. 42)

der Savoyarde Paradin, *Chroque de Savoie*, S. 381, ihn Charles III. nennt, dem sich die Mehrzahl der französischen und schweizerischen Historiker angeschlossen hat."

43) StAG, hist. Urkunden, no. 739 a und b. "...à aucuns des marchands du duché d'achter des draps ou autres denrées autre part qu'aux halles de Genève."

44) StAG, Ratsregister der Stadt Genf, 29. Oktober 1492

45) Vgl. Laurière: a.a.O., t. XX, S. 441

46) Vgl. Laurière: a.a.O., t. XX, S. 561

47) Vgl. Borel: a.a.O., S. 51

3. Die Verleihung der ersten Handelsfreiheiten an die eidg. Kaufleute, 1463

Im Gegensatz zum Niedergang Genfs als Messestadt entwickelten sich die Lyoner Messen im Laufe des 15. Jahrhunderts zu hoher Blüte, gegründet und gefestigt durch die politischen und wirtschaftlichen Überlegungen der französischen Könige. Die Opposition der Eidgenossenschaft legte sich schnell, da der befürchtete Rückgang des Transitverkehrs nicht eintrat; die deutschen Kaufleute folgten auf ihrem Weg nach Lyon immer noch den alten Handelsstraßen durch ihr Gebiet. Den eidg. Kaufleuten gelang es bald, in Frankreich bedeutende Handelsfreiheiten zu erhalten, die ihre anderen ausländischen Standesgenossen nicht besaßen. Bereits 1463 war es den Berner Kaufleuten gelungen, von Ludwig XI. eine Verlängerung der Messfreiheit um zehn Tage zu erwirken⁴⁸⁾, die anscheinend von Ludwig XII. auf alle eidg. Kaufleute ausgedehnt wurde⁴⁹⁾. Die Lettres Patentes Ludwigs XI. vom September 1481 hingegen sind m.E. nicht

48) Vgl. Borel: a.a.O., S.43

"Au surplus, sire... je vous envoie les lettres de ceulx de Berne,...l'une que les Escoutelez et Consuls de la ville de Berne vous ont escript pour avoir l'épédition des généraulx de vos finances des lettres que leur avez octroyéez de franchise, de cy y a dix ans, pour dix jours après chascune foire de Lyon, laquelle expédition lesdicts généraulx on faite..."

(Lettre de Doriolle au roi, datée d'Amboise, 23 nov. 1473)

49) SASG, Faszikel XXII, Mappe 7, ebenso

vgl. Zellwegers Urkunden zur Geschichte des appenzellischen Volkes, Trogen 1834, Bd.II, Abt.2, S.309

Ludwig XII. erneuert für die nächsten 10 Jahre den Kaufleuten von St.Gallen, Appenzell und Wil die von seinem Vorfahren Karl VIII. ihnen erteilte Freiheit, noch 10 Tage lang nach dem Schluß der Messe von Lyon die Messfreiheit daselbst mit Ein- und Ausfuhr ihrer und dort erhandelter Waren, auch des Geldes und der Juwelen zu genießen, doch so, daß sie damit keine Gefährde verbinden und nicht die Messe von Genf zum Schaden derjenigen von Lyon begünstigen. Blois, 8. Mai 1499. Ebenso EA III, Abt.1, no. 649, e, Luzern, 27. Mai 1499

"Ferner hat der König von Frankreich uns Eidgenossen und unseren Zugewandten Zollfreiheit bewilligt."

(Staatsarchiv Luzern, Luzerner Abschiede C, S.106)

den eidg. kaufmännischen Handelsfreiheiten zuzuzählen⁵⁰⁾, obgleich eigentümlicherweise die eidg. Kaufleute bei ihren Klagen vor den französischen Gerichten und dem König sich immer auch auf dieses Patent berufen haben. "Erstes und ältestes" den eidg. Kaufleuten in Frankreich vom König verliehenes Patent wird es auch in einer von der Kaufmannschaft verfaßten Denkschrift anlässlich der Bundeserneuerung von 1777 genannt. Ed. Rott vertritt auch die Ansicht, das Patent von 1481 sei den eidg. kaufmännischen Handelsfreiheiten hinzuzurechnen⁵¹⁾.

Demgegenüber sagt der Text des Patents klar aus, daß die Befreiung vom droit d'Aubaine für alle Angehörigen der "ladite nation" gilt, die in Frankreich niedergelassen sind oder sich in Zukunft niederlassen werden und in königlichen Diensten stehen, angestellt und besoldet. Es ist der Wille des Königs, daß die Kriegsleute der "ladite nation" und deren Witwen zeitlebens befreit sind und befreit bleiben von der Zahlung der Tailles und Steuern, Beihilfen und Subventionen und von Guet et Garde des Portes, zu welchem Zweck sie auch immer im Königreich aufgelegt sind oder noch aufgelegt werden sollten. Die Auffassung, daß es sich bei den Lettres Patentes Ludwigs XI. um die Verleihung von Privilegien an die eidg. Söldner in französischen Diensten handelt, wird auch durch die Tatsache erhärtet, daß die eidg. Kaufleute als Besucher der Lyoner Messe die in den Lettres Patentes von 1481 aufgeführten Privilegien automatisch erwarben.

50) EA III, Abt. 1, Beilage 11, ebenso

vgl. Vogel (Grand juge de gardes Suisse): Les Privilèges des Suisses, Yverdon, 1770, S. 1. Text d. Lettres Patentes s. Anh. II, S. 52 u. 53

51) Vgl. Rott, E.: Histoire de la représentation diplomatique de la France auprès des Cantons Suisses, de leurs alliés et de leurs confédérés, Bern 1900, Bd. I, S. 25

"...et les "traffiquants" de Berne, de Zurich, de Saint-Gal attirés par les "privilèges" que leurs concédaient les lettres patentes de septembre 1481, commençaient à s'établir à Lyon et dans autres "bonnes villes" du Royaume..." vgl. Rott, Ed.: Les alliances franco-suisses et le "Renouveau" de 1602, Basel 1881, S. 5
"De 1481-1600 plus de 60 Lettres Patentes furent accordées aux marchands suisses."

Außerdem war Lyon eine "ville franche", deren Einwohner von der Zahlung der Taille befreit waren.

Die großen Freiheiten, die den Messen von Lyon durch die königlichen Patente von 1444, 1462 und 1463 gewährt worden waren, besonders das Recht der freien Ein- und Ausfuhr in- und ausländischer Münzsorten, standen in krassem Gegensatz zur damals herrschenden Lehre der aktiven Handelsbilanz, die später durch Bodin, Montchretien und Colbert die beherrschende Doktrin des Wirtschaftslebens werden sollte. In Überschätzung der Rolle, die das Edelmetallgeld in der Volkswirtschaft spielt, lehrte vielfach der Merkantilismus, daß der Staat, um zu Wohlstand zu gelangen, einer aktiven Handelsbilanz bedürfe. Die Geldeinfuhr muß die Geldausfuhr überwiegen, und zur Erreichung dieses Ziels bedarf es einer strengen und wirksamen Kontrolle des Staates. Diese Kontrolle muß in der Lage sein, den Geldimport zu fördern und die Ausfuhr einheimischer Erzeugnisse zu heben, wie sie umgekehrt die Wareneinfuhr und den Geldexport niedrig halten muß; die Grenzen müssen dem einheimischen Gold und Silber versperrt bleiben.

Anlässlich der Thronbesteigung Karls VIII. im Jahre 1484 versammelten sich die Generalstände in Tours, um dem König ihre Glückwünsche darzubringen. Neidisch geworden auf den blühenden Handel Lyons trugen die Stände dem König ihre Bedenken vor, daß der große Geldexport der Lyoner Messen den Ruin des Königreichs herbeiführen könnte. Die Lehre von der aktiven Handelsbilanz müsse beachtet werden, und deshalb erscheine es "aux gens desdites estaz que lesdictes ordonances devoient estre entretenues et gardées en tous les pays subjectz et obeissans au roy; et que mieulx seroit que les desdictes foyres ne se tinsent que deux fois l'an, c'est assavoir Pasques et Toussaints, et en autre ville que Lyon, pour ce qu'elle est trop près de l'extrémité de cedit royaume; à cause de laquelle extrémité plusieurs fraudes y sont commises, et grans inconveniens s'en peuvent essuyr." 52)

52) Masselin: Journal des Etats généraux tenus à Tours en 1484, Paris 1835, S. 699

Während der Minderjährigkeit des Königs hatte der Rat der Stadt Lyon sich geweigert, einen jährlichen verlorenen Zuschuß in Höhe von 4000 livres bis zur Mündigkeitserklärung an den Hof zu zahlen. Diese Weigerung war nicht vergessen worden, und es erscheint deshalb nicht verwunderlich, daß die Großen des königlichen Hofes das Ersuchen des Parlaments von Tours um Verlegung der Lyoner Messen in eine andere Stadt lebhaft unterstützten. Gegen den starken Widerstand der Lyoner Abgeordneten wurden die Messen aus der Stadt verlegt, und zwar 1484 zwei nach Bourg und 1486 zwei nach Troyes⁵³⁾. Diese Maßnahmen fanden ein starkes Echo in der Eidgenossenschaft; mußte doch die Verlegung der Messen nach Bourg und Troyes den Verlust der Transiteinnahmen aus dem Durchzug der deutschen Kaufleute nach sich ziehen. Das Vorgehen Karls VIII. gegen Lyon war deshalb immer wieder Gegenstand der Verhandlungen an der Tagsatzung. "Auf das Anbringen von Bern, daß die Messen von Genf und Lyon nach Bourges in Frankreich verlegt seien, was den Eidgenossen an ihren Zöllen und Geleiten zu Baden und anderswo Schaden und Nachteil bringe, wird beschlossen, auf dem Tag zu Zürich nach eingeholter Vollmacht über diesen Gegenstand weiter zu verhandeln."⁵⁴⁾ Im Dezember 1484 wurde auf Antrag Berns beschlossen, "dem König von Frankreich zu schreiben, er möchte, statt die Messen von Lyon und Genf nach Bourges zu verlegen, seinen Untertanen ferner gestatten, die Messen zu Lyon und Genf zu besuchen. Man ist der Ansicht, der König sei so mit uns verbunden, daß es sich für ihn nicht schicke, uns an unserm gemeinsamen Nutzen, Zoll und Geleit durch solche Maßnahmen zu schädigen."⁵⁵⁾ Bereits drei Wochen später wurde in Luzern der Beschluß gefaßt, "falls der Herzog von Savoyen, Genf und andere, die es betrifft die Kosten tragen wollen, mag Bern in gemeiner Eidgenossen Namen, aber ohne deren

53) Vgl. Ruby, a. a. O., S. 351

54) EA III, Abt. 1, no. 223, c, Luzern, 24. September 1484
(Staatsarchiv Luzern, Luzerner Abschiedesammlung, B, S. 244)

55) EA III, Abt. 1, no. 229, d, Luzern, 29. Dezember 1484
(Staatsarchiv Luzern, Luzerner Abschiedesammlung B, S. 248)

Kosten, eine Botschaft an den König von Frankreich senden, um mit ihm der Messen zu Genf und Lyon wegen zu unterhandeln."⁵⁶⁾ Im September 1486 hatten sich die Zustände in Lyon noch nicht geändert, "so daß jedermann Instruktionen einholen sollte, was von der Messe wegen, die zu Lyon gewesen und zu großem Schaden der Eidgenossen und deutscher Nation von dannen gezogen worden ist, gehandelt werden soll."⁵⁷⁾ An der Tagsatzung zu Zürich, im Oktober 1486, wurde dann Bern beauftragt, "in aller Orte Namen an den König von Frankreich zu schreiben, damit die Messe, welche zu Lyon gewesen und von da weggezogen worden ist, wiederum dahin komme."⁵⁸⁾ Das hartnäckige Eintreten der Eidgenossenschaft für die Erhaltung der Genfer und später der Lyoner Messen muß aber richtig gesehen werden. Die Orte fürchteten um ihre Einnahmen aus den Transitzöllen und Weggeldern und ihre Interventionen waren der Ausdruck der rein fiskalischen Interessen der Obrigkeit. Schritte zum Schutz oder Vorteil des heimischen Handels und der heimischen Manufakturen lagen den obrigkeitlichen Erwägungen jener Zeit noch sehr fern. Diese Ansicht wird durch die Tatsache erhärtet, daß Bern, dessen Handel, Gewerbe und Manufakturen kaum über sein eigenes Stadtgebiet hinaus Bedeutung hatten, sich zum Sprecher der Eidgenossenschaft in dieser Angelegenheit machte; die alte Handelsstraße Lausanne-Basel ging größtenteils durch sein Gebiet.

Auch die anderen ausländischen Kaufleute waren mit der Verlegung der Messen aus Lyon unzufrieden. Die Messen von Troyes blieben unbesucht und die Messen von Bourges scheinen nur zweimal besucht

56) EA III, Abt. 1, no. 232, c, Luzern, 14. Januar 1485
(Staatsarchiv Luzern, Luzerner Abschiedesammlung B, S. 250)

57) EA III, Abt. 1, no. 279, o, Zürich, 14. September 1486
(Staatsarchiv Bern, allg. eidg. Abschiede, A 689/C 280)

58) EA III, Abt. 1, no. 281, h, Zürich, 9. Oktober 1486
(Staatsarchiv Luzern, Luzerner Abschiedesammlung B, S. 304)

worden zu sein, bevor sie 1494 nach Lyon zurückverlegt wurden⁵⁹⁾. Der Rat der Stadt Lyon ließ nichts unversucht, den König zu veranlassen, der Stadt die Messen zurückzugeben. Er fand zwei mächtige Fürsprecher in Karl von Bourbon, Kardinal-Erzbischof von Lyon, und dessen Bruder, Herzog Johann II. von Bourbon. Den vereinten Bemühungen der beiden Fürsten gelang es im Mai 1487, den König zu bestimmen, die Oster- und Heiligenmesse nach Lyon zurückzuverlegen⁶⁰⁾. Großzügige Geschenke an die Regentin Anna von Beaujeu halfen den weiteren Gesuchen Lyons nach. Beim Einzug Karls VIII. in Lyon 1490 ließ der Rat der Regentin ein "service de vaisselle" im Werte von 1678 livres 10 sols und ihrem Gemahl zwei Silberkannen und sechs Silbertassen im Werte von 518 livres 18 sols 9 deniers überreichen. Der Erfolg blieb nicht aus, mit Patent vom Juni 1494 erhielt Lyon seine vier Messen mit sämtlichen Privilegien zurück⁶¹⁾. Ein zusätzliches Patent vom 16. November 1496, gegeben zu Lyon, verbot allen Kaufleuten die Ausfuhr von Waren aus dem Königreich für die Dauer von 15 Tagen vor und nach den Messen in Lyon⁶²⁾.

4. Die Auseinandersetzungen zwischen dem Deutschen Reich, Frankreich und der Eidgenossenschaft bis zum Abschluß des Ewigen Friedens, 1516

Die große Politik wurde immer noch beherrscht von der Auseinandersetzung zwischen dem Reich und Frankreich, zwischen Habsburg und Valois, in deren Folge die endgültige Lösung der Eidgenossenschaft vom Reich Tatsache werden sollte. Kaiser Maximilian und Mailand, dessen Schutz das Reich übernommen hatte, versuchten ebenso wie Karl VIII. von Frankreich, die Gunst der Eidgenossen zu erringen

59) Vgl. Lavasseur, E.: Histoire du Commerce de la France, Paris 1911, Bd. I, S. 92

60) Vgl. Laurière: a.a.O., t. XX, S. 3

61) Vgl. Laurière: a.a.O., t. XX, S. 441

62) Vgl. Laurière: a.a.O., t. XX, S. 561

und Schweizer Söldner zu werben. Wenn den Eidgenossen auch eine Verbindung mit Mailand angenehm war, so konnten sie diese mit einem Verbündeten Habsburgs nie eingehen und auch in der Person Ludwig Sforzas, Herzog von Mailand, erblickten sie einen wenig vertrauenswürdigen Bundesgenossen. Die französische Außenpolitik, die zu jener Zeit dringend auf eidg. Söldner angewiesen war, um ihren Absichten Nachdruck zu verleihen, erwies sich mit finanziellen Versprechen an die Orte als der großzügigere Werber. Am 1. November 1495 schloß die Eidgenossenschaft mit Karl VIII. ein Soldbündnis auf Lebenszeit des Königs, der im Zeitpunkt des Abschlusses erst 25 Jahre alt war⁶³⁾. Aber schon im April 1498 starb Karl und sein Vetter, der Herzog von Orléans, bestieg als Ludwig XII. den Thron von Frankreich. Ludwig betrachtete die Eroberung und Sicherung von Mailand als seine Lebensaufgabe, und da auch der Krieg gegen Maximilian wieder aufflammte, wollte er das Bündnis mit der Eidgenossenschaft, das mit dem Tode Karls VIII. erloschen war, wieder erneuern. Er bedurfte der eidg. Söldner, ohne die keine großen Entscheidungen mehr auf den Schlachtfeldern Europas fallen konnten⁶⁴⁾. Im Januar 1499 erwachte auch der Krieg zwischen Maximilian und den Eidgenossen zu neuem Leben. Der Schwabenkrieg, die letzte Kraftprobe zwischen Habsburg und ihnen, wurde am 22. Juli 1499 in der Schlacht bei Dornach zu Gunsten der Eidgenossenschaft entschieden. Der Kriegsausbruch hatte zur Folge, daß die Eidgenossen bereits

63) EA III, Abt. 1, Beilage no. 29

Erneuerung des alten Bündnisses der französischen Krone durch Karl VIII. am 1. November 1495.

Inhalt ähnlich dem Freundschaftsvertrag von Abbéville, 27. November 1463, mit Ludwig XI.:

"...faictes entre notre dit seigneur et père et eulx les continuer, approuver, accroistre, multiplier, ainsi que vous et eulx verrez que bon sera, et au seurplus acerter et faire certain lesdits seigneur et quentons des ligues et leurs successeur et bienfaiz par chacun doresenauant notre vie durant, jusques à la sommè de vingt mil liures tournois, pour les departir entre eulx par les villes et quentons à leur plaisir et ainsi que verront bon."

64) Vgl. Feller: a.a.O., Bd. I, S. 472 f.

am 16. März 1499 mit Ludwig XII. ein 10-jähriges Soldbündnis eingingen, das am 8. Mai des gleichen Jahres von Ludwig in Blois ratifiziert wurde⁶⁵⁾. Wenn die Verträge von 1495 und 1499 auch reine Sold- und Pensionsverträge waren und der Handel in diesen Zeiten hinter den kriegerischen Verwicklungen zurücktrat, so geriet er doch nicht ganz in Vergessenheit. Anlässlich der Verhandlungen über den Vertrag mit Ludwig XII. bat die Stadt St. Gallen, "man möchte bei Abschluß eines Vertrages mit dem König von Frankreich sie bedenken, damit sie Messfreiheit und Provision erhalte."⁶⁶⁾ Im März 1499 wurde beantragt, "das Gesuch, der König möchte ... die Verlängerung der Messfreiheit zu Lyon uns erneuern, wollen die königlichen Boten dem König empfehlend vorlegen"⁶⁷⁾, und Ende Mai konnte die Tagsatzung in Luzern verkünden, "der König von Frankreich (hat) uns Eidgenossen und unseren Zugewandten Zollfreiheit bewilligt"⁶⁸⁾. Ab 1500 nahmen die Spannungen zwischen der Eidgenossenschaft und Frankreich zu. Nach der Eroberung Mailands weigerte sich Ludwig XII. den eidg. Soldknechten ihre Löhnung zu zahlen und fertigte sie nach langem Zögern mit einem Fünftel ihrer Ansprüche ab. Als Gegenmaßnahme wurde das Pensionennehmen und Reislaufen zunächst von einigen Orten verboten, so von Bern 1502, um schließlich am 21. Juli 1503 durch sämtliche Orte untersagt zu werden. Durch alle Gegensätze hindurch verfolgte der Handel aber seine eigenen Ziele, wie ein Antrag Schaffhausens von 1502 beweist⁶⁹⁾.

65) EA III, Abt. 1, Beilage no. 34

Ludwig XII. erneuerte am 16. März 1499 den Vertrag auf 10 Jahre.

66) EA III, Abt. 1, no. 617, n, Luzern, 25. Februar 1499

(SAZ, allg. Abschiede, Bd. III, S. 1)

67) EA III, Abt. 1, no. 640, mm, Luzern, 11. März 1499

(Staatsarchiv Luzern, Luzerner Abschiedesammlung C, S. 99)

68) EA III, Abt. 1, no. 649, e, Luzern, 27. Mai 1499

(Staatsarchiv Luzern, Luzerner Abschiedesammlung C, S. 106)

69) EA III, Abt. 2, no. 96, n, Zürich, 26. Juli 1502

"Unsern Eidgenossen von Schaffhausen ist auf ihr Begehren zugesagt, man wolle sie dem König von Frankreich empfehlen, daß er sie in Pensionen, Zöllen und Geleiten halte wie uns übrige Eidgenossen."

Im Mai 1509 erlosch das 10-jährige Soldbündnis mit Frankreich, und obgleich der König es erneuern wollte, wurde sein Bündnisangebot von der Eidgenossenschaft abgelehnt. Der lang angestaute Groll gegen Frankreich entlud sich; der Verrat von Novara, der erzwungene Friede von Arona, die Skandale der französischen Gesandten, die gebrochenen Versprechen, die beleidigende Abfindung der Kriegsknechte, alles dies führte den Bruch herbei, die Ablehnung des Bündnisses war nur ein Anfang. 1511 brach der Krieg offen aus und das Jahr 1512 sah den Höhepunkt der eidg. Machtstellung in Europa. Der Herzog von Savoyen, der mit der Eidgenossenschaft in Bündnisverhandlungen stand, erbot sich, zwischen ihr und Frankreich zu vermitteln, wobei er die Frage der Genfer Messen geschickt ins Spiel zu bringen wußte⁷⁰⁾. Mit dem Tode Papst Julius II. am 21. Februar 1513 verschlechterte sich die Lage für die Eidgenossenschaft, da mit dem Papst der erbittertste Franzosenhasser gestorben war. Sein Nachfolger, Leo X., ermahnte noch am Tag seiner Wahl, dem 11. März 1513, die Eidgenossen am päpstlichen Bündnis festzuhalten. Am 30. Mai versicherten die Eidgenossen dem Papst ihre Bündnistreue und brachten am 6. Juni 1513 in der Schlacht von Novara den Franzosen eine vernichtende Niederlage bei. Daß diese Schlacht der letzte große Infanteriesieg alter Art sein sollte, in der das eidg. Fußvolk zum letzten Mal einer überlegenen Artillerie und Reiterei Meister geworden war, ahnte die Welt damals noch nicht⁷¹⁾. Im gleichen Jahr des Sieges von Novara trugen die Eidgenossen den Krieg nach Frankreich hinein. Nach der Belagerung von Dijon, am 13. September 1513, unterzeichnete der französische Feldherr La Trémoille einen Friedensvertrag, in welchem Frankreich u.a. auf Mailand verzichtete und für die Kosten des Feldzuges 400000 Kronen zahlen wollte. Ludwig XII. verwarf aber den Friedensschluß mit dem Hinweis,

70) SAZ, Abschiede, Bd. V, S. 190, Luzern, 28. Juli 1512, ebenso Staatsarchiv Luzern, allg. Abschiede, Bd. E 2, S. 184, Baden, 11. August 1512.

71) Vgl. Feller: a.a.O., Bd. I, S. 531

La Trémoille habe keine Vollmacht gehabt. Der Krieg ging weiter und der König versuchte nun durch Bündnisanträge an den Kaiser, den Papst und den König von England, die Eidgenossenschaft zu isolieren. Mitten in seinen Rüstungen starb Ludwig XII. am 1. Januar 1515 und Franz I. bestieg im Alter von 20 Jahren den Thron von Frankreich, mit dem er auch die Absichten und Hoffnungen auf Mailand erbte. Am 13./14. September 1515 lieferten die Eidgenossen bei Marignano den Franzosen eine große Schlacht und unterlagen der neuen französischen Taktik der gehäuften Geschütze und massierten Kavallerieattacken. Die Lombardei wurde von ihnen geräumt und Mailand wurde wieder französisch.

Allen Wirren der Zeit zum Trotz ging der Handel mit Frankreich weiter und die Fäden rissen nicht ab. Ende 1512 beschließt die Tagsatzung in Luzern, allen Kaufleuten, welche die Genfer Messe besuchen wollen, Geleit zu geben⁷²⁾. Ende 1513 berichteten die Boten von Basel an der Tagsatzung, "daß etliche Basler Kaufleute auf ihrem Rückweg von Lyon von den Franzosen niedergeworfen und ihrer Waren entwert worden seien"⁷³⁾. Auf dem Tag in Zug, am 9. Mai 1514, beehrte der Bote von St. Gallen "Namens seiner Herren, daß die Eidgenossen für sie um das Gut, welches ihren Kaufleuten weggenommen worden, quittieren."⁷⁴⁾ Im November 1515 "will man auf dem nächsten Tag entscheiden über das Gesuch der Kaufleute von Nürnberg, Augsburg und Ulm, um Geleit, mit ihren Kaufmannswaren sicher durch die Eidgenossenschaft zu fahren"⁷⁵⁾ und drei Wochen später wußte jeder Tagsatzungsbote, "wie den Kaufleuten von Nürnberg, Augsburg und Ulm auf ihre Bitte Geleit gegeben ist, mit Leib und Gut durch unsere

72) SAZ, Abschiede Bd.V, S.243, Luzern, 3. Dezember 1512

73) Staatsarchiv Luzern, allg. Abschiede, Bd.E 2, S.292, Zürich 13. Dezember 1513

74) SAZ, Abschiede Bd.VI, S.171, Zug, 9. Mai 1514

75) Staatsarchiv Luzern, allg. Abschiede, Bd.F, S. 106, Zürich, 6. November 1515

Eidgenossenschaft zu fahren, doch unter Vorbehalt, daß sie weder Harnisch noch Kriegsbedarf irgendwelcher Art unseren Feinden zuführen, noch aus der Eidgenossenschaft wegführen, alles übrigen den Zollgerechtigkeiten unserer Städte, Länder und Herrschaften un-
schädlich."⁷⁶⁾

senschaft auszusöhnen, bei Franz I. nur größer geworden. Am 7. November 1515 kam der Friedensschluß zustande, der ein Bündnis zwischen dem König und der Eidgenossenschaft mit Söldnerwerbung und Jahresgeldern enthielt. Diese Hilfsverpflichtungen gaben aber dem Kaiser sowie einer Anzahl reichsfreundlicher Orte den Anlaß, gegen das Friedensinstrument Einwände zu erheben. Franz I., bemüht zu einem Friedensschluß zu kommen, gab nach. Am 10. September 1516 begannen neue Verhandlungen in Fribourg, die mit der Unterzeichnung des Ewigen Friedens mit Frankreich am 29. November 1516 beendet wurden. Dieser Vertrag enthielt keine Hilfsversprechen mehr, sondern nur die Zusage, den Feinden des Königs keinen Zuzug zu gewähren. Es war ein Friedensschluß, in dem die Besiegten dem Sieger die Bedingungen vorschrieben. Der Ewige Friede wurde, gleich der Erbvereinigung mit Habsburg, der Grundpfeiler der eidg. Außenpolitik, wenn auch mit seinem Abschluß die Eidgenossenschaft aus dem Kreis der europäischen Großmächte ausschied. Seine Artikel V und IX sollten bis zum Ende des Ancien Régime den französisch-eidg. Handelsbeziehungen ihren charakteristischen Ausdruck verleihen⁷⁷⁾. Die Artikel V und IX brachten den Kaufleuten keine neuen Rechte, sondern stellen lediglich die summarische Bestätigung der alten Handelsfreiheiten dar, unter Beibehaltung des Status quo der zollpolitischen Situation.

76) Staatsarchiv Luzern, allg. Abschiede, Bd. F, S. 109, Zürich, 27. November 1515

77) EA III, Abt. 2, Beilage no. 32
Friedensvertrag vom 7. November 1515, Text s. Anhang III, S. 53,
EA III, Abt. 2, Beilage no. 36
Der Ewige Friede vom 29. November 1516
Text s. Anhang III, S. 53 f.

Lyons Aufstieg in den 100 Jahren, die dem Abschluß des Ewigen Friedens vorangingen, zeigt, daß Karl VII., der Gründer seiner Messen und damit seines Wohlstandes, die Möglichkeiten der Stadt richtig erkannt hatte. Zäh und hartnäckig hatte Lyon seinen einmal ihm gewiesenen Weg verfolgt, begünstigt von den französischen Königen und der durch diese verfolgten Politik. Um diese kostspielige Politik aber finanzieren zu können, sollten von der Mitte des 16. Jahrhunderts ab die Herrscher gezwungen sein, zur Erhebung von Einfuhrzöllen, Erhöhung der Ausfuhrzölle und inneren Douanen, sowie der direkten und indirekten Steuererhöhung ihre Zuflucht zu nehmen. Die immer intensiver werdende Wirtschafts- und Finanzpolitik der französischen Könige und das Auftauchen merkantilistischer Prinzipien sollten, wenn auch zunächst fast unmerklich, Lyons Niedergang als Finanz- und Handelszentrum im Gefolge haben und auch zur Aufhebung der im Ewigen Frieden den eidg. Kaufleuten verbrieften Handelsfreiheiten führen. Der Kampf um die Erhaltung ihrer alten Rechte, den die eidg. Kaufmannschaft gegen Franz I. und Heinrich II. führen mußte, sollte nur der Auftakt sein zu einer Entwicklung, in der sie von vornherein zum Unterliegen verurteilt war.

ANHANG I

EA III, Abt. 1, no. 1, Zürich, 6. bis 28. Januar 1478

Friedensvertrag zwischen Erzherzog Sigmund von Österreich und Tirol, Herzog Renat von Lothringen, Ruprecht Bischof zu Strasburg, Johannes Bischof zu Basel, gemeinen Eidgenossen der VIII Orte und den Städten Freiburg und Solothurn sowie Basel, Colmar und Schlettstedt auf der einen, Maximilian Erzherzog von Österreich und seiner Gemahlin Maria von Burgund auf der anderen Seite.

"zum Dritten: Dass wir obgenannte Ertzherzog unnd Ertzherzogin Maximilian und Maria sein gemachel, alle unnserere Erben und Nachkomen, die Unnseren, unnd unnser zugewandten unnd zugehafften, unnd alle unnserere Landtschafften, den Ehegenandten Fürsten unnd Herren, Stetten und Landen, den Iren, ihren Erben unnd Nachkomen, allen ihren zugewandten unnd zugehafften, ihren Landschafften unnd Underthanen khein Verhinderung, Irrung noch eintrag, an allen ihren gewöhnlichen strassen gehen Leyon, gehen Genff oder sonst anderen Enden, zu Wasser unnd zu Lande thun, noch sie mitt keinen Zöllen oder Tätzen, anders dann von Alter harkommen ist, beschweren, unnd dessgleichen unnd in der mass nitzit hindan gesetzt, Sie, Ihr Erben, Nachkomen, die Ihren, ihr Landtschafften, zugehafften unnd zugewandten, unns, Allen den unnseren hinwiderumb thun sollindt..."

Ein Original dieses Friedensbriefes scheint in den schweizerischen Archiven nicht mehr vorhanden. Der Abdruck folgt einem von Jakob von Cham, Lehrer der kaiserlichen Rechte und Probst des Stiftes zu St. Felix und Regula in Zürich, zuhanden ehrsamere, weiser Meister und Räte der Stadt Strasburg, auf Freitag nach des heiligen Kreuzes Tag zu Herbst 1478 nach dem besiegelten pergamentenen Richtungsbrief gefertigten, in Paris durch den Zürcher Jakob Vogel abgeschriebenen Vidimus.

Im Staatsarchiv Zürich findet sich eine wesentlich gleichlautende Abschrift, wahrscheinlich das Konzept des Briefes.

ANHANG II

EA III, Abt. 1, Beilage no. 11

Lettres Patentes de Louis XI., Septembre 1481.

"... de nostre certaine science, grace speciale, pleine puissance & autorité Royale, que tous ceux de ladite Nation qui sont de present ou seront pour le temps à venir demeurans en nostredit service, estant gagez & soldoyez, & qui se sont mariez & habituez par cy-devant, & se marieront & habituëront cy-après en nostredit Royaume, ils & chacun d'eux puissent & leur soit loisible acquerir en iceluy tous tels biens, meubles & immeubles qu'ils y pourroient licitement acquerir, & d'iceux, & aussi ceux qu'ils y ont ja acquis, disposer & ordonner par Testament & ordonnance de derniers volonté, donation faite entre vifs ou autrement, ainsi que bon leur semblera, & que leurs femmes, enfans & heritiers qu'ils ont de present ou pourront avoir le temps à venir, leur puissent succeder & aprehender les biens de leurs dites succession, tout ainsi que s'ils estoient natifs de nostredit Royaume, & quant à ce les avons autorisez & habilitez, autorisons & habilitons par cesdites presentes, sans ce qu'ils, ne aucuns d'eux, ne leurdites femmes, enfans & heritiers soient pour se tenus, ne contraints à payer à Nous & à nos Successeurs ores ny pour le tems à venir aucune finance, & laquelle finance ou indemnité qui pour ce Nous seroit deuë & pourroit apartenir; Nous en faveur & consideration que dessus leur avons, & à chacun d'eux, donné & quitté, donnons & quittons à quelque somme & estimation qu'ils se puisse monter par ces presentes, que nous avons pour ce signées de nostre main: Et en outre afin que les dessusdits gens de guerre de ladite Nation qui sont de present demeurans, ou viendront cy-après demeurer en nostredit Royaume, & qui seront à nos gages & soldes, comme dit est, puissent mieux vivres & eux honnestment entretenir, sans estre inquietez, molestez ny travaillez, & que les autres ayent en après meilleur courage d'eux y habituer en plus grand nombre, ainsi que le desiront, Nous à iceux, & aussi à leurs femmes veufs durant leur viduité, ayons octroyé & octroyons, voulons & nous plaist qu'ils soient & demeurent leurs vies durant, francs, quittes & excempts de toutes Tailles & Impost, Aydes & Subvention quelconques, mis & à mettre sur de par Nous en nostredit Royaume, soit pour le fait & entretenement de nos Gens de guerre, ou autrement, pour quelque cause ou occasion que ce soit, ou puisse estre, & aussi du Guet & Garde de Portes, & de ce les avons chacun d'eux afranchis, quittez & exemptez, afranchissons, quittons & exemptons de nostredite grace par ces presents, quelque part qu'ils fassent leur demeurance en nostre Royaume..."

ANHANG II

Lettres Patentes données en faveur des Suisses & leurs Co-Alliés
étant en France à leurs Services, Soldes, mariés & non mariés,
& habitués, & de leurs Veuves & Heritiers, Charles VIII., 10. Novem-
bre 1483

Charles VIII. donna ses lettres à Baugency le 10 Novembre 1483, de son Regne le premier, pour mesme fins & privileges que dessus, adressantes à Messieurs les Gens des Comptes, Tresoriers de France, & Generaux, Conseillers ordonnez sur le fait & gouvernement de ses Finances, icelles vûës, lûës & registrées en la Chambre des Comptes du Roy notre Seigneur, le 26 Juillet 1484, signé Blanc, & scellé; & aussi par les Generaux Conseillers du Roy notre Sire sur le mesme fait que dit est, donné sous l'un de leurs seings le 22 Juin susdit an; signé, Omberteau.

Loüis XII. fit mesme chose à Melun le 8 d'Octobre, l'an de grace 1498. signé par le Roi, Robineau, & les pareils enregistrements dans lesdits mois & an; signé, le Blanc.

Francois I. accorda pareilles Lettres à Paris le 17 Mars 1514 de son Regne le premier, scellés & signées par le Roy, De Neufville.

(Vogel: Les Privileges des Suisses, Yverdon, 1770, S. 4 f.)

ANHANG III

EA III, Abt. 2, Beilage no. 32

Friedens- und Freundschaftstraktat zwischen Frankreich und den Eidgenossen, Genf, 7. November 1515

"...Item et arbarum partium suorumque confederatorum mercatores, oratores, nuntii, serui, peregrini et subditi, cuiuscumque status, gradus et qualitatis existant, cum eorum personis, mercantiis, rebus et bonis quibuscumque in ipsorum terris et dominiis benigniter recipiantur et pertractentur, ita quod ipsis liceat per dictas terras, patrias et dominios ire, proficisci, redire, versari et negotiari libere et impune et sine illicito impedimento eis in personis vel bonis inferendo et absque eo quod pedagogorum et aliorum onerum exactiones preter antiquitus solitum innovari debeant."

(Staatsarchiv Bern)

EA III, Abt. 2, Beilage no. 36

Der Ewige Friede zwischen Frankreich und den Eidgenossen nebst Abt und Stadt St. Gallen, Graubünden, Wallis und Mühlhausen, Freiburg, 29. November 1516

"...Zum fünfften Söllenn den koufflütten vnnnd vnderthanenn, So von vnser Eydtnosschaft sind, vorbehalten sin vnd bestätet werdenn all priuilegia vnnnd sunder fryheiten in der Statt Lyon, ob Inen eylich von den künge von Franckrych seliger gedächnuß gegeben vnnnd verlichenn, nach Irem Inhalt. Es geuallt ouch vnns obgemeldtem künge zu Franckrych, Herzogen zu Meylandt u. In ansehung, betrachtung vnnnd zu wolgefallenn der genantenn Herren der Eydtenossen, allenn vnd jeglichenn vnsern vnderthanen, was namens, Stat oder wäsens die syenn, von dem Herzogthumb vnnnd herrschafft Meylandt, zu vertzychen, So von dienst wegen Herrn Maximiliani Sforzes in tütsche lannd gekärt habenn oder in den Slössern Meyland, Lowertz, Locaris oder anderschwa in der Eydtenosschafft plätzenn enthaltenn habenn. Darumb wir ouch über disenn artickell vnser künckliche brieff gemeinlich vnd sunderlich geben haben vnd noch gebenn wellenn allenn vnd yegklichen denen so des bedörffen werdenn, Also das sy an schadenn Irer lybenn vnd gütern zu Iren hüsernn widerkärenn mögen. -"

"Zum Nüden, So sollenn vnser beyder teyle vnd vnser Pundtnossen in beyder teyllen lannden, herrschafftenn vnd kreisenn gesessen, koufflüt, botten, diener, bilger, vnderthan vnnnd verwandten, in was wirdenn, Statz vnnnd wäsens die sind, mitt Irenn libenn, gütern, kouffmanschaften, in allenn vnsernn lannden vnd gebietten allenthalbenn, wo das ist, fry vnnnd sicher zu vnnnd von einandern gan, handlenn vnd wandlenn vnd Ir gewärb vnnnd geschäft üben vnd bruchenn an eyliche

beleydigung vnnnd schmach, ouch on eyniche nuwerung der zöllen vnnnd ander beladnissenn anders dann von allterhar Sitt vnnnd bruchlich gewäsenn ist. -"

-Vnd dorumb, das in den vorgeschribnenn Artickellnn beredt ist, das die ansprachen vnd spennig händell zwüschen vns beyden parthyen vnd vnnser beyder teylln Vnderthanenn früntlich oder Rechtlich abtragen werdenn söllenn nach lut vnnnd sag der Cappittellnn... Ist luterlich beredt, das wo zu eynichenn zytenn zwüschen vnnns obgemeldtenn künig vnnnd vnnns den vorgenannten Eydtgnossen gemeinlich oder sonderlich, vnnsern lanndenn oder lütenn eynicherley Spenne, missverstannnuss oder ansprach vfferstünden,...das alsdann...ein jede derselben...vorgemeldten parthyenn...erwellenn sol zwen fromm vnd erber man, liebhaber der gerechtigkeyt vnnnd gotzförchtig, zu Irrn Scheydlüten oder anwältten... Vnd namlich so der Stoss vnd Span, so also vorhanden were, daher langte vmb sachenn, güter oder handlungenn der gütern oder personenn des künigrychs zu Franckrych vnnnd ander lanndenn her disenthalb dem gebirg gelegen, vnder wellichen erber man, liebhaber der Cleger oder ansprecher gesessen were, soll die dingstatt des vsträglichen Rechtens verkündt werdenn gen Bätterlingen in die Statt...Was ouch alsdann durch dieselben vyer oder der merteyll erkennt vnnnd erlütert wirtt, Söllend beyd teyll angenehm vnnnd stät halten, alle appellation vnd Inred vsgescheyden... Vnd ob ein teyll durch sich oder sin gnugsam gwalzbotten für die obgemeldtenn Scheydlüt verachtlich vnd an gerecht vrsachen sumig wurd zu erschynen, Soll die in der hauptsach mittsampt kosten vnnnd schaden vnderliggen... Vnd ob dann durch dieselb küniglich Mayestat der ansprechenden parthy mit vssrichtung begegnet wurd, das wir billich vrsach haben möchten vns dess zu begnügen, so soll danethin söllich person stillstan, benügt vnd geschweygt sin vnd hinfür die küniglich Mayestat oder Ir vnderthanen hindisennt oder enent dem gebirg nitt wyter bekümberrnn noch ersuchenn. Ob aber demnach die küniglich Mayestat derselben person vmb Ir vordrung nitt abtrag täte, allsdann möcht der clagend teyll dieselb küniglich Mayestat vor den Scheydlüten vnnnd dem obman alls douor in dem artickell der Rechtuertigung vnnns beyd partheyen berürend erlütert ist, eruordernn vnnnd an dem ennd was Recht vnd billich erfollegen..."

(Staatsarchiv Freiburg)

Kapitel III

DIE FRANZÖSISCHE ZOLL- UND FINANZPOLITIK

GEGENÜBER DEN EIDG. KAUFLEUTEN

BIS ZUM TOD HEINRICHS II., 1559

Der Abschluß des Ewigen Friedens am 29. November 1516 hatte nicht nur den Kaufleuten der Eidgenossenschaft, sondern auch jenen der ihr zugewandten Orte aus dem Gebiet von Abt und Stadt St. Gallen, dem Wallis und der Stadt Mülhausen scheinbar die rechtlichen Grundlagen für ihre Handelsbeziehungen mit Frankreich geschaffen. Im Laufe der Zeit sollte sich jedoch erweisen, daß die allgemeine Fassung der für die Kaufleute so wichtigen Artikel V und IX viel Anlaß zu Auseinandersetzungen zwischen den Kaufleuten und dem französischen Fiskus geben sollte, da der Text derselben sich in verschiedener Weise auslegen ließ. Wohl waren die Handelsbeziehungen mit Frankreich, die sich in der Hauptsache in Lyon konzentrierten, bei Abschluß des Ewigen Friedens bereits bedeutend genug, um den Versuch zu unternehmen, dem König ein Patent abzuverlangen, in welchem die Rechte und Pflichten der eidg. Kaufleute genau fixiert waren, ebenso wie die Art und Höhe der Zölle, denen sie unterworfen wurden. Aus heutiger Sicht erscheint diese Unterlassung als ein schwerer Fehler, wobei aber unbekannt ist, ob Schritte in dieser Richtung während der Friedensverhandlungen unternommen wurden. Aus dem späteren Verhalten der französischen Könige, die sich stets weigerten, ein detailliertes Patent zu geben und sich immer auf allgemein gehaltene Bestimmungen beschränkten, ist zu schließen, daß ein derartiger Schritt auch bei Franz I. gescheitert wäre, wie auch kaum anzunehmen ist, daß die Kaufleute jener Zeit bereits die Entwicklung zur protektionistischen Handelspolitik voraussehen konnten.

Von den Kaufleuten der süddeutschen Handelsstädte läßt sich mit Sicherheit annehmen, daß sie bereits vor Erlaß der Edikte Ludwigs XI.

von 1462 und 1463, nach dem Besuch der Genfer Messe nach Lyon zum Besuch der dortigen Messe weiterzogen¹⁾. Von den eidg. Kaufleuten läßt sich dies nicht eindeutig bestimmen, zählen sie in den Urkunden doch noch oft zu den "alamans". Während der Verhandlungen von 1467 in Montluel versprach Ludwig XI. nichts zu unternehmen, bevor er nicht die Kaufleute der "nations", d.h. die Vertreter der in Lyon niedergelassenen ausländischen Kaufleute, angehört habe. Es gab zu jenem Zeitpunkt fünf solcher ausländischer Kolonien in Lyon, die der Florentiner, Luccesen, Mailänder, Genuesen und Deutschen²⁾. Auch für diese Zeit gibt es keinen Beweis dafür, daß die eidg. Kaufleute den "alamans" zugerechnet wurden, oder aber daß die Zahl der in Lyon domizilierten Eidgenossen noch zu gering war, um eine eigene "nation" zu bilden. Mit Sicherheit kann hingegen angenommen werden, daß um das Jahr 1484 die Lyoner Messen für die Eidgenossenschaft bereits große Bedeutung erlangt hatten. Aus den Protesten der Tagsatzung gegen die Verlegung der Messen von Lyon nach Bourges und Troyes läßt sich dies mit aller Deutlichkeit ablesen³⁾. Wenn auch der Tenor dieser Proteste überwiegend auf das Interesse der Eidgenossenschaft am Transitverkehr abgestimmt ist, läßt sich doch als ziemlich sicher annehmen, daß die eidg. Kaufleute nicht nur die Messen von Lyon regelmäßig besuchten, sondern daß bereits eine kleine Kolonie in der Stadt selbst existierte⁴⁾.

1) Vgl. Heyd, W.: a.a.O., S. 374:

"Zu denen, welche ihr Weg zuvörderst nach Genf und hierauf erst nach Lyon führte, gehören jedenfalls die Deutschen."

2) Vgl. Vigne, Marcel: a.a.O., S. 92

3) Vgl. Kapitel II, S. 43

4) EA III, Abt. 2, no. 84, e, Zürich, 10. März 1502

"Dem Philipp Fechter von St. Gallen, jetzt wohnhaft zu Lyon, welcher den Hans Aegri zu seinem Vollmachtsträger bestellt hat, ist gegen Othmar Peter von St. Gallen Tag gesetzt auf die Jahrrechnung zu Baden."

(Staatsarchiv Luzern, allgemeine Abschiede D, no. 114)

1. Die Messeprivilegien der Stadt Lyon

An dieser Stelle erscheint es wichtig, die Rechte und Pflichten der ausländischen, also auch der eidg. Kaufleute aufzuzeigen, die sie in ihrer Eigenschaft als Messebesucher bereits vor 1516, d.h. vor Abschluß des Ewigen Friedens, besaßen. Seit ihrer Gründung durch den Regenten Karl VII. am 9. Februar 1420 (n.St.) besaßen die Lyoner Messen große Privilegien. Der Regent hatte zwei Messen (foires franches) zu je sechs Tagen bewilligt und sie mit denselben Rechten ausgestattet wie diejenigen der Champagne, des Brie und des Lendit (Art. 3)⁵⁾. Damit sicherte der Regent zu:

1. "La paix des foires", d.h. er garantierte Friede und Sicherheit für die Kaufleute und ihre Waren für die Dauer der Messe. Mit dieser Garantie wurde der Gründungsakt einer Messe vervollständigt und beendet. Unter den Karolingern hatten die jeweiligen Herrscher diese Garantie gegeben, während sie in der späteren Zeit vom Territorialherrn übernommen wurde. Mit Beginn des 16. Jahrhunderts ging der Schutz des Messefriedens dann wieder an die Krone zurück.
2. "Le conduit des foires", d.h. Stellung von Begleit- und Reiseschutz für die Kaufleute und deren Waren auf dem Weg zur und von der Messe. Es war Brauch, daß die Kaufleute geschlossen von ihren Heimatorten oder bestimmten Sammelplätzen aus zur Messe zogen, unter dem Befehl eines selbstgewählten Führers. Auf ihrem Weg zur Messe folgten sie, von Soldaten begleitet, vorher genau festgelegten Straßen. Meistens schlossen sie mit den Territorialherren, deren Gebiete sie durchquerten, ein Abkommen, einen "conduit écrit", ab. Als die Krone stark genug geworden war, um sich Gehorsam zu verschaffen, stellte sie diesen "conduit écrit" oder "sauf-conduit" aus, gültig für alle Straßen des Königreichs; für den Weg über das Meer wurden die "lettres de sauveté" ausgegeben⁶⁾.

5) Vgl. Vigne: a.a.O., S.65

6) Vgl. Levasseur: Histoire du Commerce, a.a.O., Bd.I, S.84

Die durch Patent vom 6. August 1349 den Messen der Champagne und des Brie verliehenen Privilegien, die nach dem Willen Karls VII. auch die Lyoner Messen besaßen⁷⁾, erlaubten ausdrücklich das Zinsnehmen unter der Bedingung, daß der Zinssatz 15 % p.a. nicht überstiege (Art. 19); die Berechnung von Zinseszinsen war verboten (Art. 21). Ferner wurde die Messaufsicht, die "gardes des foires", konstituiert, der alle Kaufleute unterworfen waren und welche die richterliche Gewalt über sie ausübte (Art. 23-25). Nun waren aber alle Messen der Champagne und des Brie keine foires franches im absoluten Sinn des Wortes gewesen, da eine große Anzahl von Abgaben die Kaufleute auch während der Messezeit belastete. Noch wurden auch während der Messe Wegzölle, Ein- und Ausfuhrzölle sowie Gebühren für Maß und Gewicht erhoben⁸⁾. Der Rat der Stadt Lyon war nicht gewillt, diese Belastungen der Messebesucher mitzuübernehmen, sondern erbat sich vom Regenten das Privileg einer echten foire franche. Auf eine diesbezügliche Eingabe vom 29. Januar 1420 antwortete Karl VII. am 8. Februar des gleichen Jahres ablehnend⁹⁾.

Im Februar 1444 verließ der König der Stadt Lyon die Konzession für jährlich drei Messen zu je 15 Tagen. Die alten Privilegien wurden bestätigt, jedoch wurde der Artikel 2 durch die Bestimmung erweitert, daß alle ausländischen Münzsorten, wie auch ungemünztes ausländisches Gold und Silber, gültiges Zahlungsmittel sein konnten, daß alle während der Dauer der Messe zum wahren Kurs damit kaufen, verkaufen und handeln durften und "qu'ils puissent porter et rapporter sans fraude, dehors et dedans le Royaume, franchement et quitement durant le temps desdites foires seulement, lesdicts monnaies et toutes autres, or, argent monnayé ou à monayer sans pouvoir êtres saisis et arrêtés." Die Bedeutung dieser außerordentlichen Privilegien wurde noch dadurch erhöht, daß Ludwig XI. durch Edikt vom 8. März 1463 die Zahl der Messen auf jährlich vier erhöhte, deren jede 15 Tage dauern sollte¹⁰⁾. Wieder hatten, wie

7) Vgl. Laurière: a.a.O., Bd. II, S. 305

8) Vgl. Vigne: a.a.O., S. 66

9) Vgl. Guigue, M. C.: Registres consulaires de la ville de Lyon de 1416 à 1423, Lyon 1882, S. 222

10) Vgl. Isambert: a.a.O., S. 452

bereits 1444, alle Geldsorten, einschließlich der ausländischen, Kurs zu ihrem wahren Wert und konnten für die Dauer der Messe im gesamten Königreich frei ein- und ausgeführt werden (Art. 2). Alle Handelsgüter sollten für alle Zeiten während der Dauer der Messen von sämtlichen Steuern, Belastungen oder Abgaben befreit bleiben (Art. 3). Der Bailli von Mâcon oder sein Lieutenant wurden als "conservateur et gardien des foires" eingesetzt (Art. 4). Die ausländischen Kaufleute, "exceptez les Anglois noz ennemis anciens", durften sich für die Zeit zwischen den Messen in Lyon niederlassen und ihre Güter, Lebensmittel und Handelswaren frei im Königreich und der Dauphiné handeln (Art. 5). Jeder, mit Ausnahme der Engländer, durfte öffentliche Wechselgeschäfte für die Dauer der Messen tätigen (Art. 6). Da die Kaufleute dazu übergegangen waren, mit Wechseln, Rückwechseln und Zinsen (die beiden letzteren waren üblicherweise verboten) zu operieren, wurde jedem gestattet, für die Dauer der Messe anstelle von Bargeld Wechsel aus allen Ländern anzunehmen oder nach allen Ländern auszustellen (Art. 7)¹¹⁾. Den ausländischen Kaufleuten wurde weiter gestattet, testamentarisch frei über ihren in Frankreich befindlichen Besitz zu verfügen. Für den Fall, daß ein ausländischer Kaufmann ohne Testament starb, hatte sein Nachlaß entsprechend dem Erbrecht seines Heimatlandes behandelt zu werden, ohne daß seine Erben irgendwelche Erbschaftssteuern oder sonstige Abgaben in Frankreich zu entrichten hatten (Art. 9), womit für die ausländischen Kaufleute in Lyon das "droit d'Aubaine" aufgehoben war¹²⁾. Zum Schluß wurde nochmals festgestellt, daß alle Kaufleute, soweit sie die Lyoner Messen besuchten, im Genuß sämtlicher Privilegien waren, die sie durch den Besuch der Messen

11) Vgl. Levasseur: Histoire du Commerce, a. a. O., Bd. I, S. 133
Hier wurde zum ersten Mal der Wechsel (lettre de change) in einer königlichen Urkunde offiziell erwähnt.

12) Vgl. Esmain, A.: Histoire du droit français, Paris, 1895, S. 271
Das droit d'Aubaine gestattete der Krone, den Ausländer zu besteuern und im Sterbefall seinen Besitz einzuziehen.

der Champagne erworben hätten (Art. 10). Ab 1463 kann man die Lyoner Messen als "foires franches" in des Wortes eigentlicher Bedeutung bezeichnen, und der freie Geld- und Wechselverkehr machten dann auch die Stadt zu einem europäischen Finanzzentrum ersten Ranges. In Lyon konzentrierten sich flüssige Geldkapitalien, die hier eine Anlage suchten, und die französische Krone konnte sich ihrer durch ein hohes Zinsangebot ständig bedienen¹³⁾.

Seit 1463 waren sämtliche Messebesucher für die Dauer der Messe frei von allen Zöllen und Abgaben, und noch im gleichen Jahr wurde die Dauer der Abgabefreiheit für die süddeutschen Kaufleute um 10 Tage nach der Messe verlängert. Es gelang aber erst im November 1473 auf Drängen Berns eine Urkunde über die verlängerte Messfreiheit zu erhalten. Am 8. Mai 1499 erneuerte Ludwig XII.¹⁴⁾ und am 17. März 1514 Franz I. den eidg. Kaufleuten die 10-tägige Messfreiheit, während durch die Lettres Patentes vom 14. März 1515 den deutschen Kaufleuten die Messfreiheit um weitere fünf auf 15 Tage verlängert wird¹⁵⁾. Die Messfreiheit galt nicht nur für die Gebühren und Zölle, die die Stadt Lyon in eigener Regie erhob, sondern hatte im ganzen Königreich Gültigkeit, wie ja auch Frankreich bis 1540 keinerlei Einfuhrzoll kannte¹⁶⁾.

13) Vgl. Ehrenberg: a. a. O., Bd. II, S. 73

14) Vgl. Kapitel II, S. 39 Anmerkung 48 u. 49

15) Vgl. Vogel: a. a. O., S. 5

Lettres Patentes en forme de Chartre du Roy François I. du 14 Mars 1515 signées par le Roy, Robertot, & scellées à simple queue de cire jaune, contenant les Privilèges donnez par sa Majesté ausdits Marchands Allemands, pour raison des anciens Traitez, Alliances & Confederations faites entre lui & lesdites Villes Imperiales, comme principaux contrahents au Traité de Paix, faite par Sadite Majesté avec feu Charles Empereur des Romains, par lesquelles il est permis ausdits Marchands en tout temps, mesme de Guerre, (lequel sous le bon plaisir du Roy, on leur fera sçavoir un an devant pour se pourvoir) de trafiquer en France, avec toutes sortes de Marchandises non prohibées, francs & exempts de tous subsides, Taxes & nouveaux impôts, & avoir pour cela sûreté, saufconduit & protection de porter armes, avec clause de pourvoir trafiquer, entrer, sortir & lever leurs Marchandises quinze jours après les Foires de Lyon, avec pareille franchise que durant le temps de leur durée."

16) Vgl. Charléty, Sébastien: Le régime douanier de Lyon, Lyon 1902, S. 488

2. Die französischen Ausfuhrzölle

Seit Beginn des 14. Jahrhunderts sind in Frankreich Ausfuhrzölle bekannt. Durch ein Edikt vom 19. Mai 1321 bestätigte König Philipp le Long die Ordonnanzen von 1301 und 1318, welche die Ausfuhr von Tuchen (draps) verbot. Gleichzeitig erteilte er aber der königlichen Rechnungskammer die Vollmacht, gegen Bezahlung die Erlaubnis zum Export zu erteilen (faire la traite). Diese Exportlizenz wurde in der Folge "droit de haute passage" genannt. Am 13. Dezember 1324 stellte König Karl der Schöne die Exportfreiheit teilweise wieder her, indem gegen Bezahlung ad valorem bestimmte Waren ausgeführt werden durften, die z.B. bei Tuchen 4 deniers vom livre tournois und beim Wein 10 sous per Faß ausmachten. Diese Ausfuhrgebühren wurden "droit de rêve" genannt. Als 1369 König Johann sein Lösegeld zahlen mußte, genehmigten ihm die Generalstände eine Abgabe von 12 deniers vom livre tournois auf den Verkauf von Lebensmitteln und Waren in der Provinz Langue d'oil. Die gleiche Abgabe wurde auch auf alle Lebensmittel und Waren erhoben, die dieses Gebiet passierten in Richtung Languedoc und Deutschland oder in Provinzen, in denen diese Abgabe nicht erhoben wurde. Ausländische Waren, die im Transit durch die Langue d'oil gingen, zahlten 6 deniers vom livre tournois. Die Abgabe wurde am Abgangsort der Ware erhoben und "imposition foraine" genannt¹⁷⁾. Diesen drei Ausfuhrzöllen war gemeinsam, daß es sich bei ihnen um reine Wertzölle handelte, jedoch wurden sie nicht in allen Provinzen gleichmäßig erhoben, noch wurden sie auf alle Warengattungen angewendet. Trotzdem es sich um Wertzölle handelte, gab es keinen Warentarif, was die Festsetzung der Zollgebühren an den einzelnen Zollstellen außerordentlich verlängerte und die Kaufleute ausserdem der willkürlichen Schätzung der Zollbeamten aussetzte. Königliche Erlasse änderten zudem ständig den Zollsatz, so daß auf dem Gebiet der Ausfuhrzölle größte Unsicherheit herrschte. Jedoch scheint es, daß die Zollsätze mäßig angesetzt wurden und die Zollbeamten den Vorstellungen der

17) Vgl. Levasseur: Histoire du Commerce, a. a. O., Bd. I, S. 105 f.

Kaufleute zugänglich waren, denn aus der Zeit vor 1516 liegen keinerlei Beschwerden der eidg. Kaufleute über unangemessen hohe Zollforderungen vor.

Export- und Importhandel waren in jener Zeit im allgemeinen in einer Hand vereinigt, und wenn auch keine Angaben über die Exportgüter der eidg. Kaufleute vorliegen, da diese ja zollfrei waren, ist doch der Schluß naheliegend, daß es sich um dieselben Güter handelte, die sie früher auf die Messen von Genf gebracht hatten. Es waren dies hauptsächlich Käse sowie Leinwand, Wolltücher und Leder. Über die von Lyon aus Frankreich importierten Waren liegen genaue Angaben vor, es handelte sich hierbei um Seidenstoffe, Gewürze, feine Tuche aus Paris, Bourges, Poitou und Carcassonne, sowie um Etamin¹⁸⁾, Garne, Pergament und Federn, Zucker, Alaun, Messing, Kupfer, Blei und Metalle aller Art, weiter um Olivenöl, Feigen, Mandeln, Reis, Trauben, Orangen, Pfeffer und Glaswaren¹⁹⁾.

3. Die ersten öffentlichen Anleihen der französischen Krone

Die ersten Jahre nach Abschluß des Ewigen Friedens sahen die eidg. Kaufleute im ungeschmälernten Besitz ihrer Rechte und in großem Ansehen beim König, so daß sie es wagen konnten, für die Rechte anderer ausländischer Standesgenossen beim König einzutreten²⁰⁾.

18) Vgl. Glafey, Hugo: Textillexikon, Stuttgart und Berlin, 1937, S. 208. Etamin war ein dünner, glatter, sehr stark glänzender Futterstoff, aus Seide mit Wolle gemischt, und wurde hauptsächlich zur Herstellung von Priester- und Frauengewändern verwendet.

19) SASG, Faszikel X, Mappe 1, no. g
Die Aufzählung ist einem Urteil des Seneschall von Lyon vom 7. März 1552 entnommen.

20) EA III, Abt. 2, no. 699, p, Luzern, 3. März 1517

"Gemeiner Eidgenossen Boten zu Luzern versammelt schreiben an den Bastard von Savoyen, Gouverneur der Provence, er möchte sich beim König von Frankreich für die Rückerstattung von Wollwaren verwenden, welche im Jahre 1515 einer Kaufmannsgesellschaft von Ravensburg, bei welcher auch der luzernische Schultheiß Jakob von Hertenstein beteiligt gewesen, auf dem Meer weggenommen und
Fortsetzung S. 65

Um der Finanznot König Franz I. abzuhelfen, reisten seine Finanzberater 1522 nach Lyon, um bei den ausländischen Kaufleuten eine größere Anleihe aufzunehmen. "Dies war die erste Anleihe, welche vielleicht schon als Börsenanleihe zu charakterisieren ist; sie wurde, wie es scheint, nicht ohne Anwendung von Zwang durchgesetzt; wenigstens waren kurz vorher die Besitztümer der Florentiner auf Befehl des Königs beschlagnahmt worden"²¹⁾. Entgegen dieser Auffassung möchte ich annehmen, daß das Vorgehen des Königs darauf zurückzuführen ist, daß bei dem 1521 ausgebrochenen Krieg zwischen Franz I. und Kaiser Karl V. sich Papst Leo X. und Florenz mit dem Kaiser verbündet hatten. Meine Ansicht wird durch die Tatsache unterstützt, daß Anfang August 1521 der päpstliche Legat, Bischof von Verulam, der Kommissär Wilhelm de Falconibus und eine Gesandtschaft der Republik Florenz der Tagsatzung einen schriftlichen Antrag übergaben, In seinem Vortrag hatte der päpstliche Legat "noch weitere Klagen vorzubringen, wie z.B. ihre Kaufleute, ungeachtet des Bündnisses mit den Eidgenossen und des noch kürzlich erteilten Geleits, in Lyon verhaftet, ihre Bücher weggenommen, ihre Geschäfte geschlossen worden, er bitte um schleunigen Beistand, damit die Ihrigen wieder zum Genuß ihrer Freiheiten und ihres Vermögens gelangen, und verspreche für diese freundschaftliche Hilfe die bleibende Dankbarkeit des Papstes Leo."²²⁾ In der gleichen Angelegenheit richtete Papst Leo X. Mitte August ein Breve an die Eidgenossenschaft.²³⁾

Fortsetzung von Anm. 20)

zu Händen des Gouverneurs der Provence gekommen seien, da doch die Eidgenossen während der Kriege freien Durchgang und Wandel gestattet haben und auch einer der ihrigen...beteiligt sei."
(SAZ, Abschiede VII, no.139)

21) Vgl. Ehrenberg: a.a.O., Bd.II, S.83

22) EA IV, Abt.1a, no.35, e, Zürich, 5.August 1521
(SAZ, Abt.A, Papst)

23) EA IV, Abt.1a, no.37, Zürich, 17.August 1521

"Leo Papa X. Dilceti filij, salutem et apostolicam benedictionem.. Cum igitur Gallorum Rex nobis et Sedi Apostolicae bellum ante fecerit quam indixerit cumque innocentissimos hominis negotiatores Florentinos paulo ante in Lugdunensi mercatu omnes in custodiam habuerit, contra fidem regiam et communem mercatum securitatem..."

(SAZ, Abt.A, Papst)

Die Zeit der italienischen Feldzüge Franz' I. brachte Lyon zu hoher Blüte und machte es zum Mittelpunkt der politischen und finanziellen Beziehungen, sowie zum Werbe- und Sammelplatz der französischen Heere. Lyons Bedeutung lag zu jenem Zeitpunkt nicht mehr im Waren- sondern im Geld- und Wechselhandel²⁴⁾. Das hier auf dem Darlehenswege zusammenströmende europäische Kapital stand dem König zur Verfügung, und mit ihm wurden die Kriege finanziert, die ungeheure Kapitalien verschlangen, welche auf dem Weg der Zwangsanleihe von den Untertanen der Krone nicht mehr aufgebracht werden konnten. Bereits 1521 nahm Franz I. in Lyon Geld gegen Zinsen auf, und nachdem die königliche Finanzkammer ihre Scheu vor verzinslichen Anleihen verloren hatte, wurden in rascher Folge verzinsliche Börsenanleihen aufgenommen. Ab 1542 gehörten sie zu den normalen und regelmäßig angewandten Finanzmitteln der Krone. Der Zinssatz betrug für Inländer 10, für Ausländer 16 % p.a., und da ein pünktlicher Zinsendienst geleistet wurde und die Krone den Wünschen der verschiedenen Geldgeber willig nachkam, war immer genügend flüssiges Kapital auf dem Platz Lyon vorhanden. Am 31. März 1547 starb Franz I. und hinterließ bei den Lyoner Kaufleuten Schulden in Höhe einer halben Million Kronen (écus). Ab Dezember 1547 kam es unter seinem Nachfolger, Heinrich II., zu neuen riesigen Anleihen. Im Februar 1551 offerierte der König nur noch 12 % p.a., und nur für den Fall eines neuerlichen Kriegsausbruchs war er zu einer 16 %igen Verzinsung bereit. Durch Kronanleihen wurden die in Lyon führenden italienischen und deutschen Kaufleute in immer stärkerem Maße Gläubiger der Krone, ebenso wie die eidg. Kaufleute, die sich in größerem Maßstab an den Anleihen beteiligten. Eine treibende Kraft bei der Plazierung der Anleihen war der Nürnberger Hans Kleberg, der als Finanzagent der Krone in engsten Beziehungen zu den Kaufleuten der süddeutschen Reichsstädte und der Eidgenossenschaft stand. Kleberg selber hatte das Bürgerrecht von Bern erworben, eine Maßnahme, die

24) Vgl. Ehrenberg: a. a. O., Bd. II, S. 72 f.

viele deutsche Kaufleute ergriffen, um als neutrale Ausländer ihrem Handel während der Kriege zwischen dem Deutschen Kaiser und dem König von Frankreich ungestört nachgehen zu können. Auf die Person Hans Klebergs wird im Folgenden noch näher eingegangen werden.

Zur Ostermesse 1553 betrug die Schuld der französischen Krone gegenüber den Lyoner Kaufleuten 1'463'275 Kronen, die zu 4 % pro Messe oder 16 % p.a. zu verzinsen waren. Von diesem Betrag wurde fast die Hälfte, nämlich 714'425 Kronen den deutschen Kaufleuten geschuldet, wobei von dieser Summe 228'075 Kronen den eidg. Kaufleuten gehörten. Ein genaues Verzeichnis, wie die Schuldsumme sich im einzelnen zusammensetzt, befindet sich unter den Papieren des Paulus Behaim I. von Nürnberg. Als Bürger eines der XIII Orte werden in ihm folgende Kaufleute aufgeführt:²⁵⁾

<u>NAME</u>	<u>ORT</u>	<u>BETRAG IN ECUS</u> ²⁶⁾
Bernhard und Philipp Meuting ²⁷⁾	Bern	43'725
Wolfgang May ²⁷⁾	Bern	8'200
derselbe zu 3 %		5'800
Claudio May	Bern	5'000
Bartholomäus May	Bern	13'200
Benedikt Stocker	Schaffhausen	16'900
Michel Sayler ²⁷⁾	St. Gallen	6'500
Hans und Lucas Iselin	Basel	35'550
Lienhard Zollikofer	St. Gallen	7'000
Th. und Chr. Zollikofer	St. Gallen	12'950
Niclas Feld	Unterwalden	20'000
Nicolas und Francois Mair	Freiburg	10'900
Nic. Mair	Freiburg	2'500
Oswald Stiesser	Glarus	500
Martin Hochreutiner 3 %	o. Ortsangabe	2'650
Hans und Heinrich Baier	Schaffhausen	9'000
Hans Baier	Schaffhausen	23'000
Gabriel Fray	Basel	2'000
Jacob Cony	St. Gallen	2'700
Total		228'075

25) Die Aufstellung ist entnommen Ehrenberg, a. a. O., Bd. II, S. 99.

26) Vgl. Levasseur: Histoire des classes ouvrières, a. a. O., Bd. II, S. 65. Die Krone war eine Goldmünze zu ca. drei livres tournois. Ein livre aus den Jahren 1541-1572 hatte einen Verkehrswert von ca. 10.- Goldfranken, eine Krone (écu) ca. 30.- Goldfranken

27) s. Seite 68

Den deutschen Kaufleuten brachte der Umstand, daß sie die Hauptträger der Anleihen der französischen Krone waren, den Vorteil, daß sie ungeachtet des Kriegszustandes zwischen dem Reich und Frankreich unbelästigt im Genuß ihrer Privilegien blieben und ungestört von Lyon aus ihren Geschäften nachgehen konnten. Bereits 1515 war ihre Messfreiheit auf 15 Tage nach der Messe ausgedehnt worden, am 24. August 1543 erhielten sie durch Patent Franz I. die gleichen Rechte wie sie die eidg. Kaufleute aus dem Ewigen Frieden her besaßen²⁸⁾, und im Dezember 1547 bestätigte Heinrich II. den Reichsstädten Nürnberg, Augsburg und Ulm die von seinem Vater ihnen verliehenen Rechte²⁹⁾. Aus diesen Vorgängen läßt sich folgern, daß die Position der eidg. Kaufleute in Lyon und dem gesamten Königreich während der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts sehr stark gewesen sein muß. Ihre Rechte aus dem Ewigen Frieden wurden beachtet, so daß es den deutschen Kaufleuten erstrebenswert scheinen mußte, eine Stellung zu erlangen, die derjenigen der eidg. Kaufleute entsprach.

27) Ehrenberg, a. a. O., Bd. II, S. 99, glaubt, daß die May, Meuting und Sayler zu den süddeutschen Kaufleuten zu zählen sind, die formell das Bürgerrecht eines der XIII Orte erworben hatten. In Bezug auf die May und Sayler ist diese Annahme falsch. Die May waren ein angesehenes Berner Bankiergeschlecht, das um die Mitte des 15. Jh. aus Italien eingewandert war und ursprünglich Maggi hieß (Vgl. Feller, a. a. O., Bd. I, S. 452). Die Sayler werden bereits 1470 als Bürger von St. Gallen erwähnt.

28) Vgl. Vogel, a. a. O., S. 19:

"Autres Lettres de Sadite Majesté du Roy François Premier en forme de Chartre du mois d'Aoust signées par le Roy Bochetel, & scellées à simple queue de cire jaune, par lesquelles sur les nouveaux Droits qui commencerent à s'imposer, Sa Majesté donna aux Citoyens & Marchands desdites Villes Imperiales, pareilles immunités, Exemptions & Franchises, qu'avoient lors obtenus les Sieurs des Ligues de Suisse, lesquelles par leurs Traitez avec Sadite Majesté étoient exempts de toutes nouvelles impositions dès l'année 1516. 7. Aoust 1542"

29) SAZ, Mappe 147, no. 1, Dezember 1547, Vidimus der Urkunde: Den deutschen Kaufleuten erlaubt frei zu handeln und wandeln "tout ainsi que les marchans suisses".

Im Mai 1533 zog Franz I. mit seiner Familie in Lyon ein und erteilte bei dieser Gelegenheit der Stadt die Erlaubnis, eine Zollgebühr auf alle Waren zu erheben, die nach Lyon eingeführt wurden³⁰⁾, und zwar nach "gewichts des pfunds oder centners" 2 deniers, was wohl so zu verstehen ist, daß ein Gewichtszoll von 2 deniers, je nach Art der Ware, vom Pfund oder Zentner erhoben wurde³¹⁾. Ungeachtet ihrer Freiheiten wurden auch die eidg. Kaufleute zur Zahlung dieses Zolls herangezogen, und da Einsprüche dagegen in Lyon selber keinen Erfolg hatten, wandten sie sich an die Tagsatzung mit der Bitte, entsprechende Schritte beim König zu unternehmen. Am 1. Juli 1533 protestierte die Tagsatzung gegen die Zölle von Lyon, und bereits am 3. September schrieb der französische Gesandte "in Betreff des Zolls auf Kaufmannsgüter, welchen der König der Stadt Lyon bewilligt hat, die Eidgenossen seien darin nicht begriffen, und wenn ihnen schon etwas abgenommen worden, so soll es ihnen ohne Widerspruch zurück-erstattet werden"³²⁾.

4. Die Blockade der Handelsstraße nach Lyon durch Savoyen und das Eingreifen Berns

Der Übertritt Genfs zur reformierten Lehre brachte neue Streitigkeiten zwischen der Stadt und dem Herzog von Savoyen mit sich, zumal die Religionsfrage mit der Politik verknüpft wurde und zu einer endgültigen Lösung drängte. Am 20. März 1533 erklärte Bern, daß es

30) Vgl. Ruby: a.a.O., S. 366

31) EA IV, Abt. 1c, no. 77, gg, Baden, 28. Juli ff. 1533

Am Schluß des Freiburger Abschieds bemerkt der dortige Stadtschreiber: "Nota. Dero von St. Gallen anbringen der nügen insatzig halb, so der kunig nach sinem inryten zu Lyon beschehen denselben von Lyon gethan hat, also, dass si uf aller war, so hinin komt, gewichts des pfunds oder centners ii d. schlachen möchten, und was darum k. m. zugeschrieben ist, dass somlichs der vereinung und dem friden ungemäss ist, mit der anmutung, desselben ablegung zethun." (Kantonsarchiv Freiburg, Badische Abschiede, Bd. 13, S. 130)

32) EA IV, Abt. 1c, no. 37, h, Baden, 3. September 1533
(Staatsarchiv Luzern, allg. Abschiede, K 1, S. 92)

die Glaubenserneuerung Genfs in die Hand nehmen werde, und ein Jahr später fand der erste reformierte Gottesdienst in Genf öffentlich statt. Der Herzog erklärte hierauf, Genf habe den Frieden von St. Julien gebrochen, und zog mit 4000 Mann vor die Stadt. Diese Vorfälle und der Kleinkrieg um Genf störten empfindlich den Handel der Stadt und machten die Straßen nach Lyon unsicher. Die aus der Stadt verbannten Anhänger des Herzogs hatten in dem benachbarten Schloß Peney Zuflucht gefunden und führten einen erbitterten Kampf gegen ihre ehemaligen Mitbürger. Die vorbeiziehenden Kaufleute aus der Eidgenossenschaft wurden in diesem Kampf aus politischen Gründen geschont, aber die ausländischen Warenzüge wurden angehalten und geplündert. Anlässlich der Verhandlungen zwischen Bern und dem Herzog im November 1534 erklärte zwar der savoyische Gesandte Herr von Villarsel, der Herzog habe allen seinen Amtleuten um Genf befohlen, die Genfer sicher wandeln zu lassen, aber die Unsicherheit auf den Straßen blieb³³⁾. Anfang Juni 1535 beklagten sich die Vertreter Genfs vor der Tagsatzung über die Zustände auf Schloß Peney. Die Besatzung plünderte die Kaufleute, die auf dem Weg zur Messe nach Lyon waren, aus, setzte sie gefangen und ließ ihre Waren verderben. Als sie die Tagsatzung um Schutz anriefen, ergriff Bern das Wort und stellte den Antrag, "dass man den Herzog von Savoy anhalte, den Räubereien im Schloß Peney Einhalt zu tun; denn sonst würde bald niemand mehr sicher sein und den Eidgenossen an ihren Zöllen, Geleit und anderm grosser Verlust entstehen..."³⁴⁾. Alle Anstrengungen waren aber vergebens, der Herzog konnte oder wollte nicht die Straßenräuber im Schloß Peney entlassen und seinen Frieden

33) EA IV, Abt. 1c, no. 227, I, Bern, 6. November 1534
(Staatsarchiv Bern, Ratsbuch no. 250, S. 70)

Die Antwort des Rats auf den savoyischen Vortrag steht in französischer Sprache im Berner Instruktionsbuch C, S. 1. Hier wird insbesondere betont, der Herzog solle dafür sorgen, daß die Genfer sicher die gegenwärtige Messe in Lyon besuchen können, da sonst der ganzen Angelegenheit ein großes Hindernis bereitet würde.

34) EA IV, Abt. 1c, no. 287, g, Baden, 8. Juni 1535
(Staatsarchiv Luzern, allgemeine Abschiede K 2, S. 390)

mit Genf zu akzeptablen Bedingungen schließen. Ende August 1535 erschienen Claude Savoy und Ami Porral als Gesandte der Stadt Genf vor den Räten und Burgern in Bern und berichteten, "die zu Peney seien mit einem vom Herzog erhaltenen Brief den Bailli von Lyon angegangen, daß er die Genfer niederwerfe, was dieser aber nicht tun wollte..."³⁵⁾. Ein letztes Ultimatum Berns vom 30. November 1535 wurde vom Herzog nicht ernst genommen, als die Ereignisse in der großen Politik die Entscheidung herbeiführten. Am 1. November 1535 war Herzog Franz Sforza von Mailand gestorben und mit ihm erlosch das Geschlecht, so daß Kaiser Karl V. Mailand als erledigtes Reichslehen einziehen konnte. König Franz I. rüstete heimlich zu einem dritten Krieg um Mailand mit der Absicht, dieses dem Kaiser zu entreißen. Bei diesem Stand der Dinge knüpfte Genf Verhandlungen mit Frankreich an, da es von ihm Hilfe gegen den Herzog von Savoyen erwarten konnte, der mit dem Kaiser verbündet war. Die Antwort Franz I. an Genf ist nicht bekannt, es lief aber das Gerücht um, der König beabsichtige Genf seinem Reich anzugliedern. Da beschloß Bern, um der Absicht Franz I. auf Genf zuvorzukommen, am 27. Dezember 1535 den Krieg gegen Savoyen ohne Rücksicht auf Frankreich oder den Kaiser; mit dem einen war es verbündet und mit dem anderen mußte es Verwicklungen und Auseinandersetzungen erwarten, denn die Waadt war Reichsland und dem Herzog von Savoyen sowie dem Bischof von Genf verliehen. In einem beispiellosen Siegeslauf eroberten die Berner in knapp drei Wochen die Waadt, die bis zum Untergang der Republik Bern im Jahr 1798 bei ihr verbleiben sollte. Der Feldzug brachte den Genfern die ersehnte Ruhe und Sicherheit und öffnete wieder die altgewohnte Straße nach Lyon.

35) EA IV, Abt. 1c, no. 320, I, Bern, 28. August 1535
(Staatsarchiv Bern, Ratsbuch no. 252, S. 284), vgl. ebenso
EA IV, Abt. 1c, no. 335, Bern, 11. und 13. Oktober 1535
(Staatsarchiv Bern, Ratsbuch no. 253, S. 56)
EA IV, Abt. 1c, no. 343, Bern, 30. Oktober 1535
(Staatsarchiv Bern, Ratsbuch no. 253, S. 75)

5. Die Einführung des ersten protektionistischen Einfuhrzolls in
Frankreich, 1540

In Tours und Lyon hatte durch Vermittlung italienischer Kaufleute die Seidenindustrie Fuß gefaßt und zur Gründung von Manufakturen geführt³⁶⁾. Die aus Italien herbeigeholten Seidenarbeiter wurden durch ein Edikt von 1536 unter königlichen Schutz gestellt, wobei sie mit weitgehenden Privilegien ausgestattet wurden. Um die neue und junge Industrie zur Entwicklung zu bringen und sie gegen die Konkurrenz des Auslands zu schützen, erließ der König 1540 ein weiteres Edikt, mit welchem ein neuer Zoll eingeführt wurde, der sich bald zur sogenannten "Douane de Lyon" entwickeln sollte. Auf alle Gold-, Silber- und Seidenstoffe, sowie gebleichte und gefärbte Seide wurde ein Einfuhrzoll von 5 % des Wertes erhoben und die Importe aus Italien, Spanien und Avignon mußten über Lyon geleitet werden, um dort zur Verzollung zu gelangen. Dieser Zoll war ein echter Schutzzoll und bereits aus merkantilistischen Überlegungen geboren³⁷⁾. Die neue zollpolitische Maßnahme berührte die eidg. Kaufleute nicht, jedoch traf sie ein anderer Zoll, der gleichzeitig eingeführt wurde und zu Beschwerden seitens der Kaufleute führte, denn er belastete alle Ausfuhren gleichmäßig mit einem Satz von 5 % vom Wert der Ausfuhr-
güter. Die Kaufleute gelangten über die Tagsatzung an den König, der durch seinen Gesandten Boisrigault³⁸⁾ zunächst ausweichend antworten ließ, er, "der König wisse nichts von einer Neuerung, die bei dem Zoll zu Lyon eingeführt wäre...; er habe aber seinem Statthalter befohlen, darüber Nachfrage zu halten; die Eidgenossen mögen

36) Vgl. Sée, Henri: Französische Wirtschaftsgeschichte, Jena 1930, Bd.I, S.98. Die Seidenmanufaktur wurde von Turquetti aus Piemont und Nariz aus Genua in Frankreich eingeführt. Vgl. ebenso Ruby, a.a.O., S.369

37) Vgl. Charléty: a.a.O., S.489. Gold- und Silberstoffe zahlten 14 livres Zoll pro Pfund (pois de marc, 1 marc Silber = 245 g). Seidenstoffe zahlten 40 sols, Velour aus Genua 2, Satin aus Genua 3 écus, Taffet aus Genua 30 sols Zoll pro Ballen.

38) Louis Dagerant, Sieur de Boisrigault, ordentl. Gesandter, November 1522-Juli 1544

sich bei ihren Kaufleuten auch erkundigen und das Ergebnis dem König berichten; denn er sei entschlossen, wider die Traktate des Friedens keine Beschwerde einführen zu lassen."³⁹⁾ Ende August 1540 fanden in Baden Verhandlungen mit Frankreich wegen der neuen Zölle statt⁴⁰⁾, und am 4. September des gleichen Jahres schrieb Bern an Boisrigault, betreffs der neuen Zölle (empostes et gabelles) bitte man ihn dringend dafür zu sorgen, daß weder Bern noch seine Verbündeten von ihnen belästigt werden und daß in diesem und anderen Punkten dem Ewigen Frieden nachgekommen werde⁴¹⁾. Ende März 1541 klagten die Kaufleute immer noch über den Zoll, weshalb die Tagsatzung erneut an den König von Frankreich schrieb und ihn aufforderte, seinen Amtswaltern in Lyon zu verbieten, den neuen Zoll von den eidg. Kaufleuten zu fordern⁴²⁾. Erst Ende Juni überreichte der französische Gesandte die Antwort des Königs, der versicherte, er werde alles tun, um den Artikeln des Ewigen Friedens zu entsprechen. "Deshalb solle man den Kaufleuten eine lateinische Abschrift von dem rechten Original des Friedens mitgeben, damit sie solche den Beamten, die den Zoll einziehen, vorweisen können"⁴³⁾. Durch den Stadtschreiber von Freiburg wurde die geforderte Abschrift angefertigt und den Kaufleuten mit auf die nächste Messe von Lyon gegeben. Aber auch die Abschrift hatte nicht den gewünschten Erfolg, denn als sie den königlichen Zolleinnehmern in Lyon vorgewiesen wurde, weigerten sich diese, die Vorrechte der eidg. Kaufleute anzuerkennen und fuhren fort, den Zoll weiter zu erheben. Erneute Klagen bei der Tagsatzung, denen erneute Hinhalte durch den franzö-

39) EA IV, Abt. 1c, no. 735, n, Baden, 7. Juni 1540

(Staatsarchiv Bern, allg. eidg. Abschiede, Bd. JJ, S. 81)

40) EA IV, Abt. 1c, no. 745, ee, Baden, 23. August 1540

(Staatsarchiv Bern, allg. eidg. Abschiede, Bd. JJ, S. 151)

41) EA IV, Abt. 1c, no. 745, Baden, 23. August 1540

(Staatsarchiv Bern, Welsches Missivenbuch, Bd. B, S. 202)

42) EA IV, Abt. 1d, no. 10, Baden, 28. März 1541

(SAZ, Abschiede, Bd. 14, S. 230)

43) EA IV, Abt. 1d, no. 21, r, Baden, 27. Juni 1541

(SAZ, Abschiede, Bd. 14, S. 242)

sischen Gesandten folgten. Mitte Januar 1542 erklärten die Boten von St. Gallen, daß die Zollerhöhung in Lyon, entgegen dem Versprechen des französischen Gesandten, immer noch nicht aufgehoben worden sei und "die schwäbischen Kaufleute besser gehalten werden"⁴⁴⁾. In Lyon war es den Kaufleuten in der Zwischenzeit gelungen, durch Stellung von Bürgschaften die Zahlung des Zolls vorläufig zu vermeiden, jedoch waren diese Bürgschaften zur Ostermesse 1542 fällig und es ging ihnen nun darum, eine schnelle Entscheidung durch Franz I. zu erhalten. Im März 1542 ließ der König durch Boisrigault erklären, bei der Zollerneuerung in Lyon handle es sich wahrscheinlich um ein Mißverständnis. Er habe daher seinen Amtsleuten befohlen, sich genau nach den Zöllen zu erkundigen und für den Fall, daß die Zollbeamten mehr gefordert hätten als früher, auch "die Bürgen ledig zu lassen"⁴⁵⁾. Auf der Tagsatzung im April 1542 ließ Franz I. erklären, er habe keinen neuen Zoll eingeführt, sondern dieser bestehe schon seit langem, wenn er auch seit einigen Jahren nicht mehr erhoben worden sei. Der König war daher der Ansicht, die eidg. Kaufleute sollten diesen Zoll zahlen. Es gelang aber schließlich doch den XIII Orten, die Aufhebung des Zolls durchzusetzen, wie auch der gekündigte Geleitschutz in Frankreich wieder hergestellt wurde⁴⁶⁾.

44) EA IV, Abt. 1d, no. 53, s, Rapperswil, 16. Januar 1542
(SAZ, Abschiede, Bd. 15, S. 2)

45) EA IV, Abt. 1d, no. 71, e, Baden, 20. März 1542
(SAZ, Abschiede, Bd. 15, S. 24)

46) EA IV, Abt. 1d, no. 74, q, Baden, 17. April 1542
(SAZ, Abschiede, Bd. 15, S. 41) ebenso
Brief der XIII Orte an Burgermeister und Rat der Stadt St. Gallen
vom 22. Juni 1542
(SASG, Faszikel XXII, Mappe 33, no. 9)

6. Die erste Revision des französischen Zolltarifs, 1540 bis 1543

Kaum war dieser Zwischenfall beigelegt, gab es Anlaß zu neuem Streit. Die Höhe der imposition foraine, der rêve und der haute-passage war bisher der Schätzung der Zollbeamten überlassen worden, die sie erhoben. Diese Art der Zollerhebung hatte zu Unterschlagungen und Mißständen geführt, so daß sich Franz I. 1540 entschloß, einen einheitlichen Tarif festzusetzen, der für das gesamte Königreich Gültigkeit haben sollte. Der neue "tarif modéré", der in den Jahren 1541 bis 1543 vervollständigt wurde, vereinfachte die Zollformalitäten, indem er die drei Zölle (imposition foraine, rêve und haute-passage) durch ein und dasselbe Büro erheben ließ. Anläßlich dieser "appréciation générale des marchandises" wurde die imposition foraine für alle Lebensmittel und Waren, die aus dem Gebiet der "cinq grosses fermes" ausgeführt wurden, mit 5 % vom Warenwert festgesetzt. Für die anderen Provinzen des Königreichs und für den Export in das Ausland betrugen die Gebühren der rêve und der haute-passage vier bis sieben deniers vom livre, doch konnte auch jetzt noch nicht von einer Vereinheitlichung der Tarife die Rede sein⁴⁷⁾. In der Champagne z. B. wurden die drei Zölle immer noch einzeln eingezogen; in der Picardie und Normandie wurde lediglich die haute-passage erhoben⁴⁸⁾.

Zeitlich mit dem Erlaß des tarif modéré fiel der Ausbruch des Krieges zwischen Franz I. und Karl V. zusammen, so daß versucht wurde, den Gegner auch wirtschaftlich soviel als möglich zu schädigen. Die Vorrechte der eidg. Kaufleute waren zwar für Lyon von besonderer

47) Vgl. Séé: a. a. O., S. 66 und 135.

Die 5 großen Pachtbezirke (cinq grosses fermes) umfaßten die Normandie, Isle de France, Maine, Anjou, Poitou, Aunis, Perche, Berry, Nivernais, Bourbonnais, Burgund, Beaujolais, Touraine, Champagne und Picardie. Es waren jene Gebiete, die die Akzise (aides) zu entrichten hatte, die ein Achtel oder ein Viertel vom Verkaufspreis von Getränken und ein Zwanzigstel von verschiedenen Waren, wie Vieh, Fische und Tuche, betrug.

48) Vgl. Levasseur: Histoire du Commerce, a. a. O., Bd. I, S. 196

Bedeutung, besaßen aber für das Gebiet des gesamten Königreichs Gültigkeit. Dies war wesentlich für den eidg. Handel mit Spanien, da der Warenweg im Transit über Toulouse durch Frankreich führte. Nach Spanien wurde in erster Linie Leinwand ausgeführt und dafür hauptsächlich Safran, der zum Färben benötigt wurde, zurückgebracht. Im Zuge der wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen wurde nun in Frankreich das freie Geleit für nach Spanien bestimmte Waren aufgehoben. Die eidg. Kaufleute konnten für sich und ihre Waren zwar eine Ausnahme von dieser Anordnung erwirken, doch wurden ihre Waren, entsprechend der neuen Zollordnung, in Toulouse mit einem Transitzoll von 5 % belegt. Mit Briefen vom 22. Juni 1542 sowie 29. März 1543 protestierte die Tagsatzung gegen die neuerliche Verletzung der Artikel des Ewigen Friedens und ersuchte den König, "er möge die Kaufleute der Eidgenossen mit ihren redlichen Kaufmannsgütern in und aus seinem Reich, es sei nach Spanien oder anderswohin handeln und wandeln lassen wie bisher; sie werden sich weder am Kriege, noch an anderen Dingen, die dem König zuwider sein möchten, beteiligen"⁴⁹⁾. Das Schreiben vom März 1543 erinnerte den König daran, wie er die Kaufleute von der Zollerneuerung in Lyon befreit habe, und bat ihn, das gleiche in Toulouse zu veranlassen⁵⁰⁾. Am 15. Mai 1543 antwortete Franz I., er könne dem Gesuch der XIII Orte nicht entsprechen, denn er wolle nicht zulassen, "daß die Kaufleute aus der Eidgenossenschaft an die Grenze von Frankreich gegen Spanien kommen und zum Nachteil des ersteren und zum Vorteil von dessen Feinden von den aufgestellten Zöllen befreit werden. Der König bitte daher die Eidgenossen, dieses unbillige Begehren fallen zu lassen"⁵¹⁾.

49) EA IV, Abt. 1d, no. 74

Brief der XIII Orte an Burgermeister und Rat der Stadt St. Gallen, 22. Juni 1542, ebenso

SASG, Faszikel XXII, Mappe 33, no. 9

50) EA IV, Abt. 1d, no. 197

Brief der XIII Orte an den König von Frankreich, Baden, 29. März 1543, ebenso

SASG, Faszikel XXII, Mappe 33, no. 2

51) EA IV, Abt. 1d, no. 197

Brief Franz I. an die Eidgenossen, St. Germain en Laye, 15. Mai 1543 ebenso SASG, Faszikel XXII, Mappe 33, no. 1.

Die Tagsatzung beugte sich dann auch den Argumenten des Königs, wohl in der Annahme, daß der Zoll nur für die Dauer des Krieges bestehen bleiben sollte und bei Friedensschluß aufgehoben werde; er mußte aber bis zum Jahr 1555 gezahlt werden⁵²⁾.

Seit 1544 erhob die Douane von Lyon, die ursprünglich nur für Seide sowie gold- und silbergewirkte Stoffe gedacht gewesen war, auch auf alle anderen französischen und ausländischen Waren, die nach Lyon kamen, einen neuen Zoll. Diese neue Zollabgabe betrug 6 deniers oder 2,5 % vom Warenwert. Neu an dieser Gebühr war überdies, daß sie auch während der eigentlichen Messezeit sowie für die Tage der Messfreiheit zu zahlen war, was einen eindeutigen Eingriff in die Messprivilegien der Stadt Lyon darstellte und eine Beschränkung der foires franches bedeutete. Anscheinend nahm Lyon die Beschneidung seiner Privilegien ruhig hin, da der Rat der Stadt sich aus seinem Recht, die neuen Zölle einzuziehen, größere Vorteile versprach. Sicher ist, daß Franz I. sich eine neue Einnahmequelle erschließen mußte, denn der Krieg gegen den Kaiser erforderte immer größere Mittel, und gerade um diese Zeit versuchte er wieder eine größere Anleihe in Lyon aufzunehmen⁵³⁾. So ist auch die Aufkündigung des Geleitschutzes für die eidg. Kaufleute als ein Mittel anzusehen, die ausländischen Kaufleute den Wünschen des Königs in Bezug auf die gesuchte Anleihe gefügiger zu machen. Die deutschen Kaufleute gaben nach, anders die eidgenössischen. Diese wandten sich an den Rat der Stadt Zürich, der für sie bei den Konsuln⁵⁴⁾ und dem königlichen Statthalter von Lyon Protest einlegte. Lyon antwortete, daß es sich um eine allgemeine Abgabe zum Ausbau der Stadtbefestigung handle, die vom König ausdrücklich für diesen Zweck auferlegt worden sei, ... "qui est ung subside general sur tous

52) SASG, Ratsprotokolle der Stadt St. Gallen, 26. September und 24. Oktober 1555

53) Vgl. Ehrenberg: a. a. O., Bd. II, S. 88

54) Die oberste Stadtbehörde setzte sich aus zwölf Konsuln (Echevins) zusammen

les subjectz et aultres previlligiez et non previlligiez." Immerhin entschied die oberste Stadtbehörde aber dahingehend, daß den eidg. Kaufleuten eine Frist bis zum Januar 1545 einzuräumen sei, bis zu welchem Zeitpunkt sie einen Entscheid des Königs in dieser Sache herbeiführen sollten⁵⁵⁾. Wieder mußte die Beschwerde der Kaufleute der Tagsatzung vorgelegt werden, wobei sich dieses Mal St. Gallen zum Wortführer der Kaufleute machte und auf Befehl des Kleinen Rats Jakob Krumm und Martin Hux nach Baden sandte⁵⁶⁾. Diese trugen am 10. November 1544 in Baden der Tagsatzung die Beschwerden der Kaufleute vor, welche am 15. November im Namen der XIII Orte an den König schrieb und darlegte, daß "das neue Subsidium oder Zoll wegen des Baues der Stadt Lyon" im Widerspruch zu den Artikeln des Ewigen Friedens stehe, weshalb man den König bitte, die fragliche Beschwerde abzustellen⁵⁷⁾. Bereits am 14. Dezember 1544 konnte der Agent der französischen Krone, Vogt Wunderlich von Neuenburg, der Tagsatzung die Antwort des Königs vorlegen. Dieser schrieb "des lyoner Zolls halb, wo 2 ein Halb vom Hundert gefordert werden, wäre zu bemerken, "es sig ein gmeine sach und niemand gesündert"; nachdem aber der König den Traktat des Friedens vernimmt, habe er sofort Befehl gegeben, die eidg. Kaufleute jenes Zolls zu erlassen."⁵⁸⁾ Es konnte in diesem Fall Franz I. nicht schwer gefallen sein, dem Wunsch der Tagsatzung zu entsprechen, denn die Abgabe, die in Lyon zu seinen Gunsten eingezogen wurde, diente lediglich dazu, eine Schuld des Königs an die Stadt zu tilgen; nach erfolgter Tilgung wäre sie sowieso aufgehoben worden⁵⁹⁾. Was die Tagsatzung aber nicht erreichte, war, daß Franz I. ihrem Wunsch ent-

55) SAZ, Frankreich A, Mappe 225/2 (1541-1573), no. 18 vom 2. September 1544 und no. 19 vom 27. Oktober 1544

56) SASG, Ratsprotokoll der Stadt St. Gallen, 4. November 1544

57) EA IV, Abt. 1d, no. 197, b, Baden, 10. November 1544 (SAZ, Abschiede, Bd. 16, S. 95), ebenso

SASG, Faszikel XXII, Mappe 35, ohne no.

Schreiben der XIII Orte an Franz I., Baden, 13. November 1544

58) EA IV, Abt. 1d, no. 204, e, Baden, 14. Dezember 1544

(SAZ, Abschiede, Bd. 16, S. 106)

59) Vgl. Ruby: a. a. O., S. 403

sprechend Brief und Siegel auf das Versprechen gab, die eidg. Kaufleute in Zukunft mit allen Neuerungen zu verschonen. Zwar ist etwa 10 Jahre später anlässlich der Gesandtschaft Jakob Rainbergs an den französischen Hof (1552/53) von den "besiegelten Testimonien" von 1542 die Rede, (... wie alles seit König Franzens Zeiten ergangen und wie schon dieser König die Amtleute in Lyon angewiesen habe, seinen Entscheid zu Gunsten der Eidgenossen von 1542 in ihre Bücher eintragen "und uns darüber Acta zu geben, damit man nit mer hin und wider Costen triben muste, wann solicher Span mer keme". Das haben die eidg. Kaufleute den Amtleuten zu Lyon bei den neulichen Anständen vorgehalten. "Hat aber nüt helfen mögen; dann sy vermaint, wir habend den Houptbrief verloren, als dann war was..."⁶⁰⁾. Das betreffende Patent konnte also schon 10 Jahre nach seiner (angeblichen) Verleihung nicht mehr vorgelegt werden, trotzdem es ausgeschlossen erscheinen muß, daß ein königliches Patent von solcher Bedeutung verloren gehen konnte. Die Annahme ist naheliegend, daß es ein von Franz I. verliehenes Patent aus dem Jahre 1542, betreffend die Handelsfreiheiten der eidg. Kaufleute, nie gegeben hat, denn sonst würde es ohne Zweifel im Patent Heinrichs II. vom 8. März 1551 Erwähnung finden. Wahrscheinlich ist mit den "besiegelten Testimonien" von 1542 eine Bescheinigung gemeint, welche die Stadt Lyon im November 1541 den eidg. Kaufleuten ausstellte und in der sie ihnen ihre volle Zollfreiheit für die Dauer der Messen bestätigte⁶¹⁾.

60) Vgl. Wartmann, Heinrich: Eine kaufmännische Gesandtschaft nach Paris 1552-1553, Jakob Rainsberg Tagebuch, St.Gallen, 1904, S.9.

61) SAZ, Mappe 149 (1481-1599), no.42
Zertifikat der Stadt Lyon betreffend die Privilegien der eidg. Kaufleute, November 1541

7. Die Tätigkeit Hans Klebergs in Lyon und sein Einfluß auf die französischen Kronanleihen

Die enge Verbundenheit, die in jener Zeit zwischen den süddeutschen und eidg. Kaufleuten am Platz Lyon sowie zwischen den süddeutschen Reichsstädten und den Orten der Eidgenossenschaft herrschte, beweisen die gemeinsamen Bemühungen um die Vollstreckung des Testaments von Hans Kleberg, "des guten Deutschen". Kleberg entstammte einer nichtpatrizischen Nürnberger Familie namens Scheuenpflug, denn erst Klebergs Vater scheint diesen Namen angenommen zu haben. Im Dienst des Handelshauses Imhof kam Kleberg früh nach Lyon und wurde 1521 Bürger von Bern, um während des damaligen Krieges zwischen dem Reich und Frankreich ungestört seinen Geschäften nachgehen zu können. Er trat in den politischen und finanziellen Dienst der französischen Krone, denn bereits 1524 wurde er beschuldigt, zwei Personen denunziert zu haben. Seit 1526 am französischen Hof, mahnte Bern schon 1527 Franz I. in energischem Ton, seine Schulden in Höhe von 18'187 Goldkronen an Kleberg zu begleichen. Er entwickelte eine außerordentlich rege Tätigkeit unter den deutschen Kaufleuten in Lyon, die er in seiner Eigenschaft als Agent der Krone zur Gewährung von Anleihen an Franz I. überredete. Sein Einfluß war groß, und durch geschicktes Ausnutzen seiner Beziehungen war er es, der ab 1543 in immer steigendem Maß die deutschen und wohl auch die eidg. Kaufleute veranlaßte, dem König große Darlehen zu gewähren. Auf Grund seiner Verdienste wurde er Bürger von Lyon und zum "valet de chambre ordinaire du Roy" ernannt. Seine eigenen hohen Gewinne aus den Transaktionen legte er in Landbesitz und herrschaftlichen Gütern an, auf denen ihm der König die Ausübung der eigenen Gerichtsbarkeit verlieh, wodurch er ein "noble homme" wurde und zum Adel gehörte. Bei eigenem einfachem Lebensstandard erwies er den Armen große Wohltätigkeit, die ihm den Beinamen "der gute Deutsche" eintrug; sein Denkmal steht heute noch in Lyon am Quai Pierre-Scize.

Kleberg stand zeit seines Lebens den patrizischen Kaufmannsfamilien seiner alten Heimatstadt Nürnberg feindlich gegenüber, wohingegen er zu den anderen süddeutschen Handelsstädten und zu den Städten der XIII Orte freundschaftliche Beziehungen unterhielt. "Hans Cleberger, zubenannt der gute Deutsche, Herr zu Champ bei Lyon, von Villeneuve, von Chartelard und Chavaignieux en Dombes, Burger zu Bern und Lyon, ordentlicher Diener der Kammer des Königs, sesshaft zu Lyon, errichtet unterm 25. August 1546 ein weitläufiges Testament, worin unter vielen anderen Bedingungen für den Fall, daß sein Sohn David oder dessen Nachkommen ohne Leibeserben sterben sollten, die Städte Bern, Zürich, Augsburg, Ulm und Straßburg zu gleichen Teilen als Erben von Hans Clebergers Gütern und allen Vermögen, soweit über dasselbe nicht anderwärtig verfügt ist, eingesetzt werden. In demselben Testament werden die betreffenden Vögte bezeichnet und wird bestimmt, daß dieselben vor des Testators Herren zu Bern Rechnung abzulegen haben. Bereits unterm 6. Oktober 1547 verhandeln Abgeordnete der Städte Straßburg, Augsburg und Ulm zu Augsburg infolge eines von Bern ausgegangenen Schreibens betreffend die Weigerung der bestimmten Vögte, die Tutel zu übernehmen oder fortzuführen, und beschließen Mitteilung ihrer Verhandlung an Zürich und Bern."⁶²⁾ Im Januar 1548 beschließen die Städte Straßburg, Augsburg und Ulm, daß Abgeordnete von Bern und Zürich auf Kosten der fünf Städte "nach Lyon gehen, daselbst einen frommen deutschen Mann dem Knaben und dem Gut als Vogt bestimmen, damit nichts veruntreut werde. Die Städte Straßburg, Augsburg und Ulm sind nämlich der Meinung, daß Zürich und Bern in Frankreich willfähriger aufgenommen werden als sie und bessern Erfolg erreichen."⁶³⁾ Im März des gleichen Jahres wurden dann entsprechend dem Willen

62) EA IV, Abt. 1d, no. 409, qq, Baden, 22. November 1547, ebenso SAZ, Frankreich, A 225, 2 no. 35

Kopie von Klebergs Testament in deutscher und französischer Sprache, 25. August 1546

63) EA IV, Abt. 1d, no. 416, pp, Baden, 23. Januar 1548

des Erblässers, Georg Wickmann, Burger von Ulm, und Kleebergs Stiefsohn, als Vögte für den jungen David Kleberg eingesetzt⁶⁴⁾. Es scheint aber, daß der junge David heranwuchs und selber Nachkommen hinterließ, so daß die Erbschaftsangelegenheit ohne Folgen für die begünstigten Städte blieb⁶⁵⁾. Wesentlich an dieser Episode ist die enge Verbundenheit, die sich zwischen den Kaufleuten der süddeutschen Städte und der XIII Orte zeigt. Sie bildeten gemeinsam eine freie Standesorganisation, die "nation allemande", während die italienischen Kaufleute vier nations bildeten, streng nach ihrer Herkunft aus den einzelnen Stadtstaaten getrennt⁶⁶⁾. Erst viel später traten die eidg. Kaufleute als "nation suisse" auf und bis in das 17. Jahrhundert trugen die an sie gerichteten Briefe noch oft den Vermerk "marchand allemand".

8. Der erste Versuch der eidg. Kaufleute, ein detailliertes Patent zu erhalten, 1547

Nach Franz I. Tod am 31. März 1547 hatte sein Sohn als Heinrich II. die Thronfolge angetreten. Der neue König setzte den Krieg seines Vaters gegen Karl V. fort, und um sich der eidg. Söldner zu versichern, betrieb er eifrig die Erneuerung der Sold- und Pensionenverträge. Hatte Franz I. bereits eine ungeheure Schuldenlast hinterlassen, so sollte sie unter seinem Sohn lawinenartig anschwellen. Die drückende Finanznot veranlaßte den König nicht nur zur Aufnahme immer neuer Anleihen, sondern auch zur Einführung immer neuer Steuerarten. Unter seiner Regierung mehrten sich die Klagen der eidg. Kaufleute dermaßen, daß die Tagsatzung sich entschloß, eine

64) EA IV, Abt. 1d, no. 423, hh, Baden, 12. März 1548
(SAZ, Abschiede, Bd. 17, S. 159)

65) Zu den Ausführungen über Hans Kleberg vgl. Ehrenberg, Richard: Hans Kleberg "der gute Deutsche", Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg, Nürnberg 1893

66) Vgl. Vigne: a.a.O., S. 94.

rein kaufmännische Gesandtschaft an den französischen Hof abzuordnen. Die Zwangslage des Königs hätte der Tagsatzung Gelegenheit geboten, die von den Kaufleuten immer wieder geforderten detaillierten Patente über ihre Handelsfreiheiten zu verlangen und zu erhalten, um diese an die Stelle der zu allgemein abgefaßten Artikel des Ewigen Friedens zu setzen. Der Ort. St. Gallen erkannte die Gunst der Stunde und machte sich auf der Tagsatzung vom April 1549 zum Fürsprecher der Kaufleute. Den Boten der XIII Orte wurde ein Schreiben überreicht, das in zwei Artikeln die Forderungen "der in Frankreich Handel treibenden Kaufleute gemeiner Eidgenossen" darlegte⁶⁷⁾. Im Juni 1549 verabschiedete die Tagsatzung in Solothurn den Text der neuen Vereinung, deren Artikel XVI und XVII aber den Wünschen der Kaufleute nicht Rechnung trugen, sondern wie im Ewigen Frieden ihre Rechte in Frankreich nur in allgemeiner Form umrissen⁶⁸⁾. Anscheinend hatte man aber doch an der Tagsatzung erkannt, daß der Text der beiden Artikel zu ungenügend war, um die Kaufleute vor neuen Zöllen und Abgaben zu schützen, denn der Schultheiß von Luzern, der den Auftrag hatte, das Vertragswerk nach Compiègne zur Ratifizierung durch den König zu bringen, erhielt Befehl, mündlich mit Heinrich II. über die Vorrechte der eidg. Kaufleute zu verhandeln⁶⁹⁾. Der König zeigte scheinbar großes Verständnis für

67) EA IV, Abt. 1e, no. 22. q, Solothurn, 4. April 1549

Text s. Anhang I, S. 106

68) EA IV, Abt. 1e, Beilage no. 1, Solothurn, 7. Juni 1549

Text s. Anhang II, S. 108

69) EA IV, Abt. 1e, no. 75, Compiègne, 12. Oktober 1549

Verhandlungen zwischen den Gesandten von Luzern, Uri, Zug, Schwyz, Unterwalden, Glarus, Basel, Freiburg, Solothurn, Appenzell und Schaffhausen; ferner von Abt und Stadt St. Gallen, den III Bünden, Wallis und Mühlhausen mit dem König von Frankreich... III. "Gemeiner Eidgenossen boten instruction by dem konig als die vereinung besigelt, zehanden, ist also usgricht samptags vor st. Gallen tag (12. Oktober 1549). Sie geht dahin... 3. Die Gesandten sollen den König bitten, den eidg. Kaufleuten die weitem 5 Tage nach jeder Messe zu Lyon, wie andern deutschen Kaufleuten, die nicht in der Vereinung sind, auch frei zu lassen, da sie sonst glauben, von den anderen Kaufleuten verachtet zu werden. 4. Der König soll angegangen werden, den Kaufleuten zu bewilligen, in seinen Städten und Landen ihre Gewehre

Fortsetzung S. 84

das Anliegen der Kaufleute und versicherte sie seines Wohlwollens, aber ein detailliertes Patent war von ihm nicht zu erhalten, denn nachdem die Soldverträge zwischen Frankreich und der Eidgenossenschaft erneuert worden waren, hatte diese kein Druckmittel mehr gegen den König in der Hand, und Heinrich konnte sich leicht erlauben, die eidg. Gesandten mit vagen Versprechungen abzuspeisen. Nicht zufrieden mit den mündlichen Zusagen des Königs, die der Schultheiß von Luzern aus Compiègne mitgebracht hatte, ordnete St. Gallen im September 1549 Leonhard Keller als seinen Gesandten an Heinrich II. ab. Kellers Auftrag bestand darin, für einige St. Galler Handelshäuser volle Freiheit des Handels in und des Transithandels durch Frankreich anzustreben. Dem tatkräftigen Eintreten Kellers war es dann auch zu verdanken, daß der Herrscher den Wünschen der St. Galler Kaufleute nachkam und ihnen am 11. November 1549 ein Patent ausstellte, das allen ihren Wünschen entsprach und die Abgaben und Zölle auf die der im Ewigen Frieden festgelegten beschränkte⁷⁰⁾. Die Kaufleute der übrigen eidg. Stände erfreuten sich nicht dieser tatkräftigen Unterstützung durch ihre Obrigkeit, wodurch sie der willkürlichen Interpretation des Vertrags von 1549 durch die französischen Behörden viel stärker ausgesetzt waren.

Sehr bald schon zeigte sich, welche Folgen es für die eidg. Kaufmannschaft haben sollte, daß es die Eidgenossenschaft versäumt hatte, im Vertrag vom 12. Oktober 1549 die Vorrechte ihrer Kaufleute in den Artikeln XVI und XVII genau zu präzisieren. Bereits im Juni 1550 klagten die Gesandten Basels vor der Tagsatzung wegen der 15 Tage Messfreiheit und über neue Zölle zu Lyon und berichteten, sie hätten dem König "ernstlich geschrieben, daß er solche abstelle und die

Fortsetzung von Anm. 69):

zu tragen und daß sie nicht mehr unter den Porten untersucht werden, gemäß dem Frieden und der Vereinung.

(Staatsarchiv Luzern, Akten Frankreich, Bünde)

70) EA IV, Abt. 1e, no. 75

Lettres Patentes vom 11. November 1549,

Text s. Anhang III, S. 109

Eidgenossen bei der neu aufgerichteten Vereinigung bleiben lasse"⁷¹⁾. Durch seinen Gesandten de la Marcheferrière⁷²⁾ ließ Heinrich II. der Tagsatzung im September und November 1551 ausweichend antworten⁷³⁾. Inzwischen häuften sich die Beschwerden, denn zu dem bereits erwähnten Transitzoll von Toulouse, der in Höhe von 5 % des Warenwerts erhoben wurde, trat ein neuer Ausfuhrzoll auf die gleichen Waren, der in Lyon in Höhe von 4 % zu zahlen war, so daß sich die Transitgebühren auf insgesamt 9 % vom Warenwert beliefen⁷⁴⁾. Hinzu kam, daß die Stadt Lyon seit der Ostermesse 1551 wieder eine Abgabe von 2,5% vom Wert der Waren forderte, die in die Stadt gebracht wurde, denn in seiner Geldknappheit hatte Heinrich II. der Stadt eine Schatzung auferlegt, ihr aber gleichzeitig gestattet, die neue Abgabe von 2,5 % auf alle Waren einzuziehen, in Anlehnung an die 1544 vorübergehend bezogene "Douane de Lyon"⁷⁵⁾. Da der König auf alle Proteste der Tagsatzung zögernd und unbestimmt antwortete, gleichzeitig aber auch Differenzen wegen der Sold- und Pensionenzahlungen mit ihm entstanden, wurde beschlossen, den Venner Anton Tillier von Bern an den Hof zu senden, um direkt mit dem König zu verhandeln⁷⁶⁾. Anfang März 1552 trug Tillier Heinrich II. vor, daß die deutschen Kaufleute, welche die Messen von Lyon besuchten, "nach jeder Messe 15 Tage frei haben, um ihre Kaufmannswaren fortzuziehen, während die eidg. Kaufleute nur 10 freie Tage haben und somit ungleich behandelt werden"⁷⁷⁾. Am 8. März 1552

71) EA IV, Abt. 1e, no. 163, hh, Baden, 17. Juni 1550

(SAZ, Abschiede, Bd. 18, S. 81)

72) Antoine Morelet de Museau, Seigneur de la Marcheferrière, ordentl. Gesandter, Februar 1550 bis Oktober 1552

73) EA IV, Abt. 1e, no. 186, t, Baden, 30. September 1551

(SAZ, Abschiede, Bd. 18, S. 251), ebenso

EA IV, Abt. 1e, no. 192, t, Baden, 23. November 1551

(SAZ, Abschiede, Bd. 18, S. 287)

74) Bei dem neuen Zoll handelt es sich ohne Zweifel um den seit 1541 erhobenen "droit d'entrée d'épicerie et droguerie", vgl. S. 76 und 164

75) Vgl. Ruby: a.a.O., S. 403

76) SASG, Faszikel XX, Mappe 13, ebenso

Kantonsarchiv Basel, Missivenbuch, 1550-1552, S. 237

77) EA IV, Abt. 1e, no. 203, Reims, 8. März 1552

(SASG, Faszikel XXII, Mappe 11, no. a)

bewilligte Heinrich II., durch "Lettres Patentes en faveur de la Nation Suisse, portant affranchissement de toutes les Marchandises qu'ils feront sortir de la Ville de Lyon, pendant les Foires de ladite Ville, ec., 8. Mars 1551" den eidg. Kaufleuten 15 Tage Messfreiheit und stellte sie in dieser Hinsicht den Kaufleuten aus dem Reich gleich⁷⁸⁾. Die politische Mission Tilliers schloß befriedigend, und auch in der Frage der Messefreiheit hatte er Erfolg gehabt, weniger glücklich verliefen hingegen seine Bemühungen um die Zollbefreiung. Im April 1552 erstattete er vor der Tagsatzung zu Baden Bericht. Tillier legte dar, wie er gemäß seinem Auftrag den König aufgefordert habe, die eidg. Kaufleute entsprechend den Artikeln des neuen Bündniss' zu behandeln, "ohne Forderung neuer Aufsätze in Zöllen, Geleiten und Gabellen, wie das jetzt zu Lyon vorgekommen sei". Die Amtleute in Lyon hatten auf Nachfrage des Königs geantwortet, sie wüßten nichts von irgendwelchen Neuerungen, weshalb Heinrich II. die Tagsatzung um Aufklärung bat. Diese beauftragte die St. Galler Kaufleute "auf den nächsten Tag heiter und klar zu berichten, für welche Neuerungen des Zolls und für welche Güter sie eingetreten seien"⁷⁹⁾. Anfangs Mai erläuterten Jacob Wirtz, Benedikt Stocker und Jacob Ramspberg im Namen der in Lyon ansässigen eidg. Kaufleute den Boten der XIII Orte nochmals ihre Klagen. Der König habe der Stadt bewilligt, "von allen Gütern, die in die Stadt Lyon kommen, gehören sie welcher Nation es sei, von 100 Gulden zwei und einen halben zu beziehen; das mache im Jahr zehn von hundert. Auch der Safran, der herausgehe, werde mit vier von hundert belastet." Die Stadtbehörden forderten Zahlung des Zolls oder spätestens in drei Monaten Vorlage eines königlichen Patents, das sie vom Zoll befreie⁸⁰⁾. Der Streit wurde erst durch die erfolgreiche Mission

78) EA IV, Abt. 1e, no. 203, Reims, 8. März 1552

Die Urkunde trägt das Jahresdatum 1551, da das neue Jahr in Frankreich zu Ostern begann. Nach heutiger Zeitrechnung entspricht das Datum dem 8. März 1552.

79) EA IV, Abt. 1e, no. 209, gg, Baden, 4. April 1552
(SASG, Faszikel XXII, Mappe 15)

80) EA IV, Abt. 1e, no. 209, Lyon, 3. Mai 1552
(Kantonsarchiv Schaffhausen, Korrespondenzen 1552)

Rainsbergs durch ein Patent vom 19. Februar 1553 zu Gunsten der eidg. Kaufleute entschieden.

9. Die Einführung neuer französischer Einfuhrzölle, 1552

In Fortsetzung der französischen Wirtschafts- und Zollpolitik wurde zur Augustmesse 1552 ein neuer Zoll eingeführt, der alle vor, während und nach der Messe aus Frankreich zu exportierenden Waren der privilegierten und nichtprivilegierten Kaufleute mit $8 \frac{1}{3} \%$ vom Warenwert belastete. Auf der Tagsatzung vom Oktober 1552 beschwerten sich die Kaufleute, daß sie dem Frieden und der Vereinigung entgegen in Lyon und dem gesamten Königreich "fort und fort mit neuen Zöllen beschwert" werden und reichten eine fünf Punkte umfassende Klage ein. Die Punkte 1 bis 4 befaßten sich nochmals mit dem Wertzoll von 4 % auf alle "specery", dem Zoll von Toulouse in Höhe von 5 % und den vergeblich unternommenen Schritten um Zollbefreiung, so daß sie gezwungen waren, bei Verweigerung der Zollzahlung Bürgschaften zu stellen. Punkt 5 erwähnte dann den neuesten Zoll, der unter Aufhebung sämtlicher Privilegien, auch während der Messe und den Tagen der Messfreiheit, alle Exportgüter mit $8 \frac{1}{3} \%$ belegte, "das betreffe für die vier zu Lyon stattfindenden Messen auf das Hundert 33 zu verzollen". Zum Beweis der Widerrechtlichkeit dieser Maßnahmen führte die gleiche Schrift an unter a) eine "Testifikation", die von Lyon ausgestellt worden war, "zeige heiter an, was die Kaufleute von Altem her verzollt haben und verzollen müssen, dessen man sich jetzt noch nicht weigere". Unter b) wurden die Artikel der Verträge erwähnt, die den Kaufleuten 15 Tage Messfreiheit zusicherten und sie von allen Neuerungen ausnahmen. Unter c) wurde auf die erfolgreiche Demarche bei Franz I. im Jahre 1542 hingewiesen und vor den nachteiligen Folgen der französischen Zollpolitik für die Eidgenossenschaft gewarnt, die an der vergangenen Zurzacher Herbstmesse schon dadurch spürbar geworden waren, "dass durch sölliche nüwe

ufsatzung vil waren, die etliche unter uns dahingebracht, uspliben, und was wir nit von wegen vorversprechens habent müssen erstatten, zu Lyon ligen pliben sind." Zum Schluß wurde zum Ausdruck gebracht, "man zweifle nicht, die Boten werden zum Nutzen des gemeinen Vaterlandes im Sinn dieses Gesuches handeln"⁸¹⁾. Wartmann vertritt in seiner Arbeit über Jakob Rainsbergs Gesandtschaftsbericht⁸²⁾ die Ansicht, der hohe Satz von 33 % sei damit zu erklären, daß der Ausfuhrzoll viermal von der gleichen Ware erhoben worden sei, da die Kaufleute zwischen den Messen andere Märkte besuchten und mit den gleichen Waren nach Lyon zurückkehrten. Man kann dieser Auffassung nicht ohne weiteres zustimmen, da sich nirgends ein Beweis für das Aufsuchen anderer französischer Märkte in der Zeit zwischen den Lyoner Messen findet. Die von den eidg. Kaufleuten auf die Messen von Lyon gebrachten Waren sind aller Wahrscheinlichkeit nach dort verkauft worden oder gingen im Transit nach Spanien weiter; die auf dem Rückweg in Frankreich eingekauften und in die Eidgenossenschaft importierten Güter wurden in Lyon erstanden. Die Annahme liegt nahe, daß die Kaufleute um des stärkeren Eindrucks willen es vorzogen, 33 % anzugeben, als zu erklären, daß sie viermal im Jahr 8 1/3 % zu verzollen hatten⁸³⁾.

81) EA IV, Abt. 1e, no. 239, g6, Baden, 21. Oktober 1552 (SASG, Faszikel XXII, Mappe 18), auch von den "Testimonien" von 1542 ist wieder die Rede, vgl. S. 79

82) Wartmann, Hermann: Eine kaufmännische Gesandtschaft nach Paris 1552-1553, Jakob Rainsberg Tagebuch, a.a.O. S. 9

83) Vgl. EA IV, Abt. 1e, no. 209, auf S. 86

10. Die kaufmännische Mission Jakob Rainsbergs an den
französischen Hof, 1552/53

Als im Oktober 1552 der Tagsatzung die fünf Punkte umfassende Beschwerdeschrift zugeing, stand Heinrich II. mit der Eidgenossenschaft in Unterhandlungen über die Stellung von 10000 Kriegsknechten, die er dringend zur Fortsetzung des Feldzuges benötigte. Die Kaufleute erachteten diesen Zeitpunkt für günstig, um ihre Anliegen am französischen Hof durchzusetzen, war der König doch durch seine erneute Abhängigkeit von eidg. Hilfe in eine gewisse Zwangslage versetzt. Die Tagsatzung billigte den Antrag der Kaufmannschaft, einen eigenen Vertreter nach Frankreich zu entsenden und stattete ihn mit den entsprechenden Akkreditiven aus. Die Wahl fiel auf den St. Galler Kaufmann Jakob Rainsberg, der selbst in Lyon ein Handelshaus besaß und mit den Problemen des Frankreichhandels bestens vertraut war. Die "Gesellschaft gemeiner Kaufleute von St. Gallen", in deren Namen Rainsberg auftrat und für die Eidgenossenschaft die Verhandlungen mit Frankreich führte, war eine vollkommen freie Interessengemeinschaft⁸⁴⁾. Am 16. Dezember 1552 traf Rainsberg am Hof zu Compiègne ein und begann seine Unterhandlungen, die er am 19. Februar 1553 erfolgreich beenden konnte. Mit Patent vom 19. Februar 1552 (a. St.) bestätigte König Heinrich II. von Frankreich die Privilegien der Kaufleute von St. Gallen und Schaffhausen sowie der anderen eidg. Kaufleute in Frankreich. Das Patent enthielt gleichzeitig die Garantie der alten Zollsätze, wie sie bis 1516 gegolten hatten, allerdings war es nur "par provision" ausgestellt worden⁸⁵⁾. Sicherheitshalber nahm Rainsberg den Rückweg über Lyon, wo er vom dortigen Seneschall ein Urteil erwirkte, welches endgültig die Höhe der Zölle auf die bis 1516 gül-

84) Vgl. Reichesberg: a. a. O., Bd. II, S. 723

Die Gesellschaft nannte sich später "Kaufmännische Korporation", der aus ihrer Mitte gewählte Vorstand führte den Titel "Marktvorger" oder "Marktvorsteher". Im Juli 1779 nahm die Korporation den Namen "Kaufmännisches Direktorium" an, den sie heute noch führt.

85) SASG, Faszikel A X, Mappe 1, no. f

tigen Hebesätze fixierte⁸⁶⁾. Dieses für die eidg. Kaufleute so ungemein günstig lautende Urteil kann nur verstanden werden im Zusammenhang mit dem Streit um die Zollregie in Lyon zwischen Heinrich II. und der Stadt, denn nach dieser Urteilsfindung durften die willkürlichen Abgaben und Zölle von den eidg. Kaufleuten nicht mehr erhoben werden. Zu diesen Abgaben zählten vor allem die 2,5%-ige Abgabe von 1551 sowie die seit 1540 erhobenen Einfuhrzölle. Etwas verschieden lagen die Umstände bei den bereits vor 1516 bestehenden 3 Hauptzöllen (*haute-passage*, *rêve* und *imposition foraine*), die durch die 1541 bis 1543 von Franz I. durchgeführte *appréciation générale des marchandises* angehoben worden waren und seit 1542 zur Anwendung kamen. Die erhöhten Tarifsätze von 1540 hatten die eidg. Kaufleute aber nur eine relativ kurze Zeit verspürt, denn der König hatte 1542 ihren Einsprüchen stattgegeben und sie entgegen dem Begehren der Stadt Lyon von der Erhöhung befreit. Hinzu trat der Umstand, daß Lyon bereits vor 1516 die drei alten Zölle in Pacht gehabt und sie 1537 von Franz I. gegen Zahlung von 82732 livres gekauft hatte⁸⁷⁾. Um diesen unwahrscheinlich hohen Kaufpreis zu erzielen, hatte sich Franz I. nicht gescheut, gegen die Konsuln der Stadt mit Drohung und Gewalt vorzugehen, aber einmal in das Eigentum der Stadt übergegangen, kamen die Zölle nur sehr milde zur Anwendung, denn es mußte Lyon daran gelegen sein, den Handel nicht durch übermäßiges Anziehen der Zollschraube aus seinen Mauern zu vertreiben. Durch eine Ordonnanz vom Jahre 1551 baute nun Heinrich II. die Zollreform seines Vaters weiter aus, indem er die Zolleinnahmestellen, insgesamt 36 "*bureaux de perception*", an die Grenzen der *cinq grosses fermes* verlegte. Gleichzeitig mit dieser Maßnahme wurde die *imposition foraine* zusammen mit der *domaine foraine* zu einem Satz von 21 deniers vom livre *tournois* erhoben, während vorher alle drei alten Zölle zusammen 23 deniers vom livre ausgemacht hatten⁸⁸⁾.

86) Vgl. Vigne: a.a.O., S.214

87) Vgl. Ruby: a.a.O., S.379

88) Vgl. Levasseur: Histoire du Commerce, a.a.O., Bd.I, S.196

Mit der Vereinheitlichung und Zusammenlegung der Zölle wurden diese für das gesamte Königreich verbindlich. Die Zollsenkung war aber nur eine scheinbare, denn wenn der Satz der drei alten Zölle zusammen auch 23 deniers vom livre betragen hatte, so war die haute-passage nur bei der Ausfuhr von Leinwand, Tuchen und Garnen zu zahlen gewesen. Der neue Satz von 21 deniers wurde hingegen von allen Waren gleichmäßig erhoben, so daß die Zollreform auf eine Zollerhöhung hinauslief. Mit der Ordonnanz von 1551 nahm die Krone die Zolleinnahme wieder in eigene Regie und ließ sie durch den Florentiner Guillaume Noble ausbeuten. Durch diese Maßnahme verlor auch Lyon sein Eigentum am Zoll. In der Stadt wurde ein königliches "bureau de la foraine" errichtet, das, mit zahlreichen Zollbeamten besetzt, die neuen Zollsätze mit aller Strenge handhabte. Die Kaufleute wie der Rat der Stadt Lyon standen dieser Neuerung selbstverständlich ablehnend gegenüber und sahen in Noble, dem "Maistre des Ports et Passages" einen persönlichen Feind, der danach trachtete, die Stadt und ihren Handel zugrunde zu richten. Deshalb fiel auch das Urteil des Seneschall von Lyon für die eidg. Kaufleute so günstig aus, denn mit diesem Urteil erlitt sie keine Einbußen an ihren Einnahmen und konnte doch gleichzeitig dem verhaßten Florentiner die Zolleinnahmen schmälern⁸⁹⁾. Da sich auch zahlreiche andere Provinzen der Zollreform widersetzen und auf ihre alten Rechte bestanden, sah sich Heinrich II. 1556 gezwungen, den alten Zustand wieder herzustellen. Gestützt auf das Urteil des Seneschall von Lyon forderte die Tagssatzung Heinrich II. auf, sein "par provision" gegebenes Patent vom 19. Februar 1553 in ein definitives umzuwandeln. Ende 1553 erklärte der König, "nach Erlaß seines Ediktes betreffend die Zölle habe er... den Eidgenossen bewilligt, daß ihre Kaufleute, welche in Frankreich

89) SASG, Faszikel X, Mappe 1, no.g

Sentence qui reigle les Droicts deubts par les Marchands Suisses suivant le Traité de l'année 1516, rendue par le Senechal de Lion suivant l'ordre du Roy et les conclusions de son procureur au pays, le 7 Mars 1552 (a.St.)

Handel treiben, für die ihnen gestatteten Kaufmannsgüter keine anderen Zölle zu entrichten haben, als welche sie zu bezahlen von Alters her gewohnt seien, wie solches die Traktate des Friedens und der Vereinung vorschreiben...und daher jene von dem Ausgangszoll (imposition foraine et domaine foraine) für die Handelswaren, die sie aus den Landen des Königs und aus Burgund beziehen, um in die Eidgenossenschaft zu führen, frei seien und nur bezahlen sollen, was sie früher entrichtet haben"⁹⁰⁾. Die Eidgenossen verlangten vom Parlament von Dijon durch den Advokaten Malcon Popon eine gerichtlich beglaubigte Mitteilung (entèrniement et verification) dieser vom König besiegelten Erklärung. Am 1. Februar 1554 verordnet der Hof, "nachdem er dieselbe besehen...daß sie verlesen, öffentlich verbreitet und in die Register des Hofes eingetragen werde, und gebietet allen Beamten und Untertanen des Königs im Umkreise dieses Hofes, die eidg. Kaufleute in Gemäßheit benannter Erklärung, der die gegenwärtige unter dem Contresiegel des genannten Hofes beigefügt wird, zu behandeln."⁹¹⁾ Die Krone beschränkte sich aber nicht darauf, nur vermittels der Zölle zu versuchen, eine Steigerung ihrer Einnahmen herbeizuführen, ohne dabei Rücksicht auf die verbrieften Rechte der eidg. Kaufleute zu nehmen. Es ist interessant zu beobachten, in welchem Ausmaß sie auch die Finanzpolitik in den Dienst der Kriegsfiananzierung stellte, und es dabei geschickt verstand, die ausländischen Kaufleute in Lyon für ihre Ziele einzuspinnen.

90) EA IV, Abt. 1e, no. 289, I, Fontainebleau, 29. Dezember 1553
(SAZ, A. Frankreich, Zollsachen)

91) EA IV, Abt. 1e, no. 289, II, Dijon, 1. Februar 1554
(SAZ, A. Frankreich, Zollsachen)

11. Der Einfluß der deutschen Handelshäuser in Lyon und der
Grand Parti von 1555

In der Zeit des ersten wirtschaftlichen Aufschwungs der Lyoner Messen hatten die italienischen Bankiers und Kaufleute unbestritten den Markt beherrscht. Um die Mitte des 16. Jahrhunderts erfolgte dann ein Umschwung, der allmählich das Übergewicht auf die deutschen Handelshäuser und deren Kapitalkraft verlagerte. Diese Entwicklung hatte für die eidg. Kaufleute, die mit ihren deutschen Standesgenossen auf das engste verbunden waren, erhebliche Bedeutung. Bereits 1533 betrug, wie schon gesagt, die Gesamtschuld der Krone 1,463'375 Kronen, und wie aus der Aufstellung auf S. 67 hervorgeht, waren die deutschen Kaufleute mit 700'000 Kronen oder etwa 50 % an dieser Forderung beteiligt, in die ein Guthaben der eidg. Kaufleute in Höhe von 200'000 Kronen eingeschlossen war. Die zunehmende Verschuldung der Krone gegenüber den ausländischen Bankiers, und der damit verbundene Rückgang des Warenhandels zugunsten des reinen Geld- und Wechselverkehrs führte zu ständig sich verstärkenden Klagen der französischen Kaufleute hinsichtlich der Münzsorten, welche für Wechselzahlungen angenommen werden mußten. Die Anklage gipfelte in der Behauptung, daß die fremden Geldleute nach Frankreich kämen, "dort alles bare Geld an sich zögen und es dann ins Ausland führten"⁹²⁾. Die eidg. Kaufleute beteiligten sich kaum an diesen Geldgeschäften, sondern zogen es vor, beim Warenhandel zu bleiben. Aufgrund ihrer Vorrechte von 1516 erschien ihnen dieser wohl sicherer, es kann aber auch daran gelegen haben, daß sie nicht kapitalkräftig genug waren, um sich an den lukrativen Finanzoperationen großen Stils beteiligen zu können, die durch die Ereignisse auf den Kriegsschauplätzen Italiens eingeleitet wurden.

In der großen Politik zeichnete sich das Ende des Kampfes um Siena zwischen dem Herzog von Florenz und den Franzosen unter Marschall

92) Vgl. Ehrenberg: a. a. O., Bd. II, S. 100

Strozzi ab, aber gleichzeitig zog die Gefahr des Wiederausbruchs des Krieges zwischen dem Kaiser und Frankreich herauf, so daß Heinrich II. wiederum neuer Geldmittel bedurfte, um seine Kriegsvorbereitungen treffen zu können. Die Ostermesse 1555 sollte dann auch in die Finanzgeschichte des 16. Jahrhunderts eingehen, denn an ihr wurde die größte Finanzoperation der französischen Krone, der berühmte "grand parti", plaziert⁹³⁾. An dieser Messe betrug der Marktzins 3 % oder 12 % p.a. und anlagesuchendes Kapital war am Markt in größeren Mengen vorhanden, als die Krone an die Konsuln der nations mit dem Vorschlag herantrat, die gesamte schwebende Schuld des Königs mit 16 % p.a., statt wie bisher teilweise mit 12 % p.a., zu verzinsen. Als Gegenleistung sollten die Kaufleute ein neues Darlehen in Höhe eines Drittels der Gesamtschuld bewilligen. Dieses nach modernen Prinzipien zum ersten Mal diesseits der Alpen durchgeführte Anleihegeschäft trat erstmalig mit einem Tilgungsplan mit Zinseszinsrechnung am Kapitalmarkt auf. Den Gläubigern wurde offeriert: 4 % Zinsen pro Messe von der Gesamtschuld, zuzüglich 1 % Amortisation, so daß die gesamte Anleiheschuld in 41 Messen getilgt gewesen wäre. Die schwebende Schuld der Krone kann für diesen Zeitpunkt nicht genau festgestellt werden, sie mag sich aber einschließlich des neu aufgenommenen Drittels auf rund 2,66 Millionen Kronen gestellt haben⁹⁴⁾. Eine weitere Neuerung der Anleihe war ihre Öffentlichkeit, denn jeder konnte sich an ihr beteiligen. Der Erfolg der Operation war dann auch außerordentlich groß, und "jedermann

93) Am grand parti waren auch eidg. Kaufleute beteiligt, Rott, Ed.: Inventaire sommaire des documents relatifs à l'histoire de Suisse, Bern, 1882, Bd.I, S.387, erwähnt: 1566, 18 juin, Schaffhouse, Règlement des dettes dues aux marchands du grand party (BN.f.fr.16016, p.106 cop.) 18 juin, Schaffhouse. Lettres des marchands du grand party du 18e juin et la reponse à eulx faite le 20e dudict mois 1566 (BN.f.fr.16016, p.110 cop.) 18 juin, Schaffhouse. Lettres de quelques marchands du grand party à Bellièvre (BN.f.fr.16016, p.109 cop.) (Paris, Bibliothèque nationale, fonds français)

94) Vgl. Ehrenberg: a.a.O., Bd.II, S. 102 f.

lief herbei, um sein Geld in dem grand parti anzulegen, sogar die Dienstboten, die ihre Ersparnisse hinbrachten. Die Frauen verkauften ihren Schmuck, die Witwen gaben ihre Renten her, um sich an dem grand parti beteiligen zu können. Kurz man lief als wenn das Feuer dort wäre."⁹⁵⁾ Im Oktober 1557, ein knappes Vierteljahr nach der Niederlage von St. Quentin, stellte die französische Krone, dem Beispiel des Königs von Spanien folgend, ihre Zahlungen ein. Aber selbst der Staatsbankrott konnte den Kredit Heinrichs II. nicht schmälern, denn bereits Ende 1557 fanden sich deutsche Kaufleute wieder bereit, dem König neue Darlehen zu gewähren. Eidg. Kaufleute fanden sich von da an aber nicht mehr unter den Gläubigern des Königs; sie waren nur noch an Zwangsanleihen beteiligt, die in den folgenden Kriegsjahren wiederholt von den Gouverneuren von Lyon auferlegt werden sollten. Mit ihrer gänzlichen Zuwendung zum Warenhandel begann aber gleichzeitig auch wieder der Kampf um die Wahrung der Handelsfreiheiten.

12. Das Verbot der Geldausfuhr aus Frankreich und die Einführung von Passeports

Das starke Absinken des Silberpreises rief eine Teuerung hervor, deren die Zentralgewalt nicht Herr werden konnte, da sie die Zusammenhänge nicht klar erkannte. Im Verbot der Edelmetallausfuhr glaubte man ein Heilmittel gefunden zu haben, und am 21. August 1548 verbot Heinrich II. Franzosen wie Ausländern die Ausfuhr von Gold und Silber aus Lyon. Lediglich die eidg. Kaufleute waren auf Grund der Artikel des Ewigen Friedens von diesem Verbot ausgenommen⁹⁶⁾. Das Volk sah in den ausländischen Bankiers und ihren Ge-

95) Vgl. Ruby: a.a.O., S.378

96) EA IV, Abt.1e, no.373,q, Baden, 11. März 1555
(SAZ, Abschiede, Bd.18, S.371), ebenso
EA IV, Abt.1e, no.385, d, Baden, 7. Mai 1555
(SAZ, Abschiede, Bd.19, S.285)

schaftspraktiken die Ursache der Teuerung, so daß sich das Verbot des Königs auch unter den einheimischen Kaufleuten der Zustimmung erfreute. Noch 1574 schrieb Claude de Ruby, die Italiener kommen in unser Land, nur mit einer Schreibfeder und einem Blatt Papier in den Händen. Sie kehren beladen mit Gold und Silber in ihr Land zurück, sehr oft nachdem sie vorher noch mit dem Geld der armen Franzosen, die ihnen und ihrer Bank vertraut haben, Bankrott machten⁹⁷⁾. Noch 1576 mußten die Bankiers in Lyon deklarieren, welche Summe sie aus Frankreich ausführten. Die Befolgung des Ausfuhrverbots wurde streng überwacht und besondere Wächter kontrollierten an den Stadt-toren die Reisenden nach Gold und Silber, gemünzt oder ungemünzt. In den ersten Jahren nach Erlaß des Ausfuhrverbots scheinen die eidg. Kaufleute ungehindert ihr Geld ausgeführt zu haben, dann aber versuchte der Gouverneur von Lyon das Verbot auch auf sie auszu-dehnen, denn im Oktober 1554 beklagen sich einige Kaufleute vor dem Rat der Stadt St. Gallen, daß man sie beim Verlassen von Lyon ange-halten und nach Geld durchsucht habe⁹⁸⁾. Auf Grund dieser Beschwerde erhielt der Burgermeister von St. Gallen, Ambrosi Aigen, den Auftrag, an der kommenden Tagsatzung mit dem französischen Gesandten St. Laurent⁹⁹⁾ zu verhandeln. St. Laurent antwortete mit der Gegen-klage, daß die eidg. Kaufleute unter Ausnutzung ihres Privilegs für Dritte große Summen zum Nachteil des Königs aus Frankreich aus-führten, und es sei deshalb der Wunsch des Königs, daß die Kaufleute in Zukunft beim Gouverneur von Lyon eine Erlaubnis (passeport) zur Geldausfuhr einholten, damit eine gewisse Kontrolle geübt werden könne. Für den Fall, daß die unreellen Praktiken nicht aufhörten, werde der König sie bei der Tagsatzung verklagen. Die Anschuldigungen des Gesandten wurden durch den Rat der Stadt St. Gallen den eidg.

97) Vgl. Ruby, Claude de: Les privilèges, franchises et immunités de Lyon, Lyon 1574, S. 73

98) SASG, Ratsprotokoll der Stadt St. Gallen, 15. Februar 1554

99) Bernadin Bochtel, Abbé de Saint-Laurent, ordentl. Gesandter, Oktober 1554 bis Mai 1558

Kaufleuten in Lyon zur Kenntnis gebracht, wobei der Rat gleichzeitig sein Bedauern über die Klagen ausdrückte. Unter dem Protest der Kaufleute kündigte der Rat strenge Maßnahmen und Strafen für Kaufleute und Boten¹⁰⁰⁾ an, die künftig noch für Fremde Geld aus Lyon ausführen würden. Den Boten drohte bei Zuwiderhandlung der Verlust des Bürgerrechts, den Kaufleuten Strafe an Leib und Gut. Die eidg. Kaufleute argumentierten, daß ihre deutschen Standesgenossen mehr Rechte besäßen als sie, so daß ein deutscher Kaufmann dem Christof Zollikofer bei der Ausfuhr von Geld habe helfen müssen. Das Lösen der Pässe verzögere und verteuere den Geldtransport, abgesehen davon, daß er die Gefährdung desselben erhöhe, da der Zeitpunkt seines Abgangs bekannt werde. Der Rat versprach, in der Angelegenheit nochmals mit dem Gesandten verhandeln zu wollen und eine rasche und kostenlose Ausstellung der Pässe zu verlangen¹⁰¹⁾.

Für den sicheren Transport der Warenerlöse bedeuteten die passeports für die Kaufleute eine unangenehme Neuerung, gegen die sie sich wehrten, indem die Angelegenheit vor der Tagsatzung zur Sprache gebracht wurde. Im März 1555 antwortete St. Laurent der Tagsatzung, man glaube, "es werde den Oberen gefallen, wenn jeder Kaufmann aus der Eidgenossenschaft von seiner Obrigkeit einen Schein haben müsse, daß er mit wahren und aufrechten Sachen umgehe, den er dann dem Lieutenant vorzuzeigen hätte, wodann ihm der Lieutenant unverzüglich und unentgeltlich einen Passeport übergeben soll, damit jener zu gelegener Zeit von Lyon verreisen könne." In Bezug auf das Ausfuhrverbot für Geld war der Gesandte der Ansicht, es würde so streng gehandhabt, daß selbst der König kein Geld ausführen dürfte, ohne im Besitz eines passeport zu sein¹⁰²⁾. Mit diesem Bescheid gaben sich die Kaufleute aber nicht zufrieden, sondern verlangten, daß im passeport die Summe des ausgeführten Geldes

100) Mit den "Boten" sind die Ordinariboten gemeint

101) SASG, Ratsprotokoll, der Stadt St. Gallen, 11. Dezember 1554

102) EA IV, Abt. 1e, no. 373, q, Baden, 11. März 1555

(SAZ, Abschiede, Bd. 18, S. 317)

nicht deklariert werde, und daß auch der Gouverneur keine Kenntnis von ihrer Höhe haben sollte. Diese Forderungen liefen aber den Absichten des Königs zuwider, der darauf bestand, eine zahlenmäßige Kontrolle über die Höhe des Geldexports zu erhalten. Im Mai 1555 berichtete St. Laurent vor der Tagsatzung, "es sei früher von den Kaufleuten etwas Betrug geübt worden", weshalb der König die Kontrolle eingeführt habe, von der er annehme, daß sie nicht den Verträgen widerspreche. "Andere Kaufleute werden untersucht; von den eidg. aber werde nur verlangt, daß sie dem Lieutenant angeben, wieviel Geld sie hinwegführen, dann soll ihnen der Lieutenant eine Bollete geben, in welcher die Summe des Geldes gemeldet sein soll; sich weiter einzulassen habe er vom König keinen Auftrag." Die Tagsatzung ließ ihm antworten, sie würde versuchen, daß die Obrigkeit den Kaufleuten die im März verlangten Bescheinigungen ausstellen werde, die sie dann dem Lieutenant in Lyon vorweisen würden. "Der soll dann jedem einen Passeport oder Bollete geben, aber unentgeltlich, und sollen die Angehörigen der Eidgenossen nicht schuldig sein, das Geld, das sie mit sich hinwegführen, anzuzeigen, damit ihnen hieraus nicht etwa Schaden und Nachteil erwachse."¹⁰³⁾ Bevor ein Entscheid der Obrigkeit in dieser Angelegenheit erlangt worden war, kam es zu neuen, ernststen Zwischenfällen in Nantua, hervorgerufen durch die Geldausfuhr der eidg. Kaufleute. Die Tagsatzung stellte sich hinter die Kaufleute und legte energischen Protest bei Heinrich II. ein. Im Juni 1555 überbrachte der französische Gesandte den Boten der XIII Orte das Versprechen seines Königs, für Abhilfe zu sorgen und die Straßen für jedermann sicher zu machen. Gleichzeitig wurde den Kaufleuten gestattet, ihr Geld ohne Angabe der Summe aus dem Königreich auszuführen, wobei sie sich aber verpflichten mußten, kein Geld nichteidg. Personen zu befördern¹⁰⁴⁾. Entgegen allen Ver-

103) EA IV, Abt. 1e, no. 385, d, Baden, 7. Mai 1555
(SAZ, Abschiede, Bd. 19, S. 285)

104) EA IV, Abt. 1e, no. 393, u, Baden, 25. Juni 1555
(SAZ, Abschiede, Bd. 19, S. 306)

sprechungen wurden die Kaufleute aber weiterhin gezwungen, die Geldbeträge in ihre Pässe eintragen zu lassen. Am 8. September 1555 legten sie der Tagsatzung acht solche Pässe vor und wiesen sie auf die Gefahr hin, die eine derartige Eintragung mit sich bringen mußte¹⁰⁵⁾. Unter Umgehung des Gesandten wurde von der Tagsatzung nunmehr ein direktes Schreiben an den König gerichtet, in dem zum Ausdruck gebracht wurde, daß man ihm unter Vorbehalt der Bünde weit entgegen gekommen sei und die Kaufleute zur Lösung der passeports angehalten habe. Es sei ihnen aber nicht zuzumuten, die mitgeführten Geldbeträge eintragen zu lassen; auch seien sie ermahnt worden, nur ihr eigenes Geld auszuführen. Unter Berufung auf Artikel IX des Ewigen Friedens bat die Tagsatzung den König, seinerseits die alten Vorrechte zu beachten, da sonst auf dem Marchtag zu Bätterlingen¹⁰⁶⁾ Recht gesucht werden müßte. Die Antwort auf dieses Schreiben der Eidgenossenschaft stand lange aus und in der Zwischenzeit gingen die Streitigkeiten in Lyon unvermindert weiter. Im Dezember 1555 erschienen die St. Galler Kaufleute vor dem Rat ihrer Stadt und klagten, die Behörden von Lyon forderten nun eine amtliche Bescheinigung von ihnen, daß das mitgeführte Geld ihr Eigentum sei. Bevor der Rat die gewünschten Bescheinigungen ausstellte, wurden die Kaufleute unter Eid vernommen und erklärten einstimmig, daß sie nur ihr oder ihrer Verwandten Geld bei sich getragen hätten. Sie fanden sich bereit, der neuen Forderung der Lyoner Behörden nachzukommen, bis der königliche Entscheid eingetroffen sei, baten aber den Rat, die neue Erschwerung des Geldexports vor die Tagsatzung zu bringen¹⁰⁷⁾. Endlich traf im April 1556 die Antwort Heinrichs II. auf das Schreiben der Eidgenossenschaft vom September 1555 ein.

105) EA IV, Abt. 1e, no. 409, Baden, 8. September 1555

106) Vgl. Kapitel II, S. 54, Anhang III

107) SASG, Ratsprotokoll der Stadt St. Gallen, 17. Dezember 1555

13. Die Modifikation des Verbots der Geldausfuhr

Da der Krieg gegen Karl V. sich immer mehr in die Länge zog, mußte Heinrich II. die Tagsatzung um Erlaubnis zu neuen Söldnerwerbungen angehen. Unter dem Zwang der Ereignisse war er wohl bereit gewesen, den Forderungen der Kaufleute in der Paßangelegenheit entgegenzukommen; auch die Drohung mit dem Marchtag zu Bätterlingen hatte wahrscheinlich ihre Wirkung nicht verfehlt. Jedenfalls konnte St. Laurent der Tagsatzung melden, der König sei damit einverstanden, "daß die eidg. Kaufleute vom Lieutenant zu Lyon Pässe nehmen und nur diesem von der Summe Anzeige machen, welche sie mit fortnehmen wollen... er werde dann auch dafür sorgen, daß der Beschwerde der Kaufleute über den Vorfall auf letzter Lyoner Messe abgeholfen werde."¹⁰⁸⁾ Eine Verordnung vom 3. Mai 1556 regelte das Verfahren des Geldexports; zwar mußten die Kaufleute noch ihre Pässe lösen und um diese zu erhalten, vor dem "lieutenant général" deklarieren, welche Summen sie mit sich nehmen wollten, aber ohne sie in Gold und Silber zu spezifizieren. Nach der Deklaration unternahm der Lieutenant général die nötigen Schritte, damit sie frei und unbeanstandet das Königreich verlassen konnten. Der Betrag des Geldes wurde nicht mehr in die Pässe, sondern in eine geheime Liste eingetragen, die als Beweismittel zu dienen hatte, falls es zum Mißbrauch der Pässe kommen sollte. Eine Abschrift der Liste ging an den französischen Gesandten bei der Eidgenossenschaft, damit auch am Wohnort oder Reiseziel der Kaufleute eine gewisse Kontrolle möglich war¹⁰⁹⁾. Diese Regelung wurde solange zur beidseitigen Zufriedenheit gehandhabt, bis bekannt wurde, daß das "registre secret" keineswegs ein geheimes Register war, sondern sein Inhalt der Öffentlichkeit durchaus bekannt wurde. Im Juni 1556 versuchte die Tagsatzung nochmals eine Befreiung von den Pässen zu erlangen, aber es wurde

108) EA IV, Abt. 2, no. 5, aa, Baden, 9. April 1556

(SAZ, Abschiede, Bd. 122, S. 1)

109) SAZ, Mappe 149 (1481-1599), no. 23, 3. Mai 1556

ihr geantwortet, es sei zwar der ausdrückliche Wille des Königs, daß die Angaben geheim blieben, jedoch sei ihm daran gelegen zu wissen, wieviel Geld nach der Messe von Lyon ausgeführt werde. Für die Kaufleute läge kein Grund zur Beschwerde vor¹¹⁰⁾. Auf dem Tag vom Oktober 1556 stimmte die Versammlung der Regelung vom 3. Mai bezüglich des Geldexports zu, forderte aber strenge Geheimhaltung des Inhalts des registres secrets¹¹¹⁾. Anscheinend wurde jetzt über den Inhalt der Listen größere Verschwiegenheit geübt, denn bis 1559 wurden keine Klagen mehr über das Verfahren des Geldexports laut. In jenem Jahr gab es aber eine große Aufregung in Lyon, als der Münzmeister der Stadt Zürich ein Faß spanischer Silbermünzen von dort ausführte. Zwar hatte er beim lieutenant général vorschriftsmäßig seinen Paß gelöst, aber die Höhe des Betrages veranlaßte diesen doch, sich an den französischen Gesandten bei der Eidgenossenschaft, Coignet,¹¹²⁾ zu wenden. Coignet unternahm sofort die entsprechenden Schritte beim Rat der Stadt Zürich, indem er darauf hinwies, daß der König wohl gewillt sei, sich an die Artikel des Ewigen Friedens zu halten, daß aber eine Geldausfuhr großen Stils die Interessen Frankreichs stark beeinträchtige. Die Untersuchung des Rats ergab, daß die Summe von etwa 50000 livres ordnungsgemäß ausgeführt worden und keinerlei Betrug im Spiele war. Ebenso konnte nachgewiesen werden, daß das Geld in der Eidgenossenschaft geblieben und nicht ins Reich geflossen war, wie der Gesandte zunächst gegargwöhnt hatte¹¹³⁾. Trotzdem war die Erregung über die Höhe dieser Geldausfuhr in Lyon so groß, daß wieder Angriffe auf das Ausfuhrprivileg der eidg. Kaufleute erfolgten. Auf die Klagen der Kaufleute antwortete Coignet auf der Tagsatzung vom

110) EA IV, Abt. 2, no. 11, w, Baden, 15. Juni 1556
(SAZ, Abschiede, Bd. 122, S. 16)

111) EA IV, Abt. 2, no. 20, t, Baden, 12. Oktober 1556
(SAZ, Abschiede, Bd. 122, S. 40)

112) Mathieu Coignet, Seigneur de la Haquebouille et de la Tuillerie, ordentl. Gesandter, Mai 1548 bis August 1562

113) SAZ, A Frankreich, no. 225, 2 (1541-1573), no. 165 vom 22. Februar 1558 und no. 166 vom 20. Juni 1559

Juni 1559, man möchte für die Abschaffung "von Betrug und Kunstgriffen bei der Ausfuhr von Geld aus dem Königreich" sorgen¹¹⁴⁾. Er wurde daraufhin gebeten, Verstöße der Tagsatzung anzuzeigen, damit diese die Schuldigen bestrafen könnte¹¹⁵⁾. Indessen häuften sich die Klagen über Erschwerung der Geldausfuhr: Im Dezember 1559 wurden die Kaufleute in Lyon gezwungen, den Torhütern ihre Barschaft vorzuweisen¹¹⁶⁾, im Februar 1560 wurden ihnen, entgegen der Vorschrift, die mitgeführten Geldbeträge wieder in die Pässe eingetragen¹¹⁷⁾, im Oktober gleichen Jahres verspricht Coignet, die Mißstände abschaffen zu lassen¹¹⁸⁾, im April 1561 berichtet Junker Leonhard Keller von St.Gallen, daß sein Sohn durch Eintragung der mitgeführten Geldsumme in den Paß der Gefahr für Leib und Leben ausgesetzt war¹¹⁹⁾. Die Tagsatzung wurde der sich ständig wiederholenden Klagen überdrüssig und stellte im Juni 1561 fest, "es werde stets vorgegeben, die Neuerungen seien abgeschafft und dennoch werden die Kaufleute stets damit belästigt; man wolle nun abwarten, wie das Versprechen des Königs auf nächster August-

114) Es ist anscheinend vorgekommen, daß in Lyon reines Silber gekauft und von den Kaufleuten in der Eidgenossenschaft ausgemünzt wurde. Das verschlechterte Silber wurde dann nach Frankreich zurückgebracht und mit Gewinn umgesetzt. Ebenso ist anzunehmen, daß unter Ausnutzung der Privilegien, für dritte, nicht berechnete Personen, Geld ausgeführt wurde. Ferner kann mit Betrug gemeint sein, daß zahlreiche fremde Kaufleute das Bürgerrecht eines der XIII Orte erwarben und dann als eidg. Kaufleute die Ausfuhrbewilligung für sich in Anspruch nahmen.

115) EA IV, Abt. 2, no. 72, mm, Baden, 4. Juni 1559
(SAZ, Abschiede, Bd. 122, S. 263)

116) EA IV, Abt. 2, no. 89, p, Baden, 11. Dezember 1559
(SAZ, Abschiede, Bd. 122, S. 293)

117) EA IV, Abt. 2, no. 93, aa, Baden, 5. Febr. 1560
(SAZ, Abschiede, Bd. 123, S. 3)
EA IV, Abt. 2, no. 103, p, Baden, 24. Juni 1560
(SAZ, Abschiede, Bd. 123, S. 54)

118) EA IV, Abt. 2, no. 115, a, Baden, 28. Oktober 1560
(Staatsarchiv Luzern, allg. Abschiede, Bd. R, S. 489)

119) EA IV, Abt. 2, no. 128, z, Baden, 14. April 1561
(SAZ, Abschiede, Bd. 123, S. 192)

messe gehalten werde, und dann nötigenfalls auf dem Rechtstag zu Bätterlingen am 29. September das Recht gemäß Frieden und Vereinung suchen."¹²⁰⁾ Wieder scheint die Drohung mit dem Marchtag ihre Wirkung nicht verfehlt zu haben, denn für einige Zeit herrschte Ruhe, und auch die Zollbeschwerden scheinen verstummt zu sein. Während der Auseinandersetzung wegen des Verfahrens der Geldausfuhr war noch ein Streit wegen des Zolls von Toulouse anhängig. Bereits 1556 hatte sich Junker Leonhard Keller von St. Gallen vor der Tagsatzung beschwert, daß ihn die Zollbeamten in Toulouse zur Zahlung des Zolls hatten zwingen wollen, von dem er als eidg. Kaufmann durch das Patent vom 19. Februar 1553 befreit war¹²¹⁾. Er hätte eine Bürgschaft stellen müssen, die verfallen sei, und um die Zollgebühren zu decken, seien ihm einige Ballen seiner Ware verkauft worden. Auf seine Klage hatte der König den betreffenden Beamten befohlen, Keller das Geld zuerückzuerstatten, was jedoch unterblieb. Da St. Gallen die Klage seines Bürgers schützte, forderte die Tagsatzung vom französischen Gesandten eine sofortige Erledigung der Angelegenheit oder die Entsendung der Vertreter des Königs an den Marchtag nach Bätterlingen, der auf den 12. Januar 1557 angesetzt wurde¹²²⁾. Da auf dem gleichen Marchtag auch die Differenzen zwischen der Eidgenossenschaft und Frankreich hinsichtlich der Sold- und Pensionenzahlungen bereinigt werden sollten, erscheint es nicht verwunderlich, daß Heinrich II. den Rechtstag hinausschob. Im Februar 1557 wurde der Tag erneut auf den 12. Juni festgesetzt¹²³⁾, und nachdem er auch am 6. Dezember nicht stattfinden konnte, da der König sich wieder entschuldigen ließ, wurde mit Zustimmung beider Parteien beschlossen, endgültig am 12. Januar 1558 zusammenzutreten. "Die eidg. Zusätzer sollen dann auf den bestimmten Tag zu Peterlingen sich ein-

120) EA IV, Abt. 2, no. 132, v, Baden, 15. Juni 1561
(Staatsarchiv Luzern, allg. Abschiede, Bd. S, S. 119)

121) Vgl. S. 89

122) EA IV, Abt. 2, no. 20, u, Baden, 12. Oktober 1556
(SAZ, Abschiede, Bd. 122, S. 40)

123) EA IV, Abt. 2, no. 26, gg, Baden, 1. Februar 1557
(SAZ, Abschiede, Bd. 122, S. 73)

finden und ihr Urteil unfehlbar geben, wenn auch die französischen Zusätze und Richter sich nicht einfinden sollten."¹²⁴⁾ Leider ist nicht bekannt, ob der Rechtstag stattgefunden hat und wie das Urteil ausfiel.

In starkem Gegensatz zur rein auf fiskalische Interessen ausgerichteten Finanzpolitik der Krone stand die nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten durchgeführte Zollpolitik Lyons.

Im März 1556 waren die alten Zölle (*haute-passage, rève und imposition foraine*) wieder in den Besitz der Stadt Lyon gekommen, nachdem sich die Zollreformen Heinrichs II. gegen den Widerstand der Stände nicht hatten durchsetzen können¹²⁵⁾. Die Stadt nahm die Zölle in eigene Regie und betrieb eine sehr gemäßigte Zollpolitik, um die Kaufleute, welche in den Jahren der königlichen Zollregie die Messen nicht mehr besucht hatten, wieder an sich zu ziehen¹²⁶⁾. Eine derartige Zollpolitik fiel bei dem Reichtum der Stadt nicht schwer und sie hatte es nicht nötig, die jährlichen 2500 livres, die sie dem König für das Recht an den Exportauflagen zu zahlen hatte, auf die Kaufleute abzuwälzen. Für Lyon war das Wesentliche am Besitz des Zolls nicht die Einnahmequelle, die er erschloß, sondern daß die Stadt die Zollpolitik nach ihrem Gutdünken gestalten konnte. Beim Übergang des Zolls an Lyon kam es anscheinend zu einigen kleinen Reibereien mit den eidg. Kaufleuten, die aber behoben wurden, als Heinrich II. durch Patent vom 6. April 1556 ausdrücklich bestätigte, daß die Vorrechte und Ausnahmen für die eidg. Kaufleute, bei Rückkehr der Zollrechte an die Stadt, unverändert bestehen bleiben sollten¹²⁷⁾.

124) EA IV, Abt. 2, no. 46, y, Baden, 30. November 1557
(Staatsarchiv Luzern, allg. Abschiede, Bd. Q 2, S. 699)

125) Vgl. S. 91 f.

126) Vgl. Charléty: *Le régime douanier de Lyon*, a. a. O., S. 488

127) Vgl. Vogel: a. a. O., S. 28

"Lettres Patentes de Sadite Majesté, confirmant lesdits Privilèges du 6. Avril 1556 signées par le Roy, l'Evêque de Nevers, Maistre des Requestes ordinaires de l'Hostel... par lesquelles il déclare que par la cession par luy faite aux Conseillers de Lyon, au mois de Mars 1555. de ses Droits de Foraine, pour en jouir, il n'a entendu & n'entend avoir permis ausdits Conseillers, de

Hingegen trugen Rat und Konsuln der Stadt Lyon dem König vor, daß in immer zunehmender Zahl die ausländischen Kaufleute, vor allem diejenigen der Reichsstädte, das Bürgerrecht einer eidg. Stadt erwarben, um sich dadurch in den Genuß der eidg. Vorrechte zu bringen. Am 4. August 1561 erging in dieser Sache ein Dekret des Königs, Karls IX., in dem verfügt wurde, daß die aus dem Ewigen Frieden resultierenden Vorrechte der eidg. Kaufleute nur für die gebürtigen Bürger der betreffenden Kantone Gültigkeit besaßen¹²⁸⁾. Diese Entscheidung konnte von den Kaufleuten der Eidgenossenschaft nur begrüßt werden, wenn auch einige der XIII Orte finanzielle Einbußen dadurch erlitten.

Nach dem Tod Heinrichs II. 1559 sollte sich bald zeigen, daß in Frankreich die Zeit, in der die eidg. Kaufleute sich finanzieller Vorrechte erfreuen konnten, endgültig vorbei war. Die in zunehmendem Maße stärker werdende Zentralgewalt und ihr Fiskalismus versuchten immer wieder, sich neue Einnahmequellen zu erschließen und waren daher bemüht, die Vorrechte der ausländischen Kaufleute immer mehr abzubauen. Die Vorfälle des Jahres 1551 waren nur der Auftakt zum Abwehrkampf gegen die ständigen Übergriffe des französischen Fiskus und seiner Vertreter auf die verbrieften Rechte der Kaufmannschaft.

Fortsetzung v. Anm. 127):

prendre ni lever autres Droits que les anciens sur lesdits Marchands, tels qu'ils ont accoustumé de payer, comme ayant droit de Sadite Majesté, & lesdits Conseillers les ayant contraints de payer lesdits nouveaux Droits, y sont condamnés de restituer ce qu'ils avoient exigé desdits Marchands contre la teneur de leurdits Privileges."

128) Vgl. Vogel: a. a. O., S. 30

"DECLARATION DU ROY. Par laquelle il veut & entend seulement que les natifs & originaires des Cantons des Suisses & non autres jouissent des Privileges à eux octroyés.

CHARLES, & c. Salut & dilection. ... faire déclaration de nos vouloir & intention sur ce, sçavoir faisons: que Nous ayant eu sur ce l'avis des Gens de nostre Conseil privé, avons déclaré & déclarons de nostre certaine science, pleine puissance & autorité Royale, que Nous voulons & entendons que les natifs & originaires desdits Cantons seulement, & non autres, jouissent desdits Privileges, le tout sans fraude. ... Donnée à Saint Germain en Laye le quatrième jour d'Aoust, l'an de grace mil cinq soixante & un, & de nostre Regne le premier. Ainsi signé, Par le Roy en son Conseil, Robertet."

ANHANG I

EA IV, Abt. 1e, no. 22, q, Solothurn, 4. April 1549

"St. Gallen beantragt (bezüglich der Vereinigung?) Artikel für eine günstige Stellung der eidg. Kaufleute in Frankreich."

17. April 1549, St. Gallen an Schaffhausen. Der St. Galler Gesandte berichtet vom Tag zu Solothurn, wie der dortige Stadtschreiber dem Gesandten von Schaffhausen, Thomann Spiegelberg, die Abschrift dessen, was die von St. Gallen zu Gunsten der in Frankreich Handel treibenden Kaufleute gemeinen Eidgenossen übergeben und diese an ihre Herren zu bringen genommen haben, nicht mitgeteilt habe. Man wolle das nun nachholen, damit die von Schaffhausen beholfen seien, daß der Artikel im Freiburger Frieden gehörig erläutert werde.

1. Beilage: "Das ist der artikel, die kauf- und gewerbslüt gemainer 1. Aidgenoschaft, so in Frankrych handlend, betreffende und durch unsern rathsfründ und gesandten gemainen unsern 1. Aidtgnossen rathsboten uf dem tag zu Soloturn fürgehalten, überantwurt und zugestellt." Der ewige Friede zwischen Frankreich und den Eidgenossen schreibe vor, wie die eidg. Kaufleute in Betreff der Zölle und anderer Dinge gehalten werden sollen. Es sei nun dafür zu sorgen, daß es hierbei gänzlich bleibe, so daß diese Kaufleute bei den gewöhnlichen Zöllen, wie sie unter den Königen Karl, Ludwig, Franz und unter dem jetzigen Heinrich bis auf diesen Tag gehalten worden sind, geschützt und mit keinen höheren belästigt und auch sonst keine anderen Beschwerden, als welche in benannten Zeiten geübt worden sind, eingeführt werden. Auch sollen die Kauf- und Gewerbsleute, Pilger und Boten und andere, die aus der Eidgenossenschaft durch Frankreich verkehren, mit Bezug auf Leib und Gut frei, sicher und unbeschwert handeln und wandeln können, wie das der ewige Friede vorschreibe; würde dem entgegengehandelt, so soll der König Schaden und Kosten abzutragen schuldig sein. Endlich sollen während der Dauer der Vereinigung die eidg. Kaufleute zu Lyon nach dem Schluss der Messe 15 Tage frei haben, wie das bei Leuten anderer Nation bisher der Fall war."

2. Beilage: "Da die eidg. Kaufleute zufolge ihrer Hantierung in Frankreich stets viele Anforderungen haben und diese mitunter nicht einbringen können, ohne das Recht zu ergreifen, wobei aber bisher zu ihrem Schaden die Endurteile lange verzögert worden sind, so sollten die Eidgenossen beim König erwirken trachten, daß er allen seinen Richtern und Räten befehlen würde, wenn ein Eidgenosse wegen Anforderungen das Recht anruft, ihm beförderlich dazu zu verhelfen, gutes Recht ergehen zu lassen und das Urteil nicht über 20 oder längstens 30 Tage zu verschieben; bei dem, was dann erkannt wird, soll es ohne weiteres Appellieren verbleiben. Würde der Schuldner das Recht fliehen,

so soll dem Ansprecher dasselbe nichts desto weniger ergehen. Weder der Schuldner, noch dessen Hab und Gut soll einer Befreiung und eines Schutzes vor dem Rechten, weder mit Bezug auf sein Haus, noch sonst geniessen, wie das sonst in Frankreich der Brauch sei."

(Kantonsarchiv Schaffhausen, Korrespondenzen)

ANHANG II

EA IV, Abt. 1e, Beilage no. 1

Vereinung zwischen König Heinrich II. von Frankreich und elf
Orten (ohne Zürich und Bern), nebst einigen Zugewandten.
Solothurn, 7. Juni und 6. Oktober 1549

Art. XVI. "Als dann der tractat des ewigen fridens zwüschen der kron Frankrych und gemeiner Eidgnoschaft ufericht inhaltet und vermag, wie unser Eidgnoschaft kouflüt der zölln und anderer sachen halb gehalten werden sölle, dass es by demselben gantzlich bestan, ouch dieselben by den gewonlichen zölln wie von altem har belyben sölle und verer nit gesteigeret werden. Darzu dass unser beidersyt kouflüt, bilgerin, boten und andere, so in unser beidersyt landen handeln, mit iren lyb und gütern fry, sicher und unersucht wandeln mögen."

Art. XVII. "Dessglychen, so zwüschen den underthanen unser bei- der theilen misshäll und ansprachen erwachsen und entspringen möchten, wohar die langoten, sölle allwägen die kläger die ansprä- chigen suchen an den enden und in den gerichten, da der angesprochen gesässen, desshalb ouch einem jeden gebürlich und fürderlich recht gehalten und ergan soll werden, nach inhalt der tractaten des fridens."

(Kantonsarchiv Solothurn, Urkunden)

ANHANG III

EA IV, Abt. 1e, no.75

Lettres Patentes vom 11. November 1549

"Heinrich II., König von Frankreich, gibt allen seinen Amtleuten und Untertanen, Freunden, Verbündeten und Gönnern zur Kenntnis was folgt. Die Erben des Jakob Zollikofer, Leonhard "Treiller" und andere ihrer Gesellschafter, alle Kaufleute und Bürger von St. Gallen in Hochdeutschland, haben dem König eröffnen lassen, sie treiben seit langer Zeit Handel mit den wichtigsten Städten von Frankreich in Leinwand, Saffran und anderen Handelswaren. Sie lassen diese durch ihre Faktoren und Unterhändler nach Frankreich (und in andere) fremde Länder führen, wo sie dieselbe teils gegen andere Waren vertauschen, teils verkaufen, bald gegen bares Geld, bald auf Kredit, so daß sie an den Banken und sonst an den Einwohnern von Frankreich Forderungen besitzen. Sie seien gewillt, in dieser Weise fortzufahren. Mit Rücksicht auf die grosse und löbliche Freundschaft und die Vereinigung zwischen dem König und den Eidgenossen zweifeln sie nicht, für ihren Warenzug des ferneren Sicherheit und Freiheit geniessen zu können. Nichtsdestoweniger, im Hinblick auf Kriege, die bevorstehen oder später erfolgen könnten, bitten sie den König inständig, er wolle zur besseren Sicherheit von ihnen, ihrer Faktoren und Waren die ihnen nötigen Geleitsbriefe erteilen. Sowohl mit Bezug auf diese Bitte, als auch im Hinblick auf die diesfällige Verwendung der Eidgenossen und sonst aus guten Gründen habe nun der König bewilliget und bewillige durch diesen Brief, dass die genannten Bittsteller je nach ihrer Gelegenheit den Transport ihrer Handelswaren nach Frankreich und dessen Ländern wie früher fortsetzen können; dass sie daselbst nach ihrem Gutscheinen durch Faktoren, Zwischenhändler und Schaffner alle Arten nicht verbotener (non prohibées ni deffendues) Handelswaren ein- und ausführen dürfen, und zwar sowohl über Meer, als auch über Flüsse (eau douce) und über Land, sowohl von Spanien, als von anderen Ländern und Pässen her. Die Betreffenden sollen ebensowenig verhindert sein, ihre Waren aus Frankreich nach anderswo hinzuziehen und zu verkaufen, wie das ihnen gelegen sein wird. Hierin soll auch der Fall eines Krieges, er möge jetzt oder in der Folge entstehen, sie nicht hindern und zwar weder mit Bezug auf ihre Personen, noch mit Bezug auf ihre Beauftragten, noch bezüglich ihrer Güter und Schriften. Dabei seien die gewohnten Abgaben (droits et devoirs) vorbehalten, und ebenso diejenigen Waren, deren Durchfuhr verboten sei, und es sollen ihre Schriften beim Eintritt von den Beamten untersucht werden. Sollte infolge irgendeiner Störung dieses freie Geleit abgekündet werden, so sollen die betreffenden Leute drei Monate Zeit haben, mit ihren Waren aus Frankreich zurückzukehren. Alle Amtleute werden angewiesen, dieses getreulich zu beobachten, in der Voraussetzung, dass genannte Kaufleute oder die,

welche in ihrem Auftrag handeln, nichts tun, was des Königs oder dessen Königreichs und Landen Interesse zuwider oder nachtheilig wäre."

Französischer Text

Lettres Patentes d'Henry II. qui permettent aux Marchands, Bourgeois & Habitans de la Ville de Saint Gal en hautes Allemagnes, de faire le traficque de toutes sortes de Marchandises dans le Royaume, etc.

"HENRY par la grace de Dieu, Roy de France: A tous nos Lieutenants, Gouverneurs, Admiraux, Vice-Admiraux, Baillifs, Sénéchaux, Prevost, Capitaines, Chef & Conducteurs de nos Gens de Guerre, tant de cheval que de pied, Capitaines, aussi Maires, Consuls, Echevins & Gouverneurs des Villes, Chasteaux, Forteresses, Gardes des Ponts, Ports, Peages, Passages, Jurisdiccions & Détroits, & à tous nos autres Justiciers, Officiers & Sujets, Amis, Alliez, & Bienveillans, Salut & dilection. Nos chers & bons Amis les Heritiers de feu Jacques Sollicoffre, Leonhard Treiller, & autres leurs Associez en Marchandises, tous Marchands & Bourgeois, Habitants de Saint Gal en hautes Allemagnes, Nous ont fait dire & remontrer que dès longtemps ils ont trafiqué aux principales villes de ce Royaume, tant en Toille, Safran, qu'autres diverses Marchandises qu'ils ont amenées & conduites par leurs Facteurs & Entremetteurs, fait amener & conduire en nostredit Royaume des Pays & Nations étrangères, partie desquelles ils ont permutées & échangées à autres Marchandises, & les autres vendues aucunes fois à argent comptant & autrefois à creance, de sorte que tant à cause d'icelles Marchandises, que des réponses & faits de Banques leurs sont dûés plusieurs sommes de deniers en nostredit Royaume, Pays, Terres & Seigneuries, tant par nos Sujets qu'autres, & encore ont intention de faire le semblable à l'advenir: Et combien que pour la grande & indissoluble amitié, alliance & confederation qui est entre nous & nos très-chers & grands Amis, Alliez, Confederez & bons Comperes les Sieurs des Cantons des anciennes Liges des hautes Allemagnes, ils ne fassent doute qu'ils ne puissent en toute feureté & liberté faire & continuer ledit train de Marchandises; ce neanmoins au moyen des guerres qui ont à present ou pourroient cy-après avoir cours, Nous ont très humblement fait supplier & requérir, que pour la grande seureté d'eux, leurs Facteurs & Marchandises, nostre plaisir soit leur octroyer nos Lettres de sauf-conduit pour ce necessaires. Pour ce est-il que Nous inclinant tant à la supplication & requeste que Nous a esté faite par lesdits Supplians, qu'aussi à celle que Nous ont faite lesdits Sieurs des Liges en leur faveur; pour ces causes & autres bonnes considerations à ce Nous mouvans, avons permis & octroyés par presentes qu'ils puissent à leur aise faire exercer & continuer tout tel train & trafic de Marchandise qu'ils ont fait par cy-devant, en cettuy nostredit Royaume, Pays, Terres &

Seigneuries de nostre obéissance, & que dans iceux ils pussent amener & enmener, & par leurs Facteurs, Entremetteurs & Conducteurs tels que bon leurs semblera, faire conduire, amener & enmener par mer, eau douce & par terre, tant au Pays d'Espagne qu'autres lieux & endroits que bon leur semblera, toutes sortes de Marchandises non prohibées ni deffendues, & de nosdits Royaume & Pays; en tirer et charger d'autres aussi non prohibées ni deffendues pour les vendre & débiter hors nostredits Royaume, Pays & Seigneuries en tous les lieux & endroits qu'ils leur plaira; sans qu'en ce faisant il leur soit ou puisse estre, par le moyen des guerres qui ont ou pourroient avoir cours à l'advenir, fait, mis ou donné en leurs personnes & de leurs Facteurs, Serviteurs & Entremetteurs de leurs Marchandises, Porteurs, Voituriers & Conducteurs d'icelles, & de leurs Lettres, Obligations, Cedulaes, Papiers, Biens & choses quelconques, aucun ennuy, destourbier ou empêchement; & quant à ce leur avons octroyé & oytroyons bon & loyal sauf-conduit & seureté, en payant toutefois par lesdits Supplians nos droits et devoirs pour ce dûs & accoustumez, ou ainsiqu'il appartiendra, pourvue que lesdites Marchandises qu'ils trafiqueront ne soit prohibées ni deffendues, & qu'elles seront avec leurs Papiers, Cedulaes, Lettres & Obligations visitées par nos Officiers, tant à l'entrée qu'issuës de nostredit Royaume ès lieux pour ce faire accoustumez; Voulons en outre qu'où il adviendroit aucune rupture ou renonciantion de nostre present sauf-conduit, lesdits Supplians se puissent dedans trois mois après retirer de nostre Royaume, Pays & Seigneuries avec leurdits Biens & Marchandises quelconque, seurement & librement. Si Mandons et Enjoignons à vous nosdits Officiers, Justiciers & Sujets: Prions & requérons Vous nosdits Alliez & Bienveüillans que de nos presents, Grace, Seureté & Sauf-conduits vous faites, souffrez & laissez lesdits Supplians, leurdits Facteurs, Serviteurs, Entremetteurs, Porteurs, Voituriers & Conducteurs de leurdits Besognes, Marchandises & Debtes, jouir & user pleinement & paisiblement, cesaant & faisant cesser tous troubles & empêchemens au contraire, lesquels si fait mis ou donnez n'estoient réparez, les remettez & faites réparer & remettre incontinent & sans délai, au premier estat & deub, pourveu que lesdits Supplians, leurdits Facteurs, Serviteurs, Entremetteurs, Porteurs, Voituriers & Conducteurs ne seront, ne contraire, ni préjudiciable á Nous, nostredit Royaume, Pays, Terres, Seigneuries & Sujets. Donné à Compiegne l'onzième jour de Novembre, l'an de grace mil cinq cens quarante-neuf & de nostre Regne le troisième. Ainsi signé par le Roy, Messire François de Comun, Maistre des Requestes de l'Hostel present. sig. Delaubespine."

(Staatsarchiv Luzern, Akten Frankreich, Bünde)

Kapitel IV

DIE STELLUNG DER EIDG. KAUFLEUTE WÄHREND DER RELIGIONSKÄMPFE IN FRANKREICH

Die Unruhen und Wirren, die den Glaubenskämpfen in Frankreich vorausgingen, trafen auch Lyon, die zweitwichtigste Stadt im Königreich, um deren Besitz Katholiken und Protestanten rangen. Als im April 1562 die Hugenotten der Dauphiné unter dem Marquis des Adrets Lyon in ihren Besitz brachten, kam es zu Katholikenverfolgungen und Bilderstürmen. Die allgemeine Unsicherheit in der Stadt war so groß geworden, daß die Messen außerhalb Lyons abgehalten werden mußten; sie fanden 1562 und 1563 in Montluel statt¹⁾.

Auf die Bitte Condés, des Führers der Hugenotten, entschloß sich Bern 13 bis 14 Fähnlein zu deren Unterstützung nach Frankreich zu entsenden. Sie wurden nach Lyon geschickt und dort von dem hugenottischen Gouverneur des Adrets freudig empfangen²⁾. Da Lyon sich unter hugenottischer Herrschaft in offenem Aufstand gegen den König befand, konnte die Unterstützung durch Bern leicht als Bruch des Ewigen Friedens von 1516 ausgelegt werden. Auch in St.Gallen wurde die Entwicklung in Lyon mit Sympathie beobachtet und Freiwillige zur Unterstützung der reformierten Sache entsandt. Die Tagsatzung betrachtete diese Vorgänge mit Sorge, und "da die von St.Gallen ... gegen den ewigen Frieden gehandelt, will man sie zur Rede stellen."³⁾. Die Proteste des französischen Gesandten gegen die Unterstützung der Hugenotten, die an der Tagsatzung vorgebracht wurden, hatten Erfolg und bereits im April 1563 traten die eidg. Truppenkontingente den Rückmarsch in die Heimat an⁴⁾. Im Sommer 1563 kehrte Lyon

1) Vgl. Ruby, a.a.O., S.395

2) Vgl. Rott: Histoire de la représentation diplomatique, a.a.O., Bd.II

3) EA IV, Abt.2, no.190,z, Baden, 14. März 1563

S.44

(Staatsarchiv Luzern, allg. Abschiede, Bd.T, S.38)

4) Vgl. Rott: Histoire de la représentation diplomatique, a.a.O., Bd.II, S.49

unter die Herrschaft des Königs zurück, die Messen wurden wieder dort abgehalten und im Juni des folgenden Jahres besuchten König Karl IX. und die Königinmutter Maria von Medici die Stadt.

Während des königlichen Besuchs wurde die seit 1551 von der Stadt eingezogene Douane von Lyon⁵⁾ samt anderen Rechten einem Florentiner Wechsler, Lodovico Diaceto, vom König in Pacht gegeben.

Die Douane von Lyon war bis dahin nur eine zweitweilige Abgabe gewesen, um die dem König von der Stadt gegebenen Anleihen zu tilgen, da aber der neue Pächter sie auch während der Messezeiten erhob, wurde sie zu einer ständigen Einrichtung. Anlässlich der Bundeserneuerung im Dezember des Jahres 1564 hielten es die Kaufleute für richtig, ihre Klagen vorzutragen, denn trotzdem sie durch das Patent Heinrichs II. vom 19. Februar 1553 von der Douane befreit waren, gab es wieder Schwierigkeiten hinsichtlich des unbehinderten Geldexports. St. Gallen trug der Tagsatzung die Beschwerden der Kaufleute vor, "besonders dass dieselben an den Toren in Lyon beim Ein- und Austritt ihre Barschaft vorzeigen müssen, was für sie mit großer Gefahr verbunden und zudem wider den Friedensvertrag ... sei"⁶⁾. Auch die eidg. Orte meldeten ihre verschiedenen Wünsche an, so erstrebte z.B. Freiburg erweiterte Vorrechte für seinen Wollhandel und das Wallis wollte in erster Linie seine Salzversorgung gesichert sehen, da neue Zölle das Salz erheblich verteuert hatten. Den gemeinsamen Anstrengungen der Kaufleute gelang es, im Juli 1565 den König zu bewegen, ein Schreiben an den Gouverneur von Lyon zu richten, in welchem diesen befohlen wurde, die Vorrechte der eidg. Kaufleute in jeder Beziehung zu respektieren⁷⁾. Am 22. Juli 1565 wurde in Mont-de-Marsan die alte Vereinung neu beschworen und gleichzeitig von Karl IX. das den St. Galler Kaufleuten von Heinrich II. 1549 ver-

5) Vgl. Kap. III, S. 85

6) EA IV, Abt. 2, no. 235, b, Freiburg, 2. Oktober 1564
(Staatsarchiv Luzern, allg. Abschiede, Bd. T, S. 248)

7) SAZ, Mappe 149 (1481-1599), no. 25
(Schreiben vom 22. Juli 1565)

liehene Patent bestätigt⁸⁾. Entgegen allen Patenten und Geleitbriefen wurde aber bereits im folgenden Jahr von ihnen die Zahlung neuer Zölle verlangt, und einmal mehr mußten sich die Kaufleute um Unterstützung an ihre Oberen wenden. In Lyon forderten die Zollbeamten neuerdings eine Abgabe von 10 livres auf jede Last Safran, soweit sie aus Frankreich, und 40 livres auf jede Last Safran, soweit sie in Spanien gekauft worden war. Auf Ersuchen der Tagsatzung schrieb der französische Gesandte Bellièvre⁹⁾ in dieser Angelegenheit einen Brief an die Zollbeamten in Lyon, den diese aber überhaupt nicht beantworteten. Der Gouverneur von Lyon, der sich beim Zollpächter für die Rechte der Kaufleute verwandte, erhielt die Antwort, "wie er den zoll von kün. Mt. empfangen sye im kein natzion ussgesündert; darumb er den zoll haben welli."¹⁰⁾ Die Tagsatzung zu Baden verabschiedete daraufhin eine sehr kräftig gehaltene Protestnote an den König, verbunden mit der Aufforderung, die Rechte der Kaufleute gegenüber den Zollbeamten zu Lyon zu schützen. Zum Schutz der Stadt Lyon vor eventuellen Angriffen der Hugenotten wurde 1567 eine Schweizergarde gebildet und dem Gouverneur unterstellt. Bellièvre beantragte an der Tagsatzung im Namen des Königs, "dass man dem Gubernator zu Lyon 100 Mann¹¹⁾ behufs Errichtung einer Garde bewilligen möge." Die Gesandten der VII katholischen Orte machten dabei zur Bedingung, daß die Hauptmannsstelle und anderen Ämter der Garde nur mit Leuten aus den katholischen Orten besetzt wurden.¹²⁾ 1568 wurde François de Mandelot zum Gouverneur von Lyon ernannt und führte sich in sein Amt ein mit der Anordnung,

8) Vgl. Vogel: a.a.O., S. 35, Text Anhang I, S. 157

9) Pomponne de Bellièvre, Seigneur de Grignon, ordentl. Gesandter, März 1566 bis Januar 1571

10) Stadtbibliothek St. Gallen, Faszikel E, no. 6

11) Vgl. Rott: Histoire de la représentation diplomatique, a.a.O., Bd. II, S. 64, erwähnt 300 Söldner. "Bellièvre, qui éprouvait des difficultés à lever trois cents hommes des "Waldstaetten" pour la garde de Lyon...", ebenso Ruby: Histoire de Lyon, a.a.O., S. 409, erwähnt 300 Söldner für die Garde von Lyon.

12) EA IV, Abt. 2, no. 280, a und b, Solothurn, 7. Januar 1567 (Staatsarchiv Luzern, allg. Abschiede, Bd. V, S. 2)

daß den eidg. Kaufleuten die Höhe der Beträge, die sie mit sich ins Ausland nehmen, wieder in die Pässe einzutragen war. Gleichzeitig mit dieser Maßnahme auferlegte der Gouverneur auf königlichen Befehl allen in Lyon wohnenden ausländischen Kaufleuten eine neue jährliche Steuer, die als Beitrag zum Unterhalt der städtischen Schweizergarde dienen sollte. Sofort entflammte der alte Streit um die Paßeintragungen von neuem. Im März 1569 trug Junker Leonhard Keller von St. Gallen der Tagsatzung die Beschwerden über den Paßeintrag und die neue Steuer vor und bat um Unterstützung¹³⁾. Bereits im Mai antwortete Bellièvre, der König habe befohlen, daß die Vormerkung in den Pässen der Kaufleute unterbliebe, in Bezug auf die neue Steuer sei es aber der Wille des Königs, daß die fünf nations in Lyon jede 75 livres pro "Quatember" bezahlen¹⁴⁾. Der Streit wurde anscheinend zur Zufriedenheit aller Beteiligten beigelegt, denn in den nächsten Jahren kam es zu keinen weiteren Klagen, wie auch die eidg. Kaufleute, obwohl sie fast alle Bürger der protestantischen Orte waren, sich während der französischen Religionswirren streng neutral verhielten.

1. Der Streit der eidg. Kaufleute mit dem Zollpächter Lodovico Diaceto

Zu ernststen Zusammenstößen sollte es mit Lodovico Diaceto, dem Pächter der Douane von Lyon, kommen, als der Pachtvertrag 1570 erneuert wurde. Zur Douane von Lyon gehörte eine Abgabe von 2,5 % vom Wert aller Importwaren, die Karl IX. an sich gezogen und in Pacht gegeben hatte, noch bevor die Schulden des Königs gegenüber

13) EA IV, Abt. 2, no. 332, h, Baden, 13. März 1569
(SAZ, allg. Abschiede, Bd. 125, S. 231)

14) EA, Abt. 2, no. 336, l, Baden, 8. Mai 1569
(Staatsarchiv Luzern, allg. Abschiede, Bd. V, 2, S. 507)
Die eidg. Kaufleute sollten jährlich 400 livres zum Unterhalt der Schweizergarde von Lyon beitragen.

Lyon abgetragen waren, zu deren Tilgung diese Sonderabgabe eigens geschaffen worden war. Da die Wegnahme dieser Sonderabgabe für Lyon einen schweren finanziellen Ausfall bedeutete, erhielt es von Karl IX. die Erlaubnis, eine Abgabe von 2,5 % auf alle fremden, nicht im Königreich hergestellten Waren zu erheben und aus diesen Einnahmen die Schulden der Krone zu tilgen. Für 1569 konnte die Stadt den neuen Zoll reibungslos einziehen, bei der Erneuerung des Pachtvertrags 1570 gelang es dem Pächter Diaceto aber, diesen neuen Zoll in seinen Pachtvertrag miteinzubeziehen. Die Stadt Lyon versuchte alles, um dieses Manöver zu verhindern, aber selbst ein Angebot, die Einnahmen aus dem neuen Zoll a priori mit 20000 Kronen jährlich zu veranschlagen und diesen Betrag von der Schuld des Königs abzuziehen, drang nicht durch. Der Florentiner erhielt die Pacht der Douane von Lyon einschließlich des neuen Zolls, der König machte lediglich die Einschränkung, daß die Pachtsumme solange an die Stadt Lyon anstatt an ihn zu bezahlen war, bis seine Schulden getilgt waren. Trotzdem sich zwei Gesandtschaften im Namen der Stadt Lyon und der fremden Kaufleute an den Hof zum König begaben, blieb es bei dieser Regelung, und es dauerte nicht lange, bis das harte Vorgehen des Zollpächters als zu drückend empfunden wurde und es zu Zusammenstößen kam. Entgegen ihren verbrieften Rechten wurden auch die eidg. Kaufleute zur Zahlung des neuen Einfuhrzolls gezwungen. Diaceto war in dem Kampf um die Pacht Sieger geblieben, da ein Günstling Katharinas von Medici sein stiller Teilhaber war und er selber zu den Freunden des Königs und dessen Mutter zählte. Durch seine Beziehungen gelang es ihm, sich noch die Pacht der Domänen der Picardie übertragen zu lassen. Der König ernannte ihn zu seinem Hofmeister, worauf er nach Paris zog und sich dort einen prächtigen Palast bauen ließ. Die große Untersuchung der Geschäftspraktiken der Financiers der Krone im Jahre 1584 führte zu seiner Entfernung vom Hof; seiner Witwe erließ Heinrich IV. 1595 die Summe, die ihr Mann auf die Lyoner Douanepacht schuldig geblieben war¹⁵⁾.

15) Ehrenberg: a.a.O., Bd.I, S.306.

Es waren die St.Galler Kaufleute, die als Sprecher ihrer "nation" die Zustände beim Lyoner Zoll 1571 zunächst dem Rat der Stadt St.Gallen und dann der Tagsatzung vortrugen. Während der Gouverneur von Lyon ihre Vorrechte respektierte, wurden diese von den Zolleinnehmern, die nicht einmal den königlichen Befehlen nachkamen, gänzlich mißachtet. Der Zoll wurde zwangsweise erhoben und bei Weigerung wurden die Waren beschlagnahmt. So hatte z.B. das Handelshaus Sebastian Zollikofer & Gesellschaft Safran in Frankreich und Spanien gekauft, um ihn über Lyon in die Eidgenossenschaft zu führen. Auf seine alten Rechte bestehend hatte es in Lyon die Zahlung des Zolls verweigert, woraufhin die Warenladung beschlagnahmt worden war. Einem vom König erwirkten Befehl zur Freigabe waren die Zollbeamten nicht nachgekommen, so daß sich die Firma genötigt sah, unter Protest die Zollgebühren zu zahlen, um nicht das Frankreich- und Spaniengeschäft zu verlieren¹⁶⁾. Dem neuen französischen Gesandten Gaudart wurden die Beschwerden vorgelegt, der zunächst mit den bereits bekannten Ausreden antwortete, dann aber schließlich doch versprach, sich beim König für eine Änderung der Zustände in Lyon einzusetzen¹⁷⁾. Der König entschied den Streit zu Gunsten der Kaufleute in Lyon, aber Diaceto weigerte sich einfach, den Befehlen des Herrschers nachzukommen. Als Vertrautem des Königs war ihm sicher bekannt, daß Karl IX. nur unter dem Druck der politischen Verhältnisse die Vorrechte der Eidgenossen in Schutz nahm und es nicht einmal ungern sah, daß seine Befehle nicht oder nur sehr lässig befolgt wurden. Der Schutz der eidg. Handelsvorrechte mußte einen erheblichen Rückgang der Zolleinnahmen und damit auch der Pachtrente mit sich bringen, und auf die Einnahmen aus den Zöllen wollte und konnte der König nicht verzichten. Da die königlichen Befehle lediglich auf dem Papier standen und ihnen in keiner Weise gefolgt wurde, kam es zu neuen Protesten beim französischen Gesandten. Dieser

16) SAG, Ratsprotokoll der Stadt St.Gallen, 19.Dezember 1570

17) François Gaudart, Seigneur de la Fontaine, außerordentl. Gesandter, Januar 1571 bis Februar 1573

entgegnete nun nicht mit Ausflüchten und leeren Versprechungen, sondern versuchte die Sachlage zu Ungunsten der Kaufleute zu ändern, indem er dem Artikel IX des Ewigen Friedens eine neue Interpretation gab. Seine Auslegung ging dahin, daß nur die französischen Exportwaren, die in die Eidgenossenschaft gebracht und dort verbraucht oder verschließen wurden, zollfrei seien. Die Tagsatzung konnte sich dieser, den freien Handel der Eidgenossenschaft bedrohenden Auslegung nicht anschließen, "dan wo man in anem wicht, wird es by dem selbigen nit bliben, sonder nach und nach merers und beschwerlichers volgen."¹⁸⁾ Im Juli 1571 ging ein in sehr nachdrücklichem Ton gehaltenes Schreiben der Tagsatzung an den König, in dem Karl IX. aufgefordert wurde, endlich durch ein Patent die alten Vorrechte der eidg. Kaufleute anzuerkennen, oder aber der Marchtag zu Bätterlingen werde Recht sprechen müssen. Dieses energische Schreiben tat seine Wirkung, denn bereits am 1. August 1571 wurden durch Patent Karls IX. alle Rechte der Kaufleute ausdrücklich bestätigt und die Befreiung von den neuen Zöllen in Lyon oder anderen Orten des Königreichs attestiert¹⁹⁾. Das neue Patent wurde vom Gouverneur von Lyon in feierlicher Weise veröffentlicht und anerkannt, aber Diaceto mißachtete mit erstaunlicher Hartnäckigkeit auch dieses Patent, erklärte die von ihm eingeführten Neuerungen als rechtsgültig und zwang die Kaufleute, den Zoll weiter zu bezahlen. Gleichzeitig reichte er aber einen Protest beim König ein, in dem er geschickter als der französische Gesandte es getan hatte, die Artikel des Ewigen Friedens zu seinen Gunsten auslegte. Er behauptete, die von Franz I. unterzeichneten Artikel könnten nur so verstanden werden, "dann das die Eidtgnossen, so durch Frankhrych mit leib oder gûtt handlend und wandlend, nitt höher beschwärt oder undertruckt werdint mit einicherlei anlagen oder zöllen, dan die Frantzosen und des Khunigs underthonen selbs, ... dann es hat weder recht noch fûg, das der Kunig sölte fromde nationen, wie gûte freundt und

18) SASG, Faszikel XIV, Mappe 1, no. c

19) Vgl. Vogel: a.a.O., S. 37, Text Anhang I, S. 157

pundtsгноssen sy ie werendt, der zöllen und beschwården freien, diß seine underthonen gedulden und tragen müessendt; dan er were gleich einem, der mitten im winter seinen güten beltzrockh usszuge und erfrüre, entgegen seinem fründt anlegte., in vor frost zu bewahren, sich selbs verderbe und ine reich mache." Es sei den französischen Kaufleuten unmöglich, mit den Eidgenossen zu konkurrieren, wenn diesen alle Vorrechte gewährt würden, die sie forderten, und der gesamte Handel werde in die Hände der eidg. Kaufleute übergehen. Auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Eidgenossen selber "an gelt nit gwaltig gnug werendt, alle ding in ire hand ze bringen, funden sie doch bey fremden nationen gsellschafft gnug, die mit inen under die deckhen schluffendt, dess schins eidtgnöschscher freyheitt gebrauchendt und damit das gantz Franckhreich verderbtendt."²⁰⁾ Diese Gegenargumente waren mindestens teilweise berechtigt, aber in Wahrung ihrer Interessen konnten die Kaufleute sie nicht anerkennen. Als Gegenmaßnahme auf Diacetos Protest strebten sie, ähnlich wie es Rainsberg 1553 getan hatte, ein gerichtliches Urteil an, in welchem ihre alten Zollprivilegien amtlich bestätigt würden. Die politischen Verhältnisse in Lyon waren günstig für diesen Schritt, denn die Behörden der Stadt standen, ebenso wie sie 1553 den königlichen Zolleinnehmern feindlich gegenüber gestanden hatten, nun im Jahre 1573 dem Florentiner Zollpächter ablehnend gegenüber. Vor dem obersten Gerichtshof in Lyon traten am 1. September 1573 vier ehemalige Angestellte der Douane von Lyon auf und sagten als Zeugen aus, daß die eidg. Kaufleute bisher keinen Zoll auf Safran und andere Waren hatten zahlen müssen. War eine Zahlung des Zolls widerrechtlich erzwungen worden, sei durch königliche Erlasse stets die Rückzahlung befohlen worden²¹⁾. Karl IX. nahm sich aber Zeit, denn erst am 29. November 1573 ging dem Gouverneur von Lyon,

20) SASG, Faszikel XIV, Mappe 1, no. g
(Übersetzung der Protestnote Diacetos)

21) SAZ, Mappe 149 (1481-1539), no. 29
(Protokoll der Verhandlungen vom 1. September 1573)

Mandelot, der Befehl zu, den Zollpächter Diaceto zu zwingen, das Patent von 1571 zu achten²²⁾. Mit diesem Befehl des Königs war der Streit um die Befreiung von der Douane von Lyon zunächst zu Gunsten der Kaufleute beigelegt worden.

Während noch der Streit um die neuen Zölle anhängig war, flammte der blutige Kampf der Glaubensparteien in Frankreich durch die Ereignisse der Bartholomäusnacht neu auf. Am 24. August 1572 kam es zu den "Matines Parisiennes", denen am 31. August 1572 die "Vespres Lyonnaises" folgten. Den Unruhen fielen in Lyon über 800 Menschen zum Opfer, und da der Gouverneur nicht über genügend Gewalt verfügte, um die Ordnung wieder herzustellen, blieb die Stadt ihrem Schicksal überlassen²³⁾. Die eidg. Kaufleute, die in der Mehrheit Bürger reformierter Orte waren und selber dem neuen Glauben anhängen, scheinen bei den "Vespres Lyonnaises" nicht zu Schaden gekommen zu sein. Der Prozeß gegen Diaceto lief während des ganzen kritischen Jahres 1572, aber in den Prozeßakten findet sich nirgends eine Erwähnung der Vorfälle vom 31. August, wie auch in den Schriftstücken der Tagsatzung keine Klage über Belästigungen oder Verluste an Eigentum oder Menschenleben zu finden ist. Es kann mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß die "Garde de Lyon", die sich aus Angehörigen der katholischen Orte der Eidgenossenschaft rekrutierte, ihren reformierten Miteidgenossen die Bundestreue hielt, während in Frankreich die Glaubensgegensätze immer größer wurden und die feindlichen Parteien sich mit der Waffe in der Hand gegenüber standen. Auch die Konstellation in der großen Politik mag das Ihrige getan haben, um die eidg. Kaufleute vor Verlusten zu schützen. König Karl IX. war 1574 gestorben und sein Bruder bestieg als Heinrich III. den Thron Frankreichs. Heinrichs Bruder, der Herzog von Alençon, fühlte sich zurückgesetzt und ging im Herbst 1575 ein Bündnis mit den Hugenotten ein, diesen

22) SASG, Faszikel XIV, Mappe 1, no.g

23) Vgl. Ruby: Histoire de Lyon, a. a. O., S. 421

damit Gelegenheit bietend, gegen den katholischen Thron zu rebellieren. Sie riefen ihre Anhänger im Ausland auf und Johann Casimir, der Sohn des Pfalzgrafen, rüstete seine Söldner und Reiter. Er und das Haupt der Hugenotten, der Prinz von Condé, versuchten die reformierten Orte der Eidgenossenschaft für sich zu gewinnen und warben Truppen in Bern. Trotzdem die Regierung von Bern strengste Neutralität beachtete, genoß die Sache der Hugenotten unter dem Volk große Sympathien, so daß die Werber Condés die Kapitulation für zwei Regimenter abschließen konnten und sich auf den Werbeplätzen im Berner Jura Tausende von Freiwilligen sammelten. In Lothringen vereinigten sich die eidg. Söldner mit den Truppen Johann Casimirs und marschierten mit diesen an die Loire, wo sie sich mit den Hugenotten unter dem Befehl des Herzogs von Alençon vereinigten. Es kam jedoch nicht zum Kampf, denn Maria von Medici konnte unter ihren Söhnen vermitteln. Am 6. Mai 1576 wurde der Friede zwischen ihnen geschlossen, der den Hugenotten freie Religionsausübung und Sicherheitsplätze zubilligte, die Soldtruppen aber leer ausgehen ließ, obwohl König Heinrich III. ihnen den Sold für fünf Monate versprochen hatte²⁴⁾.

Im April 1575 hatte Heinrich III. zu Paris den eidg. Kaufleuten ihre alten Rechte bestätigt²⁵⁾. Am 11. Mai 1575 gelang es den Kaufleuten vor der "Cour des Aides"²⁶⁾ einen Prozeß gegen Louis Sertain, den Zollpächter von Paris, zu gewinnen, Sertain hatte einen neuen Zoll auf Seidenstoffe, gold- und silbergewirkte Tuche und auf Waren

24) Vgl. Feller: a.a.O., Bern 1953, Bd.II, S.424, ebenso vgl. Rott: Histoire de la représentation diplomatique, Bd.II, S.170

25) Vgl. Vogel: a.a.O., S.43

"Lettres Patentes de Charles IX. & d'Henry III. ce dernier Roy de France & de Pologne, à Paris au mois d'Avril 1575. signées sur le repli, par le Roy, Brussart, sont conformes à toutes les autres cy devant."

26) Vgl. Esmain: a.a.O., S.401

Die Cour des Aides war ein unabhängiger Gerichtshof in Paris, der bei Zoll- und Streitigkeiten in letzter Instanz zu urteilen hatte. Er war Appellationsgericht für eine Reihe niederer Gerichte.

aller Art gelegt, und auf Weigerung der eidg. Kaufleute, diesen Zoll zu bezahlen, ihre Waren beschlagnahmt und sie dadurch zur Zahlung gezwungen. Der Spruch des Gerichtshofs ist insofern interessant, daß im Urteil nicht nur die Beschlagnahme aufgehoben und die zu Unrecht erhobenen Zollgebühren zurückerstattet werden mußten, sondern daß überdies der Zollpächter die Kosten des Verfahrens zu tragen hatte²⁷⁾.

2. Die Einführung der Traite domaniale, 1577, und die Bündnis- erneuerung zwischen Frankreich und der Eidgenossenschaft, 1582

Ein Edikt vom Februar 1577 brachte einen neuen Ausfuhrzoll, die "traite domaniale", die auf Getreide, Lebensmittel, Wein, Leinwand, Farbstoffe und eine Reihe anderer Waren erhoben wurde. Entlang der Grenze und in den Häfen wurden 16 neue Büros errichtet, um den neuen Zoll zu erheben. Die ins Ausland gehenden Waren mußten diese vorgeschriebenen Zollstationen, die "Bureaux des Ports et Passages", passieren. Die traite domaniale sollte auf alle zollpflichtigen Waren gleichmäßig angewendet werden, ohne Rücksicht auf Privilegien gleich welcher Art zu nehmen²⁸⁾. In Lyon wurde ein Bureau de Ports et Passages für die Gebiete des Lyonnais, Beaujolais und Forez eingerichtet und mit königlichen Beamten besetzt. Die traite domaniale war ein echter Wertzoll, ebenso wie es die drei alten Zölle

27) Vgl. Vogel: a.a.O., S.43

"Extrait du Registre de la Cour des Aydes d'un Arrest en datte de l'onzième May 1575. signé Vezue, par lequel les Marchands ont esté maintenus en la jouissance de leursdits Privileges & Exemptions contre Louïs Sertain, Fermier de l'Imposition nouvelle mise sur les Draps d'or, d'argent, fil de soye, & autres Marchandises entrans en la Ville de Paris, leur a esté donné mainlevée des Marchandises saisis sur eux, avec restitution des deniers consignez & des dépens."

28) Vgl. Levasseur: Histoire du Commerce, a.a.O., Bd.I, S.251

waren, wurde aber im Gegensatz zu diesen auch während der Messe erhoben. Die Erträge aus dem neuen Zoll sollten zur Deckung der großen Verpflichtungen Heinrichs III. gegenüber der Eidgenossenschaft dienen. Obgleich keinerlei Vorrechte eine Ausnahme von der *traite domaniale* gestatteten, haben die eidg. Kaufleute diese anscheinend nicht bezahlt, denn es finden sich keine Klagen über diesen Zoll in den Urkunden der damaligen Zeit. Auch in diesem Fall scheint die weltpolitische Lage die eidg. Kaufleute begünstigt zu haben, denn Heinrich III. konnte sich zu jenem Zeitpunkt keine Auseinandersetzungen mit der Eidgenossenschaft gestatten.

Im Jahre 1581 war das französische Bündnis erloschen, unter Hinterlassung eines Berges von Schulden, die Frankreich noch gegenüber der Eidgenossenschaft abzutragen hatte. Die VII katholischen Orte waren durch ihr savoyisches Bündnis Frankreich zumindest entfremdet worden und es lag nahe, daß sie unter dem Einfluß der spanischen Freundschaftswerbung und des spanischen Goldes zu einem Bündnis mit Philipp II. von Spanien hinneigten. Maria von Medici erkannte klar, daß der Verlust des Bündnisses für Frankreich die große Schwächung bedeuten mußte, und durch Abzahlung von 600000 Kronen auf die dringendsten Schulden gelang es ihr zu erreichen, daß die XIII Orte und ihre Zugewandten das alte Bündnis am 21. Juli 1582 erneuerten, welches am 2. Dezember in der Notre-Dame zu Paris feierlich beschworen wurde. Die alten kaufmännischen Vorrechte wurden in allgemeiner Form bestätigt: so wurde Freiheit des Handels und Wandels garantiert (Art. 14), den Eidgenossen wurde erlaubt, ohne jede Neuerung, Salz und Korn in Frankreich einzukaufen (Art. 16), und den Kaufleuten wurde zugesichert, daß sie nur die alten Zölle zu zahlen hatten und es auch in Zukunft dabei bleibe (Art. 21)²⁹⁾.

29) Vgl. Hortinus, Emanuel: Sammlung der vornehmsten Bündnisse, Verträgen, Vereinigungen etc., welche die Cron Franckrych mit loblicher Eydgnosschaft und Dero Zugewandten Ins gesamt und ins besonders auffgerichtet, Bern, 1732, S. 278 Art. 21: "Es solendt ouch nach Inhallt dess ewigen Fridens zwüschen der Cron
Forsetzung S. 125

Den Vertretern der kaufmännischen Standesinteressen war es noch gelungen, am 8. Dezember 1582 ein besonderes königliches Patent zu erhalten, in dem den Kaufleuten von Freiburg, Basel, Schaffhausen und St. Gallen ihre alten Freiheiten ausdrücklich bestätigt wurden³⁰⁾. Im Gegensatz zur vorbehaltlosen Anerkennung der Vorrechte der eidg. Kaufleute und deren Bestätigung vom Juli und Dezember 1582 stand ein Edikt Heinrichs III. vom Herbst 1581. Durch dieses Edikt wurden alle Importwaren mit einem neuen Zoll, dem "droit d'entrée des grosses denrées et marchandises" belegt, von dem sie nur befreit waren, wenn sie die Douane von Lyon passierten. Anfang Dezember 1582 wurden die Anwendungsbestimmungen des neuen Zolls verschärft, da der König auf Ansuchen des Generalpächters des neuen Importzolls befahl, daß dieser ohne Ausnahme auf alle Warengattungen angewendet werden sollte und die Ausnahmerechte, die von zahlreichen Provinzen und freien Städten in Anspruch genommen wurden, durch ein Edikt aufhob³¹⁾. Die unbestimmte Form, in der die Aufhebung der Privilegien für bestimmte Stände vorgenommen wurde, trug die Gefahr in sich, daß auch die eidg. Kaufleute zur Zahlung des neuen Zolls herangezogen werden konnten.

Forsetzung von Anm. 29):

Franckrych vnd gemeiner Eydtgnoschafft vfericht vnser der Eydtgnossen Kouflüth mit Erworderung der Zollen vnnd in allen anderen Sachen in vnser König Heinrichen Landen nit anderst gehalten werden vnd wyter von ihnen nit ervorderst noch genommen, dann wie von allterhar, by dem sy ouch vngesteigerot bliben sollendt; dieselben vnser beydersydts kouflüth, Bilger, Potten vnd all ander, so in vnser beydersydts Landen handeln vnd wandeln, sollendt ouch mit irem Lyb vnd gut fry, sicher vnd vnversucht wandeln vnd handeln nach irer besten Glegenheytt, doch sich kheines Betrugs vnd List darin gebruchen."

30) EA IV, Abt. 2, no. 640, Baden, 21. Juli 1582, ebenso

SASG, Faszikel X, Mappe 1, no. n

Bern und Zürich waren dem Bündnis vom 21. Juli 1582 nicht beigetreten, weshalb die Kaufleute dieser beiden Orte nicht in dem Patent vom 8. Dezember 1582 mit eingeschlossen waren. Bern trat dem Bündnis am 21. Juli 1583, Zürich erst 1614 bei.

31) Vgl. Levasseur: Les classes ouvrières, a. a. O., Bd. II, S. 84

3. Die 2. Revision des französischen Zolltarifs, 1581

Seit der Einführung des Zolltarifs durch Franz I. im Jahre 1540³²⁾ hatte die Teuerung weiter stark zugenommen und die Kaufkraft des livre tournois sank immer mehr, weshalb sich Heinrich III. im Mai 1581 veranlaßt sah, den Tarif von 1540 der zunehmenden Geldentwertung anzupassen. Die neue "Réappréciation générale des marchandises" brachte fast eine Verdoppelung der alten Ansätze³³⁾.

Von der Heraufsetzung der Tarife blieben auch die eidg. Kaufleute nicht unberührt und mußten trotz ihrer neuen Patente "ihre Beschwerden wider die Zollner an der Douane zu Lyon schriftlich in den Abschied geben."³⁴⁾ Auf Ersuchen des französischen Gesandten Fleury³⁵⁾ überreichten "die Kaufleute gemeiner Eidgenossenschaft" ihm auf der Tagsatzung vom 25. November 1584 ihre Beschwerdeschrift, in der ihre Forderungen in acht Punkten zusammengefaßt dargestellt waren³⁶⁾. Eingangs wurde betont, daß die zollfreie Einfuhr nach Lyon so alt war wie die Messen selber, und einst bewilligt worden sei, um den Handel von Genf nach Lyon zu ziehen. Sie forderten deshalb³⁷⁾:

1. Alle Güter, gleichgültig ob diese aus der Eidgenossenschaft oder dem Reich stammten und ohne Unterschied, ob es sich bei ihnen um Natur- oder gewerbliche Produkte handelte, waren soweit sie durch eidg. Kaufleute nach Frankreich eingeführt wurden, von allen Einfuhrzöllen zu befreien. Zu den gewerblichen Produkten zählten sie auch

32) Vgl. Kap. III, S. 75

33) Vgl. Levasseur: Histoire du Commerce, a.a.O., Bd. I, S. 198
Vergleichsübersicht s. Anhang II, S. 158

34) EA IV, Abt. 2, no. 685, x, Baden, 17. Juni 1584
(Staatsarchiv Luzern, allg. Abschiede, Bd. AA, S. 258/59) ebenso
EA IV, Abt. 2, no. 691, h, Baden, 26. August 1584
(Staatsarchiv Luzern, allg. Abschiede, Bd. AA, S. 312)

35) Henri Clausse, Sieur de Fleury, ordentl. Gesandter, September 1582 bis Mai 1586

36) EA IV, Abt. 2, no. 695, w, Baden, 25. November 1584
(Staatsarchiv Luzern, allg. Abschiede, Bd. AA, S. 352)

37) SASG, Faszikel XIV, Mappe 1, no. i

"samet und dergleichen wahren, die im land gewäben und gemacht, wie auch syden, so man Filiselli und Galetin³⁸⁾ nempt, so im land gesponnen wird."

2. Safran und alle andern Gütern, die außerhalb Frankreichs gekauft würden, aber im Transitverkehr durch das Königreich gingen, hatten von allen Ein- und Ausfuhrzöllen befreit zu sein.

3. Auf alle in Frankreich gekauften Waren, wie Wolle, Safran, Öl, Pelzwerk, Drogen, Lederdecken und andere Güter, aber auch auf Bargeld, sollten keine neuen Abgaben mehr zu entrichten sein.

4. Die Ein- und Austrittsgebühren an den Stadttoren, die zur Zeit des Abschlusses des Ewigen Friedens niedrig gewesen, aber mit Bewilligung des Königs erhöht worden waren, sollten nicht weiter erhöht werden.

5. Der freie Export von Geld, Gold, Kleinodien und Kleidern sollte wieder hergestellt werden, ohne daß dafür wie es bisher vorgeschrieben war, Pässe gelöst und an den Toren und Grenzen vorgewiesen werden mußten.

6. Den Kaufleuten war das Recht zum Waffentragen in Frankreich zuzugestehen, "zu ross und zu fuss, zu beschirmung des lybes und guts zu tragen und zu füren."³⁹⁾

7. Die Wohnungen und eigenen Häuser der Kaufleute in Frankreich, in denen sie ihr Gewerbe oder ihre Niederlassungen hatten, sollten in Kriegszeiten oder bei Kriegsrüstungen nicht mehr mit Söldnern

38) Vgl. Glafey: Textillexikon, a.a.O., S.253 und 298

Filisoli (filoselle) ist eine Floretseide, die aus der äußeren Hülle des Kokons gesponnen wird.

Galeti ist eine Floretseide, die aus den durchlöcherten Samenkons gesponnen wird.

Die Samt- und Seidenmanufaktur wurde 1555 durch Bürger von Locarno eingeführt, die wegen ihres reformierten Glaubens geflohen waren und sich in Zürich niedergelassen hatten.

39) Vgl. EA II, Beilage no.33, 27. Februar 1453

Das Recht zum Waffentragen geht auf die erste Bundeserneuerung mit Karl VII. von Frankreich zurück.

belegt werden dürfen und auch keine neuen Belastungen erfahren.

8. Die Kaufleute erklärten sich bereit, um nicht in den Verdacht zu kommen, anderen Nationen oder den Franzosen selber "dass brot vor dem mul abschnyden und die gwerbschafften all zu iren handen ze ziehen begärend", daß jeder eidg. Kaufmann, der mit anderen als unter Punkt 1 genannten Waren handelt, "von der sonst noch nie kein spann gewäsen", in Frankreich allen königlichen Abgaben, Zöllen, Douanen und Neuerungen unterworfen sein solle, "wie ein inwoner und Frantzoss selb". Für seine Person selber hatten aber alle den Eidgenossen verbrieften Freiheiten Gültigkeit zu besitzen.

Den Forderungen schloß sich die Bitte an, der König möge dafür Sorge tragen, daß die Eidgenossen in ihren Freiheiten nicht behindert werden und andere Nationen vor ihnen den Vorrang haben. Über das Abkommen sollten "vollkomne patente in bester formb uffgerichtet" und in Lyon und der Eidgenossenschaft hinterlegt werden. Gleichzeitig damit sollte an alle Zollstellen der strenge Befehl ergehen, die Rechte der eidg. Kaufleute zu beachten. Selbstverständlich mußte der Gesandte Fleury nach dem Studium der Eingabe der Tagsatzung erklären, "daß er sich auf dieselbe einzulassen keine Vollmacht habe". Die Versammlung beschloß dann auch, die Anträge der Kaufleute dem König direkt zu übersenden, "mit dem Begehren, er möchte dafür sorgen, daß dem ewigen Frieden nachgelebt werde und daß Bevollmächtigte von beiden Parteien einen gütlichen Vergleich über die obwaltenden Umstände entwerfen."⁴⁰⁾ In seinem Buch "Ludwig XIV. und die schweizerischen Kaufleute" vertritt Paul Schweizer⁴¹⁾ die Ansicht, der Anlaß zu dieser Beschwerdeschrift der eidg. Kaufleute sei ein Edikt aus dem Jahre 1585 gewesen, das

40) EA IV, Abt. 2, no. 699, h, Baden, 24. Februar 1585
(SAZ, Abschiede, Bd. 129, S. 391)

41) Vgl. Schweizer, Paul: Ludwig XIV. und die schweizerischen Kaufleute, Zürich, 1881, S. 139

die Einfuhrzölle von Lyon betraf. Aus den Urkunden geht aber mit absoluter Sicherheit hervor, daß die "Réappréciation générale des marchandises" von 1581 der tatsächliche Anlaß dazu war.

4. Der Bürgerkrieg der Drei Heinriche

Die politische Konstellation in Europa war diesmal dem Anliegen der eidg. Kaufleute nicht günstig. Im Jahre 1584 war der Herzog von Anjou, der Bruder des Königs, gestorben, wodurch der kinderlose Heinrich III. der letzte Vertreter des Hauses Valois auf dem Thron Frankreichs war. Sein nächster Verwandter, Heinrich von Bourbon, König von Navarra und Haupt der Hugenotten, war nach salischem Thronfolgerecht sein legitimer Nachfolger. Mit diesem Erben der Krone zog aber für das katholische Frankreich die Gefahr herauf, von einer reformierten Minderheit regiert zu werden. Vorsorglich sammelte deshalb Herzog Heinrich von Guise die Katholiken in der Liga, um dem hugenottischen Kronerben den Thron zu verwehren. Zur Erreichung dieses Ziels verband er sich sogar mit dem habsburgischen Erbfeind Frankreichs, und Philipp II. von Spanien sicherte der Liga nur zu gerne seine volle Unterstützung zu. Mit dieser Rückendeckung konnte Heinrich von Guise es wagen, Heinrich III. zum Widerruf seiner Zugeständnisse an die Hugenotten zu zwingen, wodurch es zum "Bürgerkrieg der drei Heinriche" kam. Den spanischen Goldlockungen erlagen auch die VII katholischen Orte⁴²⁾, zumal das Geld aus Frankreich nicht mehr floß, und beschworen am 12. Mai 1587 das Bündnis mit Philipp II., das sie vom Alldruck einer reformierten Überlegenheit in der Eidgenossenschaft befreite⁴³⁾. Es ist nicht überraschend, wenn die eidg. Kaufleute in diesen turbulenten Zeiten nichts mehr von den Abmachungen zur gütlichen Rege-

42) Uri, Schwyz, Unterwalden, Luzern, Zug, Freiburg, Solothurn

43) Vgl. Feller: a.a.O., Bd.II, S.436

lung ihrer Differenzen mit Heinrich III., oder von einem neuen Patent vernahmen, wie sie es auf der Tagsatzung vom 24. Februar 1585 gefordert hatten. Die folgenden Jahre mußten daher neue Komplikationen mit sich bringen.

5. Die Ausdehnung der Rechte der Douane von Lyon

In konsequenter Fortsetzung ihrer Finanzpolitik verfügte die Krone im Jahre 1585 durch ein Edikt, daß alle Waren, die in Marseille ankamen und für den Verbrauch im Inland bestimmt waren oder nach Savoyen, Piemont und Avignon weitergingen, nach Lyon zur Verzollung gebracht werden mußten. Das gleiche galt auch für die Waren, welche aus dem Reich, Flandern oder England auf der Saône und Rhône nach Marseille oder Italien geführt wurden. Durch diese Verordnung verlor die Douane von Lyon ihren ursprünglichen Charakter von 1540, und die Auslegung durch den Zollpächter führte dazu, daß nicht nur die Transitgüter bei der "Douane de Lyon" zu verzollen waren, sondern auch sämtliche Güter der drei Provinzen (Languedoc, Dauphiné, Provence) durch die der Transitverkehr ging, gleichgültig ob es sich dabei um Waren handelte, die in Frankreich blieben, oder für den Export bestimmt waren. Die Neuerung kam einer Erweiterung der Rechte der Douane von Lyon gleich und erstreckte sich auch auf die Safranladungen der eidg. Kaufleute, die damals anscheinend nicht mehr über Toulouse gingen, sondern den Seeweg über Marseille nahmen und von dort über Lyon in die Eidgenossenschaft gelangten⁴⁴⁾. Auch wegen der lokalen Weg- und Brückenzölle kam es zu Streitigkeiten, da die Zolleinnehmer sich in zunehmendem Maß weigerten, die Freiheiten der eidg. Kaufleute anzuerkennen. Seit 1587 wurde in Anthon, nordöstlich von Lyon, ein neuer Zoll in Höhe von 2,5 % vom Wert aller Waren erhoben, die auf der Rhône geführt wurden. Die

44) Vgl. Charléty: a. a. O., S. 489

Verweigerung der Zollzahlung führte zur Beschlagnahme der Warenladungen, die nur gegen Stellung von Bürgschaften wieder freigegeben wurden. Die Zwischenfälle veranlaßten die St.Galler Kaufleute, sich im Namen aller ihrer mitbetroffenen Landsleute an den Statthalter der Dauphiné zu wenden, zu der Anthon gehörte⁴⁵⁾. Der Statthalter de la Valette stellte in einer Ordonnanz vom 21. November 1587 fest, daß die eidg. Kaufleute vom Zoll zu Anthon befreit seien und versprach ihnen, die Achtung ihrer Rechte zu erwirken. Einige Wochen später wurde ein Basler und Strasburger Kaufleuten gehörender Wagenzug von 23 Fässern Öl in Anthon zur Verzollung angehalten. Die Kaufleute verweigerten unter Berufung auf de la Valettes Befehl die Verzollung ihrer Waren, worauf der Zollpächter Magnin erklären ließ, die Ordonnanz des Statthalters stehe im Widerspruch zu seinem Pachtvertrag. Auch die Beamten der Zollstation von Anthon beriefen sich auf den königlichen Befehl, alle Waren ohne Ausnahme der Herkunft und ohne Rücksichtnahme auf die Nationalität ihrer Besitzer der Verzollung zu unterziehen. Erneut wandten sich die Kaufleute an de la Valette und erhielten von ihm am 10. Dezember 1587 einen Befehl an die Zollbeamten, die Beschlagnahme aufzuheben. Entgegen dem Freigabebefehl des Gouverneurs blieben die Waren unter Zollverschluß in Anthon liegen⁴⁶⁾ und der Zollpächter Magnin unterbreitete dem Parlament von Grenoble den Rechtsstreit zur Entscheidung, aber auch das Parlament fällte ein Urteil zu Gunsten der Kaufleute⁴⁷⁾.

45) SAZ, Mappe 149 (1481-1599), no. 32

Die Eingabe ist unterschrieben: George Sollicofre et Comp., Jacques Zily et frère, Jacques et heritiers de Simon Sollicofre, Daniel et Christofle Studer, Jacques Selaperis (Schlapritzi, d.V.), Joseph Sollicofre, Melchior Rottemont (Rothmund, d.V.) et frères, Henry Sellon, marchans suisses frequentants les foires de Lyon et avec eux les cantons et alliances de Suisses.

46) SAZ, Mappe 149 (1481-1599), ohne no.

47) SAZ, Mappe 147 (1588), no. 5, 21. Mai 1588, vgl. auch Esmain: a.a.O., S. 374

Das Parlament von Grenoble war das höchste Gericht der Dauphiné.

Bei Androhung einer Strafe in Höhe von 500 Kronen für den Fall, daß sich der Zollpächter dem Urteil des Parlaments nicht unterwerfe, wurde dem Spruch Nachdruck verschafft und die Behinderung des Handels bei Anthon hörte auf. Bei diesen Kämpfen gegen die lokalen Weg- und Brückenzölle handelte es sich nicht um ein kleinliches Bestehen auf verbriefte Rechte, sondern es ging um sehr reale Dinge, denn wären die Gebühren für die Unzahl der Weg- und Brückenzölle in jedem einzelnen Fall bezahlt worden, so hätten sich die Waren in einem erheblichen Ausmaß verteuert.

Mit der Entwicklung zum zentralverwalteten Einheitsstaat bildete sich in Frankreich langsam ein einheitliches Zollsystem aus. Bereits Franz I. hatte den Versuch unternommen, den Tarif zu vereinheitlichen und die Zollstationen an die Grenzen des Königreichs zu verlegen. Heinrich II. hatte das Werk fortgeführt, doch waren seine Reformen größtenteils am Widerstand der Stände gescheitert. Die meisten Binnenzölle stammten noch aus der Zeit der Feudalherrschaft und nicht nur, daß sie unvermindert in Kraft waren, kamen jährlich neue Abgaben hinzu, die den inländischen Warenverkehr außerordentlich behinderten. Fast alle Wegzölle (*péages*) waren im Besitz des Adels, der Klöster und der Städte, und noch im 17. Jahrhundert befanden sich z.B. zwischen Arles und Lyon mehr als 30 Stellen, an denen Zölle erhoben wurden. Auf der Saône zwischen Auxonne und Lyon gab es 18, auf der Rhône bis zur savoyischen Grenze 11 Zollstationen⁴⁸⁾. Ein Ballen Wollstoff hatte auf seinem Weg von Paris nach

48) Vgl. Charléty: *Le régime douanier*, a.a.O., S. 131

Auf Befehl des königlichen Rats wurde am 21. April 1664 eine genaue Liste der Wegzölle (*péages*) zwischen Arles und Lyon aufgestellt. Alle Warengattungen waren diesen Zöllen unterworfen, wobei für Öl, Kohle und Tuche, sowie für das Transportschiff selber noch besondere Tarife bestanden. In Arles wurde pro Ladung 2s 7d bezahlt, in Célestins 4s 7d, in Lubièrre 6d, in Tarascon 4s 6d, in Beaucaire 1s 6d, in Hers 6s, in Roquemaure 7s 6d, in Orange 7s 6d, in Mornas 2s, in Pont-Saint-Esprit 3s, in Bourg-Saint-Andéol 5s, in Viviers d'Ancone, La Voulte, Crussol et Valence, Châteaubourg, Tournon, Saint-Vallier, Saint Rambert, Fortsetzung S. 133

London folgende Stationen zu passieren: in Paris imposition foraine, in Sèvre, Neuilly, Saint-Denis, Chatou, Pecq, Maisons, Conflans, Poissy, Triel, Meulan, Mantes, La Roche-sur-Yon, Vernon, Andelys, Pont-de-Larche und Pont-de-Rouen die Abgaben (péages) für den Transport auf der Seine. In Rouen die Gebühren (droits) der Grafschaft sowie die rêve und haute-passage; hinzu kamen die Gebühren der Admiralität für die Erlaubnis, die Ware aufs Schiff zu bringen, die Abgaben für das Führen der Ware bis an die Mündung der Seine, sowie die Kosten für Ent- und Beladen⁴⁹⁾. Mit vollem Recht konnten die eidg. Kaufleute unter Berufung auf die Artikel des Ewigen Friedens eine Befreiung von diesen Zöllen und Gebühren verlangen, soweit diese nicht bereits vor 1516 bestanden hatten. Die Beamten der Binnenzollämter scheinen auch generell die Freiheiten der eidg. Kaufleute geachtet zu haben, schon allein aus dem Grund, weil ihre Stellung weit schwächer war als die der großen Zollpächter oder der königlichen Beamten. Auch waren in jener Zeit Beamte und Behörden einer Bestechung leicht zugänglich, so daß Konflikte an Ort und Stelle oft auf diese Weise mit einem beide Parteien befriedigenden Ergebnis beigelegt werden konnten.

6. Der Vertrag von Seyssel, 1584

Dem ständigen und zähen Kampf der Kaufleute gegen die Beschneidung ihrer Vorrechte und gegen die Auferlegung neuer Zölle und Abgaben stehen aber auch freiwillige Aufwendungen gegenüber, wenn es sich darum handelte, eine Verbesserung oder Erleichterung des Warenverkehrs herbeizuführen. Deutsche und St. Galler Kaufleute unterhan-

Fortsetzung von Anm. 48):

Serrières, Péage-de-Roussillon, Condrieu, Ozon-on-Vivarais, Aubervives, Vienne, Saint-Symphorien-d'Ozon wurden verschiedene Gebühren erhoben. Von Givors ab war die Rhône frei bis zum Zusammenfluß mit der Saône, wo an der Chafne d'Ainay vor der Einfahrt nach Lyon nochmals 3d zu zahlen waren.

49) Vgl. Levasseur: Histoire du Commerce, Bd. I, a. a. O., S. 197

delten 1584 mit der Stadt Seyssel⁵⁰⁾, die damals noch auf savoyischem Gebiet lag, über den Bau eines Lagerhauses für alle Waren, die auf dem Weg von oder nach Lyon durch Seyssel kamen. Das alte Lagerhaus hatte sich am Ufer der Rhône außerhalb der Stadt befunden und die Waren hatten des öfteren unter den Überschwemmungen gelitten. Der Plan ging nun dahin, in der Stadt selber ein neues Depot zu errichten. Durch einen Vertrag vom September 1584, der zwischen dem Rat der Stadt Seyssel und vier deutschen sowie neun St. Galler Kaufleuten geschlossen wurde, verpflichtete sich die Stadt zum Bau eines festen, an einem gesicherten Platz gelegenen Lagerhauses, dessen Instandhaltungskosten sie mit übernahm. Die Vertragspartner, sowie alle anderen deutschen und eidg. Kaufleute hatten das Recht, gegen Zahlung einer Gebühr von 2 sols tournois⁵¹⁾ pro Charge⁵²⁾ ihre Güter dort einzulagern. Durch einen Zusatzvertrag wurde vereinbart, daß die Stadt gegen eine einmalige Zahlung der Kaufleute in Höhe von 50 Sonnenkronen (écus au soleil)⁵³⁾ die Straße nach Gex so ausbaute, daß sie den Wagenverkehr möglich machte. Gleichzeitig verpflichtete sich Seyssel, die Straße ständig in gutem Zustand zu halten⁵⁴⁾. Es

50) Seyssel liegt südwestlich von Genf im heutigen Departement Haute-Savoie.

51) Vgl. Dupiney de Vorepierre, Jean François Marie: Encyclopédie universelle, Paris o.J., Bd.I, S.906
1 livre tournois hatte 20 sols à 12 deniers

52) Vgl. Tobler-Lomatzsch: Altfranzösisches Wörterbuch, Berlin 1936, Bd.II, S.262

Mit "charge" wurde ursprünglich die Last bezeichnet, die ein Maultier tragen konnte. Viele Abgaben und Zölle wurden nach dieser Einheit bemessen. Da aber Waren auch häufig mit dem Wagen oder per Schiff transportiert wurden, muß die charge ein allgemein gültiges Maß gewesen sein, dessen Gewichtseinheit unbekannt ist.

53) Vgl. Levasseur: Histoire du Commerce, a.a.O., Bd.I, S.226/256
Durch Edikt vom Sept. 1577 wurde der Versuch gemacht, zum Mono-Metallismus zu gelangen. Anstelle des livre tournois (Silber) wurde der écu d'or ab 1. Januar 1578 zur Recheneinheit erhoben und sein Kurs mit 3 livres=60 sols festgesetzt. Ein Edikt vom 16. September 1602 brachte die Rückkehr zum Bi-Metallismus, indem der écu d'or als Recheneinheit wieder abgeschafft wurde. Sein Kurs wurde auf 65 sols festgesetzt, stieg aber ständig, bis er im Juni 1636 5 livres 4 sols erreichte.

54) SAZ, Mappe 147 (1584), no.3

Protokoll der Verhandlungen in Seyssel, 29. September 1584

scheint, daß diesem Vertrag, an dem die Stadt und die Kaufleute in gleichem Maße interessiert waren, zur beidseitigen Zufriedenheit nachgekommen wurde, aber nicht immer stießen die Kaufleute auf das Verständnis der Obrigkeit, wie es die Ereignisse in Lyon anlässlich des Gouverneurswechsels beweisen.

7. Die Kriegskontributionen in Lyon

Trotz aller Vorsicht und Beachtung strengster Neutralität gelang es den eidg. Kaufleuten nicht immer, sich aus den Kämpfen zwischen den Hugenotten und der Liga herauszuhalten. Der Gouverneur von Lyon, Mandelot, wurde 1588 durch den Herzog von Nemours, einen Halbbruder des Herzogs Heinrich von Guise, ersetzt, der als Anhänger der Liga Lyon auf der Seite des Königs in den Glaubenskampf brachte. Die orthodoxen Katholiken schwangen sich zum Herrn der Stadt auf, und neben den protestantischen Einwohnern zogen es sogar die gemäßigten Katholiken vor, die Stadt zu verlassen. Trotz aller Schwierigkeiten, die den ausländischen reformierten Kaufleuten unter dem Regime Nemours gemacht wurden, genossen die eidg. Protestanten eine gewisse Ausnahmestellung. Der Gouverneur befahl am 23. Juni 1589 den beiden St. Galler Kaufleuten Jakob Zily und Georg Zollikofer, sowie den anderen Angehörigen der "nation des suisses", der Liga umgehend ein Darlehen von 2000 écus du soleil zu gewähren, für welches wohlhabende Einwohner der Stadt die Bürgerschaft zu übernehmen hatten⁵⁵⁾. Auf die Weigerung und den Protest der Betroffenen antwortete der Herzog mit der Gefangensetzung der Kaufleute in ihren eigenen Häusern bis die Zahlung geleistet war⁵⁶⁾.

55) SAZ, Mappe 149 (1481-1599), no. 39

56) SAZ, Mappe 149 (1481-1599), no. 38

Noch im Sommer 1600 bemühten sich die Kaufleute vom Conseil du Roi ein Urteil auf Rückzahlung der Kriegskontributionen zu erhalten.

Auch der Sold für die Garnison Lyons, die aus 1200 Kriegsknechten der katholischen Orte bestand, mußte teilweise von den Einwohnern aufgebracht werden, und auch die eidg. Kaufleute hatten sich mit einer Summe von 50 Sonnenkronen an der Kriegskontribution vom Herbst 1589 zu beteiligen,⁵⁷⁾ in diesem Fall wurde ihr Widerstand ebenfalls mit Gewalt gebrochen, denn bis zur Zahlung des Betrages erhielten sie Zwangseinquartierungen. Die Kontribution ging zu Händen der städtischen Hauptkasse (recette générale), die den Kaufleuten auf ihren Wunsch hin bestätigte, daß die Zahlung unter Zwang erfolgt war und nicht als Präjudiz zum Nachteil der verbrieften Freiheiten angesehen werden durfte⁵⁸⁾. Die allgemeine Unsicherheit in Frankreich, die Erhebung neuer Abgaben und Zölle und andere Hindernisse beeinträchtigten die Geschäfte der Kaufleute dermaßen, daß sie es an der Zeit fanden, die Tagsatzung zum Einschreiten anzurufen. Die XIII Orte setzten am 18. März 1593 zwei Schreiben auf, je eines an den Gouverneur und den Rat der Stadt Lyon gerichtet. Nachdem zunächst erwähnt worden war, daß die in Lyon wohnenden Eidgenossen in den gefährlichen Kriegszeiten einen besonderen Schutz genossen hatten und dafür der Dank der Tagsatzung zum Ausdruck gebracht wurde, folgten die Klagen: Die wenigen Waren, die die Kaufleute in diesen Zeiten führen konnten, ertrugen nicht die vielen Zölle der Douane von Lyon, die Ausfuhr der Erlöse in barem Geld war wieder gänzlich eingestellt und verboten worden, eine Regelung, die ihnen, der gemeinen Eidgenossenschaft und dem "armen volckh zu sundrem schaden und abbruch irer geringen lybsnarung gereichen möchte." Auch waren die Kaufleute zu Kontributionen gezwungen worden, und Gouverneur und Rat von Lyon wurden ersucht, die Mißstände abzustellen⁵⁹⁾.

57) Vgl. Rott: La représentation diplomatique, a.a.O., Bd. II, S. 466

58) SASG, Faszikel A X, Mappe 1, ohne no.

59) SASG, Faszikel XIV, Mappe 1, no. m und n

8. Der Kampf Heinrichs III. und Heinrichs IV. gegen die Liga und die Unterstützung durch die Eidgenossenschaft

Noch immer war die politische Lage in Frankreich nicht dazu geeignet, dem Schreiben der Tagsatzung Achtung zu verschaffen. Heinrich III. war zwar dem Namen nach Haupt der Liga, in Wirklichkeit aber ihr Gefangener. Man hatte ihn gezwungen, Heinrich von Guise zum Generalstatthalter von Frankreich zu ernennen, und die Thronfolge schien ihm sicher zu sein. Im Sommer 1588 segelte die Armada nach England und die katholische Macht in Europa sah sich auf dem Höhepunkt ihrer Erwartungen, als sich der Umschwung anzeigte. Die spanische Armada versank in den Wellen und mit ihr die Größe und Macht Spaniens. In Frankreich trugen sich die in Blois versammelten Stände bereits mit dem Gedanken, Heinrich III. abzusetzen und an seiner Stelle den Herzog von Guise zum König auszurufen, als der König am 23. Dezember 1588 Heinrich von Guise, und am 24. Dezember dessen Bruder, den Kardinal Ludwig, im Schloß zu Blois ermorden ließ. Mit diesem Schlag hatte die Liga ihre beiden besten Führer verloren. Sie ernannte zwar noch Karl von Mayenne zum Reichsstatthalter, aber Heinrich III. ging ein Bündnis mit seinem Vetter und legitimen Nachfolger, Heinrich von Bourbon, ein, um den Widerstand der Liga zu brechen. Unter Heinrich von Bourbon dienten eidg. Regimenter, aber auch im Lager der Liga standen zwei Regimenter der katholischen Orte, so daß die Gefahr bestand, der Glaubenskampf der Eidgenossenschaft werde in Frankreich zum Austrag kommen, als bei der Belagerung von Paris im Sommer 1589 Heinrich III. von einem Anhänger der Liga ermordet wurde und Heinrich von Bourbon dem letzten Valois als Heinrich IV. auf den Thron Frankreichs folgte. Er wurde von den Hugenotten sowie einigen katholischen Städten und Großen des Landes anerkannt, hatte aber gegen sich die Liga, die Mehrheit des französischen Volkes, Spanien und Rom. In der Schlacht von Ivry, am 14. März 1590, schlug er die Truppen der Liga und festigte seinen Thron. Die eidg. Regimenter

des Königs erwirkten für die Regimenter der VII Orte, die im Lager der Liga standen, freien Abzug mit Waffen und Fahnen, so daß nicht Eidgenossen gegen Eidgenossen kämpfen mußten. 1590 setzten die reformierten Orte das Bündnis mit Heinrich IV. in Kraft und bewilligten ihm Truppenwerbungen auf ihrem Gebiet.⁶⁰⁾ Bereits 1591 mußte der König ein Darlehen von 70000 Kronen zu 5 % aufnehmen und bat die reformierten Orte, die Bürgschaft für diese Summe zu übernehmen. Trotzdem bekannt war, daß die französische Krone seit langem ein schlechter Zahler und unzuverlässiger Schuldner war, übernahmen Zürich, Bern, Basel und Schaffhausen die Bürgschaft für je 16000 Kronen, während St. Gallen für die restlichen 6000 Kronen bürgte⁶¹⁾. Heinrich IV. besaß bereits das Vertrauen und die Unterstützung der reformierten Eidgenossenschaft, bevor er noch in seinem eigenen Land die allgemeine Anerkennung gefunden hatte. Als Paris sich dem König unterwarf, schien dessen Autorität und Herrschaft genügend gefestigt zu sein, um gewährte Rechte in Schutz nehmen zu können. Die eidg. Kaufleute nutzten die Gunst der Stunde und ließen sich im Mai 1594 in Paris von Heinrich IV, ihre alten Freiheiten bestätigen. Der König anerkannte ohne Einschränkung die Zollbefreiung, die 15 Tage Messfreiheit und hob alle Abgaben auf, die ihnen während des Bürgerkrieges auferlegt worden waren. Die erzwungenen Unterhaltsbeiträge für die Schweizergarde von Lyon sollten zurückgezahlt werden⁶²⁾. Schon ein Jahr später, 1595, mußten

60) Vgl. Feller: a.a.O., Bd. II, S. 440 und 455

61) Vgl. Feller: a.a.O., Bd. II, S. 464

62) Vgl. Vogel: a.a.O., S. 46 f

"LETTRES PATENTES Donnés en faveur de la Nation Suisse, & qui les maintient dans tous les Privileges à eux accordés & octroyés par les Roys Prédecesseurs de Sa Majesté. HENRY par la grace de Dieu, Roy de France et de Navarre: A tous present & advenir, Salut, sçavoir faisons Que Nous... Se voyant en outre par lesdites Lettres, que sur la plainte par eux faite des Impositions qu'on leur faisoit payer contre la teneur dudit Traité, ils auroient esté maintenus en leurs Privileges, & ordonné que tout ce qu'ils avoient payé de plus haute raison, leur seroit rendu & restitué. Toutefois pendant ces derniers Troubles on les a

die Kaufleute die Hilfe des Königs in einem Streit mit dem Connetable Monmorency anrufen. Der Connetable hatte die Stadt Montluel, die die Straße von Genf nach Lyon beherrschte, der königlichen Gewalt unterworfen und erhob nun von den durchgehenden Waren der Kaufleute einen Zoll von vier Kronen pro Charge. Auf die im Namen aller die Messen von Lyon besuchenden eidg. Kaufleute an den König gerichteten Bittschrift erfolgte sofort die Befreiung von diesem Durchgangszoll, jedoch scheint der königliche Befehl nicht viel geholfen zu haben⁶³⁾.

Unter der Regierung Heinrichs IV. und seines Ministers Sully begann der Protektionismus sich stärker abzuzeichnen. Nur ungern wurde die Ausfuhr von Edelmetallen gesehen, und um diese zu unterbinden und gleichzeitig die schlechte Finanzlage der Krone und den Mangel an Gold und Silber zu beheben, wurde am 14. September 1595 deren Export verboten und alle bestehenden Ausfuhrgenehmigungen für ungültig erklärt. Einzig der Staatssekretär wurde ermächtigt, Ausnahmen zuzulassen und die nötigen Exportlizenzen für die Ausfuhr gemünzter oder ungemünzter Edelmetalle zu erteilen⁶⁴⁾. Da auch auf die eidg. Kaufleute das Verbot angewandt wurde, versuchten sie zunächst vom Statthalter von Lyon, de la Guiche⁶⁵⁾, Ausfuhrlizenzen zu erhalten, ihre Gesuche wurden aber sämtlich abgelehnt, wie auch ein Schreiben der Tagsatzung in dieser Angelegenheit keinen Erfolg hatte⁶⁶⁾.

Fortsetzung von Anm. 62):

contraints de payer autres nouveaux Impost, pour l'entrée & sortir de leurs Marchandises & fait contribuer au payement des Suisses, qui estoient en Garnison en nostredite Ville de Lyon, avant qu'elle fust réduite sous nostre obeïssance, chose qui contrevient directement audit Traité d'Alliance, & Lettres à eux accordées & octroyées par nosdits Prédecesseurs... Donné à Paris au mois de May l'an de Grace 1594. Et de nostre Regne le Cinquième. Signé sur le Reply. Par le Roy en son Conseil, Forget. Visa. Scellé du grand Scel de cire verte, sur double lacs de soye pendant.

63) SAZ, Mappe 147 (1595), no. 4

Vidimus des königlichen Befehls vom 23. Juli 1595. Die Rückseite trägt den Vermerk "hat nichts helfen wollen!"

64) SASG, Faszikel A X, Mappe 2, no. b

65) Philibert de la Guiche, Gouverneur von Lyon seit September 1595

66) SASG, Faszikel XIV, Mappe 1, no. q

Gesuch der Kaufleute vom 1. August 1597

9. Die Einführung neuer Zölle in Frankreich

Die Generalstände hatten 1596 unter anderen fiskalischen Maßnahmen vorgeschlagen, eine neue Verkaufssteuer von 1 sou pro livre einzuführen, und ein Edikt vom 10. März 1597 brachte dann die neue Steuer auf den Verkauf von Lebensmitteln und Waren aller Art innerhalb des Königreichs mit der Begründung, der Satz der alten Aides mit 12 deniers pro livre liege zu niedrig. Die neue Steuer, "la pancarte" genannt, betraf rund 40 verschiedene Produkte und wurde beim Eintritt in Städte mit Messe- oder Marktrecht erhoben. Sie blieb allerdings nur bis 1602 in Kraft und wurde dann durch Anheben der Sätze für die Aides und andere Steuern ersetzt⁶⁷⁾. Im Friedensvertrag zwischen Heinrich IV. und dem Herzog von Savoyen, der 1601 in Lyon geschlossen wurde, hatte der Herzog das Gebiet von Gex und Bugey an Frankreich abgetreten. In den erworbenen Gebieten wurden neue Zölle eingeführt, die besonders den Verkehr der Waren von Genf nach Lyon empfindlich trafen, und ab Juli 1601 trat ein weiterer Zoll hinzu, der in Rochetaillée an der Saône erhoben wurde⁶⁸⁾. Die Weigerung der Kaufleute, die neuen Zölle und Steuern in Lyon oder anderen Orten des Königreiches zu zahlen, hatte zur Folge, daß ihnen ihre Waren beschlagnahmt wurden. Allein 247 Ballen beschlagnahmter Güter lagen beim Zoll in Lyon fest, in der Languedoc war den eidg. Kaufleuten eine Safranladung mit Beschlag belegt worden, und noch immer hatten sie keine Möglichkeit, die Erlöse aus ihren Verkäufen in die Heimat zu transferieren. Eine neue Bittschrift vom November 1601 an den Gouverneur wurde mit dem Hinweis auf das strenge Verbot der Ausgabe von Pässen beantwortet, bei Zuwiderhandlungen wurden Konfiskation und Strang angedroht⁶⁹⁾. Im November 1601 behandelte die Tagsatzung die Bündniserneuerung mit Heinrich IV. und be-

67) Vgl. Levasseur: Histoire du Commerce, a.a.O., S. 250

68) SASG, Faszikel XIV, Mappe 2, no. e

Brief de Vic's vom 25. Juli 1601 an St. Gallen und Schaffhausen.

69) SASG, Faszikel XIV, Mappe 2, no. i

Gesuch an den Gouverneur von Lyon sowie dessen Antwort.

schloß, einige Artikel des Bündnisses von 1532 zu ändern. Darunter befand sich auch der Artikel 21 der alten Vereinung⁷⁰⁾, der so neu-gefaßt werden sollte, "daß darunter alle Waren zu verstehen seien, welche in der Eidgenossenschaft verfertigt und nach Frankreich ausgeführt werden, und umgekehrt alle Waren, Geld und Gold, welche aus Frankreich oder anderen Ländern durch Frankreich in die Eidgenossenschaft geführt werden."⁷¹⁾ Ebenso verlangte die Tagsatzung vom König Schadenersatz für die Ladung Safran, die durch den Freiherrn Heyre den Kaufleuten in der Languedoc fortgenommen worden war. Die Schritte der Tagsatzung beim König und de la Guiche zeitigten keinerlei Erfolg und letzterer weigerte sich hartnäckig, die Pässe für den Geldexport auszustellen; ein Versuch, ohne Genehmigung Geld aus Lyon herauszubringen, endete mit der Einziehung des Betrages zu Gunsten der königlichen Finanzkasse⁷²⁾. Inzwischen berichteten die Kaufleute aus Lyon nach St. Gallen, es werde ihnen nicht mehr gestattet, ihre beschlagnahmten Waren gegen Stellung einer Kautions auszulösen, und hinsichtlich der pancarte war ein Urteil des Staatsrats ergangen, das sie zur Zahlung dieser Steuer verurteilte. Sie hatten beschlossen, das Ergebnis der Demarche abzuwarten, die von der Tagsatzung beim König eingeleitet worden war, und zogen es vor, bis dahin ihre Waren unter Arrest liegen zu lassen, als die Zölle zu bezahlen. Der Bericht schloß mit der Bitte an den Rat der Stadt, er möge bei den französischen Gesandten⁷³⁾ intervenieren und sie veranlassen, dem König die Aufhebung des Urteils des Staatsrats zu empfehlen⁷⁴⁾. Im Januar 1602 klagten die Kaufleute

70) Text s. S. 124, Anmerkung 29

71) EA V, Abt. 1, no. 452, b und h, Solothurn, 26. November 1601 (Staatsarchiv Luzern, allg. Abschiede, Bd. JJ 2, S. 1)

72) SASG, Faszikel XIV, Mappe 3, no. d
Kopie eines Briefes vom 17. Januar 1602 aus Marseille, geschrieben von Rothmund und L. Zollikofer

73) Nicolas Brulart, Seigneur de Sillery, außerordentl. Gesandter, September 1601 bis März 1602, Méry de Vic, Seigneur d'Ermenonville, ordentl. Gesandter, Januar 1601 bis September 1602

74) SASG, Faszikel XIV, Mappe 3, no. 1
Schreiben an Sillery und de Vic vom 19. Februar 1602

vor der Tagsatzung "wegen der ihnen zu Lyon verarrestierten Gelder und Waren" und Bern trug eine Klage über einen neuen Zoll zu Versoix vor⁷⁵⁾. Auch an der Tagsatzung vom März des gleichen Jahres beschwerte sich eine Abordnung der Kaufleute über die Zölle in Lyon und Versoix, sowie über die pancarte. Die Kaufleute Studer, denen wegen der pancarte 2000 Kronen beschlagnahmt worden waren, baten "um Verwendung beim König, damit ihnen ihre geleistete Kautiön zurückgestellt und sie von diesem Zoll befreit werden." Wegen des Zolls bei Versoix schlug Bern vor, bei der Besiegelung der Vereinigung den König um Abschaffung desselben zu bitten⁷⁶⁾. Alle diese Klagen resultierten aus einer Epoche der Bündnislosigkeit und damit der Rechtsunsicherheit.

10. Die kaufmännischen Forderungen bei den Bündnisverhandlungen von 1601

Das alte Bündnis mit Frankreich war bereits 1597 erloschen und Sully, als Finanzminister des Königs, sträubte sich gegen dessen Erneuerung, um nicht die riesigen Schulden an die Eidgenossenschaft zahlen zu müssen. Doch Sillery und Bellièvre wiesen auf die Notwendigkeit des Bündnisses hin, und Heinrich IV. beugte sich ihren Argumenten. So zogen sich die Verhandlungen über die Bündniserneuerung bis 1602 hin, wobei es in der Hauptsache um die Zahlung der Schulden ging, die sich in erster Linie aus rückständigen Zinsen, Jahrgeldern und Soldgeldern zusammensetzte. Um die Zahlung von 1 Million Kronen kam Heinrich IV. nicht herum, aber für den Rest beließ man es bei dem Versprechen, eine jährliche Tilgungsrate von 400000 Kronen zu überweisen. Das Bündnis wurde am 31. Januar 1602 geschlossen und

75) EA V, Abt. 1, no. 456, k, Solothurn, 29. Januar 1602
(Staatsarchiv Luzern, allg. Abschiede, Bd. JJ 2, S. 278)

76) EA V, Abt. 1 no. 460, d, Baden, 17. März 1602
(Staatsarchiv Luzern, allg. Abschiede, Bd. JJ, 2, S. 304)

am 20. Oktober des gleichen Jahres vom König in der Notre-Dame zu Paris feierlich beschworen⁷⁷⁾. Weniger intensiv als die finanziellen wurden die kaufmännischen Angelegenheiten verfolgt. Am stärksten interessiert am Frankreichhandel war die Stadt St. Gallen, die aber als zugewandter Ort an der Tagsatzung wenig Gewicht besaß. Zürich hatte neben Basel und Schaffhausen ebenfalls großes Interesse am Handel mit Frankreich und daneben noch eine gewichtige Stimme im Rat. Da Zürich dem Bündnisabschluß nicht beitrug, wurde die neue Vereinigung beschworen, bevor Frankreich ausdrücklich den Forderungen der eidg. Kaufleute stattgegeben hatte. Diese ließen trotzdem nichts unversucht, um ihr Ziel zu erreichen. Lebhaftes Beratungen zwischen den in Lyon ansässigen Kaufleuten und den Handelshäusern der verschiedenen Orte setzten ein mit dem Ziel, einen Weg zu finden, um den alten Freiheiten Geltung zu verschaffen. Die Erfahrungen hatten sie gelehrt, daß die allgemeine Anerkennung der Vorrechte durch königliche Patente nicht mehr genügte und der zeitlichen Entwicklung nicht mehr entsprach. Wenn vermieden werden sollte, in endlose und kostspielige Prozesse verwickelt zu werden, dann mußten sie den Zollopächtern durch Urkunden beweisen können, daß sie ausdrücklich von dem strittigen Zoll befreit waren. Man einigte sich darauf, ein genaues, ins Detail gehendes Patent anzustreben, und noch während der Verhandlungen über das Bündnis mit Frankreich, Anfang 1601, erzielten die Kaufleute von Zürich und St. Gallen Einstimmigkeit über den Text des zu fordernden Patents. Die einzelnen Artikel, deren Entwurf von den St. Galler Kaufleuten stammte, wurden in Zürich ergänzt durch Bestimmungen, die den Interessen der

77) EA V, Abt. 1, Beilage no. 13, Erneuerung des Bündnisses mit Frankreich, 31. Januar 1602

Die die kaufmännischen Anliegen regelnden Artikel 14, 16 und 21 sind wörtlich dem Vertrag vom 21. Juli 1582 entnommen (s. S.124., Anmerkung 29), ebenso

vgl. Feller: a.a.O., Bd.II, S. 463

jungen Zürcher Seidenmanufaktur gerecht wurden⁷⁸⁾. Da Zürich von Frankreich keine Pensionen bezog, hoffte man, die Forderungen der Zürcher Kaufleute leichter durchbringen zu können, denn der Zürcher Seidenhandel mit oder durch Frankreich war sehr umstritten. Außer dem Widerstand der Zollpächter gegen die Freiheiten der eidg. Kaufleute, die ihnen ihre Einnahmen nicht unerheblich verringerten, kam bei den Zürcher Forderungen noch hinzu, daß sie den protektionistischen Maßnahmen der Krone zuwiderliefen, die diese für die Seidenmanufakturen von Tours und Lyon ergriffen hatte. Die Seidenproduzenten in Lyon argumentierten gegen die freie Zürcher Seideneinfuhr damit, daß die Rechte aus dem Ewigen Frieden nur auf solche Waren Anwendung finden konnten, die bereits vor 1516 in der Eidgenossenschaft hergestellt wurden. Die Zürcher Kaufleute, voran die Gebrüder Werdmüller, wünschten aber die zollfreie Einfuhr nach Frankreich für ihre "Bouretti fazionne di Bergamo" und "Floretti"⁷⁹⁾ mit dem Hinweis, daß einzig diese beiden Artikel für ihren Handel mit Frankreich in Frage kamen. Für den Bezug von "Strazza" und "Cogella"⁸⁰⁾, die beide aus Spanien über Livorno und Genua nach Zürich gingen, hofften sie zu erreichen, die Rohstoffe auf dem Landweg im Transit durch Frankreich führen zu können, ohne die Transitzölle

78) SASG, Faszikel XIV, Mappe 2, no.b und c

Brief des Rats der Stadt Zürich vom 4. Februar 1601 an den Rat der Stadt St. Gallen. Brief David Werdmüllers vom 4. Februar 1601 aus Zürich an Joachim und Sigmund Zollikofer in St. Gallen. David und Heinrich Werdmüller von Zürich und Jakob Dulo von Locarno gründeten 1587 die erste große Seiden- und Wollmanufaktur in Zürich.

79) Vgl. Glafey: a.a.O.

Burat, auch Wollcrêpe genannt, war ein leichter Wollstoff. Auch dieser Artikel wurde durch Glaubensflüchtlinge aus Locarno in Zürich eingeführt. Zürich war lange Zeit für die Qualität seines Burat berühmt. Floretti s. S.127 Anm.38

80) Vgl. Glafey: a.a.O.

Strazza waren die Abfälle, die beim Abhaspeln des Seidenkokons entstanden, Cogella oder Galetti wurden die durchlöcherten Seidenkokons genannt.

zahlen zu müssen, ein Vorrecht, das die St.Galler Kaufleute durch königliches Patent bereits seit 1549 besaßen⁸¹⁾. Als aber die Tagsatzung im Januar 1602 beschloß, das Bündnis mit Frankreich zum Abschluß zu bringen, trat der Stand Zürich dem Bund nicht bei und den Zürcher Kaufleuten blieb nur übrig, ihre Standesgenossen dringend um die Wahrung auch der Zürcher Interessen zu bitten. Über den Rat der Stadt Zürich ließ David Werdmüller, als Sprecher der Kaufmannschaft, St.Gallen bitten, die Zürcher Forderungen bei Heinrich IV. zu vertreten. Der St.Galler Bote, der zur Beschwörung und Besiegung des Bundes nach Paris reiste, sollte sich für die Befreiung des Zürcher Burat und Floret vom Importzoll einsetzen. Außerdem wandte sich Zürich in einem direkten Schreiben an den König, in dem dieselben gebeten wurde, die Zollbefreiung zu bewilligen⁸²⁾.

Aus Schaffhausen war inzwischen am 5. November 1601 ein Schreiben des Hauses David Heinrich Peyer & Gebrüder an die "edlen, ehrnvesten, fürnemen und weysen Hern Lyoner händler in St.Gallen" eingetroffen, in dem ihnen mitgeteilt wurde, daß die Kaufleute in Lyon es für dringend nötig erachteten, ein neues Patent zu erhalten, da die Lyoner Zollbeamten deutlich zu verstehen geben, daß sie nicht länger die Absicht hätten, die Freiheiten der eidg. Kaufleute zu berücksichtigen⁸³⁾. In einer Denkschrift zusammengefaßt wurden daraufhin die Bitten und Forderungen der Kaufmannschaft den nach Frankreich reisenden Gesandten der Eidgenossenschaft mitgegeben. Im einzelnen wurde ein königliches Patent über folgende Punkte erbeten:

1. Die Kaufleute der Eidgenossenschaft und der ihr zugewandten Orte sind in der freien Verfügung über ihre liegende und fahrende Habe, sowie bei Erbschaften und Vermächtnissen wie Inländer und echte Franzosen zu behandeln.

81) Vgl. S.109 Anhang III

82) Vgl. Schweizer: a.a.O., S.171

83) SASG, Faszikel XIV, Mappe 2, no.h

2. Bei Übernahme von Geldern und Erbschaften dürfen sie keinen Steuern unterworfen werden.
3. Zum Sicherungsdienst der Städte dürfen sie weder in Friedens- noch Kriegszeiten herangezogen werden.
4. Außerdem alten Zöllen zahlen sie keinerlei Abgaben, auch nicht auf Lebensmittel und Wein.
5. Für Befestigungen und andere bauliche Veränderungen dürfen von ihnen keine Abgaben erhoben werden.
6. Sie haben das Recht zum Waffentragen.
7. Sie erhalten das Recht zur freien Ausübung ihrer Religion und auf Grabstätten auch in Gegenden, in denen die Bevölkerung ganz katholisch ist.
8. Ihr Handel wird nicht von einem Krieg berührt, den Frankreich gegen ein Land führt, mit dem sie auch Handelsbeziehungen unterhalten.
9. Die Zwangskontributionen der Gouverneure, oder Geld, das ihnen anderweitig abhanden gekommen oder gestohlen worden ist, werden zurückerstattet.
10. In Friedens- oder Kriegszeiten unter irgendeinem Vorwand fortgenommene Waren werden zurückerstattet oder bezahlt.
11. Zu Abgaben oder Anleihen für die Übergabe von Städten oder festen Plätzen, Lösegeld von Gefangenen oder Belohnung von Offizieren dürfen sie nicht herangezogen werden.
12. Die Zölle, die 1516 in Kraft waren, haben allein Gültigkeit für die Verzollung der Ein- und Ausfuhr.
13. Ihre Schuldner dürfen nicht um Bewilligung von Zahlungsfristen (lettres de répit) nachsuchen; bereits bewilligte Fristen sollen aufgehoben werden.
14. Gegen Urteile von ordentlichen Gerichten (cours souveraines) in Zivil- und Kriminalsachen kann nicht an den Grand Conseil oder den Conseil d'Etat appelliert werden.

15. Waren, die aus französischen Städten, insbesondere aus Lyon, Toulouse und Marseille ausgeführt werden, müssen nicht auf dem Zollamt hinterlegt und geöffnet werden. Sie dürfen ohne Behinderung und Verzögerung sofort in die Magazine gebracht werden.
16. Die Geldausfuhr ist frei.
17. Auf Safran und andere Waren aus Spanien oder sonstigen Ländern zahlen sie keinen Transitzoll, obwohl sie während der letzten Unruhen dazu gezwungen worden waren.
18. Die Einfuhr aller in der Eidgenossenschaft hergestellten Waren nach Lyon und anderen Städten des Königreiches ist zollfrei. Dazu gehören auch "buñats de Zurich à la façon de Bergame, étamines à la façon de Rheims et sarges à la façon d'Arras".
19. Sämtliche Freiheiten gelten nicht nur für die Dauer der Messe und der Nachtage, sondern das ganze Jahr hindurch in allen Städten und Provinzen Frankreichs und werden auch auf diejenigen ausgedehnt, die in Zukunft durch Waffengewalt oder sonstwie mit der Krone vereinigt werden⁸⁴⁾.

In seiner bereits erwähnten Arbeit über "Ludwig XIV. und die schweizerischen Kaufleute" behauptet P. Schweizer, die Kaufleute glaubten schon durch den Vertrag von 1516 die unbeschränkte Zollfreiheit zu besitzen und "erklärten jede detaillierte Bestimmung ihrer Freiheiten für überflüssig und setzten sich somit immer der Willkür der französischen Interpretationen aus". Auch H. Lüthy schließt sich der Auffassung Schweizers an⁸⁵⁾. Diese Behauptung läßt sich aber im Hinblick auf die aus den Urkunden völlig klar hervorgehenden Bemühungen der eidg. Kaufleute um ein detailliertes Patent kaum aufrecht erhalten.

84) SAZ, Mappe 149 (1602), no. 57

Original der Eingabe in französischer Sprache

85) Vgl. Schweizer: a.a.O., S. 140, ebenso

vgl. Lüthy, Herbert: Die Tätigkeit der Schweizer Kaufleute und Gewerbetreibenden in Frankreich unter Ludwig XIV. und der Regentschaft, Aarau 1943, S. 4.

11. Die Bündniserneuerung von 1602 und die Mission Heinrich Zily's

Der eidg. Gesandtschaft, die im Oktober 1602 zur Beschwörung des Bundes in Paris eintraf, wurde ein glänzender Empfang zuteil. Dem Trubel der Festlichkeiten und der bewußten Ablenkung der Delegation von ihrer eigentlichen Aufgabe ist es wohl zuzuschreiben, daß die Gesandten die Interessen der Kaufmannschaft nicht mit dem nötigen Nachdruck verfolgten. Die Eingabe der Kaufleute war wohl dem König überreicht worden, die Verhandlungen darüber aber noch in der Schwebe, als die Gesandtschaft Ende Oktober Paris wieder verließ. Dem in Paris verbleibenden Sprecher der Kaufleute, Heinrich Zily, wurde es überlassen, die Verhandlungen weiterzuführen. Mit Unterstützung seines Anwalts erhielt er schließlich am 9. Dezember 1602 ein Patent des Königs, welches die alten Freiheiten bestätigte, jedoch nicht die gewünschten, ins einzelne gehenden Bestimmungen enthielt, sondern mehr noch als die vorhergehenden in allgemeinen Klauseln gehalten war⁸⁶⁾. Mehr erschien unter den gegebenen Umständen nicht erreichbar, und so verließ Zily am 17. Dezember Paris, seinem Anwalt die weiteren Formalitäten überlassend. Dieser hatte noch für die Eintragung des Patents beim Parlament von Paris und der Cour des Aides zu sorgen; die beglaubigten Kopien gingen an die eidg. Kaufleute in Lyon. Am 29. Dezember 1602 empfahl Zily in einer "Memoria den kouffleuten in Lyon, betreffend die frantzösische freyhaiten" den Advokaten Maître de Balmes für den Fall, daß es zu neuen Streitigkeiten wegen der Geldausfuhr oder der Pässe kommen sollte⁸⁷⁾.

86) SASG, Faszikel X, Mappe 2, no.k, ebenso Vogel: a.a.O., S.62 LETTRES PATENTES, En faveur de la Nation Suisse; Portant continuation des Privileges, Franchisses, Libertés & Immunités à eux donnés & octroyés par les Roys Prédecesseurs de Sa Majesté, d'acquérir tous Biens, Meubles & Immeubles, & d'en disposer: Exemption de toutes Tailles, Impôts, Aydes, Subventions & du Guet & Garde des Portes, ensemble leurs veuves durant leur viduité... Donné à Fontainebleau, au mois de Novembre, l'an de Grace mil six cent deux: Et de nostre Regne le quatorzième.
Signé, HENRY

87) SASG, Faszikel XIV, Mappe 3, no.v

De Balmes hatte den Auftrag, die eidg. Kaufleute vor dem königlichen Rat und den Gerichten zu vertreten und den Versuch zu unternehmen, auf das neue Patent hin ein Gerichtsurteil zu erlangen, das die de-taillierten Ansprüche der Kaufleute feststellte. In Lyon waren die Kaufleute von dem neuen Patent Heinrichs IV., welches noch bedeutungsloser war als dasjenige von 1594, so enttäuscht, daß sie von dessen Eintragung absehen wollten, die nur unnötig Geld und Zeit kostete. Dazu war es aber zu spät, da de Balmes weisungsgemäß die Eintragung bereits veranlaßt hatte. Als der Versuch unternommen wurde, Geld aus Frankreich auszuführen, erhielten die Kaufleute vom Gouverneur de la Guiche keine Pässe mit der Begründung, das Patent des Königs enthalte darüber keine Weisung.

Die "pancarte" war inzwischen wieder aufgehoben worden, aber an ihre Stelle trat ein neuer Wertzoll von 0,5 %, die Traversa⁸⁸⁾, die in Vienne, Bresse, Bugéy, Gex, Versoix und Rochetaillée erhoben wurde. Hinzu kamen die Gebühren für die neuerrichtete Douane von Vienne, der die eidg. Kaufleute seit Kriegsende 1598 unterworfen waren. Dieser Zoll war bereits 1595 geschaffen worden, sollte aber nur solange bestehen, bis er 20000 Kronen eingebracht hatte, den Preis, um den sich der Gouverneur von Vienne, d'Izimieu, Heinrich IV. unterworfen hatte. Er wurde aber bis 1611 ununterbrochen erhoben, und zwar von allen Waren, die vom Ausland oder aus dem Lyonnais, Forez, Beaujolais, Bresse und Savoyen nach Lyon kamen und von dort in die Provence, Languedoc, Dauphiné oder über Vienne weiter nach Marseille gingen⁸⁹⁾. Zur Douane von Vienne kam noch ein neuer Aufschlag hinzu in Höhe von 5 % des Warenwertes für alle Sendungen, die von Lyon aus ins Reich gingen, wohingegen Warenzüge in Richtung Marseille, Spanien oder Italien mit 9 % veranlagt wurden. Es war selbstverständlich, daß die Kaufleute weder Geld noch Mühe scheuten, um sich von den lästigen Zöllen zu befreien und

88) Vgl. Levasseur: Histoire du Commerce, a.a.O., Bd.I, S.250

Die Pancarte wurde auch "Traverse de demy pour cent" genannt.

89) Vgl. Charléty: Le régime douanier, a.a.O., S.490/91

das angestrebte detaillierte Patent des Königs zu erhalten. In zahlreichen Beschwerdebriefen aus dem Jahr 1603, die an die Tagsatzung und an Heinrich IV. gerichtet wurden, finden sich immer wieder dieselben Klagen über die neuen Zölle und die Sperre der Geldausfuhr. In Paris führte de Balmes als Anwalt der eidg. Kaufleute deren Prozesse, die meist wegen Zollverweigerung angestrengt worden waren. Die Befreiung von der Traversa konnte im Oktober 1603 durchgesetzt werden, jedoch wurde das Urteil von den Zollpächtern einfach ignoriert. Erst ein "Arrêt du Parlement" verschaffte dem Urteil Nachachtung und befreite die Kaufleute 1605 endgültig von ihr. Die Tendenz des Fiskus, die Prozesse endlos hinzuziehen, zeichnete sich immer stärker ab.

Dem Handelshaus Dominik Hochreutiner & Christof und Daniel Studer war im Mai 1600 bei der Geldausfuhr in Lyon ein Betrag von 3000 livres beschlagnahmt worden, trotzdem die Ausfuhr legal erfolgt war und der entsprechende Paß des Gouverneurs vorlag. Die Klage der Betroffenen war schließlich vor den "Conseil du Roi"⁹⁰⁾ gezogen wor-

90) Vgl. Esmain: a.a.O., S.440 f., 475, 481

Ursprünglich hatte der König selber Recht gesprochen, überließ dies aber im Laufe der Zeit Richtern, Magistratsbeamten und anderen Personen. Diese Epoche der französischen Rechtsgeschichte nennt Montesquieu "la Monarchie tempérée". Dadurch, daß die Rechtsprechung in die Hände berufener Persönlichkeiten gelegt wurde, hatte der König aber nicht auf sein Recht verzichtet, selber Urteile zu fällen. Er konnte jederzeit schwebende oder sogar abgeschlossene Verfahren und Prozesse an sich ziehen. Dieses Verfahren war die Evokation vor den Rat des Königs (conseil du Roi), der in seinen Ursprüngen bis in das 14. Jahrhundert zurückgeht. Der Rat des Königs, auch "grand conseil", "conseil étroit" und "conseil privé" genannt, übte die verschiedensten richterlichen und administrativen Funktionen aus. Im Laufe des 16. Jahrhunderts kam es allmählich zu einer Aufgabenteilung, aber Urteile in Finanzstreitigkeiten waren und blieben die wichtigsten Aufgaben. Auch die Zoll- und Steuerpachtverträge wurden vom Conseil du Roi ausgearbeitet. Die Zollpächter hatten beim Conseil du Roi ihre ständigen Advokaten, die ihre Interessen wahrnahmen. Die Evokation war für die Zollpächter der sicherste, schnellste und billigste Rechtsweg, denn in zunehmendem Maß waren die Herrscher aus fiskalischen Gründen und merkantilistischen Überlegungen daran interessiert, die Zoll-

den, wo es de Balmes gelang, am 20. Oktober 1603 ein Urteil zu erhalten, welches die Rückerstattung des beschlagnahmten Betrages verfügte⁹¹⁾. Um diesen Prozeß zu gewinnen, hatte es vieler Energie und Zähigkeit bedurft, und die Kläger durften froh sein, ihren Prozeß nach drei Jahren glücklich gewonnen zu haben. Andere mußten länger warten, so forderte 1604 die Tagsatzung in einem Schreiben an den König, daß "den Zollikofern von St.Gallen für den an ihnen verübten Raub ein solches Recht gehalten wird, daß sie ohne fernere Kosten wieder zu ihrem Eigentum gelangen (was sie bereits seit mehr als dreißig Jahren mit Mühe und Gefahren angestrebt und dafür bei 10000 Kronen aufgewendet haben)." ⁹²⁾

12. Die eidg. Gesandtschaft von 1604

Es gehörte zu den Eigenarten Heinrichs IV., daß er sich nicht um seinen guten Ruf kümmerte und seinen Verpflichtungen nur lässig nachkam. Die im Vertrag von 1602 versprochenen jährlichen Tilgungsraten in Höhe von 400000 Kronen blieben bereits für das Jahr 1604 aus und die Tagsatzung, über das Verhalten des Königs enttäuscht, hatte nun auch mehr Gehör für die Beschwerden der Kaufleute. Es wurde beschlossen, mit dem Gesandten u.a. auch über die neuen Zölle zu verhandeln und von Heinrich IV. das schriftliche Versprechen zu fordern, daß er die Artikel des Vertrags besser halten werde. Der Vorschlag, eine Gesandtschaft an den Hof zu entsenden und direkt mit dem König zu verhandeln, wurde erwogen⁹³⁾. Im Mai 1604 wurden von der Tag-

Fortsetzung von Anm. 90):

pachtverträge zu schützen und nach Möglichkeit auch auf die Privilegierten auszudehnen. Unter Ludwig XIV. nahm der Conseil du Roi seine endgültige Form, die genau dem absolutistischen Staatsgedanken entsprach, an, und blieb so ununterbrochen bis zum Ende des Ancien Régime bestehen.

91) SAZ, Mappe 149 (1481-1599) no. 71

92) EA V, Abt. 1, no. 539, d, Baden, 29. August 1604
(Staatsarchiv Luzern, allg. Abschiede, Bd. KK, S. 246)

93) EA V, Abt. 1, no. 524, f, Baden, 8. Februar 1604
(Staatsarchiv Luzern, allg. Abschiede, Bd. KK, S. 16)

satzung, die wegen des Zahlungsverzuges der französischen Krone versammelt war, "alt-Landammann Reding, Venner Sury und Dr. Heinrich Schwartz bezeichnet, um dem König die Beschwerden der Obersten und Hauptleute vorzutragen. Die Gesandtschaft soll sobald als möglich zurückkehren."⁹⁴⁾ Als feststand, daß eine eidg. Gesandtschaft nach Paris gehen werde, unternahmen die Kaufleute entsprechende Schritte, um auch ihre Anliegen durch die Gesandtschaft vortragen zu lassen. Bartholomäus Zollikofer von St. Gallen verhandelte in Schaffhausen mit David und Heinrich Peyer sowie Dr. Schwartz, dem Stadtschreiber von Schaffhausen, der den Ort auf der Tagsatzung mitvertrat⁹⁵⁾. Es wurde gemeinsam eine neue Denkschrift ausgearbeitet, welche die Forderungen "gemeiner eidgenössischer Kauffleut" zusammenfaßte. Der Tenor der Klagen war auf das Verbot der Geldausfuhr abgestimmt. Hinzu kam noch die Beschwerde über ein Edikt Heinrichs IV. vom 8. Februar 1604, durch welches der Handelsverkehr mit Spanien und den Ländern der spanischen Krone sowie dem habsburgischen Teil von Flandern verboten wurde, was einen weiteren Eingriff in die Handelsfreiheiten der eidg. Kaufleute bedeutete. Bürgermeister Reutlinger, der Vertreter St. Gallens an der Tagsatzung, nahm die Denkschrift nach Baden mit, wo die Instruktionen für die eidg. Gesandtschaft ausgearbeitet wurden. Das kaufmännische Memorandum wurde in die Instruktionen aufgenommen und Reutlinger erläuterte den Gesandten nochmals mündlich, worauf es den Kaufleuten ankam, wobei er erklärte, diese seien gerne bereit, etwa entstehende "Sonderkosten" der Gesandten zu übernehmen. Zur selben Zeit schrieben die in Lyon ansässigen Kaufleute an Kaspar Rothmund in Paris, kündigten ihm die Ankunft einer eidg. Gesandtschaft an, baten ihn, die Gesandten bei ihrer Mission zu unterstützen und jedem von ihnen 100 bis 150 écus au soleil zu verehren, falls sie

94) EA V, Abt. 1, no. 528, c, Baden, 9. Mai 1604

(Staatsarchiv Luzern, allg. Abschiede, Bd. KK, S. 109)

95) SASG, Faszikel XIV, Mappe 5, no. f

Brief vom 29. Mai 1604 an Dr. Heinrich Schwartz

die Anliegen der Kaufleute durchsetzen konnten⁹⁶⁾. Die Gesandtschaft der XIII Orte, die im Sommer 1604 am Hof weilte, konnte keine Erfolge aufweisen; weder in der Sache der Sold- und Pensionenzahlungen, noch in der Angelegenheit der Kaufleute gelang es ihr, bindende schriftliche Zusagen zu erhalten, sie mußte sich mit mündlichen Versprechen abspeisen lassen⁹⁷⁾. Die Gesandten trugen am 14. Juli 1604 dem Großkanzler Bellièvre⁹⁸⁾ und dem neuernannten Gesandten Frankreichs bei der Eidgenossenschaft, Caumartin⁹⁹⁾, die Klagen der Kaufleute vor und suchten um ein königliches Patent nach, in dem deren Freiheiten, entsprechend dem Memorandum, spezifiziert aufgeführt waren. Bereits am 16. Juli erhielten sie die Antwort des Königs, der versprach, die Vorrechte der eidg. Kaufleute zu achten und den Gouverneur von Lyon sowie die Zollpächter von Lyon und Versoix entsprechend zu unterrichten. Von einem neuen Patent war mit keinem Wort die Rede, und doch befindet sich im Stadtarchiv St.Gallen die (angebliche) Kopie eines königlichen Patents vom 16. Juli 1604¹⁰⁰⁾, das in der Denkschrift erwähnt wird, welche die Kaufleute anlässlich der letzten Bundeserneuerung vom 27. Mai 1777 verfaßten. In einem alten Inventarverzeichnis findet sich hinter der Eintragung des Patents der Vermerk, es sei dieses das beste gewesen, das je den eidg. Kaufleuten durch die französischen Könige verliehen worden sei. Bei genauer Prüfung zeigt sich aber, daß die Kopie des königlichen Patents in Wahrheit der Entwurf der Kaufleute zu einem Patent ist, wie sie es von Heinrich IV. zu erhalten hofften. Der Schreiber der Denkschrift von 1777 muß diesen Entwurf (irrtümlich?) für die Kopie eines tatsächlich gegebenen Patents gehalten haben. In dem "Patent" wird die Sperre der Geldausfuhr aufgehoben und die Zollfrei-

96) SASG, Faszikel XIV, Mappe 5, no.e

Brief vom 29. Mai 1604 an Caspar Rothmund

97) EA V, Abt. 1, no. 539, Baden, 29. August 1604

98) Pomponne de Bellièvre, ehem. Gesandter bei der Eidgenossenschaft, Kanzler von Frankreich 1599 bis 1607

99) Louis Le Fèvre, Seigneur de Caumartin, ordentl. Gesandter April 1605 bis März 1607

100) SASG, Faszikel X, Mappe 3, no. f

heit der eidg. Kaufleute anerkannt, wobei die betreffenden Zölle der Reihe nach aufgeführt wurden. Es besteht nicht der geringste Zweifel daran, daß ein derartiges Patent niemals verliehen wurde. Weder in den zahlreichen später erfolgten Eingaben an den König um Verleihung eines detaillierten Patents, noch in den vielen Prozessen gegen die Zollpächter oder den französischen Fiskus findet ein Patent vom 16. Juli 1604 Erwähnung. Auch der Bericht der Gesandten vor der Tagsatzung in Baden, der am 29. August 1604 gegeben wurde¹⁰¹⁾, erwähnt kein derartiges Patent Heinrichs IV. Hingegen liegt ein Brief Kaspar Rothmunds aus Paris vor, der das Datum vom 23. Juli 1604 trägt, und in dem der Schreiber nach St. Gallen berichtet, es sei nicht gelungen, das gewünschte Patent zu erhalten. Wäre das Patent vom 16. Juli des gleichen Jahres wirklich verliehen worden, so hätte Rothmund als Vertreter der Kaufleute bei der eidg. Gesandtschaft unbedingt davon Kenntnis haben müssen. Noch 1605 ersuchte die Tagsatzung in einem Brief an Heinrich IV. um ein besiegeltes Patent und Bestätigung der eidg. Handelsfreiheiten "in Form und Gestalt, wie I. K. M. verschiedenen Jahrs präsentiert worden.", wie auch im "Extrait des traités & alliances, touchant Les Marchands Suisses" von 1622 kein Patent vom 16. Juli 1604 aufgeführt ist¹⁰²⁾

13. Der Kampf der eidg. Kaufleute gegen ein neues Wirtschaftsprinzip

Die Hoffnungen der Kaufleute waren aufs neue schwer enttäuscht worden, trotzdem sie nichts unversucht gelassen hatten, um ihre Forderungen durchzusetzen. Sie konnten nicht erkennen, daß sie gegen ein neues Wirtschaftsprinzip ankämpften. Die ersten merkantilistischen Überlegungen hatten bereits Franz I. veranlaßt, den Seidenzoll einzuführen, um die heimische Manufaktur vor der Konkurrenz des Aus-

101) EA V, Abt. 1, no. 539

102) SAZ, Mappe 151 (1622), no. 11

lands zu schützen. Die Lehre, die inländischen Manufakturen abzusichern, den Import fremder Waren auf ein Mindestmaß herabzudrücken und den Abfluß von Edelmetall aus dem Land zu verhindern, wurde unter Heinrich IV. zum beherrschenden System des Wirtschaftslebens erhoben. Den Leitgedanken dieser Lehre standen aber die Forderungen der eidg. Kaufleute nach Freiheit des Handels in krassem Widerspruch gegenüber. Der größte Gegner der kaufmännischen Ansprüche war der Finanzminister des Königs, der Herzog von Sully, der die Anträge der Eidgenossen im Conseil du Roi auf das Heftigste bekämpfte. Sully, der an der Vereinheitlichung der Finanzen und Zölle arbeitete und sich sonst nicht in die Handelspolitik des Königs einmischte, scheint befürchtet zu haben, daß sein Werk durch Stattgabe der eidg. Forderungen gestört werde¹⁰³⁾. Man kann mit Recht annehmen, daß die Freiheiten der Kaufleute aus dem Ewigen Frieden die Regierungszeit Heinrichs IV. nicht überdauert hätten, wenn die französischen Könige nicht immer wieder auf das Wohlwollen und die Hilfe der Eidgenossenschaft angewiesen gewesen wären. Zur Durchführung ihrer politischen Pläne bedurften sie der Zustimmung der XIII Orte zur Söldnerwerbung, ohne die der Politik Frankreichs die nötige Stärke und Macht gefehlt hätte. Aus dieser Zwangslage heraus verstanden sie sich dazu bereit, die Freiheiten der eidg. Kaufleute zu bestätigen, kleideten die Bestätigung aber in eine allgemeine Form und hüteten sich wohlweislich, in ihren Patenten die gewünschten detaillierten Erläuterungen zu geben.

Die Kaufleute erkannten allmählich, daß ihr Kampf ein Rückzugsgefecht war. Wenn sie auch weder Geld noch Mühe scheuten, um ihre Position so lang als möglich zu halten, so waren sie doch klug genug, Forderungen aufzugeben, die sich nicht mehr durchsetzen ließen. Am 29. Mai 1604 erklärten sie sich in der Frage des Geldexports bereit, die geforderten Pässe zu lösen und die ausgeführten Beträge darin

103) SAZ, Mappe 149 (1604), ohne no.

Bartholomäus Zollikofer beklagt sich in einem Brief vom Oktober 1604 über den "Duc de Sculy, so uns gar zuowider."

eintragen zu lassen, wenn nur die Geldausfuhr als solche wieder gestattet werde¹⁰⁴⁾. Dreißig Jahre vorher war der Kampf erbittert gegen die Eintragung der Beträge in die Pässe geführt worden.

Der Kampf der Kaufleute brachte einen anderen, wenn auch immateriellen Erfolg mit sich. Die XIII Orte hatten am Handel noch kein gemeinsames wirtschaftliches Interesse, und erst in den Niederlassungen von Lyon erzeugte der Kampf um ihre Rechte bei den Kaufleuten der verschiedenen Orte das Gefühl der Gemeinschaft und Verbundenheit. Erst mit Beginn des 17. Jahrhunderts traten sie zur Verteidigung ihrer Freiheiten und Rechte aus dem Ewigen Frieden als die "gemeinen Kaufleute der Eidgenossenschaft" auf, mit eigener Standesvertretung, der von der Tagsatzung fallweise diplomatische Befugnisse übertragen wurden.

104) SASG, Faszikel XIV, Mappe 5, no.e

ANHANG I

"SAUF-CONDUIT, Qui ordonne l'execution des Lettres Patentes d'Henry II. du 11 Octobre 1549. données en faveur des Marchands, Bourgeois & Habitants de la Ville de Saint Gal en hautes Allemagnes, & en consequence, leur permet de faire le trafic de toutes sortes de Marchandises dans le Royaume.

CHARLES par la grace de Dieu, Roy de France: A tous nos... Salut et dilection. Nos chers & bons Amis les heritiers de feu Jacques Solicoffre, Leonard Treiller, & autres leurs Associez, en Marchandises, tous Marchands & Bourgeois de Saint Gal ès hautes Allemagnes, Nous ont faire dire & remontrer que le feu Roy Henry nostre très-honoré Seigneur & Pere, leur auroit octroyé ses Lettres Patentes de sauf-conduit, dont le vidimus est cy attaché sous le contre scel de nostre Chancellerie, desquelles ils craignent que Vous ou aucuns de Vous faites difficulté de les faire jouir, au moyen de son trepas, & de ce qu'elles sont surannées, s'il ne Nous plaisoit leur pourvoir, sur ce qu'ils Nous ont très-humblement supplié & requis. NOUS à ces causes en consideration du rafraichissement de l'Alliance & Confederation que Nous avons faite avec les Sieurs des Liges, Vous mandons & à chacun de Vous commetons & enjoignons que lesdits Exposans & chacun d'eux leurs Facteurs, Entremetteurs & Negociateurs, Vous faites, souffrez, & laissez jouir & user pleinement & paisiblement desdites Lettres Patentes & sauf-conduit de nostredit feu Sieur & Pere de point selon leur forme & teneur ... Donné au Mont de Marsan le vingt-deuxième jour de Juillet, l'an de grace mil cinq cens soixante-cinq, & de nostre Regne le sinquième. Ainsi signé, par le Roy en son conseil Bovaud: Et scellé du grand Scel dudit Sieur, en cire jaune sur simple queue."

"CHARLES IX. 1 Aoust 1571. LETTRES PATENTES Qui enjoignent au Senechal de Lyon de faire jouir & user les Marchands de la Nation des Liges de Suisse, des Privileges à eux concedés & accordés & c. CHARLES, par la grace de Dieu, Roy de France: Au Sénéchal de Lyon... & encore de present Sa Majesté auroit fait déclaration qu' Elle vouloit & entendoit que lesdits Sieurs des Liges & leurs Alliez & Confederez, demeurent quittes & exempts de toutes Impositions, Subsidies, Doüane & Gabelles, pour les Marchandises qu'ils feront entrer & sortir du Royaume, selon les Traitez & Alliances, & comme d'ancienneté, ils ont accoustumé d'en jouir & user, ce neantmoins puis quelques temps l'on les auroit contraints & forcez de payer des impositions nouvelles, pour raison de leurs Marchandises & trafic contre la coustume & jouissance de leurs Privileges, & teneur des Alliances... lesdites Lettres Sadite Majesté se rapporte aux anciens Traitez... pour jouir par les Supplians des exemptions & immunitéz, à la forme des anciens Traitez comme ils avoient accoustumé, & ainsi que par lesdites Lettres est déclaré & contenu."

ANHANG II

<u>Warengattung</u>	<u>Tarif von 1540</u>			<u>Tarif von 1581</u>		
	<u>livres</u>	<u>sols</u>	<u>deniers</u>	<u>livres</u>	<u>sols</u>	<u>deniers</u>
Weizen, le muid ¹⁰⁵⁾	15	-	-	30	-	-
Mischkorn	-	4	-	-	8	-
Speck, pro Pfund	-	-	12	-	2	-
Olivenöl	-	-	12	-	2	-
Mandelöl	-	-	6	-	2	-
Zucker	-	3	-	-	6	-
Zuckerwaren	-	5	-	-	10	-
Korinthen, echt	-	2	6	-	4	-
Korinthen, aus der Provence	-	-	6	-	1	-
Wein	4	-	-	9	-	-
Rinder	8	-	-	20	-	-
Schafe	-	20	-	-	40	-
Schweine	-	40	-	4	-	-
Saffian- und Korduanleder, dtz.	6	-	-	12	-	-
Kurzwaren	-	-	-	-	-	-
Tuche, goldgewirkt etc. pro Pfund	14	-	-	22	-	-
Tuche, Seide	2	-	-	6	-	-
Tuche, Leinen, 100 Pfund	40	-	-	55	-	-
Wolle, aus England, nicht appretiert, pro Pfund	-	5	-	-	10	-
Wolle, aus Spanien und der Provence	-	2	-	-	6	-
Leinen, feines franz. 100 Pfd.	40	-	-	50	-	-
Leinen, grob	15	-	-	25	-	-
Leinengarn	20	-	-	25	-	-
Leinengarn, fertig zum Weben	12	10	-	20	-	-
Hanfarn	10	-	-	20	-	-
Hanfarn, fertig zum Weben	6	10	-	15	-	-
Farbstoffe, pro Pfund	-	-	6	-	1	-
Papier, weiß, 100 Pfund	3	15	-	3	-	-
Stahl	-	-	9	-	1	-
Eisen	-	-	4	-	-	6
Zinn	8	-	-	20	-	-

105) Vgl. Dupiney de Vorepierre: a.a.O., Bd.I, S.440

1 muid = 12 setiers = 1'872 Liter

Kapitel V

SULLY'S ZOLL- UND FINANZREFORM VON 1598

UND IHRE AUSWIRKUNG AUF DIE EIDG. HANDELSFREIHEITEN

BIS ZUR LETTRE PATENTE VON 1622

Die Bemühungen der Kaufleute, ihre Handelsfreiheiten in der ursprünglichen Form zu erhalten, hatten in den Jahren 1602 und 1604 keinen Erfolg gehabt und bei großen Kosten nur Enttäuschungen verursacht. Trotz aller Mißerfolge wurde aber die Hoffnung nicht aufgegeben, in einem günstigen Moment Heinrich IV. doch noch das gewünschte Patent abringen zu können.

1. Die Gesandtschaft der reformierten Orte, 1605

Zusammen mit einigen deutschen reformierten Fürsten ging 1605 eine Gesandtschaft der IV reformierten Orte (Zürich, Basel, Bern und Schaffhausen) an Heinrich IV. ab, um im Streit zwischen ihm und dem Herzog von Bouillon¹⁾ zu vermitteln. Der reformierte Herzog war ursprünglich ein Gefolgsmann des Königs gewesen, nach der Verschwörung Biron's²⁾ kam es aber zwischen ihm und Heinrich zu Zerwürfnissen und Bouillon mußte nach Deutschland fliehen. Im Jahre 1606 söhnte er sich mit dem König wieder aus und übergab ihm seine Stadt Sedan. Die eidg. Gesandtschaft der IV Orte, der sich die Kaufleute angeschlossen hatten, weilte in den Monaten März/April 1605 am französischen Hof³⁾. Da die Gesandtschaft eine Abordnung der vier stärk-

1) Henri de la Tour d'Auvergne, Vicomte de Turenne, Prince de Sedan et Rancourt, Duc de Bouillon

2) Charles de Gontaut, Duc de Biron, Pair et Amiral de France, Maréchal-général des camps et armées du Roi, Gouverneur de Bourgogne et de Bresse

3) Vgl. Rott: Histoire de la représentation diplomatique, a.a.O., Bd. II, S. 598

stens am Frankreichhandel interessierten eidg. Städte war, konnte die Kaufmannschaft von ihr ein tatkräftiges Eintreten für ihre Belange erwarten. Sie wurde vom König jedoch äußerst kühl empfangen und die Klagen der Kaufleute, die in dem Hinweis auf den Bruch der Versprechen von 1604 gipfelten, wurden mit leeren Redensarten beantwortet. Als sie dennoch auf die Verleihung eines detaillierten Patents bestanden, erhielten sie den Befehl, einen Entwurf der gewünschten Urkunde einzureichen⁴⁾. Bartholomäus Zollikofer, der in Prozeßangelegenheiten in Paris war, setzte den Entwurf auf und übergab ihn Méry de Vic⁵⁾, der als Rapporteur⁶⁾ in der Angelegenheit der eidg. Kaufleute fungierte und ihre Sache vor dem Conseil du Roi zu vertreten hatte. Nach einigen Tagen bereits erhielt Zollikofer von de Vic den Entwurf zurück mit dem Bemerkten, daß das Konzept die Unterschrift des Sieur de Villeroy⁷⁾ tragen müsse, bevor darüber vor dem Conseil du Roi verhandelt werden durfte. Die Kaufleute hofften anlässlich der Abschiedsaudienz für die Gesandtschaft diese Unterschrift zu erhalten, der Abschied vom König fiel aber so frostig aus, daß sie in dieser Atmosphäre ihre Bitte nicht vortragen konnten; auch diese Gesandtschaft kehrte, wie manche ihrer Vorgängerinnen, unverrichteter Dinge in die Heimat zurück. Ohne die offizielle Unter-

4) SASG, Faszikel XIV, Mappe 5, no. k

5) Méry de Vic, Seigneur d'Ermenonville, des Bergeries etc., ehem. ordentl. Gesandter bei der Eidgenossenschaft, Mai 1603 bis Februar 1605

6) Vgl. Esmain: a.a.O., S. 484 f.

Die Maîtres des requêtes oder Rapporteurs waren dem Conseil des parties (einer Abteilung des Conseil du Roi) zugeteilt und hatten dem Rat über den betreffenden Streitfall Bericht zu erstatten. Sie hatten in der Angelegenheit, die sie vor dem Rat vertraten, nur beratende Stimme (voix délibérative). Die rund 80 Rapporteurs lösten sich trimesterweise ab. Aus dem Korps der Maîtres des requêtes gingen die höchsten Verwaltungsbeamten hervor und aus seinen Reihen wurden die Intendanten der Provinzen und der Finanzen gewählt.

7) Nicolas IV. de Neufville, Seigneur de Villeroy, Seigneur d'Alincourt, de Magny etc., Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, September 1594 bis November 1617

stützung seitens der Tagsatzung war es unter den gegebenen Umständen aber vollkommen aussichtslos, die Patentangelegenheit weiter zu verfolgen. Zollikofer blieb allein in Paris zurück, und durch seinen langen Aufenthalt bei Hof und seinen tiefen Einblick in das Geschehen hinter den Kulissen konnte er reiche Erfahrungen sammeln und wertvolle Kontakte zu den führenden Persönlichkeiten des Hofstaats herstellen. Seine Erfahrungen prädestinierten ihn zum Interessenvertreter der Kaufmannschaft gegenüber der Krone und ließen ihn zum eifrigsten Verfechter der kaufmännischen Freiheiten werden. Von Paris aus schrieb er seinem Vetter Joachim Zollikofer nach St.Gallen, er verurteile die energielose Verteidigung der Handelsfreiheiten durch die eidg. Kaufleute und empfahl ihnen, sich an ihren Standesgenossen aus dem Reich ein Beispiel zu nehmen. Zur Verteidigung ihrer Vorrechte sprachen die deutschen Kaufleute täglich bei Hof vor, so daß der Herr von Rosny⁸⁾ ihren so hartnäckig verfolgten Anträgen habe entsprechen müssen. Wenn die eidg. Kaufleute zur Erhaltung ihrer Freiheiten ebenso vorgehen würden, was leider nicht der Fall sei, könne ein Erfolg nicht ausbleiben. Die Franzosen erklärten offen, daß die eidg. Kaufleute in ihrer Sache nichts unternehmen und "das man unss ye lenger ye mehr molestieren wirdt, welchem allem noch wol vorzuokommen were, wann man darzuo thun will; es ist besser tard que jamais."⁹⁾ Im gleichen Schreiben vertrat Zollikofer die Ansicht, daß der Sache am besten gedient sei, wenn in Paris ein ständiger, einflußreicher Vertreter die Interessen der eidg. Kaufleute wahren würde.

Das Scheitern der Mission der eidg. Gesandtschaft von 1605 und die ständigen Beschwerden der Kaufleute veranlaßten die Tagsatzung, einen Brief an den König zu schreiben, in welchem nochmals von Heinrich IV. eine Bestätigung der Freiheiten und ein besiegeltes Patent gefordert wurde¹⁰⁾. Das Schreiben beeindruckte den König noch

8) Maximilian de Béthune, Duc de Sully, Sieur de Rosny

9) SASG, Faszikel XIV, Mappe 5, no.k

Brief Bartholomäus Zollikofer vom 11. Juni 1605 aus Paris

10) Vgl. Kapitel IV, Seite 154, Anmerkung 102

weniger als es die mündlichen Vorstellungen der Gesandten vermocht hatten, anscheinend haben aber seine formlos erlassenen Befehle an die Gouverneure und Zollpächter für einige Zeit eine gewisse Wirkung erzielt, denn über den Zeitraum mehrerer Jahre hinweg liegen keine Klagen über Zollschwierigkeiten vor.

Kleinere Streitigkeiten konnten die Kaufleute an Ort und Stelle bereinigen, wozu sie gemeinsam auftraten und sich auch je nach Lage der Dinge mit den deutschen Kaufleuten zusammentaten, so z.B. bei einem Streit um die Gabelle. Die eidg. Kaufleute waren gegen Entrichtung einer jährlichen Pauschalsumme von der Zahlung der Gabelle befreit. Die Höhe des Pauschalbetrags hatte von 1578 bis 1585 jährlich nur 6 écus au soleil betragen, wurde aber in einer freiwilligen Abmachung zwischen der Stadtverwaltung und den Kaufleuten 1596 auf jährlich 150 Kronen erhöht, die aus der Ordinarikasse bezahlt wurden. Von 1602 bis 1606 stieg der Betrag auf jährlich 250 Kronen an und wurde dann überraschend und einseitig auf 400 Kronen heraufgesetzt¹¹⁾. Im Augenblick der Erhöhung konnte gegen die willkürliche Maßnahme der Stadtverwaltung nichts unternommen werden, weshalb die Bücher der Ordinarikasse für das Rechnungsjahr 1606 diesen Betrag ausweisen¹²⁾. Dann kam es aber zu einem Zusammenschluß der deutschen und eidg. Kaufleute mit dem Ziel, eine endgültige Befreiung von der Gabelle durchzusetzen. Beide Partner verpflichteten sich, bei Androhung einer Konventionalstrafe von 100 Kronen, im Februar 1606 in Lyon weder Waren zu kaufen noch zu verkaufen¹³⁾. Der Boykott verfehlte seine Wirkung nicht, denn ab 1607 erscheint der Ausgabeposten für die Gabelle nicht mehr in den Büchern der Ordinarikasse.

11) Vgl. Einleitung, S. 14 f.

12) SAZ, Ordinaribuch, a.a.O., Bd.I, S. 37 f.

13) SAZ, Mappe 150 (1606), no. 13

Konvention vom 30. Januar 1606

2. Die Entwicklung Frankreichs zum absolut regierten Staat und Sully's Zollreform von 1598

Unter der Regierung Heinrichs IV. strebte die französische Monarchie ihrem Gipfelpunkt zu; die Bürokratie begann sich deutlich auszuprägen, und ihr System verlieh dem absoluten Staat seine Gestalt. Die Herrscher hatten seit Franz I. begonnen, an der wirtschaftlichen Gestaltung und Entwicklung des Staates zu arbeiten und die jungen Manufakturen ebenso wie die Landwirtschaft gegen die Konkurrenz des Auslandes zu schützen. In dieser Politik wollte man den Triumph des Merkantilismus erblicken, doch war dieser weniger ein System als eine Reihe wirtschaftspolitischer Maßnahmen, die von den Vorgängen innerhalb der Volkswirtschaft erzwungen wurden. Eine Hauptaufgabe des Merkantilismus war es, die Bedürfnisse des Staates zu befriedigen, dessen wachsender Beamtenapparat und große stehende Armee erhebliche Summen verschlangen; die Bedürfnisse der Untertanen lagen dem System weit weniger am Herzen¹⁴⁾. Ein großer Schritt auf dem Weg der angestrebten Zentralisierung war die von Sully 1598 durchgeführte Zollreform. Die seit der Feudalherrschaft und früher bestehenden Zölle der haute-passage, rève und imposition foraine, sowie die seit 1577 bestehende Ausfuhrabgabe der traite domaniale wurden für das Gebiet des gesamten Königreiches im "bail des cinq grosses fermes" vereinigt. Ab 1614 bestanden daneben drei Einfuhrzölle:

1. Das "droit d'entrée des grosses denrées et marchandises" von 1581, das bereits 1598 in den bail des cinq grosses fermes mit einbezogen worden war. Es wurde auf fast alle Waren erhoben, die in das Gebiet der cinq grosses fermes importiert wurden, falls sie nicht bereits den Einfuhrzoll der Douane von Lyon oder einer anderen, außerhalb des Gebietes liegenden Zollstation bezahlt hatten. 1622 wurde es dann auf alle Waren ausgedehnt, die aus den sogenannten "provinces réputées étrangères" kamen, selbst wenn sie die Gebühren der Douane von Lyon bereits bezahlt

14) Vgl. Sée: a.a.O., S. 129 f.

hatten. Französische und ausländische Waren wurden in diesem Fall gleich hoch veranlagt.

2. Das "droit d'entrée des drogueries et épiceries" von 1544, das 1632 mit dem bail des cinq grosses fermes vereinigt wurde, und
3. Der seit 1555 auf Alaun liegende Einfuhrzoll¹⁵⁾.

Bis 1664 waren auch alle übrigen Grenzzölle den cinq grosses fermes angegliedert, und durch den Tarif Colberts von 1664 erhielt diese Bezeichnung territoriale Bedeutung, denn sie umfaßte das Gebiet der nördlichen Provinzen, die den Tarif angenommen und die meisten Binnenzölle aufgehoben hatten. Das übrige Gebiet des Königreiches war unterteilt in die "provinces réputées étrangères", die an der alten Form der Zollerhebung festhielten und die Binnenzölle nicht aufhoben, sowie die "provinces traitées comme pays étrangères", die freien Handelsverkehr mit dem Ausland hatten, gegen das übrige Frankreich aber durch Zollschranken abgeschlossen waren¹⁶⁾. Die einzelnen Zölle des bail des cinq grosses fermes wurden zwar immer noch an verschiedenen Zollstationen nach verschiedenen Tarifen erhoben, jedoch lagen sie seit der Reform von 1598 in den Händen eines einzigen Generalpächters, der für die Art der Einziehung zuständig war.

3. Die Auseinandersetzungen der eidg. Kaufleute mit dem Generalpächter du Ham

Vom 23. September 1604 bis zum 16. Juni 1611 war Charles du Ham Generalpächter der cinq grosses fermes. Im Pachtvertrag, den er mit dem König geschlossen hatte, befand sich die Klausel, nach der sich der König verpflichtete, von jeder neuen Zollbefreiung Abstand zu nehmen, jedoch vom Pächter andererseits die Anerkennung bereits

15) Vgl. Levasseur: Histoire du Commerce, a.a.O., Bd.I, S.250

16) Vgl. Sée: a.a.O., S.201

Die provinces traitées comme pays étrangères umfaßten u.a. Lothringen und die drei Bistümer Metz, Toul und Verdun

gewährter Befreiungen verlangte¹⁷⁾. Du Ham griff als erstes die Zollbefreiungen der deutschen Kaufleute an, die sich auf keinerlei Staatsverträge stützen konnten und aus eigener Initiative und Energie den Kampf mit ihm um die Erhaltung ihrer alten Rechte aufnehmen mußten. Seit 1606 standen sie im ständigen Kampf gegen die Schikanen und Übergriffe des Zollpächters und seiner Beamten. Nach dem Vorbild der eidg. Kaufleute gründeten auch sie einen gemeinsamen Kampffonds und verpflichteten sich zu regelmäßigen Beitragsleistungen an diesen, um aus ihm alle Verteidigungskosten zu bestreiten. Dem Angriff von 1606 auf die Vorrechte der deutschen, folgte 1607 der Angriff auf die Freiheiten der eidg. Kaufleute, die nur die drei alten Ausfuhrzölle zahlten und nun gezwungen werden sollten, auch die neuen Einfuhrzölle zu entrichten. Der Streit begann in St. Jean-de-Losne, wo der Angestellte du Hams¹⁸⁾ die Güterfertiger Jeremias & Friedrich Peyer und Jakob Huber aus Schaffhausen anhielt. Für die von ihnen geführten Waren der eidg., Bündner und reichsstädtischen Kaufleute verlangte Roy die Zahlung der "traite domaniale d'entrée"¹⁹⁾ in Höhe von 2 Kronen vom Hundert des Waren-

17) SASG, Faszikel A X, Mappe 3, ohne no.

In der betreffenden Klausel wurde die bekannte unpräzisierte Form beibehalten, indem die Privilegierten nicht genannt wurden, sondern es lediglich hieß, der Pächter darf die neuen Zölle nicht von denen erheben, "qui en sont exemptz par les anciens traitéz de paix et qui en ont bien et deument jouy suivant les accordz et concessions quilz ont de Nous."

18) Nicolas Roy, Commis de la traite foraine zu St. Jean-de-Losne, Herzogtum Burgund

19) Vgl. Levasseur: Histoire du Commerce, a. a. O., Bd. I, S. 103 und 197

In den Zollpachtverträgen wurde mit "traite foraine" fast immer die gesamten Ein- und Ausfuhrzölle bezeichnet. Für ein und denselben Zoll und die Art seiner Erhebung gab es in den verschiedenen Provinzen Frankreichs eine Vielzahl von Bezeichnungen. Die hier geforderte "traite foraine domaniale d'entrée" wird in den Beschwerdeschriften auch "droit d'entrée de Bourgogne" genannt. Da ihre Höhe 2 % beträgt und sie vom Generalpächter erhoben wurde, gehört sie unzweifelhaft zu dem bail des cinq grosses fermes und ist identisch mit dem droit d'entrée des grosses denrées et marchandises.

wertes. Zunächst versuchten Huber und Peyer sich auf gütliche Art mit dem Zolleinnehmer zu vergleichen und schlossen einen Vertrag mit ihm, laut welchem anstatt des Wertzolls von 2 % für jedes Tragtier eine halbe Krone Weggeld bezahlt werden sollte. Kurze Zeit darauf trat der Zolleinnehmer aber vom Vertrag zurück und forderte nunmehr außer der halben Krone Weggeld pro Tragtier noch den vollen Zollbetrag von 2 Kronen auf Hundert für die Einfuhr. Du Har hatte inzwischen vor dem Conseil du Roi Klage erhoben und von diesem zwei Urteile (7. Dezember 1606 und 18. Dezember 1607) erwirkt, die feststellten, daß alle deutschen Kaufleute den umstrittenen Importzoll zu zahlen hatten. Unter Berufung auf diese beiden Urteile war der Zolleinnehmer von St. Jean-de-Losn von seinem Vertrag mit Peyer und Huber zurückgetreten, woraufhin die beiden mit einer Gegenklage vom 3. Januar 1608 antworteten und gegen das anmaßende Benehmen des Zollbeamten Protest erhoben²⁰⁾. Die Klage hatte keinen Erfolg, weshalb sich die Schaffhauser an die eidg. Kaufleute in Lyon wandten, die am 9. Februar zusammentraten, um ihre Gegenmaßnahmen zu beraten. Am gleichen Tag wurde ein gemeinsames Protestschreiben an Roy gerichtet, in welchem erklärt wurde, daß die beiden Urteile, auf die er sich berief, lediglich die deutschen Kaufleute betreffe, nicht aber auf die eidg. Kaufleute Anwendung finden könne, da diese nie zu den Kaufleuten aus dem Reich gezählt hatten. Unter Hinweis auf den verschiedenen Ursprung der deutschen und eidg. Vorrechte wurde zum Ausdruck gebracht, daß die eidg. Freiheiten ihren Ursprung im Ewigen Frieden hätten und durch die guten Dienste der Eidgenossen immer wieder neu erworben worden wären. Außerdem schulde der König der Eidgenossenschaft noch große Summen und sei ihr deshalb zu großem Dank verpflichtet, es könnte der Fall eintreten, daß der Herrscher für sich oder den Dauphin wieder die Dienste der Eidgenossenschaft benötige und es wäre deshalb unklug gehandelt, wenn er nicht bestrebt sei, sich ihre

20) SASG, Faszikel A X, Mappe 4, no.d

Freundschaft zu erhalten. Die eidg. Kaufleute glaubten deshalb, daß sie immer "mehrere freyheiten haben und erlangen würden, als die von den Reichsstädten"²¹⁾. Als aber auch dieser Protest ungehört verhallte, beschloß die St.Galler Kaufmannschaft, die über alle Vorgänge in Lyon auf dem Laufenden war, eine Abordnung nach Paris zu senden²²⁾. Die Empfehlungsschreiben, die der Rat der Stadt St.Gallen vom Stand Zürich ausgestellt erhielt, gaben der Abordnung einen halboffiziellen Charakter. Noch im Februar 1608 konnte Bartholomäus Zollikofer die Kredenzbriefe in Zürich in Empfang nehmen und an Matthieu, den Anwalt der eidg. Kaufleute in Paris, weiterleiten. Matthieu sollte bis zur Ankunft Zollikofers die Prozesse in Paris weiterführen und auch im Prozeß gegen du Ham die eidg. Partei vor dem Conseil du Roi vertreten. In der Zwischenzeit versuchten die Kaufleute dem Zoll in St.Jean-deLosne zu entgehen, indem sie ihre Warenzüge umleiteten. Die Täuschung gelang jedoch nicht und bereits am 6. März 1608 mußten die St.Galler Häuser Laurenz & David Zollikofer, Georg Zollikofer, Daniel & Christof Studer und Hans Fitler vor dem königlichen Notar Claude Laurens in Lyon gegen den Pächter der Douane von Lyon klagen, der ihnen 32 Warenballen beschlagnahmte, nachdem sie sich geweigert hatten, den Einfuhrzoll dafür zu bezahlen. Der Zollpächter schlug vor, die Beschlagnahme wieder aufzuheben unter der Bedingung, daß sich die Kaufleute verpflichteten, den geforderten Zollbetrag nachzuzahlen, falls das Urteil des Conseil du Roi zu ihren Ungunsten ausfallen sollte; ein Vorschlag, dem die Kaufleute nicht zustimmten²³⁾.

21) SASG, Faszikel XIV, Mappe 7, no.b

22) SASG, Faszikel XIV, Mappe 7, no.a

Konzept eines Schreibens an die Tagsatzung mit der Bitte um Ausstellung eines Interzessionsbriefes (Februar 1608)

23) SASG, Faszikel X, Mappe 4, no.i

Protestnote vom 8. März 1608

4. Die kaufmännische Gesandtschaft Bartholomäus Zollikofers, 1608

Bartholomäus Zollikofer schien den Kaufleuten der richtige Mann zu sein, um als Gesandter der Kaufmannschaft in Paris die Verhandlungen zu führen. Er besaß intime Kenntnisse der Vorgänge am französischen Hof und war auch in Prozeßangelegenheiten äußerst erfahren. Die Frage, ob er diese Mission übernehmen wolle, wurde ihm am 22. März 1608 vorgelegt. Nachdem er die Zustimmung seines Vaters erhalten hatte, nahm er den Auftrag an und verließ am 29. März 1608 St. Gallen, um über Lyon, wo er mit Erlaubnis seiner Auftraggeber noch Privatgeschäfte erledigen wollte, nach Paris zu reisen²⁴⁾. Seine Instruktionen lauteten:

1. Nicht mit Geschenken zu sparen, falls sich dies günstig auf die Angelegenheiten der Kaufleute auswirken sollte. Auch dem Anwalt Matthieu war ein größeres Geldgeschenk in Aussicht zu stellen für den Fall, daß dieser den Prozeß zu einem glücklichen Ende bringen sollte. In allen Punkten hatte er stets unter Berufung auf die Artikel des Ewigen Friedens von 1516 vorzugehen und laufend über Erfolg und Mißerfolg nach Hause zu berichten, damit man dort rechtzeitig die Hilfe der Tagsatzung anrufen konnte, falls sich dies als notwendig erweisen sollte.
2. war der Prozeß gegen du Ham vor dem Conseil du Roi zu Ende zu bringen und ein günstiges Urteil (arrêt) durchzusetzen.
3. hatte er die Aufhebung des Verbots der Geldausfuhr anzustreben, da seit 1602 der Transfer der Gelderlöse in die Eidgenossenschaft fast völlig erlahmt war.

Erste Etappe seiner Reise war Solothurn, die Residenz des französischen Gesandten²⁵⁾, von dem er ein Empfehlungsschreiben erbat und erhielt.

24) Vgl. Publikationen des historischen Vereins des Kantons St. Gallen, 4. Folge, St. Gallen, 1915, S. 237. Bartholome Zollikofers Journal, 1608 Februar 9. bis 1609 Februar ...

25) Eustache de Refuge, Seigneur de Courcelles, ordentl. Gesandter, Mai 1607 bis Mai 1610

Aufgrund seiner Prozeßerfahrungen war Zollikofer zu der Überzeugung gekommen, daß eine erfolgreiche Durchführung seiner Mission den engen Zusammenschluß sämtlicher eidg. Kaufleute in Lyon bzw. in Frankreich voraussetzte. Nur mit einer straffen Organisation war es möglich, sich gegenüber dem König und seinen Zollpächtern durchzusetzen, eine Ansicht, die er bereits bei früheren Gelegenheiten vorgetragen hatte, wobei er aber bei seinen Standesgenossen auf wenig Verständnis für die gegebene Situation gestoßen war. Nun erschien ihm der Augenblick, da er als Gesandter der gesamten eidg. Kaufmannschaft nach Paris ging, für geeignet, nochmals mit seinen Plänen hervorzutreten. Am 23. April 1608 wurde eine Versammlung sämtlicher in Lyon anwesender eidg. Kaufleute einberufen, an der hauptsächlich Zürcher, Basler, St.Galler und Schaffhauser Kaufherren teilnahmen. Den Versammelten machten Zollikofer und Spon²⁶⁾ den Vorschlag zum Zusammenschluß der eidg. Kaufmannschaft mit dem Ziel, eine Kontributionskasse zur Verteidigung der gemeinsamen Vorrechte zu gründen. Die Versammelten standen so unter dem Eindruck der letzten Ereignisse, daß auch diejenigen unter ihnen, die bisher wegen der persönlichen Kosten der Idee einer gemeinsamen Kontributionskasse ablehnend gegenübergestanden waren, zu dem Schluß kamen, ein angemessener Beitrag an diese Kasse sei immer noch billiger als der Verlust der Zollvorrechte. Der Beschluß wurde einstimmig angenommen und von den Vertretern aller anwesenden eidg. Handelshäuser unterzeichnet. Er bestimmte im wesentlichen:

1. Die Kaufleute verpflichteten sich, vom Wert aller Waren, die sie aus Deutschland oder von anderen Plätzen nach Frankreich importierten und dort verkauften, ein achtel Prozent an die Kontributionskasse abzuführen, soweit diese Waren von der Douane von Lyon befreit waren und die Zollvorrechte genossen²⁷⁾.

26) Matthias Spon, gebürtig aus Ulm, Bürger von Zürich

27) Die Seidenprodukte der Basler und Zürcher Kaufleute mußten bei der Douane von Lyon verzollt werden.

2. Von allen Waren, die die Kaufleute aus Frankreich exportierten, wurde ein sechzehntel Prozent ihres Wertes an die Kontributionskasse gezahlt, soweit diese Waren die Zollbefreiung besaßen²⁸⁾.
3. Von allen Waren, die im Transit durch Frankreich gingen und im Besitz der Vorrechte waren, wurde ebenfalls ein sechzehntel Prozent vom Wert an die Kontributionskasse entrichtet.
4. Die Kaufleute zahlten von allem Wechselgeld, das sie annahmen oder mit dem sie zahlten, sowie von allen Beträgen, die sie ausführten oder die durch Depositenverrechnung ausgeglichen wurden, ein achtel pro Mille an die Kasse.
5. Alle Faktoren, die im Auftrag der eidg. Kaufleute Waren ein- und verkauften oder verschickten, Wechselgeschäfte tätigten, Geld ausführten oder Depositengeschäfte vornahmen, hatten die gleichen Beiträge zu leisten wie die Kaufleute selber²⁹⁾.
6. Jeder eidg. Kaufmann, der in Zukunft der Vereinigung beitreten wollte, hatte von seiner Heimatbehörde ein Zeugnis über sein Bürgerrecht beizubringen und ein Einstandsgeld an die Kasse zu zahlen, dessen Höhe die Kaufmannschaft nach Ermessen festsetzte. Ohne Einstand und Nachweis des Bürgerrechts durfte ihm kein Mitglied der Konvention in Angelegenheiten des Zolls oder auf dem Stadthaus von Lyon, noch an anderen Orten Beistand leisten. Nur

28) Der Beitrag wurde bei Exportgeschäften geringer angesetzt, da die Exportgüter nur die alten Ausfuhrzölle zu zahlen hatten.

29) Vgl. Vigne: a.a.O., S. 158

Die Bankiers in Lyon nahmen die Geldsorten ihrer Klienten ins Depot und schrieben ihnen den Gegenwert zum Tageskurs in écu d'or oder livre tournois gut. Für die Kaufleute hatte dies den Vorteil, daß sie ihr Geld in Sicherheit wußten und stets einen Geldbetrag zur Verfügung hatten. Der Bankier konnte aber auch als Beauftragter des Kaufmanns, wenn der Empfänger ebenfalls Kunde seiner Bank war, Zahlungen leisten, indem der Betrag dem Empfänger gutgeschrieben und dem Auftraggeber belastet wurde. War der Empfänger nicht Kunde der gleichen Bank, dann wurde der Betrag vom Bankier über eine zweite Bank oder über die Börse dem Empfänger gutgeschrieben.

- derjenige, der Beiträge an die Kontributionskasse leistete, sollte den Schutz und Beistand der vereinigten Kaufleute genießen.
7. Die Höhe der Beiträge an die Kasse sollte solange in Kraft bleiben, bis der Kassenbestand die Summe von 3000 Franken erreicht hatte. Danach sollten die Beiträge auf die Hälfte herabgesetzt werden, die Höhe des Einstandsgeldes jedoch beibehalten bleiben.
8. Aus der Mitte der Kaufleute wurden zwei Deputierte jeweils auf die Dauer eines Jahres gewählt, die darüber zu wachen hatten, daß die Satzungen der Konvention eingehalten wurden. Sie verfügten über die Kassengelder, die sie zur Erhaltung der alten Freiheiten zu verwenden hatten, und mußten der Vollversammlung einen Rechenschaftsbericht über ihre Kassenverwaltung erstatten. Geriet ein Mitglied der Konvention in Schwierigkeiten, so waren die Deputierten gehalten, ihm nach Kräften beizustehen. War ihre Hilfeleistung nicht ausreichend genug und bedurften sie weiterer Hilfe, so konnten sie zwei Mitglieder der Vereinigung nach freiem Ermessen bestimmen, die zu sofortiger Unterstützung verpflichtet waren. Kamen diese ihrer Pflicht nicht nach, mußten sie 6 Franken Buße zahlen, von denen 3 für die Armen und 3 für die Kontributionskasse bestimmt waren. Trat der Fall ein, daß der Beistand der vier Helfer nicht genügte, dann mußte die Versammlung der "nation" einberufen werden, um über weitere Maßnahmen zu beraten.
9. Die Beiträge sollten verwendet werden:
- a) "zu Erhaltung und Verbesserung gemainer und sunderbarer Freiheiten der eidtgnössischen Kaufleuten (dienen) und solle umb alles ain lautere und aussfiehrlliche Verschreibung aufgericht und von gemelten Kaufleuten unterschriben werden."³⁰⁾
- b) Zur Verteidigung des Einzelnen. Wurde ein Mitglied der Konvention in seinen Rechten angetastet, so mußte der Vorfall von der nation und zu Lasten der gemeinsamen Kasse verfolgt werden.

30) Bartholomäus Zollikofers Journal, a. a. O., S. 243

Hatte der Betroffene verbotene Waren geführt oder in einem Punkt den Vorrechten zuwidergehandelt, dann hatte er die Folgen selber zu tragen.

10. Sollte der Fall eintreten, daß zur Verteidigung der Vorrechte der Kassenbestand zu gering war, dann hatten die Deputierten der nation sofort Bericht zu erstatten, die in einer Versammlung darüber zu beschließen hatte, welcher Betrag zu welchem Zinssatz aufzunehmen war.
11. Die Kontributionen wurden erstmalig an der Ostermesse 1608 gezahlt. Danach waren die Zahlungen vierteljährlich nach Ablauf der messfreien Tage zu bezahlen, und zwar so, daß der einzelne Beitrag nicht summenmäßig erfaßt werden konnte. Jedes Mitglied hatte unter Eid und Ehre seinen Beitrag in einen dazu bestimmten Kasten zu legen und konnte so das Geheimnis seines Umsatzes wahren.

Bei ihrer Gründung im April 1608 traten der Konvention 17 Handeshäuser bei, die sich durch Unterschrift verpflichteten, die Satzungen zu befolgen³¹⁾. Bemerkenswert an ihr ist die Tatsache, daß damit erstmalig die eidg. Kaufleute als selbständige "nation" auftraten, völlig getrennt und unabhängig von den Kaufleuten aus dem Reich, die bereits früher eine ähnliche Konvention für sich eingegangen waren. Schwerer zu erkennen bleibt, ob die eidg. und deutschen Kaufleute in Lyon, abgesehen von dieser getrennten Organisation zur Verteidigung ihrer Vorrechte, noch weiterhin eine nation bildeten und als Angehörige der gleichen Nation angesehen wurden oder nicht. Zu Beginn des 17. Jahrhunderts bestand diese Einheit noch auf jeden Fall, denn Ruby erwähnt bis 1604 niemals eine "nation suisse", und es ist nicht wahrscheinlich, daß sich zwischen 1604 und 1608 eine Trennung zwischen den beiden nations vollzogen hat, ohne daß urkundliche Erwähnungen eines derartig einschneidenden Ereignisses vorliegen würden.

31) SAZ, Mappe 150 (1608), no. 49
Vertrag vom 23. April 1608

Es kann somit das Weiterbestehen einer Repräsentationseinheit für Deutsche und Eidgenossen angenommen werden, wenn sich auch beide Gruppen im Kampf um die Erhaltung ihrer Freiheiten völlig getrennt hatten und die Eidgenossen hierbei erstmalig als eigene Nation auftraten.

Mit seinem Erfolg in Lyon zufrieden, konnte Zollikofer mit einer Vollmacht der eidg. Kaufmannschaft von Lyon, am 7. Mai 1608 seine Reise nach Paris fortsetzen, wo er am 12. Mai eintraf. Im Prozeß gegen du Ham hatte Matthieu, als Anwalt der Kaufleute, die Fürschreiben der Orte Zürich und St. Gallen an den König weitergeleitet. In seiner Antwort erklärte Heinrich IV., daß er um die Wahrung der eidg. Vorrechte bemüht sein werde, wohingegen der Kanzler Sillery wissen ließ, daß ein abschließendes Urteil des Conseil du Roi solange unmöglich bleibe, bis du Ham zur Sache vernommen worden sei. Mit diesem Bescheid deutete der Kanzler an, daß der Prozeß sich unter Umständen in die Länge ziehen könnte, und die ehemaligen Gesandten Caumartin und de Vic gaben Zollikofer den guten Rat, heimzureisen und Matthieu allein die Abwicklung des Prozesses zu überlassen. Zollikofer beschloß aber, in Paris die Sache durchzustehen und schrieb nach Lyon, man solle dort gegebenenfalls bemüht sein, die Tagsatzung zur Entsendung eines eidg. Boten zu veranlassen, um dem Prozeß mehr Nachdruck zu verleihen. Am 4. Juni endlich wurde auf königlichen Befehl hin die Vernehmung du Hams befohlen, wobei sich der Einfluß des Gouverneurs von Lyon, d'Alincourt³²⁾, geltend machte, der am Hof über gute Beziehungen verfügte und den eidg. Kaufleuten wohlgesinnt war³³⁾.

32) Charles de Neufville, Marquis de Villeroy, Marquis d'Alincourt, Sohn des Staatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten, s.S.160 Anm. 7

33) SAZ, Mappe 150 (1608), no.69
Dankschreiben der eidg. Kaufleute in Lyon vom 29. August 1608 an Charles d'Alincourt. Ebenso Zollikofers Journal, a.a.O., S.253/55/57, Eintragungen vom 12. August und 5. September 1608. D'Alincourts Eifer in der Sache der Kaufleute ist wohl auf die Geschenke zurückzuführen, die ihm auf Anraten der St.Galler Kaufmannschaft überreicht wurden.

Ende Juni 1608 war die Tagsatzung in Baden zusammengetreten und hörte die Klagen einer Abordnung "gemeiner Kaufleute" über die neuen Zölle, Konfiskationen, Durchsuchung der Waren und andere Klagepunkte an. "In Berücksichtigung dieser Klage und in Betracht, wie mangelhaft die stipulierte jährliche Zahlung der 400000 Kronen erfolgt... wird ein Schreiben an den König erlassen."³⁴⁾ Zollikofer wurde aber trotz des Protestschreibens der XIII Orte in Paris von Monat zu Monat hingehalten und in einem Brief vom 20. September 1608 schrieb er "je mehr man ime, Duc de Scully, zuospricht, desto weniger er thuot."³⁵⁾ Ende September lief der Prozeß gegen den Generalpächter vor dem Conseil du Roi endlich an und Matthieu forderte, gestützt auf die entsprechenden Artikel des Ewigen Friedens, die Anerkennung des Rechts seiner Klienten auf zollfreie Einfuhr. Er führte aus, daß die Urteile von 1607 und 1608 auf die eidg. Kaufleute keine Anwendung finden könnten und deshalb zu Unrecht gegen sie vollstreckt würden. Du Ham wandte hiergegen ein, daß die Zahlung einer halben Krone pro Tragtier freiwillig von den Kaufleuten geleistet worden sei und die Befreiung vom Einfuhrzoll nur für Waren in Betracht komme, die in der Eidgenossenschaft selber hergestellt werden³⁶⁾. Es sei ihm aber bekannt, erklärte du Ham weiter, daß die eidg. Kaufleute, vor allem die Zollikofer, Studer und Zily, einen ausgedehnten Handel mit Seidenwaren, hauptsächlich in der Languedoc betrieben, der aber im Widerspruch zu den gewährten Zollvorrechten stehe³⁷⁾.

34) EA V, Abt. 1, no. 659, r, Baden, 29. Juni 1608.

35) SAZ, Mappe 150 (1608), no. 72

Brief Zollikofers aus Paris vom 20. September 1608

36) Vgl. Zollikofers Journal, a.a.O., S. 260

Eintragung vom 17. Oktober 1608. Zollikofer erklärte, die Kaufleute hätten die halbe Krone nur deshalb gezahlt, um die Besichtigung der Ware zu vermeiden, da deren Aus- und Einpacken, sowie das Ent- und Beladen der Tragtiere größere Kosten verursachte.

37) Vgl. Zollikofers Journal, a.a.O., S. 262

Eintragung vom 30. Oktober 1608. Die St. Galler Kaufleute hatten für Seidenwaren nie eine Zollbefreiung gefordert, da sie mit dieser Ware nicht handelten. Hingegen importierten die Zürcher Kaufleute imitierte italienische Seidenwaren, für die sie die Douane von Lyon zu zahlen hatten.

Der Conseil du Roi fielte nach langer Beratung das Urteil, daß die Zollbefreiungen für alle eidg. Naturprodukte und Manufakturwaren gelten sollten, d.h. auch für die in Zürich hergestellten Seiden- und aus Seide mit Wolle gemischten Stoffe. Alle Waren nicht eidg. Ursprungs, mit denen die eidg. Kaufleute Handel trieben, sollten hingegen unter die neuen Zollvorschriften fallen. Der Spruch des Conseil war nicht ungünstig, da die Kaufleute in ihrer Denkschrift vom 24. Februar 1584 von sich aus freiwillig darauf verzichtet hatten, daß ihre Zollvorrechte auf andere Waren als solche eidg. oder deutschen Ursprungs angewendet werden sollten³⁸⁾. Ein Verzicht auf die Zollvorrechte aus dem Geschäft mit deutschen Waren hätte aber schwerwiegende Folgen für sie gehabt, denn ein großer Teil des Handels zwischen dem Reich und Lyon war in die Hände der eidg. Kaufleute, hauptsächlich der Basler und Schaffhauser Handelshäuser, übergegangen. Diese hätte der Verlust der Zollfreiheit auf die deutschen Waren schwer getroffen, während die St. Galler von dem Urteil, so wie es vorlag, kaum berührt wurden, da sie in erster Linie mit den Produkten ihrer heimatlichen Leinenmanufakturen Handel trieben. Als Antwort auf seinen Bericht an die nation in Lyon erhielt Zollikofer umgehend den Auftrag, in keinem Punkt nachzugeben und gemäß der Konvention vom 23. April 1608 erhob er in Wahrung der gemeinsamen Interessen Einspruch gegen das Urteil des Conseil³⁹⁾. In Lyon herrschte die Meinung, es sei unklug, einen neuen Prozeß gegen du Ham anzustrengen, da die Erfahrung gelehrt hatte, daß sich die Verhandlungen vor dem Conseil du Roi endlos hinzuziehen pflegten. Es sollte deshalb der Versuch unternommen werden, die Tagsatzung zur weiteren Verfolgung des Falls zu veranlassen und Zollikofer erhielt den Befehl, aus Paris abzureisen. Als er sich von de Vic, der als Rapporteur die Eidgenossen vor dem Conseil vertreten hatte, seine Papiere abholte, bedauerte dieser außerordentlich den Ausgang des Prozesses.

38) Vgl. Kap. IV, S. 128 Denkschrift vom 24. Februar 1584, Art. 8

39) Vgl. Zollikofers Journal, a.a.O., S. 266

Eintragung vom 25. November 1608

Der Kanzler Sillery bat Zollikofer bei dessen Abschiedsaudienz um Geduld, da er am folgenden Tag die Angelegenheit im Conseil nochmals zur Sprache bringen wollte. Einige Tage später versicherte Sillery nochmals, er werde Mittel und Wege finden, um den Wünschen der Kaufleute nachkommen zu können. Zollikofer wies darauf hin, der Zollausschlag für Waren nicht eidg. Ursprungs, die durch eidg. Kaufleute importiert wurden, betrage bei der Zollstation St. Jean-de-Losne jährlich höchstens 80 bis 100 Kronen, aber um des Prinzips willen müßte auf einer Änderung des Urteils bestanden werden. Mit festen Versprechen versehen wurde er am 7. Dezember 1608 vom Kanzler gnädig entlassen und reiste nach einem 7-monatigen Aufenthalt in Paris unzufrieden ab⁴⁰⁾.

Am 20. Dezember 1608 erstattete Zollikofer in Lyon vor der versammelten nation seinen Bericht. Er riet der Versammlung dringend, den Versuch zu unternehmen, die Tagsatzung zur Entsendung einer Standesdelegation an den französischen Hof zu bringen, oder sie wenigstens zu bewegen, ein energisch gehaltenes Schreiben an den König zu richten, in dem aber ausdrücklich zu betonen sei, daß es sich bei dem Streit um die Zölle um eine gesamtteidg. Angelegenheit handle. Nachdrücklich erklärte er, weder der König noch seine Räte glaubten, die Eidgenossenschaft würde sich für die Belange der Kaufleute einsetzen, und die Schreiben der XIII Orte kämen nur durch unsaubere Manipulationen oder andere Mittel der Kaufleute zustande. Während der Verhandlungen vor dem Conseil du Roi wäre immer die Auffassung vertreten worden, die Bündnisse seien von der Eidgenossenschaft wegen der Söldner abgeschlossen worden und man könne sich nicht vorstellen, daß sie sich mit den Streitigkeiten der Kaufleute befasse⁴¹⁾. Im Februar 1609 erreichte Zollikofer in Lyon die Nachricht aus St. Gallen, die Tagsatzung werde in Kürze zusammen-

40) Vgl. Zollikofers Journal, aa. O., S. 267
Eintragung vom 7. Dezember 1608

41) Vgl. Zollikofers Journal, a. a. O., S. 267
Eintragung vom 20. Dezember 1608

treten. Auf seinem Heimweg machte er in Freiburg Station, um dem Rat der Stadt über den Verlauf seiner Mission zu berichten, wobei er sich über die schlechte Behandlung, die ihm in Paris zuteil geworden war, beklagte. Er teilte dem Rat mit, daß dem Freiburger Käsehändler Ludwig Retorna 4200 livres beschlagnahmt worden waren beim Versuch, diesen Betrag aus Lyon auszuführen⁴²⁾. Mit der Bitte an den Rat, seine Tagsatzungsboten entsprechend zu instruieren, was ihm wohlwollend zugesichert wurde, ritt er nach Bern weiter. In Bern brachte er die gleichen Anliegen wie in Freiburg vor und verfuhr ebenso in Zürich, von wo er im gleichen Sinn nach Luzern schrieb. In Zürich erhielt er die Nachricht, die für Februar vorgesehene Tagsatzung sei auf den Sommer verschoben worden, weshalb er von Zürich aus direkt nach St. Gallen heimreiste, wo er nach insgesamt 11-monatiger Tätigkeit für die Sache der "gemeinen Kaufleute" am 17. Februar 1609 eintraf. Zollikofer war von seiner Aufgabe tief durchdrungen und hatte mit aller Deutlichkeit erkannt, daß der Kampf um die Erhaltung der alten Freiheiten mit allen Mitteln weitergeführt werden mußte, weshalb er die Aufgabe übernahm, als "Agent gemeiner Kaufleute" eine große kaufmännische Botschaft für die kommende Tagsatzung vorzubereiten. Im Mai 1609 befand er sich bereits wieder in Lyon, um die Probleme an Ort und Stelle zu prüfen und kam zu dem Resultat, daß die eidg. Vorrechte in Frankreich ständig und zielbewußt eingeschränkt wurden. Der Zoll zu St. Jean-de-Losne gab immer noch zu Klagen Anlaß und in jüngster Zeit hatte das Verhalten der Zollbeamten der Douane von Vienne wieder Anstoß zu neuen Streitigkeiten gegeben⁴³⁾. Seit dem Jahre 1600 prozessierten Paul Warenberger aus Nürnberg und David & Heinrich Peyer aus Schaffhausen gegen den Transitzoll, der in Vienne in Höhe von 2,5 % des Warenwertes erhoben wurde. Der König hatte den Prozeß an das Parlament von Grenoble zur Entschei-

42) Vgl. Zollikofers Journal, a.a.O., S. 273

Eintragung vom 2/12. Februar 1609

43) SASG, Faszikel XIV, Mappe 8, no. d

Bericht Bertholomäus Zollikofers aus Lyon vom 24. Mai 1609

dung überwiesen, daß im Mai 1608 ein Urteil zu Gunsten der klagenden Kaufleute fällte. Dem Zolleinnehmer von Vienne wurde bei Androhung einer Buße von 3000 livres befohlen, die Rechte der Kaufleute zu achten und von der Erhebung des Zolls abzusehen. Der Prozeß war nach 8-jähriger Dauer glücklich gewonnen worden, aber der Zolleinnehmer kümmerte sich nicht um das Urteil des Parlaments und fuhr fort, die Kaufleute zur Zahlung des Transitzolls zu zwingen. Außer dem gewonnenen Prozeß gegen die Douane von Vienne waren noch zahlreiche alte Prozesse gegen Zolleinnehmer nicht zum Abschluß gebracht worden.

Der Geldexport aus Lyon war fast vollständig zum Erliegen gekommen, so hatte z.B. Ludwig Retorna sein gesamtes Geld verloren, das in den Besitz des Gouverneurs übergegangen war. Einem Luzerner Kaufmann war beim Verlassen der Stadt sein gesamtes Bargeld abgenommen worden und ebenso war es dem Zürcher Kaufmann Hans Peter Reutlinger beim Versuch ergangen, 180 Dukaten bei seiner Abreise aus Lyon mitzunehmen. Die widrigen Zustände wurden von Zollikofer zusammengestellt und der Kaufmannschaft in St. Gallen vortragen, verbunden mit der dringenden Bitte, nichts unversucht zu lassen, diesmal die Tagsatzung in Baden zu energischem Eintreten für die Kaufleute zu bewegen. Er schlug vor, eine starke Abordnung der Lyoner Kaufleute die Tagsatzung besuchen zu lassen, die vorher bei den Räten von Luzern und den dem Tagsatzungsort am nächsten gelegenen Orten vorsprechen sollte. Der Rat von St. Gallen sollte seinerseits versuchen, auf die Räte von Basel, Zürich, Schaffhausen und Solothurn einzuwirken, damit diese ihren Tagsatzungsboten befähigen, die Anliegen der Kaufleute zu unterstützen. Man wollte es aber nicht dabei bewenden lassen, sich an die städtischen Orte gewandt zu haben, sondern auch bei den landwirtschaftlich orientierten Ständen, wie Appenzell Inner- und Außerrhoden, und den zugewandten Orten, wie z.B. dem Abt von St. Gallen, sollte für die Sache der Kaufleute geworben werden. Der französische Gesandte mußte selber sehen, daß die Kaufleute ihre Klagen nicht in eigener Vollmacht erhoben, wie

immer behauptet wurde, sondern daß es eine Angelegenheit der gesamten Eidgenossenschaft war⁴⁴⁾. Weitere Schreiben, die dem gleichen Anliegen dienten, gingen an die Räte von Bern, Freiburg und Solothurn⁴⁵⁾, während der Rat der Stadt St. Gallen sich in diesem Sinn bei Luzern und die Kaufleute Peyer aus Schaffhausen sich bei ihrem Rat verwandten⁴⁶⁾. Die eidg. Kaufmannschaft hatte sich gut auf die Tagsatzung vorbereitet und eine Abordnung von vier der bekanntesten und angesehensten Kaufleute ritt am 28. Juni 1609 in Baden ein, um die Klagen vor die Tagsatzung zu bringen und ihre Anliegen als Standesangelegenheit zu verfechten. Ungünstigerweise war die kaufmännische Abordnung erst gegen Ende der Tagsatzung gehört worden, zu einem Zeitpunkt, an dem der französische Gesandte bereits seine Abreise vorbereitete. In der Eile fiel seine Antwort nur kurz aus; er behauptete, daß zu vielen Klagen der Kaufleute kein wahrer Grund vorhanden sei, und verlangte eine schriftliche Eingabe der Klagen und Beschwerden, die er an den König weiterleiten wollte. Mit dem Vorschlag, eventuell in Solothurn eine Konferenz zur Beilegung der Streitigkeiten abzuhalten, verließ er Baden. Die Tagsatzung faßte den Beschluß, "der neuen Zölle in Frankreich und anderer dem ewigen Frieden zuwiderlaufender Beschwerden wegen, wird gemeinen Kaufleuten der Eidgenossenschaft eine Abordnung an den französischen Ambassador bewilligt, um womöglich deren Aufhebung auszuwirken. Für den Fall, daß dieselbe nichts ausrichten würde, wird den Kaufleuten eine Intercession an den König zugesichert..."⁴⁷⁾. Dem Gesandten Refuge⁴⁸⁾ wurde die verlangte Beschwerdeschrift der Kaufleute durch den Stand Zürich überreicht und er versprach, sie

44) SASG, Faszikel XIV, Mappe 8, no.d

Bericht Bartholomäus Zollikofers aus Lyon vom 24. Mai 1609

45) SASG, Faszikel XIV, Mappe 8, no.e

Briefe Bartholomäus Zollikofers vom 7. und 11. Juni 1609

46) SASG, Faszikel XIV, Mappe 8, no.f

Brief des Rats der Stadt St. Gallen vom 8. Juni 1609

47) EA V, Abt. 1, no. 697, p, Baden, 28. Juni 1609

(SAZ, Abschiede, Bd. 137, S. 10)

48) Eustache de Refuge, Seigneur de Courcelles et de Précy-sur-Marne, ordentl. Gesandter, Mai 1607 bis September 1611

sofort nach Paris weiterzuleiten, in der Hoffnung, eine günstige Antwort des Königs zu erhalten. Damit war die Initiative der Kaufleute mit Erfolg aufgefangen und verschleppt worden, während in Frankreich die Auseinandersetzungen mit den Zollbeamten ungestört weitergingen. Besonders mit der Zollstation Vienne gab es neue Schwierigkeiten, nachdem sie auf einen neuen Pächter übergegangen war. Dieser beschlagnahmte im Juni 1609 eine Ladung Buchsbaumholz, die das Rhônetal aufwärts auf dem Weg nach Schaffhausen war und dem Hause David & Heinrich Peyer gehörte. Auf den Protest der Kaufleute hin wurde eingewandt, daß das Urteil des Parlaments von Grenoble vom Mai 1608 nur den damaligen Zollpächter betroffen habe, sich aber nicht auf dessen Nachfolger beziehe. Die Peyer ließen sich vom Parlament eine neue Ordonnanz ausfertigen, aber diese tat keinerlei Wirkung und ihre Waren blieben beschlagnahmt liegen. Wieder traten die Kaufleute mit ihren Beschwerden vor die Tagsatzung in Baden und forderten die Einberufung der versprochenen Konferenz von Solothurn. Im Februar 1610 befiehlt diese "da den Kaufleuten gemeiner Eidgenossenschaft in Frankreich neue unerträgliche Beschwerden begegnen, wodurch die Waren verteuert werden und großer Schaden für den gemeinen Mann erwächst"⁴⁹⁾, Zürich, schriftlich oder mündlich mit dem "Ambassador" darüber zu verhandeln. Ende Juli beschlossen die XIII Orte in der gleichen Angelegenheit "auf das Ansuchen der in Frankreich handelnden Kaufleute um Hilfe und Rat in ihren Beschwerden und um Beförderung der mit dem Ambassador veranlaßten Konferenz wird erkannt, Zürich und Solothurn sollen nochmals mit allem Ernst beim Ambassador sich verwenden, daß er einen bequemen Tag zu einer gütlichen Konferenz nach Solothurn in der Weise ansetze, daß nicht nur die Kaufleute Zeit haben, die Herren von den Orten und Zugewandten, die sie bei dieser Konferenz haben möchten, zu erbitten, sondern auch Zürich diesen Tag den erbetenen Herren zu wissen tun kann. Auf dieser Konferenz sollen dann diese auf Mittel und Wege

49) EA V, Abt. 1, no. 722, g, Baden, 14. Februar 1610
(Staatsarchiv Luzern, allg. Abschiede, Bd. IV, S.25)

sinnen, damit den Beschwerden der Kaufleute abgeholfen werde und sie bei ihren Privilegien und den Traktaten des ewigen Friedens ungehindert verbleiben"⁵⁰⁾. Durch welche Kunstgriffe der französische Gesandte das Zustandekommen der Konferenz hintertrieb, ist nicht bekannt, wir wissen nur, daß sie nie stattfand.

5. Der Zerfall der Konvention von 1608

Die Mühen und Kosten der Kaufleute waren vergeblich gewesen, und gegen Ende des Jahres 1610 hatte sich an den Verhältnissen, wie sie bei Antritt der Reise Zollikofers nach Paris im Jahre 1608 bestanden hatten, nicht das geringste geändert. Das Mißlingen der gemeinsamen Bemühungen hatte auch Rückwirkungen auf die Organisation der Kaufleute in Lyon. Nicht nur, daß der Kampf um die Zollrechte mit allen seinen Mühen, Kosten und Prozessen weiterging, auch die Beiträge an die Kontributionskasse waren weiter zu bezahlen. Die St.Galler Kaufleute waren durch die Zunftordnung ihrer Heimatstadt daran gewöhnt, sich zu freien Organisationen zusammenzuschließen, um gemeinsam die Rechte und Interessen ihres Standes zu wahren. Ihnen war eine Beitragsleistung an einen gemeinsamen Fonds bereits durch die Zahlung des Ballengeldes an die Ordinarikasse wohlvertraut, so daß sie leichter und selbstverständlicher die Leistungen an die Kontributionskasse auf sich nahmen, wenn diese auch etwas höher waren, als es beim Ballengeld der Fall war. Die Kaufleute der anderen eidg. Orte besaßen nicht die Tradition des freien Zusammenschlusses ihres Standes, und dadurch stellten die Zahlungen an eine gemeinsame Kasse eine hohe Anforderung an ihre Moral dar. Die Richtigkeit der Beiträge wurde und konnte nicht überprüft werden, und jeder Kaufmann war nur durch Eid und Ehre dazu verpflichtet, den seinem Um-

50) EA V, Abt. 1, no. 742, dd, Baden, 26. Juli 1610
(SAZ, Abschiede, Bd. 137, S. 189)

satz entsprechenden Beitrag einzulegen. Die Enttäuschung über die Mißerfolge der gemeinsamen Bemühungen führte dann auch zu einem Rückgang der Einlagen, denn die meisten hatten von der Zahlung eine sofortige und spürbare Besserung der Zustände erhofft und erwartet. Von der Firma David & Heinrich Peyer war bekannt, daß sie 1610 mit den Beiträgen für drei Messen im Rückstand war, und die Peyer erklärten offen, sie träten aus der Konvention aus, wenn ihre Interessen im Prozeß gegen den Zollpächter von Valence um die beschlagnahmte Partie Buchsbaumholz nicht besser gewahrt würden⁵¹⁾. Allgemein herrschte unter den Kaufleuten die Ansicht vor, daß die Handelsvorrechte eine Art Gegenleistung Frankreichs für die Söldnerlieferungen der Eidgenossenschaft darstellten. Nun waren es aber die St.Galler Kaufleute, die den höchsten Nutzen aus diesen Freiheiten zogen, ohne daß die Stadt St.Gallen Söldner stellte, weshalb man glaubte, von ihnen erwarten zu dürfen, daß sie sich zum Ausgleich dafür in besonderem Maß für die Erhaltung der Freiheiten der eidg. Kaufleute einsetzen würden. Laut wurde diese Meinung nicht geäußert, da nach Auffassung der damaligen Zeit der Solddienst eher als Vorteil denn als Belastung empfunden wurde. Die Kaufleute in St.Gallen hingegen vertraten die Ansicht, sie seien durch die Kontributionskasse in Lyon benachteiligt, da sie den größten Anteil am Gesamtbeitrag aufbrachten, die Ausgaben in erster Linie aber zur Unterstützung der Prozesse nicht-St.Galler Kaufleute dienten. Als die Verdächtigung laut wurde, sie hätten nicht ihrem Umsatz entsprechend ihre Beiträge eingelegt, erwogen sie, in ihrer Ehre getroffen, die Auflösung der von ihnen geschaffenen Konvention von Lyon. Anfang August 1610 wurde beschlossen, daß die Beiträge für die Ostermesse noch eingezahlt werden sollten, nach deren Eingang der Bestand der Kontributionskasse aufzunehmen war. Sollte das Resultat ergeben, daß der Kassenbestand nicht die noch offenen Verbindlichkeiten der Konvention deckte, dann waren die Beiträge auch noch für die Augustmesse an die Kasse abzuführen. In St.Gallen hatte man ebenfalls

51) SAZ, Mappe 150 (1610), no.86

Bilanz aus der Lyoner Konvention gezogen und war zu dem Ergebnis gelangt, daß der Schaden, den die St. Galler dabei erlitten hatten, den Nutzen weit überwog. Es schien deshalb vorteilhafter, in Zukunft "wieder unter sich zu sein" und den anderen Kaufleuten die Führung ihrer Prozesse auf eigene Rechnung und auf eigenes Risiko zu überlassen. Den St. Galler Kaufleuten in Lyon sollte es unbenommen bleiben, ihren Standesgenossen dabei zu helfen, wenn vorher die Sachlage genau geprüft und keinerlei Verpflichtungen von ihnen eingegangen wurden. Der Beschluß zur Auflösung der Konvention wurde gefaßt, jedoch sollte äußerst behutsam dabei vorgegangen werden, um es nicht zum Bruch mit den anderen Kaufleuten kommen zu lassen⁵²⁾. Aus St. Gallen erging Anweisung nach Lyon, eine genaue Aufstellung der bisher geleisteten Beiträge zu machen und festzustellen, wessen Beitrag noch ausstehend war. Gleichzeitig erhielt das Handelshaus David & Heinrich Peyer die Aufforderung, seine fälligen Zahlungen an die Kasse zu überweisen und seinen Prozeß um das Buchsbaumholz selber in die Hand zu nehmen⁵³⁾. Nach Erfüllung dieser Bedingungen wollte man ihnen gerne beistehen, um die Anerkennung ihrer Rechte durchzusetzen. Die weitere Tätigkeit der Konvention verlief unbefriedigend und die Uneinigkeit unter den Kaufleuten wurde so groß, daß gegen Ende 1610 die endgültige Auflösung des Verbandes beschlossen wurde. Die St. Galler Kaufleute kehrten zu ihrer alten Ordinaribuchführung zurück, die während des Bestehens der Konvention unterbrochen worden war. Wie früher wurden die Ballengelder wieder beim Abgang der Waren in St. Gallen gezahlt und die St. Galler Ordinariherren vergüteten wieder jährlich die Auslagen des Lyoner Verwalters⁵⁴⁾. An die Stelle der Protestschreiben "gemeiner eidg. Kaufleute

52) SAZ, Mappe 150 (1610), no. 85

Beschluß der St. Galler Kaufmannschaft vom 6. August 1610

53) SAZ, Mappe 150 (1610), no. 85

Solange der Prozeß gegen du Ham vor dem Conseil du Roi noch anhängig war, erschien es nicht ratsam, einen neuen Prozeß vor dem Conseil anzustrengen.

54) SAZ, Ordinaribuch, a. a. O., Bd. I, S. 41

Für das Rechnungsjahr 1610/11 war Georg Zollikofer Ordinariverwalter in Lyon. Seine Forderung an die St. Galler Ordinariherren betrug nur 22 livres 12 sols 6 deniers.

zu Lyon" traten wieder die Proteste und Gesuche der einzelnen, direkt betroffenen Kaufleute, und da die gemeinsamen Einsprachen nichts gefruchtet hatten, waren die Einzelproteste gänzlich vergebens.

6. Die Aufhebung der Douane von Vienne und die Errichtung eines neuen Zolls in Aix-en-Provence

Die Douane von Vienne war auf Einsprache der Stadt Lyon und der gesamten ausländischen Kaufmannschaft 1611 aufgehoben worden, an ihre Stelle trat aber ein neu errichtetes Zollamt in Aix-en-Provence, das einen Durchgangszoll (traite domaniale) erhob, von dem auch die eidg. Warenzüge nicht verschont blieben. Bereits 1612 begann ein langjähriger Prozeß der St.Galler Kaufleute gegen diesen Zoll. Zu den Klagen über die Zölle in St.Jean-de-Losne, die weiter erhoben wurden, kamen neue Beschwerden über den Zoll von Versoix hinzu, die 1613 vor die Tagsatzung in Baden gebracht wurden. Die XIII Orte beschlossen, "Stadtschreiber Grebel soll durch ein Schreiben in aller Orte Namen beim König von Frankreich sich verwenden, daß die zu Versoix in der Grafschaft Gex aufgestellten Wachen und errichteten neuen Zölle wieder abgetan werden, weil sie den Bundesgenossen von Genf und den eidg. Handelsleuten beschwerlich und den Bündnissen und Verträgen zuwider seien."⁵⁵⁾

Die Schaffhauser Kaufleute in Lyon hatten inzwischen beschlossen, den Spediteur Jakob Huber nach Paris zu entsenden, wo er sich für die Änderung des vom Conseil du Roi ergangenen Urteils von 1608 sowie für die Aufhebung der Transitzölle der Provence und Languedoc einsetzen sollte. Der Spruch des Conseil hatte 1608 festgestellt, daß lediglich die Waren eidg. Ursprungs die Zollfreiheit genießen sollten⁵⁶⁾.

55) EA V, Abt. 1, no. 831, d, Baden, 30. Juni 1613
(SAZ, Abschiede, Bd. 138, S. 32)

56) Vgl. S. 175

Jakob Huber, der gemeinsam mit Jeremias & Friedrich Peyer ein Speditionsunternehmen besaß, war äußerst interessiert daran, daß die Zollbefreiungen uneingeschränkt bestehen blieben, da die Zollgebühren von den Spediteuren verauslagt und dem Fuhrlohn zugerechnet wurden. In einem Vertrag aus dem Jahre 1618 über die Spedition von Gütern nach Lyon verpflichteten sich eine Reihe St. Galler Handelshäuser auf fünf Jahre, ihre Waren ausschließlich durch die "Huber und Peyer, Bürger und Handelsverwandte" nach Lyon spedieren zu lassen. Der Spediteur verpflichtete sich, die Waren, vom Abgangsort Schaffhausen aus gerechnet, innerhalb von 30 Tagen, falls das Abgangsdatum drei Wochen oder weniger vor dem Beginn einer Messe lag, innerhalb von 24 Tagen, nach Lyon zu schaffen. Die Güter wurden auf Wagen und nicht auf Maultieren befördert, wobei der Fuhrlohn 7 livres für den Zentner Schaffhauser Fuhre betrug. Die Hälfte des Fuhrlohns war in St. Gallen, die andere Hälfte in Lyon in Währungsgeld zu zahlen. Im Falle einer Zollerhöhung wurden dem Spediteur die Mehrkosten ersetzt. Konnte der Termin von 30 bzw. 24 Tagen aus anderen Gründen als dem Eintreten höherer Gewalt⁵⁷⁾ nicht eingehalten werden, hatte der Spediteur für jede überschrittene Zeiteinheit von 8 Tagen eine Vertragsstrafe von 10 sols pro Stück Ware zu zahlen. Beschädigte Güter waren mit dem vollen Wert zu ersetzen⁵⁸⁾.

57) "sunderbar hindernus, wasser, sterbent, kriegslöffe und dergleichen."

58) SAZ, Mappe 150 (1618), no.2

Vertrag vom 10. Juni 1618. Huber & Peyer machten 1623 Konkurs, wodurch eine Reihe Lyoner Handelshäuser in Mitleidenchaft gezogen wurden.

7. Die kaufmännische Mission Jakob Hubers, 1614

Mit Empfehlungsschreiben der Eidgenossenschaft und des Rats von Schaffhausen versehen, kam Huber im Mai 1614 in Paris an, wo er sich sofort mit dem Anwalt Matthieu in Verbindung setzte. Matthieu, der bereits 1608 mit Zollikofer zusammen die Kaufleute vor dem Conseil du Roi vertreten hatte, war trotz der schlechten Honorierung durch die Kaufleute deren Anwalt in Paris geblieben⁵⁹⁾. Huber präsentierte seine Papiere dem Superintendenten de Jeannin⁶⁰⁾, der ihn anwies, seine Beglaubigung dem Rapporteur de Vic zu überreichen. In dem am Hofe weilenden bernischen Sondergesandten Hans Rudolf von Erlach gewann Huber noch einen tatkräftigen Helfer für seine Aufgabe, aber auch dessen Bemühungen gelang es nicht, die Sache in Gang zu bringen. Von Anfang an blieben die Akten zunächst einmal einige Wochen liegen, ohne bearbeitet zu werden, so daß Huber bereits an seine Abreise dachte, als er unerwartet aus der Eidgenossenschaft Unterstützung erhielt. Im Februar 1614 hatten die in Lyon ansässigen St. Galler Kaufleute eine Versammlung im Haus des Ordinari-verwalters einberufen, um über Maßnahmen gegen die laufenden Belästigungen und Schwierigkeiten zu beraten⁶¹⁾. Zu den durch die neuen Zölle verursachten Schwierigkeiten traten jetzt auch noch Komplikationen hinsichtlich des droit d'Aubaine. Die Versammelten waren sich darüber einig, daß es an der Zeit war, einmal mehr an die Tag-satzung zu gelangen und eine schriftliche Intervention der Eidgenos-

59) SASG, Faszikel XIV, Mappe 9, no.c.

In einem Brief vom 12. Januar 1609 an Bartholomäus Zollikofer beklagt sich Matthieu über die schlechte Honorierung seiner Bemühungen. Er kenne keinen noch so schlechten Anwalt in Paris, schrieb er, der für dieses Honorar die Aufgabe übernommen hätte. Seit Jahren warte er auf sein Honorar und erhalte jetzt lediglich 160 livres. Die Zollpächter hätten ihm bestimmt das Doppelte bezahlt. "Je ne puis en cela forcer vos discretions, mais il est permis de monstrier qu'on n'est pas insensible en ces indignités."

60) Pierre Jeannin, Baron de Chagny (1540-1622),
Finanzintendant, später Contrôleur général

61) Die Kaufleute versammelten sich stets im Haus des jeweiligen Ordinari-verwalters.

senschaft zu erwirken, denn ein energisch gehaltenes Schreiben nützte mehr als eine Gesandtschaft der Kaufleute, die bei viel Mühe und Geldaufwand wenig Erfolg versprach, wenn sie nicht von der Tagsatzung autorisiert wurde⁶²⁾. Die augenblicklichen Schwierigkeiten schienen noch erträglich, aber man war der Meinung, es sei gut, der Tagsatzung immer wieder die Anliegen der Kaufleute ins Gedächtnis zu rufen. 1614 wurde der Tagsatzung in Baden eine gemeinsame Erklärung der Kaufleute vorgelegt, die in erster Linie die Bitte enthielt, ihnen notfalls die Absendung einer Standesgesandtschaft an den König von Frankreich zu bewilligen. Die Kosten der Abordnung wollten sie selber tragen, doch sollte ihnen dafür das Recht eingeräumt werden, die Ehrengesandten, die von der Tagsatzung und den XIII Orten vorgeschlagen wurden, selber zu bestimmen. Der Antrag der Kaufmannschaft wurde von der Versammlung ohne weitere Bedingungen genehmigt⁶³⁾. Die Kaufleute beabsichtigten jedoch nicht sofort eine Standesgesandtschaft aufzustellen, sondern wollten dieses letzte und teuerste Mittel noch in Reserve halten. Die XIII Orte wurden zunächst noch gebeten, ein energisches Protestschreiben an die Castille zu richten, um Hubers Prozeß vor dem Conseil du Roi in Paris in Gang zu bringen, da in Versoix den Kaufleuten Bastiers von Basel 2 Ballen Floretseide beschlagnahmt worden waren und Niklaus Glotz von Solothurn in Châlons s/Marne gezwungen worden war, für 50 Zentner französischer Waren, die er ausführen wollte, 269 livres Ausfuhrzoll zu zahlen⁶⁴⁾. Das Schreiben der Eidgenossenschaft vom August 1614 an den französischen Gesandten, das die Beschwerden der Kaufleute nochmals zusammenfaßte, war in einem sehr energischen Ton gehalten. Als erstes erfolgte die Klage über die Behinderung der Geldausfuhr, die bereits seit Heinrich II. mit Schwierigkeiten verbunden gewesen, seit 1602 aber fast völlig undurchführbar geworden

62) SASG, Faszikel XIV, Mappe 9, no. c
Mémoire der Beschwerden

63) SASG, Faszikel XIV, Mappe 9, no. e
Bewilligung vom 13. Juli 1614

64) SASG, Faszikel XIV, Mappe 9, no. f

war ⁶⁵⁾. Es kamen dann die Beschwerden über die Douane von Lyon, wo die Kaufleute ihre Warenballen öffnen mußten, trotzdem diese die eidg. Warenzeichen trugen und gezwungen wurden, Zoll für Zürcher Seidenprodukte und einige St. Galler Leinwandsorten zu zahlen ⁶⁶⁾. Der Protest gegen die Zölle von Tournus und St. Jean-de-Losne, sowie über die Transitgebühren der Languedoc und der Provence bildeten den Abschluß der alten, bereits vorgebrachten Klagen. Neue Beschwerden über die Prozeßverfahren traten hinzu. Die Kaufleute hatten als klagende Partei meistens ein Urteil zu ihren Gunsten erzielt, aber die Zollpächter waren nie dazu verurteilt worden, der erfolgreichen Partei die Kosten des Verfahrens zu ersetzen. Die Prozeßkosten der Pächter lagen bedeutend niedriger, da sie sich in den meisten Fällen durch die lettres d'évocation direkt an den Conseil du Roi wandten,

65) SASG, Faszikel XIV, Mappe 9, no. g

"Siderhar (seit dem Patent Heinrichs IV. von 1602, d. V.) aber werden sie gezwungen, die mittel des wechselfs, jedoch mit grosser gefaar der ~~banc~~querotten, danebend auch nit ohne merckhlichen nachteil und schaden, zu gebrauchen. Und wann dises mittel (wie es hierzu nit ein geringes ansehen habe) werde aufhören und hingegen sie ihrer privilegien nit wider geniessen mögen, so werden sie genötiget werden, die handlungen gar zu unterlassen."

66) SASG, Faszikel XIV, Mappe 9, no. g

Die Zollbeamten benutzten die Ausrede "dass es nit die alte eidtgnössische wahren, sondern neuwe gattungen seyen, in dem dass mans andern orten eintweders nachmache oder denselbigen gleichförmig eynpackhen oder zusammen legen thüye; gleichsam als wann durch die tractaten und privilegia einer Eidtgnosschafft verboten were, dass man nit so wol als andere Nationen sich dörrfte auf neuwe nutzliche oder zierliche arden und gattungen der wahren begeben oder dieselbige zusammen legen und eynpackhen, wie es ein jeder zum besten zu vertreiben getruwt, sonder als wann man müste bey den alten formen verbleiben. Gott gebe, man wüsste dieselben zu verkauffen oder nit; und also under dem schein einer vil geringeren freyheit, die sie der zöllen halber in Franckhreich zu geniessen vermeinten, sie meiden müsten ein vil grössere freyheit, die ihm weder Franckhreich selber noch einiche andere Nationen benemen liesse: namlich die freyheit nach eines jeden nutz und gefallen auf ein ard, formb oder gattung der wahren, die seye neuw oder alt, in dem oder einem andern land gebreüchig, sich zu begeben, auch dieselbige zusammen zu legen und eynzupackhen wie es einem jeden gefellig."

an dem sie ihre festbesoldeten Anwälte unterhielten, die den Gang der Verhandlungen so in die Länge zogen, daß für die Kaufleute die Kosten eines gewonnenen Prozesses höher lagen als die Zahlung der umstrittenen Zollgebühren⁶⁷⁾. Das Protestschreiben schloß mit der Bitte an de Castille, sich bei Ludwig XIII. für die Kaufleute einzusetzen und dafür zu sorgen, daß in zukünftigen Verträgen der Krone mit den Zollpächtern eine Klausel zu Gunsten der eidg. Kaufleute aufgenommen werde⁶⁸⁾. Der Brief der Eidgenossenschaft hat anscheinend seine Wirkung nicht verfehlt, denn in Paris kam der Prozeß der Kaufleute vor dem Conseil du Roi endlich in Gang und eine Kommission von 6 Mitgliedern des Conseil wurde gebildet, um die Forderungen Hubers zu prüfen. Die Kommission tagte im Haus des Rapporteurs de Vic, wohin Huber vorgeladen wurde, um seine Klagen vorzutragen. Seiner Forderung nach Anerkennung der alten Vorrechte aus dem Ewigen Frieden von 1516 wurde seitens der Kommission entgegengehalten, daß eine bedingungslose Anerkennung der alten Zollrechte für den König sehr unangenehme Folgen haben werde, da die Zollpächter in diesem Fall von ihm sofort die Herabsetzung der Pachtsumme fordern würden. Huber konnte dagegen auf den Vertrag der Krone mit dem Generalpächter du Ham hinweisen, dessen eine Klausel formell die

67) SASG, Faszikel XIV, Mappe 9, no. g

"Wann die fermiers von den kauffleüten mit Recht an den orton, da es (das Unrecht, d. V.) inen widerfahret, fürgenommen werden und ain urttell zuo erlangen poursuivieren, so thuen die fermiers- alss baldt sie gespüren, das ir unbillich begeren nit zuo behaupten- die causes oder sachen durch ire letres devocation in des Königs geheimen Rath evoquieren und anhengig machen, allda sie ire bestellte procureurs und advocats haben, welche ohne ainige ire ungelegenhait, alles nur in ain langen verzug bringen. Hergegen die kauffleüth das recht mit so grossen beschwerden betreiben miesen, das sie ohne aussgebens etlich hundert kronen uncostens zuo kainem urttell kommen mügen. Und wann die fermiers gleich den proces verlieren, so pflüge man sie doch des vom gegenthail aufgewendten uncostens halber ledig zuo sprechen."

68) SASG, Faszikel XIV, Mappe 9, no. g

Kopie des Protestschreibens der Eidgenossenschaft vom August 1614 an den französischen Gesandten de Castille in Solothurn

Rechte der eidg. Kaufleute anerkannte. Der Vorwurf, die Kaufleute betrieben mit ihren Vorrechten manche unerlaubten Geschäfte, wurde von Huber energisch zurückgewiesen. Der Haupteinwand der Kommission gegen die Forderungen der Kaufleute bestand aber darin, daß sie ihnen vorwarf, zur Zeit des Abschlusses des Ewigen Friedens habe ihr Handel mit Frankreich nur ein geringes Volumen gehabt. Durch die Ausnutzung der Zollfreiheiten sei aber ein großer Teil des Handels in ihre Hände gekommen, wodurch die Rechte der französischen Kaufleute und Untertanen eingeschränkt würden. Die Kommission weigerte sich, ein abschließendes Urteil zu fällen, bevor nicht auch der Zollpächter zu den strittigen Fragen gehört worden war. Huber verwahrte sich strikt gegen diesen Beschluß, indem er erklärte, die Kaufleute hätten nicht die Absicht, mit den Pächtern zu diskutieren und sich von ihnen in endlose Prozesse verwickeln zu lassen, "sonder unser Herren und Oberen verstand seye, das sie mit ierer Kö. Mt. tractiert und nit mit den fermiers."⁶⁹⁾ Die Kommission bestand auf der Einvernahme des Zollpächters, aber Pierre de Sablière, der damalige Generalpächter, wollte erst die genauen Berichte seiner Zollbeamten aus Lyon vorliegen haben, bevor er die Zustimmung zu seinem Verhör gab. Huber mußte in die dadurch entstehende Verschleppung des Verfahrens einwilligen, glaubte aber immer noch an einen guten Ausgang seiner Mission. Nachdem er zusammen mit Matthieu sämtliche Mitglieder der Kommission besucht und sehr verheißungsvolle Zusicherungen erhalten hatte, beschloß er nach Lyon zurückzukehren. Er war der Meinung, den Boden für eine Standesgesandtschaft in Paris gut vorbereitet zu haben, und daß es dieser gelingen werde, endgültig eine zufriedenstellende Regelung der eidg. Ansprüche zu erzielen. In Lyon erstattete Huber im Dezember 1614 Bericht und betonte, wie es Zollikofer vor ihm getan hatte, die Notwendigkeit der hartnäckigen Verteidigung der alten Freiheiten, die in Gefahr waren, völlig unterzugehen. Er schloß seinen Rapport mit dem

69) SASG, Faszikel XIV, Mappe 9, no.h
Bericht Hubers vom 28. Dezember 1614

Hinweis, daß die Erhaltung der Vorrechte nicht nur die jetzige Generation, sondern auch die kommende angehe. Damit der wertvollste Besitz der Kaufleute in Frankreich nicht verloren geht, noch Eingriffe in diesen erlaubt werden, ohne daß diejenigen, die es tatenlos geschehen lassen, sich mit Fluch beladen, "hab ich nit underlassen sollen noch wöllen, die Herren dessen dienstlich, wie die sachen im grundt abgeloffen, desto weitleüffiger zberichten."⁷⁰⁾

8. Die Vorbereitungen zur Entsendung einer kaufmännischen Standes- gesandtschaft, 1614/15

Nachdem Huber seine Aufgabe in Paris nicht hatte lösen können, nahmen die St.Galler Kaufleute die Initiative wieder in die Hand, um die Entsendung der im Juni 1614 bewilligten Standesgesandtschaft zu betreiben. Noch bevor die Januartagsatzung 1615 zusammentrat, ersuchten sie den Rat ihrer Stadt, den Tagsatzungsboten entsprechend zu instruieren. Gleichzeitig richteten sie an Huber und Peyer in Schaffhausen, an die Kaufmannschaft von Zürich, sowie an "alle ort, so vermainend kauffleüt seyend" Briefe, in denen sie die Kaufleute dieser Orte aufforderten, bei ihren Stadträten analoge Schritte zu unternehmen⁷¹⁾. Dem offiziellen Schreiben nach Schaffhausen lag noch ein privater Brief an den Bürgermeister Dr. Schwartz bei, der als damaliger Stadtschreiber den Delegationen von 1602 und 1604 angehört hatte, und in dem ihm angetragen wurde, als Standesgesandter in kaufmännischen Angelegenheiten nach Paris zu gehen. Im Dezember 1614 fühlten Peyer und Huber auf Bitte der St.Galler Kaufleute in dieser Frage bei Dr. Schwartz vorsichtig vor. Auf ihre Frage äußerte sich der Bürgermeister zusagend und erklärte, daß eine Standesgesandt-

70) SASG, Faszikel XIV, Mappe 9, no.h
Bericht Hubers vom 28. Dezember 1614

71) SASG, Faszikel XIV, Mappe 9, no.i
Brief der St.Galler Kaufleute vom 28. Dezember 1614 an die Kaufmannschaft der Stadt Zürich

schaft zur Wahrung der kaufmännischen Interessen mehr Aussicht auf Erfolg habe, als ein einzelner Abgesandter der Kaufleute, der einer politischen Gesandtschaft beigeordnet werde⁷²⁾. Schwartz schrieb am 6. Januar 1615 selber nach St. Gallen, dankte für das Vertrauen der Kaufleute und erklärte sich bereit, als Gesandter der eidg. Kaufmannschaft nach Paris zu reisen, falls es ihm möglich sei, zu dem von der Tagsatzung festzusetzenden Termin abzukommen. Gleichzeitig versprach er, sich an der kommenden Tagsatzung persönlich für das Zustandekommen der Gesandtschaft zu bemühen⁷³⁾.

Da die Tagsatzung am 27. Januar 1615 zusammentreten sollte, traf sich der Vertreter der St. Galler Kaufleute, Heinrich Zily⁷⁴⁾, bereits am Vortag mit Huber und dem Sprecher der Zürcher Kaufmannschaft, Konrad Locher. Gerüchteweise verlautete, die Tagsatzung beabsichtige eine eigene Gesandtschaft an Ludwig XIII. zu delegieren, weshalb die Kaufleute übereinkamen, dieser ihre Beschwerdeschrift mitzugeben. Sollte hingegen die Entsendung einer eidg. politischen Gesandtschaft nicht beschlossen werden, dann wollten die Kaufleute ihre eigene Standesgesandtschaft fordern. Der französische Gesandte de Castille wohnte der Versammlung in Baden nicht bei, sondern ließ sich durch seinen Sekretär Johann Vigier⁷⁵⁾ vertreten. Dieser überreichte der Tagsatzung ein Schreiben Ludwigs XIII., worin sich der König für die ihm übersandten Gratulationen zu seiner Majorennität und seinem Regierungsantritt bedankte, und die Eidgenossenschaft seines Wohlwollens versicherte. Ein Schreiben de Castilles entschuldigte dann das Ausbleiben der fälligen Zahlungen mit Unruhen in Frankreich sowie Mißernten und Viehseuchen. Es gab aber auch deut-

72) SASG, Faszikel XIV, Mappe 9, no. 1

Brief Hubers und Peyers vom 30. Dezember 1614 an die Kaufleute in St. Gallen.

73) SASG, Faszikel XIV, Mappe 10, no. a

74) Heinrich Zily (1566-1618), seit 1600 Pursener der Gesellschaft auf dem Notenstein, 1603 Stadtmann von St. Gallen

75) Jean Vigier (1556-1639), Burger und Großratsmitglied von Solothurn, Sekretär und Dolmetscher des französischen Gesandten.

lich zu verstehen, daß die in Frankreich zusammengetretenen Stände sich nur mit Regierungsgeschäften befaßten und für eine eidg. Gesandtschaft keine Zeit hätten, "daher eine Abordnung an dieselben ohne Erfolg wäre".⁷⁶⁾ An der Hauptsitzung der Tagsatzung vom 27. Januar waren die Kaufleute nicht zu Wort gekommen, weshalb sie ihren Aufenthalt in Baden dazu benutzten, die Tagsatzungsboten in ihren Quartieren aufzusuchen, um einzeln mit ihnen zu verhandeln. Am 31. Januar gelang es ihnen endlich, vor die Versammlung geladen zu werden, an der der Stadtschreiber von St.Gallen im Namen der eidg. Kaufmannschaft nochmals nachdrücklich die Bewilligung einer Standesgesandtschaft forderte. Diese wurde den Kaufleuten genehmigt, ebenso wie ihrem Gesuch, die Gesandten aus den ihnen genehmten Orten wählen zu dürfen, stattgegeben wurde. Der Ort Zürich erhielt den Auftrag, die benötigten Empfehlungsschreiben zu besorgen und die Instruktionen für die Gesandtschaft zu entwerfen, wobei die Kosten sämtlich zu Lasten der Kaufleute gingen. Nachdem die Entsendung der Standesgesandtschaft genehmigt worden war, wandten sich die Sprecher der Kaufleute an Bürgermeister Schwartz, um ihm die Leitung der Gesandtschaft offiziell anzubieten. Schwartz nahm den ehrenvollen Auftrag dankend an, schlug jedoch im Hinblick auf die Wichtigkeit der Angelegenheit vor, ihm den Alt-Stadtschreiber Grebel von Zürich als Mitgesandten beizuordnen. Dieser Vorschlag sagte Heinrich Zily, dem Sprecher der St.Galler Kaufleute, nicht besonders zu, da die Ernennung eines zweiten Gesandten die Kosten des gesamten Unternehmens außerordentlich steigern mußte. Bevor er seine Zustimmung gab, beriet er sich mit den Tagsatzungsboten von St.Gallen, Bürgermeister Reutlinger und Stadtschreiber Melchior Guldin, und erst nachdem Schwartz ausdrücklich versichert hatte, die Gesandtschaft werde so billig als möglich leben, um die Kosten nicht ungebührlich zu erhöhen, stimmte er dem Vorschlag Dr.Schwartz' zu. Gemeinsam mit Jakob Huber ritt Zily von Baden nach Zürich,

76) EA V, Abt. 1, no.887, e, Baden, 27. Januar 1615
(SAZ, Abschiede, Bd.138, S.190)

um dort persönlich von Grebel dessen Einverständnis einzuholen. Alt-Stadtschreiber Grebel lehnte aber das Ansinnen schroff ab und erklärte, er werde den Auftrag nur annehmen, wenn der Rat der Stadt Zürich ihm den Befehl dazu erteile. So mußten Zily und Huber zunächst mit Bürgermeister Holzhalb⁷⁷⁾ und dem Rat verhandeln, die schließlich Grebel überreden konnten, als Mitgesandter nach Paris zu gehen. Den beiden Gesandten wurden je 500 Kronen Honorar zugesichert, sowie die Rückerstattung sämtlicher Auslagen und Spesen, die ihnen auf Grund ihrer Mission entstanden⁷⁸⁾. Dem Aufbruch der Gesandtschaft nach Paris stand nichts mehr im Weg. Vigier, der Vertreter des französischen Gesandten, hatte schon in Baden versprochen, die Empfehlungsschreiben für die beiden kaufmännischen Gesandten auszufertigen und geraten, ohne unnötigen Zeitverlust abzureisen. Es wurde deshalb an Matthieu in Paris geschrieben, um von ihm den günstigsten Zeitpunkt für das Eintreffen der Gesandtschaft am Hof in Erfahrung zu bringen. Mit Brief vom 20. Februar 1615 antwortete Matthieu umgehend, der Zeitpunkt sei günstig und je früher die Gesandtschaft in Paris einträfe, desto günstiger sei es für ihr Vorhaben. Die Versammlung der Etats Généraux nähere sich ihrem Ende und nach Schluß der Sitzungen werde der König Paris verlassen, um sich nach Fontainebleau zu begeben. Im Interesse der Sache sei es aber von Vorteil, wenn man den König noch in Paris antreffen werde. Der französische Gesandte, inzwischen wieder nach Solothurn zurückgekehrt, stand dem Unternehmen nicht so freundlich gegenüber wie sein Stellvertreter und versuchte, die Abreise der Gesandtschaft zu verhindern oder zumindest zu verzögern, um Ludwig XIII. die unangenehmen Verhandlungen zu ersparen. In einem Brief vom 6. April 1615 teilte er dem Stand Zürich als Beauftragtem der Kaufleute mit, daß der Zeitpunkt für die Entsendung einer Gesandtschaft an den Hof unglücklich gewählt worden wäre. Der König sei noch immer mit den Anträgen der

77) Leonhard I. Holzhalb (1553-1617)

78) SASG, Faszikel XIV, Mappe 10 no. b
Bericht Heinrich Zilys

Stände beschäftigt und müsse die ihm vorgelegten "Cahiers" prüfen, wodurch die Gesandtschaft damit rechnen müsse, in Paris lange auf eine Audienz zu warten⁷⁹⁾. Er bat die Gesandten, sollten sie trotz seiner Warnung auf ihrer Abreise bestehen, den Weg über Solothurn zu nehmen, wo er sie mit Empfehlungsschreiben versehen wolle⁸⁰⁾.

Während die kaufmännische Gesandtschaft alle Vorbereitungen zu ihrer Abreise traf, hatte sich die politische Lage so verändert, daß ihr Zustandekommen im letzten Moment in Frage gestellt wurde. Heinrich IV. war am 14. Mai 1610 in Paris ermordet worden und seine Witwe, Maria von Medici, übernahm die Regentschaft für den neunjährigen Ludwig XIII. Die in Religionsfragen neutrale Linie Heinrichs IV. wurde von der Regentin verlassen, die offen mit der katholischen Partei sympathisierte. Die Rüstungen gegen Spanien wurden nicht nur eingestellt, sondern es erfolgte sogar eine Annäherung an Philipp II. von Spanien. Die Beziehungen zum spanischen Hof wurden 1612 durch die Verlobung Ludwigs XIII. mit der Infantin Anna und derjenigen seiner Schwester mit dem Prinzen von Asturien gefestigt. Diese Entwicklung wurde von den reformierten Franzosen und im reformierten Ausland mit Unbehagen verfolgt. Die Hugenotten unter der Führung Condés⁸¹⁾ gingen zum offenen Widerstand gegen die Regentin und den König über. Jakob I. von England versuchte die reformierten Kleinstaaten Deutschlands in einem umfassenden Bündnis zusammenzuschließen, dem sich auch die reformierten Orte der Eidgenossenschaft anschließen sollten. Am 18. August 1612 schlossen Zürich

79) Vgl. Lévassieur: Histoire du Commerce, a.a.O., Bd.I, S.252 Die in den "Cayers présentés par les députés des trois ordres du Royaume" vorgebrachten Forderungen der Städte und Provinzen gingen u.a. dahin, ein Ausfuhrverbot für Edelmetalle und inländische Rohstoffe zu erlassen, sowie die Einfuhr fremder Manufakturwaren einzuschränken. Diese typisch merkantilistischen Forderungen der Stände mußten den König gegen die Gesandtschaft der eidg. Kaufleute und ihr Anliegen einnehmen.

80) SASG, Faszikel XIV, Mappe 10, no.f
Schreiben de Castilles vom 6. April 1615 (Kopie)

81) Henri II.de Bourbon (1588-1646), Prince de Condé, premier prince du sang, Duc d'Anguien, de Châteauroux, etc.

und Bern ein Verteidigungsbündnis mit dem Markgrafen von Baden, dem einzigen reformierten Reichsfürsten, dessen Gebiet an die Eidgenossenschaft grenzte. Die offene Sympathie und die versteckte Unterstützung, die den Hugenotten durch die reformierten eidg. Orte zuteil wurde, kühlte deren Verhältnis zum französischen Hof stark ab und rief das Mißtrauen der katholischen Miteidgenossen hervor, die auf der Seite Ludwigs XIII. standen⁸²⁾. Zwar war es im Mai 1614 zu einem Frieden zwischen der Krone und den Hugenotten gekommen, aber die Lage blieb so gespannt, daß mit einem erneuten Ausbruch der Feindseligkeiten jeden Augenblick gerechnet werden mußte⁸³⁾. Die Tagsatzung hatte den Kaufleuten bewilligt, den Gesandten nach ihrem eigenen Ermessen zu wählen, und da die reformierten Orte den stärksten Handel mit Frankreich hatten, war er aus einem dieser Orte gewählt worden. Eine Standesgesandtschaft nach Frankreich, deren Mitglieder ausschließlich dem reformierten Glaubensbekenntnis anhängen, mußte aber den Einspruch der VII katholischen Orte herausfordern. Ende April 1615 fand in Luzern eine Zusammenkunft der VII Orte statt, die zu dem Ergebnis kam, "was die projektierte Botschaft an den König von Frankreich betrifft, um im Namen der eidg. Kaufleute zu sollicitieren, so hält man für besser, dieselbe zu unterlassen, besonders da Herr von Castille versichert, es würde auch ohne dieselbe den Kaufleuten geholfen. Sollte indess diese Botschaft dennoch zur Ausführung kommen, so will man alsdann nicht unterlassen, ebenfalls Gesandte mitzuschicken, und zwar ebensoviele, wie die Neugläubigen. Da man übrigens hinter dieser Sache schädliche Praktiken vermutet, besonders weil von Bern und Basel ebenfalls Gesandte mitgeschickt werden sollen, so wird dem solothurnischen Gesandten aufgetragen, dem Herrn von Castille der katholischen Orte

82) SASG, Faszikel XIV, Mappe 10, no.g

Brief der VII katholischen Orte an Zürich vom 30. April 1615

83) Vgl. Feller, a.a.O., Bd.II, S.475, ebenso

vgl. Rott: Histoire de la représentation diplomatique, a.a.O., Bd.III, S.112

Ansichten hierüber zu eröffnen. An Zürich will man schreiben; Ob-
schon zu Baden von gemeinen Orten den Kaufleuten bewilligt worden
sei, Gesandte an den König von Frankreich zu erbitten, man aber
seither mit Bedauern wahrgenommen habe, daß die Kaufleute nur
Gesandte ihrer Religion bezeichnet haben und demnach die katholi-
schen Orte verachten, so seien letztere nicht gesonnen, zu dieser
Gesandtschaft zu stimmen, es wäre denn, daß von ihnen ebensoviele
Gesandte genommen würden, als von den evangelischen Orten, sonst
verlangen sie, daß man sie weder im Credenzbrief noch in der In-
struktion nenne."⁸⁴⁾ Das Mißtrauen ging soweit, daß der französi-
sche Gesandte in Solothurn vor den Absichten der Gesandtschaft ge-
warnt wurde; die kaufmännischen Anliegen seien nur ein Vorwand,
die Gesandtschaft beabsichtige vielmehr, an der in Grenoble statt-
findenden Konferenz der Hugenotten teilzunehmen⁸⁵⁾. Auf den Ein-
spruch der VII Orte hin erhielt Grebel vom Rat der Stadt Zürich den
Auftrag, sich nach Solothurn zu de Castille zu begeben und die
Verdächtigungen zu zerstreuen. Von Heinrich Zily unterstützt, er-
klärte er dem Gesandten, die Gesandtschaft verfolge nur kaufmänni-
sche Ziele und ihre Zusammensetzung aus lauter Angehörigen des re-
formierten Bekenntnisses sei rein zufälliger Natur. De Castille er-
teilte den Rat, es unbedingt bei zwei Gesandten zu belassen, jedoch
den einen Reformierten durch einen Katholiken zu ersetzen. Gleich-
zeitig ließ er durchblicken, mit der Abreise noch ein oder zwei Mo-
nate zu warten, da er eine günstige Antwort des Königs auf sein
letztes Schreiben zu erhalten hoffe, wodurch die ganze Gesandtschaft
überflüssig werde. Zily wie Grebel zogen aus den Darlegungen des
französischen Gesandten den Schluß, die eidg. Mission werde in Pa-
ris auf große Schwierigkeiten stoßen. Auf Grebels Bericht hin, der
sich sowieso nur ungern zur Übernahme seines Auftrags bereiterklärt

84) EA V, Abt. 1, no. 889, e, Luzern, 29./30. April 1615
(Staatsarchiv Luzern, Luzerner Abschiede, Bd. H, S. 345)

85) SASG, Faszikel XIV, Mappe 10, no. h

Brief Grebels an Bürgermeister Schwartz vom 7. Mai 1615 (Kopie)

hatte, beschloß der Rat von Zürich, die Abreise der Standesdelegation solange zu verschieben, bis von de Castille Nachricht vorlag⁸⁶⁾.

In Paris drängte unterdessen Matthieu auf die Abreise der Gesandtschaft. Auf die Mitteilung, diese sei nicht vor Anfang Juli in Aussicht genommen, antwortete er, es liege im Interesse der Eidgenossen, so bald als möglich zu erscheinen; auch sollte sie möglichst viel Mitglieder umfassen, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß es sich um eine Angelegenheit der gesamten Eidgenossenschaft handle.

Matthieu hielt es für verfehlt, die Antwort de Castilles noch abzuwarten. Der französische Gesandte, führte Matthieu aus, habe die Aufgabe, dem König ungelegene Maßnahmen soweit als möglich zu verhindern. Im Mai 1615 berichtete er, der Prozeß der eidg. Kaufleute sei vor dem Conseil du Roi zunächst wieder in Gang gekommen, gerate nun aber wieder ins Stocken, da der König beabsichtige, seiner spanischen Braut an die Grenze entgegenzufahren und in diesem Fall mit einer Audienz auf lange Zeit nicht mehr zu rechnen sei⁸⁷⁾. In einem weiteren Brief vom Juni drängte Matthieu erneut auf die Abreise der Gesandtschaft, da der König die Absicht hatte, Ende des Monats Paris zu verlassen, um zu einer Aussöhnung mit Condé zu kommen und das Parlament zum Gehorsam zu bringen. Im gleichen Schreiben gab er den Gesandten Ratschläge für ihr Auftreten bei Hof; als erstes sollte dem König zur Volljährigkeit gratuliert und betont werden, sie seien zur Festigung der alten Freundschaft mit Frankreich nach Paris gekommen. Dann sollte Ludwig XIII. gebeten werden, die alten Freiheiten der Kaufleute unter seinen Schutz zu nehmen und erst ganz zum Schluß sollten dann die Beschwerden vorgetragen werden⁸⁸⁾.

Die Abreise der Gesandtschaft kam nicht zustande. Das Mißtrauen der katholischen Orte war zu groß und de Castille verstand es ausge-

86) SASG, Faszikel XIV, Mappe 10, no. i

Brief Grebels an Bürgermeister Schwartz vom 7. Mai 1615

87) SASG, Faszikel XIV, Mappe 10, no. 1

Brief Matthieus vom 15. Mai 1615 aus Paris

88) SASG, Faszikel XIV, Mappe 10, no. o

Brief Matthieus vom 13. Juni 1615 aus Paris

zeichnet, mit immer neuen Versprechen die Kaufleute hinzuhalten; ausschlaggebend waren aber schließlich die politischen Zustände in Frankreich. Wegen der bevorstehenden spanischen Hochzeit des Königs kam es 1615 zu neuen Unbotmäßigkeiten der Großen des Reiches, und die Hugenotten in den Provinzen Guyenne und Languedoc standen in offenem Aufruhr gegen den Herrscher. Wieder waren die Sympathien der reformierten Orte der Eidgenossenschaft auf der Seite ihrer französischen Glaubensbrüder, und Bern, das als kleinste europäische Macht Frankreich in unverhohlener Feindschaft gegenüberstand, rief die in französischen Diensten stehenden bernischen Truppenkontingente heim. Am 29. August 1615 wurde in Meaux der Kurier des bernischen Sondergesandten in Frankreich aufgegriffen und seine chiffrierten Depeschen entschlüsselt. Die Berichte des Gesandten Hans Rudolf von Erlach bewiesen eindeutig, daß Bern Condé unterstützte und in Frankreich wie in der Eidgenossenschaft gegen Ludwig XIII. konspirierte⁸⁹⁾. Im Oktober ersuchte der französische Gesandte, auf Befehl seines Königs, die Konferenz der VII katholischen Orte, ihn bei seinen Bemühungen zu unterstützen, von Bern Satisfaktion zu erhalten. Die Konferenz beschloß, Bern mit Nachdruck zu ermahnen, "dem König und seinen Beamten und Mitinteressierten genügende Satisfaktion zu leisten, da sonst zu besorgen wäre, daß es die ganze Eidgenossenschaft mit der Zeit entgelten müßte."⁹⁰⁾ Die katholischen Orte sahen durch diesen Vorfall ihr Mißtrauen gegenüber der geplanten kaufmännischen Gesandtschaft bestätigt, von deren Abreise nie mehr die Rede war. In den folgenden Jahren erfüllte Frankreichs Gesandter seine Aufgabe "de reculer les poursuites qui sont importunes" so gut, daß auch eine vorgesehene große eidg. Gesandtschaft, die wegen der Verschleppung der Sold-

89) Vgl. Feller: a.a.O., Bd.II, S.477, ebenso
vgl. Rott: Histoire de la représentation diplomatique, a.a.O.,
Bd.III, S.129

90) EA V, Abt.1, no.907, d, Luzern, 12./13.Oktober 1615
(Staatsarchiv Luzern, Luzerner Abschiede, Bd.H, S.378)
Text einer aufgefangenen Depesche s. Anhang I, S.222

und Pensionenzahlungen und anderer Klagepunkte an den Hof reisen sollte, nie zum Aufbruch kam und dieser Gedanke schließlich ganz fallen gelassen wurde⁹¹⁾. Im August 1619 bedankte sich der Sekretär des französischen Gesandten für "die Einstellung der Gesandtschaft nach Frankreich und versichert, daß die versprochene Zahlung erfolgen werde."⁹²⁾

In Paris wurden die anhängigen Prozesse noch einige Zeit weitergeführt, dann schlofen die Verfahren ein⁹³⁾. Die Kaufleute scheinen in den Jahren, in denen sie keine offiziellen Schritte unternahmen oder unternehmen konnten, für den täglichen Verkehr mit den Zollpächtern zu einem modus vivendi gekommen zu sein. Die Pächter, die sich vor dem Conseil du Roi konsequent geweigert hatten, den Kaufleuten irgendwelche Zugeständnisse in den strittigen Zollfragen zu machen, fanden sich zu Kompromissen bereit. In St. Jean-de-Losne zahlten die Spediteure Peyer in den Jahren 1615 bis 1622 wohl die halbe Krone pro Tragtier, nicht aber den eigentlichen Einfuhrzoll; den Transitzöllen der Languedoc und der Provence mußten sie sich allerdings unterwerfen. Matthieu berichtete 1617 über die Ansicht, die der Generalpächter Jeannin in der Zollfrage vertrat, und die wohl auch als inoffizieller Standpunkt der französischen Regierung gelten darf. Jeannin behauptete, die Zollvorrechte hätten nur Gültigkeit für diejenigen Waren, die bei Abschluß des Ewigen Friedens 1516 bereits in der Eidgenossenschaft produziert wurden, nicht aber für die Vielzahl der Waren, die in der Zwischenzeit hinzugekommen waren oder nachgemacht wurden. Der Ausfall an Zolleinnahmen, der

91) EA V, Abt. 1, no. 918, Baden, 17. April 1616, ebenso

EA V, Abt. 1, no. 926, Baden, 26. Juni 1616

92) EA V, Abt. 2, no. 83, b, Luzern, 8. August 1619, ebenso

EA V, Abt. 2, no. 77, Baden, 30. Juni 1619 und

EA V, Abt. 2, no. 220, Baden, 6. Februar 1622

93) SAZ, Mappe 150 (1618), no. 3

Arrêt du Conseil d'Etat vom 2. August 1618

In einem Prozeß der Basler Kaufleute Jacques & Daniel les Bastiers frères, gegen den Pächter der cinq grosses fermes und der Douane von Lyon, konnte nach 6-jähriger Dauer 1618 ein Urteil zu Gunsten der klagenden Partei erzielt werden.

durch diese Waren verursacht wurde, betrug nach Jeannins Angaben 30000 Kronen jährlich⁹⁴⁾. Der Einwand, daß es für den König Ehrensache sein müsse, seine gegebenen Versprechen zu halten, wurde von Jeannin nicht anerkannt und durch das Argument entkräftet, daß der Herrscher von denen, die ihre Vorrechte voll ausnutzten keine Gegendienste empfangen. Als Beweis für seine Behauptung führte er St.Gallen an, das den größten Anteil am eidg. Handel mit Frankreich besaß, aber dem König noch nie Söldner gestellt habe⁹⁵⁾.

Bereits 1614 hatte der Gouverneur von Lyon die Rechte der eidg. Kaufleute für erloschen erklärt, da sie ihnen von Ludwig XIII. nicht bestätigt worden waren. Der Erlaß scheint ohne Folgen geblieben zu sein, denn erst 1620 kam es zu einer Auseinandersetzung mit dem Pächter der Douane von Lyon, als dieser unter Berufung auf den Erlaß von 1614 die Waren der eidg. Kaufleute verzollen wollte. Die Zollbüros von Natua und Gex, die zur Douane von Lyon gehörten, zwangen ein Jahr später Kaufleute aus Schaffhausen und St.Gallen, ihre Warenballen zu öffnen und beschlagnahmten das darin befindliche Geld sowie die Waren selber, ein Vorfall, der Anlaß zu einem neuen Prozeß vor dem Conseil du Roi gab⁹⁶⁾. Von diesem Vorfall abgesehen war für die Geldausfuhr aus Lyon eine befriedigende Lösung gefunden worden. Mit Gouverneur d'Alincourt war vertraglich vereinbart worden, daß er den Kaufleuten die Pässe für eine unbehinderte Ausfuhr von Geld und Edelmetall ausstellte, wobei sich seine Kontrahenten verpflichteten, ihm regelmäßig ein "Geschenk" zu

94) Vgl. Charléty, a.a.O., S.506

In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts betrug der Ausfall an Zolleinnahmen der Douane von Lyon, der durch die eidg. Zollvorrechte verursacht wurde, jährlich 110000 livres

95) SASG, Faszikel XIV, Mappe 11, no.f

Brief Matthieus vom 28. Januar 1617 aus Paris

96) SASG, Faszikel XIV, Mappe 11, no.1

Memorandum ohne Datum

Die Douane von Lyon war zu Anfang des 17. Jahrhunderts mit den cinq grosses fermes in einem Pachtvertrag vereinigt worden.

machen, dessen Wert 1 pro Mille der ausgeführten Summe zu betragen hatte⁹⁷⁾. Trotz der Ausfuhrsperrre gelang es auf diese Art beträchtliche Summen aus Lyon auszuführen. Einer Abrechnung aus dem Jahre 1621 zufolge wurde dem Gouverneur nach einer Messe von acht eidg. Handelshäusern gemeinsam ein Geschenk im Wert von 183 livres 5 deniers 6 sols überreicht, was einem ausgeführten Betrag von rund 183000 livres entsprach⁹⁸⁾.

9. Die Auswirkungen des 30-jährigen Krieges in Graubünden und die Entsendung einer reformierten Gesandtschaft nach Frankreich, 1622

Einmal mehr gab die politische Konstellation in Europa den Anlaß, in der Eidgenossenschaft die Entsendung einer Gesandtschaft nach Frankreich zu erwägen. Der Fenstersturz von Prag hatte am 25. Mai 1618 den 30-jährigen Krieg entfesselt, dessen erste Auswirkungen sich für die Eidgenossenschaft in Graubünden zeigten. Der Rhätische Bund, eine lockere Vereinigung der bündner Täler, setzte sich aus einem katholischen und zwei reformierten Verbänden zusammen⁹⁹⁾.

97) SAZ, Mappe 151 (1621), no. 2

Der Vertrag mit dem Gouverneur ist nicht erhalten geblieben. Die Abrechnungen über die Abgabe von 1 pro Mille der exportierten Summen beweisen jedoch, daß er nicht später als 1621 abgeschlossen wurde.

98) SAZ, Mappe 151 (1621), no. 2

für das Geschenk an den Gouverneur zahlten von

St. Gallen	L	d	Schaffhausen	L	d	s
Georg Zollikofer	32	4	Ludwig & Hans Peyer	17	2	2
Hans Fitlers Erben	16	2	Lorenz Peyer	11	5	4
Kaspar Schlumpf	26	9				
Studer & Schlapritzi	53	0	Total	183	5	6
Joachim Zollikofer	23	5				
Heinrich Zollikofer	3	2				

99) Oberer Bund (katholisch), Zehngerichte- und Gotteshausbund (reformiert)

Durch sein Gebiet führte die Alpenstraße, die das habsburgische Österreich mit dem habsburgischen Spanien verband. Beide habsburgischen Mächte waren bestrebt, diese Verbindungslinie offen zu halten, Frankreich und Venedig versuchten sie ihnen zu sperren. Da alle vier Staaten in den drei Bünden ihre Parteigänger hatten, mußte es hier zwangsläufig zu den ersten Zusammenstößen kommen. Im Frühjahr 1618 begannen die reformierten Pfarrer mit der Verfolgung der spanischen Geistlichen, in deren Verlauf es zu schweren Ausschreitungen kam. Die katholischen Bündner riefen die Hilfe des spanischen Statthalters in Mailand an, dem es unschwer gelang, eine Verschwörung anzuzetteln, da die schwankende französische Politik in diesem Zeitpunkt wieder einmal nach Madrid hinneigte. Die katholischen Veltliner schlugen im Juli 1620 gegen die reformierten Bündner los, vertrieben sie und öffneten den Spaniern das Addatal. Da Zürich und Bern 1602 mit den drei Bünden einen Schutzvertrag geschlossen hatten, wurden sie von ihren Bündner Glaubensbrüdern zu Hilfe gerufen, die sie durch Entsendung zweier Regimenter leisteten. Das reformierte Heer der Berner und Zürcher marschierte am 30. August 1620 das Addatal hinab, wurde aber am 1. September bei Tirano von den Spaniern vernichtend geschlagen. Bern und Zürich mußten sich, ohne Hilfe leisten zu können, aus Graubünden zurückziehen und die drei Bünde ihrem Schicksal überlassen¹⁰⁰⁾. Österreich besetzte 1621 das Land, was den reformierten Orten den erwünschten Grund gab, die Angelegenheit vor die Tagsatzung zu bringen. Im Februar 1622 trat die Tagsatzung in Baden zusammen, um hauptsächlich darüber zu beraten, "wie den Bündnern wieder zu ihren Landen geholfen werden könnte, da diese ein Schlüssel und eine Schutzwehr der drei Bünde und gemeiner Eidgenossenschaft sind."¹⁰¹⁾ Die katholischen Orte sprachen sich gegen die Entsendung einer eidg. Gesandtschaft nach Frankreich aus, wie dies von den reformierten

100) Vgl. Feller: a.a.O., Bd.II, S.488 f.

101) EA V, Abt.2, no.220, g, Baden, 6.Februar 1622
(SAZ, Abschiede, Bd.141, S.148)

Ständen gefordert worden war, da sie befürchten mußten, daß durch deren Einfluß Frankreich wegen Graubünden in einen Krieg gegen Spanien eintreten konnte. Trotz der Ablehnung beschlossen die vier evangelischen Städte auf einer Konferenz in Aarau die Entsendung einer Standesgesandtschaft, um den König "an den leidigen und elenden Zustand in Bünden (zu) erinnern, wodurch das Volk daselbst nicht allein um die evangelische Religion, sondern auch um alle Freiheiten gebracht und unterdrückt wird. Ungeachtet der Protestation der französischen Ambassadoren ... wird als notwendig erachtet, daß die Gesandtschaft nach Frankreich bald abgehe, weil die Gefahr nicht allein für die Bünde, sondern auch für die evangelischen Orte je länger desto größer wird..."¹⁰²⁾. Es war vorgesehen, daß die Gesandten gleichzeitig Ludwig XIII. um die Erneuerung der Patente ersuchen sollten und eine endgültige Regelung der kaufmännischen Angelegenheiten anstrebten. Der König hatte 1621 von Lyon den Treueschwur gefordert, der mit einer unter Eid abgegebenen Absage an die Hugenotten verbunden war. Durch ihre streng neutrale Haltung während der Religionskämpfe hatten sich die eidg. Kaufleute in Lyon das Vertrauen Ludwigs XIII. und des Gouverneurs erworben, weshalb von ihnen, die fast durchwegs Anhänger des neuen Glaubens waren, nur eine schriftliche Erklärung verlangt wurde, in der sie sich verpflichteten, sich nicht in die inneren Angelegenheiten Frankreichs einzumischen¹⁰³⁾.

Zürich, Bern, Basel, Schaffhausen, Glarus und Appenzell-Außerrhoden stellten je einen Ehrengesandten und bereits am 23. März 1622 traf die Delegation in Solothurn ein, wo ihr der französische Gesandte Miron¹⁰⁴⁾ die erbetene Audienz abschlug und sich weigerte, die ge-

102) EA V, Abt. 2, no. 225, a, Aarau, 10. März 1622
(SAZ, Abschiede, Bd. 141, S. 168)

103) SAZ, Mappe 151 (1621), no. 5
Verpflichtung vom 26. Juni 1621

104) Robert Miron, Seigneur du Tremblay et Sève, ordentl. Gesandter, November 1617 bis Juni 1627

wünschten Empfehlungsschreiben auszustellen. Trotzdem Miron's Sekretär Wallier¹⁰⁵⁾ der Gesandtschaft geraten hatte, von ihrem Vorhaben Abstand zu nehmen, setzte diese ihre Reise über Nyon, wo der bernische Gesandte Hans Ludwig von Erlach zu ihr stieß, nach Lyon fort, wo sie am 5. April 1622 eintraf. Die Gesandten wurden in Lyon "von den daselbst etablierten eidg. Kaufleuten festlich empfangen und zugleich gebeten, ... beim König sich für die Bestätigung ihrer Privilegien zu verwenden."¹⁰⁶⁾ Die St.Galler Kaufleute waren in der Zwischenzeit nicht untätig geblieben. Als am 10. März auf der Konferenz der reformierten Orte beschlossen worden war, die Gesandtschaft nach Frankreich abgehen zu lassen, hatte sich Christoph Buffler als Vertreter der St.Galler Kaufmannschaft sofort mit Bürgermeister Rahn von Zürich in Verbindung gesetzt und ihn gebeten, sich tatkräftig für die Freiheiten der eidg. Kaufleute in Frankreich einzusetzen. Vor der Abreise Rahns, der als Zürcher Standesherr der Gesandtschaft angehörte, wurde diese Bitte nochmals schriftlich unter Beilegung eines Kreditbriefes wiederholt. Die Kaufleute in Lyon wurden angewiesen, ihrerseits ebenfalls Bürgermeister Rahn eindringlich zu ersuchen, dem König die Erneuerung der Patente nachdrücklich zu empfehlen.

Da gemäß den Instruktionen der Gesandtschaft die Frage der Patenterneuerung dem König erst vorgetragen werden sollte, wenn die politischen Aufgaben positiv gelöst worden waren, sollten die Lyoner Kaufleute durchblicken lassen, daß sie sich den Gesandten gegenüber erkenntlich zeigen würden, falls es diesen gelingen sollte, eine Erneuerung der Patente durchzusetzen. Unter allen Umständen hatten sie aber zu vermeiden, daß die Gesandtschaft heimkehrte, bevor die Patente besiegelt waren, denn nach ihrer Abreise war vom König nichts

105) Heinrich Wallier, Bürger von Solothurn, Mitglied des Großen Rats, 1613 bis 1641 Sekretär und Dolmetscher des französischen Gesandten

106) EA V, Abt. 2, no. 228, Gesandtschaft der evangelischen Orte an Ludwig XIII. vom 23. März bis 6. Juni 1622 (Kantonsarchiv Basel, eidg. Abschiede, Bd. 1622)

mehr zu erwarten. Sollte die Gesandtschaft Ludwig XIII. nicht mehr, wie vorgesehen, in Lyon antreffen, sondern nach Paris weiterreisen müssen, so hatte sich ihr ein Vertreter der Lyoner eidg. Kaufleute anzuschließen¹⁰⁷⁾. Die St.Galler Kaufleute in Lyon erhielten den Auftrag, die Gesandten einzuladen, ihnen alle Ehren zu erweisen und sie als ihre Gäste anzusehen, wobei jedoch zu vermeiden war, die Schaffhauser Kaufleute in Lyon zu den Unterredungen beizuziehen. Sollten diese um Teilnahme an den Gesprächen nachsuchen, durfte ihrer Bitte nur entsprochen werden, wenn sie sich verpflichteten, an den Kosten zu partizipieren. Auch für den Fall, daß katholische Abgeordnete Mitglieder der Gesandtschaft waren, lagen Verhaltensmaßregeln vor; sie waren gleich gut wie die eigenen Gesandten zu behandeln und hatten der gleichen Ehrungen teilhaftig zu werden¹⁰⁸⁾. Der Instruktion war eine spezifizierte Aufstellung aller Beschwerden der Kaufleute beigelegt mit der Anweisung, ihr nur das Wichtigste zu entnehmen und lang zurückliegende Vorfälle fortzulassen¹⁰⁹⁾.

Die Gesandtschaft traf den König nicht wie beabsichtigt in Lyon an, sondern mußte ihm nachreisen. Als Vertreter der eidg. Kaufleute von Lyon reisten Heinrich Zollikofer von St.Galien und Friedrich Peyer von Schaffhausen mit ihr weiter. Sie hatten den Auftrag, der Gesandtschaft als Begleiter und Berater zu dienen und genaue Instruktionen mit auf den Weg bekommen¹¹⁰⁾. Ludwig XIII. befand sich im Feldlager, so daß die Gesandtschaft ihm über Orléans, Tours, Poitiers nach Niort nachziehen mußte. In Niort trafen die Gesandten in dem

107) Zum Vertreter der eidg. Kaufleute in Lyon wurde von St.Gallen aus Bartholomäus Zollikofer bestimmt.

108) SASG, Faszikel XIV, Mappe 12, no.a
Brief der St.Galler Kaufleute, die mit Frankreich Handel treiben, an Bürgermeister Rahn vom 11. März 1622,
SASG, Faszikel XIV, Mappe 12, no.b
Brief der St.Galler Kaufleute nach Lyon, wie man sich Bürgermeister Rahn gegenüber, der auf der Durchreise nach Lyon kommt, zu verhalten hat und wie er zu instruieren ist, 11. März 1622

109) SAZ, Mappe 151 (1622), no. 7

110) SASG, Faszikel XIV, Mappe 12, no.m
Kopie der Memoiren Heinrich Zollikofers

Augenblick ein, als der König im Begriff war, die Stadt zu verlassen und es blieb ihnen nichts anderes übrig, als weiter nach Saintonge zu folgen, wo es am 1. Mai nach fünfwöchiger Reise endlich gelang, eine Audienz bei Ludwig XIII. zu erhalten. Der Empfang war freundlich, doch vermied es der König ängstlich, sich auf bestimmte Zusagen einzulassen, und gab nur die allgemein gehaltene Versicherung ab, daß er Graubünden nicht im Stich lassen werde. Jede weitere konkrete Abmachung wurde von ihm abgelehnt mit dem Hinweis, der Gesandte Miron werde direkt mit den Regierungen der einzelnen Orte in Verhandlungen eintreten. Eine etwas günstigere Aufnahme fanden die Bitten der Kaufleute, die am 2. Mai durch die Gesandtschaft vor dem königlichen Rat vorgetragen werden konnten und mit Empfehlung an den Intendanten der Finanzen, Jeannin de Castille, überwiesen wurden. Castille, der als ehemaliger Gesandter bei der Eidgenossenschaft fast alle Mitglieder der Gesandtschaft persönlich kannte, konnte versprechen, daß die Patente erneuert werden sollten, hinsichtlich der rückständigen Zahlungen zur Schuldentilgung lautete sein Bescheid allerdings negativ. Am 3. Mai setzte der Hof seine Reise nach dem an der Küste der Saintonge gelegenen Royan fort, und zusammen mit dem Basler und Berner Gesandten folgten auch die Vertreter der Kaufleute dorthin nach. Sie hatten im Verlauf der Verhandlungen erkennen müssen, daß auch dieses Mal ein detailliertes Patent nicht zu erhalten war, wohl aber eine pauschale Bestätigung der alten Patente. Am 4. Mai 1622 unterschrieb Ludwig XIII. in Zeugengegenwart des früheren Gesandten und jetzigen Siegelbewahrers de Vic und des Staatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten, Puysieux, ein Dokument, mit welchem die alten eidg. Handelsvorrechte pauschal, unter Berufung auf das von Heinrich IV. im Jahre 1594 verliehene Patent, bestätigt wurden¹¹¹⁾. Die Kaufleute hatten erreicht, was für den Augenblick zu

111) Vgl. Vogel: a.a.O., S. 77

"LETTRES PATENTES en forme d'Edit. Portant confirmation de tous les Privileges des Marchands de la Nation Suisse, en consequence leur permettent de faire le traffic de toutes sortes de Marchandises dans le Royaume, & deffendent à toutes personnes de les y troubler.

Fortsetzung S. 208

erreichen war, und verließen das Lager von Royan. Peyer kehrte direkt nach Lyon zurück, während Zollikofer mit den eidg. Gesandten noch nach Paris reiste, um dort das bereits gesiegelte und unterschriebene Dokument beim höchsten Gerichtshof eintragen zu lassen. Erst mit der Eintragung, einer Aufgabe, die viel Zeit, Geduld und Ausgaben erforderte, erhielt die Urkunde volle Rechtsgültigkeit¹¹²⁾. Am 20. Mai 1622 erfolgte die Aufnahme in die Register der Cour des Aides und am nächsten Tag in diejenigen des Parlaments von Paris. In den folgenden Jahren wurden noch weitere Eintragungen bei den Provinzparlamenten vorgenommen, was die Anerkennung des Patents durch den höchsten Gerichtshof der betreffenden Provinz bedeutete und insofern wichtig war, als dadurch bei Prozessen die Gerichte ihr Urteil unter Berufung auf das eingetragene Patent fällen konnten¹¹³⁾. Die Gesandtschaft der reformierten Orte kehrte in die Heimat zurück und berichtete Ende Juli auf der Konferenz der evangelischen Städte und Orte in Aarau über das Scheitern ihrer Mission¹¹⁴⁾. Die Kaufmann-

Fortsetzung von Anm. 111):

LOUIS, par la grace de Dieu, Roy de France & de Navarre: A tous presens & advenir, Salut... Ce que successivement és années 1551. 71. & 82. auroit esté confirmé par les feux Roix Henry second, Charles neuvième, Henry troisième, & par le feu Roy nostre honore Seigneur & Pere, en General par les Lettres Patentes verifiées où besoin a esté, mesme au particulier, pour les Marchands de S. Gal & Schaffhusen, par Lettres Patentes du mois de May 1594. aussi verifiées en nos Cours des Aydes à Paris, & par tout ailleurs où il étoit lors requis. Par lesquelles pour les mesme consideration qui avoient porté nos Predecesseurs Rois, accorder ausdits Cantons lesdites Franchises & Privileges... Donné au Camp devant Royan le quatrième jour de May l'an de grace 1622. Et de nostre Regne le douzième. Signé LOUIS;..."

112) SASG, Faszikel XIV, Mappe 12, no. m
Kopie der Memoiren Heinrich Zollikofers

113) SAZ, Mappe 151 (1622), no. 31
Patent vom 4. Mai 1622. Es sind folgende Beglaubigungen und Eintragungen vermerkt: beim Procureur général du Roy, bei beiden Cours des Aydes, beim Bureau des Finances in Lyon, bei der Cour de Parlement de Provence, bei den Archives du Roy en Provence, bei der Chambre des Comptes de Dauphiné, bei der Cour du Parlement du Dauphiné, bei der Cour du Parlement à Dijon und bei der Cour des Comptes, Aydes et Finances de Bourgogne et de Bresse.

114) EA V, Abt. 2, no. 248, a, Aarau, 28. Juli 1622
(SAZ, Abschiede, Bd. 141, S. 231)

schaft hingegen konnte einen gewissen Erfolg für sich verbuchen, wenn auch das Patent Ludwigs XIII. bei weitem nicht den Forderungen entsprach, die 1602 und 1605 aufgestellt worden waren. Das unter großen finanziellen Opfern erkaufte Patent vom 4. Mai 1622 wurde aber den gegebenen Bedürfnissen gerecht¹¹⁵⁾.

10. Die Bemühungen um die Wiederherstellung eines freien Geld-
exports

Die freie Geldausfuhr aus Lyon war jedoch auch durch das Patent vom 4. Mai 1622 nicht in zufriedenstellender Weise geregelt worden, so daß für diese nach wie vor von den Kaufleuten ein gesonderter königlicher Erlaß angestrebt wurde. Der Gouverneur von Lyon begab sich 1622 in dienstlicher Angelegenheit zum König und die Kaufleute versäumten nicht, ihm ein Memorandum zu übergeben mit der Bitte, sich bei Ludwig XIII. für die Erteilung einer Extraerlaubnis zum Geldexport aus Lyon zu verwenden, wobei der zu genehmigende Betrag zwischen 100 und 200000 livres pro Messe liegen sollte¹¹⁶⁾. Von d'Alincourt versprachen sich die eidg. Kaufleute ein tatkräftiges Eintreten für ihren Antrag, da er durch seinen Vertrag mit ihnen selber an einer Legalisierung dieses Geschäfts interessiert sein mußte. Aber auch dieser Versuch mißlang, Ludwig XIII. ging nicht auf die Bitte der Kaufleute ein und diese blieben weiter darauf angewiesen, auf ihre Art und auf

115) SAZ, Ordinaribuch, a.a.O., Bd. II

Jeder Gesandte erhielt außer der Vergütung aller seiner Unkosten ein Honorar von 600 livres,

SAZ, Mappe 151 (1622), no. 9 und 10

Heinrich Zollikofers Spesenabrechnung betrug 1700 livres (no. 9)

Friedrich Peyers Spesenabrechnung betrug 821 livres 17 deniers (no. 10)

116) SAZ, Mappe 151 (1622), no. 14

Bittschrift aus dem Jahre 1622, ohne Datum

ihr eigenes Risiko die Geldeinnahmen aus Lyon herauszuschaffen. Das Verhältnis zu d'Alincourt war je nach Laune des Gouverneurs besser oder schlechter, und trotz der Abgabe von 1 pro Mille der ausgeführten Summe, die ihm ein gutes Nebeneinkommen sicherte, waren sie von seiner Gnade abhängig. Anlässlich eines Aufstands in Lyon im Jahre 1622 hatte er z.B. die eidg. Kaufleute ohne Grund entwaffnen lassen, was diese veranlaßte, sich beschwerdeführend an den Rat von St.Gallen zu wenden. Gemeinsam mit dem Rat von Schaffhausen beauftragte dieser Zürich, den geschäftsführenden Ort in kaufmännischen Angelegenheiten der Eidgenossenschaft, fünf Protestnoten zu verfassen, die dem König, der Regentin Anna von Medici, der Königinmutter Maria von Medici, dem Gesandten Miron und dem Gouverneur d'Alincourt zugestellt wurden. In den Portestschreiben wurden die Empfänger aufgefordert, dafür zu sorgen, daß sich derartige Eingriffe in die verbrieften Rechte der Kaufleute nicht mehr wiederholten konnten¹¹⁷⁾.

11. Die außergerichtlichen Regelungen der Differenzen zwischen den eidg. Kaufleuten und den Zollbeamten

Seit der Mitte des 16. Jahrhunderts war es den eidg. Kaufleuten trotz aller Anstrengungen und Bemühungen nicht mehr gelungen, eine ins einzelne gehende Anerkennung oder Bestätigung ihrer Handelsfreiheiten zu erhalten. Die Wirtschaftspolitik, die Heinrich IV. in seinen letzten Regierungsjahren zum Schutz der französischen Staatswirtschaft verfolgt hatte, brachte die Gefahr des völligen Erlöschens ihrer alten Handelsvorrechte für die eidg. Kaufleute mit sich. Die Zollpächter, deren Verhalten gegenüber den ausländischen Kaufleuten den Absichten des Königs entgegengekommen war, hatten im Verlauf der gegen sie angestregten Prozesse eine starke Rückendeckung durch

117) SAZ, Mappe 151 (1622), no. 45

Protestschreiben Zürichs vom 8. Oktober 1622

ihn erhalten. Die Zielstrebigkeit Heinrichs IV. wirkte sich über seinen Tod hinaus auf die ersten Regierungsjahre Ludwigs XIII. aus, denn erst um 1615 scheint sich das Verhältnis zwischen den Zollpächtern und den eidg. Kaufleuten wieder zu bessern. Von einer planmäßigen französischen Wirtschaftspolitik konnte in den folgenden 20 Jahren nicht mehr die Rede sein, und die Zollpächter bekamen zu spüren, daß ihnen der Rückhalt am Hof fehlte. Die Streitigkeiten mit den Zollbeamten wurden von da ab in den meisten Fällen außergerichtlich durch Überreichung von "Geschenken" geregelt. Kam es zu Prozessen, so fanden diese ihren Austrag vor den zuständigen Provinzgerichten und nicht mehr vor dem Conseil du Roi, den die Zollpächter nur noch ungern anriefen. Die neuen Regelungen hatten sich so gut eingespielt, daß unter Ludwig die Wahrung der alten Rechte in neuer Form gesichert schien. Die Douanen von Valence und Lyon gaben hin und wieder Anlaß zu kleineren Streitigkeiten, jedoch verdankten die Kaufleute dem Umstand, daß in der Erhebung der wesentlichsten Grenzzölle bis 1632 keinerlei Veränderungen eintraten, ihr relativ gutes Verhältnis zu den Zollpächtern. Die Kaufleute hatten aus allen Vorfällen die Lehre gezogen, daß mit Geld ihre Freiheiten am besten zu verteidigen waren. Der erste Zusammenschluß der eidg. Kaufleute zur Errichtung einer gemeinsamen Kasse war nach zweijährigem Bestehen 1610 wieder aufgelöst worden¹¹⁸⁾. Auf sich allein angewiesen, mußte der einzelne nun seine Rechte gegenüber den Übergriffen der Zollbeamten verteidigen, wobei es nur zu gelegentlichen Zusammenschlüssen der in gleicher Weise Betroffenen kam; war ein Rechtsstreit beigelegt, fiel die Gruppierung wieder auseinander. Die St. Galler Kaufleute waren nach 1610 wieder dazu übergegangen, ihr Ballengeld, das vor Abgang der Ware in St. Gallen erhoben wurde, in die dortige Ordinarikasse einzuzahlen. Bei Gründung der Kasse 1588 hatte der Beitrag 4 Kreuzer pro Ballen betragen, war dann langsam angestiegen und betrug 1619 30 Kreuzer. Im Juni 1619 trat

118) Vgl. S. 182 ff.

ein Beschluß in Kraft, demzufolge in Zukunft das Ballengeld nicht mehr in St.Gallen, sondern in Lyon bezahlt werden sollte. Pro Ballen waren wie bisher 30 Kreuzer oder 15 sols zu zahlen, neu hinzukam aber ein Zuschlag von 1,5 % auf die Gesamtsumme¹¹⁹⁾. Die Zahlung war für sieben Messen rückwirkend zu leisten, so daß der erste Beitrag für die Weihnachtsmesse 1617 bis einschließlich der Ostermesse 1619 zu zahlen war¹²⁰⁾. Im Sommer 1619 legten neun St.Galler Handelshäuser ihren Beitrag in die Kasse ein, der vom Ordinariverwalter mit 6% p.a.verzinst wurde¹²¹⁾. Bereits im ersten Rechnungsjahr 1619/20 wurden aus der Kasse einigen Zollbeamten und deren Frauen total 652 livres "geschenkt", ein Betrag, an dem sich die deutschen und Schaffhauser Kaufleute zusammen mit 320 livres beteiligten, indem sie ihn dem Verwalter des Ordinari überwiesen¹²²⁾. Das Rechnungsjahr schloß trotz dieser hohen Ausgaben, zu denen die Kosten für die Briefpost und andere kleinere Nebenausgaben hinzukamen, mit einem Überschuß von 2825 livres ab. Die Kasse ging im August 1620 an Kaspar Schlumpf als Verwalter über, der sie 1621 mit einem Bestand von 2797 livres an das Handelshaus Georg Zollikofers Erben weitergab. Es war wohl der hohe Kassenbestand, der Ende 1621 den Anlaß gab, das Ballengeld für die zurückliegenden zehn Messen nur noch in Höhe von 10 sols pro Ballen unter Fortfall des 1,5%igen Zu-

119) SAZ, Mappe 150 (1619), no.3

Beschluß der St.Galler Kaufmannschaft vom Juli 1619

120) Vgl. Lüthy: a.a.O., S.12

Die vier jährlichen Messen waren: 1. Die Königsmesse im Februar, 2. die Ostermesse im Mai, 3. die Augustmesse, beginnend am 4.August und 4. die Heiligenmesse, beginnend am 3.November. Die Allerheiligen- oder Heiligmess wurde auch Weihnachtsmesse genannt.

121) SAZ, Ordinaribuch, a.a.O., Bd.I, S.97

122) SAZ, Ordinaribuch, a.a.O., Bd.I, S.57

Heinrich & David Peyer	75 livres
Jeremias & Friedrich Peyer und Jakob Huber	45
die "Teutschen insgemein"	200
total	320 livres

Die Zahlung der St.Galler Kaufleute betrug allein 332 livres, was den Schluß zuläßt, daß ihr Anteil am Gesamthandel über 50 % betrug.

schlags zu erheben. Trotz bedeutender Ausgaben im Rechnungsjahr 1621/22, wie z.B. 300 livres (1 pro Mille der Geldausfuhr) an den Gouverneur und 575 livres für die Auslösung beschlagnahmter Geldbeträge schloß die Kasse im August 1622 mit einem Bestand von 4945 livres ab¹²³⁾.

12. Die Gründung einer "Nation Germanique", 1621

Durch die starke Abwanderung der italienischen Kaufleute und Bankiers aus Lyon war die alte Einrichtung der nations in Verfall geraten. Um 1620 wurden unter den deutschen und eidg. Kaufleuten Bestrebungen rege, die alte Form dieses Zusammenschlusses wieder aufleben zu lassen. 1621 wurde auf einer von beiden Nationen besuchten Versammlung beschlossen, einen gemeinsamen Konsul zu wählen¹²⁴⁾. Zum ersten Konsul, der die gemeinsamen Interessen der Deutschen und Eidgenossen zu vertreten hatte, wurde Daniel Herwarth gewählt, der in Lyon geborene Sproß einer alten Augsburger Patrizierfamilie¹²⁵⁾. Der Konsul hatte, nach vorhergehender Beratung mit einer paritätisch zusammengesetzten Kommission, die Verhandlungen mit den Stadt-

123) SAZ, Ordinaribuch, a.a.O., Bd.II, S.20

Unter den Ausgaben des Rechnungsjahres 1621/22 findet sich auch ein Posten von 418 livres als Geschenk an Daniel Herwarth in Anerkennung seiner Bemühungen um die Ausstellung von Pässen für die Geldausfuhr.

124) SASG, Faszikel XIV, Mappe 11, no.k

125) Vgl. Ehrenberger; a.a.O., Bd.I, S.220 und 264

Daniel Herwarth, geb.1574 in Lyon, war der Vater von Bartholomäus und Johann Heinrich Herwarth. Beide Söhne erwarben sich große Verdienste um Frankreich und Bartholomäus wurde 1657 Generalkontrollleur der Finanzen, als welcher er direkt Fouquet unterstand, nach dessen Sturz sein Amt 1665 mit dem Colberts zusammengelegt wurde. Bartholomäus Herwarth hatte in seinem Amt viele Hugenotten untergebracht, die von Colbert nach der Aufhebung des Edikts von Nantes nur ungern entlassen wurden. Die Brüder Herwarth waren die letzten großen Vertreter der süddeutschen Geldmächte des 16.Jahrhunderts in Frankreich, deren Betätigungsfeld durch Colberts Nationalisierung des Finanzwesens verloren ging.

behörden zu führen, bei großen Empfängen beide Nationen zu repräsentieren, die Streitigkeiten mit den Zollbeamten beizulegen und bei Prozessen die Partei der Kaufleute zu vertreten, jedoch so, daß weder die deutschen noch die eidg. Interessen darunter litten. Für den Zusammenschluß der Kaufleute, der den Namen "Nation Germanique" führen sollte, war keine gemeinsame Hilfskasse vorgesehen, denn in ihr sah man den Hauptgrund für das Auseinanderfallen der Konvention von 1608. Das Mitglied, auf dessen Ansuchen die nation Schritte unternahm, hatte die Kosten dieser Maßnahmen selber zu tragen. Bei Übernahme des Konsulats hatte Herwarth gebeten, es nur für drei Monate ausüben zu müssen, wurde aber nach Ablauf dieser Frist von der nation gebeten, sein Amt weiterzuführen, da er sich beim Gouverneur eines hohen Ansehens erfreute. Herwarth entsprach dem Wunsch der Kaufleute, erklärte aber gleichzeitig, daß er sein Amt definitiv nach der Augustmesse niederlegen werde. Die eidg. Kaufleute waren zunächst der Ansicht, für das kommende Jahr nochmals den Versuch mit einem gemeinsamen Konsulat zu machen, baten aber ihre Heimatsorte um Instruktionen, trotzdem diese der Idee eines Zusammenschlusses mit den reichsstädtischen Kaufleuten wenig freundlich gegenüberstanden. Aus St.Gallen kam im Juli 1622 zwar die Anweisung, Herwarth um ein weiteres Verbleiben im Amt zu bitten, aber nicht weiter zu insistieren, wenn er "wie man hoffe" nicht darauf eingehen sollte. Seine Arbeit war freundlich zu verdanken und ihm ein Geschenk zu überreichen, dessen Höhe in Lyon nach Maßgabe der geleisteten Dienste bestimmt werden sollte¹²⁶⁾. Die Kaufleute durften auch künftig bei Herwarth um Rat und Hilfe nachsuchen, doch schloß die Instruktion mit dem Befehl, das Konsulat selber einzustellen¹²⁷⁾. Da auch der Rat von Schaffhausen seinen Bürgern in Lyon den Befehl erteilt hatte, mit den Kaufleuten aus dem Reich nicht zu enge Beziehungen aufzunehmen, kam es zur Auflösung der Nation Germanique.

126) Vgl. S.213, Anmerkung 123

127) SASG, Faszikel XIV, Mappe 11, no.k

13. Die Gründung einer neuen gemeinsamen Kontributionskasse, 1622

Wieder standen die eidg. Kaufleute einzeln den Zollpächtern und ihren Beamten gegenüber, nur lose verbunden durch die Vorteile, die sie aus den gemeinsamen Rechten ihrer Patente zogen, als der Besuch der eidg. Ständesgesandtschaft in Lyon 1622 den Anstoß zur Errichtung einer neuen gemeinsamen Kasse gab. Die St. Galler Kaufmannschaft hatte ihre Mitglieder in Lyon angewiesen, die Schaffhauser Kaufleute nicht zu den Beratungen mit den eidg. Gesandten beizuziehen. Nur auf ausdrücklichen Wunsch der Schaffhauser sollten diese teilnehmen dürfen und dann nur, wenn sie bereit waren, sich an den Kosten zu beteiligen, die durch den Besuch der Gesandtschaft verursacht wurden¹²⁸⁾. Die Schaffhauser Kaufleute in Lyon nahmen die Bedingungen an und schlossen am 13. April 1622 mit den in Lyon niedergelassenen St. Galler Handelshäusern einen Vertrag, in dem sich beide Parteien verpflichteten, ab 1. Mai 1622 ein Ballengeld von 1 livre pro Ballen zu zahlen. Die Beiträge wurden an den St. Galler Verwalter der Ordinarikasse abgeführt und von diesem mit 8 % p.a. verzinst; Darlehen aus dem Fonds waren ihm ebenfalls mit 8 % p.a. zurückzuzahlen. Die Gelder des Fonds sollten in erster Linie zur Deckung der Unkosten dienen, die die beiden mit der Gesandtschaft reisenden Vertreter der Lyoner Kaufmannschaft verursachten¹²⁹⁾. Bereits bei der ersten Beitragszahlung, die für drei Messen rückwirkend am 13. März 1623 zu überweisen war, kam es zu Auseinandersetzungen zwischen den beiden Vertragspartnern. Von den Schaffhauser Handelshäusern zahlte nur Ludwig & Hans Peyer das vereinbarte Ballengeld, während die Firma Lorenz Peyer sich hartnäckig weigerte, die Anzahl ihrer Ballen anzugeben. Lorenz Peyer wies darauf hin, daß er dem Schaffhauser Ehrengesandten 1622 bereits 80 Gulden zum Geschenk gemacht habe und mehr nicht zahlen wolle. In St. Gallen herrschte über

128) Vgl. S. 206

129) SAZ, Ordinaribuch, a.a.O., Bd. II, S. 43

Die Abrechnung über das Ballengeld wurde vom Ordinari getrennt geführt.

diesen Vertragsbruch große Empörung unter der dortigen Kaufmannschaft, und da zur selben Zeit auch noch Differenzen wegen des Ordinaris bestanden, wurde Gordian Zollikofer nach Schaffhausen entsandt, um zunächst mündlich wegen des Vertragsbruchs zu verhandeln. Die gespannte Situation zwischen den Kaufleuten der beiden Städte fand auch in Zollikofers Instruktionen ihren Ausdruck. Er hatte Anweisung, eventuell in der Ordinariangelegenheit nachzugeben, aber unter allen Umständen auf die Zahlung des Ballengeldes von Lyon zu bestehen. Auch sollte er sich darüber beschweren, daß die Schaffhauser in ihren Briefen die St.Galler Kaufleute "Lyoner Händler" nannten, als ob sie nicht der Bezeichnung "Lyoner Handelsleute" würdig waren. Zollikofer sollte darauf dringen, "daß sie sich solcher schimpflichen schreiben sollem müssen und sovil ehr, als wir gegen innen thun, geben." Seine Instruktionen enthielten ferner Anweisungen für den Fall, daß man den St.Gallern Vorwürfe machte, sie hätten nie über die alte gemeinsame Kasse von 1608 eine Abrechnung vorgelegt; seine Antwort sollte sein, daß sie jederzeit dazu bereit waren¹³⁰⁾. Während der Verhandlungen machte Lorenz Peyer den Vergleichsvorschlag, die Hälfte des Betrages freiwillig zu zahlen, den die Firma Hans Fitlers Erben an die gemeinsame Kasse in Lyon gezahlt hatte, was aber von Zollikofer abgelehnt wurde¹³¹⁾. Da eine gütliche Einigung nicht mehr zu erzielen war, brachten die St.Galler, vertreten durch Bartholomäus Studer und ihren Stadtschreiber Melchior Guldin, ihre Klage vor den Rat der Stadt Schaffhausen. Das Urteil, das am 15. April 1623 gefällt wurde, verurteilte Lorenz Peyer zur Zahlung der Hälfte des Betrages, den die Firma Hans Ludwig & Hans Peyer an den Lyoner Fonds gezahlt hatte. Von diesem Betrag durfte er aber noch die 80 Gulden abziehen, die er 1622 dem Schaffhauser Ehrengesandten in Lyon geschenkt hatte. Peyer hatte somit durch Gerichtsentscheid noch wesentlich weniger zu zahlen, als er freiwillig hatte leisten

130) SASG, Faszikel XIV, Mappe 13, no. a

131) SAZ, Ordinariibuch, a. a. O., Bd. II, S. 43

Die Firma Hans Fitlers Erben hatte 384 livres, die Firma Hans Ludwig & Hans Peyer 297 livres Ballengeld bezahlt.

wollen, ein Urteil, das die St.Galler in keiner Weise befriedigen konnte¹³²⁾. Die Konvention löste sich wieder auf, nachdem der erste Versuch gescheitert war, ihre Mitglieder zur Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen anzuhalten. Die St.Galler Kaufleute in Lyon zahlten ihr Ballengeld von 1 livre an die Ordinarikasse weiter, die sich dadurch zu einem starken Kampfinstrument zur Erhaltung der gemeinsamen Rechte entwickelte¹³³⁾. Ab 1621 wurde auch der jährliche Beitrag für das Armenspital in Lyon aus ihr bestritten¹³⁴⁾. Mit dem Schaffhauser Urteil von 1623 war der Versuch, die eidg. Kaufleute zu einer Interessengemeinschaft zusammenzuschließen, wieder gescheitert. Als einigendes Band außer den Patenten bestand nur noch das Interesse an einer geregelten und regelmäßigen Postverbindung mit der Heimat, dem Ordinari. Seine Inhaber waren die in Lyon ansässigen St.Galler Handelshäuser und ausschließlich unter ihnen wechselte jährlich die Verwaltung¹³⁵⁾. Seit 1598 wurden die St.Galler und Schaffhauser Ordinari, die den Postverkehr mit den nordöstlichen Gebieten der Eidgenossenschaft unterhielten, auf Konkurrenzbasis betrieben, wobei sich die süddeutschen Kaufleute wie die der übrigen Eidgenossenschaft beider Einrichtungen zur Beförderung ihrer Briefe bedienten¹³⁶⁾. Die Postverbindung war so geregelt, daß jede Woche abwechselnd die St.Galler und Schaffhauser die Depeschen von und nach Lyon beförderten. Die Basler und Zürcher Kaufleute benutzten zur Beförderung ihrer Post in erster Linie das St.Galler Ordinari, da sich dieses vertraglich verpflichtet hatte, gegen Zahlung einer

132) SASG, Faszikel XIV, Mappe 13, no.b

133) SAZ, Ordinaribuch, a.a.O., Bd.II, S.25 und 37

Ende des Rechnungsjahres 1622/23 betrug der Kassenbestand 3692 livres 8 deniers und stieg bis zum Sommer 1628 auf 6192 livres 2 deniers 8 sols an. Allein 1622/23 waren etwa 1000 livres an den Sekretär des Gouverneurs und an Zollbeamte bezahlt worden.

134) SAZ, Mappe 151 (1621), no.9

Brief vom 16.Juli 1621, Inhalt s. Anhang II, S. 223

135) Der eigentliche Sitz des Ordinari befand sich in St.Gallen. Der Lyoner Ordinariverwalter hatte nur die Aufgabe, die Taxen für die in die Eidgenossenschaft gehende Post zu erheben und für deren Beförderung zu sorgen.

136) Vgl. Einleitung S. II

Jahrespauschale die gesamte Post der Kaufleute beider Städte zu spedieren. Unter ähnlichen Bedingungen traten auch andere eidg. und deutsche Kaufleute dem St.Galler Ordinari bei, während für Briefe, deren Absender nicht dem Ordinari angehörten, eine bestimmte Taxe zu zahlen war. Die St.Galler Kaufleute in Lyon benutzten außer dem eigenen auch das Schaffhauser Ordinari, das ihre Post bis Bülach (nordöstlich von Zürich) beförderte und dort die nach Frankreich bestimmten Briefe in Empfang nahm; unter den gleichen Voraussetzungen konnten die Schaffhauser Kaufleute sich des St.Galler Ordinaris bedienen. Die Postlinie St.Gallen-Bülach-St.Gallen war bis 1619 ein Privatunternehmen der Firmen Joachim Laurenz und David Zollikofer, wurde dann aber vom St.Galler Ordinari übernommen. In Lyon mußte der St.Galler Ordinariverwalter die mit dem Schaffhauser Ordinari zu befördernden Briefe genau wiegen und verpacken, da die Taxe für die Beförderung von Lyon bis Bülach pro Lot berechnet wurde. Für das Lot Briefgewicht betrug die Gebühr 6 Kreuzer, die Zahlung erfolgte jedoch in der Weise, daß die St.Galler und Schaffhauser Forderungen am Jahresende gegeneinander aufgerechnet wurden¹³⁷⁾. Wegen dieser "Clearingspitze" kam es 1623 zum Streit, da die Schaffhauser mehr portopflichtiges Briefgewicht berechneten als die St.Galler aufgegeben hatten. Gemäß seinen Instruktionen hatte Gordian Zollikofer wegen dieser Differenz ebenfalls in Schaffhausen Beschwerde einzulegen, wenn sich auch St.Gallen bereiterklärt hatte, den nach seiner Ansicht zu Unrecht geforderten Beförderungssatz ausnahmsweise zu zahlen¹³⁸⁾. Für das Jahr 1629 hatte Daniel Herwarth das Schaffhauser Ordinari inne und unter seiner Leitung wurde im Oktober ein Abkommen zwischen den beiden Ordinaribesitzern geschlossen, das den Mitgliedern beider Einrichtungen wesentliche Erleichterungen gewährte¹³⁹⁾. Jedes

137) SAZ, Mappe 150 (1619), no. 6

Bericht über das St.Galler Ordinari vom Juni 1619

138) Vgl. S. 216

139) SAZ, Mappe 151 (1629), no. 7

Abkommen vom 3. Oktober 1629. Das Schaffhauser Ordinari führte auch die Bezeichnung "Ordinari für Teutschland und etliche Reichsstäd".

Mitglied eines der beiden Ordinari war berechtigt, seine Briefe auch dem anderen Ordinari zur Beförderung zu übergeben, das diese bis zur Erreichung einer festgesetzten Gewichtslimit kostenlos zu spedieren hatte. Erst nach Überschreitung der Gewichtsfreigrenze war eine genau festgesetzte Taxe zu zahlen, wobei die Ordinari am Ende des Jahres ihre Forderungen gegeneinander aufrechneten. Die nach Genf gehende Post wurde ohne Gewichtsbegrenzung für alle Mitglieder frei befördert. Das gleiche Abkommen sah für die dem St. Galler Ordinari angehörenden Zürcher Kaufleute eine Erhöhung ihres jährlichen Pauschalbeitrags vor, der mit Inkrafttreten des Vertrages je zur Hälfte unter beiden Ordinari aufgeteilt wurde¹⁴⁰⁾. Als Gegenleistung verpflichtete sich das Schaffhauser Ordinari, die Post der Zürcher Kaufleute ohne Gewichtsbeschränkung zu befördern¹⁴¹⁾.

Die ständigen Angriffe auf die Handelsfreiheiten der eidg. Kaufleute, die sich bis zum Ende des Ancien Régime verfolgen lassen und die in dem Maße zunahmen, in dem der Merkantilismus sich in Frankreich durchsetzte, entsprangen der Tatsache, daß die Rechte der Kaufleute in krassem Widerspruch zur Wirtschaftspolitik der Krone standen. Die Angriffe zwangen die Kaufleute, dies gilt zumindest für die Schaffhauser und St. Galler Kaufleute, untereinander Konventionen über Skonti für gute Zahler, Warenpreise, Diskontsätze und Wechselkurse einzugehen, die ständig überprüft und den jeweiligen Gegebenheiten am Markt angepaßt wurden. Jedes Mitglied der Konvention haftete mit seiner Unterschrift für die genaue Befolgung der Statuten, die mit unerbittlicher Härte gehandhabt wurde. Die festgesetzten Strafen waren von beträchtlicher Höhe, so daß sie im Anwendungsfall empfindlich trafen. Das unter dem Druck der französischen Krone entstandene Solidaritätsgefühl der eidg. Kaufleute wurde so stark, daß sie sich vertraglich zur gegenseitigen Unterstützung und Hilfeleistung verpflichteten¹⁴²⁾.

140) SAZ, Mappe 151 (1629), no. 7. Punkt 4 des Abkommens vom 3. Oktober 1629 setzte den Pauschalbeitrag der Zürcher Kaufleute auf jährlich 100 Taler fest.

141) SAZ, Mappe 151 (1624), no. 5

Nach einer Aufstellung vom 7. März 1624 waren 26 Zürcher Kaufleute Mitglieder des St. Galler Ordinari.

142) SAZ, Mappe 151 (1628), no. 8. Vertrag vom 6. Okt. 1628, ebenso vgl. Rüeger, J. J.: Chronik der Stadt und Landschaft Schaffhausen, Schaffhausen 1892, Bd. II, S. 893

14. Die Monopolstellung der eidg. Kaufleute in Frankreich

Die eidg. Kaufleute hatten im Ein- und Ausfuhrhandel mit Frankreich eine Monopolstellung erlangt, wie auch ein großer Teil des Transit-handels mit dem Reich in ihren Händen lag. Die Einfuhren nach Frankreich überwogen dabei bei weitem die Ausfuhren, wodurch für die französische Krone eine aktive Handelsbilanz, ein Hauptpostulat des Merkantilismus, gegenüber der Eidgenossenschaft nicht gegeben war. Hinzu trat der Umstand, daß die französischen Exporte überwiegend aus Wein, Safran, Farbstoffen, Öl und einigen wenigen Manufakturwaren bestanden, während die eidg. Kaufleute in erster Linie Manufakturwaren nach Frankreich einfuhrten, was einen weiteren Verstoß gegen die merkantilistische Theorie bedeutete. Wert und Umfang der eidg. Einfuhren nach Lyon und damit nach Frankreich lassen sich zahlenmäßig nur indirekt ermitteln. Die Grundlage zu ihrer Rekonstruktion bildet das Ballengeld, das die St.Galler Kaufleute von 1617 bis 1627 ununterbrochen an ihre Ordinarikasse einzahlten und dessen Höhe genau bekannt ist¹⁴³⁾. Für den Zeitraum von 10 Jahren oder 40 Messen ergibt sich aus den Ordinaribüchern eine Einfuhr von 29068 Ballen¹⁴⁴⁾. Setzt man den Wert eines Warenballens mit 100 Kronen (écu d'or) an, und wie in den Rechnungsbüchern der Kaufleute, den Wechselkurs der Krone mit drei livres fest, dann betrug der Wert der von 1617 bis 1627 durch die St.Galler Kaufleute eingeführten Waren 8720400 livres tournois, was einer durchschnittlichen Jahreseinfuhr im Wert von 872040 livres entspricht¹⁴⁵⁾. In verschiedenen zeitgenössischen Briefen und Urkunden wird behauptet, die St.Galler Kaufleute hätten die Hälfte des gesamteidg. Handels mit Frankreich abge-

143) SAZ, Ordinaribuch, a.a.O., Bd.I und II

144) Von der Heiligenmesse 1617 bis zur Augustmesse 1627

145) SASG, Faszikel XIV, Mappe 12, no.b

Instruktion vom 11. März 1622 für die Gesandtschaft. Ludwig XIII. sollte gebeten werden, den Kaufleuten die Ausfuhr von 100 Kronen pro eingeführten Warenballen zu gestatten, obgleich der Erlös höher lag.

wickelt¹⁴⁶⁾. Bei Zugrundelegung dieser Behauptung, für deren Richtigkeit vieles spricht, hat die gesamte Einfuhr der eidg. Kaufleute jährlich 1744080 livres betragen. Bei diesen Zahlen muß noch berücksichtigt werden, daß die Wertangabe von 100 Kronen pro Warenballen bestimmt zu niedrig angesetzt worden war, da sie als Grundlage für die teilweise Lockerung der Ausfuhrsperrre für Geld dienen sollte. Ebenso ist als sehr wahrscheinlich anzunehmen, daß auch die Zahl der angegebenen Warenballen unter der tatsächlichen Höhe lag, da sich nach ihrer Anzahl der Beitrag an die Ordinarikasse errechnete. Trotz der nur ungefähren Werte ergibt sich ein imponierendes Bild vom Umfang der Wareneinfuhr nach Frankreich, die durch die eidg. Kaufleute getätigt wurde. Die Größe der Zahlen macht verständlich, warum die französischen Finanzbehörden und Zollpächter die Handelsvorrechte der Eidgenossen nur widerwillig anerkannten und berücksichtigten, warum die Herrscher ihre Lettres Patentes in einem verschiedene Interpretationen zulassenden allgemein gehaltenen Text abfaßten und es immer wieder unternahmen oder stillschweigend duldeten, daß der Versuch gemacht wurde, die Freiheiten der eidg. Kaufleute einzuschränken.

146) Vgl. Burckhardt, Paul: Geschichte der Stadt Basel von der Reformation bis zur Gegenwart, Basel, 1942, S.48 f
Die Behauptung wurde von den Zürcher und Schaffhauser Kaufleuten in den Jahren 1602 und 1604 aufgestellt. Das Verhältnis hat sich sicher später zu Gunsten der übrigen eidg. Kaufleute verschoben, da die Zürcher und Basler Manufakturen im Aufschwung begriffen waren und ihr Export dementsprechend zunahm.

ANHANG I

In einem durch die französische Regierung abgefangenen Schreiben des bernischen Gesandten in Paris, Hans Rudolf von Erlach, an General Wyss in Bern, vom 20. August 1615 heisst es u.a.:

"Dess Herren Geuatters schryben uss Bern den 24 Junij hab ich den 27 Julij abgeflossen empfangen vnd darauss etliche Puncten gefasset, fürnemlich aber des Ambassadors von Castilles Verrichten zu Bassel, da er nemlich für das ein die Basilienses wegen dess Wucher Mandats gleich wie die von Solothurn wider m. gn. Herren verhetzet vnd dasselbig klagen wöllen, welches dem Castilles nit soll vergessen pleiben, sonder soll solches zu syner Zeit dem König geklagt werden. Es ist ein armuthselig Ding, das wir der Ambassadors faule Frücht Inn der Eidtgnoschafft täglich gespüren, das sy anders nicht nützen, als auszespächen, was verhandlet wirdt, vnd Diuisionen vnder vns anzerichten. Gleichwol werden solche Leuth von etlichen auff das Höchst gelobt vnd von dess verfluchten Gelts wegen schier adoriert. Wir sind auff einem Weg, denn mir albereit gepannet, Diewyl die Eidtgnossen Inen nit selbs helfen wöllen, das solches von hinnen beschehen muss, vnd welle den Ambassadors solche Possen machen, das Inen Ir Autoritet gwüss dermalen einist soll diminuiert werden; darzu manglet aber noch Zeit vnd Gedult."

(Kantonsarchiv Basel, Abschiedeband 1614 und 1615)

ANHANG II

Anfang Juni 1621 meldeten die in Lyon ansässigen St. Galler Kaufleute, daß von ihnen ein Geschenk an das Armenspital der Stadt erwartet werde, da die deutschen Kaufleute, die mit vier Handelshäusern in Lyon vertreten waren, bereits 3000 livres gespendet hatten. Ursprünglich hatte die Absicht bestanden, an das Spital einen kleineren Bau anfügen zu lassen, für den die eidg. Kaufleute in Lyon 10000 livres aufbringen wollten. Da aber nur noch ein größeres Gebäude benötigt wurde, dessen Baukosten sich auf 18000 livres stellten, wurde der Plan fallen gelassen, da man nicht soviel Geld ausgeben wollte. Es wurde in Vorschlag gebracht, ein gut rentierendes Haus in der Stadt für 10000 livres zu kaufen und es dem Spital zu vermachen. Die Kaufmannschaft in St. Gallen entschied jedoch, daß ein Betrag von 6000 livres genüge, der durch das Ballengeld aufgebracht werden sollte. Das Geld war nicht in einem Grundstück anzulegen, sondern in die Ordinarikasse einzubringen und mit 5 % p. a. zu verzinsen. Die 300 livres Zins sollten dem Spital jährlich ausgezahlt werden unter der Bedingung, daß es der Armenpflege diene. Sollte es in ein Kloster umgewandelt werden, dann waren die Zahlungen einzustellen, doch wurde ausdrücklich befohlen, diesen Vorbehalt so geschickt abzufassen, daß das Wort "Kloster" nicht erwähnt wurde, um Unannehmlichkeiten zu vermeiden.

(SAZ, Mappe 151 (1621), no. 9, Brief vom 16. Juli 1621)

In den folgenden Jahren wurde dem Spital nie die volle Summe von 300 livres ausgezahlt, sondern meistens ein Betrag von 220 livres, Es ist anzunehmen, daß die übrigen eidg. Kaufleute für den Rest der Zahlung aufkamen.

(SASG, Ordinaribuch, a. a. O., Bd. II)

Kapitel VI

DIE EINGRIFFE DES FRANZÖSISCHEN FISKUS IN DIE HANDELSFREIHEITEN DER EIDG. KAUFLEUTE 1630 BIS ZUM TARIF COLBERTS, 1664

Die Finanzierung der Politik Richelieus beanspruchte ungeheure Summen, deren Aufbringung die größten Anforderungen an die finanzielle Kraft Frankreichs stellte. Der Fiskus ging dazu über, immer neue Zölle und Steuern zu schaffen, um dem Staat neue Geldquellen zu erschließen, aber die Ambitionen der Politik standen in keinem Verhältnis zum Stand des Volksvermögens¹⁾. Hinzu kam der Umstand, daß der Wert des Silbers im Verhältnis zu dem des Goldes ständig sank, da das Silber aus den hispano-amerikanischen Minen sich in breitem Strom von Spanien aus über das übrige Europa ergoß²⁾. Diese Verhältnisse machen verständlich, warum die Pachtsumme für die Cinq grosses fermes in knapp 25 Jahren von 995000 livres im Jahre 1611 auf 2,6 Millionen livres im Jahre 1634 anstieg. Die Ungerechtigkeit der Erhebung dieser indirekten Abgaben lag im Pachtsystem selber, denn die Generalpächter waren verständlicherweise bestrebt, die Pachtsumme möglichst schnell wieder einzubringen, so daß die Zölle und Steuern mit Aufschlag vom Generalpächter an die Unterpächter gingen, die ihrerseits die Aufschläge auf den Steuerzahler abwälzten.³⁾ Unter dem Einfluß der frühmerkantilistischen Theorie, deren Hauptvertreter Antoine de Montchrétien zweifellos Richelieu beeinflusst hat, wie aus dem politischen Testament des Kardinals hervorgeht, wandelten sich die Zölle aus rein fiskalischen Abgaben in solche protektionistischer Natur um. Hatte der fiskalische Zoll nur das Ziel, die Einnahmen der Staatskasse zu erhöhen, so lag in der Absicht

1) Vgl. Sée: a.a.O., S. 136

2) Vgl. Levasseur: Histoire du Commerce, S. 325

3) Vgl. Sée: a.a.O., S. 135

des protektionistischen Zolls der Schutz der heimischen Manufakturen und die Ausschaltung der fremden Konkurrenz miteingeschlossen⁴⁾. Alle diese Maßnahmen mußten sich auf den Handel der eidg. Kaufleute mit Frankreich auswirken, und es läßt sich die Beobachtung machen, daß ab 1630 die ständigen Auseinandersetzungen und Prozesse mit den Zollpächtern vor dem Conseil du Roi charakteristisch sind für den Abwehrkampf der Kaufleute in den folgenden Jahrzehnten; die Douanen von Valence und Lyon wurden zum ständigen Gegenstand des Streits zwischen den Kontrahenten.

1. Die Entwicklung der Douane von Lyon

Um den neugeschaffenen Wertzoll von 5 % von allen gold- und silbergewirkten Stoffen und allen Seidenerzeugnissen zu erheben, war die Douane von Lyon 1540 geschaffen worden. 1544 trat eine neue Zollabgabe in Höhe von 2,5 % hinzu, die auf alle in- und ausländischen Waren zu zahlen war, die nach Lyon hineinkamen oder von dort ausgeführt wurden. Ab 1570 wurde von den ausländischen Waren ein Zollsatz von 5 % erhoben und 1585 auf alle diejenigen Transitgüter ausgedehnt, die auf der Rhône transportiert wurden. Die Stadt Lyon selber war der Douane nicht abgeneigt, denn ihr Charakter als kombinierter Grenz- und Binnenzoll, vereint mit der Vorschrift, daß bestimmte Warengattungen nur über Lyon nach Frankreich eingeführt werden durften, veranlaßte die Kaufleute, Lyon aufzusuchen. Die spätere Entwicklung sollte aber zeigen, daß die Bedeutung Lyons als Handels- und Messestadt an dieser Einrichtung und der Douane von Valence zugrunde gehen sollte. Die der Stadt 1463 verliehenen Messprivilegien, die den Kaufleuten volle Zollfreiheit während der Messe zusicherten, hatten aus ihr ein Handelszentrum von europäischer Bedeutung geschaffen. Die neugeschaffenen Zollstationen hingegen waren

4) Vgl. Nogaro, Bertrand: Le Régime douanier de la France, Paris 1931, S. 14

ein empfindlicher Eingriff in die Rechte der Kaufleute, da sie die Zölle auch während der Messe erhoben. Ab 1602 gingen die Zollpächter dazu über, auch außerhalb der Stadt neue Zollstationen zu errichten, um den Warenverkehr besser überwachen zu können und den Schmuggel zu unterbinden. Im gesamten südöstlichen Gebiet Frankreichs, von Avignon bis Chalons s/Saône, entstand ein Relais von Zollstationen, an denen die Import-, Export- und Transitzölle gezahlt werden konnten. Wenn durch dieses System auch die Warenzüge besser erfaßt werden konnten, so waren die Frachtführer andererseits nicht mehr gezwungen, ihren Weg über Lyon zu nehmen. Die Errichtung eines Netzes von Zollstationen, an denen die Gebühren der Douane von Lyon erhoben wurden, nahmen diesem Zoll seinen lokalen Charakter und machten aus ihm eine Kollektivbezeichnung für alle Zollämter, an denen die "Douane de Lyon" erhoben wurde. In diesem Sinn ist auch die Douane von Lyon in den Zollpachtverträgen zu verstehen.

Lyon verspürte bald die Auswirkungen der ungünstigen Entwicklung. Bedeuteten die vielen Zollstationen für den Transport insofern eine Erleichterung, als der Umweg über Lyon nicht mehr genommen werden mußte, so war sie für die Stadt mit einem erheblichen Ausfall an Einnahmen verbunden. Schon frühzeitig erhob der Rat der Stadt vor dem Conseil du Roi Klage gegen die Neuerungen der Zollpächter, wobei er von sämtlichen ausländischen Kaufleuten der Stadt unterstützt wurde, obgleich weder die eidg. noch die reichsstädtischen Kaufleute der Douane von Lyon unterworfen waren. Das Urteil des Conseil du Roi vom 10. März 1612 fiel zwar zu Gunsten der Stadt aus, indem es bestimmte, daß alles beim alten belassen werden sollte, hatte aber wie so oft keinerlei praktische Auswirkungen, da die Zollpächter einfach das Urteil ignorierten und in der Errichtung neuer Zollämter (bureaux obliques) fortfuhren⁵⁾. Die Douane von Lyon

5) Vgl. Charléty: a.a.O., S. 493

Für Seide und Seidenerzeugnisse blieb die alte Bestimmung in Kraft, daß ihre Verzollung nur in Lyon vorgenommen werden durfte.

breitete sich nach und nach über die Gebiete der Champagne, der Picardie und der Bourgogne aus, so daß gegen Ende des 17. Jahrhunderts 167 Zollämter der Douane von Lyon bestanden⁶⁾. Die Pacht der Douane von Lyon war unter Ludwig XIII. mit derjenigen der Cinq grosses fermes vereinigt worden und an den gleichen Generalpächter vergeben. Ausgenommen blieben nur die drei alten Exportabgaben (haute-passage, rêve und imposition foraine) auf die unmittelbar von Lyon aus exportierten Güter. Die drei alten Zölle waren von der Stadt 1555 gegen Zahlung einer Pauschalsumme von 2500 livres jährlich erworben worden und wurden von ihr in eigener Regie erhoben⁷⁾. Seit 1563 bestand in Lyon ein besonderes Gericht, das für die Prozesse zwischen den Kaufleuten und den Pächtern der Douane von Lyon zuständig war und gegen dessen Urteile an das Parlament von Paris appelliert werden konnte⁸⁾. Bemerkenswert an der gesamten Einrichtung der Douane von Lyon war der Umstand, daß sie in krassem Widerspruch zur merkantilistischen Wirtschaftspolitik stand. Wohl war sie aus den protektionistischen Überlegungen Franz I. entstanden, der sie zum Schutz der jungen französischen Seidenmanufaktur geschaffen hatte, aber ihre spätere Entwicklung verdankte sie rein fiskalischen Grundsätzen, denn erstens wurde sie auf heimische und ausländische Waren gleichermaßen erhoben und zweitens waren ausländische Waren ihr nicht unterworfen, wenn sie von privilegierten Kaufleuten eingeführt wurden.

6) Vgl. Charléty: a.a.O., S. 499

7) Vgl. S. 90f. und 104

Seit der Réappreciation von 1581 betrug die Pauschalsumme jährlich 3500 livres

8) Vgl. Charléty: a.a.O., S. 506

Die "Juges establys par le Roy pour le fait des Douannes à Lyon" setzten sich zusammen aus dem Trésorier de France, dem Seneschall von Lyon und seinem Stellvertreter und dem Maître des ports et passages und dessen Stellvertreter.

2. Die Entwicklung der Douane von Valence

Eine ähnliche Entwicklung machte die Douane von Valence durch, die sich dadurch ebenfalls zu einem schweren Hindernis für den Handelsverkehr auswachsen sollte. Ursprünglich dazu errichtet, den Betrag von 20000 Kronen für ein Lösegeld aufzubringen, blieb sie nach Eingang dieser Summe weiter bestehen und wurde erst 1611 aufgelöst⁹⁾. Der Gouverneur der Dauphiné, Lesdiguières, rief sie 1621 wieder ins Leben, wobei er den früheren Zollsatz von 2,5 % des Wertes auf 5 % heraufsetzte. Gleichzeitig wurde ihre Anwendung nicht mehr nur auf die Waren beschränkt, die im Transit durch die Provinz gingen, sondern sie wurde auf alle Güter ausgedehnt, die in die Dauphiné eingeführt wurden oder diese verließen, gleichgültig, ob es sich dabei um heimische oder fremde Erzeugnisse handelte. Nach dem Beispiel des Pächters der Douane von Lyon ging auch der Pächter der Douane von Valence daran, im gesamten Gebiet der Dauphiné seine Zollstationen zu errichten. Die Erregung über diese Maßnahme war so groß, daß es zu einem bewaffneten Volksaufstand kam. Lyon stand an der Spitze der Protestierenden und nach langen Verhandlungen am Hof wurde die Douane von Valence 1624 aufgehoben, nachdem die Dauphiné wie Lyon in die Erhöhung der Salzsteuer (Gabelle du sel) eingewilligt hatten. Die Ruhe war aber nur von kurzer Dauer, denn ein königliches Edikt restituierte sie im April 1626 wieder, wobei die Erhöhung der Salzsteuer nicht rückgängig gemacht wurde. Hatte die Douane von Valence bis 1624 nur den Handelsverkehr mit der Dauphiné betroffen, so wurde sie nun auf sämtliche Waren ausgedehnt, die auf ihrem Weg die Rhône berührten. Die alten Außenzollämter wurden wieder in Betrieb genommen und vermehrt, so daß alle Wege nach Lyon durch Zollstationen blockiert waren, was sofort einen starken Rückgang des Messebesuches zur Folge hatte. Alle Protestaktionen gegen die Douane von Valence hatten dieses Mal keinen Erfolg, vielmehr wurde der Pachtzins von 40000 livres im Jahre 1626 auf

9) Vgl. S.149

210000 livres im Jahre 1629 erhöht¹⁰⁾. Die Douane von Valence war wie die von Lyon ein echter Fiskalzoll, der nicht nur den Handel allgemein behinderte, sondern auch die Produktion der heimischen Seidenmanufakturen erheblich verteuerte. Die Seidenprodukte Lyons wurden zur Veredelung nach Gex und Bugey gebracht, da die dortigen Arbeitskräfte wesentlich billiger waren, hatten aber auf ihrem Weg von und nach Lyon die Douane von Valence zu passieren, die auf die gleichen Waren den Zoll zweimal erhob. Die dadurch entstehende Verteuierung der Lyoner Seide machte diese weniger konkurrenzfähig¹¹⁾.

3. Der Prozeß gegen die Douane von Valence, 1630

Für die eidg. Kaufleute hatten beide Douanen bereits wiederholt Anlaß zu Auseinandersetzungen gegeben, aber diese waren meistens auf privatem Weg beigelegt worden. Es gelang ihnen immer wieder, ihren alten Freiheiten Achtung zu verschaffen, wobei sich die Erneuerung des Patents vom 4. Mai 1622 günstig auswirkte¹²⁾. Die starke Erhöhung des Pachtzinses in den Jahren 1624 bis 1629 mußte aber die Pächter zu dem Versuch veranlassen, die Zölle auch auf die bevorrechteten ausländischen Kaufleute auszudehnen, deren Rechte auch den französischen Kaufleuten ein Dorn im Auge sein mußte und sie neidisch auf ihre glücklicheren Konkurrenten blicken ließ. Charles

10) Vgl. Charléty: a.a.O., S.497

Dem Pächter der Douane von Valence gehörte auch die Pacht der Gabelle du sel in den Provinzen Languedoc, Dauphiné und Provence.

11) SASG, Faszikel XV, Mappe 16, no.z 19

Remontrance des Vorstehers der Kaufleute und der Konsuln der Stadt Lyon vom 4. August 1632 an den König.

12) SAZ, Mappe 151 (1622), no. 18

Mémoire vom 24. Februar 1622. Im Februar 1622 war in Anthon, das zur Douane von Valence gehörte, eine Warenladung beschlagnahmt worden, die deutschen und eidg. Kaufleuten gehörte. In ihrem Namen verhandelte Benedikt Zollikofer mit dem Gouverneur der Dauphiné, um die Aufhebung der Beschlagnahme zu erwirken.

Ferron, der Beauftragte des Generalpächters Théophil Berthouin forderte 1630 als Verwalter der Douane von Valence von den eidg. Kaufleuten die Zahlung der Zollsätze für ihre Import- und Exportwaren wie für den Transitverkehr. Die Verweigerung der Zahlung hatte seitens des Verwalters die Beschlagnahme der Waren zur Folge. Durch ihre Erfahrungen gewitzigt, hielten es die Kaufleute für ratsam, gemeinsam ihre Interessen zu vertreten und aus ihrer Mitte Bevollmächtigte zu bestellen. Aufgabe der Bevollmächtigten war, als Sprecher der Kaufleute alle notwendigen Schritte und Rechtshandlungen im Namen der gesamten eidg. Kaufmannschaft einzuleiten, wobei ihre Unkosten und Zeitverluste aus der Ordinarikasse gedeckt wurden. Im Oktober und November 1630 wurden durch den königlichen Notar in Lyon, im Auftrag der dortigen St.Galler Handelshäuser, drei derartige Vollmachten ausgestellt¹³⁾. Bereits am 10. November 1630 wurde durch Johann Rudolf Baumgartner wegen in Cerdon beschlagnahmter Waren, die St.Galler und Bündner Kaufleuten gehörten, beim Gericht in Vienne Klage eingereicht¹⁴⁾. Das Gericht entschied, daß bis zur endgültigen Beurteilung des Streitfalls durch den Conseil du Roi der Zollpächter sich aller Übergriffe auf die Rechte der Kaufleute zu enthalten habe; der Entscheid deutete aber bereits an, daß sich die Kaufleute auf einen langen und kostspieligen Prozeß vor dem Conseil du Roi gefaßt zu machen hatten.

Im Januar 1631 begannen die Verhandlungen vor dem Conseil du Roi, wo die klagende Partei durch den Pariser Anwalt Michel Vacon

13) SAZ, Mappe 152 (1630), no.160 vom 2. November 1630 und no.162 vom 3. Oktober 1630

Die Bevollmächtigten, Johann Rudolf Baumgartner, Georg Gmünder und Anton Locher von St.Gallen, führten die Amtsbezeichnung "procureur général et special des marchans de la mesme nation suisses, négocians en France."

14) SAZ, Mappe 152 (1630), no.163
Requête vom 10. November 1630

vertreten wurde. Im Namen seiner Mandanten, der eidg. Kaufleute von Lyon, forderte Vacon die Rückerstattung aller ihnen bisher entstandenen Kosten und die Vergütung der Prozeßspesen durch den Generalpächter¹⁵⁾. Vacon berief sich bei seinem Antrag auf das Patent Ludwigs XIII. vom 4. Mai 1622, durch welches der König die Artikel des Ewigen Friedens von 1516 anerkannt hatte. Berthouin hingegen stützte sich auf seinen Pachtvertrag und führte aus, daß die Anerkennung der alten Freiheiten der eidg. Kaufleute den französischen Handel schwer schädigte. In seiner Replik wies Vacon darauf hin, daß dieses Argument dem Generalpächter nicht das Recht gebe, sich Übergriffe zu gestatten, da Staatsverträge den Vorrang vor Privatinteressen besitzen müßten. Der Prozeß wurde nach Einvernahme des Zollpächters nicht weitergeführt, so daß im April 1631 in St. Gallen beschlossen wurde, einen Bevollmächtigten nach Paris zu entsenden, der den Prozeß voranzutreiben und zu einem positiven Abschluß zu bringen hatte. Zum Träger dieser Mission wurde Junker Hans Jakob Schobinger ernannt, der mit einem Empfehlungsschreiben der XIII Orte versehen, im Mai 1631 in Paris eintraf¹⁶⁾. Mitte Mai war der Conseil du Roi wieder zusammengetreten und Schobinger schien die Gelegenheit günstig, einen "Arrêt de caution" zu fordern¹⁷⁾. Die Verhandlungen zogen sich aber schleppend dahin und die Hoffnung zerschlug sich, der Conseil werde den Prozeß dem Parlament von Grenoble zur Weiterführung übertragen, das der Sache der Kaufleute günstiger gesinnt war. Schobinger berichtete nach St. Gallen, und von dort gingen die Beschwerden an die Tagsatzung

15) SAZ, Mappe 152 (1631), ohne no.

Brief Vacons vom 28. Januar 1631. Vacon vertrat außer den St. Galler Kaufleuten noch Schaffhauser und Basler Handelshäuser. Die beklagte Partei war "Maistre Théophile Berthouin, fermier de la nouvelle douane de Valence, et maistre Ferron qui le représente depuis 10 ans qu'il tient ladite ferme."

16) Hans Jakob Schobinger, 1606 bis 1678

17) Durch den Arrêt de caution wurde die Zollbefreiung gegen Stellung von Kautio bis zur Urteilsverkündung aufrechterhalten.

mit der Bitte um Unterstützung weiter. König Ludwig XIII. antwortete zwar auf ein Interventionsschreiben der Eidgenossenschaft vom Juli 1631 äußerst freundlich, aber eine Beschleunigung des Verfahrens hatte die königliche Antwort nicht zur Folge¹⁸⁾. Am 11. Juni 1632 wurde endlich das Urteil des Conseil verkündet, das die Zollvorrechte der eidg. Kaufleute aus dem Ewigen Frieden anerkannte und den Generalpächter zur Freigabe der beschlagnahmten Waren und zur Rückzahlung der zwangsweise erhobenen Gebühren verurteilte, über die von den eidg. Kaufleuten Quittungen beigebracht werden konnten¹⁹⁾. Dem Urteil fehlten zur Rechtsgültigkeit aber noch das königliche Siegel und die Unterschrift des Kanzlers²⁰⁾, weshalb Schobinger und Vacon sofort nach Reims, dem Aufenthaltsort de l'Aupespine's reisten, der aber dort kein großes Siegel zur Hand hatte, so daß sie mit ihm nach St. Ménéhould reisen mußten, wo das Urteil endlich ordnungsgemäß unterschrieben und gesiegelt werden konnte. Schobinger hatte nun noch die Aufgabe, das Urteil in Paris beim Parlament, bei der Cour des Aides und der Cour des Comptes eintragen zu lassen. Ende Juni 1632 hatte er seinen Auftrag zufriedenstellend erledigt und konnte nach fast 13-monatigem Aufenthalt in Frankreich die Heimreise antreten²¹⁾.

Der Generalpächter war nicht gewillt, sich vollständig dem Urteil zu unterwerfen. Zwar mußte Ferron zunächst darauf verzichten, den Einfuhrzoll auf Waren zu erheben, die durch die eidg. Kaufleute eingeführt wurden und über Anthon gingen, aber er verlangte nach wie vor die Zahlung des Zolls der Douane von Valence für Export-

18) SAZ, Mappe 152 (1631), no. 172

Antwortschreiben Ludwigs XIII. vom 27. August 1631

19) SAZ, Mappe 147 (1632), no. 9

Urteil des Conseil du Roi vom 11. Juni 1632

20) Charles de l'Aupespine-Châteauneuf, Kanzler und Siegelbewahrer von 1630 bis 1633

21) SAZ, Mappe 152 (1632), ohne no.

Bericht und Abrechnung Schobingers vom Juli 1632 aus Paris. Die Kosten des Aufenthalts inklusive Prozeßkosten betrugen 7631, das Honorar für Vacon 1706 livres.

güter, die von Lyon aus in die Eidgenossenschaft eingeführt wurden. Anfang August 1632 hatten sich Kaufleute geweigert, die geforderten Zollgebühren zu zahlen, was Ferron damit beantwortete, daß er für eine Zollforderung von 40 livres für drei Fässer und einen Ballen Kupfer, von letzterem zwei Doppelblätter beschlagnahmen ließ. Am 12. August 1632 begab sich Anton Locher als Bevollmächtigter der eidg. Kaufleute nach Anthon, um den Zollverwalter schriftlich aufzufordern, die beschlagnahmten Waren herauszugeben²²⁾. Nachdem Ferron diesen Antrag abgelehnt hatte, reichte Locher seine Klage gegen diesen schriftlich ein²³⁾. Am 23. August wurden an der Zollstelle Bugey 19 Warenballen eidg. Kaufleute beschlagnahmt, was Locher ebenfalls mit einer *Sommation* beantwortete. Diese Vorfälle, die eine eklatante Mißachtung des vom Conseil du Roi erst am 11. Juni gefällten Urteils darstellten, veranlaßten die Kaufleute, sich beschwerdeführend an den Conseil zu wenden²⁴⁾. Im September 1632 bestätigte der Conseil du Roi nochmals ausdrücklich sein Urteil vom Juni des gleichen Jahres, unterließ es aber entgegen dem Ersuchen der Kaufleute, dem widerspenstigen Pächter mit schweren Geldstrafen zu drohen, falls er weiterhin den Gerichtsentscheid mißachten sollte²⁵⁾. Um das Urteil der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen, wurde es auf Veranlassung der Kaufleute durch eine Gerichtsperson in den Zollstationen Cerdon, Nantua, Belley, Anthon, St. Rambert und Vienne vorgelesen, was aber die Zollbeamten keineswegs beeindruckte²⁶⁾. In Martinat wurden am 6. November für einen Warenzug von 29 Maultie-

22) Vgl. Esmain: a.a.O., S.403

Die schriftliche Aufforderung (*Sommation*) ging der Einleitung des Prozeßverfahrens voraus.

23) Bei Ablehnung der *Sommation* erfolgte die Protestation. Beide Schritte wurden gerichtlich beglaubigt und dienten als Unterlagen im Prozeß.

24) SAZ, Mappe 152 (1632), no.190

Requête vom August 1632

25) SAZ, Mappe 152 (1632), no.192

Urteilsbestätigung des Conseil du Roi vom 24. September 1632

26) SAZ, Mappe 152 (1632), no.193

Öffentliche Bekanntmachung vom 22. Oktober 1632

ren, die mit 59 Warenballen beladen waren, die Exportabgaben gefordert, und auf die Zahlungsverweigerung hin 6 Warenballen konfisziert, die trotz Lochers Sommatation nicht freigegeben wurden²⁷⁾.

Locher erbat den Beistand des Syndicus der Provinz Bugey, der am 7. November mit einem Berittenen und 18 Fußsoldaten in Martinat erschien, den Raum, in dem die konfiszierten Güter lagerten, aufbrechen ließ und sie den Kaufleuten wieder zur Verfügung stellte. Die Zollbeamten protestierten heftig gegen diese Aktion und erklärten, auf Befehl des Generalpächters in Zukunft dennoch die Waren der eidg. Kaufleute der Verzollung zu unterwerfen²⁸⁾. Auch ein Erlaß des Lieutenant général des Distrikts von Bresse vom 27. November 1632 konnte den Starrsinn der Zollbeamten nicht brechen; sie waren jetzt nur darum besorgt, daß sich der Vorfall vom 7. November nicht mehr wiederholen konnte²⁹⁾. Im Dezember erhielten sie die Nachricht, daß ein Warentransport mit 50 Maultieren auf dem Weg zur Zollstation sei, und um diesen zur Verzollung der mitgeführten Waren zu zwingen, wurden etwa 50 Zollangestellte anderer Stationen sowie die Gardes de sel in Martinat zusammengezogen. Der Zug wurde in Martinat angehalten und sollte aus Sicherheitsgründen nach Vienne zur Verzollung eskortiert werden. In ihrer Not wandten sich die Kaufleute mit einer dringenden Eingabe an den Gouverneur der Provinzen Bourgogne, Berry, Bresse, Bugey, Gex und Charolais, den Prinzen von Condé³⁰⁾, der Ferron als den Vertreter des Generalpächters nach Bourges zum Verhör beorderte³¹⁾. Condé entschied am 17. Dezember 1632, daß der ganze Streit dem Conseil du Roi nochmals zu unterbreiten sei, befreite aber die Kaufleute im gesamten Gebiet seines Gouvernements

27) SAZ, Mappe 152 (1632), no. 195

Sommatation Lochers vom 6. November 1632

28) SAZ, Mappe 152 (1632), no. 196

Protokolle vom 7. und 8. November 1632

29) SAZ, Mappe 152 (1632), no. 203

Protokoll vom 27. November 1632

30) Henri II. de Bourbon, Prince de Condé (1588 bis 1646)

31) SAZ, Mappe 152 (1632), no. 201

Bittschrift an Condé mit Antwort vom 13. Dezember 1632

von der Zahlung der strittigen Zölle bis zur endgültigen Urteilsfindung des Conseil. Den Zollbeamten wurde bei Zuwiderhandlung eine Geldstrafe von 10000 livres angedroht und der königliche Statthalter erhielt den Befehl, die Beachtung des Entscheids zu überwachen. Entgegen allen erhaltenen Anordnungen wurden aber bereits im Januar 1633 wieder Warenzüge zur Verzollung angehalten, und Berthouin errichtete zur besseren Überwachung der Straßen neue Zollstationen in der gesamten Provinz³²⁾. Gegen diese Maßnahmen protestierten die Kaufleute erneut, mußten sie doch befürchten, daß die Vermehrung der Zollbüros neue Komplikationen und Behinderungen ihres Handels mit sich bringen werde. Durch gerichtlichen Entscheid wurde aber das Recht des Zollpächters, beliebig viel Zollstationen zu eröffnen, festgestellt, jedoch wurde ihm zur Bedingung gemacht, daß daraus der Gegenpartei keine Nachteile erwachsen durften. Eine endgültige Lösung dieser Streitfrage sollte erst nach dem in naher Zukunft zu erwartenden Urteil des Conseil du Roi gefunden werden. Die beiden vorangegangenen Urteile des Conseil waren für die Kaufleute so günstig ausgefallen, daß sie ohne weiteres annehmen durften, auch das dritte Urteil werde ihnen recht geben. Vorsichtshalber schlossen sie aber mit ihrem Anwalt Vacon einen Vertrag, der diesem als Erfolgshonorar die Hälfte der Summe zusicherte, die der Zollpächter bei einem für ihn verlorenen Prozeß den Kaufleuten zurückzuzahlen hatte; ging der Prozeß hingegen für sie verloren, so sollte auch Vacon leer ausgehen. Das in Aussicht stehende Erfolgshonorar muß Vacons Tatkraft erheblich angestachelt haben, denn bereits am 30. März 1633 fällte der Conseil du Roi sein Urteil. Berthouin verlor auch den dritten Prozeß und wurde nochmals zur Rückzahlung der bereits erhobenen Zollbeträge verurteilt. Durch einen ergänzenden Gerichtsentscheid

32) SAZ, Mappe 152 (1632), no. 202

Befehl Condés vom 17. Dezember 1632. Dem Prince de Condé wurden nach Erlass seines Befehls 50 "Bomeranzen" verehrt. Der Syndicus der Provinz Bugey erhielt für seine Bemühungen "100 Citronen und 200 schön Bomeranzen", die auf Kosten der Ordinarikasse gekauft wurden.

vom 23. März 1634 befahl der Conseil Berthouin die Zahlung der Gerichtskosten in Höhe von 5699 livres. Alle drei Urteile wurden auf Veranlassung der Kaufleute in Grenoble im Parlamentsregister der Dauphiné und in Dijon im Register des Parlaments der Bourgogne eingetragen. Die Eintragungen erfolgten aus dem sicheren Gefühl heraus, daß in naher Zukunft die Hilfe der beiden höchsten Gerichte dieser Provinzen benötigt werden würde, denn die ersten Anzeichen einer kommenden Auseinandersetzung mit der Douane von Valence kündigten sich bereits an³³⁾.

4. Die Auswirkungen der Neufassung des Artikels VI im Pachtvertrag der Douane von Valence von 1633

Die Pacht der Douane von Valence war am 16. Juni 1633 von Berthouin auf Louis Lucé übergegangen, der ihre Verwaltung ebenfalls in die bewährten Hände Ferrons legte. Es stellte sich bald heraus, daß Lucé in seinen Pachtvertrag einen neuen Artikel hatte aufnehmen lassen, der die Zollvorrechte der eidg. Kaufleute ausdrücklich auf diejenigen Waren beschränkte, die in der Eidgenossenschaft produziert wurden. Eine weitere Neuerung war das Recht des Generalpächters, bei der Zollabfertigung eine genaue Deklaration nach Menge und Qualität der zur Verzollung gelangenden Waren verlangen zu dürfen. Durch diese neue Vorschrift sollte verhindert werden, daß die Verzollung, wie bis

33) SAZ, Mappe 154 (1634), no. 154

Gerichtsentscheid vom 23. März 1634. Die Rückzahlung der widerrechtlich seit 1629 erhobenen Zollbeträge war bis März 1634 noch nicht erfolgt. Es wurde eine Kontrolle der verschiedenen Zollstationen angeordnet, um die Beträge feststellen zu lassen, jedoch wurde die Buchprüfung verschleppt. Ob eine Rückzahlung jemals erfolgte, geht aus den Ordinaribüchern nicht hervor.

Die Bezahlung der Prozeßkosten durch Berthouin hatte innerhalb von vier Monaten zu erfolgen, andernfalls eine gerichtliche Pfändung vorgenommen werden sollte. Anscheinend konnte das Urteil aber nicht gegen Berthouin selber, sondern nur gegen seine Angestellten vollstreckt werden, bei denen nicht viel zu holen war. Aus den Urkunden geht nicht hervor, daß es zur Zahlung kam.

dahin üblich, nach der dem niedrigsten Zollsatz unterliegenden Warengattung pauschal erfolgte. Es war Lucé auf seinen Wunsch bestätigt worden, daß alle Urteile der Provinzparlamente und Erlasse der Gouverneure, die zu seiner neuen Vertragsklausel in Widerspruch standen, aufgehoben und ungültig waren³⁴⁾. Der Vertrag Lucés, der vom Conseil du Roi beglaubigt war, stand in krassestem Widerspruch zu den Urteilen vom Juni und September 1632 sowie vom März 1633, die von der gleichen Behörde in der gleichen Sache gefällt worden waren. Die Folgen der neuen Klausel wurden schon bald spürbar; im Juli 1633 wurde ein Schiff mit eidg. Waren auf der Rhône bei Anthon angehalten³⁵⁾, ebenso am 15. November in Montluel ein aus 120 Maultieren bestehender Warenzug, der auf dem Weg in die Eidgenossenschaft war³⁶⁾. Die angerufenen Parlamentsgerichte in Dijon und Grenoble entschieden die Fälle zu Gunsten der Kaufleute, aber ihre Urteile hatten keine Rechtskraft mehr und die beschlagnahmten Waren blieben auf den Zollstationen liegen³⁷⁾. Im Dezember 1633 kam Noel Brulart de Sillery, Maître des requêtes und Mitglied des Conseil du Roi nach Lyon, um Angelegenheiten der Salzsteuer zu regeln. Da auch Lucé die alte Vorliebe aller Zollpächter hatte, ihre Differenzen von den ordentlichen Gerichten fort vor den Conseil du Roi zu bringen, benutzte er de Sillerys Anwesenheit in Lyon, um die eidg. Kaufleute vor ihm zu verklagen. Lucé behauptete, der Ewige Friede von 1516 habe immer nur für Waren eidg. Ursprungs Gültigkeit besessen und erbot sich, den Beweis zu erbringen, daß die eidg. Kaufleute für Waren anderen Ursprungs stets den Zoll der Douane von Lyon bezahlt hatten. Außerdem erhob er auch wieder die alte Anschuldigung, die Kaufleute mißbrauchten ihre Vorrechte, indem sie in ihrem Namen Waren für Kauf-

34) SASG, Faszikel XI, Mappe 6, no. m

Collation du Bail général des fermes vom 16. Juni 1633

35) SAZ, Mappe 153 (1633), no. 241

Procuration vom 12. Juli 1633

36) SAZ, Mappe 153 (1633), no. 42

Ordonnance vom 15. November 1633

37) SAZ, Mappe 153 (1633), no. 44

Sommatation vom 16. November 1633

leute anderer Nationalität exportierten. Der Anwalt der Kaufleute wies auf die zahlreichen Urteile des Conseil du Roi und der Parlamentsgerichte hin, in denen die Zollvorrechte seiner Klienten immer wieder bestätigt worden waren und forderte die Freigabe des Warenzuges, der in Montluel angehalten worden war, und dessen 120 Maultiere täglich zusammen 120 livres Unterhalt kosteten. Am 13. Dezember 1633 entschied de Sillery, der Streit sei, nun zum vierten Mal, vor den Conseil du Roi zu bringen, befahl aber gleichzeitig die Aufhebung der Konfiskationen und sicherte den Kaufleuten zunächst für die kommenden acht Monate Zollbefreiung zu. Sie mußten sich dafür aber verpflichten, falls das Urteil des Conseil du Roi gegen sie ausfiel, den Zoll für diese acht Monate nachzuzahlen und hatten als Sicherheit zwei Bürgen zu stellen³⁸⁾. Diese Verpflichtung zwang die Kaufleute, unter allen Umständen vor Ablauf der von de Sillery gesetzten Frist eine Entscheidung herbeizuführen. Sie sandten deshalb ihren Lyoner Anwalt Poumier nach Paris, wo er Vacon unterstützen sollte, den Prozeß voranzutreiben, da auch die inzwischen neuerlassene Zolltarifreform zu Meinungsverschiedenheiten führte³⁹⁾.

38) SAZ, Mappe 153 (1633), no. 55

"Acte de Prestation de caution" vom 13. Dezember 1633. Die Bürgschaft leisteten zwei Lyoner Bürger, "Nicolas Allens, marchand drapier, et Pierre Violet, aussi marchand."

39) Vgl. S. 261 f.

In diesem Prozeß wurde am 11. Februar 1635 durch den Conseil du Roi ein Urteil zugunsten der Kaufleute gefällt.

5. Die 3. Revision des französischen Zolltarifs, 1632, und der
Prozeß gegen die Douane von Lyon

Seit der Réappréciation von 1581 waren die Preise weiter gestiegen, so daß der Fiskus 1632 die Zeit für gekommen hielt, einen neuen Zolltarif zu schaffen, der der allgemeinen Teuerung angepaßt war. Mittels dieser Tarifreform war es möglich, den Ertrag der Zölle zu erhöhen, ohne daß zu dem unpopulären Mittel der Einführung neuer Zölle gegriffen werden mußte. Am 14. August 1632 kündete ein Edikt Ludwigs XIII. die Réappréciation an, und im Oktober des gleichen Jahres trat sie in Kraft⁴⁰⁾. Sie betraf sämtliche Zölle der Cinq grosses fermes, also auch die Douanen von Valence und Lyon, die mit ihnen durch den Zollpachtvertrag verbunden waren. Da nach außen hin die Zollerhöhung möglichst wenig in Erscheinung treten sollte, wurde die alte Art der Zollerhebung beibehalten. Die alten Zölle der haute-passage, rêve und imposition foraine wurden deshalb z.B. nach dem Tarif von 1581 eingezogen, doch wirkte sich die Erhöhung von 1632 in der Weise aus, daß vom Differenzbetrag zwischen dem Tarif von 1581 und 1632 16 deniers pro livre oder 6,6 % den alten Zollsätzen zugeschlagen wurden, was zur Folge hatte, daß viele Waren, die bis dahin keinen Zoll gezahlt hatten, durch die Reform von 1632 zollpflichtig wurden. Die neue Zollerhöhung traf auf den erbittertsten Widerstand der Bevölkerung und führte in Lyon zu einem bewaffneten Aufstand gegen die Zolleinnehmer. Der Rat der Stadt wies in zahlreichen Gesuchen auf die Gefahren hin, die Lyon durch die neue Zollerhöhung entstanden, und bat es davon auszunehmen, aber alle Bitten und Proteste waren vergebens. Ludwig XIII. lehnte alle Gesuche der Stadt ab und zwang sie, im Februar 1633 die Réappréciation durchzuführen. Gleichzeitig ging die Generalpacht der Cinq grosses fermes, die die Douanen von Valence und Lyon mit einschloß, an einen neuen

40) Vgl. Levasseur: Histoire des classes ouvrières, a.a.O., Bd. II, S. 287. Der Tarif von 1632 blieb bis zur Reform Colberts von 1664 in Kraft.

Pächter, André de la Fosse, über⁴¹⁾. Die ersten Zusammenstöße mit dem neuen Generalpächter ließen dann auch nicht lange auf sich warten. De la Fosse forderte von den eidg. Kaufleuten die Zahlung der *traite foraine*⁴²⁾ und der *traite domaniale* nach den angehobenen Sätzen von 1632 und kündigte an, daß er ihre Waren den allgemein gültigen Zollsätzen unterwerfen werde. Die Weigerung der Kaufleute, mehr zu zahlen als bisher, hatte zur Folge, daß ihre Waren mit gerichtlichem Beschlag belegt und in den feuchten Kellern der Douane gelagert wurden. Als 18 Ballen Wolle, die auf ihrem Weg von Bern unterwegs völlig durchnäßt worden waren, dort eingelagert werden sollten, was ihren Verlust durch Fäulnis bedeutete, und als eine Schiffsladung eidg. Waren im Hafen von Lyon durch das Hochwasser stark gefährdet war, wandten sich drei Bevollmächtigte der St. Galler Kaufleute am 5. März 1633 im Namen der eidg. Kaufleute von Lyon an de la Fosse und forderten von ihm die Freigabe der zurückgehaltenen Güter, um die drohende Gefahr des Totalverlustes abzuwenden. Ihr Antrag wurde abgelehnt, und da an eine gütliche Einigung nicht mehr zu denken war, wurde der Streitfall vor das Gericht der Douane von Lyon gebracht, die ihn mit Urteil vom 10. März 1633 an den Conseil du Roi verwies⁴³⁾. Bis zur Urteilsfindung durch den Conseil sollten die zurückgehaltenen Waren freigegeben und die Güter der eidg. Kaufleute gegen Stellung von Bürgschaften nach den alten Sätzen von 1581 abgefertigt werden. Der Generalpächter legte gegen diesen Spruch Berufung ein und konnte gleichzeitig vom Conseil du Roi ein Urteil erwirken, ohne daß vorher auch die klagende Partei einvernommen worden war. Die eigenartigen Prinzipien der Rechtsprechung durch den Conseil du Roi zeigten sich deutlich, als am 30. März 1633, demselben Tag, an dem die Kaufleute ihren Prozeß gegen die Douane

41) Vgl. Charléty: a.a.O., S. 495

42) *Traite foraine* war die Globalbezeichnung für die drei alten Zölle der *haute-passage*, *rêve* und *imposition foraine*

43) SAZ, Mappe 147 (1633), no. 21

Gerichtsentscheid vom 10. März 1633. Bei der Verhandlung vor den "Juges de la Douane de Lyon" traten die deutschen und eidg. Kaufleute gemeinsam auf.

von Valence vor dem Conseil gewannen, die gleichen Richter sie im Prozeß gegen die Douane von Lyon zur Zahlung der Réappréciation verurteilten. Allerdings machte das Gericht die Einschränkung, daß nur die 16 deniers pro livre vom Differenzbetrag zwischen den Tarifen von 1581 und 1632 zu zahlen waren, nicht aber auch noch der Betrag des alten Tarifs selber, dem alle Nichtprivilegierten nach wie vor unterworfen blieben⁴⁴⁾. Selbstverständlich weigerten sich die Kaufleute, ein Urteil anzuerkennen, das ohne ihre vorherige Aussage vor Gericht gefällt worden war, und erhoben vor dem Gericht der Douane von Lyon Klage gegen de la Fosse wegen Verletzung des Staatsvertrages von 1516⁴⁵⁾. In der Verhandlung erklärten sie sich bereit, rückwirkend die Beträge der Réappréciation zu zahlen und die Zahlung zu verbürgen, falls der Conseil du Roi in der zweiten Verhandlung und nach ihrer Einvernahme wieder zu Gunsten des Generalpächters entschied. Sollte de la Fosse die Annahme der Bürgschaft verweigern, so waren sie bereit, die Beträge einer neutralen Persönlichkeit bis zur Fällung des Urteils zu treuen Händen zu übergeben. Das Zollgericht von Lyon überwies die neue Klage der Kaufleute wiederum dem Conseil du Roi, wodurch sie gezwungen wurden, bis zur Urteilsfällung die Zölle nach dem neuen Tarif zu zahlen, um die Aufhebung der gerichtlichen Beschlagnahme zu erreichen⁴⁶⁾. Dem Zollpächter genügten aber diese Zahlungen nicht mehr, und er forderte sie auf, auch den Zoll für die Waren zu zahlen, die seit dem 10. März auf Grund der Bürgschaft zollfrei geblieben waren. Auf die Weigerung der Kaufleute, auch noch diese Zollzahlungen zu leisten, ließ er sie als Steuerverweigerer verhaften und in das Gefängnis von Lyon einliefern⁴⁷⁾.

44) SAZ, Mappe 154 (1634), no. 73

Das Urteil stellte fest, daß die deutschen und eidg. Kaufleute zu zahlen hatten, ebenso wie andere privilegierte Personen "les droictz de Nouvelle Reapreciation à Lyon et que les desdicts Suisses et Allemans jouirront de l'exemption des antichs droictz de la douane dudict Lyon ainsi que par le passé a esté."

45) SASG, Faszikel XI, Mappe 6, no. h
Protokoll vom 12. April 1633

46) SAZ, Mappe 153 (1633), ohne no. Protokoll vom 15. April 1633

47) SAZ, Mappe 153 (1633), no. 234, Bericht vom 19. April 1633

Die Gefangennahme war von den Kaufleuten hingegen lediglich als Demonstration gedacht gewesen, denn als ihre Eintragung in die Liste der Gefangenen erfolgen sollte, erklärten sie sich unter Protest bereit, die geforderten Beträge an de la Fosse abzuführen. Für 521 Warenballen, die gegen Bürgschaft frei eingeführt worden waren, hatten sie total 1175 livres rückständigen Zoll zu zahlen⁴⁸⁾. Um wenigstens ihre persönliche Freiheit zu sichern, zahlten sie die neuen Zollsätze, jedoch erfolgte die Zahlung in jedem einzelnen Falle unter Protest, wobei die Beträge in ein besonderes Buch eingetragen und von den Zollbeamten quittiert wurden, um für die zu erwartende Rückzahlung unanfechtbares Beweismaterial zu schaffen⁴⁹⁾. Am 30. März 1633, dem Tag, an dem der Conseil du Roi in der gleichen Frage zwei einander widersprechende Urteile gefällt hatte, lief der Pachtvertrag de la Fosse¹ ab und die Generalpacht ging an Noel de Pars über. De Pars hatte bei Vertragsschluß durchsetzen können, daß der Artikel VI seines Pachtvertrages, der die Vorrechte der Kaufleute regelte, einen Zusatz erhielt. Der neugefaßte Artikel VI stellte ausdrücklich fest, daß in Bezug auf die Réappréciation von 1632 sämtliche Vorrechte außer Kraft gesetzt waren⁵⁰⁾. Die Zollforderungen des Pächters gegenüber den eidg. Kaufleuten waren nun durch seinen Vertrag mit der Krone rechtlich gesichert, wodurch der Prozeß sich zu einer Auseinandersetzung zwischen dem König und der Eidgenossenschaft um die Einhaltung der Artikel des Ewigen Friedens

48) SAZ, Mappe 153 (1633), ohne no.

Folgende Handelshäuser leisteten die Zahlung:

St. Gallen:

Kaspar Schlumpf & Jakob Zily
Tobias und Heinrich Zollikofer & Co.
Joachim Laurentz & David Zollikofer
Wilhelm und Georg Zollikofer & Co.
Heinrich Gonzenbach
Christof Studer & Co.

Schaffhausen:

Bartholomäus Peyer & Co.
Alexander Ziegler & Co.

Basel:

Passavant, Socin & Faesch

49) Die Sätze der Réappréciation waren besonders für den Import von Manufakturwaren sehr hoch.

50) SAZ, Mappe 153 (1633) no. 238
Bericht vom 3. Juni 1633

auswuchs. Die Klugheit gebot jedoch den Kaufleuten, die Auseinandersetzung so zu führen, als sei lediglich durch den Zollpächter das Recht verletzt worden, und nicht den König unmittelbar des Bruches des Ewigen Friedens von 1516 anzuklagen.

Die Zollstationen im Burgund, die ebenfalls de Pars unterstanden, glaubten, gestützt auf die Neufassung des Artikels VI des Pachtvertrages, nun ebenfalls gegen die Kaufleute vorgehen zu können und sie zu zwingen, die erhöhten Einfuhrzölle zu zahlen, von denen sie bisher befreit gewesen waren. Bereits im Mai 1633 wurde ein großer, Basler Kaufleuten gehörender Warenzug konfisziert und erst nach vielen Mühen und Kosten gelang es, nach zweimaliger Intervention des Parlaments von Dijon, die Waren unverzollt aus dem Zolldepot herauszubekommen⁵¹⁾. Unter Berufung auf seinen Vertrag ging de Pars gegen das Urteil des Parlaments von Dijon vor dem Conseil du Roi in die zweite Instanz. Der Pächter ersuchte den Conseil, sein Urteil vom 30. März 1633 dahingehend zu interpretieren, daß die eidg. Kaufleute auch zur Zahlung des neuen Tarifs der "Foraine" verpflichtet seien⁵²⁾. Am 17. September entschied der Conseil du Roi, daß die eidg. Kaufleute der Réappréciation unterlagen, hob das Urteil des Parlaments von Dijon auf und verbot diesem ausdrücklich, in Zukunft zu Gunsten der Kaufleute zu intervenieren⁵³⁾. Trotz dieses Verbots fällte das Parlament am 20. September 1633 ein neues Urteil, das die Kaufleute von der Zahlung der neuen Tarife der foraine und traite domaniale befreite⁵⁴⁾. Mit diesem Spruch standen sich nicht nur die Urteile des Conseil du Roi und des höchsten Gerichtshofes von Burgund diametral gegenüber, sondern auch zwei Urteile des höchsten Gerichts des Königreichs widersprachen sich in derselben Sache.

51) SAZ, Mappe 147 (1633), no. 24

Bericht vom 14. Juli 1633

52) Die Foraine umfaßte alle Ein- und Ausfuhrzölle der Provinzen, die den Cinq grosses fermes angeschlossen waren.

53) SAZ, Mappe 153 (1633), no. 6

Urteil vom 17. September 1633

54) SAZ, Mappe 147 (1633), no. 26

Urteil vom 20. September 1633

Für die Kaufleute bedeutete dieser Zustand, daß sie bei der Wahrung Ihrer Angelegenheiten ein Urteil anerkennen, dem anderen aber die Anerkennung verweigern mußten:

Die Kaufmannschaft von St. Gallen hatte die Entwicklung der Dinge mit Sorge verfolgt und gab nach Lyon den Rat, mit der Wahrnehmung des Prozesses gegen die Douane von Lyon den Lyoner Anwalt Cappus, zusammen mit dem Pariser Anwalt Chappuzeau, zu beauftragen, da der frühere Anwalt der eidg. Kaufleute, Vacon, nicht mehr ihr volles Vertrauen besaß. Gleichzeitig wollten sie sich um Hilfe nachsuchend an die Tagsatzung wenden und dort die Entsendung einer Standesgesandtschaft fordern. Als Sprecher der eidg. Kaufmannschaft trug Junker Hans Anton Zily, Anfang April 1633, der Tagsatzung die Beschwerden der Kaufleute vor⁵⁵⁾:

"Eidgenössische Kauf- und Handelsleute, die ihr Gewerbe in Frankreich betreiben, beklagen sich, daß die Douaniers zu Valence, Lyon und anderen Orten, zweifelsohne wider den Willen des Königs, dem aufgerichteten Bündnis und den erlangten Zollbefreiungen entgegen auf die Güter und Waren, die aus Frankreich in die Eidgenossenschaft gefertigt werden, neue Zölle und Auflagen gesetzt haben, daß sie die Ballen und Waren öffnen und nicht wieder verabfolgen, bis die Kaufleute bezahlt haben, wozu sie mit gewehrter Hand, Ansetzung der Pistolen auf die Brust und Durchsuchung bis auf das Hemd auf freiem Feld auf gewaltsame Weise gezwungen werden." Die von den Kaufleuten erbetteten Intercessionsschreiben an Ludwig XIII., Kardinal Richelieu und den Siegelbewahrer Charles de l'Aupespine wurden bewilligt und im Namen der Eidgenossenschaft ausgefertigt. Die Versammlung beschloß weiter, für den Fall, daß ihre Schreiben erfolglos bleiben sollten, die Entsendung einer Gesandtschaft von zwei Orten beider Religionen an den König, die auf Kosten der Kaufleute reisen sollte⁵⁶⁾. Wie schon

55) EA V, Abt. 2, no. 623, c, Baden, 3. April 1633
(SAZ, Abschiede, Band 145, S. 125)

56) EA V, Abt. 2, no. 623, c, Baden, 3. April 1633
(SAZ, Abschiede, Band 145, S. 125)

so oft, hatten auch dieses Mal die Schreiben der XIII Orte keinerlei Wirkung und in St.Gallen wurde bereits erwogen, die zugesagte Standesgesandtschaft aufzustellen, als verlautete, daß die Eidgenossenschaft selber wegen ausstehender Zahlungen aus Frankreich und anderer Differenzen beabsichtigte, eine Gesandtschaft an Ludwig XIII. abzuordnen. Dieses Vorhaben hätte für die Kaufleute die Entsendung einer eigenen Delegation überflüssig gemacht, da der Vertreter der eidg. Kaufleute sich der politischen Mission anschließen konnte. Hauptmann Daniel Studer erhielt in St.Gallen den Auftrag, in Zürich sofort mit Bürgermeister Bräm und Seckelmeister Salomon Hirzel die Lage zu sondieren und sich anschließend auf die Tagsatzung nach Baden zu begeben. Im Juli 1633 beschloß die Versammlung, "damit man für die ausstehenden Pensionen, Fried- und Vereinungsgelder, die geliehenen Kapitalien und die davon verfallenen Zinsen...auch den Beschwerden der eidg. Kaufleute abgeholfen werden könne... eine ansehnliche Gesandtschaft von sechs Orten, nämlich Zürich, Bern, Luzern, Schwyz, Zug und Basel an den König von Frankreich zu schicken. Der Herzog von Rohan⁵⁷⁾ wird schriftlich ersucht, diese Negociation mit empfehlenden Schreiben bei Hof zu unterstützen. - Der Herzog verspricht hierauf seine besten Officien, ersucht aber, ihm in Bezug auf den begehrten Aufbruch auch zu willfahren und mit der Reise bis in den September zu warten." Den Kaufleuten erteilte die Tagsatzung die Erlaubnis, einen Vertreter zu bestimmen, der mit der Gesandtschaft reisen sollte, und ihre Anliegen "den Gesandten desto besser zu insinuieren und die Sollicitation befördern zu helfen."⁵⁸⁾ Die innen- und außenpolitischen Verhältnisse lagen für die Sache der Kaufleute nicht günstig, denn die innere Zerrissenheit der Eidgenossenschaft war so groß, daß sie nach außen hin nicht geschlossen auftreten konnte. Aus diesem Grund stellte die Tagsatzung im

57) Henri Duc de Rohan, Pair de France, Prince de Léon, 1579-1638, außerordentlicher Gesandter, Dezember 1631 bis Januar 1633

58) EA V, Abt. 2, no. 636, a, Baden, 3. bis 21. Juli 1633
(SAZ, Abschiede, Bd. 145, S. 255)

Februar 1634 fest, "die Absendung einer Gesandtschaft nach Frankreich, welche wiederum beantragt wird, findet man garnicht passend noch ratsam..." und ließ den Plan zunächst fallen, um die weitere Entwicklung auf den Kriegsschauplätzen des 30-jährigen Krieges abzuwarten, dessen Auswirkungen sich auch in der Eidgenossenschaft stärker bemerkbar machten⁵⁹⁾.

6. Die politischen Auswirkungen der Schlacht bei Lützen auf die Eidgenossenschaft

Nach der Schlacht bei Lützen hatte Schweden seine Vormachtstellung in Deutschland halten können und trug den Krieg weiter nach Süden vor. Im Juli 1633 wurde das österreichische Rheinfelden, südlich des Rheins, von den Schweden belagert und damit der Krieg an die Grenze der Eidgenossenschaft gerückt. Als sich im Sommer des gleichen Jahres das Gerücht verbreitete, die katholischen Orte würden einer spanischen Armee den Marsch über den Gotthard gestatten, erklärte Zürich, daß es sich in diesem Fall den Schweden anschließen werde. Die Spanier erschienen zwar, nahmen aber ihren Weg durch das Veltlin, Tirol und Vorarlberg, um die kaiserlichen Truppen in Deutschland zu verstärken. Im Gegenzug marschierten die Schweden unter General Horn nach Süden, um den Spaniern den Weg zu verlegen und gleichzeitig Konstanz zu belagern. Der Befehlshaber des Thurgauer Landsturms, Obristwachtmeister Kesselring, ließ die Schweden kampflos die Rheinbrücken des Zürcher Ortes Stein am Rhein überschreiten, die anschließend durch den Thurgau marschierten und Konstanz von eidg. Gebiet aus belagerten. Die katholischen Orte beschuldigten darauf Zürich, im geheimen mit den Schweden im Bunde zu sein, was möglicherweise auf einen politisierenden Kreis um den Zürcher Anthistes

59) EA V, Abt. 2, no. 671, e, Baden, 26. Februar bis 4. März 1634 (SAZ, Abschiede, Bd. 146, S. 27)

Breitingen, dem auch Bürgermeister Bräm angehörte, zutreffen mag⁶⁰⁾. Die drei Urkantone⁶¹⁾ und Zug beschlossen, gegen Zürich vorzugehen. Da aber Horn am 2. Oktober 1633 erfolglos von Konstanz abzog, beruhigte sich die Lage, doch das Mißtrauen blieb wach. Der Zürcher Bürger Kesselring wurde von den katholischen Orten verhaftet und in Schwyz der Folter unterworfen, gestand aber nicht eine Zusammenarbeit mit den Schweden. Durch diesen Vorfall herausgefordert, kamen im Januar 1634 die Kriegsräte von Zürich und Bern zusammen, um mit dem schwedischen Kanzler Oxenstierna in Bündnisverhandlungen zu treten. Als Gegenmaßnahme erneuerten die katholischen Orte im März ihr Bündnis mit Spanien und im Juli das Bündnis mit Savoyen. Die Schlacht bei Nördlingen am 6. September 1634, in der die vereinigten spanischen und kaiserlichen Truppen die Schweden schlugen, stellte das Gleichgewicht in Deutschland wieder her und verhinderte den Ausbruch des Religionskrieges in der Eidgenossenschaft. Frankreich griff Anfang 1635 in die Wirren ein mit der Absicht, im Veltlin die Verbindungsstraße zwischen den beiden habsburgischen Mächten zu durchschneiden. Der Herzog von Rohan führte ein kleines französisches Heer vom Elsaß durch die Gebiete der reformierten Orte Bern und Zürich nach Chur. Die Aktion ging mit Unterstützung der Reformierten so schnell vor sich, daß die katholischen Orte überrascht wurden und ihren Protest erst einlegen konnten, als Rohan die Spanier bereits aus dem Veltlin, Bormio und Chiavenna vertrieben hatte.

60) Vgl. Feller: a.a.O., Bd.II, S. 507 f.

Die neuere Forschung neigt zu der Annahme, Horn sei mit Zürich im Bunde gewesen.

61) Uri, Schwyz und Unterwalden.

7. Die Gesandtschaft der katholischen Orte, 1633, und die Vorbereitungen für eine Gesandtschaft der reformierten Orte, 1634

Diese politischen Verwicklungen konnten der Sache der Kaufleute in Frankreich nicht dienlich sein. Im September 1633 war es ihnen unter großen Mühen gelungen, nochmals ein Intercessionsschreiben der XIII Orte zu erhalten, im übrigen mußten sie wieder auf den Plan einer eigenen Standesdelegation zurückgreifen⁶²⁾. Für die Durchführung des langwierigen Doppelprozesses mußten sie ständig größere Mittel aufbringen, die erhöhten Zölle waren zu zahlen und vor Ablauf der 8-monatigen Frist, die durch de Sillery's Entscheidung⁶³⁾ gesetzt worden war, mußte ein Urteil des Conseil du Roi im Prozeß gegen die Douane von Valence herbeigeführt werden, da sonst die Bürgerschaftsgelder verfielen⁶⁴⁾. Trotz der hohen Kosten erschien es deshalb ratsam, eine Standesdelegation auf den Weg zu bringen, aber die reformierten Orte, vor allem Zürich, konnten sich zu diesem Zeitpunkt nicht mit den Anliegen der Kaufleute befassen und ersuchten sie um Geduld⁶⁵⁾. Im Februar 1633 ging eine Gesandtschaft der katholischen Orte an Ludwig XIII. ab, und um überhaupt etwas zu unternehmen, baten die Kaufleute diese um Fürsprache⁶⁶⁾, aber die wohlwollenden Versicherungen des Königs waren in keiner Weise zufriedenstellend, zumal sich die Situation in Lyon weiter verschlechterte⁶⁷⁾. Die Geldausfuhr wurde wieder stark gedrosselt, die Zollbeamten der

62) SAZ, Mappe 153 (1633), no.245

Intercessionsschreiben der XIII Orte vom 20. Sept. 1633

63) Vgl. S. 238 f.

64) SAZ, Ordinaribuch, a.a.O., Bd.III

Allein für den Prozeß gegen die Douane von Valence waren bereits 15000 livres ausgegeben worden.

65) SASG, Faszikel XV, Mappe 18, no.b

Brief Alexander Zieglers vom 18. Januar 1634

66) EA V, Abt.2, no.613, Luzern, 13. und 14. Januar 1633

Die Gesandten waren Landammann Zurlauben von Zug, Schultheiß Bircher von Luzern und Alt-Landammann Reding von Schwyz

67) SAZ, Mappe 154 (1634), no.150

Brief Poumiers aus Paris vom 17. März 1634

Douane von Lyon weigerten sich, für die Zahlung der Zollgebühren zu quittieren und der Salzpreis war um 6 deniers pro livre erhöht worden. Die Preiserhöhung brachte gleichzeitig eine neue Gebühr für die Salzquittung, das "Droit d'acquit", mit sich, das auch die eidg. Kaufleute zu zahlen hatten und sofort Anlaß zu neuen Protesten gab⁶⁸⁾. Immer wieder drängten die Kaufleute auf die Entsendung einer Gesandtschaft der XIII Orte hin, aber die katholischen Stände lehnten auf der Tagsatzung vom Mai 1634 den Antrag ab, so daß sich die Kaufleute entschlossen, ihre Bittschrift der Konferenz der IV reformierten Orte zu überreichen. Sie begründeten ihren Antrag damit, daß ihnen eine Standesgesandtschaft bereits früher bewilligt worden war und baten, diese sobald als möglich abgehen zu lassen, "weil der angesetzte Termin der acht Monate Juli zu Ende laufe und sie gewiß in alle Unkosten verfällt und zu großem Schaden kommen würden, wenn sie alsdann ihre Gesandtschaft nicht bei Hof hätten"⁶⁹⁾. Auf der Konferenz tauchte nun der Gedanke auf, durch eine unverfängliche kaufmännische Gesandtschaft Ludwig XIII. auch gleichzeitig die Beschwerden über die Haltung der katholischen Orte vorzutragen, was eine Verquickung der politischen Absichten mit den kaufmännischen bedeutete. Die Verhandlungen hierüber zogen sich jedoch so in die Länge, daß sich bald die Unmöglichkeit erwies, die Gesandtschaft noch vor Ablauf der 8-monatigen Frist de Sillery's abgehen zu lassen, weshalb sich die Konferenz erbot, den König schriftlich um Fristverlängerung zu ersuchen. Langsam kamen die Vorbereitungen für eine Standesgesandtschaft soweit voran, daß an die Nominierung der Ehrengesandten gedacht werden konnte⁷⁰⁾. Im Namen der gemeinen Kaufleute von St. Gallen trug

68) SAZ, Mappe 154 (1634), no. 73

69) EA V, Abt. 2, no. 684, h, Konferenz der IV evangelischen Städte während der gemeineidgenössischen Tagsatzung zu Baden, 1634, im Mai
(SAZ, Abschiede, Bd. 146, S. 137)

70) SAZ, Mappe 154 (1634), no. 31

Das Schreiben vom 28. Mai 1634 ging im Namen aller reformierten Orte an Ludwig XIII. ab. Gleichzeitig erhielt der französische Gesandte Vialards ein ähnlich lautendes Schreiben. Die Antwort des Königs vom 13. Juli 1634 aus Chantilly, zusammen mit einem Begleitschreiben Vialards', wich einer eindeutigen Genehmigung zur Verlängerung der Bürgschaftsfrist aus.

Joachim Zollikofer zunächst Seckelmeister Salomon Hirzel von Zürich den Posten eines kaufmännischen Gesandten an und Hirzel erklärte sich bereit, den Auftrag zu übernehmen. Als zweiten Gesandten konnte Zollikofer den Stadtschreiber von Schaffhausen, Dr. Ziegler, gewinnen. St. Gallen übernahm dann die Aufgabe, die Beschwerdebriefe für die Gesandten zu entwerfen, welche noch durch die Kaufleute von Zürich, Bern, Schaffhausen, Freiburg, Solothurn und Basel ergänzt werden sollten⁷¹⁾. Vor ihrer Abreise besuchten die beiden kaufmännischen Geschäftsträger noch die Konferenz der IV reformierten Orte in Aarau, die Anfang August 1634 stattfand und ohne Zweifel erhielten sie dort den Auftrag, Ludwig XIII. um Unterstützung im Kesselring-Handel zu bitten⁷²⁾. Der französische Gesandte in Solothurn, Vialards⁷³⁾, wurde von der bevorstehenden Abreise der Delegation unterrichtet, riet ihr aber dringend von ihrem Vorhaben ab. Hirzel und Ziegler glaubten tatsächlich, daß es ratsam sei, der Warnung des französischen Gesandten Gehör zu schenken, und

71) SASG, Faszikel XV, Mappe 19, no. 1

Auf seinen Wunsch erhielt Stadtschreiber Dr. Ziegler am 1. September 1634 den Entwurf der Beschwerdeschrift.

72) EA V, Abt. 2, no. 698, a, Aarau, 2. bis 4. August 1634

Gesandte: Zürich, Heinrich Bräm, Burgermeister; Salomon Hirzel, Seckelmeister. Bern; Johann Frischherz, Venner und des Rats; Johann Ludwig von Erlach, Herr zu Castelen und Ruchenstein, des Rats. Glarus; Heinrich Trümpi, Statthalter. Basel; Johann Rudolf Fäsch, Oberzunftmeister; Johann Rudolf Wettstein, Zeugherr und des Rats. Schaffhausen: Johann Wilhelm Ziegler, des Rats; Hans Jakob Ziegler, der Rechte Doktor und Stadtschreiber. Appenzell-Außerrhoden: Johann Zellweger, Landesbaumeister und des Rats.

3)... Zürich begehrt von Bern zu wissen, ob seine Herren und Oberen für den Fall, daß man wegen Kesselrings Tätliches vornehmen wollte,... mit Zürich bei der schwedischen Partei, als bei dem französischen Ambassador um Hilfe anhalten würden, oder wie man sich sonst in eine gebührlige Defension stellen könnte. Zu diesem Ende wäre die Ausführung des seit etlichen Jahren her besprochenen Defensionswerkes das beste Mittel. Weil aber die übrigen zwei Städte hiezu nicht einwilligen würden, so werde es erforderlich sein... 4000 bis 5500 Mann... aufbringen.

(SAZ, Abschiede, Bd. 146, S. 202)

73) Michel Vialards, Seigneur de Hercé et de la Fôret de Sivry, ordentl. Gesandter, 7. April bis 27. Oktober 1634

berichteten in diesem Sinn nach St.Gallen⁷⁴⁾. Dort war man aber keineswegs gewillt, die Angelegenheit noch länger hinauszuzögern und bat Ziegler, seinen Auftrag nicht zurückzugeben⁷⁵⁾. Die beiden kaufmännischen Gesandten trafen am 20. September 1634 in Neftenbach zusammen und beschlossen, trotz Abratens des französischen Gesandten, an den Hof abzureisen, da die Lage der eidg. Kaufleute in Lyon keine weitere Verzögerung mehr zuließ. Nochmals suchten sie die Konferenz der reformierten Orte auf, die in Aarau zusammengetreten war. Hier berichtete Hauptmann Eberhard Imthurn von Schaffhausen über das Näherrücken der kaiserlichen und spanischen Armeen und wies auf die Gefahr für alle reformierten Orte der Eidgenossenschaft hin. Unter dem Eindruck dieses Berichts wurde beschlossen, den französischen Gesandten durch einen Ausschuß davon in Kenntnis setzen zu lassen. "Mit dieser Gesandtschaft werden Seckelmeister Hirzel von Zürich und Stadtschreiber Ziegler von Schaffhausen beauftragt, welche ungefähr folgenden Befehl empfangen: Man sei gesonnen gewesen, eine "sammtliche" Gesandtschaft an den König abgehen zu lassen, habe es aber wegen der guten Affection des Ambassadors und wegen Kürze der Zeit bei einem Mahnungs- und Bittschreiben an den König bewenden lassen, um dessen Abfertigung und weitere Empfehlung hiemit angehalten werde... Zürich erhält Vollmacht, die Gesandten, welche künftig zu dem König von Frankreich der eidgenössischen Kaufleute wegen abreisen werden, in der Weise, wie es 1615 geschehen sei, zu instruieren und mit einem Generalcreditiv zu versehen."⁷⁶⁾ Wie im Jahre 1615 war es also auch dieses Mal nicht gelungen, eine gesamteidg. Gesandtschaft auf den Weg zu Ludwig XIII. zu bringen. Das Ziel war durch den Widerstand und das Mißtrauen der katholischen Orte nicht erreicht worden, da diese befürchteten, die reformierten Sprecher der Kaufmannschaft würden

74) SAZ, Mappe 155 (1634), no.140

Bericht Zieglers vom 14. September 1634

75) SAZ, Mappe 155 (1634), no.144

Brief der St.Galler Kaufleute an Ziegler vom 17.Sept. 1634

76) s. Seite 253

sich in ihren Gesprächen nicht nur auf die rein kaufmännischen Dinge beschränken, sondern ihre Anwesenheit bei Hof dazu benützen, für ihre Glaubensbrüder in Frankreich einzutreten. Der Verdacht, daß die reformierten Orte eine engere Anlehnung an Frankreich suchten, war seit dem Kesselring-Streit nicht unbegründet, da die IV Orte wiederholt versucht hatten, eine Delegation nach Frankreich zu senden, was aber am Widerstand des französischen Gesandten bisher immer wieder gescheitert war. Es lag daher nahe, unter dem Deckmantel einer kaufmännischen Standesgesandtschaft die Beschwerden über die katholischen Orte Ludwig XIII. vorzutragen. Mit größter Wahrscheinlichkeit ist anzunehmen, daß derartige politische Überlegungen, zusammen mit dem Anerbieten der Kaufleute, die Kosten der Gesandtschaft zu übernehmen, deren Zustandekommen erst ermöglichten. Die Instruktionen, die Zürich im Oktober 1634 für die Gesandten aufstellte, und die Delegation Hans Ludwigs von Erlach⁷⁷⁾ als Vertreter Berns, lassen deutlich die politischen Aspekte erkennen, die unter dem Deckmantel einer kaufmännischen Standesgesandtschaft verfolgt wurden⁷⁸⁾. In St.Gallen waren in der Zwischenzeit die beiden Experten für kaufmännische Angelegenheiten bestimmt worden, die die Gesandtschaft begleiten sollten; es waren

76) EA V, Abt. 2, no. 707, b und f, Aarau, 18. bis 21. September 1634. Gesandte waren: Salomon Hirzel von Zürich, Johann Ludwig von Erlach von Bern und Johann Jakob Ziegler von Schaffhausen. Die erste Audienz hatten sie beim König am 6. Dezember 1634. (Mercur francais, Tom. 30, S. 746, SAZ, Abschiede, Bd. 146, S. 243)

77) Hans Ludwig von Erlach von Kastelen (1595 - 1650), 1625 Oberst und Generalquartiermeister Gustav Adolfs von Schweden, 1633 Chef des bernischen Grenzschatzes, 1635 Oberst und Generalleutnant der Republik Bern, Generalmajor in der Armee Herzog Bernhards von Weimar und Gouverneur von Breisach, 1638 designierter Marschall von Frankreich, 1647 Generalleutnant der französischen Armee in Deutschland.

78) SAZ, Instruktionen, Bd. VIII/44 (1633/34), S. 300 f., Text der Instruktionen s. Anhang I, S. 324

der St. Galler Kaufmann Daniel Studer⁷⁹⁾ und sein Basler Standesgenosse Benedikt Socin⁸⁰⁾, die beide Handelsinteressen in Lyon hatten und erfahrene Kaufleute waren. Beiden Beratern wurden weitgehende Instruktionen mit auf den Weg gegeben, so hatten sie nicht nur dafür zu sorgen, daß die Prozesse gegen die Douanen von Valence und Lyon zu einem endgültigen Abschluß kamen, sondern auch zu verhindern, daß es zu weiteren Prozessen mit den Generalpächtern kommen konnte, indem ein detailliertes Patent erhältlich zu machen war⁸¹⁾. Der 3. Oktober 1634 war als Abreisetermin festgesetzt worden, an welchem Tag sich die Mitglieder der Gesandtschaft in Mellingen (im heutigen Kanton Aargau) zu versammeln hatten. Um den französischen Gesandten, der sich entschieden gegen die Entsendung einer Standesgesandtschaft ausgesprochen hatte, nicht zu brüskieren, wurde ihm in einem offiziellen Schreiben durch Zürich die Abreise der Gesandtschaft mitgeteilt. Die eilige Abreise wurde damit begründet, daß die Anwälte der eidg. Kaufleute in Paris dringend auf das Erscheinen einer eidg. Gesandtschaft bei Hof bestanden. Als weiterer Grund wurde angeführt, daß die Zollbeamten begonnen hatten, die von der Ordinari-post beförderten Briefe zu erbrechen, was die Abreise der Gesandten beschleunigt hatte, da sie die aufgebrachten Kaufleute in Lyon beschwichtigen mußten⁸²⁾.

79) Daniel Studer (1585-1648), seit 1623 Stadthauptmann von St. Gallen, war Inhaber des Handelshauses Schlapritzi, Studer & Hochreutiner, eines der führenden Häuser in Lyon. Der Familie gehörte das Schloß Rebstein im Rheintal, weshalb sich dieser Zweig der Familie von und zu Rebstein nannte.

80) Benedikt Socin von Basel, Teilhaber des Handelshauses Reinhart Passavant, Benedikt Socin & Jeremias Fäsch, das einen lebhaften Handelsverkehr mit Lyon hatte.

81) SASG, Faszikel XIV, Mappe 17, no.i vom 20. Juni 1633, sowie Faszikel XV, Mappe 18, no.t vom 31. Juli 1634 und Mappe 19, no.w, 1634, ohne Datum. Text der Instruktionen s. Anhang II, S.325

82) SAZ, Mappe 155 (1634), no. 54

Mit Brief vom 22. Juni 1634 mußte sich allerdings der Lyoner Ordinariverwalter bei der französischen Gesandtschaft in Solothurn entschuldigen, da zwei Briefpakete mit Depeschen des Gesandten erbrochen in Lyon angekommen waren.

8. Die kaufmännische Standesgesandtschaft, 1634/35

In Solothurn wurde die Delegation vom Dolmetscher und Sekretär des französischen Gesandten bei der Eidgenossenschaft, Jacques Mollondin⁸³⁾ empfangen, der im Auftrag seines Herrn nochmals dringend von der Reise abriet. Erst nach hartnäckigem Drängen fand sich der Gesandte bereit, der Delegation am 5. Oktober eine Audienz zu gewähren, wobei er ihre Mitglieder aber nicht in ihrer Eigenschaft als Gesandte empfing, sondern als "gute Freunde". Durch seine Weigerung, Empfehlungsschreiben an den König auszustellen, hoffte Vialards, noch in letzter Minute das Vorhaben verhindern zu können. Obgleich die eidg. Gesandten nach außen hin auf ihrer Absicht bestanden, das Unternehmen durchzuführen, waren sie innerlich schwankend geworden und berieten untereinander, ob die Reise fortgesetzt werden sollte oder nicht. Erst als Studer und Socin zu den Beratungen zugezogen und ihnen die gleiche Frage vorgelegt wurde, entschloß man sich, auf die energischen Vorstellungen der Sprecher der Kaufleute hin, die Reise fortzusetzen⁸⁴⁾.

83) Jacques de Stavay-Mollondin (1601-1664), Sekretär und Dolmetscher des französischen Gesandten.

84) Über den Verlauf der Gesandtschaft geben die Tagebücher Hirzels und Studers Auskunft.

Vgl. C. Keller-Escher: Geschichte der Familie Hirzel, Zürich 1899

Salomon Hirzel von Zürich (1580-1654) war Kaufmann und Fabrikant von Wolltuchen. 1602 Stubenmeister der Zunft zur Safran, 1612 Zunftmeister und Mitglied des Kleinen Rats, Seckelmeister, 1637 Bürgermeister der Stadt Zürich. Hirzel stand im Ruf, ein unbestechlicher Staatsmann zu sein. Er war als Gesandter mehrmals in Bünden gewesen und im Kluserhandel und Kesselringstreit als Vermittler aufgetreten. Sein Tagebuch ist kurz gehalten und berichtet in sachlicher Form über die wesentlichsten kaufmännischen und politischen Verhandlungen. Das Original befindet sich im Hirzelschen Familienarchiv in der Stadtbibliothek Zürich. SASG, Faszikel XI, Mappe 7, no.1

Abschrift von Studers Tagebuch, veröffentlicht in den Publikationen des hist. Vereins des Kantons St.Gallen, St.Gallen 1915. Es geht in die Breite und berichtet auch nebensächliche Dinge, so ist z.B. selten das Menu ausgelassen, zu dem die Gesandten eingeladen wurden.

Am 13. Oktober traf die Gesandtschaft in Lyon ein, wo sie von den Kaufleuten in feierlichem Zug eingeholt und im "Ecu de France" einquartiert wurde. Der Aufenthalt in Lyon dauerte vier Tage und während dieser Zeit waren die Gesandten die Ehrengäste der Kaufmannschaft. Der Höhepunkt der Ehrungen war ein großes Festbankett, das am 15. Oktober im Hause Joachim Zollikofers gegeben wurde⁸⁵⁾. Bei allen diesen Feiern und Ehrungen wurde aber nicht versäumt, den Mitgliedern der Gesandtschaft die Sache der Kaufleute besonders ans Herz zu legen. Am Morgen des 18. Oktober brach die Delegation, 14 Berittene stark, von Lyon auf, wobei die Kaufleute ihr noch eine halbe Wegstunde das Geleit gaben. Am 27. Oktober⁸⁶⁾ trafen die Gesandten in Paris ein, wo sie durch den Anwalt Poumier empfangen und in der "rue St. Honoré à l'enseigne du Croisant de la lune" einlogiert wurden. Der 29. Oktober begann für sie mit Höflichkeitsbesuchen beim Herzog von Rohan⁸⁷⁾ und dem Intendanten der Armee, de Bullion⁸⁸⁾. Beide Besuche verliefen in gutem Einvernehmen, wodurch die Gesandten den Eindruck erhielten, daß ihre Mission einen guten Anfang genommen habe. Bouthillier⁸⁹⁾, der Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, war inzwischen in Paris eingetroffen und versicherte den Gesandten auf einem Empfang, daß er alles ver-

85) SAZ, Mappe 155 (1634), no. 182, 25. Oktober 1634, ebenso SAZ, Ordinariibuch, a. a. O., Bd. III, S. 20

Das Bankett zu Ehren der Gesandtschaft war sehr teuer, allein die Pasteten für das Mittagessen kosteten 633 livres. Die 4 Tage Aufenthalt im "Ecu de France" kosteten 1200 livres. Die Ordinarikasse zahlte total 2000 livres für den Aufenthalt der Gesandtschaft in Lyon.

86) Studers Tagebuch ist ab Anfang November doppelt datiert. Einmal nach dem julianischen Kalender, der in der reformierten Eidgenossenschaft noch Gültigkeit besaß, und einmal nach dem gregorianischen, der in Frankreich in Kraft war. Die Differenz beträgt 10 Tage, die angeführten Daten entsprechen dem alten julianischen Kalender.

87) Rohan verließ am 3. November Paris und begab sich zur Armee in Bünden, vgl. S. 248

88) Henri de Bullion, Seigneur de Fonteney, 1633/34 Kriegskommissar der französischen Armee in Bünden, hielt sich Ende 1634 in Paris auf und starb dort Anfang 1635

89) Léon Bouthillier fils, Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten 1632 bis 1634

suchen werde, um ihnen eine Audienz beim König zu verschaffen. Die Zeit verstrich aber ohne Nachricht vom Hof, bis endlich de Bullion die Nachricht brachte, der König sei verärgert darüber, daß die Gesandtschaft, entgegen dem Rat seines Gesandten, nach Paris gekommen sei, und er unter diesen Umständen höchstens geneigt wäre, sich die kaufmännischen Angelegenheiten vortragen zu lassen⁹⁰⁾. Der erste Monat des Aufenthaltes in Paris verlief so für die Gesandten in erzwungener Untätigkeit, bis die Audienz bei Ludwig XIII. endlich auf den 26. November angesetzt wurde. Drei 6-spännige Karossen brachten die Delegierten nach St. Germain, wo der König sie in seinem Zimmer, umgeben vom Hofstaat, empfing. Beim Eintritt der Gesandten erhob sich Ludwig, begrüßte sie entblößten Hauptes und gab jedem von ihnen die Hand. Im Namen der Gesandtschaft richtete Seckelmeister Hirzel die Begrüßungsadresse in deutscher Sprache an den Herrscher, empfahl sie alle seiner Gnade und überreichte die Bitt- und Klageschriften. Ludwig XIII. hörte alles gnädig an und entließ sie dann zur anschließenden Audienz bei der Königin Anna und dem Kardinal Richelieu. Der Kardinal erwies sich den Bitten der Gesandten gegenüber ebenfalls aufgeschlossen. Nach der Verabschiedung suchten sie noch Père Joseph⁹¹⁾ auf, die graue Eminenz am Hofe Ludwigs XIII., der sie auch freundlich empfing⁹²⁾. Im Laufe dieser Unterredung kamen auch politische Probleme zur Sprache, so wurde u. a. über den Kesselringstreit und die Haltung der katholischen Orte diskutiert. Diese Verhandlungen, an denen die Gesandten der reformierten Orte der Eidgenossenschaft einen französischen Kapuziner um Hilfe gegen die katholischen Orte bitten, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Situation jener Zeit, in der unter dem Deckmantel der Religion längst politische und wirtschaftliche Ziele verfolgt wurden.

90) Vgl. Hirzels Tagebuch, Eintragung vom 13. November 1634

91) François Leclerc du Tremblay (1577-1638), genannt Père Joseph, die graue Eminenz, Mitarbeiter und Vertrauter Richelieus.

92) Vgl. Studers Tagebuch, a. a. O., S. 304

Der Empfang beim König war von einer Reihe anderer Besuche gefolgt, so wurden der Siegelbewahrer Séguier⁹³⁾, die Finanzintendanten Bullion⁹⁴⁾ und Bouthillier⁹⁵⁾, sowie der ehemalige Gesandte bei der Eidgenossenschaft, Charles Brulart de Léon⁹⁶⁾ aufgesucht. Überall begegnete man den eidg. Gesandten wohlwollend und versicherte sie der uneingeschränkten Freundschaft, so daß deren Hoffnungen stiegen. Bouthillier erklärte offen, Frankreich werde sich der reformierten Orte annehmen, falls Spanien an die Seite der katholischen Stände trete. Die günstige Erledigung der kaufmännischen Gesuche beurteilte er allerdings weniger optimistisch und vertrat die Ansicht, daß die Zollsteigerungen und die Réappréciation hingenommen werden müßten, denn in der heutigen Zeit seien sie "nos Indes et Peru"⁹⁷⁾. Alle gezeigte Freundlichkeit konnte aber auf die Dauer doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie nur dazudiente, die Delegation hinzuhalten. Nach vielen vergeblichen Versuchen gelang es am 30. Dezember nochmals, bei Père Joseph Vortrag halten zu können, wobei der neuernannte französische Gesandte für die Eidgenossenschaft, Blaise Méliand⁹⁸⁾, und Staatssekretär Bouthillier zugegen waren. Nachdem länger als zwei Stunden über politische Dinge verhandelt worden war, kamen die kaufmännischen Angelegenheiten zur Sprache. Die Vertreter der Kaufleute wiesen zunächst darauf hin, daß bei Anerkennung ihrer Rechte der Ausfall an Zolleinnahmen den Betrag von 30000 Franken jährlich nicht übersteigen werde⁹⁹⁾. Die Prozesse gegen die Douanen und die Proteste gegen die Réappréciation

93) Pierre Séguier, 1633 Siegelbewahrer, 1635 bis 1650 Kanzler Frankreichs.

94) Claude de Bullion, 1632 bis 1636 Oberintendant der Finanzen

95) Claude Bouthillier, 1633 bis 1643 Oberintendant der Finanzen, Vater von Léon B., vgl. Anm. 89

96) Charles Brulart de Genlis, Abbé de Joyenval et de Neaufle, gen. Brulart de Léon, ordentl. Gesandter, 1629 bis 1630

97) Vgl. Hirzels Tagebuch, Eintragung vom 1. Dezember 1634

98) Blaise Méliand, Seigneur de Cesson et d'Egliny, ordentl. Gesandter, März 1635 bis Juli 1640

99) In den Büchern der Kaufleute ist "Franken" die deutsche Bezeichnung für "livre".

wären in erster Linie deshalb angestrengt worden, um die Rechte der Kaufleute aus dem Vertrag von 1516 wieder herzustellen, die durch die Maßnahmen des Fiskus verletzt worden waren. Zum Schluß der Verhandlungen erklärte Bouthillier, er werde, unter der Voraussetzung, daß der von den Kaufleuten genannte Betrag von 30000 Franken stimme, die Anträge der Kaufleute vor dem Conseil du Roi befürwortend behandeln¹⁰⁰⁾. Eine Woche später wurde den Gesandten durch Brulart mitgeteilt, daß ihre Anliegen im Conseil beraten worden waren, die politischen Forderungen für angemessen angesehen wurden, in den kaufmännischen Fragen aber noch kein Entscheid gefällt worden sei. In Gegenwart der eidg. Gesandten wurde nochmals vor dem Conseil du Roi über den kaufmännischen Teil ihrer Mission verhandelt, wobei im Verlauf der Diskussionen von französischer Seite erklärt wurde, der König habe das uneingeschränkte Recht, zur Finanzierung seiner Politik und zum Unterhalt seiner Armee sich jede Finanzquelle zu erschließen. Von den Ausländern könne der König mit Recht erwarten, daß sie die dadurch entstehenden finanziellen Mehrbelastungen ebenso ertragen wie seine Untertanen. Grundsätzlich bestehe zwar die Absicht, sich an die bestehenden Verträge zu halten, bevor aber ein endgültiger Beschluß gefaßt werden könne, müßten die Pächter nochmals zur Sache vernommen werden. Gegen diesen vorläufigen Bescheid legten Socin und Studer als Vertreter der eidg. Kaufmannschaft sofort Protest ein und forderten ein detailliertes Patent, durch welches in Zukunft alle Prozesse und Streitigkeiten verrieden werden würden¹⁰¹⁾. Es gelang Socin und Studer, alle Mitglieder der Gesandtschaft von ihrem Standpunkt zu überzeugen, so daß sich diese mit der Forderung der Kaufleute nach einem spezifizierten Patent solidarisch erklärten. Die französischen Unterhändler hingegen ließen deutlich durchblicken, daß es dem König unmöglich sei, willkürlich und überraschend die laufenden Prozesse aufzuheben, da er durch diesen Eingriff erheb-

100) Vgl. Hirzels Tagebuch, Eintragung vom 30. Dezember 1634

101) Vgl. Hirzels Tagebuch, Eintragung vom 8. Januar 1635

liche Einbußen an den Pachtsummen erleiden würde¹⁰²⁾. Je mehr die Eidgenossen auf ihrem Standpunkt beharrten, desto mehr versteifte sich der Widerstand ihrer französischen Gesprächspartner, die darauf bestanden, daß die Prozesse durch ein Urteil des Conseil du Roi entschieden werden mußten. Sie argumentierten, es könne auch für die eidg. Kaufleute nur von Vorteil sein, wenn die Pächter die Prozesse durch ein ordentliches Gerichtsverfahren verlören, als daß der Streit durch einen Gnadenerlaß des Königs zu Gunsten der Kaufleute entschieden werde¹⁰³⁾. Die Gesandten hielten jedoch nachdrücklich an ihrer Forderung nach einem neuen Patent fest, erklärten aber, daß sie Erkundigungen einziehen wollten, um festzustellen, ob gegen ein Urteil des Conseil du Roi Berufung eingelegt werden könne. Die eingeholte Auskunft besagte, daß bei einem verlorenen Prozeß vor dem Conseil du Roi der König auf dem Wege des Gnadenerlasses das Urteil immer noch aufheben konnte¹⁰⁴⁾. Am 12. Januar 1635 hielten die Gesandten, die kaufmännischen Berater und die Anwälte Poumier, Cappus und Chappuzeau eine Sitzung ab, an der Chappuzeau über den Stand der drei Prozesse referierte¹⁰⁵⁾. Er führte aus, die Rechtslage sei so klar, daß die Kaufleute unter allen Umständen die Prozesse gewinnen müßten und er deshalb die Ansicht vertrete, der Prozeßweg bleibe das beste Mittel, das angestrebte Ziel zu erreichen. Außer Seckelmeister Hirzel stimmten alle Anwesenden dem Gutachter bei, Hirzel jedoch war der Auffassung, daß aus dem privatrechtlichen Streit zwischen den eidg. Kaufleuten und den französischen Zollpächtern durch die Intercessionschreiben der Eidgenossenschaft eine staatsrechtliche Auseinander-

102) Vgl. Feller: a.a.O., Bd.II, S.565

Anschließend wurde längere Zeit über französische Salzlieferungen an die Eidgenossenschaft verhandelt, da Frankreich versuchte, in der Eidgenossenschaft das Salzmonopol zu erhalten. Richelieu war einige Zeit lang bestrebt, die Pensionenzahlungen in Salz zu leisten.

103) Vgl. Hirzels Tagebuch, Eintragung vom 9. Januar 1635

104) Vgl. Studers Tagebuch, a.a.O., S.326

105) Die Prozesse liefen: 1. gegen die Douane von Valence, 2. gegen die Réappréciation, 3. gegen das Droit d'aquit.

setzung entstanden war. In diesem Fall stellte aber die Anrufung eines französischen Gerichtshofes einen Verstoß gegen die Artikel des Ewigen Friedens dar, der für einen solchen Fall die Anrufung des Marchrechts von Peterlingen vorsah. Da aber alle anderen Anwesenden sich zur Auffassung des Anwalts bekannten, widersprach Hirzel nicht länger¹⁰⁶⁾. Die Anwälte erhielten den Auftrag, die Prozesse, die seit Ankunft der Gesandtschaft ruhten, wieder voranzutreiben und die Akten dem Rapporteur de Nemond zu übergeben. Die Zollpächter jedoch, die ebenfalls aufgefordert worden waren, ihre Unterlagen dem Rapporteur einzureichen, wandten ihr altes Verzögerungsspiel wieder an, das für sie die beste Prozeßtaktik darstellte. Erst am 27. Januar 1635 traf Ferron, der Bevollmächtigte des Pächters der Douane von Valence, in Paris ein; zu seinem sofortigen Verhör kam es jedoch nicht. Die Gesandten mußten wieder bei allen maßgeblichen Personen vorsprechen, um die Gerichtsverhandlung in Gang zu halten, wobei sie nun aber die Erfahrung machen mußten, daß man ihnen nicht mehr überall mit der gewohnten Freundlichkeit begegnete. Es ereignete sich häufig, daß sie stundenlang antichambrieren mußten, um dann den Bescheid zu erhalten, man könne sie aus Zeitmangel leider nicht mehr empfangen. Der Siegelbewahrer Séguier brachte wieder die Frage der "marchandises originaires et non-originares" in die Diskussion und erklärte offen, er halte es für ein Unrecht, daß Ausländer derartige Vorrechte besitzen sollten¹⁰⁷⁾.

Am 3. Februar 1635 wurde vor dem Conseil du Roi weiter verhandelt, wobei sich das Gericht in der unglücklichen Lage befand, daß von beiden Parteien gültige Rechtstitel vorgelegt werden konnten. Die eidg. Partei berief sich in erster Linie auf den Staatsvertrag von 1516, während die Zollpächter sich mit Recht auf die Klausel ihres Pachtvertrages stützen konnten. Zwischen beiden Parteien stehend, mußte die Krone zur Partei der Pächter hinneigen, denn

106) Vgl. Hirsels Tagebuch, Eintragung vom 12. Januar 1635

107) SAZ, Mappe 156 (1635) no. 18

Bericht Socins vom 2. Februar 1635

die Inhaber der 1633 auf zehn Jahre verpachteten Douanen von Lyon und Valence forderten von ihr einen Schadenersatz von jährlich 40000 Kronen für den Fall, daß die eidg. Kaufleute durch Gerichtsentscheid von den Zollzahlungen befreit werden sollten. Dem Fiskus ging es bei der schlechten Finanzlage vor allem darum, finanzielle Ausfälle zu vermeiden, weshalb Ludwig XIII. durch Bouthillier den eidg. Gesandten das Angebot machen ließ, den Kaufleuten jährlich 10000 livres zu zahlen, wenn sie sich bereit-
erklärten, die nächsten acht Jahre, d.h. bis zum Ablauf der Pachtverträge, den Zoll der Douanen von Lyon und Valence zu zahlen¹⁰⁸⁾. Den Vertretern der Kaufleute schien das Angebot aber unzureichend, weshalb es durch die Gesandten abgelehnt wurde. Gerüchteweise verlautete nun, der König treffe Anstalten, Paris zu verlassen, was bedeutet hätte, daß die Prozesse auf unabsehbare Zeit vertagt worden wären. Angesichts dieser Situation beschloß die Gesandtschaft zu ihrem stärksten Druckmittel zu greifen, indem sie verlauten ließ, sie werde das Marchrecht von Peterlingen anrufen, wobei sie genau wußte, wie sehr die Krone eine Verhandlung vor diesem Schiedsgericht vermeiden mußte. Die Drohung hatte eine überraschende Wirkung, denn bereits zwei Tage später, am 11. Februar, wurde Ferron zum Verhör geladen. Obgleich die Vertreter der Kaufleute, Studer und Socin, die Verhandlung versäumten, wurde gegen den Pächter entschieden¹⁰⁹⁾.

Das Urteil befreite die eidg. Kaufleute gänzlich von der Douane von Valence und verurteilte den Zollpächter zur Rückzahlung der bereits erhobenen Zollgebühren. Weniger glücklich verliefen die Verhandlungen über die Zahlung der Réappréciation von 1632, da die Finanzintendanten in Erfahrung bringen wollten, wie sich die eidg. Kaufleute gegenüber der Tarifreform von 1581 verhalten hatten, um dann im vorliegenden Fall ähnlich entscheiden zu können. Nun war

108) SAZ, Mappe 156 (1635), no.24 und 25

Berichte Studers und Socins vom 16. und 20. Februar 1635

109) Vgl. Hirzels Tagebuch, Eintragung vom 11. Februar 1635

aber die Réappréciation von 1581 in der Zeit der Glaubenskämpfe eingeführt worden, und in den Wirren jener Epoche hatten auch die Freiheiten der Kaufleute vorübergehend Einschränkungen erfahren, so daß sie zur Zahlung der erhöhten Sätze von 1581 gezwungen werden konnten. Die Vertreter der Kaufleute versuchten, die etwas unklare und ungünstige Rechtslage mit dem Argument zu bessern, daß die erzwungenen Zahlungen an den Herzog von Nemours, den Führer der Liga, nicht aber an den König geleistet worden waren, und überdies Heinrich IV. durch das Patent von 1594 die alten Rechte und Freiheiten der Kaufleute restituiert habe. Die Berufung auf dieses Patent nützte wenig, denn es war bei ihm wie bei allen übrigen Patenten nicht zu erreichen gewesen, daß es eine detaillierte Aufzählung der Rechte enthielt. Da man sich mit einer allgemein gehaltenen Erklärung hatte zufriedengeben müssen, konnte der Conseil du Roi jetzt anordnen, die klagende Partei habe den Beweis dafür anzutreten, daß sie die strittigen Zahlungen nie geleistet habe. Der mündlich vorgebrachte Einwand, die Kaufleute hätten für deutsche und eidg. Waren bisher noch nie Einfuhrzoll zahlen müssen (mit Ausnahme einiger unbedeutender Brückengelder und Binnenzölle), sondern nur die drei der Stadt Lyon gehörenden Ausfuhrzölle der haute-passage, rève und imposition foraine, wurde vom Gericht als ungenügend und nicht beweiskräftig zurückgewiesen. Im späteren Verlauf der Verhandlungen mußten sie dann zugeben, daß seit einigen Jahren von ihnen für die Seidenprodukte Zürichs, die den italienischen nachgemacht wurden, der Einfuhrzoll gezahlt wurde¹¹⁰⁾. Gegen den Protest der Kläger, die darauf verwiesen, daß die beklagten Zollpächter beweispflichtig seien, blieb das Gericht bei seiner Entscheidung, so daß die Kaufleute versuchen mußten, den von ihnen geforderten Beweis anzutreten. Der Ordinariverwalter von Lyon erhielt den Auftrag, sich die Zollfreiheit der eidg. Kaufleute vom Rat der Stadt Lyon bescheinigen zu lassen und das Attest umgehend nach Paris zu senden¹¹¹⁾.

110) SAZ, Mappe 156 (1635), no.36

Requête au Conseil du Roi vom 5. März 1635

111) Vgl. Studers Tagebuch, a.a.O., S.347

Wie die Behörde von Lyon bestätigte auch der ehemalige Zolleinnehmer in Lyon Augustin Parceval, am 26. Februar 1635 schriftlich, daß die eidg. Kaufleute für ihre aus dem Reich und der Eidgenossenschaft eingeführten Waren keinen Zoll zu zahlen hatten¹¹²⁾. Unterdessen stockte der Fortgang der Verhandlungen und wieder mußten die Gesandten von Tür zu Tür gehen, ohne in den vielen Audienzen etwas erreichen zu können. Bei einem Empfang bei Père Joseph wurde ihnen von diesem offen die Abreise nahegelegt mit der Begründung, in den gegenwärtigen schwierigen Zeiten sei ihre Anwesenheit in der Heimat wichtiger als in Paris, wo sie um Bagatellen stritten. Die beiden kaufmännischen Delegierten erklärten aber, solange in Paris bleiben zu wollen, bis auch in der Frage der Réappréciation ein befriedigendes Urteil vorliege¹¹³⁾. Am 25. Februar 1635 wurde in dieser Sache vor dem Conseil des Finances verhandelt, aber anstatt zu einem Urteil zu kommen, beschlossen die Richter lediglich, den Prozeß um drei Monate zu vertagen¹¹⁴⁾. Dieser Beschluß veranlaßte die Gesandten, die sich bereits seit vier Monaten in Paris aufhielten, die Abreise zu erwägen. Socin und Studer machten ihnen aber ernstliche Vorhaltungen und erinnerten daran, daß die gesamte Gesandtschaft zu Lasten der Kaufleute ging, worauf Hirzel, Ziegler und Erlach beschlossen, zunächst noch abzuwarten und zu versuchen, die Vertagung des Prozesses durch Gerichtsbe-

112) SAZ, Mappe 156 (1635), no. 31 b

Erklärung Parcevals vom 26. Februar 1635. Parceval forderte für seine Bemühungen ein Honorar von 20 Pistolen und erklärte, der Anwalt Chappuzeau selber habe ihm geraten, soviel zu verlangen, da es sich bei den Kaufleuten nicht um gewöhnliche Personen handle und sie das Attest dringend benötigten. Parceval gab sich schließlich mit 12 Pistolen zufrieden. In seinem Tagebuch (S. 348) knüpft Studer daran die Betrachtung, man könne daraus ersehen, wie es bei Hof zuginge, daß der eigene Anwalt einen verkauft und verrät.

113) Vgl. Studers Tagebuch, a.a.O., S. 351

114) SAZ, Mappe 148 (1635), no. 30

Der Gerichtsentscheid (arrêt interlocutoire) vom 8. März 1635 richtete sich formell gegen den Pächter de Pars, war aber in Wahrheit für ihn ein Vorteil.

schluß wieder aufheben zu lassen. Am folgenden Tag kam es während der Audienz beim Finanzintendanten Bullion zu einer erregten Auseinandersetzung. Bullion äußerte, der König werde von allen Seiten um Geld und Hilfe angegangen, was ihn dazu zwingt, ein großes Heer von 132000 Mann Feldtruppen, 14000 Reitern und 16000 Mann in den verschiedenen Garnisonen zu unterhalten, woraus er aber auch das Recht ableiten könne, sämtliche Einnahmequellen auszuschöpfen. Der Finanzintendant Bouthillier ergänzte, die Zollpächter hätten auf Grund ihrer Vertragsklausel das Recht, entweder von den privilegierten Kaufleuten auch die Zahlung der Réappréciation zu verlangen oder vom König die Rückerstattung der Zollaussfälle zu fordern. Um den Beweis über die Höhe der Zollaussfälle antreten zu können, hätten die Pächter eine Frist von sechs Monaten verlangt, das Gericht habe ihnen aber mit Rücksicht auf die Gesandtschaft nur drei Monate zugestanden. Immerhin sei er, Bouthillier, in der Lage, zu versichern, daß der Prozeß zu Gunsten der Kaufleute entschieden werde, falls die Höhe der jährlichen Zollaussfälle den Betrag von 10 bis 12000 livres nicht überschreite¹¹⁵⁾. Eine Kürzung der 3-monatigen Vertagung konnte er nicht in Aussicht stellen und auf die Bitte, dann wenigstens für die Dauer der drei Monate von der zwangsweisen Erhebung der Réappréciation abzusehen, äußerte er sich ablehnend¹¹⁶⁾.

Die drei eidg. Gesandten konnten nicht länger daran denken, ihren Aufenthalt in Paris zu verlängern, und entschlossen sich daher, ihre Abreise ernstlich vorzubereiten. Sie ließen dabei durchblicken, daß sie ungehalten zurückkehrten, was einen nachteiligen Einfluß auf die Beziehungen zwischen der Eidgenossenschaft und Frankreich haben werde. In der Behandlung der kaufmännischen Beschwerdeschrift sei ihnen nur wenig Unterstützung seitens der französischen Regierung zuteil geworden, und aus diesem Verhalten müßten die Regierungen der eidg. Stände schließen, daß man ihnen in der Be-

115) Vgl. Studers Tagebuch, a.a.O., S.355

116) Vgl. Studers Tagebuch, a.a.O., S.359

handlung der politischen Fragen noch weniger Entgegenkommen gezeigt habe, eine Haltung, die auch die Stellung des französischen Gesandten Méliand erheblich erschweren werde¹¹⁷⁾. Es ist kaum anzunehmen, daß die unwilligen Äußerungen der Gesandten bei Hof großen Eindruck machten, denn dort wußte man zu genau, wie stark die französischen Sold- und Pensionenzahlungen die Eidgenossenschaft an Frankreich banden, und es konnte es sich zu jenem Zeitpunkt leisten, auch gegenüber zweitrangigen Forderungen der eidg. Kaufleute eine ablehnende Haltung einzunehmen. Den Bemühungen der Gesandten war es geglückt, für die eidg. Offiziere in französischen Diensten von Ludwig XIII. eine Bestätigung ihrer alten Befreiung vom Droit d'Aubaine zu erhalten¹¹⁸⁾, als sie aber darum baten, die Befreiung urkundlich auch auf die eidg. Kaufleute auszudehnen, wurde dies abgelehnt, ebenso wie in der Frage der Geldausfuhr die französischen Behörden zu keinerlei Konzessionen bereit waren¹¹⁹⁾. Der bernische Gesandte Hans Ludwig von Erlach trat am 6. März, noch vor Erteilung der Abschiedsaudienz beim König und bei Richelieu, die Heimreise an. Die beiden anderen Gesandten mußten noch zehn Tage warten, bis sie die Urkunde über die Befreiung der eidg. Kaufleute von der Douane von Valence in der erforderlichen Form ausgehändigt erhielten; ein in gänzlich ungenügender Weise ausgefertigtes Dokument hatten sie vorher zurückweisen müssen. Bei den Abschiedsaudienzen wurden Hirzel und Ziegler alles Wohlwollen und Verständnis zuteil, das sie bisher vergebens gesucht hatten, und das so schlecht

117) Vgl. Studers Tagebuch, a.a.O., S.360

118) Vgl. Vogel: a.a.O., S.93

DECLARATION DU ROY, En interpretation des Privileges des Cent Suisses, en consequence qu'il sera loisible à tous ceux de ladite Nation qui sont au service, gages & solde de Sa Majesté, d'acquérir tous tels biens, meubles & immeubles qu'ils y pourront licitement acquérir; & que leurs femmes, enfans & heritiers qu'ils ont à present, ou pourront avoir, puissent succeder & apprehender les biens de leurs succession, tout ainsi que s'ils étoient natif du Royaume.

Donné à Paris au mois de Fevrier, l'an de grace mil six cens trente-cinq...Par le Roy. Bouthillier.

119) Vgl. Hirzels Tagebuch, Eintragung vom 5. März 1635

mit ihren Erfahrungen aus den vergangenen Monaten übereinstimmte. Der Kardinal sprach den Gesandten gegenüber von einem Anschlag Spaniens auf Frankreich und betonte, daß er gerne wieder eidg. Söldner in Dienst nehmen würde. Da aber die Soldforderungen zu hoch seien, habe Frankreich auf ihre Dienste verzichtet und sei außerstande, dem alten Bündnis noch große Bedeutung beizumessen. Richelieu bat die Gesandten, dafür zu sorgen, daß die übertriebenen Soldforderungen fallengelassen würden, dann brächte der Waffendienst für Frankreich auch wieder Geld in die Eidgenossenschaft¹²⁰⁾. Am 16. März erhielten die Gesandten endlich die gesiegelte Urkunde über die Zollbefreiung von der Douane von Valence, zusammen mit den Antworten des Königs auf die politischen Fragen¹²¹⁾. Da immer noch an der Fiktion einer rein kaufmännischen Standesgesandtschaft festgehalten wurde, waren die letzteren streng von den kaufmännischen Fragen betreffenden getrennt. Nachdem noch die Fortführung der Prozesse nach Ablauf der 3-monatigen Suspendierung dem bewährten Anwalt Poumier anvertraut worden war, verließ die Gesandtschaft am 16. März 1635 Paris in Richtung Lyon, wo sie am 26. eintraf. Vor zehn Vertretern der Kaufmannschaft verlas Seckelmeister Hirzel am folgenden Tag einen Bericht über das Ergebnis seiner Mission und brachte ihnen die schriftliche Antwort Ludwigs XIII. auf die Forderungen der eidg. Kaufleute zur Kenntnis. Er bat die Anwesenden, seinen Bericht wohlwollend entgegenzunehmen, auch wenn das Resultat seiner Bemühungen nicht ganz ihren Erwartungen entsprechen werde. Anschließend

120) Vgl. Hirzels Tagebuch, Eintragung vom 8. März 1635

121) SAZ, Mappe 148 (1635), no. 31

Die Urkunde ist datiert vom 16. März 1635 (n. St.) und bestätigt das Urteil des Conseil du Roi vom 30. März 1633. Dem Pächter Lucé oder seinen Nachfolgern war bei Strafe von 10000 livres verboten, direkt oder indirekt gegen das vorliegende Urteil zu verstoßen und befohlen, die Waren der Kaufleute die Douane von Valence in beiden Richtungen frei passieren zu lassen. Die bereits eingezogenen Zollgebühren waren zurückzuerstatten. Beugte sich der Pächter nicht dem Urteil, so wurde die Geldstrafe fällig, die je zur Hälfte an die Kaufleute und den Almosenier von Lyon zu zahlen war.

gab er bekannt, daß ihm bei der Abschiedsaudienz vom König eine goldene Ehrenkette und 100 Doublonen¹²²⁾ überreicht worden waren, die er den Kaufleuten als Beitrag an die großen Kosten der Gesandtschaft aushändigen werde. Den Gegenwert der Kette, die er zu behalten wünschte, wollte er von Zürich aus an Daniel Studer überweisen. Stadtschreiber Dr. Ziegler, der die gleichen Ehrengaben von Ludwig XIII. empfangen hatte, folgte dem Beispiel Hirzels. Die Kaufleute weigerten sich, die den beiden Gesandten verliehenen Auszeichnungen anzunehmen und baten sie, Geld und Ketten aus ihrer Hand als besonderes Zeichen der Dankbarkeit und Wertschätzung wieder entgegenzunehmen. Gleichzeitig wollten sie den Räten von Zürich und Schaffhausen ihre große Befriedigung über die Tätigkeit der Gesandten aussprechen. Ein zusätzliches Geldgeschenk wurde ihnen noch in Aussicht gestellt für den Fall, daß die noch schwebenden Prozesse zu einem für die Kaufleute glücklichen Ende kommen sollten¹²³⁾. Nach 4-tägigem Aufenthalt in Lyon ging die Heimreise über Genf weiter, wo Bericht erstattet wurde über die Erledigung der Angelegenheiten Genfs, die ebenfalls in Hirzels Auftrag eingeschlossen gewesen waren¹²⁴⁾. In Solothurn empfing der französische Gesandte Méliand die heimreisende Delegation sehr zuvorkommend und versprach, für die Sache der reformierten Orte und der eidg. Kaufleute jederzeit beim König einzutreten¹²⁵⁾. Vor der in Aarau zusammengetretenen Konferenz der IV evangelischen Orte erstatteten die Gesandten im Mai 1635 Bericht,

122) Vgl. Levasseur: Histoire du Commerce, a.a.O., Bd.I, S.255
1 Double Henri = 10 livres 4 sols

123) Vgl. Hirzels Tagebuch, Eintragung vom 27. März 1635
Laut Aufstellung in seinem Rechnungsbuch betrugen Hirzels Privatausgaben 613 Gulden. Als Gegenleistung für seine Bemühungen zählt er auf: die goldene Kette des Königs und 100 Doublonen, dazu von den Kaufleuten 200 Dukaten und 200 Silberfranken, sowie Bezahlung aller Spesen aus der Ordinarkasse. Dieses Honorar erschien ihm zu gering, weshalb er die Abrechnung mit dem Vermerk schließt: "Dergleichen commission beger ich nit mehr, den es gar ein geringe recompens gegen die lang mühselig reiss und grosse versumung."

124) Vgl. EA V, Abt. 2, no. 733, Aarau, 4. und 5. Mai 1635

125) Vgl. Studers Tagebuch, a.a.O., S. 373

wobei sie sich sagen konnten, daß sie ihr Bestes getan hatten, wenn auch auf die meisten ihrer Beschwerden nur halbe Antworten erteilt worden waren, was bei Kenntnis der diplomatischen Gepflogenheiten Frankreichs nicht als befriedigend angesehen werden konnte¹²⁶⁾. Die schriftliche Antwort des Königs, die der Konferenz überreicht wurde und die den Kaufleuten in Lyon bereits verlesen worden war, enthielt eine Reihe schön klingender Versprechen, doch stellte sie keine bindende Zusage dar¹²⁷⁾. Das einzig greifbare Resultat, das die Gesandtschaft mit heimbrachte, war die Befreiung von der Douane von Valence, ein Ergebnis, das in keinem Verhältnis stand zu den großen Mühen und Kosten, die von den Kaufleuten für das Zustandekommen der Gesandtschaft aufgewendet worden waren. Anfang Juni 1635 unternahm die Konferenz der evangelischen

126) EA V, Abt. 2, no. 735, e, Aarau, 14. und 15. Mai 1635

"In Betreff der Commerciens und der Beschwerden der nach Frankreich handelnden eidg. Kaufleute und der darüber erfolgten Resolution erachtet man für zweckmäßig, daß die Kaufleute neben ihrem ordentlichen Agenten, dem Herrn Bomier, noch einen anderen aus einer der vier Städte mit den erforderlichen Intercessionalen an die betreffenden Orte nach Hof schicken sollten, um die Exekution desto eher auszuwirken."

(SAZ, Abschiede, Bd. 146, S. 297)

127) SAZ, Mappe 156 (1635), no. 49

Das Schreiben des Königs, datiert Chantilly, den 23. März 1635, beantwortet die Klagen der Kaufleute:

1. Ein königlicher Entscheid in der Sache der Réappréciation, der Douane von Lyon, der Foraine und des Droit d'acquit wird für das laufende Jahr versprochen, sobald die Entschädigungssumme feststeht, die der König den Pächtern zu zahlen hat.
2. Der König wird veranlassen, daß die Kaufleute an den Zollstationen nicht mehr die Warenballen öffnen müssen und daß die Postverbindung von Lyon nach Deutschland durch die Zollbeamten nicht mehr gestört wird.
3. Die Rechte der eidg. Kaufleute sollen bei der Erneuerung der Zollpachtverträge berücksichtigt werden.
4. Der König wird veranlassen, daß die Eidgenossen in Bezug auf die Gerichtsgebühren den Franzosen gleichgestellt werden.
5. Die während der Messe in Lyon sterbenden eidg. Kaufleute sollen vom Droit d'aubaine befreit werden.
6. Der König wird die Rechte der eidg. Kaufleute in jeder Hinsicht schützen.

Orte nochmals Schritte in Bezug auf die Befreiung der eidg. Kaufleute vom Droit d'aubaine. Zürich sollte im Namen der IV Orte an Méliand schreiben "und ihn dabei inbezug auf das droit d'aubaine ("das ist Beziehung derjenigen Hab und Güter, deren Besitzer zwar eidgenössische Bürger, aber in Frankreich geboren sind") freundlich ersuchen, bei der "Doanne" zu Lyon, welche dormalen solche Güter anfight, um einen Stillstand bis zu des Königs endlicher Entscheidung anhalten."¹²⁸⁾

9. Die Eingriffe der Douane von Lyon in die Handelsfreiheiten der eidg. Kaufleute

Noch während die Gesandtschaft in Paris verhandelte, war der Generalpächter der Douane von Lyon, de Pars, dazu übergegangen, durch eine neue Vorschrift die Rechte der Kaufleute weiter einzuschränken. Seit der Gründung der Douane von Lyon hatte für die deutschen, Bündner und eidg. Kaufleute die Vorschrift bestanden, auf der Zollstation eine Aufstellung ihrer Namen und Handelsmarken zu hinterlegen, die in großen Zeitabständen berichtigt wurde. Jedes Handelshaus besaß sein eigenes Warenzeichen (marque), das an den Warenballen angebracht, den Eigentümer der Ware kenntlich machte. Der Vorschrift entsprechend mußten alle Waren bei der Ein- oder Ausfuhr zur Verzollung auf die Zollstation gebracht werden, und nur diejenigen Ballen konnten unverzollt zurückgezogen werden, die durch ihre Handelsmarke auswiesen, daß der Eigentümer zu den vom Zoll befreiten Kaufleuten gehörte. Den eidg. Kaufleuten war bei ihren Auseinandersetzungen mit den Zollpächtern wiederholt vorgeworfen worden, daß sie ihre Handelsmarken zu Gunsten nichtprivilegiierter Kaufleute mißbrauchten. Wenn auch Vorkommnisse dieser Art durch

128) EA V, Abt. 2, no. 739, h, Aarau, 7. und 8. Juni 1635
(SAZ, Abschiede, Bd. 146, S. 313)

Urkunden nicht belegt werden können, so darf daraus doch wohl nicht geschlossen werden, daß die Vorwürfe völlig unberechtigt erhoben wurden, denn es muß die Tatsache berücksichtigt werden, daß die Dokumentensammlung von den Kaufleuten selber angelegt wurde, die sie als Beweismaterial vor Gericht verwendeten und wohl kaum belastendes Material ihren Akten beifügten¹²⁹⁾. Im Dezember 1634, nach fast 20-jähriger Unterbrechung, befahl de Pars eine Berichtigung der die Handelsmarken enthaltenden Liste, wobei er aber gleichzeitig eine Reihe von Neuerungen einführte, die den Kaufleuten nicht nur lästig, sondern auch unnötig erschienen. Wie bisher waren Name und Handelsmarke des Kaufmanns in die Listen auf dem Rathaus und der Zollstation einzutragen, ergänzend kam aber neu hinzu, daß er seine Anschrift in Lyon, sowie die Namen aller seiner in der Stadt wohnenden Teilhaber, Faktoren und Geschäftsträger ebenfalls eintragen mußte. Wer nicht in der Liste aufgeführt war, sollte zukünftig vom Genuß der Zollbefreiung ausgeschlossen sein. Anlaß zu dieser Maßnahme de Pars' gab die gänzlich neue und ebenso unrichtige Auslegung des Vertrages von 1516 durch ihn. Er behauptete, nur die in Lyon ansässigen eidg. Handelshäuser besäßen die im Staatsvertrag von 1516 festgelegten Handelsfreiheiten, nicht aber die Lyon aufsuchenden eidg. Kaufleute, deren Firmen keine Niederlassungen oder wenigstens einen in der Stadt wohnhaften Vertreter besäßen¹³⁰⁾. Weiter stellte de Pars die Behauptung auf, daß alle in Frankreich geborenen deutschen und eidg. Kaufleute keinerlei Anspruch mehr auf die Vorrechte besäßen.

Mit der Neuauflage der Listen der Handelsmarken wurde gleichzeitig auch der Modus der Zolldeklaration geändert. Im Bestreben, die

129) In den Papieren der "ordinari-Truckhe" fehlen z.B. fast alle Gerichtssentscheide, die gegen die Kaufleute ausgefallen waren.

130) SAZ, Mappe 155 (1634), no.219

Mémoire vom 18. Dezember 1634

De Pars beschwert sich darin, daß es in Lyon Kaufleute gäbe, "qui ne demeurent en cette ville, font des grands négoces en cette ville et usurpent les droits d'exemption bien qu'ils n'ayent aucunes maisons, commis, ni facteurs en cette ville."

Zollbeträge so niedrig als möglich zu halten, waren die zur Verzollung kommenden Güter bisher en bloc deklariert worden, wobei immer nur diejenige Warengattung angegeben wurde, für die der niedrigste Zollsatz galt. De Pars beschwerte sich darüber, daß z. B. die St. Galler Kaufleute, deren Haupteinfuhrartikel Leinwand, Zwilch und Barchent waren, jeweils die gesamte Sendung als Barchent deklarierten. Der Zoll für Leinwand lag höher als der Zollsatz für Zwilch und dieser wieder über demjenigen für Barchent, weshalb der Zollopächter vorschrieb, daß inskünftig die zur Verzollung gelangenden Waren nach Qualität getrennt auf dem Zollamt vorzuweisen waren. Die Kaufleute weigerten sich verständlicherweise, diesen Neuerungen nachzukommen, so daß de Pars im Dezember 1634 vor dem Gericht der Douane von Lyon Klage gegen sie erhob, die von den deutschen und eidg. Kaufleuten mit einer Gegenklage wegen Amtsanmaßung des Zollopächters beantwortet wurde¹³¹⁾. In der Gegenklage wurde ausgeführt, die Kaufleute hätten immer das Recht besessen, ihre Waren en bloc zu deklarieren und daß es ihnen wegen des ständigen Wechsels der Angestellten ihrer Firmen unmöglich sei, eine genaue Führung der Listen zu garantieren. Darüber hinaus verstoße aber die Vorschrift, die Gesellschafter ebenfalls in den Listen aufzuführen, gegen das Prinzip der kaufmännischen Geheimhaltung, da viele Partner nicht wünschten, als Gesellschafter nach außen in Erscheinung zu treten. Den Kaufleuten könne auch nicht das Recht abgesprochen werden, wann immer es ihnen passend erscheine, nach Lyon zu kommen, um ihren Geschäften nachzugehen, und es sei unmöglich, sie jetzt plötzlich zu zwingen, entweder ständig eine Vertretung in Lyon zu unterhalten oder ihre Vorrechte aufzugeben. In Bezug auf die in Frankreich geborenen Kaufleute deutscher oder eidg. Nationalität kam es zu erregten Auseinandersetzungen mit de Pars, der behauptete, kein Staat könne außerhalb seiner Grenzen das Bürgerrecht gewähren oder Vorrechte garantieren. Die Kaufleute erwiderten darauf,

131) SAZ, Mappe 155 (1634), no. 220

Gegenklage vom 18. Dezember 1634

ihr Bürgerrecht sei kein persönliches Recht, sondern gehe nach dem "ius gentilicum" vom Vater auf die Kinder über¹³²⁾. Bereits am 29. Dezember 1634 entschied das Gericht der Douane von Lyon in fast sämtlichen Punkten zu Gunsten des Zollpächters. Die Kaufleute wurden aufgefordert, innerhalb Monatsfrist ihre Wareneichen neu eintragen zu lassen und dabei die Namen ihrer Teilhaber, Faktoren und Agenten mit aufzuführen. Die Zolldeklarationen hatten in Zukunft nach den Vorschriften de Pars¹ zu erfolgen und nur die Frage, ob die in Frankreich geborenen ausländischen Kaufleute die Handelsfreiheiten besaßen oder nicht, wurde vom Gericht offen gelassen. Umsonst richteten die Kaufleute im Frühjahr 1635 ein Gesuch an Ludwig XIII. mit der Bitte, das Urteil aufzuheben, und ebenso umsonst war ihr Gesuch an das Zollgericht von Lyon, in dem gebeten wurde, mit der Exekution des Urteils solange zu warten, bis der Entscheid des Conseil du Roi eintreffe. Die Juges de la Douane fällten am 28. April 1635 ein neues Urteil, welches das erste vollinhaltlich bestätigte¹³³⁾ und gewährten nur einen kurzen Aufschub, bis am 19. Juli ein Befehl des Gouverneurs d'Alincourt die sofortige Eintragung der Namen, mit allen befohlenen Einzelheiten, anordnete, dem die Kaufleute auch nachkamen¹³⁴⁾.

132) SAZ, Mappe 155 (1634), no.222

zur Gegenklage vom 18. Dezember 1634 werden als Beispiel angeführt:

Mathias Spon, gebürtig aus dem Stand Zürich,
Henry und Vincent Vertheman, Söhne des Siprias, als Bündner,
Paul Mascranny, eingetragen in die Liste als Bündner
vgl. Vigne: a.a.O., S.92

Bei der Firma Mascranny in Lyon absolvierte Colbert seine kaufmännische Lehre.

133) SAZ, Mappe 155 (1634), no.229

Urteil vom 29. Dezember 1634

134) SAZ, Mappe 147/148 (1547-1692), ohne no.

Aufstellung der eidg. Handelshäuser in Lyon, die ihre Wareneichen eintragen ließen (s. Anhang III, S. 327)

10. Der Entwurf Mathias Spon's zu einer neuen Konvention der
eidg. Kaufleute in Lyon, 1630 (?)

Für die Durchführung der endlosen Prozesse, die seit 1630 vor den Juges de la Douane, den Parlamentsgerichten und dem Conseil du Roi anhängig waren, für die Arbeiten zur Vorbereitung und Durchführung der Standesgesandtschaft und für die ständigen außergerichtlichen Vergleiche mit den Zollbeamten waren große Mittel erforderlich, die von den Kaufleuten aufgebracht werden mußten. Die Schwierigkeiten, denen der einzelne begegnete, und denen er oft hilflos gegenüberstand, hatten einen engeren Zusammenschluß der mit Frankreich Handel treibenden Kaufleute bewirkt. In Lyon trat Mathias Spon, der bereits 1608 zusammen mit Bartholomäus Zollikofer den Plan für eine Konvention ausgearbeitet hatte, 1630 (?) mit einem neuen Entwurf für einen Zusammenschluß vor die eidg. Kaufleute der Stadt¹³⁵⁾. Spon schlug vor, für die eidg. Kaufleute eine angesehene und einflußreiche Persönlichkeit im Staatsrat zu gewinnen, die gewillt war, das Patronat über sie zu übernehmen und bei allen Prozessen die Interessen der Kaufleute zu verfolgen. Ferner sollten in Lyon ein erfahrener Rechtsanwalt (procureur) und ein fähiger Advocat (solliciteur de procès) mit festem Jahresgehalt von der "nation" angestellt werden. Die Hauptforderung Spons galt aber der Reform der Ordinariverwaltung, die bisher den jeweiligen Verwalter gleichzeitig mit der Wahrung der Gesamtinteressen der Kaufleute betraut hatte. Spon forderte, mit diesem Brauch zu brechen, da die Verwalter, wegen ihrer privatgeschäftlichen Beanspruchung oder auch in Unkenntnis der Sachlage, die gemeinsamen Anliegen oft so gewahrt hatten, daß es zu Mißverständnissen, Irrtümern und Versäumnissen gekommen war. Die Ordinari-

135) SAZ, Mappe 151 (1622), no. 2

Der Entwurf Spons liegt undatiert bei den Urkunden aus dem Jahre 1622. Das Konzept muß aber in die Zeit zwischen 1630 und 1632 fallen, da ein Beitrag an die Ordinarikasse wegen der Douane von Valence vor 1630 nicht denkbar ist.
Vgl. S. 169 ff.

verwalter wohnten oft erst kurze Zeit in der Stadt und konnten dadurch nicht mit allen Einzelheiten vertraut sein, es konnte aber auch vorkommen, daß bei Übergabe der Ordinariverwaltung der Nachfolger nur ungenügend über die laufenden Angelegenheiten informiert wurde, oder er war über die Art ihrer Behandlung und Abwicklung genau der gegenteiligen Auffassung seines Vorgängers. Unter allen diesen Umständen mußte die Erledigung der gemeinsamen Interessen aber leiden, und Spon konnte mit Recht fordern, daß die Leitung dieser Geschäfte für dauernd einer Persönlichkeit zu übertragen war, die die Amtsbezeichnung "Direktor" führen sollte. Der Direktor mußte von allen Kaufleuten einstimmig gewählt worden sein und hatte ein festes Jahresgehalt zu beziehen, um ihn von der Geschäftslage unabhängig zu machen. Seine Aufgabe war es, den Kontakt mit der Vertrauensperson im Staatsrat zu pflegen und gegenüber den Zollpächtern als Vertreter der gesamten Kaufmannschaft aufzutreten. Ihm zur Seite, und gleichzeitig als Kontrollorgan, sollten der jeweilige Ordinariverwalter und zwei weitere Kaufleute stehen. In normalen Zeiten hatte der Direktor volle Handlungsfreiheit, in Notzeiten konnte er die Vollversammlung der Kaufleute einberufen und sich mit ihnen beraten. Spon schlug ferner vor, einen neuen Hilfsfonds zu gründen, der zur Finanzierung der Prozesse dienen sollte. Alle Kaufleute hatten an den Fonds ihre Beiträge zu leisten, deren Höhe nach den Tarifen der Douane von Valence berechnet wurde¹³⁶⁾. Um eine möglichst reibungslose Abwicklung des Handelsverkehrs sicherzustellen, sollte nach Spons Vorschlag großzügiger mit Geschenken an die Zollbeamten verfahren werden, und auch die Juges der Douane von Lyon wie der Statthalter waren durch regelmäßige Geschenke zu gewinnen. Die Tagsatzung in Baden sollte der Konvention inneren Halt geben und sie vor frühzeitigem Auseinanderfallen schützen, indem sie sie nach ihrer Konstitution offiziell anerkannte. Die Vorschläge Spons wurden in die-

136) Die Beitritts- und Beitragspflicht erstreckte sich nur auf die Kaufleute, die im Genuß der Handelsfreiheiten aus dem Ewigen Frieden von 1516 standen.

ser Form nie angenommen, aber seine Ideen beeinflussten doch die gesamte spätere Entwicklung. Die bereits erwähnten Bevollmächtigten der Kaufleute, Anton Locher, Rudolf Baumgarnter und Georg Gmünder, waren bereits mit Vollmachten im Sinne der Spon'schen Vorschläge ausgestattet und die Franzosen Poumier, Cappus und Chappuzeau können als "procureurs" angesehen werden. In den späteren Korrespondenzen über Verhandlungen mit den Behörden oder Zollpächtern ist von einem "Direktor" die Rede, und auch eine neue Kontributionskasse, die ihre Beiträge nach den Tarifen der Douane von Valence ausrichtete, wurde Wirklichkeit. Die in Lyon ansässigen eidg. Kaufleute schlossen Ende Dezember 1632 einen Vertrag, durch welchen sie sich verpflichteten, für ihren gesamten Warenverkehr die Hälfte der Gebühren in eine gemeinsame Kasse einzuzahlen, die sie sonst an die Douane von Valence hätten ausrichten müssen. Die im Transit durch Burgund gehenden Güter zahlten ein Viertel dieses Betrags an die Kasse, solange der Weg noch durch keine Zollstation behindert wurde. Der Vertrag besaß rückwirkende Kraft, so daß am 20. Februar 1633 die erste Zahlung für die vergangenen drei Monate zu leisten war und dann jeweils in Abständen von drei Monaten an die Ordinarikasse überwiesen wurde¹³⁷⁾. Die St. Galler Kaufleute zahlten ausserdem noch wie bisher das Ballengeld von 20 sols pro Ballen an ihre eigene Kasse weiter¹³⁸⁾. Die Kaufleute der anderen eidg. Orte zahlten, wenn sie keine Niederlagen in Lyon besaßen, keinen Beitrag an die Kasse, weshalb die St. Galler Kaufleute ihre Standesgenossen zum freiwilligen Beitritt zur Konventionskasse aufforderten. Im Frühjahr 1633 wurden Verhandlungen mit den Zürcher Kaufleuten geführt, die teils zustimmend, teils ablehnend dem Antrag St. Gallens gegenüberstanden. Nach längeren Verhandlungen erklärten sich die Zürcher Kaufleute bereit, Beiträge an die Kontributionskasse für diejenigen

137) SAZ, Mappe 152 (1632), ohne no.

Vertrag vom 27. Dezember 1632. Der neuen Kasse traten 10 St. Galler, 2 Zürcher, 2 Schaffhauser und 1 Basler Handelshaus bei.

138) SAZ, Ordinaribuch, a.a.O., Bd. III, S. 12.

Warengattungen zu zahlen, die den Schutz der Zollvorrechte genossen (nicht für die Zürcher Seidenprodukte), und im Laufe der Zeit schloß sich die Mehrzahl der Kaufleute aus den anderen eidg. Orten dem Beispiel Zürichs an¹³⁹⁾. Außer diesen Abgaben auferlegten sich die eidg. Kaufleute in Lyon noch eine weitere Steuer, um die Geldausfuhr, die völlig erlahmt war, wieder zu beleben. In Anlehnung an die bereits bewährte Methode der "Verehrungen" an den Gouverneur in Höhe von 1 pro Mille vom ausgeführten Betrag, wurde d'Alincourt nunmehr 1 % der ausgeführten Summen zugesichert, wofür er den Schutz des Geldexports, der Gütertransporte und der Reisenden zu garantieren hatte. Die in Lyon niedergelassenen eidg. Handelshäuser verpflichteten sich, nur solche Beträge frei auszuführen, die den Wert eines Pferdes zuzüglich 300 livres Reisegeld nicht überschritten. Die diesen Betrag übersteigenden Summen mußten dem dazu bestimmten Verwalter genau angegeben werden, der die Abgabe von 1 % einzog. Verstöße gegen die Vereinbarung wurden mit einer Buße von 50 spanischen Doublonen belegt¹⁴⁰⁾.

Das engere Zusammenrücken der Kaufleute erwies sich als durchaus notwendig, denn die ständig anwachsenden Prozeßkosten und die hohen Ausgaben für die Gesandtschaft von 1634 zwangen sie, die Kontributionssätze zu erhöhen. Bereits 1634 wurden sie im Vollbetrag des Tarifs der Douane von Valence erhoben, um dann auf das Anderthalbfache zu steigen und erst allmählich wieder auf den ursprünglichen Satz abzusinken. Trotzdem konnte der Bestand der Ordinarikasse den an ihn gestellten Anforderungen nicht genügen, so daß die Kasse im September 1634 mit einem Defizit von 1850 livres übergeben wurde. Der viertägige Aufenthalt der Standesgesandtschaft in Lyon hatte 2000 livres gekostet, und während ihres Pariser Aufenthalts wurden ungefähr 19000 livres an sie überwiesen, der Zwischenhalt in Lyon auf der Rückreise der Gesandtschaft verursachte Kosten in Höhe von 729 livres, alles Beträge, die aus der Ordinarikasse bestritten wer-

139) SASG, Faszikel A II, Mappe 8, ohne no.

140) SAZ, Ordinaribuch, a. a. O., Bd. III, S. 19

den mußten. Für die Honorare der Anwälte mußten ebenfalls große Summen aufgebracht werden, so daß die Gesamtausgaben der Kasse im Rechnungsjahr 1634/35 32829 livres 10 sols 3 deniers betrugen und sie mit einer Unterbilanz von 22600 livres im September 1635 übergeben wurde¹⁴¹⁾. Bei der folgenden Übergabe im Herbst 1636 war das Defizit auf 30863 livres 11 sols angewachsen, und es war für den jeweiligen Ordinariverwalter nur ein geringer Trost, wenn ihm seine Vorschüsse mit 2 % pro Messe verzinst wurden¹⁴²⁾. Diese Verzinsung wurde als äußerst unzureichend angesehen, und es ist unter den herrschenden Umständen nicht überraschend, daß das Amt der Ordinariverwaltung immer mehr als Belastung angesehen wurde.

11. Die zweite Mission Bartholomäus Zollikofers

Anfang Juni 1635 lief die dreimonatige Frist ab, die dem Generalpächter der Douane von Lyon durch den Conseil des Finances gewährt worden war, um nachzuweisen, welcher Ausfall ihm durch die Befreiung der eidg. Kaufleute von der Réappréciation entstand. Im Mai 1635 hatte deshalb die Konferenz der IV reformierten Orte beschlossen, dem Anwalt der Kaufleute in Paris, Poumier, einen zweiten Anwalt aus einem der IV Orte beizugeben, der mit den nötigen Intercessions-schreiben zu versehen war¹⁴³⁾. Bei Wiederaufnahme der Verhandlungen vor dem Conseil du Roi, im Juni, überreichten die Kaufleute dem König eine neue Denkschrift, in der alle Klagen nochmals aufgezählt wurden, und baten ihn, für ein abschließendes günstiges Urteil besorgt zu sein. Die Hauptpunkte des Memorandums waren:

141) Die Ausgaben für das eigentliche Ordinari betrugen im gleichen Zeitraum 2746 livres.

142) SAZ, Ordinaribuch, a.a.O., Bd.III, S.30

143) SAZ, Abschiede, Bd.146, S.297

vgl. S. 269, Anmerkung 126

1. Der königliche Rat möge durch einen Arrêt de Conseil anordnen, daß in den künftigen Zollpachtverträgen die eidg. Kaufleute durch eine Begünstigungsklausel geschützt wurden.
2. Das Patent Heinrichs II. von 1556 sollte bestätigt werden, um die freie Geldausfuhr wieder zu ermöglichen.
3. Das Gericht sollte feststellen, daß die in Frankreich geborenen Eidgenossen hinsichtlich der alten Handelsfreiheiten den übrigen eidg. Kaufleuten gleichgestellt waren.
4. Die Eidgenossen sollten vor Gericht den französischen Untertanen gleichgestellt werden¹⁴⁴⁾.
5. Das Gericht sollte den Zollbeamten der Douane von Lyon befehlen, die Zollquittungen wiederauszustellen¹⁴⁵⁾.

Um diese Forderungen zu unterstützen, gingen im Juli Empfehlungsschreiben der Tagsatzung an Ludwig XIII., Richelieu, Bullion, Bouthillier, Brullart, Séguier und Père Joseph ab¹⁴⁶⁾, und Hans Ludwig Spon¹⁴⁷⁾ reiste im Herbst 1635 nach Paris, um den Anwälten beratend zur Seite zu stehen. Hauptsächlich wollte er sich aber für die Rechte der in Frankreich geborenen Kaufleute, zu denen er selbst gehörte, einsetzen, und auf seine Bitte hatte der Rat der Stadt Zürich ihm schriftlich bescheinigt, daß die im Ausland geborenen Eidgenossen in der Heimat ihre vollen Bürgerrechte ausüben konnten¹⁴⁸⁾. Das am 21. November 1635 gefällte Urteil des Conseil du Roi ordnete aber lediglich an, daß Eidgenossen und Franzosen in Bezug auf die Gerichts-

144) Vgl. Esmain: a.a.O., S. 420

Die Eidgenossen hatten, wie alle Ausländer, gegenüber den Franzosen höhere Siegelgebühren zu zahlen und eine Kautio (Caution judicatum solvi) zur Deckung der Gerichtsgebühren zu hinterlegen, wenn sie gegen einen Franzosen einen Prozeß anstrengen wollten.

145) SAZ, Mappe 156 (1635), no. 62
Schreiben der IV Orte vom 26. Mai 1635

146) SAZ, Mappe 156 (1635), no. 64 bis 67
Schreiben der IV Orte vom Juli 1635

147) Hans Ludwig Spon, Bruder des Mathias Spon

148) SAZ, Mappe 157 (1636), no. 82
Attest der Stadt Zürich vom 28. März 1636

gebühren gleichzustellen waren und stelle die freie Ausfuhr von Geld und Edelmetallen wieder her, die allerdings nach den Richtlinien von 1566 vorzunehmen war, d.h. die Kaufleute hatten beim Gouverneur wieder Pässe zu lösen, mußten aber die mitgeführte Summe nicht im Paß, sondern zwecks Kontrolle nur in einem geheimen Register eintragen lassen¹⁴⁹⁾. Die Einführung einer besonderen Klausel in die Zollpachtverträge zu Gunsten der eidg. Kaufleute war trotz aller Bemühungen Poumiers nicht zu erreichen gewesen¹⁵⁰⁾. Der Generalpächter de Pars, durch den zähen Widerstand der Kaufleute vorsichtig geworden, begann einzusehen, daß es ihm auf dem bisher eingeschlagenen Weg nicht gelingen werde, die von ihnen geführten Waren vollständig der Réappréciation von 1632 zu unterwerfen. Um sein Ziel dennoch zu erreichen, kam er auf seine frühere Einrede zurück und behauptete, die Zollfreiheiten könnten nur für Waren eidg. Ursprungs gegolten haben, wodurch dem Verlauf des Prozesses eine für die Kaufleute ungünstige Wendung gegeben wurde. Welcher Ernst der Situation beigemessen wurde, zeigt sich darin, daß in St.Gallen beschlossen wurde, einen erfahrenen Kaufmann aus der Eidgenossenschaft nach Paris zu entsenden, um den Anwalt Poumier, der inzwischen zum ständigen Vertreter der eidg. Kaufleute am Hof ernannt worden war, in seinen Bemühungen zu unterstützen¹⁵¹⁾. Zunächst versuchte St.Gallen den Basler Kaufmann Socin für diese Mission zu gewinnen, da er bereits der Gesandtschaft von 1634 angehört hatte, aber Socin lehnte ab¹⁵²⁾. Von Lyon aus wurde auf die Entsendung

149) SAZ, Mappe 148 (1635), no.32 und 33

Beschlüsse des Conseil du Roi vom 21. November 1635

150) SAZ, Mappe 156 (1635), no.26, 27, 28, 30, 32, 34
div. Berichte Poumiers vom November 1635

151) SAZ, Mappe 156 (1635), no.72

Zwischen den Kaufleuten in Lyon und dem Anwalt Poumier war am 5. Juni 1635 ein Vertrag geschlossen worden, wonach Poumier für die Dauer seiner Tätigkeit am Hof täglich 6 livres vergütet bekam.

152) SAZ, Mappe 157 (1636), no.69

Brief der St.Galler Kaufmannschaft vom 18. Februar 1636 an Seckelmeister Hirzel in Zürich

eines Delegierten der eidg. Kaufmannschaft gedrängt, und so entschloß sich Bartholomäus Zollikofer, die undankbare Aufgabe nochmals zu übernehmen¹⁵³⁾. Von Zürich, dem Sprecher der Eidgenossenschaft in kaufmännischen Angelegenheiten, gingen Empfehlungsschreiben an den König und hochgestellte Persönlichkeiten am Hof ab, in denen nochmals um eine rasche Abwicklung der Prozesse gebeten wurde¹⁵⁴⁾. Zollikofer hatte sich von den IV Orten Beglaubigungsschreiben ausstellen lassen, um seinem Auftrag einen offiziellen Charakter zu verleihen, und ging in Paris mit aller Energie an die Erledigung seiner Mission. Trotz allem Elan brachte er aber die Prozesse nicht voran, so daß er im Juli 1636 gezwungen war, Stadtschreiber Dr. Ziegler von Schaffhausen und Seckelmeister Hirzel von Zürich zu bitten, an der Tagsatzung um Unterstützung für ihn nachzusuchen¹⁵⁵⁾. Am 18. Juli 1636 richtete die Tagsatzung im Namen der XIII Orte an Ludwig XIII. ein Schreiben¹⁵⁶⁾, aber erst am 6. August wurde Zollikofer in Audienz vom König und vom Kardinal Richelieu empfangen¹⁵⁷⁾. Die beiden Audienzen hatten nicht den erwarteten Erfolg, so daß die Tagsatzung im September nochmals gebeten werden mußte, sich beim König für die Kaufleute zu verwenden¹⁵⁸⁾. Zollikofers Berichte nach Lyon und St. Gallen lassen

153) SAZ, Mappe 157 (1636), ohne no.

Die Kaufleute von Lyon schlugen in einem Bericht vom 3. Februar 1636 vor, mit Zollikofer gleichzeitig den Lyoner Anwalt Cappus nach Paris zu senden.

154) SASG, Faszikel XV, Mappe 21, no. u

Der Zürcher Stadtschreiber Heinrich Waser war mit der Ausstellung der Schreiben beauftragt worden. Am 9. April 1636 dankte er den Ordinariverwaltern für die Übersendung eines Honorars von 56 Dukaten und teilte mit, daß die Briefe im Namen der reformierten Orte bereits im Dezember 1635 geschrieben worden waren, das Datum aber geändert werden mußte, da am französischen Hof genau darauf geachtet wurde.

155) SAZ, Mappe 157 (1636), no. 116

Brief Zollikofers vom 5. Juli 1636 an Hirzel in Baden.

156) SAZ, Mappe 157 (1637), no. 123

Kopie des Schreibens der Eidgenossenschaft an den König.

157) SAZ, Mappe 157 (1636), no. 128

Brief Zollikofers vom 5. August 1636 aus Paris.

158) SAZ, Mappe 157 (1636) no. 144

Brief Zollikofers vom 16. September 1636 aus Paris

erkennen, daß der Zeitpunkt für seine Aufgabe äußerst ungünstig gewählt worden war, denn die Finanzintendanten kannten nur noch ein Ziel, die Einnahmen des Fiskus zu steigern. Bullion und Bouthillier standen der Sache der Kaufleute ablehnend gegenüber, behaupteten daß in Anbetracht der zunehmenden Teuerung eine Erhöhung der Zolltarife durchaus gerechtfertigt sei und sie sich höchstens dazu verstehen könnten, die Zollfreiheit für Waren eidg. Ursprungs anzuerkennen. Am 27. Oktober 1636 hielt Zollikofer endlich das Urteil des Conseil du Roi in Händen, welcher zu dem Beschluß gelangt war, die eidg. Kaufleute von der Réappréciation von 1632 und dem Droit d'acquit zu befreien, sowie die Handelsfreiheiten der in Frankreich geborenen Eidgenossen anzuerkennen¹⁵⁹⁾. Auf den ersten Blick schien das Urteil sämtliche Forderungen der Kaufleute erfüllt zu haben, doch enthüllten sich bei näherer Prüfung einige schwerwiegende Mängel. Die Befreiung von der Réappréciation und dem Droit d'acquit war den Kaufleuten durch höchsten Gerichtsentscheid bestätigt worden. Durch das Urteil wurde ihre Zollfreiheit auch auf diejenigen Warengattungen ausgedehnt, deren Rohstoffe nicht in der Eidgenossenschaft gewonnen wurden, wodurch künftig die Zölle auf Burat, Fleuret und Voile de coton fortfielen. Ein entscheidender Mangel aber war, daß das Urteil nichts aussagte über die Zollfreiheit für Waren nichteidg. Ursprungs, die von den eidg. Kaufleuten geführt und gehandelt wurden. Ebenso muß als Mangel empfunden werden, daß der Zollpächter nicht zur Rückzahlung der in den letzten Jahren zu Unrecht erhobenen Zölle und zum Ersatz der Prozeßkosten verurteilt wurde, wie es die Kaufleute gefordert hatten. Es überrascht, daß ein erfahrener Kaufmann wie Zollikofer nichts über die Mängel des Urteils äußerte, anscheinend hatte er den Eindruck, daß im Augenblick das Möglichste erreicht worden war.

159) SAZ, Mappe 148 (1636), ohne no.

Kopie des Urteils des Conseil du Roi vom 27. Oktober 1636,

SASG, Faszikel XII, Mappe 9

Original des Urteils

12. Der Streit zwischen den Zürcher und St.Galler Kaufleuten um
die Ausgaben der Kontributionskasse und die Konferenz von
Rickenbach, 1636

Das Urteil des Conseil du Roi vom 27. Oktober 1636 erschien den Kaufleuten so günstig, daß sie die Konvention nicht mehr als dringend notwendig ansahen. Nachdem der schwerste äußere Druck, der zu ihrer Bildung geführt hatte, von ihnen genommen war, kam es zu inneren Streitigkeiten und Reibereien. Die Zürcher Kaufmannschaft verfolgte mißtrauisch das ausschließliche Verfügungsrecht, das die St.Galler Kaufleute über die Kontributionskasse besaßen. Bereits am 9. September 1635 warfen sie der Kassenverwaltung in Lyon Verschwendungssucht vor und forderten in einem Schreiben nach St.Gallen die dortigen Ordinariverwalter zur Vorlage ihres Rechenschaftsberichts auf mit der Begründung, daß für ein einziges Festbankett in Lyon angeblich 2000 livres ausgegeben worden waren¹⁶⁰⁾. Für den Fall, daß ihrem Wunsch nach einer sofortigen Rechnungsvorlage nicht entsprochen werden sollte, kündigten die Zürcher Kaufleute die sofortige Einstellung ihrer Beitragszahlungen an die gemeinsame Kasse an. Sie wollten lieber wieder die Gebühren der Douane von Valence zahlen, die sie außer den hohen Beiträgen an die Kasse in den letzten Jahren sowieso hätten zahlen müssen. St.Gallen schickte die Abrechnungen zur Einsichtnahme nach Zürich, fragte aber in einem Begleitschreiben an, ob die Zürcher die Anstrengungen und Opfer vergessen hätten, die St.Gallen in der Vergangenheit um der gemeinsamen Sache willen auf sich genommen hatte. Diese Frage, die einem Vorwurf gleichkam, brachte die Zürcher Kaufmannschaft erst recht auf. Sie behaupteten jetzt, die Anstrengungen der letzten drei Jahre seien überflüssig gewesen, da mit dem kommenden Friedensschluß die alten Zustände von selber wiederhergestellt werden und die in den Kriegszeiten erzwungenen Zahlungen hinfällig würden. Wenn schon ge-

160) Gemeint ist hier anscheinend das Bankett, das zu Ehren der Ständesgesandtschaft am 24. Oktober 1634 in Lyon gegeben worden war und ungefähr 1000 livres gekostet hatte.

zahlt werden müsse, zögen sie es vor, an den König von Frankreich zu zahlen, "der auch unserem volckh vil zu bezalen hatt, als das es solle unnütz verfressen werden, wie ein gueter theil mit jüngsten uncosten beschechen."¹⁶¹⁾ Die Kaufleute von Basel und Schaffhausen, ebenfalls mit der alleinigen Kassenverwaltung durch die St. Galler unzufrieden, schlossen sich mit ihren Protesten den Zürcher Standesgenossen an. Vor allem wurde beanstandet, daß dem Ordinariverwalter in Lyon die Vorschüsse mit 2 % pro Messe verzinst wurden, was allgemein als zu hoch empfunden wurde. Dieser Vorwurf, der in St. Gallen als höchst ungerecht angesehen wurde, da bei der starken Verschuldung der Kasse ihre Verwaltung eine Last war, kränkte die St. Galler Kaufleute außerordentlich¹⁶²⁾. Sie boten deshalb den Zürcher Kaufleuten eine Verzinsung von 2,5 % pro Messe an, wenn diese sich bereit erklärten, die Verwaltung der Kasse zu den bisherigen Bedingungen zu übernehmen. Gleichzeitig wurde Schaffhausen, Basel und Zürich der Vorschlag gemacht, aus ihrer Mitte je einen Kaufmann zu wählen, der zusammen mit dem Ordinariverwalter die Geschäfte der Kasse überwachen sollte. Diese vier "Direktoren" hatten dafür zu sorgen, daß die der Kasse angeschlossenen Handelshäuser ihre Beiträge pünktlich zahlten und nur die Mitglieder der Konvention in den Genuß der Zollfreiheiten gelangten. Trotz dieses Kompromißvorschlages fühlten sich die Zürcher Kaufleute immer noch benachteiligt, da ihr umfangreicher Importhandel in die Eidgenossenschaft durch die Douane von Valence stärker belastet wurde, deren Ausfuhrtarife höher als ihre Einfuhrtarife waren. Hiergegen machte St. Gallen geltend, daß es außer den ordentlichen Abgaben an die Kontributionskasse auch noch das Ballengeld an diese entrichtete, anerbote sich aber, nach Befreiung von der Réappréciation die Hälfte der Exportgebühren der Douane von Valence zusätzlich an den gemeinsamen Fonds

161) SASG, Faszikel XV, Mappe 20, no. o

Brief Hans Kaspars und Konrad Eschers vom 30. September 1635 nach St. Gallen

162) SAZ, Ordinaribuch, a. a. O., Bd. III

abzuführen¹⁶³⁾. Der Vorschlag Zürichs hingegen, sich nur an den Kosten des Prozesses gegen die Douane von Valence zu beteiligen, wurde als den Artikeln der Konvention widersprechend abgelehnt¹⁶⁴⁾.

Das Entgegenkommen der St. Galler Kaufleute ist durchaus verständlich, denn im Zeitpunkt der Verhandlungen betrug die Verschuldung der Kasse ungefähr 31000 livres, und ein Bruch mit den Zürcher Kaufleuten hätte auch die Einstellung der Beitragszahlungen der anderen Kaufleute bedeutet, was aber unter allen Umständen vermieden werden mußte, denn trotz der hohen Verschuldung der Kasse wurden immer neue Ansprüche an sie gestellt. So ließ sich z. B. Landammann Zurlauben von Zug, der im Frühjahr 1634 die katholische Gesandtschaft geführt hatte, samt seinen Mitgesandten bei der Kasse in Erinnerung bringen, da die Gesandten bei Ludwig XIII. auch für die Anliegen der eidg. Kaufmannschaft eingetreten waren¹⁶⁵⁾. Auch Bern stellte den Antrag, die Kosten der Mission des Obersten von Erlach aus der Kasse zu bestreiten, trotzdem Erlach selber immer wieder betont hatte, daß seine Aufgaben in Paris politischer Natur waren. Der endgültige Bruch mit der Zürcher Kaufmannschaft war also unter allen Umständen zu vermeiden, weshalb am 23. Mai 1636 in Rickenbach bei Wil (im heutigen Kanton St. Gallen) eine Konferenz der beiden streitenden Parteien abgehalten wurde. Auf dieser Konferenz weigerten sich die Zürcher sogar, an den Kosten der Gesandtschaft Schobingers vom April 1631 zu partizipieren¹⁶⁶⁾, und forderten die Rückgabe der Konsignation, zu der sie sich verpflichtet hatten¹⁶⁷⁾. Da alle Vermitt-

163) SASG, Faszikel XV, Mappe 21 no. h und m
Schreiben der Zürcher Kaufmannschaft vom 17. Februar und 4. März 1636. Die Verhandlungen fanden Anfang 1636 statt, also noch bevor das Urteil des Conseil du Roi im Prozeß gegen die Réappréciation vorlag. Der Export der St. Galler Kaufleute aus Frankreich hatte nur geringen Umfang, so daß ihr Angebot kein großes Opfer darstellte.

164) SASG, Faszikel XV, Mappe 21, no. t
Brief vom 8. April 1636 an die Zürcher Kaufmannschaft

165) Vgl. S. 249

166) Vgl. S. 232

167) SAZ, Mappe 157 (1636), ohne no.

• Bericht vom Mai 1636

lungsversuche fruchtlos verliefen, mußten sich die St.Galler schließlich bereit erklären, die Zürcher Kaufleute von den Sonderbeiträgen der letzten Jahre zu befreien, um mit dieser Konzession wenigstens in Zukunft die ordentlichen Beitragsleistungen sicherzustellen¹⁶⁸⁾. Das große Defizit der Ordinarikasse konnte nicht ständig vorgetragen werden, da die Debetzinsen eine zu große Belastung darstellten. Die in Lyon ansässigen St.Galler Handelshäuser beschlossen daher, Anfang Dezember 1638, ein Darlehen von je 2000 livres an die Kasse zu geben, das mit 5 % p.a. verzinst werden sollte, wobei die Darlehenszinsen vom Ballengeld abzuziehen waren¹⁶⁹⁾. Mit Hilfe der Kontributionsbeiträge, die seit dem Abkommen vom Februar 1637 auch von den Zürcher Handelshäusern in Höhe des halben Tarifs der Douane von Valence wieder regelmäßig gezahlt wurden, gelang es, das Darlehen allmählich zu tilgen.

13. Die Revision des Urteils des Conseil du Roi von 1636 und der Streit um die Taxe des aisés

Die Bilanz, die die eidg. Kaufmannschaft in Frankreich aus den Ereignissen der vergangenen Jahre ziehen mußte, war wenig erfreulich. Ihren alten Vorrechten standen nicht mehr nur die merkantilistische Handelspolitik, sondern jetzt auch der immer schneller uferlos werdende Geldbedarf der Krone gegenüber. Aus dem Kampf gegen die Übergriffe der Pächter war ein Kampf gegen den Fiskus geworden, dessen höchste Vertreter offen erklärten, daß die rücksichtslose Ausbeutung der Steuern und Zölle das gute Recht des Königs sei. Der Druck der steigenden Pachtsummen, unter dem die Generalpächter

168) SASG, Faszikel A II, Mappe 8, no.k

Die Vereinbarung wurde am 2. Februar 1637 getroffen.

Aufstellung der beteiligten Handelshäuser s. Anhang IV, S.329

169) SASG, Faszikel A II, Mappe 8, no.k

Entschließung vom 8. Dezember 1638

standen, wurde von diesen nach unten weitergegeben und lastete verstärkt auf den Steuerzahlern, die die Mißstände des Regimes zu tragen hatten. Die Zollfreiheit der eidg. Kaufleute in Frankreich stellte unter diesen Umständen in den Augen der französischen Untertanen eine unfaßbare Ungerechtigkeit dar, zumal sie nur zu genau wußten, daß die Mitglieder des Conseil du Roi ihre Auffassung teilten. Am 12. August 1638 bereits gelang es dem Generalpächter de Pars, eine Korrektur des Urteils des Conseil du Roi vom 27. Oktober 1636 durchzusetzen. Nach der Revision des Urteils hatte die Befreiung von der Réappréciation und vom Droit d'acquit nur noch Gültigkeit für solche Waren, die in der Eidgenossenschaft selber hergestellt wurden und deren Rohstoffe ebenfalls aus dem Gebiet der Eidgenossenschaft stammten. Die Befreiung vom Ausfuhrzoll hatte nur noch für diejenigen Waren französischen Ursprungs zu gelten, die direkt zum Verbrauch in die Eidgenossenschaft gingen, eine Verfügung, die nicht nur die Seidenmanufakturen Basels und Zürichs schwer traf, sondern auch ein empfindlicher Schlag gegen den privilegierten Handel zwischen dem Reich und Frankreich war, den die eidg. Kaufleute in den Händen hielten¹⁷⁰⁾. Bereits ein Jahr später, 1639, kam es zu größeren Auseinandersetzungen zwischen den eidg. Kaufleuten in Lyon und dem französischen Fiskus, der mit dem Versuch, die neu aufgelegten Kriegssteuern von ihnen einzuziehen, ihre Vorrechte in krasser Weise verletzte. Es ging bei dem Streit um die "taxe des aisés", deren Zahlung von allen wohlhabenden Untertanen des Königs gefordert wurde. Die taxe des aisés stellte eine Zwangsanleihe dar, an der sich jeder in Frankreich ansässige eidg. Kaufmann mit 3000 livres zu beteiligen hatte, wofür ihm eine Rente von 150 livres zugesichert wurde. Im Juni 1639 trugen "Doktor Sebastian Schobinger, Burgermeister, Junker Bartholomäus Zollikofer und Junker Daniel Studer, alle von St. Gallen, jener als Abgesandter von Burgermeister und Rat daselbst, diese im Namen der Kaufleute aus

170) SAZ, Mappe 158 (1638), no. 436

Erlaß des Conseil du Roi vom 12. August 1638

verschiedenen Orten der Eidgenossenschaft, die in Frankreich Handel treiben", der Tagsatzung vor, "daß zu Lyon und Valence seit einigen Jahren nicht unbedeutende neue Zölle eingeführt worden seien; auch habe man den fremden und eidgenössischen Kaufleuten zu Lyon 270000 Fr., welche hernach auf 245000 Fr. heruntergesetzt worden seien, zum Kriegswesen innerhalb Monatsfrist zu bezahlen auferlegt. Man möchte dafür sorgen, daß diesen Beschwerden abgeholfen werde und die eidgenössischen Kaufleute künftig nicht wie andere Fremde oder der Krone Untertanen, sondern als Bundesgenossen gehalten würden. - Es wird um Aufhebung dieser Neuerungen an den König, den Kardinal Richelieu, die Herren de Boullion, Bouthillier und Noyers, als Sürintendanten der Finanzen, sowie auch an den Gubernator von Lyon geschrieben. Den Kaufleuten wird befohlen, sich auf die eidg. Orte zu berufen und gegen allfällige Anwendung von Gewalt zu protestieren, falls sie um Bezahlung belangt werden sollten".¹⁷¹⁾ Durch den energischen Protest der Tagsatzung, besonders auf Grund des Schreibens der XIII Orte vom 2. März 1640, sahen sich die französischen Behörden veranlaßt, die Zwangskontribution fallen zu lassen, führten aber als Ersatz dafür eine neue Abgabe, die "Subvention" ein, die 2,5 % des Warenwertes ausmachte und die für alle eidg. Kaufleute obligatorisch war.

14. Die Einführung der Quarantième

Auch gegen die Subvention erhoben die Kaufleute kräftig Einspruch und wiesen darauf hin, daß diese neue Steuer nicht nur im Widerspruch zu den Artikeln des Ewigen Friedens von 1516, sondern auch zu den später gegebenen königlichen Patenten und gefällten Urteilen des Conseil du Roi stand, da der "Quarantième" von allen Waren erhoben werde, die der Douane von Lyon und der Réappréciation unterlagen,

¹⁷¹⁾ EA V, Abt. 2, no. 904, a, Baden, 26. Juni bis 16. Juli 1639
(SAZ, Abschiede, Bd. 148, S. 146)

was für die von eidg. Kaufleuten geführten Waren nicht der Fall war¹⁷²⁾. Trotz der Proteste stellte der Conseil du Roi 1641 ausdrücklich fest, daß die eidg. Kaufleute zur Zahlung der Quarantième verpflichtet seien¹⁷³⁾. Dieser Beschluß veranlaßte die XIII Orte zum Einschreiten, und mit je einem Protestschreiben an den König und den Kardinal Richelieu erreichten sie, daß Ludwig XIII. den Spruch des Conseil du Roi aufhob¹⁷⁴⁾. Im Antwortschreiben Richelieus wurde die Aufhebung begründet mit der Rücksicht auf die Verträge, die von den Vorgängern des Königs mit der Eidgenossenschaft geschlossen worden waren, und als Anerkennung der eidg. Solddienste für die französische Armee. Es wurde in dem Schreiben aber ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sich die Aufhebung nur auf die Waren eidg. Ursprungs beziehe¹⁷⁵⁾. Diesem Vorbehalt verweigerten die Kaufleute aber die Anerkennung und zogen es vor, die unrechtmäßig erhobene Abgabe unter Protest weiter zu zahlen¹⁷⁶⁾. Der

172) Vgl. Charléty, a. a. O., S. 495

Mit Erlaß vom 6. November 1640 befahl Ludwig XIII., daß zur Deckung der Kriegskosten 1/20 vom Wert aller Waren zu erheben sei, die im gesamten Königreich umgesetzt wurden. Die Konsuln von Lyon protestierten gegen die Durchführung des Erlasses, konnten aber nur erreichen, daß am 21. August 1641 die Abgaben der Stadt von einem Zwanzigstel auf ein Vierzigstel herabgesetzt wurden. Ab 1647 wurde dann eine außerordentliche Gebühr auf Seide und Seidenstoffe erhoben für die Erlaubnis, während der Dauer des Krieges die Verzollung bei anderen als den vorgeschriebenen Zollämtern vorzunehmen. Sie betrug in der Dauphiné 4 livres 10 deniers, in der Provence 9 livres. Die ursprünglich nur für die Dauer des Krieges vorgesehenen Abgaben blieben nach Kriegsende bis auf unbestimmte Zeit in Kraft.

173) SAZ, Mappe 159 (1641), no. 489

Arrêt du Conseil du Roi vom 18. Dezember 1641

174) EA V, Abt. 2, no. 963, Solothurn, 9. Dezember 1641

SAZ, Mappe 159 (1641), no. 492

Schreiben der XIII Orte vom 29. Dezember 1641 an Ludwig XIII.

175) SAZ, Mappe 159 (1642), no. 496

Schreiben vom 13. Januar 1642

176) EA V, Abt. 2, no. 985, 1, Baden, 6. bis 29. Juli 1642

(SAZ, Abschiede, Bd. 149, S. 54)

"Der Ambassador erteilt auf die ihm vorgebrachten Punkte eine schriftliche Antwort des Inhalts... Die eidgenössischen Kaufleute könnten sich nicht beklagen, daß sie in ihren Gewerben belästigt werden, da man einen Arrêt zu ihren Gunsten erlangt habe, der bereits exequiert sei."

Streit um den Quarantième zog sich bis 1643 hin, ohne daß es gelang, in dieser Angelegenheit mehr als unverbindliche Zusagen des französischen Gesandten zu erhalten¹⁷⁷⁾. Im Laufe der Zeit scheinen sich aber die Verhältnisse wieder normalisiert zu haben, denn für einige Zeit verstummten die Klagen.

Jedoch schon im Frühjahr 1645 beschwerte sich Hans Ludwig Spon aus Paris über neue Steuerbelastungen und ersuchte den Rat der Stadt Zürich um Beistand. Sein Bruder Mathias Spon unterstützte von Lyon aus tatkräftig das Gesuch, so daß Zürich energische Vorstellungen beim französischen Gesandten in Solothurn erhob mit dem Resultat, daß dieser bereits im Juli erklärte, Ludwig Spon sei von den neuen Steuern befreit worden¹⁷⁸⁾. Im gleichen Jahr begannen die Zollstationen von Gex, Collonge und Seyssel einen neuen Einfuhrzoll von 5 sols pro Ballen zu erheben, und wieder wurden den Kaufleuten auf Verweigerung der Zahlung die Waren beschlagnahmt. Der Prozeß, der beim Parlamentsgericht von Dijon ausgetragen wurde, endete mit einem für die Kaufleute günstigen Urteil, aber wie stets in diesen Fällen zog der Zollpächter das Verfahren vor den Conseil du Roi. Mit Hilfe von Empfehlungsschreiben der XIII Orte und des Prinzen von Condé gelang es nach längerem Prozessieren dem Anwalt der eidg. Kaufleute, Caboud, im Juli 1646 ein Urteil zu erzielen, das den Zollbeamten verbot, die Zahlung des neuen Zolls von den

177) EA V, Abt. 2, no. 1007, c, Baden, 5. Juli bis 1. August 1643 (SAZ, Abschiede, Bd. 150, S. 69)

"Der französische Ambassador, Herr Caumartin, überreicht ein königliches Schreiben und legt alsdann die Antwort auf das ihm auf jüngster Tagleistung zugestellte Memorial vor. Der Inhalt desselben ist folgender: 1) Auf die Beschwerde der Orte, daß man die in Frankreich traficierenden eidgenössischen Kaufleute von den Impots der Douane von Lyon befreien möchte, wird geantwortet, daß man den Fermiers befehlen werde, keine Neuerungen einzuführen und zurückzuerstatten, was sie unrechtmässig abgenommen hätten..."

178) EA V, Abt. 2, no. 1070, Baden im Juli 1645

Vgl. Konferenz der ev. Städte und Orte während der Jahrrechnungstagsatzung zu Baden.

eidg. Kaufleuten zu fordern¹⁷⁹⁾. Der Julitagsatzung von 1647 wurden wiederum neue Klagen der mit Frankreich Handel treibenden Kaufleute vorgetragen, auf die der französische Gesandte nicht näher eintrat, sondern nur argumentierte, "die Zollsteigerungen seien durch den Krieg herbeigeführt und mehr für andere als für die Eidgenossenschaft drückend, da die meisten Waren nicht in der Eidgenossenschaft blieben, sondern in andere Länder gingen."¹⁸⁰⁾ Das waren wieder die bekannten Ausflüchte und Ausreden, aber die Tagsatzung zeigte sich dieses Mal etwas hartnäckiger und stellte die Abordnung einer Gesandtschaft an den König in Aussicht für den Fall, daß nicht Abhilfe geschaffen werde. Wieder verstummten daraufhin für einige Zeit die Klagen der Kaufleute, die auf die alte Praxis der "Verehrungen" an die Zolleinnehmer zurückgekommen waren, denn anscheinend verursachte diese Behandlung der Dinge ungleich niedrigere Kosten, als die langwierigen und äußerst kostspieligen Prozesse. Wie bereits früher, wurden die "Verehrungen" an die Zollbeamten aus der gemeinsamen Kontributionskasse gezahlt, wobei die Kaufleute die alte Konvention im November 1649 und später für die Jahre 1651 und 1652 erneuerten, zu einem Zeitpunkt, an dem die staatsrechtliche Grundlage ihrer Freiheiten vom formaljuristischen Standpunkt aus nicht mehr existierte¹⁸¹⁾.

179) SAZ, Mappe 160 (1646), no. 523

Arrêt du Conseil du Roi vom 12. Juli 1646

180) EA V, Abt. 2, no. 1133, p, Baden, 7. bis 27. Juli 1647

(SAZ, Abschiede, Bd. 151, S. 319)

181) SAZ, Mappe 160 (1649), no. 645

Abkommen vom 17. November 1649

SAZ, Mappe 160 (1651), no. 528

Abkommen vom 23. Juni 1651

SAZ, Mappe 160 (1652), no. 532

Abkommen von 1652, ohne näheres Datum

15. Der Beginn der Verhandlungen um die Bündniserneuerung und die Forderungen der eidg. Kaufleute, 1651

Ludwig XIII. war am 13. Mai 1643 gestorben, und durch seinen Tod erlosch am 12. Mai 1651 das Bündnis, das Heinrich IV. am 31. Januar 1602 mit der Eidgenossenschaft geschlossen hatte, und das acht Jahre nach dem Tod seines Nachfolgers erlöschen sollte. An einer Erneuerung des Bundes war beiden Vertragspartnern gleich viel gelegen, denn Ludwig XIV. benötigte die eidg. Soldtruppen ebenso sehr wie sein Vorgänger, und die eidg. Stände konnten und wollten nicht auf die Sold- und Pensionenzahlungen Frankreichs verzichten. Anfang 1651 nahm der französische Gesandte de la Barde¹⁸²⁾ Verhandlungen wegen der Bundeserneuerung auf, und den eidg. Kaufleuten schien der Augenblick gekommen, endgültig mit Frankreich zu einem klaren Verhältnis in Bezug auf ihre Handelsfreiheiten zu kommen. Im Westphälischen Frieden waren überdies die österreichischen Gebiete des Elsaß und des Sundgaus an Frankreich abgetreten worden, und es galt auch hier, klare Verhältnisse zu schaffen und die Handelsfreiheiten zu verteidigen, die 1511 durch die erneute Erbvereinigung mit Habsburg den eidg. Kaufleuten zugestanden worden waren. Ein gemeinsames Vorgehen der Kaufleute wurde zwingend, als de la Barde im Laufe der Vorverhandlungen über das neue Bündnis den Versuch machte, mit dem Erlöschen der Vereinigung von 1602 gleichzeitig den Ewigen Frieden von 1516 erlöschen zu lassen, was den eidg. Kaufleuten die Basis ihrer Forderungen entzogen hätte¹⁸³⁾.

182) Jean de la Barde, Marquis de Morelles-sur-Seine, Seigneur de Motteux et de Langlées, ordentl. Gesandter, Januar 1648 bis Dezember 1660

183) EA III, Beilage no. 19, Baden, 7. Februar 1511
Erneute Erbvereinigung mit Österreich.

"Wir Maximilian, von gottes gnaden Erwölter Römischer Kayser...zum Ersten sollen vnd muegen nun hinfür in ewig zeyt wir obgenant partheyen, ouch alle vnser erben, nachkomen... yetzo oder kunftiger Zeyt mit Schutz, Schirm, verspruch...in allen vnd jeden vnseren fürstenthumben, Grafschaften, Herrschaften, Landen...mit kawffen, verkawffen vnd anderen getrewen, vnschedlichen vnd vngeuerlichen gescheften lybs vnd guets

Fortsetzung S. 293

Die Kaufleute erkannten rechtzeitig die Gefahr und beschlossen alles zu unternehmen, was der Erhaltung des Vertrages von 1516 dienlich sein konnte. Anfang 1651 verhandelten Zürich und St. Gallen unter Hinzuziehung von Vertretern der Kaufmannschaft von Bern, Basel, Schaffhausen, Solothurn, Freiburg und Luzern mit den Boten der Tagsatzung. Dabei tauchte der Plan auf, durch die Eidgenossenschaft einen ständigen Anwalt am französischen Hof zu besolden, dessen Aufgabe es sein sollte, die Prozesse vor dem Conseil du Roi zu verfolgen, die Wahrung der Handelsfreiheiten zu überwachen und dafür zu sorgen, daß die eidg. Offiziere und Soldaten pünktlich ihren Sold erhielten. Die Kaufmannschaft bot zur Durchführung dieses Vorhabens eine jährliche feste Subvention an, der Plan wurde aber nie realisiert¹⁸⁴⁾. Das gemeinsame Vorgehen der Kaufleute schien aber unter einem günstigen Vorzeichen zu stehen, denn die eidg. Stände waren wieder einmal über die schleppende Zahlung der Pensionen verärgert und beschlossen, kein neues Bündnis mit Frankreich zu schließen, bevor nicht die Ansprüche jedes einzelnen Standes befriedigt worden waren. Im Juli 1651 beschloß die Jahrrechnungs-Tagsatzung, "bei den im April gefaßten Beschlüssen zu beharren, die Verhandlungen geheim zu halten, sich nicht zu sündern, mit dem Abschluß des Bündnisses bis zur Zufriedenstellung aller einzelnen Stände zuzuwarten, von jedem Ort eine schriftliche Verzeichnung seiner Ansprüche vorlegen zu lassen, bei den Standesregierungen die Abordnung einer Gesandtschaft von acht Orten nach Paris zu beantragen."¹⁸⁵⁾ Hielten die Orte an diesem Beschluß fest, dann mußte es den Kaufleuten gelingen, ihre Ansprüche geltend zu machen und durch die einflußreichen

Fortsetzung von Anm. 183):

sicher zu vnd mit einander avfrecht, erberlich vnd redlich handeln vnd wandeln von vnser yeder parthey vnd den Iren obgemelt in solchem fueg vnverhindert, auch on newerung vnd beswarung einicher newer aufsätzen vnd zollen, in allweg getrewlich vnd vngeuarlich..."
(Original SAZ)

184) SAZ, Mappe 160 (1651), ohne no.

Schreiben vom 10. September 1651

185) EA VI, Abt. 1, no. 46, d, Baden, 2. Juli 1651

Orte vertreten zu lassen. Beeindruckt vom Beschluß der Tagsatzung hielt es de la Barde für angebracht, am 10. August 1653 den XIII Orten, unter Berufung auf ein königliches Schreiben, weitgehende Zugeständnisse in Aussicht zu stellen, die u.a. auch die Forderungen der eidg. Kaufmannschaft zum größten Teil erfüllt hätten. "Den Ausschüssen wurde von dem Ambassador in Bezug auf die Begehren der eidgenössischen Kaufleute, sie bei ihren Privilegien zu handhaben, gemäß königlicher Verordnung verheißen?

- 1) Daß gemäß Urteil vom 25. November 1635 die eidgenössischen Kaufleute in Frankreich wie natürliche und geborene Franzosen gehalten werden sollen und die Kanzleien bei Strafe von 2000 Franken ihnen nicht mehr Taxen abnehmen dürfen als französischen Untertanen;
- 2) daß gemäß der am 3. Mai 1556 gemachten Ordnung die in Frankreich handelnden Kaufleute Gold und Silber als Erlös ihrer Waren in die Eidgenossenschaft versenden mögen, jedoch mit Vorbehalt vorangegangener Einregistrierung der Summen bei dem General-Lieutenant zu Lyon und Einholung eines gegen die Zollämter schützenden Passeports, nach Urteil vom 29. November 1635;
- 3) daß den Erben der in Frankreich verstorbenen eidgenössischen Kaufleute die Hinterlassenschaft derselben ohne Abzug verabfolgt werde, unter der Verpflichtung, vor Verfluß von zwei Jahren die unbeweglichen Güter wieder in die Hände von Bewohnern Frankreichs übergehen zu lassen;
- 4) daß die in Frankreich Handel treibenden, aber nicht häuslich niedergelassenen eidgenössischen Kaufleute zu keinen Kontributionen, Steuern, Schatzungen oder wie man sie nennt subsistance, crüe, taillon, emprunts etc., auch zu keinem Wachdienst und Einquartierungskosten angehalten und den in Lyon häuslich niedergelassenen eidgenössischen Kaufleuten die ihnen dort bisher zugestandenen Begünstigungen nicht vorenthalten werden sollen;

- 5) daß auf dem Zollbureau zu Valence die Waren, welche in der Eidgenossenschaft verfertigt und nach Frankreich geführt werden, und die Waren, welche aus Frankreich nach der Eidgenossenschaft gehen, zollfrei seien (wobei jedoch unbestimmt bleibt, ob die seither bezogenen Douanegebühren zurückzubezahlen seien);
- 6) daß in Gemäßheit der zu Amiens am 27. Oktober 1636 gefällten Urteile, des Bündnisses von 1516, einer Procedur von 1553 und der Bestätigung vom Mai 1622 die eidgenössischen Kaufleute von der Douane zu Lyon, von der Bezahlung der réappréciation und der sechs Pfennige für einen Franken, sowie von dem acquit frei seien und mit keinen Zöllen weder für auszuführende noch für einzuführende Waren belästigt werden dürfen, dies auch für Baumwollenleinand und Floret und überhaupt von Waren gelte, die in der Schweiz aus fremden Stoffen gefertigt würden;
- 7) daß die Kaufmannswaren eidgenössischer Kaufleute der Quarantième entledigt seien, die zu Lyon wegen der 1,347'338 Franken, welche die Stadt dem Könige für den sol auf den Franken bezahlt hat, bezogen wird;
- 8) daß die laut Patent König Heinrichs vom 8. März 1551 bewilligten fünfzehn Tage Freimesse auch ferner privilegiert seien.

16. Die separate Bündniserneuerung der katholischen Orte, 1653
bis 1655

Mit diesen Zusagen übergab der Gesandte zugleich die Kopie einer an die Zollpächter und Zolleinnehmer in Breisach und Ensisheim gerichteten königlichen Weisung, daß von den eidgenössischen Kaufleuten keine höheren Zölle bezogen werden dürfen, als zu der Zeit, da diese Städte österreichisch waren, bei Strafe doppelten Ersatzes.¹⁸⁶⁾

186) EA VI, Abt. 1, no. 103, ss, Baden, 10. August 1653
(Verhandlungen von XII Orten, ohne Solothurn)

Wohl anerkannten die versammelten Orte das Entgegenkommen des Königs in den kaufmännischen Fragen, fanden aber, daß ihre eigenen Interessen, die ihnen weit näher standen, immer noch in ungenügender Weise beantwortet worden waren. Aus ihrer Haltung mußte de la Barde erkennen, daß er um den Preis der Anerkennung der kaufmännischen Ansprüche nicht zum Ziel gelangen konnte, sondern versuchen mußte, die Front der Orte zu sprengen, um einzeln mit ihnen zum Abschluß zu gelangen. Er ließ daher die Zusicherungen an die Kaufleute völlig fallen und trat in Einzelverhandlungen ein. Den ersten Schritt zu einem Erfolg in dieser Richtung hatte er bereits getan, als am 2. Juli 1653 Solothurn einen auf alle XIII Orte und ihre Zugewandten lautenden neuen Bundesvertrag abschloß, in dessen Artikel 20 die kaufmännischen Freiheiten nur in allgemeiner Form umrissen waren¹⁸⁷⁾. Wegen seines eigenmächtigen Vorgehens war Solothurn von der Tagsatzung vom 10. August 1653 ausgeschlossen

187) EA VI, Abt. 1b, Beilage no. 12

Bündnis der eidgenössischen Orte und ihrer Zugewandten mit der Krone Frankreichs, Solothurn, 24. Sept. 1653

Art. 20 "Es sollen auch nach inhalt des Ewigen Friedens, Zwischen der Cron Franckhreich vnd gemeiner Eidgnosschafft aufgericht, Vnser der Eidtnossen Kauffleuth mit erforderung der Zöllen vnd in allen anderen sachen in Vnser König Ludwigs Landen nicht anderst gehalten werden vnd weiters von Ihnen nicht erfordert noch genommen, dan wie von altem hero, bey dem sie auch vngesteigert Verbleiben sollen; Dieselben Vnser beyderseits Kauffleuth, Bilger, Botten vnd alle andere, so in Vnsere beiderseits Landen Handeln vnd wandlen, sollen auch mit Ihrem leib vnd guet Frey, sicher vnd Vnversuecht wandlen vnd handeln, nach ihrer besten gelegenheit, doch sich Keines Betruges vnd listes hierin gebrauchen."

Französischer Text: "Et suiuant ce que les Traitez de paix d'entre la Couronne de France et Nous des Liges contiennent, comme les Marchands de Nous des Liges doiuent estre traitez quand aux peages et subsides, demeurera le tout en son entier comme du passé et sans aucune Innouation, Et pourront les marchands, pellerins, messagers et autres des deux parties, qui traffiqueront et negotieront des vns aux autres pays, seurement et sans aucun empeschement en corps et en biens librement et a leur volonté aller, venir, seiourner et demeurer par le pays de l'une et de l'autre partie, sans fraude ny deception."

(Original Kantonsarchiv Solothurn)

worden, doch hatte seine Handlungsweise Rückwirkungen auf die Tagsatzung gehabt, denn "bezüglich der Bundeserneuerung will die Mehrheit der Orte einheitlich vorgehen...während dagegen einige andere Orte zu einer solchen Verpflichtung sich nicht herbeilassen wollen."¹⁸⁸⁾ So trat dann bereits im Februar 1654 Luzern dem zwischen Frankreich und Solothurn geschlossenen Vertrag bei, im Dezember 1654 gefolgt von Freiburg. Im Februar 1655 folgte katholisch Glarus, im März Uri, Zug, Schwyz, Unterwalden und katholisch Appenzell, und im April als letzter der katholischen Orte und ihrer Zugewandten der Abt von St-Gallen dem Beispiel Luzerns. Die Preisgabe der kaufmännischen Ansprüche durch die katholischen Orte wird verständlicher, wenn man berücksichtigt, daß der Handel mit Frankreich bei ihnen mit Ausnahme Freiburgs, eine unbedeutende Rolle spielte.

17. Die Verhandlungen Frankreichs mit den reformierten Orten, 1656, und die Forderungen der eidg. Kaufleute

Die Kaufleute mußten nun versuchen, bei den Verhandlungen de la Barde mit den reformierten Orten ihre Interessen zu schützen und nachzuholen, was von den katholischen Orten versäumt worden war. Im August 1656 wurde dem französischen Gesandten ein Entwurf zu einem zunächst auf 15 Jahre befristeten Bündnis zwischen den reformierten Orten und Frankreich übergeben, dessen Artikel 18 die Forderungen der Kaufleute detailliert aufzählte¹⁸⁹⁾. Anscheinend hat de la Barde den Entwurf sofort zurückgewiesen, denn auf der Konferenz der reformierten Orte, die am 15. September 1656 in Aarau abgehalten wurde, unterwarf er die Artikel des Entwurfs einer eingehenden Kritik und lehnte sie in ihrer Gesamtheit ab. Er führte aus, daß

188) EA VI, Abt. 1a, no. 103, Baden, 10. August 1653

189) EA VI, Abt. 1b, S. 1799. Text des Artikels 18 siehe Anhang V, S. 330

sich "die Freigebigkeit aber doch schicklicher Weise nicht, wie der vierzehnte Artikel verlange, sich auf die Douane von Lyon assignieren lasse; daß die Begehren des Artikels achtzehn besser auf Grund der älteren Bestimmungen in besonderen Beibriefen erledigt werden; daß endlich die anderen Artikel entweder im Einklang mit den älteren Artikeln oder ganz entbehrlich seien."¹⁹⁰⁾ Um die Verhandlungen in Fluß zu halten, schlug er zunächst mündliche Verhandlungen vor, die vom 15. bis 19. November 1656 in Aarau stattfanden. Da die reformierten Orte auf ihrem Standpunkt beharrten, erklärte sich der französische Gesandte schließlich bereit, bei Ludwiv XIV. neue Instruktionen einzuholen, u.a. "ob den eidgenössischen Kaufleuten alle in früheren Verträgen bedungenen Freiheiten zugestanden werden mögen, hiemit für sie alle neuen Zölle aufgehoben sein sollen, namentlich la douane de Valence et Lion, réappréciation, subvention, tiers de ville, quarantième, le droit d'octroi domanial, droit d'entrée et sortie du royaume usw., sowie auch die Zölle zu Breisach und an anderen Zollstätten im Elsaß und Sundgau, alles laut Artikel 18 des Entwurfs."¹⁹¹⁾ Auf Einladung des Gesandten trat die Konferenz am 15. Januar 1657 wieder in Aarau zusammen, um die Verhandlungen fortzusetzen. De la Barde legte an dieser Konferenz seinerseits einen neuen Entwurf vor, der aber nichts anderes darstellte als den Vertrag, den die katholischen Orte bereits angenommen hatten. Das Projekt entsprach inhaltlich unverändert der Vereinigung mit Heinrich IV. von 1602, und alle Forderungen, die über diesen Vertrag hinausgingen, waren sorgfältig fortgelassen worden. Die reformierten Orte konnten sich nicht dazu bereitfinden, ein derartiges Abkommen zu akzeptieren, kamen aber soweit entgegen, daß sie erklärten, die hauptsächlichsten Punkte aus dem neuen Vertrag herauszunehmen und sie in sogenannten Beibriefen zu fixieren, obgleich sie noch an der Novemberkonferenz von 1656 beschlossen hatten, daß alle Hauptpunkte im Bündnis-

190) EA VI, Abt. 1a, no. 194, Aarau, 15. bis 17. September 1656, Staatsarchiv Bern, evangelische Abschiede, Bd. G, S. 223
französischer Gegenvorschlag, Text s. Anhang V, S. 330

191) EA VI, Abt. 1a, no. 197, Aarau, 15. bis 19. November 1656

vertrag selber aufzunehmen seien. Da aber keine Einigung erzielt werden konnte, wurde beschlossen, die Konferenz am 26. Januar zu beenden, und von den Regierungen neue Weisungen einzuholen¹⁹²⁾. Eigentlich mußte es die Teilnehmer der Konferenz nachdenklich gestimmt haben, als auf ihre Versicherung, "daß die Stände ihrerseits unterdessen fortfahren werden, den ewigen Frieden mit Frankreich zu beobachten", der französische Gesandte erwiderte, "da die mehreren Orte durch den 1587 mit Spanien geschlossenen Bund den König von seiner Obliegenheit gegen sie enthoben haben und der Bund mit den evangelischen Städten nicht erneuert worden sei, so habe er eigentlich gegen die Eidgenossenschaft keine Bundesverpflichtung mehr."¹⁹³⁾ Hatten bereits während der Verhandlungen die Klagen der eidg. Kaufleute in Frankreich zugenommen, so zeigte sich jetzt, was de la Barde gemeint hatte. Joachim Lorenz und David Zollikofer berichteten nach St. Gallen, daß die französische Flotte den Handelsverkehr mit Spanien behinderte. Ferner waren die Zollbeamten neuerdings dazu übergegangen, bei der Verzollung amtliche Beglaubigungen dafür zu verlangen, daß die Waren der Kaufleute aus Rohstoffen aus der Eidgenossenschaft dortselbst hergestellt worden waren. Die Zölle wurden so rigoros eingetrieben, daß die Vögte im Thurgau und Rheintal bereits 1654 eine Bittschrift an die VII regierenden Orte richten mußten, in der sie diese unterrichteten, daß der Leinwand- und Tuchhandel mit Frankreich fast gänzlich zum Stillstand gekommen sei. Da aber einige tausend Menschen in der Manufaktur ihr Brot fanden, wurde gebeten, beim Abschluß des Bündnisses mit Frankreich der Lage dieses Gewerbes Rechnung zu tragen¹⁹⁴⁾. Nachdenklich stimmen mußte auch die Tatsache, daß alle Demarchen der reformierten Orte

192) EA VI, Abt. 1a, no. 202, Aarau, 15. bis 26. Januar 1657

193) EA VI, Abt. 1a, no. 202, Aarau, 15. bis 26. Januar 1657

194) SASG, Faszikel XVIa, Mappe 36, no. d

Schreiben des Landvogts im Thurgau vom 21. März 1654

SASG, Faszikel XVIa, Mappe 36, no. e und f

Schreiben des Landvogts im Rheintal vom 14. April 1654, vgl. auch Hasenfratz, Helene: Die Landgrafschaft Thurgau vor der Revolution von 1798, Frauenfeld, 1908, S. 174

am französischen Hof oder beim französischen Gesandten in Solothurn ergebnislos verliefen und die Franzosen jedesmal durchblicken ließen, daß nur der baldige Abschluß eines Bündnisses Abhilfe schaffen werde. Ein neuer Zwischenfall komplizierte die Situation noch mehr. Die Krone hatte einer Reihe eidg. Offiziere, die in ihrem Sold standen, Schmuckstücke verpfändet, um deren rückständige Soldforderungen zu decken. Die Offiziere ließen durch das Zürcher Handelshaus Werdmüller & Konsorten vorsichtshalber die verpfändeten Pretiosen nach Zürich in Sicherheit bringen, eine Maßnahme, die Ludwig XIV. als Mißtrauensvotum gegen seine Person auffaßte. Der König war über das Verhalten der eidg. Offiziere so aufgebracht, daß er den Befehl gab, die Vermögen der in Lyon ansässigen Zürcher und Schaffhauser Handelshäuser zu beschlagnahmen¹⁹⁵⁾.

18. Die Repressalien des französischen Fiskus gegen die eidg.

Kaufleute in Frankreich

Um der drohenden Gefahr zu entgehen, daß der Handel durch die Beschlagnahme völlig zum Erliegen kam, versuchten die eidg. Kaufleute in Lyon, ihr Eigentum gegen Stellung von Bürgschaften wieder freizubekommen. Es gelang ihnen aber nur, durch Solidarhaftung die Aufhebung zu erreichen, wobei sie sich verpflichten mußten, die Zölle, von denen sie bisher befreit gewesen waren, nachträglich zu zahlen für den Fall, daß der König bei Nichtzustandekommen eines

195) SAZ, Mappe 160 (1657), no. 569

Schreiben der IV Orte vom 4. März 1657 an de la Barde

SAZ, Mappe 160 (1657), no. 576

Schreiben der Stadt Zürich vom Dezember 1657; ebenso

SAZ, A 225 (1657), Mappe 12, no. 234

Brief vom 5. Dezember 1657, und

SAZ, D 71a, no. 8, 9 und 10

neuen Bündnisses die Nachzahlung befehlen sollte. Obgleich die Kaufleute in der Bürgschaftserklärung ausdrücklich vermerken ließen, daß sie bis dato von der Zahlung der Einfuhrzölle und der Réappréciation befreit gewesen waren, gaben sie dem Fiskus doch ein gewichtiges Druckmittel in die Hand, denn dieser konnte mit der Drohung, die Zollbeträge nachträglich zu erheben, auf den raschen Abschluß eines Bündnisses drängen¹⁹⁶⁾. Ein weiteres Druckmittel schuf sich der französische Fiskus durch das erneute Verbot der freien Ausfuhr von Geld und Edelmetallen, die ebenfalls einen wesentlichen Bestandteil der eidg. Handelsfreiheiten darstellte. Ein königlicher Erlaß befahl den Zollbeamten der Douanen von Valence und Lyon, sowie den Beamten der anderen Zölle, von den Kaufleuten der reformierten Orte sämtliche Zölle zu erheben, welche die französischen und nichtprivilegierten ausländischen Kaufleute zu zahlen hatten. Von den Kaufleuten, die Bürger derjenigen Orte waren, die das Bündnis bereits erneuert hatten, durfte hingegen nur die Zahlung der drei alten Zölle verlangt werden¹⁹⁷⁾. Die am 27. März 1657 in Aarau zusammengetretene Konferenz der reformierten Orte erkannte genau, daß "die den eidgenössischen Kaufleuten in Lyon auferlegten Zölle und Auflagen ... als Zwangsmittel angesehen werden müssen, zu dem Abschluß des Vertrags zu nötigen", betonte aber, die Maßnahmen seien nur geeignet, die Verhandlungen ins Stocken zu bringen¹⁹⁸⁾. Um deren Fortgang zu sichern, ersuchte die Konferenz den französischen Gesandten deshalb, dafür zu sorgen, daß die Zwangsmaßnahmen gegen die Kaufleute in Lyon wieder aufgehoben wurden. Die Versammlung ließ weiter durchblicken, daß sie gegebenenfalls eine Gesandtschaft an Ludwig XIV. abordnen werde, um in direkten Verhandlungen mit dem König zu einem annehmbaren Resultat zu kommen¹⁹⁹⁾.

196) SAZ, A 225 (1658), Mappe 13, ohne no.

Brief vom 7. Februar 1658

197) Vgl. Wartmann, Hermann: Jakob Hochreutiners Gesandtschaftsbericht, 1663 Sept. 30. - 1664 März 27., St. Gallen 1906, S. 11

198) EA VI, Abt. 1a, no. 206, Aarau, 27. bis 30. März 1657

199) Vgl. Schweizer, Paul: Korrespondenz der französischen Gesandtschaft in der Schweiz, 1664-1671, Basel, 1880, no. 427

De la Barde erwiderte, nicht er habe diese Maßnahmen veranlaßt, sondern seine Regierung, daß er aber, nachdem sie ihm nun bekannt geworden seien, den König um Aufschluß gebeten habe. Im Verlauf seiner Antwort wies er aber betont darauf hin, daß ein Bündnisabschluß die Frage, ob der Ewige Friede ohne eine Bündniserneuerung noch Gültigkeit besitze oder nicht, gegenstandslos mache²⁰⁰⁾. Auf der Konferenz vom 15. Februar 1658 in Aarau versuchten die reformierten Orte nochmals, die Aufhebung der Repressalien gegen die Kaufleute in Lyon durchzusetzen, bevor sie in Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Bündnisses eintraten. "Nachdem durch königlichen Befehl der Erzbischof von Lyon angewiesen worden ist, in Bezug auf die Zölle die Kaufleute derjenigen Orte, die in dem Bund noch nicht einbegriffen sind, wie des Königs Untertanen zu halten, wird der König gebeten, jene Verfügung gemäß dem keineswegs gebrochenen oder aufgehobenen ewigen Frieden von 1516 zurück zu nehmen; auch wird dem Erzbischof von Lyon davon Anzeige gegeben, mit dem Ersuchen, die Vollziehung jenes Befehls zu verschieben."²⁰¹ Trotz allen Widerstandes setzte sich bei den reformierten Orten allmählich die Erkenntnis durch, daß die Forderungen der Kon-

Fortsetzung von Anm. 199):

Mouslier ^{x)} an Lionne, Solothurn, 16. Juli 1669

Die Absicht de la Bardes, durch Repressalien den Widerstand der Kaufleute gegen den Abschluß des Bündnisses zu brechen, liegt klar zu Tage. Er mußte verhindern, daß die Forderungen nach detaillierter Aufnahme der eidg. Handelsfreiheiten in das Bundesinstrument verwirklicht wurden. De la Bardes Nachfolger Mouslier gab dies offen zu. Eine Äußerung des Bürgermeisters von Zürich ärgerte ihn so, daß er vorschlug, jeden in Lyon ansässigen Schaffhauser, Zürcher und Basler Kaufmann mit einer Buße von 10 bis 20000 livres zu belegen, mit der Begründung, "Les cantons n'eussent jamais été portés à faire l'alliance qui a esté traversée par la plus part, particulièrement par ceux de Zurich, pendant sept ou huit ans... si l'on ne ce fust servi de l'arrest de leur marchandises... et si on ne eust déclaré que, s'ils ne faisaient l'alliance, qu'on tiendrait la paix perpetuelle rompue."

x) François Mouslier, Seigneur de Signy-Signets, Montguichet etc. ordentl. Gesandter, Mai 1665 bis September 1671

200) EA VI, Abt. 1a, no. 206, Aarau, 27. bis 30. März 1657

201) EA VI, Abt. 1a, no. 237, Aarau, 15. bis 21. Februar 1658

ferenz vom August 1657 nicht realisierbar waren und sie beschlossen anlässlich ihrer Zusammenkunft vom 30. April 1658 in Aarau, das Bündnis auf den Grundlagen des Vertrags von 1602 zu erneuern. Der neue Vertrag entsprach inhaltlich genau demjenigen, den die katholischen Orte bereits in den Jahren 1653 bis 1655 angenommen hatten. Abweichend davon konnte nur erreicht werden, daß zwei Beibriefe (lettres annexes) in den Vertrag mitaufgenommen wurden, dessen erster Artikel 20 des Vertrages ausdrücklich anerkannte und bestätigte, daß die eidg. Kaufleute im Elsaß nur diejenigen Zölle zu zahlen hatten, denen sie bereits vor der Inbesitznahme des Gebietes durch Frankreich unterworfen gewesen waren²⁰²⁾. In dieser Form wurde das neue Bündnis zwischen den reformierten Orten der Eidgenossenschaft und Frankreich am 24. September 1658 in Solothurn unterzeichnet und am 18. November in Paris durch den König ratifiziert. Die im Artikel 20 vereinbarten Freiheiten der Kaufleute wurden am 19. Juli 1658 von Ludwig XIV. durch eine Lettre Patente bestätigt²⁰³⁾. Die Kaufmannschaft mußte aus dem Verlauf und dem

202) EA VI, Abt. 1a, no. 241, Aarau, 30. April 1658

203) SASG, Faszikel XIII, Mappe 13, no. m

LETTRES PATENTES, Données aux Marchands Suisses, trafiquans en France, concernant leurs Privileges. "...Nous LOUIS, Roy, Declarons que lesdits Marchands des Cantons & Alliez, jouiront pour toutes leurs Marchandises, tant fabriquées ou apprestées en Suisse, que autres, qui selon le Traité de Paix perpetuelles de 1516. doivent estre exemptes desdits Péages & Impost, tant en entrant qu'en sortant de France, de tous les Privileges & Immunitéz, dont ils doivent jouir en vertu dudit Traité. Lesdits Marchands ne seront plus troublez no molestez en aucune façon contre les susdites Immunitéz: Pourront aussi transporter l'or & l'argent monoyé qu'ils auront reçu pour le prix de leursdites Marchandises, en faisant leur declaration, & prenant les Passports necessaires. Et de plus, Nous LOUIS, Roy, laisserons le Jugement de tous les Procez qui surviendront entre lesdits Marchands, Fermiers & Receveurs de nos Peages & Droits, tant en demandant, qu'en défendant, aux Juges Royaux naturels des lieux: Et en cas d'appel, aux Parlemens dont lesdits Juges naturels ressortiront, sans évoquer lesdits Procez en nostre Conseil..."
Donné à Calais le dix-neuvième jour de Juillet, l'an de Grace mil six cens cinquantehuit: Et de nostre Regne le seizième.
Signé. LOUIS..."

Resultat der Verhandlungen den Schluß ziehen, daß das Gewicht der kaufmännischen Interessen auch für die reformierten Orte nicht schwer genug wog, um die Aufnahme einer spezifizierten Aufstellung ihrer Rechte in Frankreich in das neue Bündnis zu erzwingen. Sie hatte sich daher wieder mit der völlig ungenügenden und in allgemeinen Redewendungen gehaltenen Fassung des Patents von 1658 zu begnügen, was für sie kein Grund war, den Kampf um ein detailliertes Patent aufzugeben, das sie immer noch zu erhalten hoffte. Bereits auf der Konferenz der reformierten Orte vom 15. Januar 1659 in Aarau erschien eine Abordnung der gemeinen Kaufleute von St. Gallen, bestehend aus Jakob Gonzenbach, Jakob Hochreutiner und Johannes Zwicker. Seckelmeister Georg Zwicker, der offizielle Sprecher der Delegation überbrachte eine Botschaft der Kaufleute, in der sie der Konferenz für ihre tatkräftige Unterstützung beim Streit um die Zölle dankten. An diese Dankadresse schlossen die Kaufleute die Bitte an, daß die Regierungen der Orte ihren Kaufleuten befehlen sollten, unter allen Umständen jede Zahlung ungerechtfertigter Zollforderungen zu verweigern, und daß die aus der Weigerung erwachsenden Nachteile und Kosten von allen Kaufleuten gemeinsam zu tragen waren. Um das dafür benötigte Geld zu beschaffen, sollten die Regierungen weiter anordnen, daß jeder Kaufmann einen einheitlichen Prozentsatz seines Totalumsatzes an einen gemeinsamen Fonds abzuführen hatte. Die St. Galler Kaufmannschaft wies darauf hin, daß sie zur Verteidigung der gemeinsamen Handelsfreiheiten seit 1634 über 100000 Franken ausgegeben hatte, "von den anderen Kaufleuten aber verlassen endlich genötigt worden seien, ebenfalls den Zoll zu bezahlen."²⁰⁴⁾ Am 4. Februar 1659 fand während der Konferenz der reformierten Orte, an der auch Solothurn teilnahm, eine Zusammenkunft der Vertreter der Kaufleute von Zürich, Bern, Basel, Schaffhausen, Appenzell, St. Gallen, Mülhausen und Biel in Aarau statt, an der eingehende Bestimmungen über den Handel mit Frankreich getroffen wurden. Zum

204) EA VI, Abt. 1a, no. 279, Aarau, 15. Januar 1659

Vertreter der gesamten eidg. Kaufmannschaft wurde Hans Martin Hertner Clee in Lyon ernannt, der gemeinsam mit dem dortigen Ordinariverwalter die Interessen der Kaufleute wahrzunehmen hatte, wobei ihm obrigkeitliche Unterstützung zugesagt wurde. Es sollte ein neuer Fonds gebildet werden, in den von "Zürcher'schen Handelsleuten 800, von den Negotianten im Pays de Vaud 100, von den Mercanten Schaffhausens 150, von den St. gallischen Gewerbsleuten 1200 livres" einzuzahlen waren. Zusätzlich war ein zweiter Fonds zu gründen, aus dem die gemeinsamen Belange des eidg. Handels mit Vorderösterreich und Paris bestritten werden sollten. Beide Fonds sollten zunächst auf einen Bestand von je 2650 livres gebracht werden. Zu diesem Zweck wurden die von Frankreich kommenden und nach dort gehenden Waren in vier Klassen eingeteilt und je nach Kategorie solange mit 5 bis 30 Schilling pro Zentner belastet, bis beide Fonds die vereinbarte Höhe erreicht hatten. Um den französischen Zollbeamten keinen Anlaß zu neuen Klagen über Mißbrauch der eidg. Handelsmarken zu geben, war jeder Kaufmann zur Redlichkeit verpflichtet und hatte die unrechtmäßige Verwendung von Handelsmarken anzuzeigen²⁰⁵⁾. Die Zeit war aber für einen großen Zusammenschluß des gesamten eidg. Kaufmannsstandes noch nicht reif; das Projekt vom 4. Februar 1659 ging im Strudel der Uneinigkeit wieder unter und fand weder in den Abschieden noch in anderen Urkunden je wieder Erwähnung.

205) EA VI, Abt. 1a, no. 281, Aarau, 4. Februar 1659

19. Die Bemühungen Frankreichs um ein einheitliches Bündnis mit
der gesamten Eidgenossenschaft und die Aufgabe der kaufmän-
nischen Deputierten Jakob Hochreutiner und Heinrich Escher

Seit der Unterzeichnung des Bündnisses von 1658 war es zunächst nicht zu neuen Klagen gekommen, was den Schluß zuläßt, daß die Repressalien des französischen Fiskus gegen die eidg. Kaufleute in Frankreich, nach Unterzeichnung des Staatsvertrages, aufgehoben worden waren. Erst gegen Ende des Jahres 1659 wurden neue Klagen laut, da entgegen dem Versprechen des französischen Gesandten de la Barde die Exekution des Patents vom 19. Juli 1658 noch nicht erfolgt war²⁰⁶⁾. Der Patentverleihung war im Mai 1659 in Solothurn eine Zusammenkunft zwischen de la Barde und den Kaufherren Jakob Hochreutiner und Jakob Lorenz Zollikofer von St. Gallen, Heinrich Escher von Zürich und Hans Ludwig Fäsch von Basel gefolgt, auf der de la Barde vorschlug, eine kaufmännische Delegation an den französischen Hof zu entsenden. Mit dieser Delegation sollten Anwälte der eidg. Kaufleute reisen, die zusammen mit Vertretern der Zollpächter feststellen sollten, was für neue Zölle seit 1516 in Kraft getreten waren und welche davon von den eidg. Kaufleuten zu zahlen, bzw. nicht zu zahlen waren. Aus dem Ergebnis der gemeinsamen Untersuchungen sollte ein neuer Zolltarif aufgestellt werden, der für die eidg. Kaufleute dann allgemein verbindlich zu sein hatte²⁰⁷⁾. Dieser Vorschlag des französischen Gesandten ist wohl als der erste konstruktive Beitrag zu einer Lösung der strittigen Zollfragen zu werten, der französischerseits gemacht wurde. Der Plan de la Bardes scheiterte aber an den divergierenden Interessen der XIII Orte, die nicht in der Lage waren, eine zielbewußte Handelspolitik zu betreiben, wie es Frankreich als zentralistisch und absolut regiertem Staat möglich war²⁰⁸⁾. Das Projekt kam über die internen Beratun-

206) SAZ, A 225 (1659), no. 59

Schreiben vom 18. Januar 1659

207) SASG, Faszikel XIII, Mappe 13, no. r

Projekt de la Bardes vom 19. April 1659

208) EA VI, Abt. 1a, no. 306, Baden, 4. Juli 1660

gen der Vertreter der eidg. Kaufmannschaft mit dem französischen Gesandten nicht hinaus, zumal mit der Geburt des Dauphin neue politische Interessen in den Vordergrund rückten. Ludwig XIV. hatte den Wunsch, nicht nur die gesonderten Bündnisverträge mit den katholischen und reformierten Orten durch ein einheitliches Bündnis zu ersetzen, sondern beabsichtigte, es auch auf den am 1. November 1661 geborenen Thronfolger auszudehnen. Die Kaufleute glaubten, daß sich hier eine neue Gelegenheit bot, das Ziel ihrer Wünsche zu erreichen, und wollten versuchen, den Erfolg der Bestrebungen des Königs von seiner Erfüllung ihrer Forderungen abhängig zu machen. Die Verhandlungen waren aber bereits zu weit fortgeschritten, so daß der St. Galler Vertreter an der Tagsatzung vom 12. November 1662 in Baden mit seinen Bedingungen nicht mehr durchdringen konnte²⁰⁹⁾. Als Bern auf den Abschluß des Bündnisses in der vom König gewünschten Form drängte und riet, "auf Erfüllung der gegebenen Versprechen zu hoffen"²¹⁰⁾, wurde am 24. September 1663 auf der eigens hierfür einberufenen Tagsatzung in Solothurn das Bündnis nach den Wünschen Ludwigs XIV. ausgefertigt und besiegelt; die Entsendung einer eidg. Gesandtschaft nach Paris zur feierlichen "Bundessolemnisation" auf den 31. Oktober 1663 festgesetzt. In den der Gesandtschaft mitgegebenen Instruktionen forderte Punkt 3, daß die den Kaufleuten ausgestellten Patente registriert und in Frankreich überall in Kraft gesetzt werden sollten. Ferner hatten die

209) EA VI, Abt. 1a, no. 371, Baden, 12. November 1662, EA VI, Abt. 1a, no. 358, Baden, 2. bis 22. Juli 1662 Die Tagsatzung verlangte vom französischen Gesandten eine bestimmte schriftliche Erklärung, u. a. auch darüber, daß den Kaufleuten beim Vorweisen ihrer Patente deren Eintragung beim Parlament nicht verweigert werde. Entgegen dem Einlenken Berns "wollten doch andere... der besonders für St. Gallen so wichtigen Kaufmannschaft nicht so leichtin bloss geben." Auch die Annahme eines gemeinsamen Bundesvertrages mit Einschluß des Dauphins war von der Tagsatzung an bestimmte, auch die Kaufleute betreffende Vorbehalte geknüpft worden. Ein Ausschuß sollte die unerledigten Forderungen nochmals in einem kräftigen Memorandum zusammenfassen.

210) EA VI, Abt. 1a, no. 371, Baden, 12. November 1662

Gesandten dafür zu sorgen, daß im Elsaß die früher unter österreichischer Herrschaft genossenen Handelsfreiheiten erhalten blieben²¹¹⁾. Mit den Patenten waren die beiden Beibriefe des Vertrages von 1658 gemeint, deren Eintragung beim Parlament besorgt und allen Zollstationen und Zollbeamten zur Kenntnis gebracht werden sollte, um die Kaufleute in den Genuß der ihnen in den lettres annexes zugesicherten Zollfreiheiten zu bringen. Die Tagsatzung erteilte den Kaufleuten die Erlaubnis, einen Vertreter ihrer Interessen vorzuschicken oder der Gesandtschaft auf eigene Kosten beizugeben²¹²⁾. Für diese Aufgabe war in St.Gallen Jakob Hochreutiner ausersehen worden, denn auf Berichte ihrer Pariser Anwälte hin hatten die St.Galler Kaufleute, noch vor Zutritt der Tagsatzung in Solothurn, beschlossen, einen Vertreter nach Paris zu entsenden. Hochreutiner wohnte den Beratungen der Tagsatzung in Solothurn bei und hatte Order, einem eventuellen Beschluß der eidg. Kaufmannschaft, eine Delegation nach Paris zu senden, beizustimmen, allerdings mit dem Vorbehalt, daß jeder Ort die Kosten seines Gesandten selber übernahm. Er war mit einer am 8. September 1663 ausgestellten, von 12 St.Galler Handelshäusern unterschriebenen Vollmacht ausgestattet worden, durch welche die St.Galler Kaufmannschaft ausdrücklich a priori alles anerkannte und billigte, was er in ihrem Namen in Zürich, Aarau, Solothurn oder Paris verhandeln und abschließen sollte²¹³⁾. Auf Grund der den Kaufleuten von der Tagsatzung erteilten Erlaubnis, eine eigene kaufmännische Gesandtschaft beizuordnen, sowie der Erklärung de la

211) EA VI, Abt. 1a, no. 386, Solothurn 24. bis 26. September 1663, ebenso SASG, Faszikel XVI b, Mappe 46, no. i
Instruktionen vom 8. September 1663

212) SAZ, Abschiede, Bd. 55, S. 331

213) SASG, Faszikel XVI, b, Mappe 46, no. i

Die Vollmacht für Hochreutiner ist überschrieben: "Gewalt und Instruction von den verordneten Herren Marckhsvorgehern und überigen Negotianten allhier, dienlich für Junker Jakob Hochreutiner, dissmaal Deputierter naher Zürich, Aarau und Solothurn."

Bardes , eine Eintragung der lettres annexes von 1658 sei nur zu erreichen, wenn die Kaufleute selber bei Hof intervenierten, reisten Jakob Hochreutiner von St. Gallen²¹⁴⁾ und Heinrich Escher von Zürich²¹⁵⁾ als kaufmännische Gesandte mit nach Paris, wobei sie zum Unterschied zu den eidg. Standesgesandten den Titel "Deputierter" führten²¹⁶⁾.

214) Jakob Hochreutiner war Teilhaber des St. Galler Handelshauses Schlapritzi, Hochrütiner & Mitverwandte, das in Lyon eine Niederlassung besaß. Die Firma betrieb in erster Linie den Leinwandhandel mit Frankreich. Hochreutiner war mit den Verhältnissen in Lyon und Frankreich bestens vertraut. Bei Übernahme seiner Mission war er 40 Jahre alt.

215) Vgl. Huber, H. C.: Bürgermeister Johann Heinrich Escher und die eidg. Politik im Zeitalter Ludwigs XIV., Zürich 1939
Johann Heinrich Escher vom Glas (1627-1710) hatte seine kaufmännische Lehre in Lyon und Toulouse absolviert und war mit 18 Jahren in das väterliche Handelshaus eingetreten. Er nahm am öffentlichen Leben der Stadt Zürich regen Anteil, hatte 1653 als Stadt-Lieutenant am Bauernkrieg und 1656 als Stadt-Hauptmann am ersten Villmergerkrieg teilgenommen. Auf seine Anregung hin wurde 1661 das kaufmännische Direktorium von Zürich gebildet. Am 29. Mai 1678 wurde er Bürgermeister von Zürich. Bei Übernahme seiner Mission war er 37 Jahre alt.

216) Vgl. Esmain: a. a. O., S. 372 f

Die Eintragung des Patents beim Parlament von Paris war Voraussetzung dafür, daß es im Gebiet der Cinq grosses fermes Rechtskraft erhielt. Die Eintragung bei den Parlamenten der Provinzen Burgund, Dauphiné und Provence sowie beim Seneschallamt von Lyon verlieh dem Patent in den jeweiligen Provinzen und Bezirken Rechtsgültigkeit. Das Parlament von Paris war der aus dem königlichen Hofgericht hervorgegangene oberste Gerichtshof, wie die Provinzparlamente als oberste Gerichte der Provinz an die Stelle der hohen Gerichte der Feudalzeit getreten waren. Heinrich II. hatte 1552 eine Reihe königlicher Amtsbezirke (baillages oder sénéchaussées) geschaffen, die in letzter Instanz in Zivilprozessen bis zu einer bestimmten Strafgrenze entschieden und gleichzeitig Appellationsgerichte für eine Reihe von Bezirksgerichten waren.

20. Der Wandel der eidg.-französischen Handelsbeziehungen

Die eidgenössisch-französischen Handelsbeziehungen hatten sich in den vergangenen 50 Jahren grundlegend gewandelt. Während der Ära Richelieus waren die Staatseinnahmen zwar von 43 auf 80 Millionen livres gestiegen, gleichzeitig war aber die Verschuldung der Krone von 24 auf 47 Millionen livres angewachsen. Unter Kardinal Mazarin,²¹⁷⁾ der 1642 nach dem Tode Richelieus das Amt des Kanzler übernommen hatte, wurde die Unausgeglichenheit des Staatshaushalts noch größer, da der Kardinal von den politischen Geschäften völlig in Anspruch genommen wurde und sich um die anderen Ressorts nicht kümmern konnte. Die Finanzierung der äußerst kostspieligen Kriege brachte den Staat an den Rand des Bankrotts und öffnete unter der gewissenlosen Finanzverwaltung Particelli d'Emeris der Korruption Tür und Tor²¹⁸⁾. Die Mißstände in finanzieller und steuerlicher Hinsicht hatten auch ihre Rückwirkungen auf die in Frankreich ansässigen eidg. Kaufleute. Der Kampf der Kaufleute um die Erhaltung ihrer Handelsfreiheiten und ihr Auftreten vor der Tagsatzung und den heimischen Behörden zeigte aber auch andererseits die steigende Bedeutung des Handels mit Frankreich an. Bis 1600 waren die eigentlichen Träger dieses Handels die St. Galler Kaufleute mit ihren Leinwandprodukten gewesen. Gegen 1600 nahmen die Zürcher Kaufleute in zunehmendem Maße dann Handelsbeziehungen zu Frankreich auf, und die Verhandlungen der Jahre um 1650 zeigen, daß sich die Kaufleute aller reformierten Orte immer stärker am Frankreichhandel beteiligten. Seit der Reformation hatten Handwerk und Manufaktur besonders in diesen Orten einen starken Aufschwung genommen, woraus sich auch die einseitige Verteidigung der Kaufleute durch die reformierten Stände erklärt. Die katholischen Orte hingegen waren an den wirtschaftlichen Beziehungen der Eidgenossenschaft wenig oder gar

217) Jules Mazarin, 14. Juli 1602 bis 9. März 1661, 1641 Kardinal, 1643 Principal ministre und Chef du Conseil royal

218) Vgl. Sée: a. a. O., S. 136 f.

nicht interessiert, für sie war hauptsächlich das Sold- und Pensionenwesen von Bedeutung. Diese Gewichtsverteilung mußte sich natürlich bei den Verhandlungen mit Frankreich immer zum Nachteil der Kaufleute auswirken.

Auch im Warenverkehr mit Frankreich waren größere Veränderungen eingetreten. Hauptimportartikel nach Frankreich war lange Zeit die St.Galler Leinwand gewesen, für die Rohstoffe wie Safran, Öl und Farben ausgeführt wurden. Gegen Ende des 16. Jahrhunderts traten neben die Leinwand die Erzeugnisse der Basler und Zürcher Seidenmanufakturen, aber auch Lebensmittel und Schlachtvieh, wofür hauptsächlich die Produkte der Luxusindustrie aus Frankreich ausgeführt wurden. Über das Warensortiment gibt die projektierte Konvention von Aarau aus dem Jahre 1659 Aufschluß, deren Kassenfonds aus Abgaben auf sämtliche Ex- und Importwaren gespeist werden sollte²¹⁹⁾. Kategorie I (30 Schilling pro Zentner) erfaßte alle Seidenwaren, Gold- und Silberspitzen, feine Tuche, Spitzen, Tapisserien, Safran, Cochenille, Kreppflor, Biber- und Fischotterfelle sowie gestrickte Wollstrümpfe aus Paris und Rouen. Kategorie II (15 Schilling pro Ballen) erfaßte alle Leinwandsorten, gefärbt oder ungefärbt. Kategorie III (10 Schilling pro Zentner) beinhaltete Fleurets, billigen Leinenserge und andere billige Tuche, Decken, Wachs, Schafleder, Rauchwaren, Burat, Baumwollstoffe, Hüte, Schleier und verschiedene Kurzwaren. In Kategorie IV (5 Schilling pro Zentner) war enthalten Eisendraht, Baumöl, Seife, Muskateller, Kupfer, Zinn, Eisen- und Haushaltswaren sowie verschiedene Gewürze. Die nicht aufgezählten Warensorten sollten in angemessenem Verhältnis zu diesem Tarif veranlagt werden²²⁰⁾. Fast alle aufgeführten Artikel waren Importwaren aus Frankreich, die bestimmt zum größten Teil

219) Vgl. S. 304 f.

220) Vgl. Schindler, Walter: Geschichte von Schweizer Handel und Industrie, unter besonderer Berücksichtigung der Privilegien der eidgenössischen Kaufleute in Frankreich im 17. und 18. Jahrhundert, Zürich, 1922, S.46

nicht für den Konsum in der Eidgenossenschaft vorgesehen waren, sondern nach Deutschland weiterverkauft wurden. Außer den billigen Textilartikeln und imitierten italienischen Seidenwaren kamen noch Eisendraht, Kupfer, Zinn und Lebensmittel für den Export nach Frankreich in Frage. Bei diesen Waren scheint es sich nicht ausschließlich um eidg. Produkte gehandelt zu haben, was seit 1638 immer wieder zu Beanstandungen durch die Zollbeamten führte, die den Kaufleuten Mißbrauch ihrer Zollfreiheiten vorwarfen, da von jenem Zeitpunkt an nur noch die "marchandises cru et manufactures de Suisse" zollfrei nach Frankreich eingeführt werden durften. Inwieweit die Behauptungen der Zollbeamten zutreffend waren, ist schwer festzustellen, sicher ist, daß über St. Gallen auch Leinwand aus dem Deutschen Reich nach Frankreich kam, wenn auch das Hauptkontingent an Textilien in der Eidgenossenschaft selber hergestellt wurde. Zu noch größeren Reibereien kam es, als seit 1655 auch Kupfer durch die eidg. Kaufleute nach Frankreich eingeführt wurde und die französischen Zollbeamten sich weigerten, dieses Metall als in der Eidgenossenschaft gewonnenen Rohstoff anzuerkennen. Die Herkunft des Kupfers ist unklar, doch wurden bereits im 14. Jahrhundert die Glarner Kupfervorkommen durch die Basler ausgebeutet. Eisendraht hingegen war ein Erzeugnis der nordwestlichen Gebiete der Eidgenossenschaft, während das Zinn bestimmt aus Sachsen oder Böhmen stammte; doch wurde der Metallexport nach Frankreich erst ab 1660 bedeutend²²¹⁾. Wesentlich bedeutender ist jedoch die Tatsache, daß der Import der eidg. Kaufleute nach Frankreich in quantitativer Hinsicht ihren Export aus Frankreich bei weitem überwog. Dadurch wurde es unmöglich, die französische Handelsbilanz mit der Eidgenossenschaft, gemäß den Forderungen des Merkantilismus, aktiv zu gestalten.

221) Vgl. Lüthy: a.a.O., S. 35 f.

21. Die Wirtschaftspolitik Colbert's

Nach dem Tod Kardinal Mazarins 1661 übernahm der junge König selber die Regierungsgeschäfte. Die persönliche Herrschaft Ludwigs XIV., die den Gipfelpunkt des französischen Absolutismus darstellt, brachte dem Land in den ersten Jahren eine Zeit der Erholung und Blüte. Ludwigs Regierungszeit läßt sich in zwei voneinander sehr verschiedene Epochen einteilen. Die erste umfaßt die Zeit, in der der junge König, assistiert von Colbert und umgeben von fähigen Mitarbeitern, Frankreich zu einer bisher nicht gekannten Prosperität führte. Die zweite, beginnend mit dem Tode Colberts, war die des alternden Königs, der ganz Europa wegen seines politischen Ehrgeizes verdächtig war, der sein Volk mit den schwersten Steuern belasten mußte, um seine Armeen unterhalten zu können, und der Frankreich in das Elend von 1709 und den Frieden von Utrecht²²²⁾ führte.

Colbert, der in den Diensten Mazarins gestanden hatte, wurde 1661 in die Regierung berufen und begann sein Wirtschaftsprogramm zu verwirklichen, das er bereits 1653 in einer Denkschrift an Mazarin entwickelt hatte²²³⁾. Die wesentlichsten Punkte der Denkschrift waren: Alle Industriezweige, auch die der Luxusindustrie, müssen wiederhergestellt oder neugegründet werden. Die Produzenten und Kaufleute sind in Korporationen zusammenzufassen. Zum Schutz der jungen Industrien ist ein Schutzzollsystem zu errichten. Der schädliche Steuerdruck, der auf der Bevölkerung lastet, muß erleichtert werden. Die französische Handelsmarine muß wieder aufgebaut werden und den Transport der französischen Waren übernehmen. Die

222) Vgl. Levasseur: Histoire du Commerce, a.a.O., S.294

223) Jean Baptiste Colbert, Baron de Seignelay, (24. August 1619 bis 6. September 1683), 1661 Conseiller du Roi, 16. März 1661 Intendant des Finances, Surintendant de la marine, 1665 Grand Trésorier des ordres, 12. Dezember 1665 Contrôleur général des finances, 1666 Surintendant des bâtiments et manufactures, 1669 Secrétaire et Ministre d'Etat.

Die Kolonien sind zu entwickeln und handelspolitisch an Frankreich zu binden. Der Zwischenhandel zwischen Frankreich und Indien muß ausgeschaltet werden. Die Kriegsmarine ist zu verstärken, um den französischen Seehandel schützen zu können²²⁴⁾. Colberts erste Sorge galt dem zerrütteten Finanzwesen des Staates. Durch strenge Maßnahmen, wie Rückkauf von zu ungünstigen Bedingungen verkauften Ämtern, Rektifizierung der Steuer- und Zollpachtverträge, regelmäßige Finanzbuchführung, aber auch durch Umschichtung der Steuern gelang es ihm, die Einnahmen zu erhöhen und doch dabei den Steuerdruck zu mildern. Zur Hebung der Produktivität wurden neue Industrien in Frankreich eingeführt, deren Gründung und Schutz durch weitgehende Privilegien sichergestellt wurde. Wenn Colbert auch für den korporativen Zusammenschluß von Handwerk und Industrie eintrat, bestimmte Industriezweige reglementierte und den Grundsatz vertrat, es sei für den Staat besser, wenn der Konsument heimische Erzeugnisse zu hohen Preisen kaufen muß als die gleiche Ware zu importieren, nur um sie zu einem niedrigeren Preis auf den Markt bringen zu können, so verkannte er doch nicht den Nutzen, den ein freier Handel mit sich bringt. Sein Kontakt zu den Kaufleuten blieb stets sehr eng, wenn er auch ihren Forderungen mit einem gewissen Mißtrauen gegenüberstand, da er sie immer verdächtigte, die eigenen Interessen über die des Staates zu stellen, diesem dafür aber gerne die Lösung ihrer Schwierigkeiten zu überlassen. Colbert anerkannte die Vorteile eines freien Handels, blieb aber doch stets bestrebt, diesem im Interesse des Staates bestimmte Richtlinien aufzuzwingen. Da er gleichzeitig die jungen Manufakturen schützen wollte, fielen diese Richtlinien und Maßnahmen meistens so aus, daß sie eine Einschränkung des freien Handels bedeuteten. Anläßlich der Gründung des "Conseil du Commerce" im Jahre 1664 erläuterte Colbert seine Gedankengänge und erklärte, "jeder Handel beruht auf der Entlastung der Rohstoffe, die der Gewerbetätigkeit im

224) Vgl. Levasseur: Histoire du Commerce, a.a.O., S.294

Innern des Königreiches dienen, auf der Belastung der einzuführenden fertig hergestellten Waren und auf der Abschwächung der Ausfuhrzölle auf im Inland hergestellte Gewerbeerzeugnisse."²²⁵⁾ In dieser Aussage Colberts zeigte sich am deutlichsten der Einfluß der Gedankengänge Laffemas' und Montchrétiens, der geistigen Väter der merkantilistischen Staatswirtschaft. In diese Epoche der französischen Handelspolitik fiel nun die Entsendung der eidg. Gesandtschaft zur Beschwörung des neuen Bündnisvertrages und die Mission der beiden ihr attachierten Deputierten der eidg. Kaufmannschaft, deren Aufgabe es war, die Wiederherstellung und den Schutz der alten Handelsfreiheiten von 1516 durch Ludwig XIV. durchzusetzen.

22. Die Demarchen Hochreutiners und Eschers bei Colbert

Die beiden Deputierten der Kaufleute, Heinrich Escher und Jakob Hochreutiner, hatten den Auftrag, der Gesandtschaft voranzureiten und bis zu deren Eintreffen in Paris die Angelegenheiten der eidg. Handelsfreiheiten soweit zu regeln, daß sie noch vor Leistung des Bundesschwurs bereinigt werden konnten. Am 31. Oktober 1663 kamen die beiden Deputierten in Paris an und begaben sich sofort zum Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, de Lionne²²⁶⁾, und dem in Paris weilenden französischen Gesandten de la Barde, erhielten aber den Bescheid, daß vor Eintreffen der Gesandtschaft an keinerlei Verhandlungen zu denken war. Am 6. November suchten sie deshalb Colbert auf, der sie freundlich empfing und ihnen versprach, sich beim König in ihrer Angelegenheit zu verwenden²²⁷⁾. Die eidg. Gesandtschaft traf am 9. November in Paris ein, und nun

225) Vgl. Sée: a.a.O., S.209

226) Hugues de Lionne, Marquis de Fresne et Seigneur de Berny (1611 bis 1671), 1659 Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten

227) Vgl. Wartmann: Jakob Hochreutiners Gesandtschaftsbericht, a.a.O., S.40

konnten Escher und Hochreutiner die Begehren der eidg. Kaufmannschaft, in einem "Satisfactionsmemorial" zusammengefaßt, dem König noch vor Leistung des Bundesschwurs übergeben lassen. Der Gesandtschaft wurden von allen Seiten die größten Versprechungen gemacht und versichert, daß die Anliegen der Kaufleute zu deren vollster Zufriedenheit erledigt werden würden. Während die Deputierten die Eintragung der lettres annexes von 1658 beim Parlament von Paris betrieben, wurde noch eine zweite Denkschrift ausgearbeitet und dem Staatssekretär de Lionne überreicht. In diesem Memorandum wurde bewußt auf den Versuch verzichtet, den allgemein gehaltenen Text der lettres annexes durch ein spezifiziertes Patent zu ersetzen. Verhandlungen darüber hätten sich auf alle Fälle bis zur Abreise der Gesandtschaft hingezogen, ohne deren Anwesenheit nichts zu erreichen war. Seit dem Eintreffen der Gesandtschaft in Paris wurden die Unterhandlungen über die politischen Geschäfte so schleppend geführt, daß keinerlei Fortschritte mehr zu verzeichnen waren, während andererseits die Gesandten von einer Festlichkeit zur anderen geladen wurden und dadurch absichtlich und planmäßig gehindert waren, ihren Aufgaben nachzugehen²²⁸⁾. Je mehr die Franzosen die Verhandlungen über die kaufmännischen Handelsfreiheiten hintertrieben, desto eifriger brachten sie die Vorbereitungen zum Bundesschwur voran, der schließlich am Sonntag, den 18. November 1663 unter großen Feierlichkeiten in Notre-Dame geleistet wurde. Der folgende Tag brachte die Verteilung der Ehrengeschenke des Königs an die Gesandten, während die Stadt Paris ein großes Bankett zu ihren Ehren gab. Am Dienstag hielt der König in ihrem Beisein in Vincennes eine glänzende Parade seiner Haustruppen ab und verabschiedete sich anschließend von ihnen. Am Freitag, den 23. November erhielten die Deputierten durch de Lionne die Lettre de Surannation, die Lettre Patente und eine könig-

228) Vgl. Feller: a. a. O., Bd. III, S. 52

liche Ordonnanz zugestellt²²⁹⁾. Da sich die Lettre de Surannation aber nur auf die "marchandises cru et manufactures de Suisse" bezogen, beantragten die Deputierten deren Änderung. De Lionne wies diesen Antrag äußerst unfreundlich zurück mit der Bemerkung, "wann wir in allen Waren gefreyt, weren wir ihre Herren und müestend andere Kaufleut auss dem Land, (er) mache sich nit zu einem Solicitanten der Particular-Sachen."²³⁰⁾ Die beleidigende Behandlung der Deputierten wurde den eidg. Gesandten zur Kenntnis gebracht, die aus ihrer Mitte vier Mitglieder wählten, die den beiden Deputierten für eine Unterredung mit de la Barde beigeordnet wurden. Auch de la Barde ließ klar durchblicken, daß nach der Leistung des Bundesschwurs in der Sache der eidg. Kaufleute nichts mehr zu erreichen war und verwies die Gesandten an Colbert. Am 24. November empfing Colbert die Delegation und in Erinnerung an sein gegebenes Versprechen trug er dafür Sorge, daß den Wünschen der Kaufleute entsprochen wurde. Bereits einen Tag später erhielten die Deputierten die Lettre Patente über den freien Handelsverkehr mit dem Elsaß samt den dazu gehörenden Weisungen (Ordonnances) an die Beamten der Provinz. Inzwischen hatte auch das Parlament von Paris den Befehl erhalten, die Eintragung der viel wichtigeren lettres annexes von 1658 vorzunehmen und am 13. Dezember hielten die Deputierten die ersehnte Bestätigung samt den entsprechenden Befehlen zur Eintragung bei den Provinzparlamenten in den Händen.

Mit diesem Erfolg hatten Escher und Hochreutiner den ersten Teil ihrer Aufgabe gelöst und versuchten nun, unter Berufung auf die früheren Patente und den Artikel IX des Ewigen Friedens eine spezifizierte Erläuterung der eidg. Handelsfreiheiten zu erhalten. Für diesen Antrag aber war Colberts Zustimmung trotz aller Anstren-

229) Die Ordonnanz war nur der Befehl an die Gouverneure der Provinzen, den königlichen Anordnungen gegenüber den Beamten und Zollpächtern Geltung zu verschaffen.

230) Vgl. Wartmann: Hochreutiners Gesandtschaftsbericht, a.a.O., S. 52

gungen nicht zu erhalten, da die Ansprüche der eidg. Kaufleute schlecht in seinen Plan der Reform des gesamten französischen Zollwesens paßten, den er dann im September 1664 durchführen sollte. Colbert erklärte sich außerstande, von Paris aus zu prüfen, wie die Zollverhältnisse vor Abschluß des Ewigen Friedens gelegen hatten, und verwies die Deputierten an das Gericht der Douane von Lyon. Der Einwand, die Gerichte könnten in den Prozessen gegen die Zollpächter nur rechtsprechen, wenn ein Urteil des Conseil du Roi vorliege, verfiel nicht. Die beiden Vertreter der eidg. Kaufmannschaft wurden von Colbert endgültig an die Lyoner Behörden verwiesen, mit der Feststellung, nur diesen sei es möglich zu eruieren, wie die Rechtslage vor 1516 gewesen war²³¹⁾. Mit diesem Bescheid verließen Hochreutiner und Escher, letzterer krank vor Ärger und Aufregung, am 28. Januar 1664 Paris in Richtung Dijon, wo sie beim dortigen Parlament die Patente eintragen lassen wollten. Von Dijon reiste Escher, immer noch krank, nach Zürich zurück, wohingegen Hochreutiner sich nach Lyon begab, wo er am 10. Februar eintraf. Er wurde von allen Behörden freundlich empfangen und seinem Wunsch nach Eintragung des Patents von 1658 (lettres annexes) wurde bereitwilligst Folge geleistet. Alle Versuche aber, darüber hinaus auf die alten Zollfreiheiten zurückzukommen, scheiterten am zähen Widerstand der Beamten, wobei sie besonders von einer Zollbefreiung der Zürcher Seidenerzeugnisse nichts wissen wollten. Hochreutiner war sich klar darüber, daß die ablehnende Haltung der Lyoner Behörden auf Weisung von Paris aus erfolgte und er eine Änderung des Status quo nicht mehr durchsetzen konnte. Es blieb bei der Regelung, daß alle Zölle, die zur Zeit rechtmäßig oder unrechtmäßig erhoben wurden, weiterhin zu zahlen waren. Mit dieser bitteren Erkenntnis und dem Wissen, nach 6-monatigen Bemühungen nur sehr wenig erreicht zu haben, trat er Ende März die Heimreise an.

231) Vgl. Wartmann; Hochreutiners Gesandtschaftsbericht, a.a.O., S. 87, Eintragung vom 15. Januar 1664 (a.St.)

23. Die Tarife von 1664 und 1667

Ein knappes halbes Jahr nach der Rückkehr Hochreutiners nach St. Gallen, am 18. September 1664, trat in Frankreich der neue Tarif Colberts in Kraft. An Stelle der vielen Ein- und Ausfuhrzölle, Abgaben, Belastungen und Transitgebühren trat ein einheitlicher Zolltarif für die Ein- und Ausfuhr, verbunden mit der Schaffung von Zollfreilagern für die Transitgüter. Der neue Tarif hob eine ganze Reihe von Binnenzöllen und Weggeldern auf, aber da ihn nur etwa 20 Provinzen, d. h. rund die Hälfte des Königreiches, annahmen, hielt er nicht alles, was in seiner Präambel versprochen worden war. Die Provinzen, die den neuen Tarif anerkannten und zwischen denen keinerlei Zollschränken mehr bestanden, wurden zu den "Provinces des cinq grosses fermes" zusammengefaßt und blieben in dieser Form bis zum Ende des Ancien Régime bestehen²³²⁾. Die Provinzen außerhalb der Provinces des cinq grosses fermes, die sogenannten "Provinces réputées étrangères"²³³⁾, hielten an ihrem alten Zollsystem fest und weigerten sich, die Reform Colberts anzunehmen. Waren, die von ihnen aus in das Gebiet der Provinces des cinq grosses fermes gingen oder umgekehrt von dort kamen, zahlten an der Provinzgrenze die Zollsätze des Tarifs von 1664 und später diejenigen des Tarifs von 1667. Im Inneren blieben die alten Zölle, Weg- und Brückengelder weiterhin bestehen, so z. B. die Traite domaniale, Imposition foraine, Douane de Lyon, Douane de Valence, Patente du Languedoc, Traite d'Arzach und Comtablie de Bordeaux. Die "Provin-

232) Das Gebiet der Provinces des cinq grosses fermes umfaßte die Provinzen: Normandie, Picardie, Boulonnais, Champagne, Bourgogne, Bresse, Bugey, Dombes, Beaujolais, Berry, Poitou, Aunis, Angoumois, Maine, Bourbonnais, Perche, Soissonnais, Ile-de-France, Beauce, Touraine, Mâconnais, Anjou, Orléanais.

233) Die Provinces réputées étrangères waren: Lyonnais, Forez, Dauphiné, Languedoc, Comté de Foix, Roussillon, Guyenne, Saintonge, Iles de Ré et d'Oléron, Flandre, Hainaut, Artois, Cambrésis, Bretagne, Franche-Comté.

ces d'étranger effectif"²³⁴⁾ konnten weiterhin mit dem Ausland frei Handel treiben, hatten aber für ihren Warenverkehr mit dem übrigen Königreich die Ein- und Ausfuhrzölle zu zahlen. Um keine Verminderung der Zolleinnahmen in Kauf nehmen zu müssen, hatte Colbert aus dem Durchschnitt der früheren Zollsätze den neuen Tarif errechnen lassen. Da aber die alten Hebesätze in den Provinzen unterschiedlich gehandhabt worden waren, brachte der Tarif von 1664 für die einzelnen Provinzen je nach den Umständen eine Erhöhung oder Senkung der Zollgebühren. In seinem Bestreben, die französischen Manufakturen zu schützen, hatte Colbert die Einfuhrzölle für eine Reihe von Fertigwaren zusätzlich stark überhöht. Gleichfalls stark überhöhte Ausfuhrzölle wurden auf Lebensmittel und bestimmte Rohstoffe gelegt, während die Einfuhr von Rohstoffen, dem merkantilistischen System entsprechend, durch niedrige Zollarife gefördert wurde. Trotz der protektionistischen Tendenz des Tarifs von 1664 verstummten die Klagen der französischen Manufakturen über die ausländische Konkurrenz nicht, so daß sich Colbert zu einer drastischen Revision entschloß. Der Tarif vom 18. April 1667 brachte zwar keine Veränderung der Binnenzölle, wohl aber eine starke Erhöhung der Einfuhrzölle für eine Vielzahl von Waren, indem in zahlreichen Fällen der Satz von 1664 einfach verdoppelt und nach Art und Herkunft der Güter gestaffelt wurde;²³⁵⁾ für die Ausfuhr von Rohstoffen waren analoge Maßnahmen getroffen worden. Am stärksten betroffen von der neuen Zollerhöhung war der Import von Luxusartikeln, aber die Nachfrage nach ihnen blieb trotz der Verteuerung durch den Fiskus so lebhaft, daß die Einfuhr bestimmter Luxusgegenstände, wie z. B. venezianischer Spiegel und Spitzen, ganz verboten wurde, und die Tarife für verschiedene Waren zwischen

234) Die Provinces d'étranger effectif waren: Clermontois, Trois-Evêchés (Metz, Toul, Verdun), Lorraine, Alsace, Sedan, Pays de Gex, Marseille, Dunkerque, Bayonne, Lorient und die Freihäfen (ports francs).

235) Vgl. Levasseur: Histoire du Commerce, a. a. O., S. 357 f., Gegenüberstellung der Tarife von 1664 und 1667 s. Anhang VI, S. 331

1671 und 1695 ungefähr 20mal revidiert werden mußten. Die ausländischen Staaten, vor allem Holland und England, antworteten auf die Maßnahmen Colberts ihrerseits mit Zollerhöhungen, so daß die Anwendung des Tarifs von 1667 eine politische Prestigefrage wurde. Bei Ausbruch des Krieges gegen Holland 1672, der ein reiner Handelskrieg war, konnte England für seine Exportwaren nach Frankreich die Rückkehr zum Tarif von 1664 erzwingen. Trotz seiner Siege und Eroberungen mußte Ludwig XIV. 1678 im Frieden von Nymwegen auch Holland die Anwendung des Tarifs von 1664 zugestehen. Nach dem Frieden von Ryswick 1698 wurde der Tarif von 1667 ganz aufgehoben und 1699 durch einen neuen Tarif ersetzt, der eine Mischung der Tarife von 1664 und 1667 darstellte, allen Beteiligten aber akzeptabel erschien²³⁶⁾.

24. Die Auswirkungen der neuen Tarife auf den Handel der eidg. Kaufleute mit Frankreich

Die Tarife von 1664 und 1667 wurden in Frankreich nicht strikt und konsequent in Anwendung gebracht, wodurch die Reformbestrebungen Colberts nicht völlig zum Tragen kamen und teilweise am Widerstand der einzelnen Provinzen scheiterten. Eine rigorose Durchführung der Colbert'schen Reformen hätte für die eidg. Kaufleute spätestens 1664 das Ende ihrer Vorrechte und Zollfreiheiten in Frankreich bedeutet. Die Interpretation der Lyoner Zollbeamten, wonach die Zollfreiheit auf die "marchandises cru et manufactures du Suisse" beschränkt blieb, setzte sich allerdings durch, aber es gelang den Bündner und eidg. Kaufleuten, ihre Vorrechte für die heimischen Manufakturen wie Leinwand und Glanzleinwand, sowie für Lebensmittel und Metallerzeugnisse wie Eisendraht, Messingdraht

236) Vgl. Levasseur: Histoire du Commerce, a.a.O., S. 353 f.

und auch für Kupfer, unter manchen Einschränkungen und Anfechtungen bis zum Ende des Ancien Régime zu erhalten²³⁷⁾.

Die Epoche, in der bei allen politischen und kommerziellen Verhandlungen mit Frankreich die Anerkennung der eidg. Handelsfreiheiten gefordert werden konnte, war vorüber. Die fortschreitende Entwicklung zum Nationalstaat hatte die eidg. Kaufleute von der Basis ihrer Forderungen abgedrängt. Noch unter den ersten Nachfolgern Ludwigs XI. hatten sie erfolgreich ihre Auffassung über die Artikel des Ewigen Friedens von 1516 durchsetzen können, die darauf hinauslief, daß die eidg. Kaufleute in Frankreich von allen Zöllen und Abgaben befreit waren, die sie nicht schon vor 1516 gezahlt hatten. Bereits unter Heinrich IV. begann sich immer stärker die französische Interpretation durchzusetzen, nach der die von den eidg. Kaufleuten bis 1516 gezahlten Zölle nicht das Minimum, sondern bereits das Maximum ihrer Handelsvorrechte in Frankreich darstellten. Nach französischer Auffassung durften die bereits 1516 gezahlten Zölle und Abgaben nicht erhöht werden, aber alle nach 1516 hinzugekommenen und noch hinzukommenden Zölle und Abgaben standen in keinem Rechtsverhältnis mehr zu den Artikeln des Ewigen Friedens. Alle Streitigkeiten und Prozesse der eidg. Kaufleute mit den Zollpächtern

237) EA VII, Abt. 2, no. 389, Solothurn, 12. bis 13. Mai 1777

"Art. 18 Hinsichtlich der Vorrechte, Vorteile und Freiheiten der schweizerischen Kaufleute ist Zürich der Ansicht, daß dem Ambassador die nachdrücklichsten Vorstellungen gemacht werden sollten."

"... in Beziehung auf Art. 17, 18, 19 erklärt derselbe nicht entsprechen zu können, da namentlich die beiden letzten in die gesetzgeberische Verwaltung einschlagen. Er macht den Vorschlag, dieselben auf der wegen der Privilegien der schweizerischen Nation abzuhaltenden Konferenz ins Reine zu bringen."

EA VI, Abt. 2, Beilage 9, Solothurn, 28. Mai 1777

Allianztraktat zwischen der Krone Frankreich und den Ständen der ganzen Schweiz.

"Art. XVIII. Le Roy déclare vouloir conserver à la Nation Suisse les privilèges & avantages que les commerçants & autres Suisses ont acquis & dont ils ont joui légitiment en France."

(Staatsarchiv Solothurn)

und dem französischen Fiskus gingen letzten Endes um die Richtigkeit und Rechtmäßigkeit dieser oder jener Auslegung, ein Kampf, den die Eidgenossen durch die politische Entwicklung mit Ablauf des Bündnisses von 1602 bereits unwiderruflich verloren hatten. Die Bündniserneuerung von 1663 ließ nur kurz die trügerische Hoffnung aufflackern, daß es doch einmal gelingen werde, Frankreich zu einer für die Kaufleute günstigeren Auslegung und Auffassung der im Ewigen Frieden verbrieften Handelsfreiheiten zu veranlassen. Wenn es scheinbar auch nur die Rücksicht auf die Soldverträge war, die die französischen Herrscher daran hinderte, die Handelsfreiheiten von 1516 aufzuheben, wenn also die Leistungen der eidg. Kaufleute indirekt eine Folge der großen Politik und der damit verbundenen eidg. Solddienste im Interesse Frankreichs waren, so haben sie doch, wenn auch von den Zeitgenossen geringer geachtet, weit und fruchtbar in die Zukunft hinein gewirkt.

ANHANG I

Instruktionen der Gesandtschaft von 1634/35

Die Instruktionen waren im Namen der VIII reformierten Orte und ihrer Zugewandten (Zürich, Bern, Glarus, Schaffhausen, Basel, Appenzell Außerrhoden, St. Gallen und Biel) ausgearbeitet und den drei Gesandten, Salomon Hirzel von Zürich, Dr. Johann Jakob Ziegler von Schaffhausen und Johann Ludwig von Erlach von Bern übergeben worden.

Die erste Instruktion bezog sich auf die kaufmännischen Angelegenheiten, den offiziellen Anlaß zur Entsendung einer Gesandtschaft. Die zweite Instruktion hingegen befaßte sich mit den gemeinsamen und besonderen politischen Anliegen der reformierten Stände. Die Gesandten sollten

1. über die Behandlung Kesselrings Beschwerde führen, der seit 11 Monaten in Schwyz gefangen saß und der Folter unterzogen wurde, trotzdem der König versucht habe, im Streit zu vermitteln,
2. auf die Gefahr des Bündnisses der katholischen Orte mit Spanien und Savoyen hinweisen, verbunden mit der Bitte, daß der König entsprechend seiner Bündnisverpflichtung Hilfe leiste, falls ein kaiserliches Heer in die Eidgenossenschaft einfallen sollte,
3. um Rückzahlung der gewährten Darlehen und um pünktlichere Auszahlung der Pensionen ersuchen,
4. den König um Genehmigung des Plans von 1629 bitten und ihn gleichzeitig ersuchen, diese Truppe wegen des in Süddeutschland um sich greifenden Krieges im Land zu belassen^{x)}. Im Bedarfsfall stehe dem König das Recht zu, diese Truppe außerhalb der Eidgenossenschaft einzusetzen, unter der Voraussetzung, daß die reformierten Orte sie entbehren könne,
5. versuchen, Frankreich in ein engeres Bündnisverhältnis zu bringen, ähnlich dem zwischen den katholischen Orten und Spanien. Es war stark zu betonen, daß ohne des Königs Hilfe und Geld ein beständiges Verteidigungsbündnis nicht errichtet werden könne, so daß die reformierten Orte der Gefahr ausgesetzt waren, plötzlich überfallen und überwältigt zu werden, was sich auch zum größten Schaden des Königs auswirken müßte,
6. den König bitten, sich für Mülhausen zu verwenden.

(SAZ, Instruktionen, Bd. VIII/44 (1633/34), S. 300 f.)

x) Vgl. EA V, Abt. 2, no. 698, a 3,
zitiert auf S. 251 Anm. 72

Der Plan sah vor, auf Kosten des Königs 5 bis 6000 Mann und 2 bis 300 Berittene aufzustellen.

ANHANG II

Instruktionen vom 31. Juli 1634 für die kaufmännischen Gesandten
Daniel Studer von St. Gallen und Benedikt Socin von Basel

Aufgabe der kaufmännischen Gesandten war

1. die Verleihung eines Patents durchzusetzen, das die Artikel des Ewigen Friedens ausdrücklich anerkannte und dem ein besonderer Passus beigefügt sein sollte, der die freie Geldausfuhr gestattete,
2. für die ordnungsgemäße Besiegelung und Eintragung des Patents zu sorgen,
3. die Beschwerden der Kaufleute vorzubringen und besonders dagegen Einspruch zu erheben, daß
 - a) seit dem Frühjahr 1633 die eidg. Kaufleute zur Zahlung der Réappréciation der Douane von Lyon gezwungen wurden,
 - b) die eidg. Kaufleute gehalten waren, die Réappréciation der "traite foraine et domaniale" zu zahlen,
 - c) trotz der den eidg. Kaufleuten günstigen Urteile im Prozeß gegen den Pächter der Douane von Valence der Prozeß immer noch nicht abgeschlossen worden war,
 - d) in der Bourgogne für jedes Fuhrroß 20 sols als "droit de rêve et foraine" erhoben wurden,
 - e) in der Languedoc und Provence noch immer die "foraine domaniale" gezahlt werden mußte, die pro Charge Leinwand 20 livres betrug,
 - f) die Pächter zum Nachteil der Kaufleute die anhängigen Prozesse von den Provinzialgerichten fort vor den Conseil du Roi zogen, wo sie festbesoldete Rechtsanwälte unterhielten und leicht und billig zu ihrem Recht kamen. Daß die Prozesse vor dem Conseil du Roi verschleppt und, wenn die Pächter den Prozeß verloren, sie nicht zur Zahlung der Kosten der Kaufleute verurteilt wurden. Daß es den Pächtern möglich war, vom Conseil du Roi Sonderklauseln zu ihren Pachtverträgen zu erhalten, wie es bei der Réappréciation der Fall gewesen war,
 - g) die Ausfuhr von Geld und Edelmetallen wieder behindert wurde,
 - h) die königlichen Beamten wieder versuchten, beim Tod eines Eidgenossen das Droit d'aubaine anzuwenden, was gegen das Bündnis verstoße,
 - i) die Kaufleute während der Unruhen in Frankreich, entgegen dem Bündnis, entwaffnet worden waren,

j) eine neue Abgabe, "marque des toiles fustaines", in Höhe von 3 livres pro Stück erhoben wurde.

(SASG, Faszikel XIV, Mappe 17, no. i vom 20. Juni 1633, Faszikel XV, Mappe 18, no. t vom 31. Juli 1634, und Mappe 19, no. w, 1634, ohne Datum)

ANHANG III

Folgende eidg. Handelshäuser erhielten am 15. Januar 1635 vom Rat der Stadt Lyon eine Bescheinigung über ihre Handelsmarken:

Basel

1. René Passavant, Benedikt Socin & Jeremias Faesch
2. Samuel & Jakob Bastier
3. Jakob Daniel Bastier
4. Bonifaz Iselin
5. Johann Adelberg Kilch
6. Johann Jakob und Kaspar Bastier & Bernhard Huber
7. David Mertol & Co.
8. Kaspar Scherer, Johann und Etienne Scherrer & Daniel Christof Lucas Iselin
9. Marcus Preidel
10. Daniel Steiger

Bern

1. Georg Triboulet
2. François Richard
3. Jodoc Richard
4. Johann Ernelin

Bünden

1. Paul Mascarany
2. Silvio Stuppa
3. Bernhard & Johann Baptist Stuppa
4. Johann Anton Stuppa
5. Vertemate & Kinder
6. Louis Vincent & Heinrich Ciprian

Solothurn

1. Johannes & Jeremias von Sury

Schaffhausen

1. Alexander Ziegler & Co.
2. Laurenz Peyer
3. Bartholomäus Peyer & Co.
4. Kaspar Ramsauer

St. Gallen^{x)}

1. Joachim Laurenz & David Zollikofer^{xx)}
2. Tobias und Heinrich Zollikofer & Mitverwandte^{xx)}
3. Jakob Christof Schlapritzi, Daniel Studer, Jakob Hochreutiner
& Mitverwandte^{xx)}
4. Kaspar Schlumpf zur Sonne, Jakob Johann Anton Zily & Mit-
verwandte
5. Johann Jakob Wetter
6. Marcus Zollikofer zum Schäfli & Mitverwandte
7. Heinrich Locher & Söhne
8. Tobias Schobinger & Söhne
9. Sebastian Högger
10. Niklaus und Georg Zollikofer & Brüder
11. Christof und Tobias Studer, Christof Gmünder & Mitverwandte
12. Johann Fitlers Erben
13. Jakob Zily
14. Joss Zollikofers Erben
15. Kaspar Schlumpfs(alt)Erben, Daniel Zollikofer & Mitverwandte
16. Peter Johann und Conrad Fels & Brüder
17. Georg Scherrer, Gebrüder & Söhne
18. Johannes Thomas Erben

Zürich

1. Mathias Spon
2. Rudolf Hartmann
3. Johann Heinrich Reutlinger
4. Georg Pebia
5. Johann Kaspar Hess
6. Johann Martin Hertner Clee
7. Heinrich Werdmüllers Erben
8. Johann Rudolf Werdmüller
9. Johann Sebastian & Kaspar Kitt
10. Johann Jakob Bürkli
11. Johann Heinrich Gruber
12. Johann Kaspar & Johann Conrad Escher
13. Hans Jakob Löw
14. Johann Ulrich Hottinger & Gebrüder
15. Johann Jakob Hirzel, & Gebrüder
16. Peter & Johann Heinrich Hirzel, Vater & Sohn
17. Heinrich & Johann Ulrich Locher
18. Johann Heinrich Holzhalb

(SAZ, Mappe 147/148 (1547-1692), ohne no.)

- x) Um 1639 gab es in St. Gallen insgesamt 24 Handelshäuser, von denen 18 in Lyon vertreten waren, ein eindeutiger Beweis der Bedeutung Lyons für den eidg. Handel
- xx) Gegen den Protest des Zollpächters wurden für diese Handelshäuser je zwei Handelsmarken eingetragen, mit der Begründung, dies sei nötig, um bei Warensendungen nach verschiedenen Bestimmungsorten Verwechslungen zu vermeiden.

ANHANG IV

Unterzeichner der Vereinbarung vom 2. Februar 1637 zwischen der
Zürcher und der St. Galler Kaufmannschaft

Zürich:

1. Christof Werdmüller
2. Hans Caspar & Hans Conrad Escher
3. Heinrich Werdmüller sel. Erben
4. Hans Jakob Hirzel & Gebrüder
5. Hans Heinrich Reutlinger & Gebrüder
6. Hans Jakob Werdmüller
7. Hans Bastian & Caspar Kitt
8. Caspar Hess sel. Erben

St. Gallen:

1. Joachim, Laurenz & David Zollikofer
2. Niklaus und Georg Zollikofer & Gebrüder
3. Tobias und Heinrich Zollikofer & Mitverwandte
4. Christof und Tobias Studer & Gmünder und
Mitverwandte
5. Jakob Christof Schlapritzi, Daniel Studer
& Jakob Hochreutiner und Mitverwandte
6. Jakob Hans Anton Zily, Caspar Meinhart
& Mitverwandte
7. Hans Fitlers sel. Erben
8. Marx Zollikofer zum Schäflin & Mitverwandte
9. Heinrich Locher & Söhne

(SASG, Faszikel A II, Mappe 8, no. k)

ANHANG V

Bundesprojekt, von den evangelischen Orten dem französischen Gesandten übergeben auf der Jahrrechnung zu Baden im August 1656.

Art. 18 "Ess sollend auch nach Inhalt dess Ewigen Friedens, zwüschent der Cron FranckRych vnnd gemeiner Eidtgnosschafft vffgerichtet, vnsser der Eidtgnossen Khauffluth mit abforderung der Zöllen von Ihren Eigenthumblichen Wahren, sy seigend Im Landt gewachsen oder nit so wol was vss der Eidtgnosschafft vnnd Theütschland hinein Als auch vs FranckhReich herausgehet, ess seige zu Wasser oder zu Landt Auch Viecher vnnd Pferd vnnd Inn allen anderen sachen Inn vnnsrer König Ludwigs Landen nit anderst gehalten werden vnnd wyters von Ihnen nit geforderet noch genommen, dann wie von altem haro; Benamtlichen sollen fürchin vffgehebt syn alle neüwe Zöhl, mit denen Sy von etlichen Jahren hero wider dass alte Herkhommen dess Ewigen Fridens beschwerdt worden, Namlich la Douane de Valence et Lyon, Reapreciation, Subvention, Tiers de Villes, Quarantiesme, Le Droit d'Octroy Dom iniale, Droit d'entrée et sortie du Royaume u.; Imm überigen sy auch weiter vngesteigert, auch von allen Khünfftigen Zöhlen vnnd schatzungen, was nammen die möchtend haben, dess gleichen auch zu Brysach vnnd anderen Königl. Zolstetten Imm Elsass vnd Sundtgauw Crafft vorangeregter Erbuereinung von allen vnnd Jeden ein vnnd vss dem Landt führenden Wahren dess Zohls gantzlich befreyet sein vnnd verbleiben; Auch sollend Inn allen HandelsStetten Inn vnserem Rych die Gubernatores, Intendans, Prevost des Marchands zu steiffer Handthab disser Zohlsbefreyung genugsamm Beuelch vnd gwalt haben, allen vorfallenden Beschwerden (ohne weitere Weissung an den Königl. Hoff) der Eidtgn. Khauffluthen abzustellen vnd alle Zöllner Innen diss Orths zugehorsammen, auch sy wyter nit zu beschweren haben.

Dieselben vnser beiderseits Kaufleuth, Gesandte, Reisende, Potten vnnd alle andere, so Inn vnsser beydersyts Landen handlend vnnd wandlend sollen auch mit Ihrem lyb vnnd gut vnnd besonderbar die Kaufleuth mit dem vss Ihren wahren erlösten, Auch sonsten von habenden schulden ynziehenden vnnd empfachenden gelt frey, sicher vnnd ohnersucht handeln vnd wandlen mögen, nach Ihrer besten gelegenheit."

An der Tagsatzung der evangelischen Städte und Appenzell Auser-rhoden in Aarau, am 15. September, gab de la Barde eine "specificirliche Erklerung und Antwort" und legte einen Gegenentwurf vor, in dem Artikel 18 wie folgt lautete:

"Es ist durch die Alte Pündtnus gnugsam versehen, dass gegen die KhauffLüthen vnd Durch Reissenden soll observirt vnd gehalten werden; vnnd so etwas zuerlüteren, wirt solichem durch eigne Brieffsversehung beschehen vnnd wirt durch glych Brieff der Moderation der Zöhlen Imm Elsas auch versehen werden."

(Staatsarchiv Bern, Evangelische Abschiede, Bd. G, S. 223)

ANHANG VI

Tariff von Warengattung	1632 livres sous	1664 livres sous	1667 livres sous
Seidenstrümpfe, stck.	- 10	- 15	- 40
Wollstrümpfe, gestrickt, dtz.	- 10	3 10	8 --
Leinenmützen, Zentner	- 40	8 --	20 --
feine Tuche, stck.	6 --	40 --	80 --
Serge (Wollstoff), stck.	- 20	10 --	12 --
Steinkohle, la banne ^{x)}	- 3	- 8	- 24
Pferde aus England	4 --	20 --	-- --
Wandteppiche aus Brüssel u. Antwerpen, Zentner	- --	120 --	200 --

Erhöhung der Zollsätze von 1667 gegenüber 1664

Warengattung	1664 Francs	1667 Francs	Erhöhung in %
Wollmützen, 100 kg	16.14	40.35	150
Wollstrümpfe, 12 paar	3.46	16.44	366
Baumwollstrümpfe, 12 paar	2.10	4.20	100
Zwirnstrümpfe, 12 paar	2.10	2.10	-
Seidenstrümpfe, 12 paar	2.10		
Seidenstrümpfe, 1 paar		2.10	183
Tuche aus Spanien, 100 m	194.00	277.00	43
Tuche aus Holland u. England, 100 m	133.00	183.00	37
Haarteppiche, stck.	5.00	7.00	40
Teppiche aus England, 100 kg	60.00	100.00	66
Teppiche aus Deutschland und viereckige Teppiche, stck	1.50	30 % vom Wert	
Berkan (Kamelottart), 100 m	16.38	32.76	100
Bayette aus England u. Flandern, 100 m	16.62	33.24	100
Bayette, doppelt, 100 m	25.00	50.00	100
Kamelott (Wollstoff) aus Holland u. Flandern, 100 m	24.94	49.88	100
Serge aus England, 100 m	24.94	49.88	100
Serge, tuchartig, 100 m	55.42	110.84	100
Serge aus Schottland, 100 m	6.70	13.40	100

x) Vgl. Tobler-Lommatzsch: a.a.O., Bd.I, S.822

"bane", ein Wagenkorb aus Weidengeflecht mit einem Fassungsvermögen von 2 sestres (1 sestre = 156 Liter)

Unverändert gebliebene Zollsätze von 1664 und 1667

Warengattung	Einheit	Francs
Türschlösser	p/Stck.	0.15
Schmiedeerzeugnisse	100 kg	4.00
Sattler- und Schusternägel	100 kg	8.07
andere Nägel	100 kg	1.21
andere Metallwaren	100 kg	4.04
Eisenwaren	100 kg	4.04
Stahlwaren	100 kg	4.04
Kupferwaren	100 kg	10.09
Messerwaren	100 kg	8.07
Werkzeug aus Eisen	100 kg	2.02
Werkzeug aus Stahl	100 kg	3.23
Porzellan	100 kg	24.20
Glaswaren	100 kg	3.03-20.18
Wollgarn	100 kg	10.09
Baumwollgarn	100 kg	20.18
Leinengarn	100 kg	14.12
Seidengarn	100 kg	201.76
Stoffe, Wolle und Baumwolle	100 m	12.47-41.56
Stoffe, Baumwolle und Seide	100 m	16.62-24.94
Zwillich	100 m	17.31
Tischwäsche	100 m	30.26
Handschuhe, gewöhnliche	100 kg	60.50
Handschuhe, feine	12 p.	1.00

Kapitel VII

ZUSAMMENFASSUNG UND RÜCKBLICK

Die Entstehung der eidg. Zoll- und Handelsfreiheiten in Frankreich war die sichtbare Wirkung einer Entwicklung, deren Ursache in dem tiefgreifenden Wandel der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ordnung lag, der sich im 14. und 15. Jahrhundert vollzog. In den Stadtstaaten hatte der Territorialgedanke begonnen sich durchzusetzen, der zu einem Übergewicht der Städte über das Land führte und dessen wirtschaftliche, soziale und politische Unterordnung unter das Stadtreghment zur Folge hatte. Dieser Prozeß läßt sich bei den eidg. Stadtrepubliken ebenso verfolgen, wie bei den Städten Nordfrankreichs und Flanderns, und brachte neue Lebensformen mit sich. Die Städte hatten ihre Aufgabe darin gefunden, den Güteraustausch, der sich bereits über große Entfernungen hin vollzog, zu vermitteln, und die Versorgung ihrer Einwohner und derjenigen ihres Einzugsgebietes mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen sicherzustellen. Da die eidg. Stadtstaaten, mit Ausnahme St. Gallens, noch nicht über ein Gewerbe verfügten, dessen Erzeugnisse für den Export in Frage kamen, trat zwangsläufig der Fernhandel in den Vordergrund, "der mit dem gesamten Welthandel der damaligen Zeit intensiv verflochten war."¹⁾

Wie in der Einleitung dargestellt, erfolgte die Umwandlung des sozialen und wirtschaftlichen Gefüges in Deutschland und in der Eidgenossenschaft, die de jure noch zum Deutschen Reich gehörte, durch ein Ereignis höherer Gewalt, den durch die gesamte zweite Hälfte des 14. Jahrhunderts grassierenden Pestepidemien²⁾. Die über zwei Generationen immer wieder hereinbrechende Seuche raffte große Teile der Bevölkerung dahin, wobei aber die Güterausstattung erhalten blieb. Frankreich wurde von der Pest weit weniger betroffen, erlitt

1) Vgl. Lütge: a. a. O., S. 143

2) Vgl. S. 2

aber durch den Hundertjährigen Krieg starke Verluste an Menschen und Güterausstattung, die beide nur langsam ausgeglichen werden konnten. In diesem Umstand liegt mit ein Grund, warum es Frankreich erst um die Mitte des 17. Jahrhunderts gelang, sich eine wirtschaftliche und politische Vormachtstellung in Europa zu erobern. Neben den eingangs erwähnten starken Aufschwung, den die Städte erfuhren, und die stimulierende Wirkung der in ihnen konzentrierten Kaufkraft auf Handel und Gewerbe, und neben die Ausdehnung des Handelsvolumens, traten die verstärkten Ansätze einer Entwicklung zum modernen Staatswesen. Der Territorialstaat, d.h. der ihn verkörpernde Herrscher, begann die auf eine Vielzahl von unterschiedlichen Obrigkeiten verteilten Funktionen an sich zu ziehen, in das wirtschaftliche Geschehen einzugreifen und durch den Ausbau des Steuerwesens sich die finanziellen Mittel zu verschaffen, um seinen Armee- und Beamtenapparat unterhalten zu können, der wiederum dazu diente, seine Macht zu festigen. Kennzeichnend für die Entwicklung ist bis zum Ende des 16. Jahrhunderts, daß sich der Staat zur Erreichung seiner Ziele weitgehend auf das Bürgertum stützt. Durch die gegenseitige Förderung und Unterstützung von Staat und Bürgertum kommt es zur Neugestaltung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenlebens, kommt es dazu, daß "Staat und Bürgertum sich in der Objektivierung und rationalen Gestaltung aller Lebensbeziehungen finden."³⁾

Die in den wachsenden Städten zusammenströmende Kaufkraft des Bürgertums ermöglichte nicht nur eine Ausdehnung des Handelsvolumens, sondern brachte auch eine Veränderung in der Zusammensetzung der Fernhandels Güter mit sich. Die Massenkongsumgüter rückten in den Vordergrund, wobei nicht nur die Quantitäten, sondern auch die Ansprüche an die Qualität stiegen. Die Ausdehnung des Handels in Bezug auf Umfang und Entfernung schuf das Bedürfnis nach einem leistungsfähigen Transportwesen und möglichst sicheren

3) Vgl. Lütge: a.a.O., S. 150

Verkehrsmöglichkeiten. Im Laufe der zunehmenden Aufgabenteilung begann bereits im 15. Jahrhundert die Trennung zwischen Handel und Spedition, die sich vollendet in dem Vertrag zwischen St. Galler Kaufleuten und Schaffhauser Spediteuren zeigt⁴⁾. Bei der Wahl des Weges, den die Waren zu nehmen hatten, spielten die Brücken- und Weggelder und die Sicherheit der Straße eine große Rolle, so daß nicht immer der kürzeste Verbindungsweg zwischen den Märkten genommen werden konnte.

Im Zuge der durch die Pestepidemien und den Krieg verursachten Neuorientierung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens sah sich König Karl VII. von Frankreich veranlaßt, 1420 ein neues Messezentrum in Lyon zu gründen, um einen Ausgleich für die im Hundertjährigen Krieg untergegangenen Messen der Champagne und des Brie zu schaffen. Der Rat eines der größten Kaufleute seiner Zeit, Jacques Cœur, wird bei der Wahl des Ortes wohl von ausschlaggebender Bedeutung gewesen sein, verbunden mit der günstigen geographischen Lage der Stadt, die auf dem Wasserweg die Verbindung mit Marseille und damit mit dem Mittelmeer herstellte. Über Lyon sollte für Frankreich der Anschluß an den Fernhandel gefunden und die Versorgung des Landes sichergestellt werden, wobei der Herrscher sich eine zusätzliche Einnahmequelle in einem blühenden Messezentrum zu schaffen hoffte. Die zunehmende Herausbildung der Zentralgewalt ermöglichte es dem König, um die Mitte des 15. Jahrhunderts, die Messen der Stadt mit reichen Privilegien auszustatten und sie so für die ausländischen Kaufleute attraktiv zu gestalten. Der Kern dieser Privilegien war die Garantie eines freien Güteraustausches; die besonderen Regelungen hinsichtlich des Wechselverkehrs und der freien Ein- und Ausfuhr von gemünztem und ungemünztem Währungsmetall für die Dauer der Messen gewährleistete die Abwicklung und den Transfer des Güterumsatzes unter Einschaltung des Geldes, während die Aufhebung des droit d'Aubaine in Lyon die Freizügigkeit

4) Vgl. S. 185

des Wohnsitzes und des Arbeitsplatzes für die Ausländer sicherte. Sämtliche Privilegien galten, mit Ausnahme der Engländer, über alle nationalen Grenzen hinweg bis in die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts hinein.

Im Fernhandel mit Frankreich und weiter nach Spanien nahmen die süddeutschen und eidg. Kaufleute bald eine dominierende Stellung ein, da einerseits für sie im Süden des Reiches die zu überbrückenden Entfernungen durch die dichtere Besiedlung des Landes geringer waren, und sie andererseits durch den Besuch der Messen von Genf bereits über Handelsbeziehungen nach Westeuropa verfügten. Mit der Hinwendung der großen süddeutschen Handelshäuser zum reinen Geld- und Bankgeschäft kamen die eidg. Kaufleute zu einer quasi-Monopolstellung im Im- und Exporthandel zwischen der Eidgenossenschaft, Frankreich und dem Deutschen Reich. Gefestigt wurde ihre Sonderstellung noch durch die "Söldnerlieferungen" der Eidgenossenschaft, auf die Frankreich zur Verfolgung seiner Außenpolitik in immer stärkerem Ausmaß angewiesen war und die es zur Rücksichtnahme auf die Position der eidg. Kaufleute in Frankreich zwangen.

Die Massenkonsumgüter, die von den eidg. Kaufleuten nach Frankreich importiert wurden, waren Lebensmittel (hauptsächlich Käse), Schlachtvieh und Leder. Hinzu kamen die billigeren St. Galler Textilerzeugnisse. Die Selbstversorgung der einzelnen Gemeinden, Städte oder Gebiete mit Textilien war bereits durchbrochen worden. Die fortschreitende Technik zur Herstellung und Färbung von Textilien aller Art erforderte Spezialkenntnisse und Facharbeiter, die nicht überall vorhanden waren. Diese Entwicklung verstärkte die Nachfrage, die durch die reichen ständischen Kleidervorschriften sowie die üppige und luxuriöse Mode noch gesteigert wurde. Die Preise für Textilerzeugnisse waren hoch, so daß sich dem Handel gute Verdienstmöglichkeiten eröffneten. Die Zentren der Textilmanufaktur beschränkten sich auf einige wenige Gebiete und entwickelten sich zu einem ausgesprochen exportintensiven Gewerbe. So erschloß

z.B. die alteingesessene Leinenmanufaktur von St.Gallen den Kaufleuten der Stadt ein einzigartiges und reiches Betätigungsfeld; bis zum Beginn des 17.Jahrhunderts waren sie mit rund 50 % am Gesamtvolumen des eidg. Frankreichhandels beteiligt und zählten zu den reichsten Vertretern des eidg. Kaufmannsstandes.

Mit der Ausdehnung des Handels ging eine Umorganisation des innerbetrieblichen Aufbaus der Handelsunternehmung einher. Diese führte zur Teilung der Funktionen in leitende und ausübende Tätigkeiten und führte zur Herausbildung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern im kaufmännischen Bereich. Der Kaufherr reiste nicht mehr oder nur noch selten, sondern blieb in seinem heimatlichen Kontor, von wo aus er seine Geschäfte führte. Dies zwang ihn, an den wichtigsten Messeplätzen Vertreter, Faktoren, Warenlager oder eigene Niederlassungen zu unterhalten, so daß sich bald in den fremden Ländern ausländische Kaufmannskolonien bildeten. In diesem Sinn ist auch das Entstehen der eidg. Kolonie und später die Gründung eidg. Handelshäuser in Lyon zu verstehen. Die ältesten urkundlichen Berichte hierüber liegen mit Beginn des 16. Jahrhunderts vor. Die Leitung dieser Unternehmen erfolgte von der Heimat aus in schriftlicher Form, die zu ihrer Beförderung eines zuverlässigen postalischen Nachrichtenwesens bedurfte. So kam es bereits frühzeitig zur Gründung von regelmäßig bedienten Postlinien zwischen Lyon und den wichtigsten am Frankreichhandel beteiligten süddeutschen Städten und eidg. Orten zur Errichtung des Postdienstes der "Augsburger reitenden Boten" sowie der St.Galler und Schaffhauser Ordinari.

In der Zusammensetzung der Handelsgüter bildete sich bei den süddeutschen und eidg. Kaufleuten eine Spezialisierung heraus. So war die typische Handelsware der St.Galler die Leinwand, die Rückfracht die zu ihrer Herstellung und Färbung benötigten Rohstoffe, während zu Beginn des 17.Jahrhunderts für die Basler und Zürcher Kaufleute der Handel mit Seide, imitierten italienischen Seidenprodukten und der zu ihrer Herstellung benötigten verschied-

denen Arten von Seidenkokons charakteristisch wurde. Zur Kapitalverstärkung schlossen sich die Kaufleute des süddeutschen Raumes und der eidg. Handelsstädte zu Handelsgesellschaften zusammen, wobei die einzelnen Teilhaber zunächst aus dem Kreis der Familie stammten, später aber auch außerhalb der Familie stehende Personen aufgenommen wurden. In St. Gallen war diese Entwicklung durch die Stadtverfassung besonders begünstigt, während sie z. B. in Basel durch die strenge Zunftverfassung behindert wurde. Aber auch an den großen süddeutschen Gesellschaften, wie der "Großen Ravensburger Gesellschaft" ist die Beteiligung eidg. Kaufleute bezeugt.

Bis in die Mitte des 16. Jahrhunderts konnten die eidg. Kaufleute im Schutz ihrer Handelsfreiheiten ihre Geschäfte mit und in Frankreich abwickeln, wobei sie in erster Linie Manufakturwaren und Lebensmittel nach dort importierten und als Rückfracht Rohstoffe und z. T. bereits Fertigwaren der Luxusindustrie (feine Tuche und Glaswaren), aber auch Südfrüchte nahmen. Ihre Vorrechte und Freiheiten wurzelten in einer Epoche, die dem Handel keine nationalen Grenzen setzte, die bereits ein vollentwickeltes Geld- und Kreditwesen kannte und in der "Markt, Preis und Geld, diese drei entscheidenden Tatbestände einer Volkswirtschaft"⁵⁾, deutlich in den Vordergrund gerückt waren.

Das 16. Jahrhundert brachte die Weiterentwicklung zum absolutistischen Nationalstaat, wodurch die Kaufleute in engere Beziehungen zum Herrscher traten. Die Krone begann sich der Kapitalkraft der Kaufleute mittels Anleihen zu bedienen, um ihren steigenden Geldbedarf zu decken. Dieser resultierte aus dem Söldnerheer und den mit ihm verbundenen Pensionenzahlungen, dem anwachsenden Beamtenapparat, dem Luxus der Hofhaltung, aber auch aus dem Sinken der Kaufkraft des Silbergeldes. Es kam zu den großen Kronanleihen, die im Grand Parti von 1555 gipfelten und 1557 zum Staats-

5) Vgl. Lütge, a. a. O., S. 194

bankrott führten. Im Gegensatz zu ihren süddeutschen Standesge-
nossen beteiligten sich die eidg. Kaufleute nach 1557 nicht mehr
an Geldgeschäften der Krone, sondern wandten sich gänzlich dem
reinen Warenhandel zu. Mit ihrem öffentlichen Auftreten am Kapi-
talmarkt begann die Krone auch allmählich in den Handel einzugrei-
fen und sich mit der Einführung der bis 1540 unbekannten Einfuhr-
zölle protektionistischer und fiskalischer Natur neue Einnahmequel-
len zu verschaffen, um ihren steigenden Verpflichtungen gerecht
werden zu können. Die Wirtschaft wehrte sich aber hartnäckig gegen
die Einführung neuer Zölle und Steuern, und der Widerstand gegen
jede Art von Verstößen gegen das Prinzip des freien Güter austau-
sches konnte nur allmählich mit der zunehmenden Konsolidierung
des Absolutismus gebrochen werden. So war es den eidg. Kaufleuten
unter Heinrich II. noch möglich, alle Eingriffe in ihre verbrieften
Handelsfreiheiten erfolgreich zurückzuweisen.

Bereits 1484 hatten die Generalstände in Tours auf den großen Geld-
export Lyons aufmerksam gemacht und in diesem Zusammenhang
darauf verwiesen, daß dieser im Widerspruch zur Lehre von der ak-
tiven Handelsbilanz stand⁶⁾. Mit der Politik der aktiven Handelsbi-
lanz war aber eine Geldpolitik, die den Import von Währungsmetall
förderte, eng verknüpft. Frankreich verfügte nicht über genügend
eigene Edelmetallvorkommen, um seinen Bedarf aus eigener Produk-
tion decken zu können. Es mußte den Verfechtern der aktiven Han-
delsbilanz also darauf ankommen, durch Steigerung des Exports
Edelmetall ins Land zu bringen und dessen Abfluß soweit als mög-
lich zu verhindern. Die Intensivierung des eigenen Exports führte
zu einer Steigerung der Produktion und damit verbunden zu einer
Steigerung des Zirkulationsbedarfs, dem man gerecht werden mußte,
um deflationistische Tendenzen auszuschalten. Da andererseits
der bargeldlose Zahlungsverkehr und das Notenbankwesen, wie es
England im 19. Jahrhundert einführte, unbekannt blieben und am

6) Vgl. S. 41

Edelmetallgeld festgehalten wurde, konnte der steigende Geldbedarf der Wirtschaft nur mittels der Politik der aktiven Handelsbilanz befriedigt werden. So gesehen erscheint diese Wirtschaftspolitik und das mit ihr verbundene Verbot der Geldausfuhr gar nicht so unsinnig, und es wird verständlich, warum das Erreichen einer aktiven Handelsbilanz und mit ihr die ausreichende Versorgung der Wirtschaft mit Edelmetall der Kernpunkt der staatlichen Politik wurde. Nun hatten aber bereits um die Mitte des 15. Jahrhunderts die Preise begonnen allmählich anzuziehen, eine Tendenz, die sich bis zum Beginn des 16. Jahrhunderts stetig weiterentwickelte und seit der Mitte des Jahrhunderts einen stürmischen Verlauf nahm. Bis zum Ende des 16. Jahrhunderts stiegen die Preise zum Teil um 300 %⁷⁾. Diese Preissteigerung fand ihre Ursache in der überproportionalen Steigerung der Umlaufmittel gegenüber dem Anwachsen der Produktion, die durch das nach Europa hereinströmende Silber aus den hispano-amerikanischen Minen ausgelöst wurde. In diesem Zusammenhang gesehen mußte die Politik der aktiven Handelsbilanz, das mit ihr zusammenhängende Verbot der Geldausfuhr und das Bestreben, mittels Geldimport den Edelmetallvorrat und -umlauf zu fördern, zum Gegenteil dessen führen, was angestrebt wurde; statt einer Deflation vorzubeugen, wurde durch politische Mittel die Inflation gefördert. Erst verhältnismäßig spät, 1568, wurde der Zusammenhang zwischen Preissteigerung und Vermehrung der Umlaufmittel durch Bodin und seinen Zeitgenossen Montesquieu erkannt, deren Ideen sich aber nur sehr allmählich bei den maßgebenden Politikern durchsetzten.

Das Verbot der freien Geldausfuhr von 1548 schränkte ein wesentliches Vorrecht der eidg. Kaufleute empfindlich ein. Es gelang ihnen in der Folge nicht mehr, eine vollständige Aufhebung des Verbots durchzusetzen, wenn es auch zu gelegentlichen Lockerungen kam. Dieser Zusammenstoß der Idee des freien Handels und der verbrieften Rechte mit der Idee der Staatsraison, in dem das Staatsinteresse

7) Vgl. Lütge, a. a. O., S. 225

siegte, leitete den allmählichen Verfall der eidg. Handelsfreiheiten ein. Alle Abwehrmaßnahmen der eidg. Kaufleute stellten von der Mitte des 16. Jahrhunderts ab nur die Verzögerung eines sich unaufhaltsam vollziehenden Wandlungsprozesses dar, der zur Unterordnung der Handelsinteressen unter die Belange des absolutistischen Nationalstaates führen sollte.

Der Verfall der eidg. Zoll- und Handelsfreiheiten in Frankreich war die sichtbare Wirkung einer Entwicklung, deren Ursache in der sich im 17. Jahrhundert vollziehenden Durchsetzung des Merkantilismus und Absolutismus und der mit ihr verbundenen Wandlung auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet lag. Nach dem Ende der Glaubenskämpfe in Frankreich kam zu Beginn des 17. Jahrhunderts der moderne, zentralistische Staat unter Heinrich IV. zum Durchbruch. Die französischen Könige griffen in ihrer Finanznot entschlossen zur Lenkung der Wirtschaft, die sie nach den Theorien des Merkantilismus formten. Heinrich IV. und seinen Nachfolgern gelang es, den Einfluß der Stände zurückzudrängen und ihre Macht absolut auszuüben. Die Idee der uneingeschränkten Herrschaftsgewalt drang in alle Lebensbereiche ein und ordnete diese sich unter. Damit entstand ein neues Ordnungsbild, das, losgelöst von den ethischen Bindungen der Religion, sein Handeln rational nach den Grundsätzen der Staatsraison ausrichtete. Die "zum ersten Mal von Bodinus formulierte Idee der "Souveränität", mit welchem Wort jetzt jener überirdische Rang des Staates bezeichnet wird", ⁸⁾ führte zur Vergötzung des Staates. Der absolute Herrscher allein besaß die Macht, eine Macht, die nicht mehr als göttlicher Auftrag, sondern als Selbstzweck ausgeübt wurde, deren Wort Gesetz war und die allein Recht setzte. Diese Ideen fanden ihren deutlichen Ausdruck im Verlauf der großen Prozesse, die von den eidg. Kaufleuten gegen die Zollpächter und damit indirekt gegen den Fiskus angestrengt wurden. Nur noch vereinzelt gelang es ihnen durch Gerichtsurteile des Conseil du Roi, einzelne ihrer verbrieften

8) Vgl. Lütge: a.a.O., S. 228

Handelsfreiheiten zu behaupten, und dann auch nur vorübergehend, bis erneute Übergriffe ihre Rechte weiter einschränkten. Wo es im Interesse des Fiskus lag, wurden die für die Kaufleute günstig lautenden Urteile der Parlamentsgerichte einfach aufgehoben. Es war wohl nur die Rücksicht auf die unentbehrlichen Söldnerdienste der Eidgenossen, die von der Mitte des 17. Jahrhunderts an die französischen Könige daran hinderte, die Zoll- und Handelsfreiheiten radikal aufzuheben. Ihren Entschlüssen lag nicht mehr ein ethisch-rechtliches Motiv zugrunde, sondern nach den rationalen Grundsätzen der Staatsraison war ihr Handeln und ihre Rechtsprechung zweckbedingt ausgerichtet. Die Interventionen der eidg. Gesandtschaften, die z. T. von den eidg. Kaufleuten finanziert wurden, hatten wenig Erfolg, da hinter ihnen keine reale Macht mehr stand. Die innere Zerrissenheit der Eidgenossenschaft hatte sie im Laufe des 17. Jahrhunderts immer mehr zur politischen Bedeutungslosigkeit herabsinken lassen. Nur wenn Bedarf an Söldnerlieferungen bestand, war die Krone bereit, zeitweilig und in beschränktem Umfang den Forderungen der eidg. Kaufleute nach Schutz und Achtung ihrer verbrieften Vorrechte nachzugeben, das Recht selber diente lediglich der Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Ziele.

Träger und Stützen des absoluten Staates wurden das Berufsbeamtentum und das stehende Heer. Mit diesen Institutionen bildete sich die neue soziale Gruppe der Beamten und Offiziere heraus, deren gesellschaftliche Stellung sich nicht so sehr nach ihrem Einkommen als vielmehr nach ihrem Kontakt zum Herrscher und demzufolge nach ihrem Einfluß bei Hof richtete. Der Unterhalt dieses Staatsapparates kostete viel Geld, das durch den Ausbau eines funktionierenden und leistungsfähigen Steuersystems beschafft werden mußte. Bezeichnend für die Einstellung der obersten königlichen Finanzbeamten war der Standpunkt den sie 1635 den eidg. Gesandten gegenüber vertraten und der in der Feststellung gipfelte, der König habe das uneingeschränkte Recht, zur Finanzierung seiner Politik und zum Unterhalt seiner Armee sich jede Finanzquelle zu erschließen. Der Oberintendant der

Finanzen, Claude de Bullion, faßte diesen Standpunkt zusammen mit der Erklärung, die Steuern und Zölle sind "nos Indes et Peru". Mit dem vollendeten Aufbau eines geschulten Verwaltungsapparates wurde der absolute Staat in die Lage versetzt, auch nach innen seinen totalen Machtanspruch durchzusetzen. Diese Verwaltung war in der Lage, die Wirtschaft nach ihren Vorstellungen zu lenken, wobei beim Handel das erstrebte Ziel die aktive Handelsbilanz war. Wenn in Frankreich auch, besonders unter Colbert, die staatliche Wirtschaftspolitik ihren Schwerpunkt auf die Förderung und den Schutz von Landwirtschaft und Gewerbe legte, so wurde die Erreichung einer aktiven Handelsbilanz nie aus den Augen verloren. Es war eine bezeichnende Erscheinung der merkantilistischen Staatswirtschaftspolitik, daß erstmalig um die Mitte des 17. Jahrhunderts in Frankreich die Frage nach dem Ursprungsland der importierten Waren in den Prozessen auftauchte. Die Unterscheidung zwischen der Nationalität des privilegierten Importeurs und der von ihm importierten Ware in Fragen der Verzollung wurde zu einem Kampfinstrument zur Ausschaltung des bevorrechteten Handels gemacht. Da die eidg. Kaufleute in Frankreich den Ex- und Importhandel zwischen dem Deutschen Reich, der Eidgenossenschaft und Frankreich in den Händen hielten, war für sie die Frage der "marchandises originaires et non-originares" von größter Bedeutung. Die ab 1638 immer stärker praktizierte Auffassung, daß ihre Zollfreiheit nur für die "marchandises cru et manufacture de Suisse" gültig war, schränkte ihre verbrieften Vorrechte weiter stark ein.

Es ist nicht verwunderlich, daß die eidg. Kaufleute, nachdem sie auf dem Rechtsweg nicht zu ihrem Ziel kamen, den Versuch unternahmen, auf außergerichtliche Weise mit den Zollbeamten zu einem *modus vivendi* zu gelangen. Bestechung und Korruption waren damals durchaus gesellschaftsfähig, so daß die Praxis der "Verehrungen" an die Zollbeamten und Gouverneure keineswegs ehrenrührig war und durchaus Erfolg hatte. Es gelang den Kaufleuten auf diese Art, trotz des strengen Verbots der Geldausfuhr, den größten Teil ihrer Warenerlöse

in die Heimat zu transferieren und die Zollerhöhungen teilweise abzufangen. In allen diesen Fällen "erhält die Korruption der Beamten, die sich sonst ebenso sehr gegen eine etwaige eigene Kaufmannschaft gerichtet hätte, eine nationale Note. Sie richtet sich nun gegen Ausländer und scheint diesen wenigstens ein Teil der Gewinne abzugagen, die sonst den einheimischen Kaufleuten zugeflossen wären... die Beamten befinden sich in der angenehmen Lage, Vorteile und Vaterlandsliebe mühelos miteinander verbinden zu können."⁹⁾ Schwerer noch wog die Korruption als Mittel im Wirtschaftskampf der Nationen, da sich die Spannungen dadurch verschärften, daß Träger und Opfer der Korruption verschiedener Herkunft, Religion oder Nationalität waren. Diese Erscheinungen zeigten sich deutlich bei den Verhandlungen um die Bündniserneuerungen, zu denen die eidg. Kaufleute jeweils ihre Forderungen anmeldeten. "Wollte aber eine Nation durch Gewalt oder doch unter dem Drucke der Friedensverhandlungen... ein Privileg sozusagen "gratis" erwerben, so richtete sich der ganze Beamtenapparat einmütig gegen die Kaufleute der betreffenden Nation und versuchte das Privileg durch eine schikanöse Behandlung wieder auszuhöhlen. Es zeigte sich dann plötzlich, daß der am Verhandlungstisch festgestellte Text, der so vielversprechend erschien, Fallstricke und Ausweichstellen enthielt."¹⁰⁾ Diese Feststellung gilt besonders für die Verhandlungen über die Bündniserneuerung, die 1656 bis 1658 zwischen Frankreich und den reformierten Orten der Eidgenossenschaft gepflogen wurden. Sie gilt aber auch für alle den eidg. Kaufleuten verliehenen Lettres Patentes, die trotz der hartnäckigen Anstrengungen der eidg. Kaufleute nie deren Rechte und Pflichten klar und eindeutig feststellten; ja sie gilt eigentlich bereits für den Text der Artikel V und IX des Ewigen Friedens von 1516, die die staatsrechtliche Grundlage der eidg. Zoll- und Handelsfreiheiten in Frank-

9) Vgl. Klaveren, Jacob van: Die historische Erscheinung der Korruption, Vierteljahreszeitschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 45. Band, 1958, S.479

10) Vgl. van Klaveren; a.a.O., S.492 f.

reich bildeten, aber eine unterschiedliche Interpretation zuließen. Die Versachlichung aller Beziehungen und Bindungen führte dazu, daß der Zusammenstoß der Idee des freien Austausches von Gütern über alle nationalen Grenzen hinweg und des alten Privilegiengedankens mit dem absoluten Nationalstaat, seiner merkantilistischen Zielsetzung und seinem starken Finanzbedarf seinen Niederschlag fand in den endlosen Prozessen, die vor dem Conseil du Roi geführt wurden. Bei ihnen ging es darum, ob die Rechte der eidg. Kaufleute aus dem Ewigen Frieden von 1516 nicht durch staatliche Eingriffe geschmälert werden durften, oder aber, ob die französische Interpretation richtig war, derzufolge die neuen Zölle und Abgaben in keinerlei Rechtsverhältnis mehr zu den 1516 vertraglich festgelegten eidg. Handelsfreiheiten in Frankreich standen. Mit dem Sieg des absoluten Staates über den Ständestaat setzte sich die Rechtsauffassung des französischen Fiskus durch, die zu einem weiteren wesentlichen Abbau der eidg. Zoll- und Handelsfreiheiten führte.

Ein wesentlicher Bestandteil der eidg. Handelsfreiheiten war das Privileg der freien Geldausfuhr aus Frankreich. Der Kampf um seine Erhaltung zieht sich durch die gesamte Geschichte der eidg.-französischen Handelsbeziehungen des 16. und 17. Jahrhunderts hin, beginnend mit dem ersten Verbot der Geldausfuhr 1548, und taucht in allen Prozessen, Interventionen der Tagsatzung und eidg. Gesandtschaften, Bündnisverhandlungen, aber auch in der Praxis der "Verehrungen" immer wieder auf. Diese Hartnäckigkeit läßt den Schluß zu, daß die eidg. Kaufleute durch den Importhandel, trotz Nehmens von Rückfracht in Frankreich, große Überschüsse erzielten. Speziell der Handel mit Textilwaren war ein lohnendes Geschäft, und wie die indirekt ermittelten Importzahlen der St. Galler Kaufleute zeigen, führten sie jährlich im Durchschnitt mindestens 2900 Ballen davon ein. Aus den Instruktionen von 1622 geht hervor, daß der Versuch unternommen werden sollte, die Erlaubnis zur Ausfuhr von 100 Kronen

(300 livres) pro Ballen zu erhalten, was bedeutet, daß jährlich durchschnittlich 870000 livres allein von den St. Galler Kaufleuten transferiert werden sollten¹²⁾. Damit wird erklärlich, warum einerseits das Recht der freien Geldausfuhr so zäh verteidigt wurde, andererseits beweist es auch, daß der Handel mit Frankreich für die eidg. Kaufleute trotz aller kostspieligen Prozesse, Gesandtschaftskosten, Zollerhöhungen (die z.T. durch Bestechungen wieder abgefangen wurden) und hohen Bestechungssummen ein lukratives Geschäft blieb. Frankreich war durch die Verluste an Menschen und Güterausstattung, die es während des Hundertjährigen Krieges erlitten hatte, ein Importland geworden. Erst allmählich konnte es die Verluste ausgleichen und zur Schaffung einer eigenen Manufaktur übergehen, deren Erzeugnisse für den Export in Frage kamen. Bei diesen Bemühungen erlitt es zeitweilig Rückschläge, so z.B. durch die Glaubenskämpfe und die mit ihnen verbundene Vertreibung der Hugenotten, die größtenteils die Träger von Manufaktur und Gewerbe waren. Hinzu trat der Umstand, daß die Unzahl von Binnenzöllen, Weg- und Brückengeldern (die die eidg. Kaufleute nicht zahlten) die Manufaktur- und gewerblichen Erzeugnisse erheblich verteuerten. So wurden die Erzeugnisse der Lyoner Seidenmanufaktur durch diese Abgaben so verteuert, daß sie gegenüber den ausländischen Erzeugnissen nicht mehr konkurrenzfähig waren. Erst nach dem Dreißigjährigen Krieg und mit dem Amtsantritt Colbert's trat eine Wandlung ein. Unter Colbert's Leitung wandelte sich Frankreich von einem Importland in ein bedeutendes Exportland um, eine Änderung, die ihren Niederschlag auch im Wandel des Warensortiments erfuhr, das nun von den eidg. Kaufleuten geführt wurde, und das deutlich das Überwiegen der französischen Exportartikel zutage treten ließ¹³⁾. Obgleich in quantitativer Hinsicht das Übergewicht der eidg. Importe bestehen blieb, liegt der Schluß nahe, daß nunmehr die Bargeldspitze, die aus den Warenerlösen in Frankreich resultierte, erheblich zurückging.

12) SASG, Faszikel XIV, Mappe 12, no.b

13) Vgl. S. 311

Was den Kaufleuten der Hanse in ausgeprägtem Maß gelang und was auch den süddeutschen Kaufleuten möglich war, glückte den eidg. Kaufleuten nicht. Trotz wiederholter Versuche war es ihnen nicht möglich, zu einem dauerhaften Zusammenschluß auf gesamt-eidg. Ebene zu kommen. Die feste Verbindung untereinander kam nicht über die Grenzen des jeweiligen Stadtstaates hinaus, dessen Bürger sie waren. Wohl trugen sie seit dem 17. Jahrhundert die Bezeichnung "Gemeine Kaufleute der Eidgenossenschaft" und traten als Stand unter dieser Bezeichnung vor die Obrigkeit, aber der innere Zusammenhalt fehlte. Nur unter äußerem und äußerstem Druck, und wenn die Anforderungen der gegebenen Situation die Möglichkeiten des einzelnen überstiegen, fanden sie sich zu gemeinsamem Handeln und gemeinsamer Kasse zusammen, wie es die Konvention von 1608 und die Gründung der "Nation Germanique" 1621 zeigen. Fiel aber der äußere Druck dahin und war ein Anlaß zum Zusammenschluß nicht mehr zwingend gegeben, dann fiel die Vereinigung sehr schnell wieder auseinander. Eine andere Form des Zusammenschlusses war leichter zu erreichen gewesen, wohl weil diese Art keine finanziellen Opfer von ihren Mitgliedern verlangte. Es ist hierbei an die Bildung von Preiskartellen und Konditionskartellen gedacht, die schon frühzeitig entstanden und deren Vorschriften strikt eingehalten wurden¹⁴⁾. Sonst aber trat neben den Konkurrenzkampf mit den Kaufleuten anderer Nationen oft noch ein kleinlicher Konkurrenzneid gegenüber den Miteidgenossen. Mit der Annahme der reformierten Lehre, die eine erhöhte wirtschaftliche Aktivität mit sich brachte und den reformierten Städten der Eidgenossenschaft ein besonderes Schwergewicht verlieh, wurden die Möglichkeiten eines Zusammenschlusses durch die unterschiedlichen Glaubensbekenntnisse der Standesgenossen noch mehr erschwert. Die tiefere Ursache dafür, daß ein dauerhafter Zusammenschluß auf gemeineidg. Ebene nicht zu erreichen war, mag aber darin erblickt

14) SASG, Faszikel F, Mappe 13, no.4

werden, daß die eidg. Kaufleute in Frankreich ausgeprägte Persönlichkeiten und Individualisten waren, aber auch darin, daß in einer Epoche, in der sich in Europa die Nationalstaaten ausbildeten und festigten, die Alte Eidgenossenschaft ihnen nur das Beispiel der inneren politischen Zerrissenheit und Machtlosigkeit bot. Trotzdem darf die geschichtliche Leistung der eidg. Kaufleute in Frankreich nicht gering veranschlagt werden. Ihrem Wirken war es zu verdanken, daß im 17. und 18. Jahrhundert in der Eidgenossenschaft eine konkurrenzfähige Manufaktur entstand, aus der im Laufe zweier weiterer Jahrhunderte sich die Schweiz zum heutigen modernen Industriestaat entwickeln konnte.

LITERATURVERZEICHNIS

- Borel, Charles: Les foires de Genève, Paris, 1892
- Burckhardt, Paul: Geschichte der Stadt Basel von der Reformation bis zur Gegenwart, Basel, 1942
- Charléty, Sébastien: Le régime douanier de Lyon, Lyon, 1902
- Dupiney de V  repierre, Jean-François Marie: Encyclop  die universelle, Paris, ohne Jahresangabe
- Ehrenberg, Richard: Geldkapital und Kreditverkehr im 16. Jahrhundert, Jena, 1922
- Hans Kleberg "der gute Deutsche", Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg, Nürnberg, 1893
- Esmain, A.: Histoire du droit français, Paris, 1895
- Feller, Richard: Geschichte Berns, Bern, 1946
- Gilliard, Charles: Die Eroberung des Waadtlandes durch die Berner, Bern, 1941
- Glafey, Hugo: Textillexikon, Stuttgart und Berlin, 1937
- Guigue, M.C.: Registres consulaires de la ville de Lyon de 1416 à 1423, Lyon, 1882
- Hasenfratz, Helene: Die Landgrafschaft Thurgau vor der Revolution von 1798, Frauenfeld, 1908
- Heyd, Wilhelm: Schwaben auf den Messen von Gen   und Lyon, Stuttgart, 1892
- Hortinus, Emanuel: Sammlung der vornehmsten Bündnisse, Verträgen, Vereinigungen etc., welche die Cron Franckrych mit loblicher Eydgnosschaft und Dero Zugewandten Ins gesamt und ins besonders auffgerichtet, Bern, 1732
- Huber, H.C.: Bürgermeister Johann Heinrich Escher und die eidg. Politik im Zeitalter Ludwigs XIV., Zürich, 1939
- Huvelin: Essai historique sur le droit des marchés et des foires, Paris, 1897
- Isambert: Recueil général des anciennes lois françaises, Paris, 1830
- Keller-Escher, C.: Geschichte der Familie Hirzel, Zürich, 1891
- Klaveren, Jacob van: Die historische Erscheinung der Korruption, Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 44. und 45. Band, Wiesbaden, 1957/58
- Laurière, Secousse de: Ordonnances des rois de France de la troisième race, dites du Louvre, Paris, 1849

- Levasseur, E.: Histoire des classes ouvrières avant 1789, Paris 1901
Histoire du Commerce de la France, Paris, 1911
- Lütge, Friedrich: Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Berlin, 1952
- Lüthy, Herbert: Die Tätigkeit der Schweizer Kaufleute und Gewerbetreibenden in Frankreich unter Ludwig XIV. und der Regentschaft, Aarau, 1943
- Masselin: Journal des Etats généraux tenus à Tours en 1484, Paris, 1835
- Nogaro, Bertrand: Le régime douanier de la France, Paris, 1931
- Paradin, Guillaume: Mémoires de l'Histoire de Lyon, Lyon, 1573
- Plancher, Urb., Dom: Histoire générale de Bourgogne, Dijon, 1781
- Reichesberger, N.: Handwörterbuch der schweizerischen Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, Bern, 1905
- Rott, Ed.: Histoire de la représentation diplomatique de la France auprès des Cantons Suisses, de leurs alliés et de leurs confédérés, Bern, 1900
Les alliances franco-suissees et le "Renouvellement" de 1602, Basel, 1881
Inventaire sommaire des documents relatifs à l'histoire de Suisse, Bern, 1882
- Ruby, Claude de: Histoire véritable de la ville de Lyon, Lyon, 1664
Les privilèges, franchises et immunités de Lyon, Lyon, 1574
- Rüegger, J.J.: Chronik der Stadt und Landschaft Schaffhausen, Schaffhausen, 1892
- Sée, Henri: Französische Wirtschaftsgeschichte, Jena, 1930
- Schindler, Walter: Zur Geschichte von Schweizer Handel und Industrie, unter besonderer Berücksichtigung der Privilegien der eidg. Kaufleute in Frankreich im 17. und 18. Jahrhundert, Calw, 1922
- Schweizer, Paul: Korrespondenz der französischen Gesandtschaft in der Schweiz, 1664-1671, Basel, 1880
Ludwig XIV. und die schweizerischen Kaufleute, Zürich, 1881
- Thürer, Georg: St.Galler Geschichte, St.Gallen, 1953
- Tobler-Lomatzsch: Altfranzösisches Wörterbuch, Berlin, 1936
- Urkundenbuch der Abtei St.Gallen, St. Gallen, 1892
- Vaesen: Lettres de Louis XI., Paris, 1879

Vigne, Marcel: La Banque de Lyon, Lyon, 1903

Vogel (Grand juge de gardes Suisse): Les Privilèges des Suisses, Yverdon, 1770

Watt, Joachim von: Chronik der Äbte von St. Gallen, St. Gallen, 1877

Wartmann, Hermann: Eine kaufmännische Gesandtschaft nach Paris, 1552-1553, Jakob Rainsberg Tagebuch, St. Gallen, 1904

Jakob Hochreutiners Gesandtschaftsbericht, 1663 September 30. bis 1664 März 27., St. Gallen, 1906

Studers Tagebuch, Publikationen des hist. Vereins des Kantons St. Gallen, St. Gallen, 1915

Zellweger: Urkunden zur Geschichte des appenzellischen Volkes, Trogen, 1834

ARCHIVMATERIAL

Staatsarchiv Zürich:

"Zürcher Abschiedesammlung",

"Dokumente betr. die Beziehungen zum Ausland",

die Mappen: Frankreich, A 225,

no. 2 1541-1573

no. 12 1655-1657

no. 13 1658-1660

"Ordinari-Buch gemeiner Kaufleute der Stadt St.Gallen",

die erhalten gebliebenen Bände

Band I 1599-1621

Band II 26. Dez. 1621-1632

Band III 1632-1645

"Privilegien der Schweizer in Frankreich",

die Mappen: D 71 a no. 8

no. 9

no. 10

"Konkurs-, Contagations- und Zollsachen 1559-1796",

die Mappe: D 70

"Handelsbeziehungen der Schweiz zu Frankreich",

(die früheren Bestände der Ordinari-Thrucke der eidg. Kaufleute zu Lyon),

die Mappen: D 147/48	1547-1692	D 156	1635
149/50	1481-1620	157	1635-1636
151	1621-1629	158	1637-1638
152	1630-1632	159	1639-1645
153	1633	160	1646-1657
154/55	1634		

zitiert: SAZ

Zentralbibliothek Zürich:

"Amtliche Sammlung der älteren eidg. Abschiede",

Band II	1421-1477, Luzern, 1863
III, Abt. 1	1478-1499, Zürich, 1858
III, Abt. 2	1500-1520, Luzern, 1869
IV, Abt. 1a	1521-1528, Brugg, 1873
IV, Abt. 1c	1533-1540, Luzern, 1878
IV, Abt. 1d	1541-1548, Luzern, 1882
IV, Abt. 1e	1549-1555, Luzern, 1886

Band IV, Abt. 2	1556-1586, Bern, 1861
V, Abt. 1	1587-1617, Bern, 1872
V, Abt. 2	1618-1648, Bern, 1875
VI, Abt. 1a	1649-1680, Frauenfeld, 1867
VI, Abt. 1b	1649-1680, Frauenfeld, 1867
VII, Abt. 2	1744-1777, Basel, 1867

zitiert: EA

Stadtbibliothek Zürich:

Hirzelsches Familienarchiv: Hirzels Tagebuch

Stadtarchiv St. Gallen:

"Ratsprotokolle der Stadt St. Gallen",

"Die älteren Bestände des Kaufmännischen Direktoriums St. Gallen",

zitiert: SASG

Staatsarchiv Genf:

"Registres du Conseil",

"Minutes des notaires",

"Sammlung historischer Urkunden",

zitiert: StAG

andere Archive:

Die verwendeten Urkunden und Dokumente der Staatsarchive Bern, Basel, Luzern und Freiburg werden direkt beim Zitieren erwähnt.

LEBENS LAUF

Am 21. Juni 1919 in den Haag geboren. Besuch der Volks- und Oberrealschule in Stettin, Abitur März 1938. Von 1938 bis 1945 Wehrdienst, nach Verwundung Studium der Betriebswirtschaft an der Hochschule für Welthandel in Wien.

1945 Diplomprüfung, Dipl. -Kfm.

Nach dem Krieg zwei Semester an der Universität München, danach Praxis in der Industrie im In- und Ausland.

Ab 1957 zwei weitere Semester an der Universität München, Juli 1959 Doktorexamen.

